



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>

HDI



HL 11TY 7



HARVARD LAW LIBRARY

Received Jan. 15, 1912

Baden. Oberhofgericht: Jahrbücher des
Grossherzoglich badischen Oberhofgerichts.
Alphabetisches

Real-Repertorium

zu den

Jahrbüchern

des

Grossh. Bad. Oberhofgerichts

ältere und neuere Folge.

I^r bis XIX^r Jahrgang.

Bearbeitet

von

J. F. Wehrer.

Mannheim.

Verlag von Friedrich Göß.

1853.

JAN 15 1912

Vorwort.

Die oberhofgerichtlichen Jahrbücher, welche mit dem Jahr 1823 ihren Anfang genommen haben und bis mit dem Jahrgang 1852 im Drucke erschienen sind, umfassen jetzt 19 für sich bestehende Bände, deren Verbindung in ein Ganzes durch ein Repertorium um so nothwendiger war, als hierin nur allein das Mittel gefunden werden konnte, das Auffuchen und Nachschlagen einzelner Entscheidungen und Rechtsätze zu erleichtern, und den reichhaltigen Inhalt dieser Jahrbücher in Kürze darzustellen.

Die gegenwärtige Arbeit hoffe ich, soll dem vorgestekten Zwecke entsprechen.

Uebrigens ist es bekannt, daß seit 1823 in der badischen Gesetzgebung, besonders aber im Proceßverfahren und Strafrecht, wesentliche Veränderungen vorgegangen sind, und daß somit zwischen dem Alten und Neuen wohl zu unterscheiden sei. Weglassen wollte und konnte man das Alte nicht, weil solches doch noch Werth für die Wissenschaft hat, und auch noch zur Beurtheilung früherer Vorkommnisse dienen dürfte.

Die römische Ziffer, bei den einzelnen Sätzen, zeigt den Band, und die arabische die Seitenzahl des betreffenden Bandes an.

Karlsruhe, im Juli 1853.

Der Bearbeiter.

A.

Abbitte eines Redacteurs, f. Injurien.

Abdruck, f. Schrifteigenthum.

Abfahrtgeld, besteht aus einem Abzug von dem ins Ausland gehenden Vermögen. IV. 41. Ist nach östreichischen Gesetzen ein auf dem Unterthänigkeitsverbande beruhendes Recht der Grundobrigkeiten. IV. 48. Es sind also nicht allein Orts-, sondern auch Schutzbürger dazu verpflichtet. IV. 48. Ist ein Gegenstand des öffentlichen Rechts, in so weit es das Verhältniß der Einzelnen zum Staate angeht; ein Gegenstand des Privatrechts aber, sobald nur das Interesse dabei theilhafter Privaten zur Sprache kommt. IV. 47. Wird, wenn es auf besonderer Verleihung beruht, ein Privatabzugsrecht genannt. IV. 47. Besteht ganz unabhängig von allen Kriegs- u. Gemeindefschulden. IV. 47. Sachbürger entrichten es nur von dem unterthänigen liegenschaftlichen, aber nicht von dem beweglichen Vermögen. IV. 50. S. auch Sachbürger.

Abfindung, f. Erbberichtigte, Erblehen, Todtheilung.

Abgaben, f. Canon, Herrlichkeiten, Hoheitsabgaben.

— alte. XIX. 245.

Abgeordnete, Ehrenfränkungsklagen wegen Äußerungen in der Kammer. XV. 131. S. auch Injurien.

Abigeatus, unterschieden vom *furtum pecorum*. VII. 190.

Abkömmlinge, f. Erbrecht.

— des ersten Erwerbers eines Erblehens, f. Erblehen.

Abläugnen der Waterschaft. XIII. 390. S. Waterschaftsverläugnung.

Ablehnung eines Gerichts, wegen Betheiligung der Mehrheit der Richter. VIII. 122. Als Betheiligung gilt auch, wenn Richter Mitglieder der Stelle sind, über deren Streit zu entscheiden ist. VIII. 123.

— eines Gerichtsstandes bei Anstellung einer Restitutionsklage findet nicht schon um deswillen statt, weil dieser Senat das angegriffene Erkenntniß erlassen hat. IX. 79. 80.

Abhängung von Sachverständigen wegen ihres Abhängigkeitsverhältnisses zu einer Parthei, und über die Anwesenheit des Gerichts bei Besichtigung des Gegenstandes, worüber Sachverständige ein Gutachten geben sollen. XIII. 421.

— des Untersuchungsrichters. XIV. 316.

— eines hofgerichtlichen Senats gehört nicht vor die Competenz des Oberhofgerichts, sondern vor den vollen Rath des betreffenden Hofgerichts. IX. 74—78.

Ablösung der Baulast, f. Baulast.

— der **Drittelspflicht**. Berechnung der Ablösungskapitalien für Drittelspflichtigkeiten, und muß auch bei einer erst während der Ablösungsverhandlungen eintretenden Besitzveränderung noch die Drittelsgebühr und in welchem Maße entrichtet werden. **XIII. 486.**

— des **Zehntens, f. Zehntablösung.**

Abrechnung. Ob die Vorlage der Abrechnungsurkunde zum Beweise einer Forderung nothwendig ist, wenn in einem neuen Schuldschein dieser gedacht ist. **I. 288.** **Abrechnung beziehungsweise Quittung, deren Vernichtung durch den Gläubiger zum Nachtheil des Schuldners.** **XIV. 376.**

Abfageschein, f. Protest.

Abfchlagsdecret, f. Ladung.

Abfchlagszahlungen, auf mehrere Posten geleistet, sind im Zweifel auf diejenigen abzurechnen, deren Tilgung zur Zahlungszeit dem Schuldner die wichtigste war. **II. 22.**

— von **Gemeinschaftsschulden, welche der Mann nach dem Tode der Frau aus der ihm überlassenen gemeinschaftlichen Baarschaft geleistet hat, sind auf beider Hälften gleichanzunehmen.** **II. 22. 23.**

Abfchriften der Urkunden sind vollbeweisend, wenn die Originalien verloren gegangen sind. **IV. 121. 122., f. auch Staatsvertrag von 1806 mit Württemberg.**

— der **Judicial-Akten** sollen von der Kanzlei gefertigt werden, gegen eine Gebühr von 8 fr. für einen wohlbeschriebenen Bogen. **III. 130. 131.** Mehrere Beilagen, die zusammen gehören, sollen aneinander geschrieben, und nur bogenweise bezahlt werden. **III. 131.** **S. auch Anwälte, oberhofg.**

Abfchriftsgebühren passiren den Advokaten mit 8 fr. für den vollen Bogen. **II. 347. 348.**

Absence déclarée — présumée. Unterschied zwischen beiden. **II. 91.**

Abficht zu beleidigen und deren Beweis bei objectiv ehrenrührigen Äußerungen. **XVI. 263.**

— zu defraudiren, **f. Accis- und Zolldefraudationen.**

— diebische, **f. Raub.**

— directe — indirecte, **f. dolus.**

— böse, **f. Ehetrennung.**

— verbrecherische, **f. Geständniß — qualif., Vorsatz — mittelbarer.**

Absolutio ab instantia. **I. 218. 231—235.** **S. auch Straf-erkenntnisse, absolutorische.**

Absolutorium des Verrechners. **I. 67.**

Abftimmung, schriftliche, der nicht in der Sitzung anwesenden Senatsglieder ist für die Zukunft beim Oberhofgericht untersagt. **IX. 484. 485.**

Abtheilen, reichsmittel- und unmittelbare, f. Reichsdep.-Schluß.

Abtreibung der Leibesfrucht, einer Mitwirkung zum Versuche einer

- solchen macht sich derjenige schuldig, der einer Schwängern abtreibende Mittel zu verschaffen sucht. VI. 355.
- Abwesende.** Ob die L.R.Sätze 135 u. 136 bloß auf Verschollene, oder auch auf solche, deren Existenz man nicht kennt, die aber auch noch nicht für verschollen erklärt sind, anwendbar seien, ist nach französischem Rechte controvers. II. 90., vergl. mit 388. Nach badiſchem Rechte ist das Dasein eines Abwesenden schon dann als nicht anerkannt zu betrachten, wenn seit der letzten, von ihm eingegangenen Nachricht 4 Jahre verflossen sind. II. 91.
- Ob ein ihnen zugetheiltes Erbe wieder in die Masse zurückgegeben werden müsse, wenn nachmals ihre Verschollenheits-Erklärung erfolgte, ist controvers. II. 92. 93. 94. 95.
 - Um das ihnen durch Succession angefallene Vermögen zu percipiren, bedarf es des Beweises ihrer Existenz. VIII. 36.
 - Erbtheilungen, wobei sie theilhaftig sind. XIV. 238., f. Erbtheilung.
 - Verträge über den Nachlaß. XVII. 365., f. Verträge.
 - bei Verhandlungen in Preßsachen. XV. 146. 529., f. Preßsachen.
 - Verbrecher, abwesende, f. Verbrecher.
 - Edictalladung gegen einen abwesenden Angeschuldigten hat nicht nothwendig ein Urtheil zur Folge, namentlich nicht eine Unfereklärung bei mangelhaftem Beweise, vielmehr hat in letzterem Falle die Untersuchung auf sich zu beruhen, bis der Angeschuldigte wieder betreten wird. X. 127.
- Abwesenheit,** anerkannte, an unbekannten Orten, und Verschollenheit nimmt der L.R.S. 115 nicht für gleichbedeutend, sondern setzt die erstere voraus, damit die letztere ausgesprochen werden könne. II. 91.
- Abwesenheitspfleger.** Bestellung eines Abwesenheitspflegers zur Vornahme eines Rechtsgeschäfts Namens des Abwesenden setzt immer voraus, daß dessen Aufenthaltsort unbekannt sei. L.R.S. 111. b. 112. 113. 785. 838. P.D.S. 274. XVI. 489.
- Abweisung einer Klage in erster Instanz** gilt als Anerkennung und die Zurückweisung (nach S. 1223 der P.D.) ist ausgeschlossen. XVI. 73.
- Abzugsgelder** haben das Vorzugsrecht des Staatsschatzes nicht anzusprechen. V. 28. 29. Das Recht zu denselben gehört nach Badiſcher Staatsverfassung nicht unter die höhern Herrlichkeiten. V. 28. S. auch Herrlichkeiten, Staatsschatz, Abfahrtsfeld.
- Acceptation,** wenn diese vorhanden sei? — ob ein auf das Anerbieten bloß geschriebener Brief dieselbe beweise, oder ob dazu die Ablieferung desselben an den andern Theil gehöre. IX. 150. 151.
- Acception,** eines gezogenen Wechsels ist an gesetzliche Form gebunden, welche darin besteht, daß der Trassat dem Wechsel das Wort acceptirt, besetzt, und solches mit seiner Unterschrift versieht. VII. 309. 315. Dasselbe verordnet auch die Frankfurter Wechselordnung. VII. 312. Ob sie durch den Contocurrent, worin der Wechsel dem Trassanten als Schuldigkeit zur Last gesetzt

worden, dargethan werde. VII. 315. Ob darüber ein Beweis von richterlichen Vermuthungen zulässig sei. VII. 315. Darf nach Anh. Sag 124. nicht bedingt sein. VII. 315., ebenso nach der Frankf. Wechselordnung. Die Zeit zur Erklärung über die Acceptation eines Wechsels richtet sich nach den am Orte der Transacten geltenden Gesetzen. VII. 316. Was das Frankf. Wechselrecht hierüber verfügt. VII. 316.

Accessorium, s. Zugehörde.

Accis, Gegenstände der Accisgesetze. VII. 195.

Accis von Biermalz, ist abgeschafft, und statt derselben eine Abgabe in Geld per Fuder eingeführt. V. 285. Accisbefraudation ist nicht begangen, wenn statt Braun- Weisbier gebraut wurde. V. 285., es ist darauf eine Geldstrafe gesetzt, wegen welcher der Recurs an die Steuer-Direction geht. V. 285.

Accis von Fleisch. Eine Defraudation ist schon dadurch begangen, daß das nach dem Gewichte zu veraccisende Schlachtvieh nicht lebendig in das öffentliche Schlachthaus gebracht, und, wie es geschlachtet und in seine vier Theile zerlegt war, nicht in Gegenwart des Fleischbeschauers abgewogen wurde. V. 282. 283. 284. Abweichende Meinung. V. 283. Wenn ein Nothfall vorhanden ist, so muß davon dem Dienstpersonal die Anzeige gemacht werden. V. 283.

Accis von Liegenschaften, wird von allen Contratten und sonstigen Handlungen bezahlt, wodurch das Eigenthum liegender Güter, Gebäude, Güten, Zehnten und Erbpachten, ganz oder zum Theil auf einen andern übergeht. VII. 207., ebenso von den Früchten auf dem Salu und dem nicht gefällten Holz, als Theil der Liegenschaft, wenn es mit ihr verkauft wird. VII. 207. Ob aber beim Verkauf eines Grundstückes für die separat verkauften Früchte oder das Holz desselben Liegenschaftsaccis zu entrichten sei, ist controvers, s. die verschiedenen Meinungen. VII. 206. 207. 222. 223., entschieden aber ist, daß die Nichtzahlung desselben keine Defraudation ist. VII. 207. 222.

— Wenn derselbe entrichtet werden muß, um der Defraudationsstrafe zu entgehen. I. 299. Die Defraudation ist begangen, wenn 14 Tage nach vollendetem Kaufcontracte die Accise nicht bezahlt ist. V. 286.

— wird nicht auf eine Declaration der Käufer, sondern durch das Amtsrevisorat berechnet; berechnet dies zu wenig, so hat dessen weder der Acciser noch der Accispflichtige die Schuld zu tragen. VII. 222.

— Den Accis darf der Accisor nicht eher einnehmen, als bis er vom Amtsrevisorate die Berechnung desselben erhalten hat, was aber erst nach öffentlicher Protokollirung des Verkaufs geschehen kann. V. 286.

Accis von Wein, braucht von fremdem, in noch mit dem Wirthschaftskeller verbundenem Privatkeller, eingelegten Weine nicht bezahlt zu werden. VIII. 320.

Accis von Wein braucht nicht weiter entrichtet zu werden, wenn ein Wirth von einem andern Wirths Wein ererbt oder erkauft, von dem

- der Accis bereits entrichtet war. VII. 203. Ob ein Vermächtnißnehmer im erstern Fall weiteren Accis zu zahlen habe. VII. 203.
- Ob ein Wirth als Miterbe weiteren Accis zu entrichten habe, wenn er Wein aus der Erbmasse ersteigert. VII. 203.
- ob der Accis als defraudirt anzusehen sei, wenn die Anzeige beim Accisor nicht vor der Einlassung der Weinfuhren in verschlossene Höfe gemacht worden, ist controvers. VI. 209. 210. S. auch Wirths.
 - Als Defraudation gilt nicht die unterlassene Acciszahlung von den in mit Wirthschaftskellern nahe verbundene Privatkeller eingelegten Weinen. VIII. 317. Ebenso wer dem Accisor vor der Einkellung des Weines die Declaration gemacht, die Accise aber nicht gleich baar bezahlt, sondern auf die eigene Gefahr des Accisors dem Accispflichtigen noch geborgt worden ist. III. 188.
 - Die Defraudation wird durch Einstellen von Weinfuhren in geschlossene Höfe ohne vorherige Anzeige bei dem Accisor, begangen. V. 258. *Ex analogia* also auch durch Einstellung in eine vom Hofe getrennte Scheune. IV. 259. 260. 265.
 - Wirths sind auch dann als Defraudanten zu bestrafen, wenn sie Wein eines Dritten zur Nachtzeit in ihren verschlossenen Hof einführen lassen. VI. 209.
- Accisdeclaration braucht nicht von den Accispflichtigen stets persönlich oder mittelst eigenhändigen Schreibens, sondern kann auch in seinem Namen durch einen andern geschehen. IV. 256.
- Accisdefraudation. Die Accispflichtigen müssen für die Handlungen ihres Dienstpersonals einstehen und der Dienstherr hat für seinen Dienstboten principaliter zu haften. II. 321. VI. 209. VII. 195.
- Absicht zu defraudiren wird in der Regel präsumirt, nur dann nicht, wo das Nichtvorhandensein der Defraudation durch glaubhafte Umstände dargethan ist. IV. 162. 271.
 - Glaubwürdigkeit der Accisoren in Denunciationsfachen. VII. 203 unten, ob Polizeibekner gültige Anzeigen machen können, I. 296. Note 18., welche rechtliche Wirkung die Anzeige eines Zollgardisten hat. I. 296., ob die Denunciationsgebühren der Glaubwürdigkeit der Aussagen eines im Dienste fungirenden Zollgardisten im Wege stehen? — Verschiedene Ansichten. IX. 213. 214.
 - Oberhofgerichtliche Competenz, ob dasselbe über Incidentpunkte in Zoll- und Accisdefraudationen in zweiter Instanz erkennen kann? II. 325. 327., sie hat sich nach der Verordnung v. 2. Januar 1812 u. nach dem Staatsministerial-Erlasse v. 8. April 1824 auf wirkliche Defraudationen zu beschränken. III. 190.
 - Wenn ein Accisfrevell in der Mitte liegt, gehört die Entscheidung der Frage, ob der einfache Accis nachbezahlt werden solle, nicht zur oberhofg. Competenz. VII. 222.
 - Ein Maximum der Warnungsstrafen zu bestimmen ist dasselbe nicht befugt. II. 359. 360. Behandlung der Defraudationen bei demselben. I. 296.

- Acquisdefraudation.** Recurs in Defraudationsfachen. I. 297. 318., findet an das Oberhofgericht nur gegen Finalerkenntnisse statt. II. 330. 331. provisorische Bestimmung über die Berufungsform. III. 126. 127., f. a. Defraudationsfachen, Unschuldrecurs, Verjährung.
- Acquisordnung** §. 101. oberhofgerichtliche Competenz. III. 100. 101.
- Acquisitiv-Verjährung** f. Dienstbarkeiten, Extinctiv-Verjährung.
- Act**, öffentlicher — kann von dem nicht gültig vorgenommen werden, der dabei vornämlich selbst theilhaft ist. VII. 225. f. auch Zwangsversteigerung.
- Acte** bezeichnet keine Handlung, sondern eine Verschreibung, ist also durch Geschäft im L.R. Satz 1273 unrichtig übersetzt. II. 20. vergl. mit 382.
- Acte**, gerichtliche, müssen in Gegenwart des Richters von einem verpflichteten Actuar niedergeschrieben werden. V. 222. Mit dieser Vorschrift des gemeinen Rechts stimmt der altpfälzische und neubadische Gerichtsgebrauch überein. V. 222. S. auch Attestate.
- Acten**, deren Einsicht durch den Fiscalrespicienten. I. 315. Zum Behufe der Einsicht durch die Advokaten und sonstigen Schriftverfasser in Karlsruhe sollen dieselben auf Verlangen an das oberste Justizdepartement geschickt werden, wo sie in der Registratur einzusehen sind. II. 362. 363.
- deren Versendung zur Einsicht der höhern Behörden und Advokaten wird, als mit der neuen Processordnung nicht vereinbar, künftig nicht mehr gestattet. VII. 299. 300., werden nicht bis zum Ablauf des 14-tägigen Wiederherstellungstermins durch die Kanzlei zurückgehalten, sondern nach Ablauf des versäumten Rechtfertigungstermins an den Unterrichter gesandt, da dieser nach §. 1200 ff. der n. P. O. die Verfallenerklärung des Rechtsmittels auf Anrufen des Appellaten auszusprechen hat. VII. 300. 301. S. auch Gerichtsacten.
- Actenabsendungsbitte** wird auch bei Appellationen an das Oberhofgericht in zweiter Instanz erfordert, IV. 197. S. auch Aemter, Cassation.
- Acten auszüge** dürfen den Partheien nur unter gewissen Bedingungen in Rechnung gebracht werden. III. 122.
- Acten-Einsichtsgebühr.** Nähere Bestimmungen darüber, wie oft sie den Partheien angerechnet werden darf. III. 114. Bei der Acten-Introtulation bezahlt jede Parthei dieselbe mit 15kr. an die Registratur. III. 105. Ebensoviel wird bezahlt, wenn ein Anwalt schon vor der Introtulation die Acten zur ruhigen Prüfung ihrer Vollständigkeit durchgehen will. III. 114.
- Acten-Introtulationen**, werden der Registratur übertragen. III. 105. S. auch Hofgerichte.
- Acten-Rücksendung**, dabei wird keine Arrha und dem Generalbevollmächtigten einer Parthei auch keine Vollmachtstaxe decretirt. X. 232. sie muß bei Versäumnissen des Officialanwalts auch in Armenfachen verfügt werden. IX. 68., f. auch Versäumnis.

Actes d'heritier sind Handlungen, wodurch sich jemand als Erbe gerirt. II. 20.

Actes sous seing privé. Begriff derselben. I. 20.

Actien sind nicht als ipso jure vererblich zu betrachten. II. 178. 179.

Actio confessoria et negatoria, über Sachlegitimation bei diesen Klagen. XVII. 209.

Actio confessoria utilis stellt ein Grundherr gegen die in seiner Grundherrschaft ansässigen Bauern und Hintersassen auf Erfüllung ihrer Frohndpflicht an. IV. 75. S. auch Frohnden, interdictum retinendæ possessionis, und Dienstbarkeiten — unfähige.

Actio ex dolo vel culpa wurde nach den factischen Verhältnissen des concreten Falles für ungegründet erklärt. II. 24.

Actio ex negotiorum gestione contraria, f. Geschäftsführung.

Actio in factum, f. Bönnklagen.

Actio in rem scripta, deren Natur und Unterschied von der rei vindicato. XVII. 247.

Actio male judicati. I. 52.

Actio mere pœnalis — mixta, f. Bönnklagen.

Actio negatoria, wenn bei derselben der Beweis obliege, ist eine bekannte Controverse. IV. 178. Für den Kläger streitet die Vermuthung für Freiheit des Eigenthums, für den Beklagten der Besitz der Servitut. IV. 178. In der Regel liegt dem Beklagten der Beweis ob, da Eigenthumsbeschränkungen die Vermuthung gegen sich haben. IV. 182.

Actio negotiorum gestorum gegen den widerrechtlichen Geschäftsführer. XVII. 179.

Actio Paulina, insbesondere gegen Zahlung d. Schuldners. XVII. 199.

Actio pignoratitia. VII. 61. 62.

Actio præparata, f. Ehebrechungsklage.

Actio publiciana, f. possessorium ordinarium.

Actio rei judicatæ kann durch Einreden elidirt werden, welche erst nach gefälligem Urtheil entstanden sind. V. 58.

Actio rei persecutoria f. Bönnklagen.

Actio resastoria in rem scripta. S. Fahrnißstücke.

Actio tutelæ utilis adversus magistratum (subsidiaria) fand nach römischem Rechte nur gegen niedere Magistrate, welche dem Mündel von seinem Vormunde nicht gehörige Sicherheit stellen ließen, statt. VI. 257. Nicht nur, wenn der Magistrat keinen Vormund bestellt, sondern auch, wenn er einen untüchtigen Vormund bestellt hat, fand sie nach jenem Rechte statt. VI. 252. 253. 257. Gerieth der Vormund später in Vermögenszerfall, so fand sie nicht statt. VI. 252. Sie findet auch jetzt noch in Deutschland statt. VI. 252. 253. Ist in der pfälzischen Vormundschaftsordnung gegen Amlleute, Rätthe oder Gerichte ausdrücklich vorbehalten worden. VI. 253. 457. Gilt also auch noch in Baden, wo die früher bestandenen Vormundschaftsordnungen noch neben dem

Arten L.R. fortbestehen. VI. 253. 254. 257. Geht auf die Erben des Magistrats nur dann über, wenn dieser in *dolo vel culpa lata* verfiel. VI. 262. 263. 264. S. auch Obrigkeit, ordentliche; — Vormund; Ortsgerichte.

Actio vindictam spirans, s. Privationsklage, Pönalklagen.

Actiones rei persecutoriae ex delicto. I. 54. 55.

Actuar, s. Acte — gerichtliche; Attestate.

Actuarien, nicht recipirte, können ein Protokoll gültig aufnehmen, wenn sie dazu besonders verpflichtet wurden. II. 262.

Actus meræ facultatis, s. Handlungen — freiwilligkeithche.

Adcitat, Berechtigung desselben, einer der Hauptpartheien einen Eid zuzuschreiben. IX. 112. Wird durch Vertretung des Beklagten nicht zum Mitbeklagten. IX. 113.

Adeitatio, s. *litis denunciatio*.

Adel, die Vorrechte desselben bestehen im Babilchen a) in der Befähigung zu Hofvorzügen, b) in dem Stammgutsrechte, c) in der Siegelmäßigkeit. V. 235. Sieht kein Vorrecht zu Babilchen Staatsdienssten. V. 235. Bei ihm macht die Nichtgemeinschafts-Ehe die Regel aus. V. 233. 235. 236. Dies ist nicht auf die Stammgutsbesitzer oder Grundherrs zu beschränken. V. 235. 236. S. auch Grundherrs, Siegelmäßigkeit. Reichsadel. Gerichtsstand.

— Zu dem hohen Adel gehört unstreitig die Tochter eines Bundesfürsten. VII. 137.

— Der hohe und niedere Adel hat im Concurse eine Competenz aus den Früchten des Lehens oder Stammguts anzusprechen. II. 296—299.

Adhäsion findet da statt, wo die in dem unterrichterlichen Urtheil liegenden Beschwerden beider Theile einen und denselben Klaggegenstand betreffen. IV. 184. Wer die Berufung anzeigt, sie aber deffert werden läßt, kann keinen Gebrauch mehr von ihr machen. IV. 184.

— Sie kann noch in der mündlichen Verhandlung geltend gemacht werden. VIII. 36. Wenn sich der Appellat der Appellation nicht anschließt, so wird das Urtheil in Bezug auf ihn rechtskräftig. VIII. 4. S. auch Revision.

Adhäsion, accessorishe, kann nur dann zur Cognition des höheren Richters gelangen, wenn rüchichtlich des principaliter ergriffenen Rechtsmittels seine Competenz begründet ist. III. 183.

— Die betreffende Beschwerdesumme kann nicht mit der des Hauptrecurses zusammen gerechnet werden, um die zur oberstrichterlichen Competenz erforderliche Ordinationssumme zusammen zu bringen. III. 183.

Adjudication, richterliche, ersetzt die bei einer Eigenschafts-Versteigerung vorbehaltene amtliche Ratification. V. 286. Es darf dafür keine Kaufbriestaxe angesetzt werden. V. 373. Auch die Ausfertigung eines Kaufbrießs unterbleibt. V. 373.

— des Faustpfands, s. Faustpfand.

Adjudication des Unterpfands, wenn sie vom Gläubiger begehrt

wird, gilt so viel, als die freiwillige Annahme liegender oder fahrender Habe für die Hauptschuld an Zahlungsstatt. IV. 234. Befreit den Bürgen. IV. 232, 233, 234.

Administrativ-Beörden haben nach Analogie des Org.-Edicts von 1809 Beilage D. §. 8. e. u. d. zu bestimmen, in welchem Verhältnisse die Pächter und Verpächter zu den öffentlichen Lasten beizutragen haben. III. 222. Sie entscheiden über Gemarkungs-Freitligkeiten. X. 161. Deren Competenz a) für Klagen der Gemeinden gegen ihre Banngenossen wegen Zahlung von Umlagen. XII. 310. — b) Zu Instruirung von Steuerfreitligkeiten. XII. 311. S. auch Competenz-Conflicte, Gemeindegüter, Gemeindefschulden, Gerichtsacten, Gerichtsbarkeit — willkürliche, Kreisdirectorien, Kriegsschulden, Landesverordnungen, Staatsbehörden, Staatsblender.

Administrativ-Entscheidungen sind nicht wie gerichtliche der Rechtskraft empfänglich. XI. 3. Sie können hinsichtlich ihrer Rechtsbeständigkeit nicht von den Gerichten geprüft werden. XI. 323.

Administrativ-Gewalt der Regierung in Bezug auf die Verwendung der säcularisirten Geistlichen zu kirchlichen Zwecken, ist durch den §. 57 des Reichsdep.-Schlusses beschränkt. III. 54, 56.

Administrativ-Sache, s. Cassation.

Advokat, erlangt durch die Vollmacht seines Principals die Befugniß, nach seinem Gutfinden die Rechtsausführung zu machen. IV. 329. Der Principal kann diese nicht darum anfechten, weil er später auf den Gedanken kam, es hätte der Sache eine andere Wendung gegeben werden sollen. IV. 329. S. auch Deserviten-Controlle.

Advokaten. Bei Patrociniums-Auflösungen sollen sie nur kurze Anzeigen übergeben, und ihre Partheien in Zeiten davon benachrichtigen. III. 105. Nur bei Armensachen wird eine motivirte Anzeige erfordert. III. 105.

— Die nicht im loco wohnenden bedürfen keines Substituten, zur Einreichung ihrer Schriften. VIII. 246.

Advokaten können sich keine Auflösungsklagen cediren lassen. XIII. 348.

— Die Kosten eines Schriftverfassers hat der zur Kostenzahlung verurtheilte Gegentheil nur in so weit zu ersetzen, als sie die geordnete Anwaltschaftsgebühr nicht übersteigen. III. 103. Die denselben zukommende Conventional-Verlohnung kann der Gegenparthei nie aufgebürdet werden. III. 102.

Advokaten, ausländische, werden bei dem Gr. Oberhofgerichte als Schriftverfasser zugelassen, wenn sie durch inländische bei diesem Gerichtshof aufgestellte und von der Parthei als solche bevollmächtigte Procuratoren ihre Schriftsätze einreichen lassen. VII. 320.

Advokaten, oberhofgerichtliche, sollen keine Substitutions-Vollmachten annehmen, sondern in einer jeden Sache ein von ihren Principalen unmittelbar auf sie ausgestelltes mandatum procuratorium exhibiren. III. 101. Sie sollen sich der gedruckten Vollmachten-Exemplare bedienen. III. 133. Vor Erkennung der Proceße sollen

sie keine Vollmachten des appellatischen Theils einreichen. III. 101. 104. 105. Die Beschwerdeschrift sollen sie jedesmal selbst der appellatischen Parthei insinulren lassen, wenn nicht für diese schon ein Anwalt bevollmächtigt ist. III. 121. Sie sollen bei Strafe nicht durch muthwillige Cassationsgesuche die Executionen aufhalten. III. 124. Sollen die Taxen, Spotteln u. der Zustellungen gleich beim Abholen derselben baar bezahlen. III. 116. 117. S. auch Anwälte.

Advokaten-Laxe, nähere Bestimmung derselben in Strafsachen. III. 134. Oberhofgerichtlicher Plenarbeschluss vom 24. Juli 1839 die Taxordnung betr. XIV. 9. Die Procuratorengebühren betreffen nach dem §. 18. der Taxordnung in der Regel den Hauptanwalt, in dem §. 19. daselbst ausgedrückten besondern Falle aber die Parthei, welcher der Hauptanwalt bedient ist, III. 102. — niemals die Gegenparthei, auch wenn sie in die Kosten verfällt ist. III. 102., f. auch Kostenverzeichnisse.

Advokatur, steht den Auditoren nicht mehr zu. XIV. 15.

Rechtseitsbeweis, f. Urkunden.

Ämter sind untersuchende und urtheilende Richter bei allen Betrügereien und Verfälschungen, welchen das Gesetz nicht über vierwöchige Arbeit und dieser gleichkommende Strafe zumisst. IV. 163. Haben über ihre Competenz selbst zu erkennen. IV. 163. Halten sie sich, wenn auch irrigerweise, nicht für competent, so begründet schon die bloße Einsendung der Acten an das Hofgericht die Competenz des letztern. IV. 163. Sind die competenten Stellen zur Belehrung der Ehefrauen über die Rechtswirkung der Sammtverbindlichkeit. IV. 36. Ihre Entscheidungen auf vorangegangene rechtliche Verhandlungen können nicht als die Purifikation der vor dem Rechtsstreite stattgefundenen administrativen Verhandlung angesehen werden. IV. 46., f. auch Amtsrevisorate, Recurs.

— sollen in allen zu einem dritten Rechtszug geeigneten Sachen gleich bei der ersten Verhandlung nicht nur den Werth des Streitobjekts in Hinsicht auf die Zulässigkeit der Appellation im Allgemeinen eruitern, sondern dasselbe auch so genau als möglich bezeichnen, damit das Hofgericht dadurch in den Stand gesetzt werde, den Betrag der etwa zu hinterlegenden Succumbenzgelder in Zeltten zu ermessen. V. 371. 372. 373. Sollen bei Strafe binnen 14 Tagen nach eingewandter Appellation die Acten sammt Entscheidungsgründen an die Hofgerichte einschießen. V. 370. S. auch Gerichtsbarkeit, willkührl. Hofgerichte, Strafanstalten, Unschuldrecurs, Untersuchungsrichter, Untergerichtsprozeß.

Aequivalent, für die der Ehefrau stillschweigend verpfändeten Liegenschaften, f. Unterpfandrecht — gesetzliches, der Ehefrau.

Ärzte und Medicinalreferenten sollen sich der unberufenen Urtheile über den subjectiven Thatbestand der Verbrechen enthalten. II. 312.

Ärzte, f. L.R.G. 909.

Affines inter se non sunt affines. IV. 12.

Affinität, s. Schwägerschaft.

Afterbelehnung für den Lehnerrn, wenn sie ohne dessen ausdrückliche oder präsumtive Zustimmung erfolgte, in der Regel unverbindlich. VI. 270. 272. der Zustimmung bedarf es nur dann nicht, wenn sie dem Lehnerrn zu keinem Nachtheile getriht. VI. 270. Die präsumtive Einwilligung soll aus der Verleihung an einen Soldaten gegen die Verbindlichkeit zu Kriegsdiensten oder überhaupt daraus hervorgehen, daß eine *res subinfendari solita* verlehren wird. VI. 270. 272. 274. Zweifel dagegen. VI. 272. Sie besteht nur dann, wenn der beschaltge Vertrag Essentialien eines wahren und eigentlichen Lehens enthält. VI. 274. Die Begabung eines Lehensstücks zu Erbbestand ist keine solche, sondern eine wirkliche Veräußerung im weiteren Sinne, welche für den Lehnerrn ohne dessen Zustimmung keine verbindliche Wirkung haben kann. VI. 274. 275. S. auch Erblehen, Dienstbarkeiten, Lehenvertrag, feudestria.

After-Erbeinsetzung ist eine Verfügung welche einem Geschenktnehmer, Erbnehmer oder Erbstücknehmer auferlegt, einem Dritten etwas aufzubewahren, und ihm zurückzuliefern. V. 69. — Sie ist also nicht vorhanden, wo den genannten Personen freie Dispositionsbefugniß über das Geschenk, das Erb- oder Erbstückvermächtniß überlassen wird. V. 69. — Ist in der Regel verboten. V. 69. Ist den Eltern zu Gunsten ihrer Enkel erlaubt, sowohl in der Form von Handlungen unter Lebenden, als auf den Todesfall. V. 74. Sie ist verboten. VII. 73. Grund des Gesetzes. VII. 73. 214.

— Kennzeichen der Aftererbeinsetzung. VII. 77. Ob die *substitutio in eo quod supererit* eine verbotene Aftererbeinsetzung sei, ist unter den deutschen u. franz. Commentatoren des Code civil streitig. VII. 73. 75. 76. 213. 214. Die Mehrzahl indeß hat sich für die Verneinung dieser Frage entschieden. VII. 215. Hauptsächliches Kriterion, ob dem eingesetzten Erben die Verfügung über die Erbschaft während seinen Lebzeiten benommen ist, oder nicht. VII. 213.

— Das Verbot derselben in L.R.G. 896. trifft auch solche Testamente, die vor Einführung des Landrechts errichtet sind, aber erst nachher zum Vollzug kommen. X. 203. ff.

Afterpacht, s. Gesellschaftsvertrag.

Afterschläge. XIII. 531.

Agnaten haben kein Miteigenthumsrecht am Stammgut, sondern nur ein Successionsrecht. VIII. 31.

Alimentation natürlicher Kinder, s. Kinder, natürliche.

Alimentations- und Schwängerungssachen, bei ihnen findet in der Regel kein dritter Rechtszug statt. III. 175.

Alimente, s. *arrérages*, Ernährungspflicht, Kreisdirectorium, Schwängerungssachen, Unterhaltsrente.

Alimentensachen sind nur in dem Sinne von der Regel des ordentlichen Proceßes ausgenommen, als unter Alimenten das zum täglichen Lebensunterhalte Nothwendige verstanden wird. VI. 156. 157.

Der Grund hiervon ist das unverschiebliche Bedürfnis. VI. 157. Es tritt also da nicht ein, wo ein weit über die Nothdurft hinausreichender, standesmäßiger Unterhalt angesprochen wird. VI. 157. Am wenigsten paßt jener Grund auf rückständige Alimente, da von einem Nothstande und dessen Abhülfe in Beziehung auf eine vergangene Zeit keine Rede sein kann. V. 157. 158. Was Jemand späterhin als Schadloshaltung dafür, daß er seinen Unterhalt in der verfloßenen Zeit anderswoher bezogen hat, von dem Alimentationspflichtigen fordert, gehört in die Klasse der Entschädigungsforderungen. VI. 157. Ein Provisorium wird da, wo bloß der nothdürftige Unterhalt gefordert wird, meist überflüssig. VI. 158. Entgegenstehende Rechtsansicht. VI. 157. S. auch Schwängerungssachen. Allé, verschwägert, ist, dem grammatischen Sinne nach deutlich, ob aber in der Napoleonischen Gesetzgebung der Sinn desselben, seiner Rechtswirkung nach, immer der nämliche gewesen sei, wird bezweifelt. IV. 19.

Allmenden. Eigenthumsklage auf Gemeinbalkmenden, was zu deren Begründung erforderlich; ob insbesondere auch Grundbuchsbeitrag verlangt werden kann. Der Eigenthümer, sofern er mit dem Inhaber der Liegenschaft darüber in Vertragsverhältnissen steht, hat nicht die Eigenthums-, sondern nur Vertragssklage. XVI. 61.

Allodiallehnmware, s. Gheschag.

Allodialität wird im Zweifel der Regel nach vermuthet. III. 153. Für sie streitet in der Regel die Vermuthung. VI. 338. 341. Bei einer zu Lehen gegebenen universitatis rerum findet eine Ausnahme statt. VI. 337. 345. S. auch Lehen.

Allodialschulden, der in ein Fideicommiß succedirende Erbsolger ist zur Zahlung der Allodialschulden des letzten Besitzers verbunden. VII. 43. 48. 49., s. Stammgut, Fideicommiß.

Allodium, s. Erblehen.

Alte Abgaben XIX. 245.

Alterum tantum; wenn dies Verbot eintritt. I. 69.

Amnestie in Strafsachen bezieht sich nicht auf rein civilrechtliche Wirkung der verbrecherischen Handlung. XVIII. 436.

Amortisations-Obligationen badische, sind auf den Inhaber gestellt. III. 280. Wurden durch Patent vom 31. August 1808 errichtet. III. 280.

Amortisirung einer Urkunde kann nur vom Gerichte ausgesprochen werden, wenn sich deren Besitzer nicht im Edictal-Termine gemeldet, und legitimirt hat. III. 29. Findet bei verlorenen Urkunden nicht statt. VIII. 16.

— eines verloren gegangenen Zettels auf Inhaber ist an keinen bestimmten Termin gebunden. III. 30. 31. 32. — Kann nach Verjährung des Forderungsrechts selbst, nicht mehr begehrt werden. III. 32. Entgegenstehende Ansicht einiger Votaten. III. 30. 31.

— Amortisationserkenntniß ist die Hauptbedingung der Zahlungsver-

bindlichkeit der Staatskasse bei verloren gegangenen Staatspapieren **au porteur**. III. 29, f. auch Verjährung, Vorladung — peremptorische Amtshandlungen, können als eine Ehrenkränkung enthaltend nur mit Ermächtigung der Dienstbehörde Gegenstand einer Anklage werden. VV. 601.

Amtsrevisor. Er stellt mit dem Theilungskommissär nicht eine Person vor. VIII. 376. 377., außer wenn er mit diesem bei demselben Geschäfte functionirt. VIII. 312. Dessen Einsetzung macht ein vom Theilungskommissär errichtetes Testament nicht ungültig. VIII. 275. Er muß die vom Theilungskommissär begangenen Formfehler verbessern. VIII. 316. Wenn er bei einem öffentlichen Testamente als Zeuge auftritt, gilt er nur für einen Zeugen. VIII. 313.

Amtsrevisoren haften für die Versehen ihrer Theilungskommissäre. X. 103., wenn der betreffende Theilungskommissär Zahlungsunfähig war. X. 109. S. auch Vorlagsscheine.

Amtsrevisorate sind, als bloß beurkundende Stellen, nicht competent, Ehefrauen über die Rechtswirkung der von ihnen zu übernehmenden Sammtverbindlichkeit zu belehren. IV. 36. S. auch Aemter, Amtsverweser.

Amtsverbannung, deren Abschaffung. XII. 15.

Amtsverweser, dazu sind bei Verhinderung oder in Abwesenheit der Bezirksbeamten zunächst die angestellten Rechtspraktikanten zu ernennen. IV. 296. Nur in deren Ermanglung soll dazu der Amtsrevisor des Bezirks ernannt werden. IV. 296.

Analogie aus den Gesetzen über Familien-Eigenthum und Stammgut auf Lehen. II. 296., in wieferne geben die Handelsgesetze Analogie für das allgemeine Civilrecht. VIII. 91., aus dem Nothdurftsgehalte auf die Competenz des Adels im Concurse; f. Adel, von der Verjährung der Servitute auf die der Reallasten findet nicht statt. II. 276., von den Schiedsrichtern auf Experten, f. Expertise, der drei Instanzen auf Anfechtung einer Expertise, f. Expertise, aus dem §. 17. der Eidesordnung, f. Manifestationseid, aus Lit. I. D. de inspic. vent. f. Expertise. S. auch Veris von Wein, Ehetrennung, Nullitäten-Edict, Recht — römisches, Zeugenbeweis.

Anastasiana lex, ob sie nach Einführung des Code Napoleon noch gültig ist. I. 266.

Anatocismus kann auf Verzugszinsen nicht ausgedehnt werden. I. 69.

Anerkennungsnitz-Urkunden. XIII. 539. u. 563.

Anerkennungen, bloße, bilden keinen Rechtsittel und eben deshalb keinen genügenden Klaggrund. XVI. 239. Klage bei persönlichen Verbindlichkeiten, f. Verbindlichkeiten. Anerkennung einer Dienstbarkeit, deren Wirkung. XIII. 502., bei Besitzveränderungsfällen, als Zeichen eines getheilten Eigenthums. XIII. 17., bei Erbgütern. XIII. 550., einer nicht fälligen Schuld vor Gericht wirkt kein richterliches Pfandrecht. XV. 17., einer Zehntlast, Klage darauf. XII. 574. S. auch Dienstbarkeiten, Gütern.

- Anfang eines Urkundenbeweises**, f. Beweis, Urkundenbeweis.
- Anfechtung der vor der Verbeistandung eingegangenen Rechtshandlungen wegen Geisteschwäche**. XIII. 428.
- Anfechtung einer Handlung zum Abbruch der Gläubiger**. Erforderniß zur Klage. XIX. 314.
- Angeld**, f. Erbkaufschilling.
- Angeschuldigte**. Wiederaufnahme des Verfahrens in Strafsachen gegen den Angeschuldigten, insbesondere wenn das Verbrechen sich später als ein schwereres herausstellt als wegen dessen der Angeschuldigte früher verurtheilt wurde. XV. 373.
- Angriff**, was unter lebensgefährlichem Angriff zu verstehen ist. VII. 193. — Ob sich der Ausdruck des §. 67. des Strafedicts: lebensgefährlicher Angriff — auf die Art und Weise, wie die That begangen wurde, und auf den angewandten Gewaltsgrad, oder aber nur auf den eingetretenen Erfolg beziehe. VII. 193. 194. f. Raub, Rothwehr.
- Ankauf von Erzeugnissen und Waaren**, f. Handelsgeschäft.
- Anlagen an gemeinschaftliche und nicht gemeinschaftliche Mauern und an der Eigenthumsgrenze überhaupt**. XVII. 275. Verjährung der Klage auf deren Beseitigung. XVII. 275.
- Verbindlichkeit zu Unterhaltung eines Bauwesens oder einer Anlage, f. Bauwesen. XV. 586., f. auch Dienstbarkeiten.
- offene, müssen sie sich bei der Eröffnung des Saßes 642 auf dem dienenden Grundstücke befinden haben. XVII. 271. begründet deren Dasein zugleich eine selbstständige Dienstbarkeit. XVII. 273.
- Animus defraudandi**, f. Accis- und Zolldefraudation.
- Animus injuriandi**. I. 290. Defraudandi wird präsumirt. I. 297. wenn er nicht präsumirt wird. I. 298.
- Animus occidendi directus — indirectus**, f. Tödtung aus Zähheit und Zorn.
- Animus renuntiandi**, f. Todttheilung.
- Ansfässigkeit**, f. Einsassenrecht.
- Anschaffungsaufwand** ist vom Erhaltungsaufwande zu unterscheiden. III. 35. — er gehört, wenn er ein Erkaufsaufwand ist, zum Absatz 1 oder 4 des L.R. Saßes 2102 — 35, wenn er ein Verfertigungsaufwand ist, genießt er, je nachdem er aus einem reinen oder gemischten Wertverdinge herrührt, keinen Vorzug, oder einen solchen mit dem Restkaufschillinge. III. 35.
- Anschließung an die Appellation des Gegners** ist bedingt durch ein selbstständiges Appellationsrecht. XI. 137.
- Anschreiber an den Schuldner**, f. Zettel auf Inhaber.
- Anstehen der Gerichte**, deren Bekanntmachung, ohne Präjudiz, ist denselben erlaubt. VIII. 166.
- Anstalten, öffentliche**, f. Herrschafteten — niebere, Strafanstalten, Todtenschein.
- Anstetzung eines Ehegatten durch den andern**, ob sie eine Scheidungsursache begründe, ist zweifelhaft. II. 152.

Anstchtung durch Venerie, in wie weit sie eine Entschädigung begründen kann. I. 61—66.

Anstellungen, s. Besoldungen; Dienste.

Anstellungsvertrag ist weder ein *precarium*, noch ein ungenannter Contract, *dout facias*, noch ein Mandatsvertrag, noch eine *negotiorum gestio*. V. 250. Ist von einem Dienstverdinge sehr verschieden: jener gibt Gehalt u. Rang, dieses nur Lohn; jener wird, als verbindlich für den Dienstherrn auf die Lebenszeit des Dieners, mit Vorbehalt der jederzeitigen Aufkündigung des Letztern eingegangen, dieses mit wechselseitiger Aufkündigungsbefugniß. V. 250. Gehört nicht in das Gebiet des Privat-, sondern des Staatsrechts. V. 250. Wird daher nicht nach dem bürgerlichen Gesetzbuche beurtheilt. V. 250. — Wird auch von Standesherrn mit den zu ihrer Verwaltung nöthigen Beamten abgeschlossen. V. 251. S. auch Standesherrn.

Anticipationsgebühren dürfen auch dann angerechnet werden, wenn ein Anwalt *ad acta* submitirt hat. III. 111., gehören, ohne besondere Uebereinkunft, dem Schriftverfasser. III. 111.

— sind nach Plenarverfügung v. 29. Septbr. 1834 für die Zukunft bis auf Weiteres passiren zu lassen. IX. 420.

— fallen unter der neuen P.O. weg. VIII. 73. Ministerialerlaß entgegen gesetzten Sinnes. VIII. 443.

Anvertrautes fremdes Gut; dessen wissenschaftlicher Ankauf von einem Dritten. I. 217 — 221.

Anwälte, deren Rechte und Pflichten. XVII. 16. Ankauf streitiger Rechte nach A.R.G. 1597. XVII. 65.

— sollen, wenn sie nicht über 8 Tage verreisen, beim oberhofg. Präsidium, wenn sie auf längere Zeit verreisen, beim Collegium selbst um die Erlaubniß dazu, unter Anzeige ihres Substituten, nachsuchen. III. 107. — Auch in der Regel die Entschließung hierauf abwarten. III. 125.

— sollen den Legitimationspunct jedesmal gehörig berichtigen, bei Vermeidung der durch Vernachlässigung dieser Pflicht veranlaßten Kosten und sonstiger Strafe. V. 364. Sollen die Actenabsendungsbitte sogleich nach erhaltener Instruction, und nicht erst nach Ablauf von 30 Tagen einreichen, und dabei allemal anzeigen, wenn sie jene erhalten haben. V. 371. 372.

— sollen nach umlaufener dreimonatlicher Frist keinen Nachtrag zum Ribelle mehr einreichen. III. 101.

Anwälte sollen die in den Rechtfertigungsschriften enthaltenen besonderen *petita* im Rubrum derselben ausdrücklich anmerken. III. 102. — überhaupt in den Rubriken der Schriften ihren Inhalt kurz andeuten, und das Streitobject gehörig bestimmen, bei 45 fr. Strafe, III. 108. 109. — Sie sollen auch in den Rubriken der Schriftsätze genau bestimmen, ob die Sache eine Appellation, Oberappellation, Supperrrevision u. betrifft, und in welchen oberhofgerichtlichen Senat sie gehört. III. 104.

Anwälte haben in der Regel selbst für die Duplikate ihrer Akte zu sorgen. III. 129. 132. Sollen ihre Proceßschriften gehörig paginiren, oder wenigstens foliiren. III. 119. 128. Sie sollen von Schriftten, deren Mittheilungen den Gegentheil nicht gewiß vorauszusehen ist, keine Duplikate übergeben. III. 129. Sollen sich zu weitläufiger Proceßextracte enthalten. III. 108.

— sollen die munda und Duplikate sorgfältig collationiren und unterschreiben. III. 118.

— Bestellung eines neuen Anwalts zur mündlichen Verhandlung, wenn der frühere das Patrocinium niederlegt. VII. 297., s. Patrocinium.

— welche bei dem Oberhofgericht angestellt, sind nicht befugt, bei den auswärtigen Hofgerichten, ohne Aufstellung eines Procurators, aufzutreten. XV. 164., s. auch Advokaten, Procuratoren.

— Die Gebühr derselben für die bloße Vorbereitung zum mündlichen Vortrag besteht in einem Theil des taxordnungsmäßigen Ansages, den der Gerichtshof nach billigem Ermessen zu bestimmen hat. IX. 179.

— sollen nach Ablauf der dem Gegentheil zu seinen Einwendungen gegen die oberhofg. Kosten-Decreturen gestatteten 14 Tage, nicht um die Purification, wenn keine Einwendungen geschehen, besonders anrufen. III. 112. 113., — sollen bei verweigerter Zahlung ihrer decretirten Deserviten erst das einschlägige Amt um Zahlungshülfe anrufen, ehe sie um eine oberhofg. Zahlungsverfügung nachsuchen. III. 103., s. auch Acteneinsichtsgebühr, Artha, Acten-Introitus, Procuratoren und Anticipations-Gebühren.

— nähere Bestimmung über die gesetzlich vorgeschriebene Buchstabenzahl jeder Zeile der eingereicht werdenenden munda. III. 110.

— dürfen von Inländern den nämlichen Vorschuß, wie nach §. 15 der Taxordn. von Ausländern nehmen. III. 117. Von Ausländern sogar Vorschüsse ohne Größen-Limitation, nur muß bann im ersten Exhibito, am Rande der ersten Seite, der Betrag desselben angezeigt sein, bei 1 Arthr. Strafe. III. 117. Bei Bestimmung der von Ausländern zu leistenden Caution braucht deshalb auch auf ihr Verdienst jetzt nicht mehr, wie früher, Rücksicht genommen zu werden. III. 109. 117. Sie sollen keinen zweiten Vorschuß von den Partheien verlangen. III. 109.

— nähere Bestimmung über die von ihnen anzurechnenden Gänge. III. 107. 131. S. auch Advokaten, Ehescheidungsproceß, Fristgesuche, Geschlechtsbeistand, Patrociniumsaufkündigung.

Anwälte ex officio, s. Armensachen.

Anwaltsordnung, über den §. 5. des Entwurfs derselben. XVII. 1. Anwartschaften, deren Ertheilung bindet nach gemeinem deutschen Staatsrechte den Regierungsnachfolger nicht. X. 256.

Anweisung, was sie ist. VII. 90. Arten derselben. VII. 90. Unterschied der bloßen Anweisung vom Forderungsverkauf. VII. 91.

Anweisung, selbst die an Zahlungsstatt begründet kein selbstständiges

Forderungsrecht, sondern zerfällt in sich, sobald die gesetzliche Bedingung, daß nämlich der Anweisungszahler zahlen werde, nicht in Erfüllung geht. VII. 91. 93., an Zahlungsstatt. XVI. 220. Anweisung an Zahlungsstatt. Rechtsübertragung. 2. R. S. 1121. XIX. 253. Unterschied der Anweisung an den Schuldner zur Zahlung an einen Dritten u. Anweisung des Gläubigers an Zahlungsstatt. XVI. 542.

- durch eine vom Schuldner seinem Gläubiger ausgestellte Anweisung wird die Schuldforderung nicht erwiesen. VII. 90. 91. 93., gilt nur für bedingungsweise Zahlung, wenn zur Zeit ihrer Ausstellung der Assignatar schon insolvent war. II. 284., sie begründet keine befreiende Novation. II. 283.

Anweisungen der Staatsdiener auf noch nicht verfallene Quartalsraten ihrer Besoldungen, sind nach der Verordnung v. 4. Nov. 1816 ungültig. III. 157., sie können also auch kein Separationsrecht im Concurse begründen. III. 156.

Anwesenheit des Gerichts bei Besichtigung des zu begutachtenden Gegenstandes durch die Experten. XIII. 421.

Anzeigen, s. Indicien.

Appellation, summarische, bei der Revision bedarf der Anwalt des Revisen ebensowohl, als der des Revidenten einer neuen Vollmacht. III. 206. 207., gleichwohl kann einstweilen die Insinuation des Revisionslibells an den früheren Anwalt des Revisen geschehen, wenn nur beim Actenschlusse der Vollmachtspunct gehörig berichtigt wird. III. 206. 207., wenn sie in summarischen Sachen beim Oberhofgericht das correlatum der summarischen Appellation ist, so sind nach §. 151 u. 187 d. Ob. Ger. D. bessere Beweise zulässig. III. 251.

- Rechtsmittel devolviren eine Sache nur dann für immer an den Oberrichter, wenn gegen Endurtheile, oder gegen gemischte Zwischenurtheile Beschwerde geführt wird. III. 148. Finden sie gegen Fehler im Rechtsverfahren gegen nichtige Verfügungen u. dgl. statt, so haben sie nur Abänderung der beschwerenden Verfügung und Zurückweisung der Sache an den *iudex a quo* zum weiteren Verfahren und endlicher Entscheidung zur Folge. III. 148., s. auch Oberg. Ord.
- gegen ein hofgerichtl. Erkenntniß über eine in *possessorio ordinario* angestellte Besitzklage. II. 258. 259.
- Ob bei Aburtheilung von Rechtsmitteln die Frage über die formelle Zulässigkeit immer als Präjudizialfrage von der Frage über die materielle Begründung getrennt werden muß, oder ob beide Fragen nebeneinander zur Entscheidung kommen können. XI. 225.
- Ein unwahrer Rechtsatz in den hofgerichtlichen Entscheidungsgründen gibt beim Mangel der Beschwerdesumme der Oberappellation nie Raum. XII. 106.
- Wegen eines in den Entscheidungsgründen ausdrücklich angeführten Rechtsatzes findet keine Oberappellation statt. VIII. 366.
- Verletzung der Vorschriften des Verfahrens eröffnet den höhern

- Rechtszug nur, wenn darin der Grund einer materiellen Rechtsbeschwerde liegt. XII. 106.
- Appellation, Zulässigkeit der Oberappellation wegen verletzter Vorschriften des Verfahrens. P.D. §. 1175. R. 3. §. 1117. XIV. 196.
- gegen Erkenntnisse gestützt auf *confessio in iure*. XVII. 61.
 - wegen Verwerfung der proceßhindernden Wirkung verzögerlicher Einreden. XVII. 414. X. 148.
 - gegen zur Zeit abweisendes Erkenntniß. XVI. 448.
 - Wenn der Unterrichter auf gepflogene Verhandlung hin die Klage als nicht Statt findend — verworft (P.D. 358), so wird die Appellation nicht nach den §. 1230 — 1238, sondern in den gewöhnlichen Formen verhandelt. XIV. 212.
 - wegen verletzter Form des §. 1214 der P.D. findet neben der ergriffenen Oberappellation nicht statt. IX. 108. Nach §. 1245. der P.D. — ob hierüber das Gr. Justizministerium oder das Gr. Staatsministerium zu entscheiden habe. IX. 486. ff.
 - gegen ein Purificationserkenntniß. XVI. 526.
 - gegen Erkenntnisse über Ablehnung eines Schiedsrichters. XVII. 301. gegen Schiedsurtheile. XI. 199. XIV. 165. XV. 283., f. auch Schiedsspruch, Schiedsvertrag, Urtheile.
 - gegen ein Urtheil, welches ohne richterliches Gehör erging. XVIII. 1.
 - gegen ein Versäumniserkenntniß. XVII. 399. XIX. 391., ist zulässig, wenn die Parthei ausführen will, daß ihr mit Unrecht ein Versäumniß zur Last gesetzt worden sei. IX. 4. 5.
 - wegen Zwischenverfügungen. XVII. 229.
 - Unstatthaftigkeit derselben gegen ein proceßleitendes Decret. XV. 566., gegen ein Urtheil das dem Appellanten nichts gegen seinen Antrag aberkannte. XVIII. 119. gegen ein Urtheil des Appellationsrichters, welches bloß Ladung erkennt. XVIII. 119.
 - Findet gegen die richterliche Feststellung des Ausbruchs der Zahlungsunfähigkeit eines Verganteten (E.R. Anh. S. 208) ein Rechtsmittel sogleich, oder erst am Schlusse der Gantverhandlung statt. XVI. 212.
 - Wenn der Gantrichter ein Wiederherstellungsgesuch verwirft, ohne auf die damit verbundene Anmeldeklage ein Erkenntniß zu geben, so muß der Appellationsrichter, welcher das Wiederherstellungsgesuch für sich begründet hält, sich darauf beschränken, die Wiederherstellung zu erkennen. Ein Erkenntniß über die Begründung der Anmeldeklage steht ihm in so lange nicht zu, als der Gantrichter darüber noch nicht erkannt hat. XIX. 339.
 - wegen verweigerter Vorauszahlung in der Gant. XVII. 239. Förmlichkeiten der gegen die Vertheilungsbescheide in Gantsachen zu ergreifenden Rechtsmittel. XIII. 557. gegen den Distributionsbescheid findet nur unter der Bedingung der §. §. 929. u. 930. der P.D. statt. XVI. 365., f. auch Gantsachen.
 - Aufstellung der Beschwerden nach Ablauf der gesetzlichen Frist ist unstatthaft. XVIII. 1.
 - Verhandlungen im abgekürzten Verfahren bei dem urtheilenden

Unterrichter. IX. 85. Bei Sachen dritter Instanz ist unter diesem Ausdruck derjenige Unterrichter zu verstehen, welcher das nächst vorhergehende Urtheil gefällt hat. IX. 86.

- Anschließung des Appellaten, über die Identität der Streitpunkte und die Appellationssumme bei denselben. XVII. 225. Appellationsanschließung ist ohne das Dasein der Summe statthaft. XIX. 227.
- Die Verfallenheitsklärung wird nach §. 1201. u. 1240. der P.D. jederzeit von dem Richter ausgesprochen, welcher das Urtheil erlassen hat, wogegen das Rechtsmittel eingelegt worden. X. 141.
- Sind Erkenntnisse, wodurch eine Appellation oder Oberappellation als unstatthaft erklärt wird, der Parthei selbst zuzustellen? Wirkungen der Unterlassung. XIV. 265.
- Unzulässigkeit der Oberappellation gegen zwei gleichlautende Erkenntnisse in Streitigkeiten über Entschädigung für die Faselviehlast. XV. 483.
- in Processen über Zehntablösung, s. Zehntablösung. XVI. 508. XVII. 181.
- Die Berufung gegen ein Erkenntniß, welches eine Scheidung auf wechselseitige Einwilligung verwirft, ist unstatthaft, wenn sie nur von einem Ehegatten erhoben wird. L.R.G. 291. XVI. 181. S. auch Recurs.

Appellationsanmeldung mittelst Zustellung an den Gegner. XVIII. 595.

Appellationsfatalien laufen erst von der Behändigung des Urtheils an die Theile selbst. VIII. 246., und von der Behändigung der Entscheidungsgründe. VIII. 10., die Anwälte sind verpflichtet, die Urtheile an den Gegentheil insinuiren zu lassen. VIII. 259. Berechnung derselben. VIII. 250. — Ob sie gegen den Fiscus erst von der Behändigung des Urtheils an das Fiscalat laufen. VIII. 189.

- Die Nothfristen laufen in den Ferien ab, dahin gehört auch die 14-tägige Frist nach Verfallenheitsklärung einer Appellation. XII. 312.
- Appellationsfristen in Streitigkeiten über Zehntablösung. Zehntgesetz §. 66. XVI. 131.

Appellationssumme, s. Ordinationssumme.

Arbeit, lebenslängliche, öffentliche, s. Födtung.

Arbeitshausstrafe, ob sie eine bloß bürgerliche, oder auch eine peinliche sei? V. 17. 18. kann sowohl für peinliche, als bürgerliche Vergehen erkannt werden. IV. 371. S. auch Brandstiftung, Dienstentsetzung.

Arbitrium, s. Gutachten.

Arbitrium judicis, s. Richter, Willkür — richterliche.

Arglist, s. Betrug.

Armenpartheien sind durch das einschlägige Amt anzuweisen, ihre Official-Anwälte zeitig zu informiren. III. 114.

- deren Vertretung durch die Officialanwälte. IX. 424. Dasselbe ist nicht in jeder Instanz, wenn der erste Officialanwalt die Vertretung abgelehnt hat, noch ein zweiter zu bestellen, sondern es genügt,

wenn im Laufe des Rechtsstreites diese doppelte Bestellung in der ersten Instanz geschehen ist. — Bedarf im Falle des §. 116. der P.D. bei den Obergerichten keines Procurators neben ihrem Vertreter. IX. 339., s. auch Armensache.

- Denselben wird gegen Versäumnisse immer Restitution ertheilt, wenn die Vorschriften des Gesetzes beobachtet sind. IX. 68. Wiederherstellung derselben gegen Versäumung der Fristen. XVI. 483. 493. S. auch Restitution.

Armenrecht. Beschwerdeführung gegen die Nichtzulassung zu demselben. XIII. 119.

- Dasselbe ist den badischen Armenpartbeien in Bayern und den bayerischen in Baden gegenseitig zugesprochen. VI. 321. 322.

Armensachen. Zusammenstellung des oberhofg. Verfahrens in solchen. IV. 287. 288. 289. Wenn eine Parthei gegen den Rath ihres Officialanwalts sich nicht beruhigt, sondern noch ein Referat verlangt, aus diesem aber eine besondere Frivolität hervorgeht, so soll in dem Fall, wo die Entscheidungen der beiden vordern Instanzen difform sind, also von keiner Succumbenzstrafe die Rede wird, über einen besondern Strafanlass deliberirt werden. IV. 288. S. auch Succumbenzstrafe.

- wenn bei ihnen der Officialanwalt deducirt hat, daß er das amtliche Erkenntniß nicht für beschwerend halte, gleichwohl aber sein Client von der Appellation nicht absteigen will, so hat das Hofgericht nach Lage der Acten ein Erkenntniß zu geben. V. 200. 201. Vorher findet ein dritter Rechtszug an das Oberhofgericht nicht statt. V. 201.
- in Betreff der Vertheidigungsschriften für arme Inquisiten bedarf es keiner Duplicate, in Betreff der Proceßschriften in Armensachen sind die Advokaten nur zu einfacher Uebergabe verbunden, die erforderlichen Duplicate fertigt die Kanzlei ex officio. VII. 241.

Arrerages des pensions alimentaires ist besser durch „rückständige Unterhaltsgelder“ als durch „rückständige Kostgelder“ übersetzt. V. 112.

Arrest und Retention streitiger Activausstände ist nur eine die Sicherung des Streitgegenstandes bezweckende Beschlagnahme. IV. 48. Gewährt nicht die Rechtswohlthat eines wirklichen Besizes. IV. 48. Befreit also nicht von der Beweispflicht. IV. 48.

- giebt kein Vorzugsrecht. V. 29. S. auch Kreisdirectorium.
- ob ein bei einem an sich incompetenten Richter zur bloßen Sicherheit angelegter Arrest den Gerichtsstand für die Hauptsache begründe, ist unter den Rechtslehrern streitig. VII. 143. Das Oberhofgericht hat diese Frage nach gemeinem und badischem Rechte verneint. VII. 144. 145. Wegen unentgeltlicher Ansprüche kann ein bad. Unterthan das Vermögen eines andern badischen Unterthans niemals mit Arrest belegen, wenn nicht besondere Gründe zur Beschlagnahme vorhanden sind, z. B. Fluchtverdächtigkeit, bössliche Verschwendung u. VII. 145. Diese Vorschrift bezieht sich auch auf das zufällig in

- einem Lande befindliche Vermögen, dessen Gerichtsbehörden eine Gerichtsbarkeit über den angeblichen Schuldner zusteht. VII. 146.
- Die Wirkung des Realarrestes ist die, daß während des Arrestes kein Dritter ein Recht an dem Arrestobject neu erwerben kann, z. B. kein Pfand- oder Vorzugsrecht; auch namentlich nicht durch Eintrag eines Urtheils in ein Pfandbuch. X. 199.
- Arrest gegen Ausländer.** C. 291. flg. Die bloße Eigenschaft des Arrestbeklagten, als Ausländer, begründet nicht die zur Verhängung des Arrestes erforderliche Gefahr. IX. 293. Er ist nicht begründet, wenn die von dem Arrestbeklagten übernommene Verbindlichkeit weder im Inlande entstanden, noch daselbst zu erfüllen ist. IX. 293. Die Vorschriften der P.O. derogiren denen des 6. Const.-Edicts. X. 270.
- Arrestproceß.** XIX. 23., s. auch Wechselarrest, Widerklage, Verschlag.
- Arreha** darf in Superrevisionsachen nach §. 1. Tax-Ordn. von dem Anwalte der beim Oberhofgericht schon eine solche bezogen hat, nicht mehr angerechnet werden. III. 110. Auch nicht, wenn eine Sache vom Oberhofgerichte an das Mittelgericht zur Ladungs-Erkennung u. remittirt war, und nun nach ihrer Erledigung beim Hofgerichte von demselben Anwalte im Wege des Recurses abermals beim Oberhofgericht anhängig gemacht wird. III. 128.
- wie viel davon den rechtsgelehrten, ihre eigene Verteidigung führenden Partheien passirt werden solle, ist in den einzelnen Fällen von Richteramtswegen *ex aequo et bono* zu bestimmen. VI. 305. Ebenso ob den Massevertretern, außer des regelmäßigen einen, noch ein weiterer Theil von Gastpfennigen in Berufungsfällen über einzelne Liquidationsposten zu passiren sei. VI. 305. 306.
- Arsenik**, gehört zu den ägenden Giften. III. 260.
- Assassinium**, s. Mordmord.
- Asserenti incumbit probatio.** V. 310.
- Associé**, s. *sociétaire*.
- Attentat**, s. Brandstiftung, Diebstahl, Stellionat, Tödtung, Unterschlagung.
- Atteste** eines Richters über Vorgänge außer den Acten entbinden nach gem. Rechte den Beweispflichtigen nicht von der Beweislast. V. 222. Können nicht als öffentliche Urkunden angesehen werden, wenn sie nicht in Gegenwart des Richters von einem verpflichteten Actuar niedergeschrieben werden. V. 222. 223. Also auch nicht, wenn die Aussteller zur Zeit der Ausstellung ihre Functionen als Richter und Actuar verloren haben. V. 222. Selten dann nur als Privatzeugnisse. V. 222. S. auch Privatzeugnisse.
- Auctor**, Nennung desselben. XVII. 213.
- Auctor intellectualis**, s. Mithurheber.
- Audienzen** sind abgekommen. III. 101.
- Auditore**, denselben steht die Advocatur und das Schriftverfassungsrecht nicht mehr zu. XIV. 15.

Aufbewahrer, dessen **Zinspflicht**, wenn er die hinterlegte Sache in seinen Nutzen verwendet. XII. 319.

Aufforderung zur Klage. XV. 534. 1) Demjenigen, welcher in Bezug auf eine noch zu erhebende Klage eine einstweilige Verfügung vom Richter erwirkt hat, ist auf Begehren seines Gegners zu Erhebung dieser Klage bei Verlust der einstweiligen Verfügung ein Termin richterlich anzuberaumen. 2) Das Begehren, daß die Klagerhebung bei Verlust der Klage befohlen werden wolle, schließt auch das Begehren in sich, daß der Verlust der einstweiligen Verfügung angedroht werden wolle. XVI. 358.

Aufhebung incompetent erlassener Straferkenntnisse durch die Hofgerichte. XIII. 125.

Aufkündigung, eine auf Aufkündigung zahlbare Forderung kann schon vor Ablauf der Kündigungszeit eingeklagt werden, wenn der Schuldner auf die geschehene Aufkündigung die Forderung vor Gericht in Streit gezogen hat, — L.R. §. 1186 steht einer Klage nicht im Wege. XIX. 11.

Aufkündigungs-Befugniß, f. Anstellungsvertrag, Diener — standesherrliche, Justizbeamte — grundherrliche.

Aufkündigungsfrist hindert die einstweilige Klage nicht, wenn die Forderung bestritten ist. XV. 595.

Auflösung eines Fahrnißkaufs nach L.R. §. 1657. XIII. 41.

— der Gütermehrschaft, f. Gütergemeinschaft, eines Vertrags wegen Nichterfüllung. XV. 172. S. auch Verträge.

Auflösungsklage bei Fahrnißkäufen nicht gegen dritte Besitzer statthaft. XII. 254.

— bei Liegenschaftskäufen, ob dazu Verzugssetzung erfordert wird. XII. 34.

Auflösungsklagen sind streitige Rechte, ihre Cession also der Vorschrift des L.R. §. 1597 unterworfen. XIII. 348.

Aufbruch, ist eine gewaltsame Widerseßlichkeit des Volkes oder eines Theils desselben gegen die gesetzmäßigen Befehle der rechtmäßigen Obrigkeit. VIII. 154. Die Strafe desselben ist dem Ermessen des Richters überlassen. VIII. 162.

Aufbruch. Zum Thatbestand dieses Verbrechens gehört: die Gesamthandlung einer Mehrheit von Personen, einer Menge (*turba*), deren Absicht dahin gehen muß, einzelnen Anordnungen der Obrigkeit sich zu widersetzen, oder sie zu erzwingen. — Diese Absicht muß in wirkliche Aeußerung oder That übergegangen sein. — Insbesondere wird erfordert: Öffentlichkeit des Auftretens. IX. 224. 226. Ein Aufbruch unter den Gefangenen einer Strafanstalt kann nicht als Aufbruch, sondern nur als Widerseßlichkeit gegen die öffentliche Gewalt angesehen werden. IX. 227.

Aufbruchstiftung, f. Straferkenntnisse.

Aufseher öffentlicher Anstalten, f. Todtenschein.

Aufstand. Begriff desselben. VIII. 151. S. auch Aufbruch.

- Aufstand der Gefangenen in einer Strafanstalt.** S. auch **Aufruhr**, **Widerseßlichkeit**.
- Auftrag** verpflichtet den, der ihn gab, die Verbindlichkeit zu erfüllen, welche der Gewalthaber innerhalb der Schranken der ihm erteilten Vollmacht abgeschlossen hat. IV. 59. Ueberschreitung des Auftrags. XIX. 21. u. 367. S. auch **Wechsel**, **eigene**.
- ein Geschäft zu vermitteln, sagt mehr, als es bloß einzuleiten. III. 168. Daß das Geschäft dadurch auch zu Stande kommen müsse, wird dazu nicht absolut erforderlich. III. 168. Eine dem Gewalthaber dafür versprochene Belohnung muß ihm nach L.R.G. 1999 gereicht werden, auch wenn das Geschäft nicht zu Stande kommt. III. 167.
 - Das Geständniß des zum Streitt beigeordneten Mandatars bindet den Mandanten. XVIII. 597. S. auch **Kriegspflicht**, **Mandant**, **Mandatar**.
- Auftragsvertrag.** XVIII. 417.
- Ausgewanderte**, f. **Emigranten**.
- Ausharrungszeit** zur Wiederverhehlichung, f. **Wiederverhehlichung**.
- Auslagen** begründen für sich noch keine Ersatzpflicht desjenigen für den sie geschehen sind. VIII. 378.
- Ausländer**, deren Gerichtsstand am Orte des Aufenthalts im Lande. XVIII. 584. Gerichtsstand wegen von ihm gegen einen Ausländer außerhalb des Großherzogthums eingegangener Verbindlichkeiten. IX. 289. 290. Sicherheitsleistung derselben bei Santen. XVIII. 558. Gewalthaber derselben zum Empfang aller Insinuationen. VIII. 248. Arrestanlegung auf das Vermögen eines Ausländers, der im Lande domicillirt, wegen der Forderung eines Inländers. Die Vorschriften der P.D. derogiren denen des 6. Const.-Edicts. X. 270. Ob gegen sie wegen Unterschlagung Landesverweisung zu erkennen sei. XIV. 49. S. auch **Arrest**, **Cautio**, **Fremde**, **Mandatar**.
- Auslegung**, **authentische**, f. **Nugnießung**.
- beschränkende, f. **Zeugenbeweis**.
 - doctrinelle, f. **Brauer**, **Restitution**.
 - der Gesetze, f. **Gesetzesauslegung**.
 - strengste, f. **Privilegien**.
 - der Rechtsgeschäfte. XII. 68.
 - der Verträge. XV. 169. XVI. 159. S. auch **Verträge**. Auslegung eines Vertrags, in welchem eine Bedingung mit einer andern am Schlusse desselben angehängten im Widerspruch steht. XIV. 212.
- Auslegungsregeln des Civilrechts**, ihre Anwendung auf das Proceßrecht. XVII. 395., juristische, über Anwendbarkeit derselben und des L.R.G. 6. k. auf Partheivorträge in Proceßten. XII. 276.
- Ausnahme** die das Gesetz nicht macht, darf auch der Richter nicht machen. VI. 134. S. auch **Testament** — **öffentliches**.
- Ausschlusserkenntniß** von der Sant. XVIII. 478.
- Aussichtsrecht**. Hat die Erwerbung der Gemeinschaft an einer Scheldemauer, oder schon das bloße Recht auf diese Erwerbung die

Wirkung, daß der bisherige Miteigenthümer der Mauer Lichtöffnungen und andere Werke, welche er vor dem Eintritt der Gemeinschaft an der Mauer anlegte, nun beseitigen muß. XVIII. 221.

- So lange eine Aussicht wegen gegenüber stehender Mauer des Nachbarn nicht möglich ist, kann ein Recht auf Aussichtsfenster nicht durch Erziehung erworben werden. XVIII. 230. die vor 1810. angelegte Fenster. XVII. 58. 230. S. auch Fenster, Lichtdienbarkeit.

Aussöhnung der Ehegatten, s. Versöhnung.

Aussteuer, s. Ehesteuer.

Austrägalgerichte. 1. Diese sind ebenso berechtigt als verpflichtet, bei Gesuchen der Parteien um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Fristversäumnisse nach Maassgabe ihrer Proz. Ordn. zu verhandeln und nach Prüfung der Entschuldigungsgründe darüber zu entscheiden. 2. Die Zutheilung der Parttheirolle des Klägers in Streitigkeiten, welche nach Art. 30. der Schlussacte zur Verhandlung kommen, hat die Bedeutung nicht, wie ein gewöhnliches Proceßverfahren — an diese uneigentliche Bezeichnung können auch keinerlei rechtliche Folgen, und namentlich nicht in Beziehung auf die Beweislast, geknüpft werden. 3. Von der Feststellung einer positiven Norm wurde Umgang genommen und es der Beurtheilung der Austrägalgerichte forthin überlassen, ob und welcher Werth den Erklärungen am Bundestag, nach P.D. und Rechtsprincipien, mit Rücksicht auf die ganze Sachlage, vor Gericht beizulegen sei. XV. 480.

- in Sachen des Herzogthums Nassau gegen die Krone Preussen und das Großherzogthum Hessen, die Vertheilung der Schulden und Lasten des Kurstaates Mainz, insbesondere die Steuerschulden. XV. 86.

- in Sachen Lippe gegen Lippe. XII. 399.

Auswanderer, s. Unterpfandsbuch-Erneuerung.

Ausweg auf die gemeine Straße. XIII. 106. 467., s. auch Weggerechtigkeiten.

Authentica si qua mulier, s. Ehefrauen.

Authorisation, s. Ermächtigung.

Ayant causé ist gleichbedeutend mit *successeur*. VI. 39. Bald wird ein *successor universalis*, bald ein *successor singularis* darunter verstanden. VI. 39. Ein solcher ist auch der *légataire universel*. VI. 39. Der Miether ist, so viel das Eigenthumsrecht betrifft, nicht als solcher anzusehen. VI. 42. S. auch Legs, Miethevertrag.

B.

Bandenmord, ist in den Gesetzen nicht als qualificirt ausgezeichnet. VII. 271.

Bannrechte, Entschädigung dafür. XIV. 114. Entwährung gibt dem Erbpächter kein Recht zur Einbehaltung des Pachtzinses, er kann nur Minderung desselben begehren. XIX. 412.

Banqueroute frauduleuse ist im Bad. Handelsrechte „boschafte Zahlungsflüchtigkeit“ — übersetzt. VI. 292. 293. 294. S. auch Zahlungsflüchtigkeit, boschafte.

Bau, neu aufzuführender, s. Nichtdienbarkeit.

Bauanlagen, Brandentschädigung wegen Versehen bei solchen. XVIII. 285.

Bauarbeiten, s. Werkverding.

Baubdict v. 1808. findet auf die bauliche Unterhaltung eines Pfarrwidmungsguts keine Anwendung. XV. 586.

Bauerngüter sind, ihrer Natur nach, den gemeinen Steuern und Bauernlasten, bestehend aus Grundzins und Frohndienst, unterworfen. IV. 80. S. auch Erbschaft.

Bauernhöfe, s. Hofgüter.

Bauernlehen (*feudum censuale s. rusticanum*) wie es sich von der *emphyteusis* und andern Bauerngütern unterscheidet. II. 192.

Baufacta, diese sind bei Kirchenbaulichkeiten nicht nur nach §. 1 und 9 des Baubdicts von 1808 für die Baupflicht überhaupt entscheidend, sondern namentlich auch für die im §. 15 sonst der Gemeinde obliegenden Hand- und Fuhrarbeiten. XIV. 278.

— Die Kirchenbaupflicht wird nur durch ein verjährtes Baufactum begründet und befreit die Gemeinde nicht von der Frohndpflicht. XII. 307.

— Zur Begründung der Kirchenbaupflicht genügt auch ein unverjährtes Baufactum, und dieses ist entscheidend, wenn es auch nur am Thurm vorgenommen wurde. XV. 237.

— Wirkung der Baufacta bei kirchlichen Gebäuden. 1. Ein Baufactum begründet nach §. 1. des Kirchenbaubdicts die Baupflicht unbedingt, ohne daß dazu eine Verjährung erfordert wird. Nur wenn erweislich a) gutthatsweise gebaut und der Bau von der Gemeinde als eine Guttthat angenommen wurde; oder b) wenn erweislich nur bis zur rechtlichen Entscheidung vorsorglich gebaut, und darauf innerhalb 30 Jahren die Erbschaftsfrage erhoben wurde, steht das Baufactum dem Bauenden nicht im Wege und begründet für ihn keine Verbindlichkeit.

2. Wo daher das Edict von einem verjährten Baufactum (§. 31) spricht, kann es nur den unter N. 1. b. so eben erwähnten Fall im Auge haben, wo zwar nur vorsorglich gebaut, aber die Bau- oder Erbschaftsfrage innerhalb 30 Jahren nicht erhoben, also verjährt wurde.

3. Der Thatumstand, daß bloß vorsorglich bis zum entschiedenen Rechtsstreite gebaut wurde, muß aber nach §. 1. und nach §. 9. c. vom Bauenden erwiesen werden, sonst gilt der Bau als unbedingt und begründet auch ohne Ablauf der Verjährungszeit sofort die Baupflicht. Zum vorsorglichen Baue ist nach §. 4. das Kirchspiel verpflichtet; derselbe könnte aber auch freiwillig vom Zehntherrn oder einem Andern besorgt worden sein, was dieser jedoch nach §. 1. u. 9. c. zu beweisen hätte. 4. Ob das Baufactum vor oder nach Erlassung des Baubdicts erfolgte, macht keinen Unterschied, denn der §. 1. gibt die Disposition unbedingt für den Fall, wo ein Baufactum erwiesen ist, nicht wo ein solches erst eintritt, und der §. 9. gibt sie ebenso für den Fall, wo ein Anerkenntniß oder Urtheil vorliegt, nicht, wo es erst erfolgt. XV. 617.

— damit die Zahlung von Baukosten durch eine Gemeinde ein Baufac-

- tum bilde, muß bewiesen werden, daß die Gemeinde auf eine ihre Verpflichtung begründende Weise zustimmte. XVIII. 313. Wo Baufacta von Gemeinden vorgenommen sind, bedarf es nicht des Beweises eines Gemeindebeschlusses oder der Staatsgenehmigung. XVIII. 316. Fürsorglicher Bau der Kirchspielsgemeinde. Verjährtes Baufactum. Ein von einer Gemeinde vorgennommenes Baufactum ist hinsichtlich der Einwilligungsförmlichkeiten der Gemeinde der Veräußerung eines dinglichen Rechts nicht gleich zu stellen. XVIII. 323.
- Hat eine Stadt ehemals in ihrer Eigenschaft als Grundherrschaft über einen f. g. Dependenzort in diesem Orte einen Kirchen- oder Schulhausbau ausgeführt, so kann ihr dieses Baufactum jetzt, wo ihr die Grundherrlichkeit über den Ort nicht mehr zusteht, zur Begründung ihrer Baupflicht nicht mehr entgegengehalten werden. XIV. 458.
 - Als Baufacta gelten nur Hauptreparaturen. VIII. 34., es befreit die Gemeinde von der Schulhausbaupflicht. VIII. 101.
 - Bei Bestimmung des Begriffs von Hauptreparaturen, welche die Ueberrahme der Baulast zur Folge haben, ist der L. R. S. 606. nicht in Anwendung zu bringen. IX. 31. Gründe hierfür. IX. 28—30. Entg. Ansicht. IX. 30. 31.
 - Geringfügige Reparaturen gelten nicht als Baufactum zur Begründung der Schulhausbaupflicht. VIII. 105. Was in dieser Beziehung als große Reparatur anzusehen sei. VIII. 104. S. auch Baupflicht.
- Baufasse, diese besteht bald aus der Pfarrfabrik, bald aus der Heiligenkasse. V. 90. S. auch Baupflicht.
- Baulast, Ablösung derselben, 1. der Kirchenbaupflichtige Zehnherr kann bei Ablösung der Baulast zu mehr nicht als zur Abtretung des ganzen Zehntablösungskapitals angehalten werden. 2. Zu Processen über den Betrag des Baulastenablösungskapitals ist auch die politische Gemeinde legitimirt. 3. Wenn der Richter erster Instanz eine Klage abgewiesen hat, so ist dies ein Enderkenntniß, und die Zurückweisung nach P. D. S. 1223. ausgeschlossen, auch wenn die Abweisung nur auf den Grund der mangelnden Activlegitimation geschah, und der Appellationsrichter, welcher den Kläger für legitimirt hält, hat in der Sache selbst zu erkennen. XVI. 73.
- Baupflicht. Anerkennung derselben. Bauedict §. 2. XVIII. 328., ein Anerkenntniß verliert seine Wirkung nicht durch entgegenstehende Baufacta. XVIII. 336. Verlangen und Annahme eines gutthätweisen Beitrags zum Kirchenbau involvirt ein Anerkenntniß der Baufreiheit. XVIII. 342. 346. Ob die Zahlung der Brandversicherungsbeträge einen Beweis für die Baupflicht liefere. IX. 31. 32. Wenn jemand bei einem Hauptbaufall die Hand- und Fuhrdienste bezahlte, so gilt er nach §. 1. des Bauedicts auch in dieser Beziehung für baupflichtig. XV. 618. Das Patronatrecht allein begründet keine Kirchenbaupflicht. VIII. 101. Anerkenntniß, Ansetzung wegen Irrthums. XIX. 285. S. auch Baufacta.
- Derjenige, welchem das Bauedict die Bauverbindlichkeit in letzter

Ordnung anferlegt, kann sich nicht durch die Behauptung, er habe während der Verjährungszeit nicht gebaut, frei machen, eben so wenig durch die allgemeine — nicht mit speciellen Baufällen belegte — Behauptung, der Gegner habe von jeher gebaut. XV. 405.

- Die im §. 10. des Baubdicts für den Fall einer durch Dritttheil getheilten Baulast, gemachten Bestimmungen beziehen sich nur auf das Verhältniß zwischen der Baukasse und dem Zehntherrn, und können vom Zehntherrn nicht Jemanden entgegen gehalten werden, welcher erst nach ihm baupflichtig ist, vielmehr kann sich der Zehntherr einem solchen gegenüber nur dadurch frei machen, daß er einen der Befreiungsgründe im §. 9. des Baubdicts für sich anführt. XVI. 92.
- Baupflicht des Zehntherrn, der Gemeinde, des Pfarrers. I. 282. 283., desjenigen, welcher geistliche Zehnten bezieht. I. 275. Beschränkte Baupflicht des dem Pfarrer gehörenden Zehntanttheils. Congrua. XVIII. 349. Untheilbarkeit der als Zehntlast bestehenden Baupflicht bei Condecimatores. XVIII. 311.
- Die Baulast liegt vermöge gesetzlicher Vermuthung dem Bauherrn, also auch dem Zehntherrn, nur subsidiär ob. V. 90. 92. 96. 97. Mehreren Zehntherrn nach Verhältniß ihrer Zehntanttheile. V. 97. Zur principalen und ausschließlichen wird sie, wenn der Zehntherr zugleich mit der Baukasse, und zwar an abgetheilten Stücken sie getragen und anerkannt hat. V. 90, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101. In diesem Falle ist der Zehntherr von der Concurrenz zu jeder andern Baulichkeit frei. V. 90, 95, 96, 97, 99, 100. Ob eine solche Abtheilung in der Art geschehen könne, daß der eine das Pfarrhaus, der andere die Kirche baue, oder ob die Abtheilung an jedem dieser für sich bestehenden Gebäude geschehen müsse, ist controvers. V. 92, 93, 94, 95, 96, 98, 100, 101. Immerhin aber wird erfordert, daß jeder seinen Theil an den Baulichkeiten mit völligem Ausschlusse des Andern geleistet habe. V. 95, 96, 99, 101. Entgegenstehende Ansicht. V. 96. Wenn ein Zehnttheilhaber durch eine stückweise ausschließliche Baupflicht rücksichtlich der übrigen kirchlichen Baulichkeiten gegen das Kirchspiel frei wird, so folgt daraus, daß, wenn die Kirchenfabrik zur Bestreitung der übrigen Baulichkeiten nicht zureicht, das Kirchspiel alsdann wegen dieser weitem Baukosten nur auf den oder den mit keiner ausschließlichen Baupflicht für einen Theil der kirchlichen Gebäude belasteten Zehnttheil habe greifen dürfen. V. 92, 93.
- Collecte begründet die Freiheit des Zehntherrn von der Kirchenbaupflicht. VIII. 103.
- Wer dem Zehntberechtigten gegenüber behauptet, daß die Kirchenbaupflicht desselben keine auf dem Zehnten ruhende Last sei, hat dieses thatsächlich zu begründen und zu beweisen. XVIII. 354.
- Wie ist die Klage oder Einrede zu begründen, mittelst welcher dem Zehntherrn gegenüber geltend gemacht wird, daß die Baupflicht keine Zehntlast sei, sondern auf sonstigem Vermögen des Bauherrn hafte? XVIII. 349. 360.

Baupflicht. Ob Filialisten unbedingt in Bezug auf die Mutterkirche baupflichtig seien? Das bad. Baubedict verordnet hierüber nichts. VII. 39., im gemeinen Recht ist diese Frage controvers. VII. 39. 40. Einige Canonisten behaupten die Freiheit der Filialisten von der Bau- und Reparationslast der Mutterkirche um deswillen, weil man sie nicht mit einer doppelten Last beschweren könne. VII. 39. Andere unterscheiden zwischen Filialisten, die ihre eigene Kirche haben, dennoch aber des Gottesdienstes wegen die Mutterkirche zu besuchen verbunden sind, — und zwischen Filialisten, die ihren eigenen Geistlichen haben, welcher alle sacra in der Filialkirche verwaltet. VII. 40. Nur die der erstern Art sollen baupflichtig sein. VII. 40., sie sind aber nach eben dieser Meinung dennoch frei von der Baupflicht, wenn dadurch die doppelte Last der Unterhaltung zweier Kirchen auf ihnen ruhen würde. VII. 40.

- 1. Hat eine Gemeinde nach §. 4. des Kirchenbaubedicts einen Bau fürsorglich ausgeführt, so hat sie von dem Baupflichtigen den Ersatz der vom Bauaufwande bezahlten Zinse auch dann zu fordern, wenn sie nach Anordnung der Administrativbehörden die Kosten durch Umlagen hätte bestreiten sollen, statt dessen aber Anlehen aufgenommen hat. 2. Auch wenn sie dem Bauunternehmer selbst bezugene oder Verzugzinse zahlte, kann sie vom Baupflichtigen den Ersatz derselben fordern, nicht aber wenn sie ihm Zinse ohne Bedingung oder Verzug, also ohne Rechtsverbindlichkeit zahlte. 3. Die Verzugszinsen sind der kurzen Verjährung des §. 2277. ebenfalls unterworfen. XV. 3.
- In wie weit sich die Baupflicht auf die Hofumfassungsmauer erstreckt? Pflicht zu Anschaffung der Glocken u. Glockenfelle. XIX. 292.
- Gottesacker, welche von der Kirche getrennt sind, gehören nicht zu den Kirchensachen, sondern unter die Gemeindesachen. IX. 37., machen deßhalb keinen Theil der Kirchenbaulichkeiten aus, und weder ihre Anlegung noch ihre Unterhaltung wird nach den Regeln der Kirchenbaupflicht beurtheilt. IX. 37., welche um die Pfarrkirche herumgelegen sind, sind nicht als solche, sondern bloß als Vorhof der Kirche, eine Zugehörde dieser selbst, und daher vom Kirchenbauherrn nicht als Gottesacker, sondern bloß als Kirchenvorhof im baulichen Stand zu erhalten. IX. 40.
- Baupflicht zu Pfarrwohnungen. I. 274.
- Bei Pfarrhäusern tritt die primäre Baupflicht der Kirchentasse nicht ein, wenn ihr Vermögen nicht zur vollständigen Bestreitung der Baukosten für Kirche und Pfarrhaus hinreicht; sondern in diesem Falle liegt die Baupflicht des Pfarrhauses vorzüglich auf dem Zehnherrn. V. 92.
- zum Schulhausbau. VIII. 100., in der Regel liegt dieselbe der Gemeinde ob, wenn nicht ein Urtheil, Geständniß oder ein Bauactum ein Anderes bestimmt. VIII. 99., ein Bauactum befreit die Gemeinde von der Schulhausbaupflicht. VIII. 101.

Baupflicht. Der Stifter und der Patron einer Schule sind nicht baupflichtig. Die Baupflicht zur Schule begreift die Verbindlichkeit zur Stellung nothwendiger Aufbewahrungsräume in sich. XV. 405. Das Patronatrecht allein begründet keine Schulhausbaupflicht. VIII. 101., auch die Zahlung der Brandversicherungsbeträge begründet dieselbe nicht. VIII. 101. Collecte begründet die Freiheit des Zehnherrn von der Schulhausbaupflicht. VIII. 103.

— Auslegung des Baubdicts §. 15. die Hand- und Fuhrdienste zu Kirchenbauten betreffend.

— Die Frage ob bei Kirchenbauten der baupflichtige Zehnherr die Hand- und Fuhrarbeiten selbst zu bezahlen, oder die Kirchspielgemeinde die Hand- und Fuhrdienste nach dem §. 15. des Edicts von 1808 zu leisten habe, betrifft den Umfang der Zehntlast, der Zehnherr ist daher legitimirt, die Freiheit des Zehntens von der Last fraglicher Arbeiten, beziehungsweise die Verbindlichkeit der Gemeinden zu letztern gerichtlich zu verfolgen. XIV. 22.

— Wenn bei einem Thurmbau die Gemeinde frohndfrei blieb, so kann daraus auf Freiheit beim Kirchenbau geschlossen werden, nicht aber umgekehrt. XVIII. 332. Frohndpflicht der Kirchspielsgemeinde beim Kirchenbau. XVIII. 336. Frohndpflicht der Filialgemeinden. XIX. 287.

— Die Regulirung der Baupflicht im Falle eintretender organischer Aenderungen im Bestand eines Kirchspiels gehört in den Geschäftskreis der Verwaltungsbehörden, deren dahin bezügliche Erkenntnisse als Titel der Verpflichtung beziehungsweise Befreiung vor den Gerichten geltend gemacht werden können. XV. 405.

— Die im Sinne des §. 4. des Baubdicts zur provisorischen Bauführung verurtheilenden Erkenntnisse der Verwaltungsbehörden sind ihrer rechtlichen Natur nach nur fürsorgliche Verfügungen; die Befolgung eines in erster Instanz gefällten solchen Erkenntnisses, ohne Einwendung eines Recurses an die obere Verwaltungsbehörde, enthält kein privatrechtlich wirksames Anerkenntniß der Baupflicht. XV. 405.

— Der von der Verwaltungsbehörde zur provisorischen Bauführung Angewiesene hat nicht nöthig, mit der Verfolgung der ihm zur Seite stehenden privatrechtlichen Titel gegen Dritte zu warten, bis er den Bau vollendet hat; die Klage auf Erstattung der auf die provisorische Bauführung verwendeten Auslagen ist nicht nach den Grundsätzen über Geschäftsführung zu beurtheilen. XV. 405.

— Zur Erhebung der Bauklage Namens des Kirchspiels sind die Behörden der betreffenden politischen Gemeinden befugt, in so ferne diese an der Stelle des in letzter Ordnung baupflichtigen Kirchspiels die Mittel zur Bauführung stellen müssen. XV. 405.

— die Kirchspielsgemeinde und nicht die politische ist zum Streit über Kirchenbaupflicht legitimirt. Richtigkeit des Verfahrens. XVIII. 326.

— Vertretung der Kirchspielsgemeinde durch die Kreisregierung. Re-

ligionspaltung. Baubdict §. 29. XIX. 120.

— Legitimation zur Proceßführung über Kirchenbaufkosten. XV. 424.

Bau=Sachen sind summarischer Natur. IV. 200. Dies versteht sich jedoch nur von dem possessorischn Streit über einstweilige Sistirung eines vorhabenden neuen Baues, oder von dem interdictum de novi operis nuntiatione, nicht von dem petitorischn Streite über das Recht selbst. IV. 200.

Bau=streitigkeiten gehören, wo das Recht selbst streitig ist, zum ordentlichen Verfahren. VI. 147. Sind also dann eines dritten Rechtszugs fähig. VI. 147. Nur der Incidentpunkt darüber, ob der Beklagte mit seinem vorhabenden Bau sogleich einhalten, oder ihm, salvo petitorio, einstweilen das Fortbauen gestattet sein solle, ist summarisch. VI. 147. Entgegenstehende Ansicht. VI. 146. S. auch Baupflicht.

Bauverhältnisse als Dienstbarkeit, s. Scheidemauern.

Bauwesen, die Verbindlichkeit zur Unterhaltung eines Bauwesens oder einer Anlage kann (vorbehaltlich der Bestimmungen des Baubdicts v. 1808) nicht durch Verjährung begründet werden. Sie kann keine Dienstbarkeit, sondern nur eine persönliche Verbindlichkeit sein, hinsichtlich deren die Gesetze keine Erßigung oder Adquisitiv=Verjährung kennen. XV. 586.

Beamte, öffentliche, deren Beleidigung im Dienst, ob Ehrenkränkung oder Widerseßlichkeit. XI. 100., s. auch Localbeamte, Urkunden — öffentliche.

Beamte des bürgerlichen Standes, s. Pfarrer, Beurkundungen.

Beamte, reichständische, konnten nicht willkürlich entlassen werden.

VIII. 114., die grundherrlichen Justizbeamten treten durch die Uebnahme derselben durch den Staat mit diesem in Vertragsverhältnisse.

VIII. 285. Grundherrliche Verwaltungsbeamte sind nicht Staatsdiener. VIII. 112. und haben keinen Anspruch auf lebenslängliche Anstellung. VIII. 113. deren Dienstvergehen unterliegen der Rüge des Grundherrn. VIII. 117. S. auch Besoldungsverhältnisse, Diener, Justizbeamte.

Bedingung, auflösende, setzt ipso jure die Sache in den Stand zurück, als wäre die Verbindlichkeit nie vorhanden gewesen. III. 266. 267.

Bedingung, erfüllte, wirkt a. d. Anfang d. Geschäfts rückwärts. IV. 37.

— unerfüllte, gilt da, wo deren Erfüllung von der Thätigkeit des Schuldners abhängt, nicht schon kraft Gesetzes für erfüllt, wo die Erfüllung noch möglich ist. XVIII. 113.

Befehle, unbedingte, s. unbedingte Befehle.

Beglaubigung von Unterschriften, dazu genügt ein Notar ohne Zeugen. XVIII. 506.

Begnadigung soll im Zweifel auch die gesetzlichen Nebenfolgen einer Verurtheilung aufheben. IV. 300. 301. dahin gehört: Infamie, Landesverweisung, Verurtheilung in die Kosten u. s. w.

— Besserungsversuche sind kein Motiv zum Begnadigungsantrag. IV. 142. Die Begnadigungsanträge sollen erörtern: 1. ob der gesetzliche

- Fall einer Begnadigung vorhanden sei, oder nicht. 2. wie weit im Verjährungsfall die gesetzliche Strafe mit Unschädlichkeit für die bürgerliche Sicherheit und für die Verhältnisse zur guten Gerechtigkeitspflege sich herabsetzen lasse. 3. Im Verneinungsfalle wird der Verwerfung des Gnadenpunkts *ex officio* gar nicht mehr gedacht, und wenn eventuell um Gnade gebeten worden, solches mit dem Bemerken höhern Orts vorgelegt, daß man nicht darauf antrage. 4. Wo der Gnaden-Rekurs nicht mit ergriffen ist, und der Fall sich nicht seiner Größe wegen ohnehin zur Vorlegung höhern Orts eignet, kann das Oberhofgericht gleichwohl, wenn es die hofgerichtliche Strafe für merklich zu hoch findet, die Sache dem Gr. Justizministerium für die Milde rung aus Gnade vorlegen, oder das Hofgericht veranlassen, selbst die Einleitung dazu zu treffen. VI. 306. 307. 308. Wo sie auf Verwandlung der Todes- in Zuchthausstrafe, oder auf Milde rung einer erkannten Zuchthausstrafe gerichtet sind, soll immer ausgedrückt werden, ob leichtes oder schweres Zuchthaus gemeint ist. VI. 323. 324. S. auch Zuchthausstrafe, schwere.
- Anträge des Richters auf Begnadigung nach §. 99. des Strafedicts. XIII. 255. Antrag auf Begnadigung wegen Jugend des Verbre chers. VIII. 326.
- Ob sie auch bei Injurientlagen zulässig sei. VIII. 256.
- Begräbn i s s ä t t e n, welche von der Kirche getrennt sind, gehören nicht zu den *rebus sacris* oder *religiosis* (Kirchensachen), sondern unter die Gemeindesachen. IX. 37. S. auch Baupflicht.
- Begünstiger eines Mords ist der, welcher den Leichnam des Erschlagenen fortschaffen hilft, ohne die That anzuzeigen. III. 270.
- Beholzungsrecht. XIX. 342. 273., in wie weit wird die Klage aus einem Urtheil durch Beibringung eines abändernden Erkenntnisses elidirt? Klagbegründung, Klagänderung. XVIII. 34., f. auch Forstberechtigungen, Holzberechtigungen.
- Beibringen, eheweibliches, f. Gütergemeinschaft.
- Ein Inventar über Vermögen, welches einem Ehegatten vor Eingehung der Ehe zugefallen ist, oder zugetheilt wurde, gibt für sich allein keinen Beweis, daß dieser Ehegatte dieses Vermögen in die später eingegangene Ehe wirklich eingebracht habe. XV. 525.
- Beibringensforderung der Ehefrau in der Eant des Mannes, kann derselben mittels Einrede der Widerklage ihre Beitragspflicht zu den Gemeindeschulden entgegen gehalten werden. XI. 169.
- Beihülfe, f. Betrug, Conscriptur.
- Beiladung eines Dritten zum Proceß. XVIII. 149., f. auch Citisdenunciation.
- Beischlaf, der Mann darf der Frau zum Beweise der Condonation den Eid über den geschehenen Beischlaf nicht zuschieben. VII. 209., ob der erzwungene Beischlaf, während beide Ehegatten getrennt leben, ein Ehescheidungsgrund ist? I. 35. 36. S. auch Ehescheidung, Verschö nung, auch Vertraulichkeit — wohlküstige.

Beischlaf, unehelicher, **Geständniß** desselben. IX. 192. freiwilliges ist nur dann vorhanden, wenn der Beklagte solches entweder unter den gesetzlichen Formen oder aus eigener Anregung und ohne obrigkeitliches Einschreiten abgegeben hat. IX. 194. Unterschied zwischen freiem und freiwilligem Geständniß. IX. 194. S. auch **Baterschaft**, **Concubinat**.

Beischläferin ist nach L. Jus. 230. a. auch eine Magd, die ihrem Dienstherrn zuweilen zu Gefallen lebt. III. 19. S. auch **Ehebruch**, **Berunglimpfung** — grobe.

Beistand, f. **Geschlechtsbeistand**.

— der vormundtschaftliche Beistand ist für die Verwaltung nicht verantwortlich. VIII. 193. dessen Verschiedenheit von einem Vormund. VIII. 191.

Beiwohnung, eheliche, f. **Baterschaft**, **Trennung** von Tisch und Bette.

Bekanntmachung ihrer Ansichten, ohne Präjudiz, sind den Gerichten erlaubt. VIII. 166.

Belehnung ist die Erklärung des Eigenthümers, wodurch das nutzbare Eigenthum auf den, der es erworben hat, übertragen wird. IV. 112. S. auch **Lebensbrief**.

Beleidigung. Absicht zu beleidigen und deren Beweis bei objectiv ehrenrührigen Äußerungen. XVI. 263.

Beleidigung, schwere, f. **Berunglimpfung**.

Beleuchtungs-Auflagen, f. **Herrlichkeiten** — niedere.

Beneficium, f. **Geistliche**, **Pfründe**, **Rechtsnachtheil**.

Beneficium appellationis, besteht in der Befugniß neue Thatumstände und Beweise in der Appellations-Instanz nachzutragen. V. 205. Auch einen in der vorigen Instanz gegen eine ausdrückliche Beweisauflage versäumten Beweis in der höhern Instanz nachzubringen. V. 204. 205.

Beneficium divisionis vel ordinis, f. **Bürge**, **Bürgschaft**, **Zähler**.

Beneficium inventarii, dessen Wirkung auf Trennung der Erbmasse vom Vermögen der Erben. I. 280., f. auch **Erbsverzeichnis**.

Beraine, veraltete, als Beweis des Rechtstitels bei Gültbesitzklagen. XVII. 333.

Bereicherung mit dem Schaden eines andern ist ein ungegründeter Vorwurf, wenn der, welcher ihn seinem Gegner macht, durch Verschäumdung der ihm gesetzlich zustehenden Hülfsmittel selbst an dem erlittenen Schaden schuld ist. III. 30.

Berufung, f. **Appellation**, **Zoll-** und **Accisdefraudationen**.

Beschädigte durch Verbrechen, **Entschädigung** derselben. XVI. 573. S. auch **Entschädigung**.

Beschädigung, muthwillige, f. **Diebstahl**, **Frevel**.

Bescheide, gemeine, Art ihrer Publikation. I. 305., sind nicht in der Competenz des Richters. VIII. 165.

Bescheinigung, f. **Demonstration**.

Beschlag, gerichtlicher, wegen Gefahr der Unterschlagung und wegen

Strenghelt der Sache. XVIII. 582. 583. Arrest aus andern sorgfältigen Maßregeln verlieren ihre Wirksamkeit, wenn der Rechtsanspruch, zu dessen Sicherung sie abzweckten, rechtskräftig aberkannt ist. XVIII. 587. S. auch Arrest.

Beschlag auf Druckschriften. Wurde vom Gericht ein Beschlag auf eine Druckschrift erkannt oder ein polizeilich verfügter Beschlag bestätigt, so ist die Untersuchung des Vergehens, wegen dessen der Beschlag erkannt wurde, nach §. 39. Absch. 3. des Preßgesetzes vorzunehmen, ohne daß es in diesem Falle der im §. 44 erwähnten, auf gerichtliche Verfolgung gerichteten Klage bedürfte. Eine erst nach Umlauf der in §. 41 bestimmten 3 Tage eröffnete Verfolgung des polizeilichen Beschlags erlangt, wenn sie nicht im Wege eines Rechtsmittels angefochten wird (§. 86), die Rechtskraft ebenso, wie wenn sie vor Ablauf jener 3 Tage eröffnet worden wäre. Ist die Voruntersuchung in einer Preßsache ungenügend, so hat das urtheilende Hofgericht die Nachholung des Mangelhaften anzubringen, oder in der Schlußverhandlung selbst vorzunehmen. XIV. 62.

Beschuldigungsproceß, s. Ehescheidungsproceß.

Beschwerde gegen die Nichtzulassung zum Armenrecht. XIII. 119., in Straffsachen. XIV. 176.

— Nur gegen Erkenntnisse in Straffsachen findet das ordentliche Rechtsmittel statt, gegen andere Erkenntnisse und Verfügungen kann lediglich eine Beschwerdeführung gebraucht werden. XVI. 573.

Beschwerdeschrift, zu deren Uebergabe findet nach §. 245 der neuen P.O. eine Erstreckung des gesetzlichen Termins nicht mehr statt. VII. 300.

Beschwerdesumme kann nach §. 128 der Oberg.-Ordn. von mehreren Personen, die ein gleichartiges Interesse in einem gemeinschaftlichen Proceß verfolgen, durch Zusammenrechnung der Summe der einzelnen Forderungen begründet werden. III. 139. S. auch Ordinations-Summe.

Besitz giebt eine Rechtsvermuthung für das Eigenthum. VIII. 47., und alle Befugnisse eines Eigenthümers. VIII. 95., selbst bei unständigen Dienstbarkeiten. VIII. 39., er gilt bei Fahrnissen für eine Rechtsurkunde. VIII. 381. Dem Besitz einer rebirten Forderung erlangt man durch feierliche Aufkündigung oder Annahme. VIII. 17., bei gleich starken Erwerbstiteln giebt er dem Besitzenden ein stärkeres Recht. I. 265., er ist als ununterbrochen zu vermuthen. IV. 91. 84.

— 10- und 20-jähriger, 30-jähriger, f. Dienstbarkeiten, Sachen — unbewegliche.

— Colorirung desselben bei unständigen Dienstbarkeiten geschieht lediglich durch Vorlegung der Erwerbsurkunde (acta constitutiv), nicht aber durch Berufung auf unvordenkliche Verjährung. IX. 12. Vermuthung für dessen Rechtmäßigkeit findet bei unständigen Dienstbarkeiten nicht statt, — insoferne diese nicht vor Einführung des neuen Landrechts durch vollendete Verjährung bereits erworben

waren. IX. 18., f. auch *Rechtsittel*, *Erbennehmer*, *jus compassandi*, *auscapio libertatis*.

Besitz als Befreiung von der Beweislast. XVII. 211.

— der Fahrnißstücke gilt für *Rechtsittel*. I. 140—142.

— der gestohlenen Sache, f. *Beweis* — *künstlicher*, *Detention*, *Diebstahl*.

— *küngster*, f. *possessorium summarium*.

— *provisorischer*, f. *Verschollener*.

— *redlicher*, kann auch bei einer irrigen Gesetzesanwendung und dadurch erwecktem guten Glauben bestehen. II. 82., befreit von der Verbindlichkeit die genossenen Früchte zu erstatten. II. 81.

— *stärkerer*, als dem wirklichen Besitze entgegen wirkend, gilt nur von liegender Habe. VI. 224. Dagegen bleiben auch bei der fahrenden Habe einige gesetzliche Ausnahmen stehen, nämlich: 1. wo die Sache entwendet wurde, oder verloren ging; 2. wenn der Besitzer gegen den Inducanten in Vertragsverbindlichkeiten stand; 3. wo der Inducant ein stärkeres Recht zur Sache geltend machen kann. VI. 224. Das stärkere Recht steht demjenigen zur Seite, dessen Erwerbssart nach den Gesetzen wirksamer oder vorzüglicher ist, als die andern. VI. 224. Dieß hat jedoch nicht den Sinn, daß ein Recht, welches von weniger Umfang ist, zu jeder Zeit dem andern von größerem Umfange weichen müsse. VI. 226. Es hat vielmehr nur den Sinn, daß ein Recht, welchem vom Gesetze selbst die Kraft beigelegt wurde, das andere aufzuheben und unwirksam zu machen, diese Wirkung auch in der Collision mit dem Besitze behaupten solle. VI. 226. Ob er nicht wegen Mangels der *bona fides vitiosus* ist, wenn eine Obligation, die nicht *au porteur*, sondern auf einen bestimmten Gläubiger ausgestellt ist, sich in Händen eines andern befindet, ist *controversus*. VI. 224, 225, 226, 228, 229. S. auch *Fahrnißstücke*.

— *unvordenklicher*, f. *Dienstbarkeiten* — *unständige* und *verbor-gene*, auch *servitus no lūmia. offic.*

— *verjährter*, begreift jede Art von Erßigung in sich. V. 232.

— *vitioser*, f. *possessorium summarium*.

— *vorübergehender*, kann keinen *Rechtsittel* geben. IV. 82.

Besitzer, wann er die Früchte zu erszen habe. Ueber die Kenntniß der Mängel des Titels auf Seite des Besitzers und die rechtliche Folge dieser Kenntniß in Bezug auf Frächtenersaz. Anwendung des L.R.G. 550. XIII. 133.

— in gutem Glauben, für welche Verwendungen kann er Ersaz fordern. XII. 215.

— *redlicher*, wird man dadurch noch nicht, daß man in *possessorio* ein obsteigliches Urtheil erlangt hat. III. 152. Ist von dem rechtmäßigen Besitzer wohl zu unterscheiden. III. 152., f. auch *Rechtsittel*, *Zettel* auf *Inhaber* und *Zahlungssperre*.

Besitz, unredlicher, hat nach L.R.G. 550. u. 1151. a. die bezogenen und die vernachlässigten Früchte zu erstatten. III. 152.

Besitzeinweisung, fürsorgliche, s. Verschollenheitserklärung.

Besitzergreifung ist beim Diebstahl erforderlich. XV. 380.

Besitzklage. Hat nicht statt, wenn der Kläger mit dem Beklagten wegen der fraglichen Sache in Vertragsverhältnissen steht. IX. 189.

Wird nicht durch den Besitz von Besoldungsstücken begründet. IX. 189. 190.

Muß innerhalb Jahresfrist vom Tage der erfolgten Störung an angestellt werden. IX. 461. Ob ein vor Einführung der neuen P.D. an die Polizeibehörde um Schutz im Besitze gerichtetes und vor dieser verifizirtes Ansuchen als Besitzklage gelten könne. IX. 461.

— a) Sie findet wegen persönlicher Leistungen nicht statt. VIII. 390., ebenso bei unständigen Dienstbarkeiten, wenn nicht der Rechtstitel erwiesen wird. VIII. 391. — Sie steht dem Nutznießer eines Zehntrechts zu. VIII. 390.

— Begriff einer Besitzentziehung und Besitzstörung. P.D. §. 750. L.R.G. 544. e. 1725 u. 1726. Vorlage des Titels bei unständigen Servituten. L.R.G. 2265. und P.D. §. 747.

Klagenvervollständigung, Klagenänderung mit Aufgeben der alten Klage nach der Wernchulassung. P.D. §. 344. 345. 346. u. 312. Unter welchen Voraussetzungen gehört zu den einer Besitzklage wegen Schäferrechts zum Grund zu legenden Thatsachen auch die Angabe einer bestimmten Zahl Schäfer? Legitimation der Gemeinden zum Streit über Schäfergerechtigkeiten auf ihren Gemarkungen, überhaupt und insbesondere bei Störungen die in ihrem Auftrag geschehen. P.D. §. 752. XV. 47.

— **Weibringung des Erwerbstitels. Anerkenntniß nach L.R.G. 695. dessen Erfordernisse. XIX. 273.**

— **wegen Gültcn, XIII. 38. XVII. 333., s. Gültcn.**

— **des Nutznießers, XVI. 455., s. Nutznießer.**

Besitzproceß im Gegensatz vom petitorischen, Erläuterung des L.R.G. 676. XI. 386.

— **Anwendung des §. 1760. der P.D. Diese Vorschrift kann sich nur auf den beziehen, der im Besitzproceß der Beklagte war. Sie begründet im petitorischen Proceß eine verzögerliche Einrede. XIII. 24.**

Besoldungen. Normirung der Naturalbesoldungen der Pensionisten des Reichsdep.-Schlusses in Geld. I. 278, nach dem 24. August 1802 neu geschaffene oder erhöhte, braucht der Regierungsnachfolger nach §. 59. Reichsdep.-Schluß nicht anzuerkennen. IV. 214. S. auch Dienste. S. auch Verjährung — fünfjährige.

Besoldungsrückstand, kann man davon Verzugszinsen fordern. I. 66. 70.

Besoldungsstücke, Genuß derselben begründet nicht die Meinung eines Eigenthumsverwerbs. IX. 190.

Besoldungsveräußerung. Die Anweisungen der Staatsdiener auf noch nicht verfallene Quartalsraten ihrer Besoldung sind nach

- der Verordnung vom 4. Nov. 1816 ungültig. III. 157., sie können also auch kein Separationsrecht im Concurse begründen. III. 156.
- Besoldungsverhältnisse der gemischten Diener.** Berechtigung derselben, d. h. solcher standes- und grundherrlichen Diener, welche in Beziehung auf ihre Dienstverrichtungen durch Staatsanordnungen theilweise der Landesherrschaft unterworfen werden, bis zu einer mit ihnen getroffenen Uebereinkunft von ihrer ursprünglichen Dienstherrschaft ihre dienstvertragsmäßige Besoldung zu fordern. XIII. 27.
- Beständer.** Er leistet die Kriegsfrohnden, ohne Entschädigung dafür fordern zu können. VIII. 414.
- Bestandgeber.** Pflichten desselben. VIII. 416. Er haftet für Störungen Dritter nicht, die nicht auf einen Rechtsanspruch auf die Sache gegründet sind. VIII. 416.
- Bestandvertrag.** 1. Die Bestimmung des L.R.G. 1722 ist auch auf den Fall anwendbar, wenn ein Theil der Bestandsache zwar nicht während der Bestandszeit, aber doch nach Abschluß des Bestandvertrags und vor Beginn der Bestandszeit durch Zufall zu Grunde gieng. 2. Das Recht, wegen theilweisen Untergangs der Bestandsache, Minderung des Pachtzinses oder Vertragsauflösung zu begehren, ist kein Wahlrecht des Pächters, sondern nach Umständen richterlich zu bestimmen. 3. L.R.G. 1636. XVIII. 425., s. auch Miethvertrag.
- Verbindlichkeit des Bestandgebers zur Ueberlieferung und Gewährleistung der Bestandsachen. XVIII. 118.
- erfordert die besondere Beurkundung des Datums. VI. 42.
- Bestätigung und freiwillige Erfüllung von Rechtsgeschäften überhaupt und Testamenten insbesondere.** XVI. 35.
- obrigkeitliche, ob der Mangel derselben bei Geschäften der Minderjährigen eine absolute oder nur eine relative Nichtigkeit zur Folge hat, ist controvers. II. 208.
- Bestechung,** s. Conscriptirte.
- Betrug.** XIV. 71. 501., erfordert einen jemand Anderem zugefügten Schaden. VI. 112. Betrug ist die Entstellung der Wahrheit. IV. 279., wird auch dadurch begangen, daß jemand in der Absicht sich unrechtmäßige Vortheile zu verschaffen, die Wahrheit unterdrückt. IV. 370., ein unmittelbarer Geldvortheil muß es nicht immer sein. IV. 370., in Contracten ist er schon mit deren Perfection für vollbracht zu halten. IV. 155., er ist also nicht bloß versucht, sondern schon vollbracht, wenn die Wirkungen des Zufalls für den Erfolg eigener Bemühungen ausgegeben werden. IV. 155., durch gerichtliche Lüge. XVII. 377., bei einem Vertrag. XVIII. 365., Aufsehung des Vertrags wegen Irrthum und Betrug. XVIII. 366., Trunkenheit und Betrug beim Vertragsabschluß. XVIII. 371., Bedrohung: mit einem Proceß als Zwang beim Vertragsabschluß. XVIII. 374.
- Wird dadurch gespielt, daß jemand vorgiebt, Kriegspflichtige auf unerlaubtem Wege vom Kriegsdienste befreien zu können, daß er dadurch Andere verleitet, Contracte mit ihm einzugehen, worin sie

- ihm für die Freimachung ihrer Söhne gewisse Summen versprechen. IV. 154. Der Theilnahme daran kann derjenige nicht beschuldigt werden, der selbst einen solchen Contract für die Freimachung seines eigenen Sohnes eingegangen hat, da nicht zu vermuthen ist, daß sein Contract bloß simulirt gewesen. IV. 156. 157. Selbst dann nicht wenn er Andere zur Eingehung eines ähnlichen Contracts berebete, sich von ihnen das Geld geben ließ, und es dem Betrüger behändigte. IV. 156. 157. S. auch Conscriptio, Stellionat und Urkundenverfälschung.
- Begriff der Einrede desselben. XVI. 109. 497., wer die Einrede desselben der Richtigkeit einer Urkunde entgegensetzt, muß den Beweis dafür führen, ohne selbst den Beweis der Richtigkeit verlangen zu können. VI. 43. S. auch Mandatar, Fälschung, Urkundenverfälschung, Zahlungsfähigkeit.
- Thatbestand desselben. VIII. 338., wenn der Betrag gering ist, entscheidet das Amt. VIII. 336., ob die Zustimmung der Gemeindeversammlung zu einem Betrug an der Gemeindefasse den Thatbestand des Verbrechens aufhebe? XIII. 455.
- Wettler, umherstreifende, s. Detention.
- Weurfundungen. I. 9. Note 2.
- des bürgerlichen Standes, bei denen die gesetzlichen Vorschriften nicht beobachtet sind, ziehen dem Beamten, der deshalb bei seinem ordentlichen Gerichte zu belangen ist, eine Geldbuße von höchstens 50 fl. zu. V. 84. 85. 87. Sie können gleichwohl als gültig angesehen werden, sobald sie nur dasjenige auf glaubwürdige Weise erzählen, was zu wissen nöthig ist. V. 86. 87. Abweichende Meinung. V. 84. 85. S. auch Todtenschein.
- öffentliche, s. Notariatsordnung.
- Weweis liegt dem ob, der ein Factum behauptet. VI. 31., neuer, besserer, ist in *superappellatorio* nicht mehr zulässig, wenn schon in erster Instanz auf Weweis erkannt, und derselbe nicht angetreten war. II. 250. S. auch *beneficium app.*, Rechtswohlthat, neue Beweise in *appellatorio* vorzubringen. VIII. 79. Neue Beweise schon vorgebrachter Thatfachen müssen in *appellatorio* in den betreffenden Schriftsätzen, vom Appellaten aber spätestens in der mündlichen Verhandlung nachgebracht werden. VIII. 369. Urkunden welche der doppelten Ausfertigung ermangeln, geben einen Anfang schriftlichen Beweises. VIII. 487., muß in summarischen Sachen mit der Klage resp. Einredeschrift angetreten werden. III. 251., ebenso auch in der Appellationsinstanz. III. 142.
- wenn er mit einer unbedingten Zulassung der Oberberufung verbunden ist, in der erhobenen Einwendungsschrift aber die Zulässigkeit des neuen Beweismittels angefochten wird, so steht noch dem Referenten *ad libellum* die Vortragserstattung über die Zulässigkeit des neuen Beweisanktritts nach eingekommener Einwendungsschrift zu. VII. 235.

Beweis einer Cession gegenüber dem deb. cess. XIV. 293.

— im Concurs, muß ein im Concurs durchgefallener Creditor, wenn er gegen den Gemeinschuldner später auftritt, meliorem fortunam beweisen? I. 385.

Beweis der Eintreten im unbedingten Mandatsproceß. XII. 205.

— des zertheilten Eigentums nach L.R. Zus. 577. a. b. XIII. 10.

— einer Kost- und Logisgelsforderung in quantitativer und qualitativer Hinsicht. I. 272.

— durch Sachverständige, s. Sachverständige.

— durch Schlußfolge, stillschweigende Verzichtleistung erfordert eine genaue Zusammenstellung und Prüfung der Handlung des Verzichtenden, um den Beweis der Schlußfolge zu rechtfertigen. III. 250., ist nach den Grundsätzen des alten Rechts strenge zu erklären. III. 63., erfordert nach ihnen *facta ex legis dispensatione*, oder *ex communi hominum opinione concludentia*. III. 63., gestattet keinen Rückgriff (*ad semel renunciata non datur regressus*.) III. 63. S. auch Zinsen.

— strenger, wird erfordert, wenn der Beklagte behauptet, daß die unvollständige Erfüllung des Contracts von fremden, ihm nicht beizumessenden Umständen herrühre. II. 280. 281.

— einer Urkunde gegen Dritte. XIII. 519., der Falschheit einer Urkunde. XIII. 562.

— Ob die Vorlage der Abrechnungsurkunde zum Beweise einer Forderung nothwendig ist, wenn in einem neuen Schuldschein dieser gedacht ist. I. 288.

— wenn die beziehende auch ohne die bezogene Urkunde vollen Beweis macht. I. 278. 288. Beweis der Darlehen durch Quittungen. I. 75., der Richtigkeit einer Urkunde, s. Urkunden. Anfang eines Urkundenbeweises, s. Urkunden. Für den Anfang eines schriftlichen Beweises gilt jede Schrift, die von demjenigen herrührt, wider welchen die Forderung gerichtet ist, und welche die angeführte Thatsache wahrscheinlich macht. V. 135. VII. 156., deshalb auch eine Urkunde, welche mit der Unterschrift des Schuldners versehen ist und nur den Mangel hat, daß der Beisatz „gut“ oder „gut geheßen“ fehlt. VII. 156. 158. Note 1.

— Sie braucht nicht gerade von ihm ge- oder unterschrieben zu sein; es genügt, wenn er bei Fertigung derselben auf irgend eine Weise mitgewirkt hat. V. 135. 139., daher auch nicht unterzeichnete Verschreibungen, solche, in welchen Unregelmäßigkeiten vorkommen, gerichtliche Eingeständnisse, Erklärung vor einem Notar, dafür gelten. V. 135. 138. 140. 141. Nicht Gewißheit, nur Wahrscheinlichkeit muß die Schrift liefern. V. 134. 135. Die Beurtheilung dieser Wahrscheinlichkeit hängt vom Ermessen des Richters ab. V. 135. 136., dazu können auch andere, nicht in der Urkunde liegende Vermuthungen benutzt werden. V. 136. 138. 139. 140. 141. 142. Wenn die Schrift nur das *quale debiti* ausdrückt, das *quantum* aber unberührt läßt, so

kann sie als Anfang eines solchen gelten, sobald sie nur, zusammen gehalten mit andern Umständen, es glaublich macht, daß der Schuldner die geforderte Summe wohl schuldig geworden sein möge. V. 137. 139. 140. 141. 142. Selbst die *causa debendi* kann, wenn die Schrift sie im Dunkeln läßt, aus andern zusammenhängenden Umständen ergänzt werden. V. 137. 139. 140. S. auch Rechtsurkunden, Straferkenntnisse, absolut., Urtheile, Vermuthung, richterliche.

- einer unfürdenklichen Verjährung XIII. 528., s. auch Verjährung.
- der *versio* in rom. I. 285., s. auch Ehefrauen.
- der Zahlung durch Quittungen. I. 72—76., durch Vermuthung. I. 267. 268.
- durch Zeugen, s. Zeugenbeweis.

Beweis in Criminalsachen, durch Anschulbiger oder den *socius delicti*. I. 233. Bei einer strafbaren Handlung hat der zu führen, der sie behauptet, d. h. er muß den Thatbestand, sämtliche zum Begriff der strafbaren Handlung gehörige gesetzliche Erfordernisse beweisen. VII. 198. Was der Denuntiant bei einer Anklage wegen defraudirtem Eingangszoll zu beweisen hat. VII. 198. 199. Künstlicher Beweis — ist nur da als stringent anzunehmen, wo Ursache und Wirkung in einem physisch nothwendigen Zusammenhange stehen. VI. 35. Entgegenstehende Ansicht. VI. 81. 82. S. auch *dolus*; Tödtung — culpose, künstlicher Beweis genügt nicht zur Verurtheilung eines Angeeschulbigen. V. 269—271. Ausgenommen bei ganz geringen Verbrechen und Strafen. V. 271. S. a. Inbilden, — Strafe, peinliche.

- durch Urkunden. I. 227.

Beweis anticipation. Nothwendigkeit derselben bei den Hofgerichten (nach älterem P.R.) VIII. 374. Die Versäumung wirkt nur für die Instanz. VIII. 377. Es ist nur dann auf bessern Beweis zu erkennen, wenn der anticipirte nicht erschöpfend ist. VIII. 90. Mitbenützung der eventuellen Eideszuschlebung findet dabei nicht statt, Verfahren dabei. XVI. 3.

Beweis einreden, anticipirte, hindern den rechtzeitigen Vortrag geänderter Beweis einreden nicht und unterliegen nicht den Vorschriften des Wiberrufs. XVI. 497.

Beweis erhebung, Verzicht des Anwalts auf solche ohne Spezialvollmacht. XIX. 301.

Beweis erkennen, auf bessern Beweis findet nicht statt. III. 142. Wann muß die *litis denotatio* geschehen? Ist in der Oberappellationsinstanz noch eine Beweisaufgabe zulässig. XI. 217. Beweis erkennen erster Instanz, schließt die Ausführung von Neuheiten und eine Eidesbelation in dritter Instanz aus, wenn weder in erster noch in zweiter Instanz der Beweis angetreten wurde. IV. 332.

- dessen Unterlassung bei anticipirtem Beweise enthält keine Verletzung des Verfahrens. VIII. 90. — In *appellatorio* ist nicht auf bessern

- Beweis zu erkennen**, wenn in erster Instanz ein Beweisinterdictus ge-
 fällt ist. VIII. 368.
- Beweisstrafe und Edition der Urkunden**. I. 284., der Urkunden die nur
 mit einem Handzeichen versehen sind. XII. 227. S. auch **Beweis**.
- Des Geständnisses des Gemeinschuldners in der Gant**. XII. 313.
 370. Der Handelszettel, s. Handelszettel. Verjährung derselben bei
 Handelsbüchern nach österreichischen Rechten. I. 273.
- Beweiskraft des Geständnisses in Strafsachen**. XV. 323. S. auch
 Geständniß.
- der *Testes de auditu* in Criminalsachen. I. 92, 224.
- Beweislast bei behaupteten Bedingungen**. XVII. 26., beim beschränk-
 ten Geständniß. XVII. 26., — hinsichtlich der Sachlegitimation bei
 Dienstbarkeitsklagen. XVII. 209., — beim Streit über die Ausü-
 bung einer Dienstbarkeit. XVII. 275., — über den Betrag des Gef-
 fionspreises. XVII. 434.
- des Besitzers einer Dienstbarkeit. XIII. 111., des in Besitz gesetzten
 Testamentserben. XIII. 472. S. auch **Attestate**.
- Beweismittel**. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zur Be-
 nützung neu aufgefundenener Beweismittel nach abgelaufener Beweis-
 frist. XI. 304. S. auch Haupt- und Notheid, Urkunden, öffentliche
 und Privat-, Sachverständige, Zeugen.
- des ob- und subjectiven Thatbestandes der Tödtung, s. Tödtung.
- Beweispflicht**, s. Vaterschaft.
- Beweistheorie**, s. Criminalproceß.
- Beweisverfahren**, ob Verbesserungen und Vervollständigungen
 des Vortrags statthaft sind. XI. 42.
- Beweisverfahren**, wenn aus *Instrumentis*, oder aus *instrumentis*
quarentigatis oder *simplicibus* geklagt wird; dann muß nach §.
 71 der D.O. Orbn. das Instrument in beglaubigter Abschrift der
 Klage beigelegt und Vorlegung des Originals anerboden werden. III.
 111. — Ein Erkenntniß auf Beweis wird hierdurch überflüssig. III. 111.
- Bezirke**, abgetheilt, s. Zehnten.
- Bezüchtigung durch Mitverbrecher**, s. Zeugniß.
- Bigamie**, s. Eheverbot zwischen Verschwägerten.
- Billet à ordre**, s. Wechsel — eigene.
- Billet doux**, s. Verunglimpfung, grobe. Ehescheidungsgrund.
- Billigkeit**. Sie ist nicht Sache des Richters, wenn er nicht durch be-
 sondere Gesetze dazu ermächtigt ist. VIII. 418.
- Blechwaaren**, haben nach der Verordnung von 1827 keinen eigenen
 Tariffatz, eben so wenig lackirte Blechwaaren. VII. 205. Ob letztere
 als Metallwaaren oder kurze Waaren declarirt werden müssen. VII.
 205., s. Declaration.
- Blödsinn**. Er ist wenn keine Interdiction erfolgte, nur dann ein Rich-
 tigkeitsgrund eines Testaments, wenn er aus der Urkunde selbst ersicht-
 lich ist. VIII. 270.
- Blutschande mit der Schwägerin** wird mit 4 monatlicher Kettenstrafe

- belagt. IV. 299. Die Bezeichnung einer solchen ist daher eine schwere Ehrenverletzung. VI. 229. S. auch Gefändniß. Aus solcher erzeugte Kinder, f. Kinder, Verunglimpfung — grobe, Ehrscheidungsgrund. Blutstodung, f. Erdröpfung.
- Bodenzinse, f. Grundzinse, Reallasten, Zinsen und Güten.
- Bona materna et materni generis, f. Nutznießung des Waters.
- Bonitas nominis, f. Gession.
- Bonum censiticum, f. Zinsgut.
- Bonum emphyteuticum, f. Erbzinslehen.
- Bordell, f. Ehebruch, Verunglimpfung — grobe.
- Borg- und Nachlaß-Vergleiche der Handelsleute. Die Vorschriften des Handelsrechts (S. 218 u. ff.) finden nur auf solche Handelsleute Anwendung, welche sich bereits im Stande des Zahlungsunvermögens im gesetzlichen Sinne (S. 206.) befinden, so lange aber dieser Fall nicht eingetreten ist, sind die Handelsleute wie andere Staatsbürger befugt, mit ihren Gläubigern Borg- und Nachlaßverträge abzuschließen, oder von der gütlichen Vermögensabtretung (R.R.S. 1266) Gebrauch zu machen. XIII. 467.
- In wieferne können Nachlaßvergleiche in Handelsganten von den Gläubigern nach richterlicher Bestätigung angefochten werden (Anh. S. 218—225). Können Ungültigkeitsgründe gegen einen Nachlaßvergleich auch im Wege der Replik vorgebracht, oder nur durch eine Nichtigkeitsklage geltend gemacht werden? XVI. 325. Nachlaßvergleich schließt die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung des Nachgelassenen aus. Eine nebenher im Vergleich anerkannte moralische Verpflichtung zur Zahlung des Nachgelassenen ist nicht klagbar. XIX. 331.
- Brandbeschädigung aus Versehen bei einer Bauanlage. XVIII. 285.
- Brandsteuer, f. Herrlichkeiten — niedere.
- Brandstiftung. Begriff und Wesen dieses Verbrechens. I. 160—162. Auslegung des §. 10 des Strafbuchs. XI. 432, an eigenen u. fremden Sachen. I. 162 Note 1. u. 2., an einem Gruhaufen in der Nähe von Gebäuden ist nicht bloß als rachsüchtige Beschädigung zu bestrafen. II. 118. 119., in einer mit Wohnhäusern umgebenen Scheuer gilt für eine an einem bewohnten Orte. II. 110. 114. 119. Verschiedenheit der Bestrafung, je nachdem das Feuer an einem bewohnten oder unbewohnten Orte angelegt wurde. II. 113. 114. 117. 118. 119. 122. 123., deren Bestrafung, wenn sie nur nach der Meinung der Thäter vollführt, im gesetzlichen Sinne aber nicht vollendet war. II. 120. 121. Attentat ist nach dem Verhältniß des gefaßten bösen Vorsatzes zu bestrafen. II. 124. 125. Als eine schwere Inzucht der Brandstiftung, ist die umständliche, an sich wahrscheinliche Aussage eines Mitschuldigen anzusehen, so daß nach der P. S. G. D. darauf die Tortur hätte können erkannt werden. IV. 326. Fernere Inzichten sind: Das Begraben mehrerer Geräthschaften, und der Einkauf in die Mobiliar-Brandversicherungsanstalt kurz vor dem Brande, auch übrigens ein roher und besonders gegen seine Frau harter Character

des Thäters, woraus wahrscheinlich wird, daß er ohne Wissen oder wider Willen der Frau das Haus angestekt habe. IV. 326. Dieser Indicien wegen wurde auf 10 jährige Detention im Arbeitshause erkannt. IV. 325.

Brandversicherung=Anstalt, f. **Mobiliar=Brandversicherung=Anstalt**.

Brandversicherungsbeiträge, f. **Gerrlichkeiten** — **niedere**.

Branntweinbrenner, patentirte, f. **Branntweinkessel**.

Branntweinkessel, wer einen neuen anschafft, ohne einen Erlaubnißschein zu lösen, soll nach der Verordnung v. 18. Febr. 1813. §. 19. als Defraudant bestraft werden. III. 188. Der heimliche Besitz eines solchen gehört zu den im §. 101 der Accisordnung erwähnten Accisfreveln, und involvirt wenigstens eine beabsichtigte Defraudation. III. 188. — Ist aber dann nicht als Defraudation zu bestrafen, wenn der Branntweinkessel nicht eingemauert, und der Besitzer kein patentirter Branntweinbrenner war, nach den §§. 100 u. 101 der Accisordnung verglichen mit der Verordnung v. 17. Febr. 1823. III. 189. 190.

— der heimliche Besitz eines solchen ist keine Defraudation der Accise, weil er bestraft wird, abgesehen davon, ob der Accise Abtrag geschehen sei oder nicht. IV. 257. Das Gesetz hat daher eine bloße Warnungsstrafe dafür bestimmt, statt daß es bei eigentlichen Defraudationen die Strafe nach der Größe des unterschlagenen Gefälls bemißt. IV. 257.

— Die oberhofg. Competenz ist nach der Verordnung v. 2. Januar 1812 und nach dem Staatsministerial-Erlasse v. 8. April 1824 auf wirkliche Defraudationen zu beschränken. III. 190. Sie ist nach §. 101 der Accisordn. und der Verordnung v. 1813. §. 19 auch da begründet, wo Jemand wegen des heimlichen Besitzes eines Branntweinkessels für strafbar erkannt wurde. III. 188.

Brauer, dessen Erläuterungen zum M.R.M. haben keine gesetzliche Auctorität, kommen also nicht in Betracht, wo sie gegen den deutlichen Wortlaut des Gesetzes Zweifel erregen. V. 235. 236. 314. 316. Sie sind aber in Beziehung auf die Babilischen Zusätze zum Code Nap. sehr erheblich. V. 236.

Brückenbaustreitigkeiten, Zuständigkeit der Gerichte. XIX. 98. **Buchhandel**, f. **Schriftelgenthum**.

Büchsenresidenz, deren Bedeutung. I. 25.

Bundesacte im Verhältniß zu landesherrlichen Gesetzen, f. **Gesetz**. Interpretation des §. 14 der Bundesacte. VII. 123. 125. 131. Die Königl. Bayerische Declaration von 1807 ist ein bloßes Supplement des Art. 14, findet nur in soweit Anwendung, als dieser die Rechte der Standesherrn nicht selbst mit ausdrücklichen Worten festsetzt. VII. 128. S. auch **Standesherrn**.

Bundesausträgalfache, f. **Austrägalgerichte**.

Bundesversammlung, deren Competenz für Beschwerden der Stände- und Grundherrs. XII. 167.

Bürge und **Zähler**, oder **Selbstzähler**, bezeichnet, wenn nicht be-

sondere Umstände hinzukommen, keine Expressio, sondern bloß eine subsidäre Intercessio, eine Bürgschaft im gewöhnlichen Verstande. III. 295—297. Das *beneficium ordinis et divisionis* wird dadurch nicht ausgeschlossen. III. 296. 297. Die Verbürgung als Selbstzähler enthält nur eine Entsagung auf die Einrede der Vorausklage, soweit nicht auch der Annahme dieser Entsagung andere Vertragsbedingungen im Wege stehen, welche eine nur subsidäre Verbindlichkeit vorauszusetzen nöthigen. X. 82. scheint ein *constitutum debiti alieni* anzudeuten. III. 297.

Bürge, dessen gleichzeitige Belangung mit dem Hauptschuldner. XVII. 348., — dessen Verzugssetzung. XVII. 455.; ihm steht das Eintreten in das Unterpfandsrecht offen. IV. 38.

— Er ist in dasselbe in der That eingetreten, wenn der Betrag des Unterpfands an der Schuld abgerechnet wurde. IV. 39. Darf durch eine einseitige Verfügung über das Pfand nicht verkürzt werden. IV. 34. 38. S. auch *Adjudication*, Bürgschaft.

Bürger, s. Vormund.

Bürger, wer als solcher anzusehen sei, ist nach dem Edict vom 4. Juli 1808 zu beurtheilen, wenn derjenige, von dem es sich handelt, noch nach der Promulgation dieses Edicts gelebt hat. IV. 48. — Muß nach östreichischen Gesetzen den Bürgereid leisten, die Bürgertaxe zahlen, sich in die Bürgerladen einschreiben lassen, das Aufnahme-decret lösen, und die Bürgersteuer entrichten. IV. 49. 50. S. auch Gesetzgebung — östreichische.

Bürgermeister kann in Städten nur über Streitigkeiten unter 15 fl. entscheiden. VI. 186., durch Delegation können ihm jedoch vom Bezirksamte einzelne, sonst in seiner Competenz nicht liegende richterliche Functionen übertragen werden. VI. 186., zumal, wenn nicht die Rede ist von einer eigentlich richterlichen Handlung, von der Subsumtion eines Falles unter das Gesetz, und von richterlicher Entscheidung desselben, sondern einzig von der Beurkundung der unbedingten Anerkennung einer Schuld und deren Eintragung in das Pfandbuch. VI. 186. S. auch Geständniß — gerichtliches, Unterpfand — richterliches.

— Competenz desselben zur Hausfuchung. XIII. 133.

Bürgerrecht wurde nach der vorberösterreichischen Gesetzgebung auf dreierlei Art erworben, nämlich: mittelst eines Handels, Erwerbs und des Besitzes unbeweglicher Güter. IV. 49. Wurde nach eben diesem Rechte nicht angeboren, sondern die Abstammung von bürgerlichen Eltern gewährte nur die Befugniß, es zu verlangen. IV. 49. Ein stillschweigender Besitz desselben konnte nicht stattfinden. IV. 49. Wer es durch den Besitz einer Liegenschaft erwerben wollte, mußte es ebenfalls gegen die zu erlegenden Gebühren und den abzulegenden Bürgereid erlangen. IV. 50. Die Erwerbarten desselben erweitert das Bad. Edict vom 1808. IV. 50. Nach diesem sind es dreierlei Erwerbarten: Geburt, Annahme, Verjährung. IV. 50. Die Geburt giebt dies Recht dem, der in der Ehe von Eltern erzeugt wurde, welche beide

die nämliche Klasse des Ortsbürgerrechts besitzen. IV. 50. Wenn eines der Eltern Ortsbürger, das andere aber Schutzbürger ist, so wird dem ehelichen Kinde auch nur Ansprache an das Schutzbürgerrecht geboten. IV. 50. Die Erwerbung geschieht nicht ipso jure, sondern es erfordert eine Willenserklärung, daß man das Orts- oder Schutzbürgerrecht erlangen wolle. IV. 51. Zum Besitze desselben wird eine positive Leistung und Anzuehung erfordert. IV. 51. Ist durch den Eintritt in Militärdienste als aufgegeben anzusehen. IV. 52.

Bürgerhospital, s. Todtenschein.

Bürgerschaft für Verlust und Schaden. Vorausklage. XIX. 269. Die Vergütung des Hauptschuldners macht die Bürgerschaftsklage statthaft, ohne Rücksicht auf bedingene Aufkündigung u. XIX. 268.

Bürgerschaft bedingt deren Wirkung. Bedingte Bürgerschaft, bedingte Schuldenübernahme. Abweisung angebrachtermaßen, wo definitive Abweisung begründet war. XII. 240.

— Natur der Bürgerschaft für Handlungen und Unterlassungen eines Dritten. XVII. 455. Begriff und Erfordernisse der Mitbürgerschaft. XVII. 339. L.R.G. 2032. 2039. 1281. XVIII. 411. Die Bürgerschaftsübernahme für eine verzinsliche Schuld erstreckt sich auch auf die Zinsen, sofern sie nicht ausdrücklich auf das Kapital beschränkt wurde — L.R.G. 1202. 2015. 2016. XVIII. 492. Einrede auf L.R.G. 2037. XVIII. 506.

Bürgerschaft ist die Zugehörigkeit der Forderung, eine subsidiäre Verbindlichkeit. IV. 40. 343. Beschränkt sich nicht auf die Haftung für die Hälfte der Schuld. IV. 40. Kann auch unbestimmt geleistet werden. IV. 236. Ihre Beurkundung bedarf, auch wenn sie vom Bürgen nicht eigenhändig geschrieben ist, nicht des Belsages: „gut oder gut geheissen für“ — IV. 236. Erloscht nur dann völlig, wenn dem Bürgen das Eintreten in seine Rechte absolut unmöglich gemacht wird. IV. 38. Erloscht nur durch eine freiwillige Erlassung der Schuld, damit der Bürge durch den Gläubiger nicht des ihm gesetzlich zustehenden *beneficium ordinis* beraubt werde. IV. 349. Also nicht durch einen Nachlassvergleich. IV. 344. 348. 349. 350. 351. S. auch Nachlassvergleich u. Rechtswandlung.

— Ehe weibliche Bürgerschaft erfordert der Beistimmung eines zur Zeit ihrer Uebernahme schon verpflichtet gewesenem Beistandes. IV. 40. Eine Frau kann dadurch in den Fall kommen, mehr als die Hälfte der Schuld, ja sogar das Ganze bezahlen zu müssen. IV. 39.

Bürgerschaft. Zur Uebernahme einer Bürgerschaft von Seiten der Frau für den Mann bedarf es keiner gerichtlichen Ermächtigung, wohl aber der Mitwirkung des Ehemanns. Die Vorschrift des L.R.G. 1487 findet auf Fälle, wo die Frau Bürgerschaft leistete oder überhaupt für das Ganze sich verbindlich machte, keine Anwendung. XIII. 380. S. auch Rechtswohlthaten.

— Das Recht gegen den Hauptschuldner zu klagen, steht nur dem Bürgen, nicht auch dem sonst eventuell für die Schuld Haftenden zu. XII. 310.

- + Wenn zwei Erben des Bürgen nacheinander eingelagt werden, so ist die gegen den ersten Beklagten bewiesene Richtigkeit der Bürgschaftsurkunde nicht maßgebend für den zweiten. XVIII. 502.
 - Urkunden-Richtigkeitsbeweis. Beweisraft des Ausspruchs der Sachverständigen. Verzicht des Anwalts auf Beweishebung ohne Spezialvollmacht. XIX. 301. Rückbürgschaft. XIX. 305. 309.
- Bürgschaften und Renunciationen sind *strictissimae interpretationis*. III. 297.
- Bürgschaftsurkunden, s. Schulburtunden.
- Bürgschaftszusage, deren Begriff und Wirkung. I. 80.

C.

- Caducität, s. Heimfallsfrage, Heimfallsrecht.
- Calumnia civilis. XVIII. 1.
- Canon ist eine jährliche Abgabe für das *dominium utile* eines Guts. V. 210., s. auch Erblehen, Erblehenbrief, Erbzinslehen. Von Schupflehen, Bestimmung des Pachtwerths. XV. 179., s. auch Schupflehen.
- Canonici officiales et capitulares, ihr Unterschied. I. 25.
- Canonische Gesetzgebung, sie darf weder zur Richtschnur, noch zur Grundlage richterlicher Entscheidungen dienen. VIII. 790.
- Capital-Einschuß, s. Zinscoupons.
- Capitularen, ihr Nachrücken in die Oblegien. I. 26. 28.
- Capitulum 6. X. de homio. vol., s. Gehülsen.
- Carenzjahr, dessen Bedeutung. I. 25.
- Cassation, findet wegen Beschwerden gegen den innern Gehalt eines Urtheils nach §. 13 des Nullit.-Ed. nur unter der Form der Appellation oder Revision statt. III. 123.
- kann durch die Beschwerde, daß in einem summarischen Proceß nicht auf Beweis interloquirt worden ist, nicht begründet werden. III. 142. Der §. 151 der D. G. Ordn. redet nur von Beweisen, welche eine Partei vorgetragen und der Richter für erheblich gehalten hat. III. 142. S. auch Nullität und Beweis. Sie ist an keine Beschwerdesumme gebunden. V. 357., kann nur wegen unheilbarer Mißleitung der Hofgerichte an's Oberhofgericht ergriffen werden. V. 357. 358, aber auch dies nur alsdann, wenn kein ordentliches Rechtsmittel stattfindet. V. 359., kann jedoch auch mit einem solchen eventuell cummulirt werden. V. 359. Zum Zwecke der Inhibition und Actenabsenbungsbitte müssen die behaupteten Mängel angegeben werden. V. 358. Ist bei der oberhofg. Verhandlung an die Termine der Revision gebunden. V. 358. 360. Die Entscheidung erfolgt von dem oberhofg. Plenum. V. 360. 361. Die Kosten bleiben auf dem Querulanten, wenn der querulatische Theil nicht die Vertheidigung und Zueignung des richterlichen Verfahrens auf sich nimmt, oder der Fall zur eigenen Verurtheilung des Unterrichters in die Kosten vorhanden ist. V. 358. Soll bei nachträglicher Strafe des Anwalts. und nach Erfund, gänzlichem Erliche

seines Defectus, nicht muthwillig ergriffen werden. V. 358. Soll nicht mehr unter dem Namen der Revision, sondern unter ihrem eigentlichen Namen, mit Bezeichnung der Partheien, als Querulant und Querulat, angebracht werden. V. 359. 360. Die Einsicht der darüber erstattet werdenden Vorträge steht den Partheien offen. V. 360. Findet statt, wenn sich ein Gericht über einen Gegenstand, der nicht zu seiner Competenz gehört, ein Erkenntniß anmaßt. V. 41. Findet auch gegen ein solches Erkenntniß statt, wodurch eine Sache, als zur administrativen Cognition sich eignend, declarirt wird. V. 261. 262. S. auch Compromiß.

Cassation. Sie findet nicht statt, in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wegen bloßer Proceßkosten, und zwar sowohl nach Analogie aller ordinären Rechtsmittel, als auch nach dem Nullitätsedikte von 1804. VI. 135.

— gegen ein schiedsrichterliches Verfahren, geht an die erste Instanz zurück. IV. 330. Wird sie an das Oberhofgericht ergriffen, so kann kein Hofgericht über deren Statt- und Unstatthaftigkeit erkennen. IV. 199, 200. Dies selbst dann nicht, wenn die Cassation im Wege der Revision angebracht wurde. IV. 199. 200. Findet von einem oberhofgerichtlichen Senatsspruche aus Plenum nicht statt. IV. 284. S. auch Oberhofgericht.

— hat keine dritte Instanz. XV. 131. S. auch Wechselfachen.

Cassation in Strafsachen findet, nach Analogie der Civilsachen, auch gegen ein hofgerichtliches Strafserkenntniß, ohne Beschränkung auf eine Strafengröße, beim Oberhofgericht statt. III. 179. 180.

— Das Rechtsmittel der Cassation an das Oberhofgericht findet auch in strafrechtlichen Gegenständen wegen unheilbarer Mißleitung des Processus statt, welche Unheilbarkeit nach Rechtsähnlichkeit der Michtigkeiten in bürgerlichen Sachen beurtheilt werden soll. VII. 184., kann nur dem Angeschuldigten zu statten kommen, nicht aber dem Denuncianten oder dem Damnicaten, weil es seiner Natur nach ein günstigeres Erkenntniß bewirken soll. VII. 184.

Cassationsbeschwerden sind, wenn sie im ordentlichen Wege ans Oberhofgericht gelangen, von einem der beiden Senate zu erledigen. II. 349.

Cassations-Gesuche. Die oberhofg. Advokaten sollen bei Strafe nicht durch muthwillige Cassationsgesuche die Execution aufhalten. III. 124.

Cassationsmittel findet nicht statt, wenn die Partheie noch ein ordentliches Rechtsmittel hat. I. 257.

— gegen ein hofgerichtl. Verfahren und Erkenntniß bezieht sich nach dem Edict d.d. Baden den 4. Octbr. 1806 nur auf unheilbare Mißleitungen in der Form des Gerichts oder des Verfahrens. III. 122. 123. Ist in der Form der Revision beim Oberhofgerichte anzubringen. III. 123. — muß also binnen 6 Wochen von der Publikation des gravirenden Erkenntnisses an, gerechtfertigt werden. III. 123. — Kann ans Oberhofgericht nicht stattfinden, wenn die Michtigkeitsbe-

schuldigung nicht dem Hofgerichte, sondern dem Amte gemacht wird. III. 123. — Zum Effect der Inhibition und Actenabsendung muß dem Mittelgerichte die unheilbare Richtigkeit sogleich angezeigt werden. III. 123. Die Kosten bleiben auf dem Querulanten, wenn nicht der querulatische Theil die Vertheidigung des richterlichen Verfahrens auf sich nimmt, oder nach §. 26. u. 27. des Nullit.-Ed. in die Kosten verfällt wird. III. 123. S. auch Anwälte.

Cassenscheine, f. Dienstherr.

Catastrirung mit Nutznießungsrecht belasteter Güter. VII. 64.

Causa actionis, f. Klaggrund.

— *cessante*; *cessat effectus*, ist ein falscher Rechtsgrundsatz. III. 158., stößt auch gegen den L.R.G. 6. 1. an. III. 158.

Causae cognitio, f. Gerichtsbewächtigung, Unterpfandsrecht — gesetzliches.

Causa debendi, muß in einer Schulburskunde ausgedrückt sein. I. 77—79.

Cautelen, f. Erbtlebenbrief.

Caution der Officiere, f. Geirathscapution.

Caution für die Proceßkosten ist von jedem Ausländer, der bei badischen Gerichten Proceß führt, zu leisten. IV. 198. Ist sie schon in den früheren Instanzen erschöpft, so kann gleichwohl das oberste Gericht nach Umständen von einem weiteren Zuschusse Umgang nehmen. IV. 198. S. auch Sicherheitsleistung.

Caution, f. Vormund.

Cautionskapital eines Pächters. Der Eigenthümer eines Guts, welcher eine vom Nutznießer ausgegangene Verpachtung desselben genehmigt, oder nach erloschener Nutznießung den Pachtvertrag fortsetzt, hat für ein dem Nutznießer eingehändigtes Pachtcautionskapital nicht zu haften. XIII. 496.

Cautionseistung ist unter den Theilen wirksam, wenn auch die damit gemachte Unterpfandsbestellung nicht ordnungsmäßig geschah. XIX. 101.

Cautionspflicht des Nutznießers. XVI. 68., f. auch Nutznießung.

Censur, Privatpersonen verlieren dadurch die Injurienklagen nicht. VIII. 505., ob auch öffentliche Stellen? VIII. 506.

Cessio bonorum ist nicht gerade eine *cessio dominii* oder *datio in solutum*. VI. 41. S. auch Gantgläubiger.

Cession. Anweisung an Zahlungsstatt. Rechtsübertrag. L.R.G. 1121.

XIX. 253. Vertragsauslegung. Redlicher Vollzug. L.R.G. 1134.

XIX. 392. Wie die Cession geschieht, um gültig zu sein. I. 80., in wie weit der Cedent pro veritate et bonitate haften muß. I. 286., sie verpflichtet den Rechtsgeber, dafür zu haften, daß er zur Zeit des Uebertrags die Forderung oder das Recht wirklich hatte (*nomen verum*.) IV. 254. 343. Eben so auch dafür, daß eine für die Forderung geleistete Bürgschaft ächt ist. IV. 343. Muß dem Aussteller eines Schuldscheins bekannt gemacht werden, wenn ein Rückgriff des Cessionärs

gegen ihn statt finden soll, weil er nach der Cession an den ursprünglichen Gläubiger Zahlung geleistet hat. IV. 59. Bei Schuldscheinen, die auf ordro gestellt sind, ist diese Bekanntmachung nicht erforderlich. IV. 59. 61. S. auch Bürgschaft, Gewährleistungspflicht und Sammtverbindlichkeit.

Cession, verpflichtet den Cedenten bloß für die *veritas*, nicht für die *honestas nominis* Gewähr zu leisten, wenn nicht auch letzteres ausdrücklich bedungen, oder der Cessionär durch Vorspiegelung von der Güte der Forderung zu deren Uebernahme verleitet, oder wenn wenigstens so viel ausgemacht worden ist, daß der Cessionär die abgetretene Schuldforderung wirklich beziehen solle. V. 257. 258. Der Cedent haftet also in der Regel nur dafür, daß die übertragene Forderung zur Zeit des Uebertrags das Eigenthum des Cedenten gewesen sei, nicht dafür, daß der Schuldner auch zu jener Zeit zahlungsfähig gewesen sei. V. 258. Bei der eines Pfandrechts liegt die *veritas* darin, daß es bestehen kann, daß nicht die Sache eines Dritten der Gegenstand desselben ist, und es von diesem nicht als ungültig angefochten werden kann. V. 258. Dafür also, daß nicht ein anderer ein besseres Pfandrecht habe, hat der Cedent nicht einzustehen. V. 257. 258.

— Sie erfordert, um das Eigenthum der cedirten Forderung auf den Cessionär zu übertragen: a) im Verhältniß zum Cedenten: daß die Rechtsurkunde von dem Rechtsgeber an den Rechtsnehmer übergeben worden; b) im Verhältniß zu Dritten: entweder, daß die geschehene Uebertragung dem Schuldner förmlich bekannt gemacht, oder, daß durch eine beweisende Urkunde des Schuldners dargethan wird, daß dieser die Uebertragung annehme. VII. 182. Entgegengesetzte Meinung. VII. 185. Note 1. Fehlerhafte Uebersetzung des franz. Textes im Sage 1690. VII. 183. Verschiedene Ansichten hierüber. VII. 183. 184. Note 1., s. auch Uebersetzung.

— Sie enthält keine Rechtswandlung. VIII. 27. Die kaufsweiße Cession ist nach Analogie des Kaufs körperlicher Sachen zu beurtheilen. VIII. 402. Sie darf die Lage des abgetretenen Schuldners nicht verschlimmern. VIII. 26. Der Besitz wird gegen den abgetretenen Schuldner durch Ankündigung oder Annahme erworben. VIII. 402. Dieser verliert durch die Bekanntmachung nicht das Recht, früher bestandene aber erst nachher liquid gewordene Gegenforderungen zu compensiren. VIII. 25. Die Gewährleistung begreift bloß die Zahlungspflichtigkeit, nicht Zahlungsfähigkeit. VIII. 402. Zu einem *nomen verum* gehört, daß die Exigibilität nicht durch Einreden aufgehalten sei. VIII. 411. Als Entwährung gilt auch die gedrohte Compensation. VIII. 409.

— 1) welche Verträge gelten als doppelseitig im Sinne der S. 1184 u. 1325? — 2) Beweis einer Cession gegenüber dem *deb. cess.* — 3) Ist die im S. 1690. vorgeschriebene feierliche Bekanntmachung einer Cession an den *deb. cess.* auch nöthig, um den letzten überhaupt auf Zahlung belangen zu können. XIV. 293.

Cession, Besitz der cedirten Forderung gegen Dritte. XVII. 260. —
 freitlicher Rechte, nach §. 1597. XVII. 65. — Ausübung des dem
 Cession in §. 1699 gegebenen Rechts. XVII. 434.

— Sie ist nach geordneter Vermögensuntersuchung des Cedenten nicht
 mehr rechtsgültig. VII. 183., ebenso wenn von den Gläubigern des
 Cedenten auf die Forderung Vorschlag gelegt worden. VII. 183.

— Cession eines Klagsrechts zur Auflösung eines Vertrags wegen
 Nichterfüllung der Vertragsverbindlichkeiten. (S. 1884.) gilt jedoch
 falls als die Cession eines freitlichen Rechts im Sinne des §. 1597
 XII. 346.

— 1. Gilt die Klage des Cessionärs gegen den Cessus als Signifi-
 cation der Cession? 2. Kann der Cessus mit Gegenforderungen an
 den Cedenten compensiren, deren Existenz nicht schon zur Zeit der
 Signification dargethan war? 3. Ist der Grundsatz der P.D. §.
 320, daß Widerklage gegen Widerklage nicht statt findet, auch auf
 die Einrede der Wetttschlagung anwendbar? — Kann insbesondere der
 Cessionär, welchem der Cessus die Einrede der Wetttschlagung mit
 Forderungen an den Cedenten entgegenhält, deshalb dem Cedenten
 den Eintritt verkünden, und durch diesen die Einrede vortragen, daß
 die Compensationsposten des Cessus durch andere Forderungen des
 Cedenten bereits wetttschlagen seien? XV. 28.

— Der L.R. §. 1690 ist nicht dahin auszulegen, daß zur Begründung
 der Klage des Cessionärs gegen den Cessus die vorgängige friedliche
 Bekanntmachung nöthig wäre, sondern nur wenn der Cessus an den
 Cedenten bezahlt hat, kann er dem Cessionär diese Thatfache mit
 Bezug auf §. 1690 u. 1691 einredend entgegenhalten. Die Vor-
 schrift des §. 1690 ist auf Cession von Forderungen und andern
 unpersönlichen Rechten zu beschränken, und insbesondere nicht auf
 solche Rechtsgeschäfte anwendbar, welche gar keinen Besitz oder
 Eigenthum übertragen. XV. 167.

— Der Cessionär kann gegen den abgetretenen Schuldner nicht auf
 Annahme, sondern nur auf Zahlung klagen. VIII. 406. Dessen
 Recht den Kaufpreis zurück zu halten, wegen gedrohter Wetttschla-
 gung. VIII. 407. Er muß sich die Compensation aller zur Zeit
 der Cession fälligen Gegenforderungen gefallen lassen. VIII. 405.

Change wird im Grundtext des Anh. Satzes 1. Abf. 8. für gleich-
 bedeutend mit banque genommen.

Character, roher, s. Javien.

Chose volée, s. Entmündigung.

Citation, s. Ladung.

Civilliste. Der Regent kann die Civilliste seines Nachfolgers nicht
 belasten. XV. 131.

Civilproceß, s. Hauptreid, Criminalproceß.

Civilrecht, über einzelne Gegenstände desselben im engern Sinn.
 VII. 149. flg., in wie ferne die Handelsrechte analog anwendbar
 sind auf das allgemeine Recht. VIII. 91.

Civilrechtler, f. **Rechtseigenthum, Verwalt.**

Civilsachen, bei ihnen kommt es meistens nur darauf an, wer von den streitenden Theilen das stärkere Maas des Beweises auf seiner Seite habe. VI. 207. S. auch **Criminalsachen, Stimmengleichheit.**

Civitates doctales, ihre Bedeutung. I. 116.

Collectibegründet die Freiheit des Lehrenten von der Kirchen- und Schulhausbaupflicht. VIII. 103. S. auch **Baupflicht.**

Code de commerce, f. **Handelsachen, Wechsel** — eigene.

Code de procedure hat zwar im Badiſchen keine Gesetzeskraft, ist jedoch zur doctrinellen Interpretation des Code civil zu brauchen.

IV. 15. 17. 18. 20. Handelt im Art. 283 von Recusation der Richter, im Art. 378 von Recusation der Zeugen. IV. 17. S. auch **Schwägerschaft.**

Codicillar-Clausel liegt implicite in der Erklärung, daß die letzte Willensmeinung in alle Wege gelten solle. II. 290., verwandelt die institutio hæredis in eine institutio hæredis fidei commissarii. II. 290.

Codicills, von 5 Zeugen, mit Einrechnung des Gerichtsschreibers errichtet, sind nach pfälzischem Landrechte gültig. II. 290.

Collationspflicht, ihr unterliegen sowohl Schulden, als Schenkungen. VI. 239, 240, 241, 242. S. auch **Kriegspflicht.**

Collegienhefte, f. **Schriftreigenthum.**

Collision, älterer und neuerer Gesetze, f. **Gesetz, älteres.**

Commissarische Clausel, Wirkung derselben. XII. 125. XVIII. 7. **Communität**, f. **Klostergerichte.**

Comparatio litterarum, f. **Schriftreigenthum.**

Compensation ist auch dann eine zulässige Einrede, wenn die Liquidität der Gegenforderung erst noch in den zum Beweisverfahren gesetzlich bestimmten Terminen hergestellt werden soll. II. 273., kann auch da eintreten, wo für die eine von zwei liquiden Forderungen baare Zahlung versprochen worden ist. II. 274. 275.

bei Cessionen, f. **Cession.** XV. 28., findet auch im Executionsverfahren statt. II. 275., die Gerichtskosten, wenn sie geringfügige Posten betreffen, z. B. Decret- und Insinuationskosten, muß jeder Theil im Falle der urtheilsmässigen Bestimmung der Kosten-Compensation, auf sich behalten. III. 116. S. **Processkosten, Wetzschlagung.**

Competenz, deren Würdigung ist eine Officialsache des Richters. IV. 47. S. auch **Ämter, Kreisdirectorien, Hofgerichte, Oberhofgericht, Landesgerichte.**

dauert fort bis zur Beendigung der Sache. VIII. 122., — in persönlichen Klagen gegen den Fiscus ist sie bei jedem Hofgerichte begründet. VIII. 110., f. **Litispöndenz.**

zur Entscheidung über die Verwendung des inkammerierten Baden-Durlachischen Kirchenvermögens. XIV. 123.

— zur Ausgleichung zwischen mehreren zu einer Schulgemeinde ver-

7. **Kunden** gepfändet und dann getheilten politischen Gemeinden, rück-
 sichtlich ihrer Ansprüche an die bisher gemeinschaftlichen Schulge-
 lüder. XVI. 427. Die Begleichung der Baupflicht im Falle eintre-
 tender organischer Veränderungen im Bestand eines Kirchspiels gehört
 in den Geschäftskreis der Verwaltungsbehörden, deren dahin bezüg-
 liche Erkenntnisse als Titel der Baupflichtung beziehungsweise Be-
 freiung vor den Gerichten geltend gemacht werden können. XV. 405.
 Competenz d. Administ. Verhöre f. Klagen d. Gemeinden gegen ihre
 Baugenossen wegen Zahlung von Lasten. XII. 310., in Gemein-
 dungsstreitigkeiten. X. 101., zu Instruirung der Steuerstreitigkeiten.
 XII. 311., in Stiftungssachen, f. Stiftungen. XV. 558., um auf
 die Gemeindefälle eine neue Last zu legen. IX. 468.

— der inländischen Gerichte ist immer begründet, soweit es sich um ein
 Erkenntnis handelt, nach welchem einem Angehörigen eine gelin-
 dere, als die gesetzlich angeordnete Strafe treffen würde. IX. 407.
 408. 410. Es kommt hierbei nicht darauf an, ob dieses Erkenntnis
 in der Form eines Urtheils oder in einer andern ergangen ist. IX. 10.
 — der inländischen Gerichte ist nicht begründet in einem Rechtsstreit,
 der wegen der in diesem Bande folgenden Gesetze eines Auslän-
 ders, von einem Ausländer erhoben wird; — der inländischen Ge-
 richte über Eheerbreiten ausländischer Eheleute ist nach §. 63 der
 Eheordnung nicht begründet, wenn nicht der Mann, mit welchem
 seiner Obrigkeit, sich gefallen läßt, seiner Frau vor der hiesländischen
 Behörde zu Recht zu stehen. IX. 391. Der gleiche Gesetzsatz tritt
 auch bei Eheerbreiten ausländischer, im Inlande sich aufhaltender
 Eheleute. IX. 392.

Competenz der Gerichte. XIV. 417. 591. XVIII. 567. 569.; die
 richterliche Sache begründet die Fortdauer der Gerichtsbarkeit
 des Ehegerichts, auch wenn der Beklagte während des Processes in
 den Militärstand tritt. XVI. 347. Zur Competenz der Gerichte
 gehört jede Entscheidung nach bereits vorhandenen Normen.
 X. 229. — sie erstreckt sich jedoch nur auf privatrechtliche Verhält-
 nisse. X. 290.

— Zuständigkeit der Gerichte in Willkurausbreitigkeiten. Begriff der
 privatrechtlichen Sachen. XIX. 98.

— Unzuständigkeit derselben in Sachen des öffentlichen Rechts. XIX. 94.
 — bei Beurtheilung der Gültigkeit und Rechtsverbindlichkeit promul-
 girter Gesetze und Verordnungen. XVI. 263., sie ist schlechthin be-
 gründet, wenn auf erhobene Competenzconflicte das Gr. Staats-
 ministerium die Zulässigkeit ausgesprochen hat.

— sie ist begründet, zur Auslegung des §. 57 des Reichsdeputations-
 schiffes. III. 50. 51. 58., zur Reaffirmation reichsammergerichtlicher
 Prozesse der Standes- und Grundherren. III. 145., bei Ausmittlung
 der Entschädigung für aufgehobene Herrenhöfe. XI. 586.; zur
 Entscheidung über die Entschädigung der Grundherren für aufgeho-
 bene Gefälle. XIII. 315., und forstpolizeilicher Fragen. XIII. 414.

421., über öffentliche Kassen. XIII. 600., in Stiftungssachen. XV. 588., zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Berechtigung zum Genuß von Studienstiftungen. XVI. 387. Sind die bürgerlichen Gerichte zuständig zur Entscheidung der Frage, ob das vom Gr. Fiscus incommittirte Vermögen einer in Folge von Staatsacten an Baden gefallenen Stiftung, an welcher zugleich von Verwandten des Stifters eventuelle Unterstützungsansprüche zustehen, auf Klage dieser, von dem Staatsvermögen wieder getrennt, und in gesonderter Stiftungsverwaltung belassen werden muß? XVI. 531.

Competenz. Gegenstände d. gerichtl. Competenz, des Gerichtsvorsitzenden u. VII. 185., der Hofgerichte und des Oberhofgerichts. Haben die Hofgerichte das Recht und die Pflicht Strafvertheile der Recurs, welche diese incompetent erlassen haben, von Amtswegen aufzuheben und das Erkenntniß selbst zu geben? XV. 345. S. auch Beschreibung, Hofgerichte, — des Oberhofgerichts bei der Abänderung von Strafurtheilen auf den Recurs des Gr. Justizministeriums. IX. 409. 410. — des Oberhofgerichts in Criminalsachen (238) wird nicht durch die Natur der Größe des Verbrechens, sondern einzig und allein durch die Schwere der Strafe bestimmt, welche das Hofgericht für das zur Aburtheilung dahin gebrachte Verbrechen erkannt wissen will. VII. 239., f. Connexität. Es haben daher die Hofgerichte über solche Punkte, worüber von ihnen in einer an das Oberhofgericht zur Entscheidung abgegebenen primären Sache die Freisprechung des Inquisiten begutachtet worden, die Urtheile selbst zu schöpfen. VII. 240. Begründung der oberhofgerichtlichen Competenz durch Connexität der Verbrechen und Complicität der Thäter. VII. 185. ff. Die Competenz des Oberhofgerichts in Zoll- und Accisesachen ist nur dann statuiert, wenn der straffällige Denuntiat glaubt, daß er nach Wort und Geist der Zollordnung gar nicht strafbar, oder das Verbrechen der Form nach nichtig sei. VII. 201. Seine Competenz ist nicht begründet, wenn die erste Instanz den Denuntiaten durch rechtskräftiges Urtheil theilweise für schuldig erkannt, die zweite Instanz aber auf Recurs der Zollbehörde den Denuntiaten im Ganzen der Defraudation für schuldig erklärt hat. VII. 200. 201. S. auch Beschreibung, Defensionen, Landesgerichte, Oberhofgericht, Polizeigewalt, Richtercollegium, Staatsbehörden, Staatsrecht, Strafvertheile, Zoll- und Accisdefraudations-Sachen.

— des Untersuchungsrichters auf Antrag der durch ein Verbrechen Beschädigten, diejenigen einstweiligen Vorkehrungen zu treffen, welche zur Sicherung der Entschädigungsansprüche nothwendig sind. XVI. 573.

— der Arezibirectorien zu Verhandlung privatrechtlicher Streitigkeiten, die bei Anlaß von Administralstrafjustizsachen vorkommen, ist durch die neue V.D. aufgehoben. XII. 213.

Competenz der Bundesversammlung. Die Frage ob die Bundesversammlung für eine Beschwerde competent sei, kann nur von ihr selbst, und nicht von den Landesbehörden entschieden werden. XII. 167.

Competenz im Sany, nach Grundherrs. VII. 167., über den Maßstab dieser Competenz fehlen uns klare Gesetze; der §. 30. des Lebensrechts und R.R.G. 577. c. r. sprechen nur von speziellen und nicht auszubehenden Fällen. VII. 168. Hauptentscheidungspunkt ist das billige Ermessen des Richtersamts, darnach muß die ausgeworfene Sufsentation immer so beschaffen sein, daß sie dem Erbsar für die Dauer seines Lebens eine angemessene Nothdurft sichert, welche nach der Menge und Eigenschaft der vorhandenen Schulden, sowie nach der Familienzahl des Lebenshalbten sich richtet. In minimo ist immer der Maßstab einzuhaltten, daß ihm so viel verbleibe, um nothdürftig zu leben. VII. 169. Rechtliche Natur dieser Sufsentation und Folgen daraus. VII. 169. 170. Die Competenz kann vom Tage des erkannten Gütersequesters angesprochen werden, weil seine Verhängung nach der bestehenden Gerichtspraxis ipso facto das Recht auf eine Competenz begründet. VII. 169. 170., s. Sequester.

Competenz der Pfarreten: Die in einer Pfarrpräsentationsurkunde enthaltene Zusicherung, daß der Präsentirte in alle dem Pfarrdienste anstehenden Rechte und Nuzungen eintrete, wie sie sein Vorfahrer beßsen habe, gibt demselben zur Geltendmachung aller dieser Rechte nur die Legitimation zur Sache. Wird aber die Frage bestritten, ob ein Recht dem Pfarrdienst anstehet, so ist der Entstehungsgrund desselben ganz unabhängig von der Präsentationsurkunde darzutun, und es genügt nicht an der Nachweisung, daß der Vorfahrer auf der Pfarrei im Genuß eines Bezugs, dessen Recht bestritten wird, sei. Die bloße Nachweisung des Bezugs des Vorfahrers genügt selbst dann nicht, wenn der Aussteller der Präsentationsurkunde selbst es ist, welcher dem Vorfahrer die bezogene Abgabe gerichtet hat. XV. 387.) s. auch Fortsetzung.

Competenz = Conflict. XVII. 307. Ein solcher kann erst dann erhoben werden, wenn der Richter sich für incompetent erklärt hat, da derselbe die Competenzfrage jedesmal ex officio zu prüfen hat. X. 226.

— Weigert sich ein Gericht ein Erkenntniß zu geben, nachdem das Groß. Staatsministerium entschieden hat, daß die streitige Sache sich zur gerichtlichen Competenz eigne, so wird eine Justizverweigerung, wogegen nicht Appellation, sondern einfache Beschwerde eingelegt statfindet. X. 158.

— zwischen einer Gerichtsstelle und Verwaltungsbehörde, soll vom Staatsministerium entschieden werden. IV. 334. 335. Vorher aber soll die Verwaltungsbehörde der Gerichtsstelle das Nöthige per modum protestationis, nicht per modum exceptionis, vortragen und erwarten, ob letztere darauf die gegen den Fiscus erkannte Ladung nicht wieder aufheben. IV. 335. Hat das Hofgericht sich für incompetent erklärt, so mischt daraus für den Kläger eine Beschwerde, die nur beim Oberhofgerichte im Appellationsweg angebracht werden kann. IV. 335.

Competenz = Holzabgabe einer Gemeinde an eine Pfarre, unter

- zwischen verbotrechtlichen Erstschußpunkt fällt: sie? wie ist die Lage zu beivissen? XL. 57.
- Competenzstreitigkeiten zwischen Civil- u. Militär-Behörden im bürgerlichen Proceß entscheidet das Oberhofgericht nach Maßgabe des: §. 52. der P.D. XVI. 347.
- sind im: Pleno zu entscheiden. VIII. 124. — Vom Oberhofgerichte, wenn die Untergerichte nicht unter demselben Mittelgerichte stehen. VIII. 448. — Entscheidungen von Kompetenzconflicten zwischen Civil- und Militärgerichten durch den aus dem Vorstand des Oberhofgerichts und den Oberhofgerichtsräthen nach drei Militärbeurathen gebildeten Gerichtshof. XIX. 79.
- Competenz-Zweifel bei Klagen gegen den Gr. Fiskus sind von der betreffenden Verwaltungsbehörde der Gerichtsstelle nicht per modum exceptionis, sondern per mod. protestationis vorzutragen. II. 362.
- Complice, f. Gehülfe.
- Complicität, der Thäter in Beziehung auf die Begründung der Competenz des Oberhofgerichts: VII. 185. f. g.
- Compromiß, wodurch jedes Rechtsmittel beseitigt ist, schließt auch die Nichtigkeitssklage aus. V. 207. 208. — Ein solcher Verzicht läuft sonnenig gegen die guten Sitten und die Ordnung als ein Verzicht auf ein ordentliches Rechtsmittel. V. 207. — Entgegenstehende Ansicht. V. 206.
- Computatio naturalis, f. Tag — natürlich.
- Concessio, Verzeihung derselben und Verfassung nebst Berücksichtigung einander. Umstände. L. 298. S. Staatsverlaufs. Concussio. L. 12.
- Concubinatus bei Layen, war nach den älteren französischen Gesetzen nicht als etwas Strafbares angesehen. III. 247. — Auch nach dem Code penal. Art. 399. kann ein Ehebruch deshalb nicht ex officio verfolgt werden. III. 247.
- Concubine, f. Weibschläferin.
- Concurrenz, ideale, f. Diebstahl — dritter, objective f. Diebstahl — zweiter, mehreren Verbrechen, f. Straffachen.
- Concurs, f. Anweisungen des Staatsdieners, Sont; Gütergemeinschaft.
- Concursus delictorum objectivus, f. Diebstahl — mehrfach qualifizirter Diebstahl.
- Concursus intellectualis, f. Gehülfe.
- Concursus remotus, f. Mithrheber.
- Concession, derselben ist keiniger Staatsdiener nicht schuldig, mit welchem; in; anderer, freiwillig und ohne durch die Amtsgewalt des ersteren dazu genöthigt zu sein, zu betrügerischen Handlungen sich verbunden hat. V. 173. — Selbst dann nicht, wenn ersterer den letzteren durch Drohungen genöthigt hat, das unterschlagene Geld mit ihm zu theilen, und die strafwürdige Manipulation fortzusetzen. V. 173.
- auch: Concursus, Staatsdiener.
- ob das Verbrechen der Concussion zur Competenz des Oberhofge-

- nicht gehöre, auch wenn das Hofgericht eine Klagenabwehrung be-
günstigt hat. VII. 238. 239., f. Competenz, Straferkenntnisse —
hofgerichtliche.
- Condictio indebiti**, unstatthaft bei einer auf richterliches Erkenntniß
gelaisteten Zahlung. XIX. 411.
- Conditio turpis**, f. Aufkündigungsbefugniß.
- Condominium** — **quosooens**, f. Gemeinschaftsgut, Miteigenthum
— Setzt ein getheiltes Eigenthum voraus. VII. 12.
- Condonation** eines Ehebruchs mittelst nachgefolgten Weispruchs kann
nur durch Urkunden oder Zeugen bewiesen werden. V. 295. 296.
— Also nicht durch Eideszuschiebung. V. 295. Wenigstens dann nicht,
wenn sie nicht einigermaßen glaublich gemacht ist. V. 296.
- durch häusliche mit eheliche Vereinigung. VII. 209. Was als
häusliche Vereinigung zu betrachten sei. VII. 209. S. Ehe-
eideszusage.
- **siltschweigende**, f. Ehecheidungssage.
- Confessio in iure**. XVII. 61. 306. 424.
- Confessorienlage** einer Gemeinde, was für Weisprachungen find
erforderlich, wenn aus Verführung geklagt wird. XI. 174. S. auch
Anerkenntnißlage.
- Confessus**, f. Contumacia.
- Confessus in iure non appellat**. XVII. 61. 306.
- Confiscation** der Waare findet nur statt, wenn die Defraudation
vom Eigenthümer der Waare selbst, oder mit seiner Einwilligung von
einem Dritten begangen wird. VII. 197.
- bei Defraudationen, wenn sie eintritt. I. 298. 299.
- Confiscation** tritt da ein, wo der 20fache Zollbetrag den Werth
der Waare übersteigt. IV. 260. Ist dahin modificirt, daß, wenn der
20fache Zollbetrag den halben Werth der Waare übersteigt, es dem
Bestraften frei stehen soll, den letztern lieber als Strafbetrag zu ent-
richten. IV. 260. Ueber diese ihm gestattete Wahl hat sich derselbe gleich
nach Eröffnung des Straferkenntnisses zu erklären, sonst verliert er
den Vortheil einer Reduktion durch Bezahlung des halben Werths
der Waare. IV. 260. Hat er von diesem Wahlrechte Gebrauch ge-
macht, so kann er darum nicht, als auf den Recurs verzichtend, ange-
sehen werden. IV. 260. 261. S. auch Denuncation.
- Confiscationsstrafe** ist aufgehoben. VI. 207. S. auch Zoll.
- Connexitas causarum**. Begründet kein Potum, wo jede Gerichts-
barkeit mangelt. VIII. 30.
- Connexität der Sache**, f. Wamprecht, Gerichtsarten, Präjudicial-
punkte.
- Connexität der Verbrechen**, deren eines zur Competenz des Ober-
hofgerichts gehört, begründet nicht schon dadurch dessen Competenz
auch für das damit connexe Verbrechen, sondern sie wird nur durch
die Connexität und Größe der Strafen, welche das Hofgericht begüt-
achtet, begründet. Das Oberhofgericht kann daher über ein Verbrechen

sehen: erkennen), während über das damit commere Verbrechen, hinsichtlich dessen eine Klageeröffnung begutachtet wird, das Hofgericht zu erkennen befugt ist. VII. 239. Es kann über einen einzelnen Punkt ein und desselben Verbrechens erkennen, während über einen andern Punkt, unter jener Voraussetzung, das Hofgericht erkennt. VII. 239. Entgegengesetzte Ansicht. VII. 238.

Conscriptio können durch Nummernausch vom Kriegsdienst befreit werden, wenn die einzutauschende Nummer nicht selbst zum Activdienste gezogen wird. IV. 154. Branchen gesetzlich nur 5' zu messen. IV. 157. Werbung für die Freimachung derselben im Wege der Werbung ist ein Polizeiergehen. IV. 158; 164. 165. Zwischen der Werbung zur Geschenkgabe und zur Geschenknahme ist dabei kein Unterschied. IV. 165. Auch ohne den vollen Beweis der Bestechung ist ein Mäker in solch einem unheimlichen Geschäft nicht als völlig unschuldig zu halten. IV. 165. S. auch Selbstverstümmelung.

Conscriptionenordnung nimmt bei den Bestimmungen über die zum Loskaufen zu ertheilende Erlaubniß nicht auf den Willen und Muth des dienstpflichtigen Sohnes, sondern auf die häusliche Nothwendigkeit und Familienumstände Rücksicht. VI. 241. S. auch Kriegspflicht. Consens bei Verträgen, Begriff desselben. XI. 497.

Consensual-Contract, auch bei ihm kann die schriftliche Ausfertigung zur Bedingung gemacht werden. IV. 116. S. auch Ehevertrag.

Consilium speciale, — generale, s. Rathgeber.

Consolidation, s. Nukleation.

Constitution, neue, s. Gesetze.

Constitutions-Edicte sind durch das erste Einführungs-Edict des k. k. ausdrücklich bestätigt. IV. 222.

Constitutum debiti alieni, s. Bürge und Selbstschuldner.

Conti quität, s. Lehenbarkeit.

Contocorrent, in solchem verhalten sich die gegenseitigen Belästigungen nicht wie Forderung und Zahlung, sondern wie Forderung und Gegenforderung. Rechtsanwendung. XIX. 18.

Contractus innominatus, dont facias, s. Anstellungsvertrag.

Contradictor hat nur die Bestimmung, im Namen des Gemeinschuldners alles dasjenige zu besorgen, was die Schuldenrichtigstellung angeht. VI. 144. Um das Vorzugsrecht der Gläubiger darf er sich nicht bekümmern. VI. 144. Eine Bevollmächtigung desselben von Seiten sämmtlicher Gläubiger, damit er einklagt jeden von ihnen, der einen Vorzug behauptet, alle Einreden entgegensetze, und den Vorzugsstreit durch alle Instanzen fortsetze, — ist nicht immer ausführbar, und beschwert die Masse mit den Kosten eines Prioritätsstreits, der vielleicht nur zwei nicht bevorzugte Gläubiger mit einander führen. VI. 145. Nach der kurfürstlichen Proceßordnung wird ihm, wenn er sich in den Prioritätsstreit zwischen einzelnen Gläubigern mischt, außer dem Strich seines Deservits noch eine willkürliche

- Stafe angelegt.** VI. 145. Nach babilöhem Gerichtsbrauche äußert er sich nicht nur über die Richtigkeit der Forderung, sondern auch über den für dieselbe angeprochenen Vorzug, jedoch nur in den Liquidationsverhandlungen, also dann nicht, wenn ein förmlicher Prioritätsstreit unter einzelnen Gläubigern entsteht. VI. 145. Note.
- Contrebande-Handel.** Auch dabei liegt dem Exportanten der Beweis der geschehenen Exportation ob. II. 324. 325.
- Contributionen, f. Kreisdirectorien:**
- Contumacia.** Durch den §. 31. der O. G. Ord. wird der Richter angewiesen, statt des sonst nach gemeinem Proceß bei derselben eintretenden Unilateral-Verfahrens, welches nach dem j. R. A. §. 36. und R. G. Ord. III. tit. 52, pr. bloß den Verlust der zerstörlchen Einreden zur Folge hat, — den Beklagten als *confessum* zu behandeln. III. 290. Durch das Reg.-Bl. von 1824 Nr. 27. ist diese Vorschrift auch den Kammern verkündet worden. III. 289. S. auch Litisdenunciation und Untergerichtsproceßordnung.
- Contumax non appellat.** XVII. 399.
- Conventionalklagen** erfordern, wie andere Entschädigungsklagen, Verzugsehung. XII. 307.
- Conventionalstrafen** gehen mit der Hauptverbindlichkeit auf die Erbgen über. VI. 245. 246. S. auch Pönalklagen.
- Conversio actuum juridicorum, qua in locum actus principalis invalidi substituitur id, quod minus principale gestum est.** II. 56.
- Corpus delicti,** dessen Zerstörung beim Räubermord. I. 99. Note 1. S. auch Tödtung.
- Correctionshausstrafe.** f. Arbeitshausstrafe.
- Correctionsmittel,** f. Staatsdiener.
- Correferent,** wenn ein solcher erhoben wird, fällt das Instructiv-Votum weg. II. 183.
- durch ihn wird das *votum instructivum* nicht immer entscheidend. III. 244. S. auch Stimmengleichheit.
- Coupon,** f. Blad-Coupon.
- Cridar,** f. Gewerkschuldner.
- Criminalfälle;** schwere, *Superarbitrium* der Sanitätscommission. I. 316.
- Criminalproceß.** Die Beweisheorie in ihm hat ihre Eigenheiten, weil hier das öffentliche Wohl dem Angeschuldigten gegenüber steht, und weil im Civilrechte den Partheien zur Bewahrheitung ihrer Rechtsgeschäfte bestimmte Vorschriften gegeben werden können, die für die Beweislichkeit verbrecherischer Handlungen zu geben nicht möglich ist. V. 259. 260. S. auch Geständniß, qualif. Hauptleid.
- in Criminalsachen muß der volle Beweis der imputirten Schuld von demjenigen, der sie behauptet, geführt werden. VI. 207. S. auch Civilsachen, Defraudationsachen, Geständniß, Recurs, restitutio ob culpam referentis, Urkunde — öffentliche.
- Cultivirtes Land,** f. urbares Land.

Culpa eines Erben bei Verletzung der gerichtlichen Siegel, f. Manifestationseid.

Culpa lata, f. *dolus indirectus*, Verschulden — grobe, Versehen.

Culpa levis, f. Obrißheit — ordentliche.

D.

Dachtraufrecht, worin besteht die offene Anlage dazu. XI. 211.

Damnificat, kann keinen Gebrauch vom Rechtsmittel der Cassation machen. VII. 184. 185. S. Cassation.

Damnium emergens, wor ihn zu ersetzen verpflichtet ist. I. 69.

Darlehen, dessen Beweis durch Quittungen. I. 76. S. auch Entschädigung, Handelsbepostum, Quittung, *stipulatio de mutuo dando*.

— Zur Erwerbung von Grundstücken gegeben, muß, wenn es ein Vorzugsrecht auf diese Grundstücke ansprechen will, sowohl in Bezug auf seine Bestimmung als auf seine Verwendung, durch eine öffentliche Urkunde erwiesen werden. VII. 159. 160., es muß ferner zur Erwerbung durch Kauf verwendet werden. VII. 160. 161. S. auch Kapital, Schatzurkunde.

Darlehensvertrag. Die Aufhebung oder Abänderung eines Vertrags muß hinreichend bestimmt geschehen. XVIII. 424. S. auch Wechselvertrag, Zinsen, *Intersponsio*.

Datum, f. Bestandvertrag, Ehesteuer, Todwaisein.

Decimae, f. Zehnten.

Decimae novales, f. Neubruchzehnten.

Decimator ordinarius minor, f. Zehnten von Neubrüchen.

Declaration der Sentenz. VII. 237.

Declaration der Waaren; — wer bei Einföhrung von Waaren eine falsche Declaration i. e. eine falsche Qualität angibt, begeht eine Defraudation. VII. 204. Das Gesetz spricht aber nicht von dem Falle einer nur zu allgemeinen und unbestimmten Declaration, z. B. die Declaration „Blechwaaren.“ VII. 205. Unter einer allgemeinen Benennung kann Jeder Waaren über die Gränze ins Land gehen lassen, er unterwirft sich dabei nur der doppelten Verpflichtung, den höchsten Zoll für die unter der allgemeinen Benennung begriffenen Waaren zu zahlen, oder, wenn es sich zeigen sollte, daß zu viel Zoll erhoben worden, $\frac{1}{5}$ dieses Betrags zurückzulassen. VII. 103. S. Blechwaaren.

Decreturen, f. Kostendecreturen.

Defension ist auch da nothwendig, wo der Inculpat nach §. 10. des Strafdecis zu einer Detention im Zuchthause verurtheilt wurde. III. 185. 186. S. auch Zauner. Schlußverhör.

Defensionen müssen bei schweren zur oberhofgerichtlichen Aburtheilung sich eignenden Verbrechen, auch wenn ein Inquisit darauf verzichten wollte, erhoben werden. VI. 191. 192. Selbst dann, wenn

gegen einen abwesenden Verbrecher erkannt werden soll: VI. 194!
S. auch Strafunters. .

Defensor, wenn ein Inquisit zu sattem sich wählen wolle, steht ihm nach §. 17. des Strafgesetzs vollig frei. III. 246. 247.

— Sein Recht, sich mit dem Angeeschuldigten allein zu besprechen. I. 284.

Defraudation, Begriff. VII. 203, ob das dem indirecten Steuerwesen vorangehende Princip bei der Beurtheilung einer Handlung als Defraudation zum Grund gelegt werden dürfe. VII. 203. Die Strafe der Zolldefraudation trifft nur den, der sie begangen hat, nicht aber den unschuldigen Eigentümer der Waare, sofern nicht die Defraudation mit seinem Wissen oder seiner Genehmigung geschehen ist. VII. 197., ob und in wie fern der Dienstherr für die durch seine Diensthoten begangene Defraudation hafte. VII. 195; f. Dienstherr. Defraudation des Eingangszolls wird aus der Verabstimmung der für Transitgut bestehenden Controllenregeln gefehlich nicht vermuthet; kein Zollstrafgesetz spricht dies aus, vielmehr hat der Defraudant den Beweis zu führen, daß die an der Eintrittsstation fälschlich für Transitgut ausgegebene Waare im Lande abgesetzt worden sei. VII. 198. 199. Entgegengesetzte Meinung. VII. 199. unten. S. auch Declaration. Ob es eine Defraudation ist, wenn beim Verkauf eines Grundstücks für die separat verkauften Früchte keine Liegenschaftscasse entrichtet worden, und ob sie überhaupt von solchen Früchten zu zahlen sei. VII. 222. 206. 207. S. Actis.

Defraudationsfachen, bei ihnen wird eben so, wie bei eigentlichen Straffachen zur Ueberführung des Beschuldigten ein vollständiger Beweis erfordert. VI. 206. Bloße Vermuthungen reichen nicht hin, um das „Schuldig“ auszusprechen. VI. 206. Die Absicht zu defraudiren wird nur da vermuthet, wo der Thatbestand hergestellt ist. VI. 206. Die gesetzliche Vermuthung fällt jedoch da hinweg, wo glaubhafte Umstände angeführt werden, welche jene Absicht widerlegen. VI. 210. Neue findet statt, wenn die Anzeige beim Accisor noch geschieht, ehe der Zollgarbist zu demselben gekommen ist. VI. 210. S. auch Zolldefraudation, Accisdefraudation, Diebst.

— Inzichtenbeweis findet auch bei Defraudationen statt, obwohl der Beweis des subjectiven und objectiven Thatbestandes zusammenfällt. X. 57.

Defraudationsfachen, auf sie als Straffachen findet die neue Processordnung keine Anwendung, und behält es bei der bisherigen Procedure sein Verbleiben. VII. 298. 299.

— Einbildlicher Rechtszug an Gr. Oberhofgericht besteht nach §. 3. lit. a. des Edicts v. 2. Mai 1812 nur für Zoll- und Wechselfachen, nicht für andere Defraudationen, namentlich nicht hinsichtlich der Klassensteuer. X. 137.

Defraudationsstrafe, deren Widerlegung ist Gegenstand der finanziellen Staatsbesch. V. 281. S. auch Accis-, Ohngelds- u. Zolldefraudation..

Delatio hereditatis, f. Erbschaft.

Delegation, f. Bürgermeisteramt, Rechtswanblung.

Demonstration unterscheidet sich von förmlichen Beweisen dadurch, daß sie nicht an die Rechtsformen gebunden ist, und daß dabei auch *argumenta leviora* zugelassen werden. III. 284.

Denunciant. a. Wer vermöge seiner Amtspflicht Verbrechen anzeigt, ist nicht Denunciant. VIII. 158. — b. Ob sie, wenn sie den Beweis nicht liefern, für Injurianten zu halten sind. VIII. 354. — c. sie sind keine unfähigen Zeugen. VIII. 57.

— hat bei einer Anklage wegen defraudirtem Eingangszoll den Beweis zu führen, daß die Waare im Inland abgefragt worden. VII. 198. 199.

Denunciat, welcher in der ersten Instanz durch ein rechtskräftiges Urtheil theilweise für schuldig erkannt, in der zweiten Instanz aber, auf Recurs der Zollbehörde, im Ganzen als schuldig verurtheilt worden ist, kann nicht an das Oberhofgericht recurriren. VII. 200. 201.

Denunciatio evangelica. I. 49. 55. 56.

Denunciation, wenn durch eine solche eine Ehrenkränkung begangen sei. IX. 383.

Denunciationen, ob Polizeidiener solche in Zoll- und Wadtsachen gültig machen können. I. 296. Not. 18.

— ob die Denunciationsgebühren der Glaubwürdigkeit der Aussagen eines im Dienste fungirenden Zollgarbisten im Wege stehen? verschiedene Ansichten hierüber. IX. 213. 214.

Deportation, f. Jauner.

Depositär, f. Lagerhäufer.

Depositen, Unterschlagung derselben ist nicht besser als Diebstahl. V. 20.

Depositär, Pflichten desselben. XIX. 14.

Depositum, f. Besitz — Härterer, Widerklage.

Depositum irregulare, f. Handelsdepostum.

Desertio malitiosa, f. Wohnsitz — gemeinschaftlicher.

Deservit, f. Contradictor.

Deserviten der Advokaten. Von diesen bleiben der obliegenden Parthei diejenigen zur Last, die zur eigenen Bequemlichkeit und dgl. veranlaßt wurden. II. 347. 348.

Deserviten-Controle, oberhofg., soll aus den Kostenrechnungen der Anwälte die Posten ausscheiden, welche sich nicht zu künftigen Aufrechnungen an den Gegentheil eignen. IV. 289. 290. S. auch Proceßkosten.

— erhält für jedes Hauptdeservitorium 15 fr., die der Procurator unter den übrigen Consignationsposten anzuführen hat. III. 128.

Deservitenstich, f. Cession, Cassation.

Detailverkauf, f. Groshändler, Kleinhändler, Ohmgeld, Ohmgelddefraudation.

Detention, ist eine polizeiliche Maßregel, deren Bestimmung aber dem Strafrichter überlassen ist. VII. 216., ist nicht Strafe, sondern bezweckt nur Sicherung des Gemeinwohls gegen einen gefährlichen

- Menschen, der nach den bestehenden Gesetzen auf bloße Anzeigen zu einer peinlichen Strafe nicht verurtheilt werden konnte. VII. 103. 216.
- Detention.** Ueber die Art und Dauer derselben hat nicht die Polizeibehörde, sondern der peinliche Richter zu bestimmen. II. 302.
- wird deren Dauer durch Stärke der Verdachtsgründe bestimmt. XI. 273.
- eines Nichtüberführten, bildet zwar nicht der Form, doch der Sache nach eine Ausnahme von der Regel, daß Niemand auf Anzeigen hin verurtheilt werden solle. III. 186.
- eines für klagfrei erklärten Angeschuldigten, ob sie an die Erfordernisse der Tortur gebunden sei oder nicht, ist controvers. IV. 65. 66. 67. 68. S. auch Brandstiftung.
- eines für klagfrei erklärten Angeschuldigten ist keine außerordentliche Strafe, sondern bloß eine staatspolizeiliche Sicherheitsmaßregel, welche den Gerichten bloß darum überlassen ist, weil sie besser, als bloße Polizeibehörden die Verdachtsgründe nach den Beweisregeln abweisen können. V. 271. 272. 275. Ist kein annexum der Klagfreierklärung, sondern derselben im Gesetze contradiktinquirt. V. 275. Findet nicht bloß in den nur beispieisweise im Strafbuch angeführten Fällen statt, sondern überall da, wo nach richterlichem Ermessen mit der Entlassung des Angeschuldigten eine Beforgniß für die allgemeine Sicherheit erregt wird. V. 271. 272. Also nicht bloß wegen eines von einem Jauner, sondern auch wegen eines von einem Herumstreichenden Bettler muthmaßlich verübten Diebstahls. V. 273. Entgegenstehende Ansicht. V. 270. 271. 272. S. auch Diebstahl, Klagfreierklärung, Oberhofgericht, Strafanstalten.
- eines für klagfrei erklärten Angeschuldigten ist wegen Gefährdung der gesellschaftlichen Sittlichkeit nur dann anwendbar, wenn ein Verbrechen in Frage ist, das in seiner Bekanntwerdung, in seinem Andenken schon jene Gefahren enthält, zu deren Vermeidung es also nothwendig wird, daß der Angeschuldigte auf gewisse Zeit dem Anblick seiner Mitbürger entzogen werde. VI. 196. Ein in jugendlicher Ungelassenheit begangener, nicht absichtlicher Todtschlag gehört aber nicht dahin. VI. 197. Entgegenstehende Ansicht. VI. 196. Zu ihrer Anwendung wird erfordert: 1) Daß der Angeschuldigte des Verbrechens stark indiciert sei. 2) Die Indicien brauchen jedoch nicht so weit zu reichen, daß nach der Carolina auf die peinliche Frage hätte erkannt werden können. 3) Auch ist der Richter dabei nicht an die gesetzlichen Indicien des Mordes und der Tödtung gebunden. Endlich 4) brauchen auch die Indicien nicht von der Art zu sein, daß auf dieselben hin die ordentliche Strafe hätte ausgesprochen werden können, so weit solches überhaupt gesetzlich erlaubt ist. VI. 295. 296. Sie ist mehr als eine polizeiliche, wie als eine richterliche Maßregel anzusehen. VI. 296.
- des Verbrechers. IX. 322., der Zulässigkeit derselben sind die Erfordernisse der Carolina zur Tortur zum Grunde zu legen. IX. 333.

Detention kann auch bei bloßem Versuch des im Strafbuch §. 10. bezeichneten Verbrechen erkannt werden. XV. 174.

— Wird zur Zulässigkeit eines Erkenntnisses auf Sicherheitshaft bei Verbrechen, der im §. 10. des Strafbuchs bezeichneten Art das Vorhandensein des objectiven Thatbestandes erforderlich. Kann bei bloßen Versuchen nur dann auf Sicherheitsverhaft erkannt werden, wenn die Versuchshandlung, deren der Angeeschuldigte verdächtig ist, selbst einen gewaltsamen Angriff auf die Staatsicherheit enthält; oder genügt es, wenn zwar nicht die Versuchshandlung, wohl aber das intendirte Verbrechen, die gedachte Eigenschaft hat. XIV. 331.

— im Arbeitshaus als Sicherheitsverhaft. X. 222.

— wegen Raubs. XI. 286.

— Auslegung des §. 10. des Strafbuchs. XI. 432. XIII. 243.

Diebstahl. Zum Begriff des Diebstahls gehört die Besitzergreifung. Wer eine fremde Sache verkauft, ohne sich selbst ihrer vorerst zu bemächtigen, kann sich dadurch keines Diebstahls, sondern nur etwa eines Betrugs schuldig machen. XV. 380.

— erfordert zu seinem Thatbestande eine gleichzeitig mit der Ergraffung der fremden Sache vorhandene gewinnstüchtige Absicht. VI. 201. 202.

S. auch: Dolus, Golddiebstahl.

— er ist nicht bloß attentirt, sondern consumirt, wenn der Dieb die gestohlene Sache aus dem Gewahrsam des Eigenthümers weggenommen, und das Eigenthum sich selbst angemacht hat, auch wenn er verhindert worden ist, sie in sein Haus zu verbringen. V. 276. Als ein nahes Indicium desselben gilt der Besitz der gestohlenen Sache. V. 182. 270. 271. Ist nur dann nicht strafbar, wenn Betruhlen aus wahrer Hungersnoth entwandelt wurden; es muß aber dann die höchste Noth des Diebs, oder derjenigen, zu deren Erhaltung er verbunden ist, und daß er nicht mehr, als zur Abwendung der Hungersnoth erforderlich war, entwendet habe, erwiesen sein. V. 276. 277. bloße Armut schuldigt nicht. V. 276. S. auch Beweis, künstlicher, Detraction.

Diebstahl, dahin gehört auch die widerrechtliche Zueignung fremden Eigenthums zum eigenen Gebrauche. IV. 135.

— Dahin gehört die Zueignung der Gabeigkeiten eines Getödteten, wenn die Tödtung nicht um ihrentwillen unternommen worden ist. III. 89. — die darauf gesetzte Strafe wird aber durch die größere des Hauptverbrechens absorbiert. III. 89.

— Als bewegliche Sache, woran ein Diebstahl begangen werden kann, gilt auch jede im oder am Boden befestigte Sache, welche der Dieb heraus- oder losreißt, insofern er sie eben dadurch zur beweglichen Sache macht. X. 213.

— Unterschied zwischen Diebstahl als peinliches Verbrechen, und einem bloßen Frevel, oder einer mutwilligen Beschädigung. X. 214. S. auch Frevel.

Diebstahl, zweiter, der zugleich ein gefährlicher ist, wird nach dem im Art. 79 des Strafbuchs sanctionirten Princip der objectiven Con-

currenz, mit der ganzen Strafe des Hauptverbrechens belegt, und überdies mit einem Zusatz, der niemals die Hälfte derjenigen Strafe erreichen darf, welche das geringere Verbrechen an sich zur Folge hat.

IV. 304. 305. Bei Ausmittlung der ganzen Strafe des geringeren Verbrechens ist das Wachsen nach Marken Silbers unberücksichtigt zu lassen, insofern nicht dieses, statt in bloßer Verlängerung ihrer Dauer, vielmehr in dem Eintritt einer härteren Strafart besteht. IV. 205.

Diebstahl, dritter, was als solcher zu betrachten sei. I. 319., ist nach den Erläuterungen zum §. 78. des Strafgedicts auch dann anzunehmen, wenn der Dieb zwar schon zum vierten Male gestohlen hat, bei dem dritten Male aber ungestraft geblieben ist. III. 96.

— ist höher zu bestrafen, als der durch Einsteigen und Einbrechen. IV. 303. Im Falle der ideellen Concurrenz eines solchen mit einem gefährlichen, ist nebst der vollen Strafe des ersteren noch ein Zusatz zu bestimmen, der weniger als die Hälfte, und mehr als ein Wertheil der für die Gefährlichkeit an sich gedrohten Strafe beträgt. IV. 304. 302.

— dessen Wiederholung, Bestrafung desselben und ob der objective Thatbestand eines Diebstahls durch das Geständniß des Inculpaten allein bewiesen werden könne. XI. 597.

— wieberholter dritter ist selbst da als vorhanden anzunehmen, wo der vorausgegangene aus Unbekanntheit des Richters mit den früheren, gegen den Inquisiten ergangenen Strafkenntnissen nicht als dritter bestraft worden ist. II. 301. Die Markenberechnung geschieht dabei in der Art, daß zu der Summe des Werths der früheren Diebstähle der Werth der neueren hinzugerechnet, dann von dem Ganzen 2 Marken abgerechnet, und für jede Mark der übrigbleibenden Summe 2 Monate Zuchthaus angerechnet werden. II. 302.

— Dritter Diebstahl, der mit Qualifikationen verbunden ist. XIV. 52. 401. Der Diebstahl wird als dritter bestraft, wenn auch der zweite nur als ein erster bestraft wurde. XIV. 315.

Diebstahl, gefährlicher, wird, wo mehrere Gefährlichkeiten zusammenkommen, nach dem höchsten Grade gerichtet. IV. 303., von Täu- nern verübt, wird in der Art bestraft, daß die Hälfte der Strafe, welche die Gefährlichkeit allein dem Thäter zugezogen haben würde, der Hauptstrafe beigelegt wird. IV. 302.

Diebstahl, qualificirter, ist, wenn dabei nur eine der in den Artikeln 83 u. 89 des Strafgedicts genannten Qualifikationen vorkommt, zunächst mit derjenigen Strafe zu belegen, welche unter gleichen Umständen der That ohne solche Qualifikation verwirkt gewesen wäre; sodann ist diese noch um $\frac{1}{4}$ oder die Hälfte ihrer ganzen Größe zu vermehren. IV. 303. 304. Treffen mehrere dieser Qualifikationen zusammen, so wird zunächst von einer derselben abstrahirt, sodann diejenige Strafe, die sich unter solcher Voraussetzung nach dem Grundsatz der relativen Strafbestimmung in Art. 83 u. 89 ergibt, zum Maßstabe genommen, und hiervon bald die Hälfte, bald ein Quart berechnet. IV. 304.

Diebstahl mit Einsteigen. XIV. 319.

Diebstahl, qualificirter, durch Einsteigen. VII. 191. Die Qualification wird nicht bloß durch Einsteigen von außen in ein bewohntes Gebäude, sondern auch durch ein Auf- und Absteigen aus einem Behälter in den andern innerhalb des Hauses selbst begangen, wenn dieses Steigen die in dem Gesetz bezeichnete Gefährlichkeit der nicht leicht zu bewirkenden Flucht und der daraus zu fürchtenden Gegenwehr in sich faßt. VII. 192. Entgegengesetzte Meinung. VII. 191.

Diebstahl, mehrfach qualificirter, bei dessen Strafbestimmung muß die gesetzliche Strafe des einfachen qualificirten noch um $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ erhöht werden. VI. 313. Concurrirt damit andere, nicht qualificirte, so ist in der Summe der auf sie fallenden Strafe zunächst die Strafquote des qualificirten aufzusuchen, und dieser das gesetzliche $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ als Strafe der Qualification beizuschlagen. VI. 313.

Diebstahl mit Waffen, ist es, wenn ein Behälter aufgeschlossen wird, und fremde Effecten daraus entwendet werden. IV. 136. Er ist zugleich qualificirt, wenn er an einem Schäferlarren, als gefriedetem Gegenstande, begangen wurde. IV. 136. S. auch Diebstahl, gefährlicher.

— Der mit Waffen verübte ist dem dritten gleichgesetzt. IV. 303.
— mit Waffen begangen. VII. 189. Unter Waffe wird nicht gerade ein zum Zweck des persönlichen Angriffs und der Vertheidigung gefertigtes Instrument verstanden, sondern es werden auch andere menschengefährliche Werkzeuge darunter gerechnet. VII. 189. Ein bewaffneter Diebstahl wird aber nur dann aus dem Auffinden eines solchen Werkzeugs in den Händen des Diebes gefolgert, wenn die vorhandenen Umstände auf die Absicht des Diebs, von diesem Instrumenten nöthigenfalls einen lebensgefährlichen Gebrauch zu machen, zu schließen berechtigen. VII. 189.; ist dies nicht, so ist der Diebstahl als nur unter erschwerenden Umständen begangen anzusehen. VII. 190. Vermuthet wird diese böse Absicht nur bei wirklichen Waffen. VII. 189. Das zufällige Auffinden der gebrauchten Waffen schadet einen mit Waffen begangenen Diebstahl nicht aus der Classe der gefährlichen, gibt aber doch einen Milderungsgrund ab. VII. 189. S. auch Straferkenntnisse.

Diebstahl, als Familiendiebstahl, welcher nach Art. 165 der P.O.D. nur auf Anklage des Bestohlenen zu untersuchen und zu bestrafen ist, kann eine vom präsumtiven Erben desselben begangene Entwendung nur dann angesehen werden, wenn der Dieb aus Leichtfertigkeit oder Unverstand ohne besondere Geflossenheit gehandelt hat. XV. 393.

— Der Gehülfe eines Familiendiebstahls kann gestraft werden, wenn gleich der Familiendieb auf Verlangen des Familienvaters strafflos bleibt. Die Hinnwegnahme einer Sache mit Einwilligung des Eigentümers ist keine strafbare Handlung, und deshalb die Beihilfe zu solcher Hinnwegnahme kein Verbrechen. XVI. 245.

Diebstahl. Gefinde-Diebstahl. VII. 191., wird auch von dem begangen, der beim Austritt aus dem Dienste der Herrschaft etwas entwendet, wenn gleich zur Zeit der Entwendung der Dienstcontract schon zu Ende gewesen sein sollte. VII. 191. Entgegengesetzte Meinung. VII. 191. **Gefinde-Diebstahl.** IX. 55.

Diebstahl von Geflügel gehört zu den Viehdiebstählen. II. 302. Unter Viehdiebstahl ist auch die Entwendung von Geflügel begriffen, wenn es gewöhnlich vom Landmann gehalten wird. VII. 191. Entgegengesetzte Ansicht, wonach die Gesetze bloß die Entwendung von Thieren, welche entweder zum Ackerbau gebraucht wurden, oder einen hauptsächlichsten Theil der zur Landwirthschaft gehörigen Viehzucht ausmachen, als qualificirt ansehen. VII. 190.

Diebstahl an stehenden Bäumen; wer Bäume ausgräbt und in gewinnstüchtiger Absicht sich zueignet, begeht einen Diebstahl, da ein Feldfrevler nur an den Früchten und Nutzungen, nicht aber durch Entwendung der Bäume selbst, welche die Früchte und Nutzungen erst erzeugen sollen, verübt wird. XV. 175.

— Die Entwendung von Garten- oder Feldfrüchten, welche vom Stamm oder Stock getrennt sind und in Gruben auf dem Felde aufbewahrt werden, ist nicht als Garten-, resp. Felddiebstahl polizeilich zu ahnden, sondern als eigentlicher Diebstahl zu bestrafen, da sich der Felddiebstahl nur auf die Entwendung von Früchten bezieht, welche nicht eingethan sind und welche nach der herrschenden Volksmeinung als natürliches Extragüß noch nicht in das Eigenthum des Eigenschafts-Eigenthümers übergegangen sind. XV. 395.

— Ob das Auffinden der gestohlenen Sache bei dem Angeeschuldigten nach bad. Gesetzgebung zu seiner Ueberweisung genüge? Verschiedene Ansichten des Oberhofgerichts. IX. 58. 59.

— Die Erstattung des Gestohlenen durch einen Dritten ist eine bringende Anzeige, daß dieser Dritte Urheber oder Theilnehmer des Diebstahls sei, die daraus gezogene Conclusion führt aber nicht zu einer die Möglichkeit des Gegentheils ausschließenden Gewißheit, reicht deshalb zur Verurtheilung nicht hin. IX. 62. 63. In wie ferne aus dieser Erstattung ein außerordentliches Geständniß hergeleitet werden könne. IX. 64. S. auch Entwendung, Hofdiebstahl, Kirchendiebstahl, Raub.

Dienendes und herrschendes Gut bei Dienstbarkeiten. XIII. 599., f. Dienstbarkeiten.

Dien er, grund- und standesherrliche, deren Standpunkt ist von jenem eines Dienstboten himmelweit verschieden. V. 250. Entgegenstehende Ansicht. V. 249. S. auch Anstellungsvertrag, Staatsdiener-Pragmatik, Standesherrn.

Dien er der ehemaligen geistlichen Regenten, sollen nach §. 59. des Reichs-Deput.-Schlusses, wenn sie der abgehende Regent nicht in seinem persönlichen Dienst behält, im lebenslänglichen Fortgenuß ihres ganzen Gehalts, ihrer rechtmäßigen Emolumente bleiben, oder, wo

diese wegfallen, eine dafür zu regulirende Vergütung erhalten.
 " IV. 213.

Dienerypragmatik, s. Staatsdiener.

Dienerröchte der niedern Forstbeamten vor und nach 1819. XIX. 6.

Dienstbarkeiten fallen nach röm. Recht unter die allgemeine Regel der Verjährung der Immobilien. IV. 180. Es reicht also zu ihrer Erwerbung ein *longum tempus* von 10, resp. 20 Jahren hin, wenn es am Titel nicht fehlt; es bedarf aber hiezu, wo dieser fehlt, ein *tempus longissimum* von 30 Jahren. IV. 180. Nach kan. R. wird bei mangelndem Titel zu ihrer Erwerbung unvordenkliche Verjährung erfordert. IV. 180. Nach dem N. R. reicht der bloße Besitz zur Erwerbung derselben nicht hin. IV. 178. Das *possessorium* gewährt also bei ihnen keinen Vortheil mehr, wenn nicht das *petitorium* damit verbunden wird. IV. 178. S. auch *actio negatoria*, Frohnden, *jus compasscendi*.

— sind immer für die wenigst mögliche Beschränkung des Herrn der dienenden Sache auszulegen. VI. 173. 175. Hier darf nach dem Gesetze der Maßstab der Billigkeit angewendet werden. VI. 174. 175. Singular ist das Verbot der L. 15. §. 7. D. de usufr. — daß der dominus, selbst mit Einwilligung des Usfructuars, dem fundus keine neue Servitut auflegen kann. VI. 173. S. auch *Nuznießung*, *jus compasscendi*, *Schäferereignichtigkeit*.

— Dienstbarkeiten aus dem Gesetze, insbesondere des L. R. S. 676. XI. 386. Anspruch einer solchen aus dem Gesetze (L. R. S. 674.) XIV. 429. S. auch Anlagen.

— Auslegung des §. 544a. Berechnung der einjährigen Dienstbarkeiten, die nur einmal im Jahr zur Ausübung kommen. XIII. 38.

— In wie fern eine Beschränkung auf Veranlassung der obern Polizeibehörde, eine Entschädigungsklage gegen den Eigenthümer des dienenden Guts begründe. IX. 362. ff.

— Ist es nothwendig, den Erwerb von Dienstbarkeiten in das Grundbuch eintragen zu lassen, um solche gegen Dritte geltend machen zu können. XIII. 3.

— Auf Anerkennungen, welche nach L. R. S. 695 bei solchen Dienstbarkeiten den Mangel des ursprünglichen Titels ersetzen, sind die Vorschriften des L. R. S. 1337 nicht anwendbar. Diese Anerkennungen gehören zum Klaggrund, und jene, welche nach erfolgter Einlassung auf die Klage vorgebracht werden, können nach §. 345 der P. O. nicht mehr berücksichtigt werden. XII. 568.

— Das Anerkenntniß einer Dienstbarkeit ersetzt bei offenen und ständigen Dienstbarkeiten den Titel der Dienstbarkeit ebenso, wie nach §. 695 bei jenen, die nicht durch Verjährung erworben werden können (691); ein bloß mündliches Anerkenntniß ist aber hiezu nicht geeignet. XIV. 448.

— Ob das Anerkenntniß einer unständigen Dienstbarkeit den Erfordernissen des §. 1337 unterworfen sei. XIII. 502. Ob die auf einem

Sehen, welches sich im ungetheilten Genusse mehrerer Mitbesitzten befindet, haftende Dienstbarkeit auch gegen jeden einzelnen Mitbestzer allein klagend verfolgt werden könne? XIII. 502.

Dienstbarkeiten. Unzweideutigkeit der Besitzhandlungen bei Servitutens-Verjährung. Absicht des Handelnden. XIX. 385.

— L.R.G. 1337 ist auf die Anerkennnisse des L.R.G. 695 nicht auszuweihen. L.R.G. 695 ist auch auf Dienstbarkeiten anwendbar, welche durch Verjährung erworben werden. XVIII. 106. 110. 112. Anerkennung. L.R.G. 695. Verjährungsbeweis durch Urkunden. Beglaubte Abschrift. XVIII. 452.

— Der Grunddienstbarkeitsberechtigte kann nicht nur gegen den Eigentümer des dienenden Guts, sondern gegen jeden Dritten, der ihn in der Ausübung des Dienstbarkeitsrechts stört, eine Klage erheben, insofern er sie nicht auf Zuerkennung der Dienstbarkeit selbst, sondern nur darauf richtet, daß dem Dritten untersagt werde, ihn in der Ausübung der Dienstbarkeit fernerhin zu stören. XV. 173.

— Wenn auf den Grund einer Negatorienklage die Freiheit des Guts von einer Dienstbarkeit ausgesprochen ist, so kann der Negatorienbeklagte, welcher das Dienstbarkeitsrecht in Anspruch nimmt, später nicht wieder mit einer diesfälligen Confessorienklage auftreten. Es steht ihm die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache zu, wenn er gleich seine Confessorienklage auf einen andern Titel baut, als auf welchen hin er früher in der Vertheidigung gegen die Negatorienklage sein Dienstbarkeitsverhältniß gebaut hat. XV. 305.

— Wenn bei der *Actio negatoria* der Beklagte einwendet, er übe die Handlung, welche der Kläger als Dienstbarkeit bezeichnet, nicht als solche, sondern er übe die erstere als Miteigentümer des Grundstücks aus, als dessen Alleineigentümer der Kläger aufträte, und welches derselbe von der angeblichen Dienstbarkeit befreit wissen wolle, so hat nicht der Beklagte zu beweisen, daß er Miteigentümer dieses Grundstücks, sondern der Kläger, daß er Alleineigentümer desselben sei, weil die erwähnte Vertheidigung des Beklagten nicht eine Einrede, sondern ein theilweises Ablängnen der zur Klagebegründung gehörigen Thatfache enthält, daß der Kläger Alleineigentümer des mit der angeblichen Dienstbarkeit belasteten Grundstücks sei. XV. 164.

— dingliche, f. Grunddienstbarkeit.

— negative. Der Besitz einer negativen Servitut wird nur dadurch erlangt, daß der Herr des dienenden Guts von jenem des herrschenden an einer Handlung gehindert wird, und dieser sich darüber beruhigt. Nur ein solcher Besitz ist zur Acquisitionsverjährung solcher Servituten tauglich. XII. 364.

— negative, zum Grundbesitze derselben wird erfordert: *ut dominus aliquid facere molitur, nos animo servitutis competentis illud ipsi prohibeamus, et ille in hac prohibitione nostra acquiescat et non faciat*. IV. 180. 183. 184.

— offene, sind offene Dienstbarkeiten zugleich selbstständige Dienst-

- barkeiten. XVII. 273. — deren Vergleichung mit dem Mitteleigenthum einer gemeinschaftlichen Einfahrt. XVII. 230.
- Dienstbarkeiten, offene, selbstständige, erwirbt man nach neuerem Rechte durch Verjährung von 30 Jahren. IV. 180.
- Offene Anlage zur Dienstbarkeit des „Dachtraufrechts.“ XL. 211.
- persönliche und dingliche, können auf einem Lehen constitutirt werden, nur sind sie an die Dauer des Rechts des Vasallen geknüpft, und brauchen von den Lehnfolgern und dem Lehnherren nicht anerkannt zu werden. VI. 274. 275. S. auch Erblehen, Nutznießung.
- unständige (discontinuæ), deren Begriff. II. 286., können nur durch eine vor Einführung des neuen R.R. vollendete unvordenkliche Verjährung ersehen werden. II. 286.
- unständige, verborgene, werden nur durch Vergünstigung erworben. IV. 88. Selbst unvordenklicher Besitz ist nicht dazu hinreichend. IV. 88. Dauern fort, wenn sie schon bei Verkündigung des R.R. durch verjährten Besitz erworben waren. IV. 89, 90, 91. Die Natur derselben haben Holzfuhren, welche einer Grundherrschaft frohndeweise geleistet werden müssen. IV. 89. S. auch *possessor summar*.
- kann nach dem R.R. nur durch Vergünstigung erworben werden. V. 231. Wenn sie jedoch vor dessen Einführung durch verjährten Besitz gültig erworben war, so dauert sie fort. V. 231. Also nicht bloß, wenn sie durch unvordenkliche Verjährung, sondern auch, wenn sie durch die 30 jährige bereits gültig erworben war. V. 232. S. auch Besitz, verjährter.
- deren Verjährung nach R.R. S. 691. — die Worte „auf solche Weise“ — sind nicht auf unvordenklichen, sondern auf jeden Besitz zu beziehen. X. 112. Erwerb durch Verjährung vor dem neuen R.R. XII. 303. 308.
- Ueber die Erwerbung derselben, insbesondere eines Nothwegs, über das Alter der Zeugen, Auslegung des R.R. S. 685. XIII. 46.
- findet bei derselben Besitzklage statt? XI. 176. Unvordenkliche Verjährung zur Erßigung von unständiger Dienstbarkeit vor Einführung des Landrechts. Wer ein Mitteleigenthum oder eine Dienstgerechtigkeit auf der Hauptsache hat, hat auch ein Recht auf Benützung der zum Gebrauch dieser Hauptsache nothwendigen Zubehörden. XIX. 190. S. auch Besitz, Rechtstitel.
- verborgene, selbstständige, können nur durch Vergünstigung erworben werden. IV. 193. Selbst ein unvordenklicher Besitz reicht nur da hin, wo die Verjährung schon vor Einführung des R.R. erworben war. IV. 183. S. auch *servitus ne lumin. off*.
- Verjährung ihres Umfangs. R.R. S. 6. d. und 6. f. u. S. 691, insbesondere über die Frage, ob die Vorschrift des letzten Urtheils

auch die Verjährung über den Umfang einer unständigen Dienstbarkeit ausschließe? XV. 228.

Dienstbarkeiten, nach gemeinem Recht genügt die 30 jährige Verjährung nicht, wenn es an einem gerechten Titel fehlt, sondern nur die unvorsätzliche. X. 114.

— Deren Erlöschung durch Verjährung. 1) Beweis einer unfürdenklichen Verjährung durch alte Urkunden und spätere Besitzhandlungen. 2) Erlöschende Verjährung der Dienstbarkeiten durch 30 jährigen Nichtgebrauch. 3) Hat der Eigenthümer des dienenden Guts zur Begründung der Einrede der erlöschenden Verjährung die 30 jährige Nichtausübung der Dienstbarkeit, oder der Berechtigte zur Entkräftung der Einrede die Ausübung der Dienstbarkeit im Verlaufe der Verjährungsperiode zu beweisen? XIII. 528.

— 1) Der Umstand, daß derjenige, der ein Dienstbarkeitsrecht anspricht, im Besitzproceß im Besitz der Dienstbarkeit geschützt wurde, kann ihn, wenn alsdann petitorisch eine Negatorienklage gegen ihn erhoben wird, von der ihm obliegenden Beweislast hinsichtlich des Erwerbs der Dienstbarkeit nicht befreien. 2) Die unständigen Dienstbarkeiten konnten nach dem gemeinen Rechte nur durch unfürdenkliche Verjährung ersehen werden. Wo also nicht Partikulargesetze etwas Anderes verordneten, kann eine unständige Dienstbarkeit nach R.N.G. 691 jetzt nur dann als ersehen angenommen werden, wenn am 1. Jänner 1810 schon eine unfürdenkliche Verjährung derselben vollendet war. 3) Zum Beweise einer solchen Verjährung sind daher nur noch diejenigen Zeugen geeignet, welche am 1. Jänner 1810 schon ihr 54. Jahr zurückgelegt hatten, also schon vor dem 1. Jänner 1756 geboren wurden. XIII. 111.

— eine auf Verjährung gebaute Dienstbarkeit kann von der Gemeinde gerichtlich verfolgt werden, wenn sie seit rechtsverjährter Zeit von allen jeweiligen Bürgern, oder von einer Klasse derselben und nicht bloß von den Besitzern bestimmter Güter ausgeübt worden ist. XV. 585., f. auch Forstberechtigung.

— Widmung bei solchen. Ist es dazu erforderlich, daß die Liegenschaften, unter denen das Dienstbarkeitsverhältniß begründet werden soll, als zwei getrennte Stücke sich in der Hand des Widmenden befinden, oder findet Widmung auch statt, wenn die Liegenschaft in der Hand des Widmenden nur ein Corpus bildet? R.N.G. 693 u. 694. XVI. 486.

— 1) Die Widmung des Eigenthümers gilt nur bei offenen selbständigen Dienstbarkeiten, also nicht auch bei Weggerechtigkeiten, als Titel. 2) Wenn ein Grundstück, dessen Eigenthümer bisher über andere, ihm zugehörige Güter auf dasselbe gelangte, in fremde Hände kommt und dadurch ringsum von der gemeinen Straße abgeschnitten wird, so hat auch der neue Eigenthümer seinen Ausweg fortan über die übrigen Güter des bisherigen Eigenthümers zu nehmen. XIV. 248. Die Frage, ob eine auf zwei Grundstücken befindliche Anlage, welche nach

den S. 692—694 als sichtbares Merkmal einer Dienstbarkeit den Titel einer Widmung begründet, diese Rechtswirkung auch dann habe, wenn sie zur Zeit, als die beiden Grundstücke in verschiedene Hände kamen, schon zerfallen und außer Gebrauch war — wurde verneint. XIV. 448. S. auch Mühlbach, Rechtsmittel, Schreibmauern, Wasserleitung, Wegerecht.

Dienstboten, weibliche, sind insbesondere der Frau unterworfen. III. 19. — Auf sie passen vorzüglich die Gründe des Gesetzgebers, auf welchen R.R.S. 230. n. beruht. III. 19. S. auch Erbscheidungsanspruch der Frau und Dienstwagb, Dienstverding, Schuldschein.

Dienstbotensachen, in solchen ist fortwährend bei dem Bürgermeisteramt der Gerichtsstand. VIII. 121.

Dienste, ob die nach dem Normaltag v. 24. August 1802 erfolgte Wiederbesetzung solcher die vakant geworden waren, für den Reglements-nachfolger verbindlich sei, ist controvers. IV. 214. 215. S. auch Befolgungen.

Dienst-Emolumente, in wie weit diese nach §. 89 des Reichsdep. Hauptschlusses gefordert werden können. I. 131., der ehemaligen karpfälzischen Diener und deren Aufhebung. I. 124. S. auch Diener.

Dienstentsetzung eines Staatsdieners gehört zur Competenz der Hofgerichte, selbst wenn noch eine Arbeitshausstrafe damit verbunden wird. IV. 290. Ist aber zugleich auf eine Zuchthausstrafe angetragen, so begründet dies, ähnlich der Dienstunwürdigkeit, die Competenz des Oberhofgerichts. IV. 290. S. auch Staatsdiener, Dienstgelder, Dienstvergehen, Kreisdirectorien.

Dienstgelder, Veruntreuung derselben ist nach dem Strafbuch ein peinlich zu bestrafendes Verbrechen, auf welchem die Dienstentsetzung steht. V. 7. 15. S. auch Staatsdiener.

Dienstgelübdebruch. Ist der verpflichtete Aufseher einer Strafanstalt, welcher Unzucht mit einer in dieser Anstalt befindlichen Strafgefangenen begeht, neben der in §. 62. lit. i. des Strafbuchs bestimmten geschärften Unzuchtstrafe, auch noch mit der Strafe des Dienstgelübdebruchs zu belegen? XV. 153.

— Ein Waldhüter, obgleich durch seinen Eid verpflichtet, auch die außerhalb seines Districts verübten, bei Ausübung seines Dienstes von ihm wahrgenommenen Forstfrevel anzuzeigen und die Fortsetzung derselben zu verhindern, ist nicht wegen Eidesbruchs, sondern nur als Freveler zu strafen, wenn er selbst auf einen Frevel in einem fremden Outbezirk ausgegangen ist, und solchen in Gemeinschaft mit andern Personen vollführt hat. XV. 393. S. auch Meineid.

Dienstherr hat den Schaden zu ersetzen, welchen sein Verrechner durch unerlaubte Manipulation gestiftet hat. III. 150., wenn er nicht im Voraus die von diesem bei zu leistenden Zahlungen etwa ausgestellt werdenden Cassenscheine durch eine öffentliche Bekanntmachung für ungültig erklärt hat. III. 151., haftet für die civilrechtlichen Folgen einer Handlung, womit er seinen Dienstboten beauftragt hat, und

welche von diesem auf eine dem Auftrage entgegenlaufende Weise vergestalt vorgenommen worden, daß sie unter den Begriff eines Vergehens oder Versehens fällt, — nicht aber für die strafrechtlichen Folgen einer unerlaubten Handlung seiner Dienstboten. VII. 196. Die badischen Zollstrafgesetze machen keine Ausnahmen von diesem Grundsatz, wie der §. 102 der Zollordnung beweist. VII. 197. Nicht entgegen steht §. 101 der Zollordnung. VII. 196. Entgegengesetzte Meinung. VII. 195. S. auch Defraudation.

Dienstherrn haften principaliter für die Zoll- und Meisfrevel ihrer Dienstboten. II. 321.

Dienstid, muß ein solcher vor besetztem Gericht geschworen werden? XV. 349.

— Bruch desselben. XV. 349.

Dienstmagd, mit welcher der Mann in Abwesenheit seiner Ehefrau das Ehebett getheilt hat, wird der letzteren, wenn sie zum Mann zurückkehrt, selten die schuldige Unterwürfigkeit und den schuldigen Gehorsam mehr beweisen. III. 18. S. auch Beischläferin und Ehebruch.

Dienstuntreue, s. Staatsdiener.

Dienstunwürdigkeit, s. Staatsdiener.

Dienstunwürdigkeits-Erklärung und nicht Dienstentsetzung begründet die oberhofgerichtliche Competenz. I. 253. S. auch Dienstvergehen.

Dienstverding der Dienstboten und Arbeiter richtet sich nach den im neuen L.R. und der Gefinde-Ordnung hierüber enthaltenen Bestimmungen. V. 249. Ist bei Dienstboten, welche zur Beforgung des Ackerbaues gebraucht werden, wenn nichts anderes bedungen worden ist, als auf ein Jahr abgeschlossen, und, wenn nicht ein Vierteljahr vor dessen Ablauf angekündigt worden, als auf ein weiteres Jahr verlängert anzusehen. V. 249. S. auch Anstellungsvertrag.

— Verding, wodurch sich einer dem andern zu einer gewissen Kunstleistung verbindlich macht, setzt voraus, daß jener auch die gewöhnliche Fähigkeit dazu haben müsse. IV. 252. War eine Probearbeit vorangegangen, so muß die Zusage immer mit Beziehung auf dieselbe verstanden werden. IV. 252. S. auch Entschädigungsklage.

Dienstvergehen bezieht auch der Staatsdiener, welcher Pflichten verletzt, die er, wenn er auch nicht förmlich verpflichtet worden ist, schon durch den Antritt seiner Dienststelle übernommen hat. V. 173. 174. Hat Dienstentsetzung und Dienstunwürdigkeits-Erklärung zur Folge. V. 174. 175. S. auch Staatsdiener.

— gerichtliche Untersuchung gegen einen Staatsdiener wegen Dienstverbrechen. XIII. 125.

Dienstvertrag. a. Dienste, welche der Dienstherr nicht annimmt, gelten für geleistet. VIII. 284. — b. Er begründet im Zweifel kein Recht auf lebenslängliche Anstellung. VIII. 118.

— Beschränkung des L.R. S. 1184 auf vollkommene doppelseitige Verträge. Unanwendbarkeit auf den Fall, wo aus einem durch Tod des

- Dienstherren** beendigten Dienstverträge gegen den Erben Pensions-Ansprüche abgeleitet werden. XIX. 53.
- **do ut facias**. V. 17. S. auch Anstellungsvertrag.
- Dies certus**, s. Kauf, Privaturkunde.
- Differenzienhandel**; er enthält einen Hoffnungskauf und ist klagbar. VIII. 477.
- Diligentia media**, s. Obrigkeit, ordentliche.
- Dispositio**, leghwillige, s. Minderungsklage, Nutznießung.
- Dispositio**ns befugniß, Begriff und Unterschied von Eigenthumsrecht. I. 167.
- eines Ehegatten zu Gunsten des andern. XIII. 365. S. auch Schenkungen.
- Distributionsbescheid** in Gantsachen, Verkündung desselben. XIII. 557. S. Gantsachen.
- **Appellation** dagegen. XVI. 365. S. Appellation.
- Districts-Notare**, Verbot des Selbsteinzugs ihrer Gebühren. XV. 349.
- Docteurs en Medicine ou en Chirurgie**, s. Originaltext, franz. des L.R.S. 909 und Officiers de santé.
- Dolus** kann, insoferne er zum Thatbestande eines Verbrechens gehört, und nicht eingestanden ist, nur aus den Umständen der That selbst erkannt und gefolgert werden. VI. 201. 202. Der Beweis desselben liegt dann in dem allgemeinen Geständnisse der That; auf diesem beruhen die Folgerungen des Richters, welche darum auch dem indirecten Beweise durch Indicien nicht gleichzuachten sind. VI. 202. Das Abhängen desselben, insoferne es mit dem allgemeinen Geständnisse der That im Widerspruche steht, ist keine Modification des letztern, daher auch die Theorie von der Untrennbarkeit des Geständnisses nicht darauf anwendbar. VI. 202. S. auch Betrug, Diebstahl, Er-rungenschaftsgemeinschaft, Raubthat; Urkundenverfälschung.
- Unterschied des **dol. directus** und des **dol. indirectus**. VIII. 332.
- Dolus indirectus**, die Gränzlinie, wo die culpa in diesen übergeht, ist schwer zu finden. VI. 85. S. auch Absicht, böse; Löbting, muthwillige; Vergiftung, Instrument.
- Dolus** eines Erben bei Verletzung der gerichtlichen Siegel. S. Manifestationseid.
- Domanen**, ob auf denselben der Unterhalt des Regenten und seiner Familie haftet. I. 110. 111. 113.
- deren Unterschied von Privat- und Chatouillegütern. I. 121.
- Verschiedene Classen derselben, kaiserliche, vormalige Stammgüter und neu hinzugekommene. I. 118—120.
- Domicillaren**, ihr Nachrücken in die Obliegen. I. 26. 28.
- Dominium directum**, s. Grundeigenthum, Obereigenthum.
- Dominium utile**, s. Nutzgeigenthum.
- Domus** ist, Begriff und Wesen. I. 27.; ob es eine moralische Person sei. I. 27. 28.

Domvikarien; für sie sind geringere Stellen, als Pfarreien, keine angemessene Verforgung. III. 61.

Donatio mortis causa ist als eigene Erwerbart nach dem neuen R.R. nicht mehr zulässig. V. 71.

Drittelpflicht, deren Ablösung. XIII. 486. S. auch **Ablösung**.
Druckerlaubniß in Beziehung auf die Klage wegen Privatbeleidigung. S. **Injurien**.

Dumheit ist kein rechtlicher Strafmilderungsgrund. VIII. 437., und kein Nichtigkeitsgrund eines Testaments. VIII. 270.

G.

Ecclesia filialis, s. **Haupfpflicht**, **Filialkirche**.

Edictal-Ladung gegen einen abwesenden Angeeschuldigten, hat nicht nothwendig ein Urtheil zur Folge, namentlich nicht eine Klagefrei-Klärung bei mangelhaftem Beweise, vielmehr hat in letzterem Falle die Untersuchung auf sich zu beruhen, bis der Angeeschuldigte wieder betreten wird, damit demselben seine Flucht nicht zum Vortheil gereiche. X. 127.

— im Concurs und von der damit verbundenen Präclusion von der Masse. I. 378—381. Muß ein im Concurs durchgefallener Creditor, wenn er gegen den Gemeinschuldner später auftritt, meliorem fortunam beweisen. I. 385.

— sie genügen zur Vorladung bekannter Gläubiger nicht. II. 289. S. auch **Gantgläubiger**, **Unterpand** — bedungenes, **Unterpandbuch-Erneuerung**, **Unterpandsgläubiger** — bekannte.

Edition der Urkunden. I. 284.

— Ueber die Pflicht zur **Urkundenedition** enthält weder die D.O.O., noch das Landrecht gesetzliche Bestimmungen. VII. 179., ob sie dem Beklagten dem Fiscus gegenüber obliegt. VII. 179. Das römische Recht räumt dem Fiscus das Privilegium ein, daß ihm alle Urkunden von seinem Gegner edirt werden müssen. VII. 180. Ob aber das römische Recht beim gänzlichen Schweigen des Landrechts über die Rechtsmaterie in Anwendung gebracht werden dürfe, darüber Meinungsverschiedenheit. VII. 180. Gründe zur Bejahung der Frage: daß, wenn das neue Recht über eine gegebene Rechtsmaterie gar nichts enthalte, die Vorschriften des ältern Rechts in der Regel und Ausnahme unbedingt subsidiäre Kraft hätten. VII. 180. Gründe für die Verneinung: daß die ganze Fass. und Tendenz des neuen Landrechts bei allen Privilegien des Fiscus, wenn es auf dessen Privatrechte und Besitzungen ankomme, klar auf deren Aufhebung hindeute. VII. 180. 181.

— ob der Vasall dem Lehensherrn die Urkunden zu ediren habe. VII. 181., Note 1.

Editionsgeſuche gegen den Gegner im Hauptproceſſe bilden bloße Zwischenpunkte, es findet auf ſie die Beſtimmung des §. 1168 der P.D. Anwendung. Ein Editionsgeſuch nach §. 786., Nr. 4. 6. zur Entkräftung des vom Gegner angetretenen Gegenbeweiſes findet nicht ſtatt, ſondern nur jenes zur Entkräftung des Hauptbeweiſes, oder zur Führung des Gegenbeweiſes gegen den Leſtern. XIV. 270.

Editionsklage zur Herbeſchaffung von Urkunden, welche als nova zur Begründung einer Reſtitution benutzt werden ſollen, kann nicht als Incidentsache im Reſtitutionsproceſſe angeſehen werden. VI. 296.

Editionspflicht, ſ. Fiscus.

Effectus devolutivus — ſuspensivus, ſ. Gantſachen.

Ehe iſt eine Verbindung, deren weſentlicher Charakter auf die Theilung des ganzen Schickſals, des Glückes wie des Unglückes geht. VI. 364.

— ſie iſt nichtig durch kirchliche Ehehinderniſſe. XIII. 113., ſ. Ehehinderniß.

— ebenſo die durch Zwang zu Stande gekommene. V. 298. 299.

— Nichtigkeit wegen Unvermögen. XVII. 298.

— Auseinanderſetzung des Vermögens nach erfolgter Nichtigkeitsklärung. XV. 576.

— nach gemeinem Eheſteuerrecht, wem darin die Errungenschaft gehöre? E. Errungenschaft.

— bewidmete, nur bei ihr, und nicht bei einer Gemeinſchaftſche, kann vom Genuſſe der Eheſteuer die Rede ſein. IV. 172. E. auch Eheſteuer.

— geſonderte, iſt eine ſolche, wo im Ehevertrag bedungen iſt, daß das beiderſeitige Vermögen der Ehegatten durchaus getrennt bleiben, alſo die Frau die völlige Verwaltung ihrer beweglichen und unbeweglichen Güter, ſolglich auch den freien Genuß ihrer Einkünfte behalten ſoll. IV. 172.

— zweite u. weitere, ſ. Ehegatte — überlebender, Wiederverhehlichung.

— im Ausland geſchloſſen, ſteht einem Inländer, der ohne nachgeſuchte Staatsurlaubniß eine Ehe im Ausland geſchloſſen hat, eine Nichtigkeitsklage zu, und iſt die im §. 11 lit. a. der Eheordnung, und in §. 9 des 6. Conſtitutions-Edicts gegebene Beſtimmung, daß ein Inländer, welcher ohne Staatsurlaubniß im Ausland eine Ehe abſchließt, ſich dadurch des Staatsbürgerrechts verluſtig mache, durch die landesherrliche Verordnung vom 4. März 1812 aufgehoben? XI. 365.

Eheaufloſung, ſ. Eheverträge.

Ehebruch als Scheidungsurſache. IX. 305. ff. Demſelben ſind wohlthätige Vertraulichkeiten der Ehefrau mit einem fremden Manne gleichzuſetzen. IX. 308. Verſchiedene Anſichten hierüber. IX. 309. Kann jedenfalls deßhalb ausgeſprochen werden, weil damit in der Regel eine grobe Verunglimpfung des Ehemanns verbunden iſt. IX. 313.

Ehebruch, präſumtiver, ob er auch nach dem C.N. ein Scheidungsgrund ſei, iſt controvers. V. 49. 53. 54.

Ehebruch, präsumtiver, hatte nach kanonischem Rechte dieselbe Wirkung, wie der direct erwiesene. V. 49. Begründete jedoch nur wegen gewichtiger Verdachtsgründe eine Scheidungsklage. V. 49. S. auch Ehescheidung, Vaterschaft.

— Gerichtliche Ehebruchs-Beschuldigung von Seiten des Mannes gegen seine Frau kann, wenn sie unerwiesen blieb, unter Umständen eine Ehescheidungsklage der Frau wegen schweren Injurien begründen, und die wirkliche Scheidung zur Folge haben. III. 302. 303. Doch ist dies nicht immer der Fall. III. 302. — Warnung vor einem möglichen Mißbrauche. III. 302. 303. Es kann auch ein hierauf gebautes Scheidungsurtheil wegen eines nach erfolgter Scheidung erwiesenen leichtfertigen Wandels der früher eines Ehebruchs beschuldigten Frau im Wege der Restitution mit Umgehung des Restitutions-Edicts wieder aufgehoben werden. III. 305. 306. 307.

Ehebruch des Mannes, mit der Kammerjungfer der Frau wurde von den franz. Gerichten bald für einen Scheidungsgrund angenommen, bald nicht. III. 19.

Ehebruch des Mannes ist nur dann ein Scheidungsgrund, wenn er sich, wäre es auch nicht in der gemeinschaftlichen Wohnung, doch so nahe bei derselben, daß ein Zuwandel stattfinden konnte, eine Weibschläferin gehalten hat. V. 290. 291. Es wird also immer ein fortgesetzter, habituellem Umgang mit einer fremden Weibsperson dazu erfordert. V. 291. Das Zusammentreffen mit einem Freudenmädchen in einem Bordelle ist kein Scheidungsgrund. V. 291. S. auch Condonation, Verwaghtumpfung, grobe.

— er ist ein Scheidungsgrund, wenn er in der Heimath oder in solcher Nähe, daß noch ein fernerer Zuwandel stattfindet, von demselben begangen wird, nach L.R.G. 230 und 230 a. III. 18. 19. 196.

— Die ratio legis ist: Vermeidung des häuslichen Scandals. III. 17. 248. 249. — Es findet dabei keine Distinction zwischen gemeinschaftlichem Wohnsitze und gemeinschaftlicher Wohnung statt. III. 18. 19. S. auch Dienstmagd, Ehescheidungsanspruch und Untreue.

— Die Strafe desselben bleibt, auch wenn er kein Scheidungsgrund ist. III. 17.

— Rechte der aus solchem erzeugten Kinder, s. Kinder.

Ehefrauen sind nach gemeinem Rechte, auch wenn sie sich mit dem Manne als Mitschuldnerin erklärt, und auf die *authentica si quæ mulier* ausdrücklich verzichtet haben, nur als Bürgen tenent. II. 277. 278.; ausgenommen ist der Fall, wenn vollständig bewiesen werden kann, daß das Geld zum besondern Nutzen der Frau verwendet worden sei. II. 278.

— die sich persönlich für ihren Mann verbunden hat, kann nur auf die Hälfte belangt werden, so lange sie nicht Sammitschuldnerin geworden ist. VI. 56. S. auch Ehegatten, Ehescheidungsgrund, Ermächtigung — gerichtliche, Interpand — gesetzliches, Verzichtleistung.

Ehefrauen, sind für Verträge haftbar, welche sie gemeinschaftlich mit dem Ehemann schlossen. XVIII. 392.

— ist der §. 1307. auf dieselben anwendbar? XVII. 346. Bindeaction ihrer Liegenschaften. XVII. 427. Verwaltung des Vermögens derselben durch den Ehemann. XVII. 422. Dessen stillschweigende Ermächtigung bei Klagen der Ehefrau wider denselben. XVII. 289.

Ehefrau hat, um auf gesetzlich habende Befugnisse zu verzichten einen Beistand nöthig. VII. 288. Sie verliert deshalb, wenn sie mit keinem Beistand versehen ist, durch die Unterlassung des in 3 Monaten nach dem Tode ihres Mannes zu fertigenden Inventariums das dadurch bedingte Recht nicht, sich der Gütergemeinschaft zu entschlagen, weil der darin liegende stillschweigende Verzicht bei einer mit keinem Beistand versehenen Frau gesetzlich nicht unterstellt werden kann. VII. 288. S. auch Rechtsunwissenheit, Sondervermögen, Unterhaltsrenten.

Ehegatten haben einander die ihren Bedürfnissen und ihrer Gesundheitslage angemessene Beh Wohnung zu gestatten. VI. 212., dürfen keiner Person andern Geschlechts eine unziemliche Vertraulichkeit mit ihnen erlauben. VI. 212. S. auch Ehesteuer, Ehescheidung auf wechs. Einwilligung, Errungenschaftsgemeinschaft, Gütergemeinschaft — eheliche, Nutznießung, Vermögensabsonderung.

— Unter Ehegatte ist nach der Sprache des Gesetzes sowohl der Mann, als die Frau verstanden. V. 76. Kann seinen Kindern und Enkeln in einer der für Schenkungen und Vermächtnisse gesetzlich vorgeschriebenen Formen gleichfalls schenken und vermachen. V. 73. 74. Darf aber in der gesetzlichen Erbordnung derselben nichts ändern. V. 74. S. auch Ehetrennung, Eheverträge, Errungenschaftsgemeinschaft, Erbfolge, Erbverträge, Schenkungen, Vermächtnisse.

— der überlebende Ehegatte hat in der Regel kein Erbrocht an dem Vermögen des Verstorbenen, den Fall einer sogenannten außerordentlichen Erbfolge ausgenommen. IV. 217. Erhält nur kraft ehelichen resp. elterlichen Rechts eine Nutznießung an dem Vermögen des Verstorbenen. IV. 217.: Die eheliche Nutznießung erstreckt sich bald auf das ganze Vermögen, bald auf ein Viertel desselben, je nachdem Kinder aus der Ehe vorhanden sind, oder nicht. IV. 171. 217. Bei der Frau, die sich ein Witthum anbedungen hat, fällt diese Nutznießung hinweg. IV. 171. Muß sich im Wiederverehelichungsfall nach Verlangen der Kinder oder ihrer Vormünder und des Familienraths statt dieser Nutznießung eine dem mittleren Ertrage derselben im billigen Anschlage gleiche Rente gefallen lassen. IV. 171. 172. Darf, wenn er zur zweiten oder weiteren Heirath schreitet, dem neuen Ehegatten nicht mehr geben, als der Antheil des mindestbegünstigten seiner ehelichen Kinder beträgt. IV. 174. In keinem Fall darf solche Schenkung ein Viertel des Vermögens übersteigen. IV. 174. Bei Berechnung dieses Viertels kommt der Errungenschaftsantheil des beschenkten Ehegatten nicht in Computation. IV. 174. Eben so wenig dasjenige, was dem Ueberlebenden durch Verfügung des Gesetzes zu Theil wurde.

- IV. 174.** Nach altsächsischem Rechte erhält er von des Verstorbenen eigenthümlicher Habe und Rechnung eine Verz. IV. 218.
- Ehegatten.** Wie berechnet sich die Ersatzforderung eines Ehegatten, dessen beigebrachte Eigenschaft während der Ehe gegen einen in die Gemeinschaft geflossenen Rauffchilling veräußert wurde, welcher ganz oder theilweise in einer Leibrente besteht? Kann der in Gemeinschaft gekandene überlebende Ehegatte, bei kinderloser Ehe, die durch L.R.G. 1473 vorgeschriebene Verzinsung seiner Ersatzforderung verlangen? XL 187.
- wie viel dem zweiten zugewiesen werden kann. XIII. 442. S. auch **Ehenkungen.**
- was der unschuldig geschiedene aus dem Vermögen des schuldigen Ehegatten auszusprechen hat, s. **Eheordnung, Ehescheidung.** S. auch **Standesklage.**
- Ehegemeinschaft, s. Gütergemeinschaft.**
- Ehehinderniß, kirchliches,** ein solches kann nach §. 2 der Eheordnung eine, wenn gleich etwa unbefugt (illibite) zu Stande gekommene Ehe, nicht ungültig machen, sofern nicht zugleich auch durch die Staatsgesetze die Nichtigkeit derselben gedroht ist. XIII. 113.
- Eheklagen,** für die durch solche erwachsene Kosten ist der Ehemann sammtverbindlich, weil die Frau ohne Ermächtigung handeln darf. L.R.G. 215; 1419, 1426. XVIII. 93.
- Eheliche Geburt eines während der Ehe empfangenen Kindes.** 1) Kann die eheliche Geburt eines solchen Kindes auch von andern Personen als dem präsumtiven Vater oder seinen Rechtsfolgern bestritten werden? 2) Kann die Verläugnung der Vaterschaft eines solchen Kindes auch durch andere Handlungen als eine förmliche Klage von Seiten der hierzu berechtigten Personen erfolgen? XIII. 390.
- Der während der Ehe Empfangene hat die gesetzliche Vermuthung der Ehelichkeit für sich. L.R.G. 312. Wenn der Vater stirbt, ohne von der ihm durch gedachten L.R.G. eingeräumten Befugniß, die Ehelichkeit des Kindes anzufechten, Gebrauch gemacht zu haben, so können dessen Erben solches Recht nicht ausüben. XVIII. 145.
- Eheliche Ruznießung, s. Ruznießung.**
- Eheliche Rechte.** Die Standesklage eines Ehegatten gegen den Andern ist rein persönlicher Natur, sie kann von den Erben nicht fortgesetzt werden, wenn gleich die Letztern bei Klagen wegen der aus der Ehe entspringenden Vermögensrechte auch die ehelichen Rechte ihres Erblassers begründen, und solche in so weit, als sie auf jene Vermögensrechte Einfluß haben, zur Entscheidung bringen können. XIV. 614.
- Ehelichmachung eines unehelichen Kindes durch nachgefolgte Ehe, Form derselben.** XIII. 357.
- Ehemann,** dessen Verwaltungsrecht an dem Vermögen der Ehefrau. XVII. 422. S. auch **Ehebruch, Erzungschaftsgemeinschaft, Gütergemeinschaft.**
- Eheordnung,** gilt, wo sie nicht im neuen L.R. buchstäblich geändert ist. V. 58. 296. Die kurz ausgebrachten Landrechtszusätze können

- durch sie erläutert werden. V. 58. *E.* auch Ehetrennung, Herzgährtigkeit, Vertraulichkeit, wollüstige.
- Ehesordnung**, in wie weit sie neben dem Landrecht fortbesteht. VIII. 420.
- hat durch die Einführung des neuen Landrechts ihre Gesetzeskraft nicht verloren. VII. 228., der §. 49 derselben besteht neben den *L.R.* Sätzen 300. u. 301.
- über §. 46 derselben. XVI. 86.
- §. 10, f. Ehescheidungsgrund, §. 63, f. Ehescheidungsklage, §. 43, f. Vertraulichkeit — wollüstige.
- Ehepflicht**, deren hartnäckige Verweigerung gift für eine große Mißhandlung. II. 332. 333., f. auch Ehetrennung — zeitliche.
- Ehesachen**. Rechtsbeistände sind bei den Anfangsverhandlungen in Ehesachen zuzulassen. II. 337.
- Ehesache**. I. 276.
- Ehescheidung**, in dem Verlangen einer solchen ist auch das Verlangen um Nichtigkeits-Erklärung der Ehe begriffen. V. 298. *E.* auch Ehe, Vermögensabsonderung.
- Bedeutung der Meltscheines. I. 34. Note 1. *E.* auch Verschöbung.
- 1) Die durch den Meltschein beurkundete Ermahnung des Pfarrsamts kann für den ersten Sühneversuch des *L.R.S.* 237 gelten; 2) der zweite Sühneversuch (*L.R.S.* 239) und die Verhandlungen über die Scheidungsklage (*S.* 241—243) können in der nämlichen Tagfahrt stattfinden. 3) die durch rechtskräftiges, die Klage verwerfendes Urtheil erledigten Scheidungsurursachen können bei einer neuen Scheidungsklage nicht neuerdings geltend gemacht werden; dagegen ist 4) das Nachbringen erst während dem Lauf des Processes zur Entstehung gekommener Thatfachen, welche überhaupt eine Scheidung zu begründen geeignet sind, in demselben Verfahren zulässig.
- Nachtheile für den schuldigen Ehegatten außer dem Verluste des in den Sätzen 300 u. 301 Genannten; er verliert zum Vortheil des unschuldig geschiedenen eine Quart seines eigenthümlichen Vermögens. VII. 227, 228, 230, 231. VIII. 422., der geschiedene unschuldige Ehegatte muß sich aber an dieser Quart das in Aufrechnung bringen lassen, was er zufolge der im Ehevertrage bedungenen Vortheile aus dem Vermögen des andern bereits empfangen hat, oder was ihm im Fall des Ueberlebens zugefallen sein würde. VII. 230, 231. Entgegengesetzte Meinung. VII. 229. Hat der Ehegatte, zu dessen Gunsten die Ehescheidung erkannt worden, dem schuldigen zu seinem Verfahren Anlaß gegeben, so kann, je nachdem diese Veranlassung größer oder kleiner war, die bezeichnete Quart auf die Hälfte oder ein Viertel ihres Betrags heruntergesetzt werden. VII. 231. 232. Note 1.
- Recht zur Wiederverhehlung. XI. 117. *E.* auch Wiederverhehlung.
- welche n. *L.R.S.* 310 ausgesprochen wird. IX. 44. Begriff derselben. IX. 48. Das Erkenntniß, wodurch die förmliche Scheidung ausgesprochen wird, ist ein bloßer Nachtrag zu jenem, welches die Tren-

- nung von Tisch und Bett zuließ. IX. 48. Es muß rücksichtlich des Beklagten alle diejenigen Bestimmungen enthalten, wie sie bei jeder andern Ehescheidung gegen denjenigen, welcher als schuldiger Theil erfunden wird, eintreten müssen. — Verschiedene Ansichten über die Frage, ob bei einer Ehescheidung nach L.R.G. 310, im Erkenntniß über die Schuld des einen Eheheils zu erkennen sei. IX. 50—52.
- Ehescheidung, auf wechselseitige Einwilligung, ist bei der deutschen Gerichtsverfassung nicht so strenge an die in den L.R.G. 284—286. vorgeschriebenen Termine gebunden. III. 195. 196. — Die auf der Eigenthümlichkeit des franzöf. Gerichtsverfahrens beruhende Vorschrift des L.R.G. 286, daß die Parteyen den Gerichten in beglaubigter Form die Ausfertigung der Protokolle überreichen sollen, ist auf das Verfahren hier zu Lande auch nicht anwendbar. III. 211. 212. Die Bedingungen desselben enthält das neue L.R. im 3. Kapitel des I. Buchs. III. 21. Zu ihnen gehört die urkundliche Erklärung der Andern, daß sie in die Scheidung einwilligen. III. 21. 22. Gegen ein diese Ehescheidung wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Bedingungen verwerfendes Erkenntniß kann Restitution ertheilt werden, wenn die noch mangelnde Bedingung in der Folge erfüllt wird. III. 22. Wenn die Förmlichkeiten nicht alle beobachtet sind, so muß das ganze Verfahren von neuem anfangen, nach L.R.G. 287u. 290. — Ob diese beobachtet sind, hat nach G. 289 der Kronanwalt, hier zu Lande der hofgerichtliche Referent zu prüfen. III. 21. Sind sie nicht beobachtet, so muß das Gericht die Scheidung für unstatthaft erklären. III. 21. 22. Der Zweck derselben ist, um dadurch die Gewißheit zu erlangen, daß solchen Eheleuten, welche sich durch die Einzwängung in solche Formen nicht ermüden lassen, das Eheband wirklich unerträglich sei. III. 23.
- sie ist unstatthaft, wenn die in den L.R.G. 279. 283 und folgend vorgeschriebenen Förmlichkeiten nicht beobachtet sind. VI. 214. 215. Dahin gehört: eine Vermögensabtheilung, die Bescheinigung des Todes der Eltern oder Großeltern, wenn dieselben nicht mehr am Leben sind, sonst aber die Beurkundung ihrer fortwährenden Einwilligung; die Einhaltung der vorgeschriebenen Zeiten. VI. 213. 214. Ob auch die Beischaftung des pfarrauntlichen Meltscheins eine wesentliche Förmlichkeit hier sei, ist controvers. VI. 214. Die Förmlichkeiten bezwecken Ausöhnung der Ehegatten. VI. 215. Wenn sie nicht beobachtet sind, so muß der Kronanwalt seinen Antrag dahin stellen: „das Gesetz ist gegen die Ehescheidung.“ VI. 214. Eine Ergänzung des Mangelhaften findet nicht statt. VI. 214. 215. Doch läßt sich allenfalls der Versöhnungsversuch nachholen. VI. 214.
- Die Förmlichkeiten derselben sind unerläßlich. VIII. 128.
- Die Inventarisation muß dem gerichtlichen Verfahren vorausgehen. VIII. 131. Die Einwilligung der Eltern muß in einer Amtserkennsurkunde geschehen. VIII. 128. Die Fristen des Art. 285 sind bei uns nicht allzustreng zu nehmen. VIII. 130.

- Die Benachthung über die eckliche Zustimmung zu dieser Ehescheidung ist nach der badischen Gesetzgebung dem Geschäftskreise der Pfarrämter zugewiesen. IX. 162. 163., eine Staatschreibereirunde ist hiezu nicht erforderlich. IX. 161. 163. S. Urkunde.
- Eltern und Großeltern werden in Bezug auf ihre Genehmigung zu einer solchen Echeidung nach R.R.G. 285 für lebend erachtet, bis deren Todenscheine vorgelegt werden. III. 21.
- Anwendung der Sätze 282. 285. u. 286. XII. 96. Gegen ein verwerfendes Erkenntniß muß die Verufung von beiden Ehegatten ausgehen. XVI. 181. S. auch Ehetrennung.
- Ehescheidungsanspruch der Frau, ist durch den Zusatz 250a. erweitert worden. S. auch Ehebruch des Mannes.
- Ehescheidungsgrund ist nicht die physische Untauglichkeit des Mannes zum Kinderzeugen. III. 200. Ein wesentlicher Irrthum in der physischen Person des einen Eheheils ist aber nach §. 10 der Eheordnung als ein solcher allerdings anzusehen. III. 200. Dahin wird namentlich gerechnet, wenn ein Eheheil mit edelhaften und schwer heilbaren Körpergebrechen, wohin also auch eine venerische Ansteckung gehört, behaftet ist. III. 200., wegen Mangel physischer Kräfte zum Kinderzeugen. I. 373—377., wegen ehelichen Unvermögens. I. 369—373. Die Untauglichkeit der Frau zum ehelichen Weischlaf begründet für sie keine Scheidungsbursache, zumal wenn sie für kein impedimentum perpetuum anzusehen ist. II. 152. 153. Es wäre denn, daß durch den Weischlaf das Leben der Frau in Gefahr käme. II. 156.
- Armuth und Nahrungslosigkeit sind kein Grund. IV. 272. S. auch Ehetrennung.
- ob der erzwungene Weischlaf, während beide Ehegatten getrennt leben, ein Scheidungsgrund ist. I. 35. 36.
- Verzicht des Mannes auf den Weischlaf beseitigt den Scheidungsgrund der Frau wegen einer aus dem Weischlase ihr entstehenden Lebensgefährlichkeit. II. 152. 156.
- Nichterfüllung ehelicher Pflicht. I. 300.
- Herzensthätigkeit. I. 369—373.
- Herzensthätigkeit oder hartnäckige Verweigerung der ehelichen Pflichten gibt nach drei Jahren einen Grund, auf Trennung der Ehe zu klagen. V. 302. 304.
- Die Herzensthätigkeit im Sinne der Eheordnung gilt nach dem Landrecht nicht mehr als Ehescheidungsgrund, und sie kann dies nur in so fern werden, als sie nach den concurrirenden Umständen von Seiten des die Erfüllung der Ehepflichten hartnäckig verweigernden Ehegatten als eine harte Mißhandlung oder grobe Verunglimpfung des andern Eheheils erscheint. XIII. 469.
- Grobe Mißhandlung. I. 34. Dahin ist die unmäßige Beirwöhnung des Ehemanns nicht zu rechnen. II. 152.; in wie weit bei grober Mißhandlung die Beleidigungen zu berücksichtigen sind, durch welche die Mißhandlung veranlaßt wurde. Anwendung des R.R.G.

273 und des §. 66 lit. a. der Eheordnung. XI. 461. Bei fortgesetzten Mißhandlungen ist es nicht erforderlich, daß jede einzelne That durch zwei Zeugen erwiesen wird. XIX. 389.

Ehescheidungsgrund. Grobe Verunglimpfungen sind ein relativer Begriff, wobei hauptsächlich auf den Stand der Eheleute Rücksicht zu nehmen ist. II. 338. 339. XIX. 387.

— Unverträglichkeit. I. 300.

— b33lithe Verlassung. I. 301. L.R.G. 232 a. und Eheordnung §. 43. Einfache dreijährige Abwesenheit von der Familie bildet nicht mehr, wie solches nach der Eheordnung der Fall war, einen Ehescheidungsgrund, sondern es wird dazu förmliche Verschollenheitserklärung auf vorgängiges vorschriftsmäßiges Verfahren erfordert. Bauschuldigkeit als Scheidungsgrund kann nur unter den Voraussetzungen des §. 43 der Eheordnung, nämlich dann angenommen werden, wenn der von der Familie entfernt lebende Ehegatte sich wegen eines Verbrechens geflüchtet hat. XIX. 38.

— Wollüstige Vertraulichkeit eines Ehemanns mit einer fremden Person ist nach der Eheordnung eine Scheidungsurache. V. 58. Ob für es auch nach seit Einführung des neuen L.R. sei, ist controvers. V. 58. 59. 60.

— Der Beischlaf des Mannes mit der Dienstmagd in der gemeinschaftlichen Wohnung ist kein Ehescheidungsgrund. VI. 212. 213. Nur das Halten einer Beischläferin ist dafür zu achten. VI. 212. 213. Die babilische Eheordnung, erklärt für einen solchen jeden durch fremden Beischlaf oder wollüstige Vertraulichkeit mit Fremden begangenen Ehebruch. VI. 212. Ebenso einen über drei Jahre andauernden, für unheilbar erklärten, die Aufnahme in Irrenanstalten begründenden Wahnsinn. VI. 363. Das französische Recht weiß davon nichts. VI. 363. 364. Auch widerspricht solcher dem Zwecke der ehelichen Verbindung. VI. 364. S. auch Ehe, Wahnsinn.

— Verweigerung der erforderlichen Pflege von Seiten der Ehefrau während der Krankheit des Ehemannes kann nach Umständen als harte Mißhandlung oder grobe Verunglimpfung (L.R.G. 231) die Scheidung begründen. XVI. 548.

— Wahnsinn als Scheidungsgrund. L.R.G. 232 a. und Eheordnung §. 43 i. XIII. 180.

— Vorausgegangene Criminalurtheile I. 35.

— Zweijährige Zuchthausstrafe gilt als entehrende Strafe im Sinne des L.R.G. 232, und begründet die Scheidung X. 38.

— Ist die Ehescheidungsklage auf den Grund des L.R.G. 232 zulässig, wenn sie darauf gestützt wird, daß der Beklagte wegen eines begangenen Verbrechens zur Zuchthausstrafe verurtheilt, und diese an ihm vollzogen worden ist. XIII. 85. Der aus bloßem Ueberstehen der polizeilichen Vergewaltigungsgrade abgeleitete Ehescheidungsgrund der Herzenshärtigkeit ist unzulässig. XIII. 92.

Ehescheidungsgrund. Wie muß ein neuer beschaffen sein, um einen erloschenen wieder aufleben zu machen? L.R.G. 273. XI. 34. 161.

Ehescheidungsklage ist nach §. 63 der Eheordnung bei dem letzten gemeinschaftlichen Wohnsitze der Ehegatten anzubringen. III. 201. 202. Hierdurch erläutert sich der L.R.G. 234, dessen Erläuterung aus dem L.R.G. 108 nicht geschöpft werden kann. III. 201. 202. Das zweite Einführungs-Edict enthält hierüber bloß die Bestimmung, daß das Personal-Forum gelten solle. III. 202. S. auch Wohnsitz.

— Bewirkt die nicht persönlich vom Kläger geschehene Uebergabe der Ehescheidungsklage, welche der L.R.G. 236 vorschreibt, eine Nichtigkeit der Ehescheidungsproceßverhandlungen? XII. 331., die Klage erlischt durch die Ausöhnung der Eheleute. VII. 209., dafür gilt ein zur Zeit, wo dem unschuldigen Theile die Beleidigung bereits bekannt war, vollzogener Bettschlaf. VII. 209., sie kann aber auch aus andern factischen Umständen hergestellt werden. VII. 209.

— Die Klage der Frau erlischt dadurch nicht, daß sie, als sie von dem Ehebruch ihres Mannes unterrichtet war, ihm noch den Bettschlaf gestattete, wenn derselbe später den Ehebruch noch fortsetzte, nach L.R. Satz 273. III. 198. 199. Sie erlischt auch dadurch nicht, daß die Frau in einem Briefe ihrem Manne Verzeihung verspricht, wenn damit nicht eine Versöhnung zur Wiedervereinigung gemeint ist. III. 198. 199., s. auch Versöhnung.

— Kann die Ehescheidungsklage von den Erben oder Rechtsfolgern eines Ehegatten fortgesetzt und von denselben der Vermögenstheile und der Kosten wegen eine Entscheidung verlangt werden? XIV. 89.

— die persönlichen Folgen der Ehescheidungsklage in Beziehung auf das Bestehen der Ehe fallen weg, wenn diese durch den Tod des einen Ehegatten aufgelöst wird. VI. 64. Nach gemeinem Rechte lassen sich die rein persönlichen Folgen derselben von denen auf das Vermögen trennen; jene hören, als Folge einer actio preparata, mit dem Tode des einen Ehegatten auf; diese gehen auf die Erben über. VI. 64. Nach dem bad. neuen L.R. gehen auch die Wirkungen derselben auf die dem unschuldigen Theile zufallenden Vermögensvorteile nicht auf die Erben über, und dies nicht nur, wenn der eine Ehegatte vor der Eintragung des Urtheils in die Standesbücher gestorben ist, sondern vielmehr noch, wenn er nicht einmal die Publikation des Urtheils erlebt hat. VI. 65. 67. 68. 69. Entgegengesetzte Meinung. VI. 70. Nach franzöf. Rechte ist es controvers. VI. 66. 67. S. auch Ehescheidungsurtheil; Privationsklage.

Ehescheidungsproceß ist nicht nach den Regeln des bürgerlichen Verfahrens zu behandeln. VIII. 6.

— richtet sich nach den Regeln des Beschuldigungsprocesses. VI. 216. 217. Weder inquisitorisches Verfahren, noch eine Vertretung durch Anwälte findet dabei statt. VI. 216. 217.

Ehescheidungsachen, Gegenstände desselben. VII. 209. flg.

Ehescheidungsachen. Incidentpunkte haben die Hofgerichte als Eherichter zu entscheiden. II. 336. 337.

— Der §. 65 o. der Verordnung, wornach in Ehescheidungsachen da, wo ein oder der andere Theil rechtsverheblliche, aber nicht hinlänglich erwiesene, doch auch nicht ganz unerwiesen gebliebene Umstände vorgebracht hat, der Richter einem Theil darüber den Rathelb auflegen kann, findet auch jetzt noch statt. XIV. 19.

— Die Wohnung der Ehefrau während der Dauer des Scheidungsprocesses kann ihr vom Gerichte auch an einem andern Orte bestimmt werden, wo ihr Ehemann nicht wohnt. II. 334—336.

— Recurs in Ehescheidungsachen, Unzulässigkeit neuer Beweise in der Recursinstanz. IX. 164. 165. Fatale der Rechtfertigung. I. 301. Gegen bloße processleitende Verfügungen der Hofgerichte findet kein Recurs statt. II. 338. 339. S. auch Recurs.

Ehescheidungsurtheile, diesen müssen Entscheidungsgründe beigelegt werden. XVI. 445., ein Urtheil ist, so lange es nicht in die Standesbücher eingetragen wurde, als nichtergangen anzusehen. VI. 64. 65. Dies wird in Baden in der Urtheilsformel ausgedrückt. VI. 65. Das Unterbleiben des Eintrags ist die auflösende Bedingung der Wirksamkeit desselben. VI. 65. Tritt also auch ohne den Eintrag nicht in Rechtskraft. VI. 65. Der Grund des Gesetzes ist, damit die Eheleute noch Bedenkzeit gewinnen, um den für ihre Existenz so wichtigen Schritt in weitere Ueberlegung zu ziehen, und ihm erst dann die erforderliche Deffentlichkeit und definitive Wirkung zu geben. VI. 65. 70. Nach badiischem neuem Landrechte spricht es die Ehescheidung wirklich aus, nach französischem Rechte erlaubt es sie bloß. VI. 65. 66. 67. 68. 69.

— Der Eintrag in das Standesbuch ist bloß deswegen, weil er vor eingetretener Rechtskraft des Urtheils erfolgte, und nicht von neuem gemacht wurde, keineswegs ungültig. Die Rechtskraft des Urtheils ist die Bedingung, bis zu deren Eintritt die Wirksamkeit desselben aufgeschoben wird; tritt dieselbe nachträglich ein, so wirkt sie nach §. 1179 rückwärts und die damals vorläufig geschehene Eintragung erwächst also mit dem Urtheil zur Kraft. XIII. 112.

— Muß ein die Ehescheidung zulassendes Urtheil, das bereits vor eingetretener Rechtskraft in die bürgerlichen Standesbücher eingetragen war, nach Verwerfung des dagegen ergriffenen Recurses, um dem geschiedenen Ehegatten die Vortheile desselben zu bewahren, in der Frist des L.R. §. 264 nochmals eingetragen werden? XI. 587.

Ehetrennung, zeitliche, Scheidung von Tisch und Bett kann erst nach fruchtlos angestellten stufenweisen Versöhnungsversuchen richterlich erkannt werden. II. 153., ob solche auf bestimmte Zeit verlangt, und nachher auf denselben Grund das Gesuch wiederholt werden kann. XII. 194., hebt die für den Ehemann sprechende Vermuthung der Vaterschaft nicht auf. IV. 274. Nur die Pflicht, aber nicht das Recht der ehelichen Bewohnung wird durch sie aufgehoben. IV. 274.

• **E. auch Waterschaft.** Zeitliche Trennung kann beim Mangel eines hinreichenden Scheidungsgrundes, auch wider den Willen des einen Ehegatten, höchstens auf 1 Jahr zugelassen werden. V. 302. 303. Auf unbestimmte Zeit findet diese nie statt. V. 303. E. auch Eheordnung.

Ehetrennung wider den Willen des Theils, der sie, als durch die Scheidungsklage des Andern gekränkt, zur Unterdrückung seiner widrigen Empfindungen fordern könnte, findet nicht statt. II. 155. Als polizeiliche Maßregel erfordert sie nicht den vollen Beweis eines Scheidungsgrundes. II. 832. Sie ist nach dem §. 46 der Eheordnung ganz verschieden von der nach L.R.G. 259. II. 339. 340.

— **zeitliche**, erfolgt, wenn nach dreijährigen fruchtlosen Versöhnungsversuchen beide Ehegatten fortwährend unverträglich erscheinen, so daß jede vorgegangene Versöhnung immer wieder an neuen Uneinigkeiten scheitert; geschieht anfänglich, wegen der Versöhnungsfrist, auf bestimmte Zeit, und am Ende jener drei Jahre auf unbestimmte Zeit. ■ 302. IV. 271. 272. Nicht nur einer der Ehegatten, sondern beide müssen ihre Unversöhnlichkeit zu erkennen geben. V. 302. Ob diese durch das im R.R. vorgeschriebene Scheidungsverfahren auf wechselseitige Einwilligung aufgehoben sei, oder ob jene lediglich von dem richterlichen Ermessen abhängige, also unfreiwillige Trennung noch neben dieser freiwilligen fortbestehe, ist controvers. V. 303. 304. Auf weiteres Bitten des unschuldigen Theils erkennt das Oberhofgericht die Scheidung vom Ehebände wegen grober Mißhandlung. IV. 272. Die ratio legis ist die persönliche Verachtung der Geseze, eine Act dolus. IV. 272. Analog kann diese Verordnung da nicht angewendet werden, wo es einem Theile, wenn auch durch seine Schuld, unmöglich geworden ist, die Ehepflichten zu erfüllen. IV. 272. E. auch Ehescheidung.

Eheschulden, s. Schulden.

Ehesteuer. Die Setzung einer Ehesteuer muß mit deutlichen Worten geschehen. Vermuthungsbeweis ist darüber nicht zulässig. L.R.G. 1545 u. 1546. XII. 469.

— **Setzung derselben aus väterlichem und mütterlichem Vermögen.** L.R.G. 1544. XVIII. 180.

— **Berzinslichkeit derselben**, Zahlungen werden zuerst auf den Zins abgerechnet. L.R.G. 1548 u. 1245. XVIII. 468.

— **Den Genuß derselben behält der Wittwer**, so lange er sich nicht wieder verehelicht. IV. 172. E. Ehe, bewidmete.

— **rücksichtlich ihrer** erscheint der Mann als Nutznießer und so viel den Beweis der Schulden der Frau, um dieselbe anzugreifen angeht, als Repräsentant der letzteren. VI. 42. Wie das Datum einer solchen Schuld bewiesen werden müsse, ist im L.R.G. 1558 nicht ausgebrückt. VI. 42.

Ehesteuer, eine Ehe nach Ehesteuerrecht wirkt durchaus keine Gütergemeinschaft unter den beiderseitigen Eheleuten, weder rücksichtlich des

eingebraehten und erworbenen Vermögens, noch rücksichtlich der Errungenschaft. VII. 162., s. Errungenschaft.

Ehesteuer. Die Aussteuer ist wie eine Schenkung unter Lebenden zu beurtheilen. VIII. 455. Ist von der Einwerfung frei, wenn nicht auf die Erbschaft verzichtet ist. VIII. 456. Nicht aber von der Minderung wegen verletztem Pflichttheile. VIII. 458.

Ehestrittigkeiten, ausländischer Eheleute, welche sich im Inlande aufhalten, in wieferne dieselben vor inländischen Gerichten entschieden werden können. IX. 391., s. Competenz.

Eheverbot zwischen Verschwägerten, bezieht sich nur auf die Periode nach aufgelöster Ehe, da vorher das Verbot der Bigamie entgegenstehen würde. IV. 16. Der gesetzliche Grund ist die Familienfälligkeit. IV. 12. 19. 20.

Ehevertrag ist eine Vereinbarung über eine zu schließende Ehe. IV. 356. Die darin enthaltenen Bestimmungen dürfen durch ein nachheriges Testament nicht zum Nachtheil des einen Ehegatten geändert werden. IV. 356. 358. 359. Auch ein vor dem 1. Januar 1810 errichteter kann nur noch in Beziehung auf die Angabe der Regel der Gemeinschaftsart, wornach die Ehe behandelt werden soll, geändert werden. IV. 363. Nach dem gemeinen Rechte konnte er auch nach vollzogener Ehe noch eingegangen werden. IV. 358. 359. Nach dem Baden-Durlacher Landrechte sind die bei Strafe der Nichtigkeit dazu erforderlichen Förmlichkeiten: 1) daß er in Gegenwart auf's wenigste 5 der nächstgesessenen Freunde oder anderer ehrbaren glaubwürdigen Personen abgerebt, 2) dann in jedes Orts-, Amts- oder Gerichtsbuch eingeschrieben, oder darüber Heirathsbrief aufgerichtet, und 3) von den Contrahenten, auch andern Anwesenden, oder den Beamten besiegelt werde. IV. 361. Seinem Inhalte nach muß derselbe, als wesentlich, enthalten: eine Vereinbarung über eine abzuschließende Ehe, dann eine Bestimmung über das Heirathsgut der Frau und die Widerlage des Mannes. IV. 362. S. auch Ehe, gesonderte, u. Errungenschaftsgemeinschaft.

— Die Ehegatten dürfen darin nach L.R.G. 1389 keine Veränderung in der gesetzlichen Erbfolge ihrer Kinder oder Kindeskinde machen. III. 8.

— können durch ein Testament nicht aufgehoben werden. VIII. 148. 185., und nicht während der Ehe errichtet oder abgeändert werden. VIII. 185. Schenkungen in Eheverträgen, und deren Beschränkung zu Gunsten der hinterlassenen Kinder. VIII. 149., — die Schenkungen im Ehevertrage sind von der gesammten Vermögensmasse abzugiehen, um zu sehen, über welche Summe Minderjährige testiren können, VIII. 463.

— Auslegung der von 1810 hinsichtlich der ehelichen Ruhestiftung. XVII. 385.

— Diese Verträge sind bloß für die Eheleute, aber nicht für dritte Personen eine gültige Erwerbart von Todeswegen. V. 72, 73, 75. Sie

haben die Wirkung der ehelichen Gesellschaft auf das Vermögen derselben zum Gegenstande. V. 73. Jedes Gebing, das den guten Sitten nicht zuwider ist, kann, in so ferne es jene Wirkungen angeht, darin stattfinden. V. 72, 73, 77, 78. Doch darf nichts bedungen werden, was die Rechte des Mannes, als Haupt der Familie, und was die elterliche Gewalt schwächt. V. 72. Abweichende Meinung. V. 78. Note dazu. V. 339, 340, 341. Durch sie können die Ehegatten eine andere Quote, als die Hälfte der ehelichen Gütergemeinschaft, für den Längstlebenden oder dessen Erben festsetzen. V. 72. 75. S. auch Astererbsetzung, Ehegatte, Verbindlichkeit.

Ehevertrag. R.R. S. 1396 ist nicht anwendbar auf ältere Eheverträge, worin die ehemaligen Gesetze oder Gewohnheiten ausdrücklich als die Norm bedungen sind, nach welcher die eheliche Gesellschaft beurtheilt werden solle. VII. 21. Solchen älteren Verträgen nimmt das R.R. ihre ursprüngliche Verbindlichkeit nicht. VII. 21. Der S. 1390 ist vielmehr nach der Erläuterung des Regierungsblattes v. 1819 nur auf die seit Einführung des Landrechts errichteten Verträge anwendbar. VII. 20.

— Beim Abschluß der Eheverträge bedarf eine großjährige Frauensperson eines verpflichteten Beistandes. VI. 177. 178. Die Einwilligung ihres Vaters macht denselben nicht entbehrlich. VI. 177. 178. Wird darin der Verpflichtung des Beistandes ausdrücklich erwähnt, so ist dieselbe so lange als bewiesen anzunehmen, bis die mit der Umstoßungsklage auftretende Frauensperson den Beweis der Nichtverpflichtung geführt hat. VI. 178. Wo in einem, vor Einführung des neuen Landrechts errichteten, eine bestimmte Gemeinschaftsart bedungen, dabei aber wegen deren näheren Bestimmungen auf das Landesgesetz oder den Landesgebrauch sich bezogen worden ist, sind die nicht bestimmt ausgedrückten Folgen desselben nach dem Gesetze zu beurtheilen, welches zur Zeit, wo die Folgen eintraten, bestund. VI. 47. 48. 49. 50. Wenn aber keine bestimmte Gemeinschaftsart festgesetzt wurde, so hat jene Beziehung auf das alte Landesgesetz oder den Landesgebrauch die Wirkung, daß jenes oder dieser bei Beurtheilung der ehelichen Gesellschaft überhaupt, also auch der Gemeinschaftsart, zur Norm dient. VI. 49. 50. 51. Hier tritt die Präsumtion ein, daß, wenn von bestehendem Rechte die Rede sei, jenes gemeint ist, welches zur Zeit, wo davon geredet wurde, bestund. VI. 50. Es ist nicht gerade erforderlich, daß ein Particularrecht namentlich angeführt sei, da unter dem bestehenden Landrechte in Baden kein anderes, als das Badische verstanden werden kann. VI. 51. 52. S. auch Beweis, Urkunde — öffentliche, Geständniß.

Eheweibliches Eigenthum an einer universitas juris. XV. 495. S. Gütergemeinschaft.

Ehrenkränkung, s. Injurien.

Ehrenkränkungsgeſetz. Bei den vor dem 1. Febr. 1832 begrangenen

Injurien tritt bald das neue, bald das alte Gesetz ein, je nachdem das neue, oder das alte milder ist. VIII. 354.

Ehrlosigkeit, s. Infamie.

Ehrschatz wird bald als eigentliche Lehenwaare (*laudemium feudale*) bald als Allodial-Lehenwaare (*laudemium allodiale*) gegeben. VI. 184. In letzterer Eigenschaft wird er von allodialen Zinsgütern sehr häufig bedungen, VI. 184. Fast bei allen Bauerngütern wird die Leudemialspflicht als unmittelbare Folge von der Zinspflicht betrachtet, daher die Parodie: „die Henne trägt den Handlohn auf dem Schwanz.“ VI. 184. Nur wenn er als eigentliches *laudemium feudale* zu betrachten ist, giebt er eine Präsumtion für ein getheiltes Eigenthum. VI. 183. 184. Diese Präsumtion ist aber keine *præsumtio juris et de jure*, denn das Gesetz schließt zwar da, wo keine solche Anerkennung des lehenherrlichen Obereigenthums vorliegt, alle anderen Beweise der Erbheben eigenschaft aus, sagt aber keineswegs, daß das Dasein eines getheilten Eigenthums ohne Weiteres angenommen werden müsse. VI. 183. 184. S. auch Eigenthum — getheiltes, freies.

Eid. a) Haupteid beruht auf einem Vergleichsvertrag. VIII. 27.

b) Offenbarungseid, wenn solcher verlangt werden kann. VIII. 86. Die Betreibung der Obsequation befreit nicht von der Ableistung desselben. VIII. 85.

— dessen Zulässigkeit gegen den Inhalt einer Urkunde oder während des Rechtsgeschäfts vorgefallener Reden. I. 203—205.

— wann kann von der Parthei verlangt werden, daß der Gegner, welcher ein Israelite ist, einen Eid in der Synagoge schwöre. XV. 254.

— unter welchen Voraussetzungen wird ein nicht ausgeschwornen Eid nach §. 607 der P.D. dennoch für geleistet angenommen? XVI. 526.

— Ein zu- oder zurückgeschobener Eid kann nicht nach §. 607 der P.D. für geleistet angenommen werden, wenn die Leistung desselben wegen eines von der Gegenparthei ergriffenen Rechtsmittels, in Folge dessen dieselbe bei dem höheren Richter ein abänderndes Urtheil erwirkt hat, nicht vor sich gegangen ist. XII. 557. S. auch Haupt-, Juden-, Noth-, Glaublichkeits-Eid.

— in Criminalsachen ist kein zuverlässiges Beweismittel. II. 308.

Eide, überflüssige und falsche, möglichst zu vermeiden, liegt bloß in dem Interesse des Staats, nicht in dem der einzelnen Gegenparthei. IV. 201. S. auch Haupt- und Notheid.

Eidesabnahme, in welcher Form der Eid abgenommen werden muß und was das desfallsige Protokoll enthalten müsse. XI. 232.

— von Rechtspraktikanten kann er nur in Abwesenheit des Beamten abgenommen werden. VII. 246.

Eidesbruch, s. Meineid.

Eidesformel hat der Richter nach gemeinem Rechte nicht zu präsen, weil nach diesem die Eidesdelation nach den Grundsätzen von Vergleichs- zu beurtheilen ist. IV. 330. Nach der babilischen Eidesordnung

soll sie der Richter *ex officio* prüfen und ändern, wenn er sie nicht passend findet. IV. 330. Der Richter ist befugt, dieselbe zu verbessern. VII. 27.

Eidesformel bei Unwissenheitsseiden. XII. 557.

Eidesleistung im Proceß durch Gemeinden. XVIII. 585.

Eidesordnung. Anwendung des §. 17 derselben; s. Manifestationseid. Eidessumme; s. Ertheil der Minderjährigen.

Eideszuschlebung. Natur des zugeschobenen Eides. XVII. 2.

— Ueber die Befugniß des Richters, das Beweismittel der Eideszuschlebung, obgleich die Parthei, welcher der Eid zugeschoben ist, gegen dessen Erheblichkeit und Zulässigkeit keine Einreden vorgebracht und der Richter die Eidesformel durch Zwischenurtheil festgesetzt hat, bei Erlassung des Endurtheils die Eideszuschlebung aus Rechtsgründen als unerheblich und unzuverlässig zu verwerfen. — Inwiefern ist der bloße Vorbehalt der Eideszuschlebung in der Appellationsinstanz zulässig. XII. 354.

— ist auch dann zulässig, wenn nicht einmal der Anfang eines schriftlichen Beweises vorhanden ist. IV. 332. S. auch Beweisinterlocut, Eidesformel.

— Die Einrede der Simulation kann gegenüber vom Inhalte einer ihrer äußern Beschaffenheit nach vollbeweisenden Urkunde nur durch Urkunden bewiesen werden. Die Eideszuschlebung ist hier aber so wenig, als der Beweis durch Zeugen und Vermuthungen zulässig. XVI. 556.

— unbefugte, über ein Urtheil des Delaten. XI. 497.

— Bei der Beweisanticipation findet die Mitbenutzung der eventuellen Eideszuschlebung nicht statt. XVI. 3.

— Zum Beweise der Entfremdungsklage. II. 10.

— Zum Beweise einer stillschweigenden Rechtswandlung. II. 19. 20., s. auch Rechtswandlung, ob dadurch die unfürdenkliche Verjährung bewiesen werden könne. XIV. 499. S. auch Verjährung.

— an einen Dritten. XVII. 150.

— Nothwendigkeit einer Specialvollmacht hiezu. VIII. 88. Ohne diese ist die Beweisantretung für nicht geschehen zu achten. VIII. 102., über fremde Handlungen unstatthaft. VIII. 380., ebenso gegen den Inhalt einer vollbeweisenden Urkunde. VIII. 493. Sie ist zulässig zum Beweise eines Vergleichs. VIII. 135. Eine irrelevante ist nicht zu beobachten. VIII. 379.

— über geschehenen Beischlaf zum Beweise der Condonation ist nicht zulässig. VII. 209.

Einbringen, eheweibl., s. Errungenschafts- und Gütergemeinschaft.

Einbuße, eheliche, s. Errungenschafts- und Gütergemeinschaft.

Einfahrten, gemeinsch., Rechtsverhältnisse bei denselben. XVII. 230.

Einführungsbdict, erstes, läßt ausnahmsweise den in den L. R. C. 4. 6. u. 6 d. e. bezeichneten Gebrauch des römischen und kanonischen Rechts, so wie der Land- und Stadtrechte und Rechtsgewohnheiten noch zu. III. 13.

Einführungsgesetz, zweites, derogirt im §. 3 den im ersten Einführungsgesetz enthaltenen Ausnahmen von der Regel, daß alle früheren Gesetze und Observanzen keine Anwendung mehr finden sollten, indem es nur noch das römische Recht in subsidium gelten läßt.

III. 13.

Eigenthum, dessen Bestandtheile können nicht zerlegt werden in altes Eigenthum, und in neues durch Verwendungen hinzugegetretenes. VII. 59. 60. Das Eigenthum an Grund und Boden umfaßt Alles, was ober und unter der Oberfläche ist, somit auch die Qualität desselben, als untrennbar vom Ganzen. VII. 60.

— damit darf keine Veränderung zum Nachtheil eines Dritten vorgenommen werden. V. 212. Am wenigsten eine solche, wodurch Vertragsverhältnisse verletzt werden. V. 212. S. auch Cession, Gant-Ausbruch, Nutznießung, Vertrag.

— Verfügungsbefugnisse über dasselbe gegenüber von dem fremden Eigenthum. XVII. 277.

— freies, ist im Zweifel als Regel anzunehmen. VI. 184. S. auch Gantgläubiger, *jus compascendi*, Miethvertrag.

— getheiltes, dazu erfordert das Gesetz ein besonderes Anerkennniß des Grundeigenthümers nach bestimmten Formen. VI. 184. Als solche Formen zählt es nur beispielweise auf: Erblichen-Erneuerung und Handlohn. VI. 184. Gegen die daraus hergeleitete gesetzliche Vermuthung ist jedoch der Gegenbeweis zulässig. VI. 184. S. auch Eigenthum, freies.

— bei welchem hat der Grundeigenthümer nach L.R.G. 544 e. nicht allein die Rechtsvermutung des einstigen Heimfalles des Genußes, sondern auch das Recht zu allen Verfügungen über die Sache, welche ihre Erhaltung im Stand einer unveränderten Genießbarkeit bezwecken, er kann also die dem Gut zustehenden Grundgerechtigkeiten mittelst der Conffessorienklage gegen den Inhaber des dienenden Guts auch ohne Mitwirkung des Nuzzeigenthümers gerichtlich verfolgen, und nur zur Klage auf die einzelne Leistung schließt ihn das Recht des Nuzzeigenthümers oder der Legitimation aus. XIV. 325.

— Beweis desselben nach L.R. Zusatz 577 a. b. XIII. 10.

— ungetheiltes, dem Stammherr steht ein ungetheiltes Eigenthum am Stammgut zu. VIII. 32.

— einer cedirten Forderung, was dazu erforderlich wird, s. Cession. des Kaufpfandes, s. Kaufpfand.

— an Schriften, Verlegung desselben und deßfallige Entschädigungsklage. XVII. 166.

Eigenthumsabtretungen geschehen durch Verkauf, Tausch, Schenkung und auch Vererbung. VI. 125. S. auch Schriftelguthum.

Eigenthums-Bemächtigung, s. Raub.

Eigenthums-Beschränkung, s. Negatorienklage.

Eigenthumsrecht, s. Negatorienklage und *jus compascendi*.

Eigenthumsstörung, s. Gewährleistungspflicht.

Eigenthumsmittel, Antrag, desselben im Laufe des Rechtsstreites. XVIII. 374.

Eigentums-Übergang, s. Kauf und Verkauf.

Eigentumsveräußerungen, werden nicht vermuthet, sondern sind immer aufs Strengste auszulegen. IV. 227. S. auch *ius compo-*
endi.

Einhaltsbefehl, s. Wechselfachen.

Einhaltungsgeſuch, in wie fern die Appellation gegen dessen Abschlagung Suspensiveffect hat. XI. 39.

Einhändigung der Urtheile an die Parthie, s. Urtheile.

Einkindschaft. Wird durch die Kinderlosigkeit der Ehe nicht aufgelöst, selbst wenn nur von einem Ehegatten Kinder in die Ehe gebracht wurden. VIII. 395.

Einkommen der Staatsdiener, s. Staatsdiener.

Einkommensteuer. Advokaten und Procuratoren haben von dem ganzen Betrag ihrer jährlichen Praxis diese Steuer zu bezahlen. III. 112.

Einkünfte, s. Verschönerer.

Einlassung mit Nichtwissen. XVII. 21. Verweigerung derselben nach ergangenem Versäumungskenntniß. XVII. 404. — wegen verzögerlichen Einreden. XVII. 414. Beurtheilung der Klage nach der Zeit der Einlassung. XVII. 189. 374. S. auch *Litis-Contestatio*.

Einmischung als Erbantrietung. XIII. 115. S. Erbantrietung. Erbschaft.

— in die Gütergemeinschaft. XIII. 438. S. Gütergemeinschaft.

Einquartierungskosten der Pächter, s. Administrationsbehörde und Landesgerichte.

Einreden, müssen alle gleich mit der Einlassung auf die Klage, bei Verlust derselben, vorgeladen werden. IV. 334., nach geschehener Einlassung können sie nicht mehr nachgebracht werden. VIII. 297., der Richter kann sie nicht von Amtswegen suppliren. VIII. 297., welche sich auf das öffentliche Recht gründen, können vor dem Civilrichter nicht geltend gemacht werden. XI. 3.

— Begriff der verzögerlichen Einreden. XVII. 402. Anwendung des §. 303 der P.O. auf dieselben. XVII. 414. Die verzögerliche Einrede der Rechtsabhängigkeit kann da vorgeschützt werden, wo ein für die Klagebegründung präjudizieller Proceß schon anhängig ist, nicht aber da, wo der früher entstandene Proceß nur eine Einrede des spätern Processus betrifft. XI. 543.

— Gegen die Verwerfung der proceßhindernden, verzögerlichen Einrede findet nach §. 302 u. 11752. der P.O. eine Appellation statt. X. 148. Die Einrede der fehlenden Legitimation ist eine verzögerliche, vom Mangel wesentlicher Voraussetzungen des Verfahrens hergenommene Einrede, gegen deren Verwerfung die Appellation sogleich zulässig ist. XIV. 465.

— verzögerliche, die Vorschrift des §. 1760 der P.O. kann sich nur auf den beziehen, der im Besitzproceß der Beklagte war.

Sie begründet im petitorischen Proceß eine verzögerliche Einrede. XIII. 24.

Einrede, zerstörende, durch sie wird nach den Reichsgesetzen und der holl. Obergerichtsvorordnung das Factum der Klage eingestanden, wenn es nicht durch eine besondere Litis-Contestation abgeläugnet wurde. IV. 188, 189, 194. Nach römischem u. kanonischem Rechte gilt der Grundsatz: *exceptionem obijciens non videtur de intentione adversarii constiteri*.

- zerstörende Einreden können noch vorgebracht werden, wenn in einem Executiv- oder Wechselsproceß der Beklagte in *Contumaciam* verurtheilt und darauf hinsichtlich der zum sammarischen Proceß nicht geeigneten Einreden ordentliches Verfahren eingeleitet wird. XI. 142.
- welche den ganzen Umfang der Klage zerstören. XVII. 403.
- neu aufgefundenen Einreden, deren Vorbringen bei einem rechtskräftigen Versäumungskenntniß. XVII. 404.
- des unrichtigen Beklagten, gegründet auf die Behauptung, daß die französische Republik alle Schulden der Emigranten übernommen habe, ist irrig. II. 34. 35., s. auch Emigranten-Schulden.
- Begriff der Einrede des Betrugs und der Fälschung. XVI. 497. S. auch Betrug, Contradictor, Provocation.
- foribeklinatorische Einrede, wendet die Litis-Contestation ab. IV. 191.
- des Irrthums, s. Irrthum.
- der mangelnden Legitimation zur Sache, s. Legitimation.
- Beweis derselben im unbedingten Mandatsproceß. XII. 205.
- der Präclulsion eines den Liquidationstermin versäumenden Gläubigers ist als eine *exceptio litis ingressum impediens* anzusehen. II. 29. 34.
- der Rechtskraft, s. Rechtskraft, der rechtskräftigen Entscheidung. XIV. 123., steht der neuen Klage wegen eines im frühern Urtheil übergangenen Klagpunktes nicht entgegen. XVI. 350.
- der entschiedenen Sache. XVII. 123. 240.
- Die Einrede der Simulation kann gegenüber vom Inhalte einer ihrer äußern Beschaffenheit nach vollbeweisenden Urkunde nur durch Urkunden bewiesen werden. Die Eideszuschiebung ist hier eben so wenig, als der Beweis durch Zeugen und Vermuthungen zulässig. XVI. 556.
- mehrerer Streitgenossen bei Theilungsklagen. XVII. 140.
- die erst nach rechtskräftig gewordenem Urtheile gegen dessen Vollziehbarkeit vorgeschützt werden, sind im ordinären Rechtswege zu verhandeln. III. 252. Also ist ein dritter Rechtszug hier zulässig. III. 252.
- der Richtigkeit gegen schiedsrichterliche Urtheile. XV. 283. S. Urtheil; gegen Urtheile in Strafsachen. XV. 585.
- der Verjährung in Defraudationsachen, s. Zoll- und Accis-Defraudation, auch Verjährung.

Einrede des nicht erfüllten Vertrags. XVII. 226., der unrichtigen oder unerlaubten Vertragsursache, s. Vertragsursache.

— des stillschweigenden Verzichts, s. Verzicht.

— Zulässigkeit der Einrede der Wahrheit und des Irrthums in Beurtheilung wahrer Thatfachen, wenn die Beleidigung nicht in den mitgetheilten Thatfachen, sondern in der daraus abgeleiteten Schlussfolgerung und in der Form der gemachten Aeußerung enthalten ist. XVI. 263.

— der Wechselunfähigkeit, s. Wechselunfähigkeit.

— der Zahlung, s. Wechsel — eigene.

Einsatzpfand. VII. 78.

Einsassenrecht haben diejenigen Fremden, welche mit Beibehaltung des Heimathrechts ihres Geburtslandes, im Badischen den Besitz einer Liegenschaft, einen Staatsdienst oder ein Gewerbe gesetzmäßig erworben haben. IV. 202. 203. Diese Erfordernisse werden nicht kopulativ, sondern disjunctiv im Gesetze angeführt. IV. 203. Die es verlangt haben, genießen so lange sie im Lande angesessen sind, in demjenigen, was auf die Art ihrer Angeseßtheit Bezug hat, durchaus Staatsbürgerrecht, haben aber auch in dieser Beziehung durchaus Unterthanenpflicht. IV. 203. In andern Beziehungen behalten sie die allgemeinen Schutzgenossenschafts-Verhältnisse. IV. 203. Sind wegen Verbindlichkeiten die sie außer Lands übernommen haben, im Lande gerichtspflichtig. IV. 204. Ausgenommen, wenn a) ein unter der Herrschaft der Heimathsobrigkeit des Fremden begangenes Verbrechen in Frage ist, oder b) wenn der Fremde wegen Verbindlichkeiten belangt wird, welche er in Bezug auf auswärtige Liegenschaften, Gewerbschaften u. Erbschaften übernommen hat. IV. 205.

Einsprache gegen die Befriedigung eines Gläubigers aus den Ergebnissen der Vollstreckung nach §. 1072 R. 1. d. P.D. XIV. 281.

— gegen unbedingte Befehle. XV. 181.

Einspruchsverfahren, dessen Natur, Zweck und Form. XVII. 280., wegen Wichtigkeiten. XVII. 285.

Einstweilige Verfügungen, s. Verfügungen.

Einhürmung, s. Gefängniß.

Einwerfung in die eheliche Gemeinschaft ist der in zweiter Ehe stehende Ehegatte hinsichtlich dessen schuldig, was er zur Ausstattung seiner Kinder und Enkel aus früherer Ehe aus der Gemeinschaft genommen hat. XII. 299.

— a. ist ein Ehegatte oder dessen Erbe schuldig, jenes Vermögen in die eheliche Gemeinschaftsmasse einzuwerfen, das er aus derselben genommen hat, um einen von seiner in früherer Ehe erzeugten Tochter abstammenden Enkel auszustatten. L.R.G. 1469. b. Ist eine solche Schenkung als an von dem Schenker selbst bezogener Vortheil zu betrachten. L.R.G. 1437. c. Findet hierauf analoge Anwendung des L.R.G. 911 u. 1100 statt. XII. 196.

Einwerfung. Eigenschaften, welche ein Dritter an sich zog, sind ihr nicht unterworfen. VIII. 261. Helmsgefallene Männlehen werden nicht eingeworfen. VIII. 260. Schenkungen sind frei, wenn der Schenknehmer auf die Erbschaft verzichtet. VIII. 455.

— Bei der Vorschrift des §. 918, wornach der Sohn, welchem der Vater einen Theil seines Vermögens gegen eine Leibrente übergeben hat, das Empfangene, so weit es zur Ergänzung des Pflichttheils nöthig ist, bereinst einwerfen muß, sind die allgemeinen Bedingungen der Einwerfungspflicht vorausgesetzt. Jene Verbindlichkeit fällt also nach §. 853 weg, wenn der Leibrentenvertrag nach Verhältnis des Empfangs zur versprochenen Rente zur Zeit seines Abschlusses nicht vortheilbringend schien. XIII. 116.

— nachgelassener Forderungen und Zinsen. XVII. 322.

— Verbindlichkeit der Erben hiezu bei Regaten. VII. 28. S. auch Schenkung.

Einwilligung, ein notwendiges Requisit der Verträge. VIII. 210.

— ausdrückliche, muthmaßliche, stillschweigende, s. Austerbelehnung, Auerkenntniß, stillschweigendes.

— stillschweigende, geschieht nach §. 1108 a. durch Handlungen. III. 58. — Gibt nach §. 1108 b. derjenige zu erkennen, der auf eine zur Annahme reife Erklärung eines andern hin solche Handlungen vornimmt, zu denen er nur unter der Voraussetzung der Bestimmung veranlaßt sein kann. III. 63.

— elterliche, s. Ehescheidung, freiwillige.

— väterliche, s. Ehevertrag.

— des Eigentümers zu Hinwegnahme einer Sache, macht die Hinwegnahme nicht strafbar. XVI. 245.

Eisen, geschmiedetes, ist unlöslich ein Fahrnißstück. III. 34.

Elterliche Gewalt, bei der Standeswahl eines Sohnes. XI. 374. S. auch Gewalt, elterliche.

Eltern, s. Austererbeinsetzung, Nutznießung, Lobtenschein.

Elternrecht, s. Nutznießung.

Emancipation, s. Gewaltsentlassung.

Emigranten- Gläubiger von jenseits Rheins können auf das diesseits befindliche Vermögen des Schuldners keinen Anspruch machen, wenn derselbe zur Zeit seiner Emigration erweislich jenseits so viel Vermögen besaß, als zur Befriedigung seiner dortigen Gläubiger erforderlich war. II. 39., werden durch Versäumung des im Decrete der französischen Nationalversammlung vom 3. Juni 1793 vorgeschriebenen Liquidationstermins bloß ihrer Forderungsrechte an die französische Republik verlustig. II. 37.

Emigranten-Güter, alle dieselben betreffenden spätern königl. französischen Verordnungen haben die Tendenz, daß, was in der Revolutionszeit über solche Güter verfügt wurde, so viel als möglich zu vernichten, und die Emigranten hinsichtlich aller ihrer bürgerlichen Rechte und Pflichten den übrigen Franzosen gleichzustellen. II. 37.

Emigranten-Güter. Alle, die noch nicht veräußert waren, mußten nach der königl. Verordnung vom 5. Dezember 1814 den Emigranten zurückgegeben werden, mit der Verbindlichkeit, die darauf haftenden Schulden zu bezahlen. II. 38.

Emigranten-Schulden wurden von der französischen Republik nur in soweit übernommen, als sie mit den von den Emigranten in Frankreich zurückgelassenen Gütern im Verhältniß standen. II. 35. Sie wurden nach dem Decret der Nationalversammlung vom 20. April 1795 von Frankreich nicht übernommen, wenn sich die Schuldner in Gant oder notorischer Insolvenz befanden. II. 36. 37.

Emigrationslisten, die Inscriptionen auf dieselben wurden durch die königliche Verordnung vom 14. August 1814 aufgehoben und aboliert. II. 37. 38.

Emphyteusis, s. Erblehen.

Enkel, s. Astererbeinsetzung, Ehegatten, Erbverträge.

Entfremdungsklage, ob *explotum hereditatem* kann angebracht werden, ohne den Beklagten eine stattgehabte Fideicommissverletzung schuld zu geben. II. 10.

Entführung. Thatbestand des Verbrechens, insbesondere Eodertzung der Frage, ob dazu erfordert wird, daß die Entführte eine unverläumbete Person sei, und der Mangel dieses Erfordernisses Befreiung von aller peinlichen Strafe, oder nur Strafmilderung wirke. Begriff der Verläumbtheit. XI. 83.

Enthöhung, diese Einrede des Fiscus findet nach der P.O. nicht mehr statt. VIII. 112. Ministerialverfügung desselben Sinnes. VIII. 176. S. Fiscus.

Entlassung der Staatsdiener und Pensionäre, s. Staatsdiener-Edict.

Entmündigung, nicht zu verwechseln mit Verbeistandung. VII. 285. Wenn das Gesuch auf Entmündigung verworfen wird, so kann das Gericht doch noch verordnen, daß dem Beklagten zu verbieten sei, was der L.R.G. 499 vorschreibt; dadurch wird aber der Beklagte nicht entmündigt. Folgen davon, s. Rechtsbeistandschaft.

Entsagung, stillschweigende, s. Pfand-Urkunde, Verzichtleistung, Verzicht.

Entsagungs-Wille, s. Gütergemeinschaft.

Entschädigung, ob der Fiscus die beschädigenden Handlungen der Staatsbeamten vertreten muß. I. 315.

— der Grundherrschaft für aufgehobene Gefälle und Rechte. XIII. 315. XV. 189. S. auch Grundherrschaft.

— für unschuldig geschiedenen Ehegatten, s. Ehescheid., Eheordnung.

— wegen Entwährung, s. Entwährung.

— wegen eines gegebenen Rathes, s. Rath.

— wegen verweigerter Rechnungsstellung. XIII. 114.

— wegen Vergehen und Versehen nach L.R.G. 1383 u. 1384. XVI. 190. S. auch Vergehen.

— Der Untersuchungsrichter ist befugt, auf Antrag der durch ein

Verbrechen Beschädigten, diejenigen einseitwilligen Vordrehungen zu treffen, welche zur Sicherung der Entschädigungsansprüche nöthig sind. XVI. 573.

Entschädigung, wegen nicht erfüllten Vertrags. Wenn bei einem nicht erfüllten Vertrage der Gläubiger sein Klagbegehren alternativ auf Erfüllung oder Entschädigung stellt, so erhält der Schuldner das Wahlrecht zwischen diesen beiden Verbindlichkeiten, welches Wahlrecht da, wo der Richter zur Leistung beider nur einen gemeinsamen Termin setzt, fort dauert, bis eine Leistung geschehen ist; da aber, wo der Richter die Entschädigungspflicht für den Fall ausspricht, wenn in einem Termine der Vertrag nicht erfüllt wäre, nur so lange dauert, bis dieser Termin fruchtlos aufgelaufen ist, monächst lediglich einfache Entschädigungsverbindlichkeit eintritt. L.R.G. 1142—47, 1184, 1189. XI. 392. Unterschied von der Vertragserfüllung. XVII. 455.

Entschädigung, darauf leidet nicht derjenige Verzicht, welcher eine Leistung oder Zahlung zu spät erhalten, u. ohne Entschädigungsvorbehalt sie angenommen, auch dafür quittirt hat. V. 151. 154. 158. Nur bei verzinslichen Darlehen wird eine solche Verzichtleistung vermuthet. V. 151. 158. Entgegenstehende Ansicht. V. 152. S. auch Quittung, Zahlung.

— für aufgehobene Waldwaid nach §. 102 des Forstgesetzes. XVI. 47.

Entschädigungsansprüche der Pächter, s. Administrativbehörden und Landesgerichte.

Entschädigungsforderung, s. Alimentsachen, Staatsbehörden.

Entschädigungsklage, was überhaupt zu ihrer Begründung gehört. I. 282., sie müssen wie alle Klagen vollständig begründet sein, der §. 376 der Proc. Ordnung, welcher ein bloß allgemeines Begehren für genügend erklärt, gilt nur von Nebengesuchen. Accessorische Entschädigungsansprüche tragen das Schicksal der Hauptsache. L.R. Anh. G. 206, 207 u. 208. P.D. §. 814. XV. 47.

— wegen Eigenthumsverletzung. XVII. 166. 213. 275., des Gewalthabers wegen des Verlustes, den der Gewalthaber verursachte. I. 71.

— wegen widerrechtlicher Verzögerung eines Absolutortums. I. 68.

— aus dem Vertrage findet sie statt, wenn der Schuldner seine Zusage gar nicht, oder nicht in Zeiten erfüllt hat. IV. 252. Findet nicht statt, wenn zu dem Versähen des Schuldners eine Verschuldung des Gläubigers hinzukommt. IV. 248. 253. Ohne Vertrag findet sie gegen denjenigen statt, der durch eine unrechte That oder Nachlässigkeit einem Andern Schaden zufügt. IV. 252. S. auch Zinsen.

Entschädigungspflicht der Amtsrevisoren, s. Verlagscheine.

— der Gemeindeglieder wegen Verbrechen bei Zusammenrottungen. XVIII. 261. XIX. 372.

— der Pfandgerichte, s. Pfandgerichte.

Entscheidungsgründe, in den Fällen, wo eine Klage ohne Ver-

- handlung abgewiesen wird, sind die Entscheidungsgründe über den Sinn des Urtheils vorzugsweise maßgebend. XII. 386.
- Entscheidungsgründe. Erst von deren Eröffnung laufen die Appellationsfatalien. VIII. 10. Sie sind vom Oberrichter dem Unterrichter mit dem Urtheile mitzutheilen. VIII. 349. Wegen eines falschen in den Entscheidungsgründen ausdrücklich angeführten Rechtsfages findet keine Oberappellation statt. VIII. 366. S. auch Remter, Cassation.
- Entschlagung der Gütergemeinschaft durch die Ehefrau hat keinen Einfluß auf das Alter ihres Unterpfandsrechts, s. Unterpfandsrecht, Errungenschaftsgemeinschaft, Gütergemeinschaft.
- Entschuldigungsbeweis, s. Strafe.
- Entwährung, theilweise, ob die theilweise Nichtübergabe ihr gleich steht, XIV. 491. S. Uebergabe. Als Entwährung gilt auch die gedrohte Compensation einer cedirten Forderung. VIII. 409, begründet nur dann eine Klage auf Entschädigung oder Aufhebung des Kaufvertrags, wenn dieselbe auf einer nach vorausgegangenem Rechtsfreit erfolgten richterlichen Aberkennung des civilisirten Gegenstandes beruht. IX. 104. 105. Zur Begründung einer solchen Klage genügt nicht der Ausspruch einer Administrativstelle. IX. 105. S. auch Gewährleistungsklage, Streitverkündung.
- Entwendung ist im civilistischen Sinne jede wissenschaftliche Veräußerung einer fremden Sache. VI. 230. S. auch Fahrnißstücke, Mandatar.
- der Schuldburkunde durch den Schuldner, ob dieses als Diebstahl oder Betrug anzusehen ist. XI. 149.
- Epilepsie, s. Wahnsinn.
- Erbanterbung, ausdrückliche — stillschweigende, s. Gütergemeinschaft.
- Erbanfall, s. Erbnehmer.
- Erbberechtigte, abgefundene, dürfen nicht für bürgerlich todt gehalten werden. II. 12. — L.R. C. 577. a. o. entscheidet nicht, daß sie noch als Nutzguthumserven angesehen werden sollen. III. 11.
- Erbbestand, dessen Verlust durch Mißbrauch des Bestandguts. I. 287. 288. S. auch Erbleben.
- Erbbestandsbrief, s. Erblebenbrief.
- Erbdienstbarkeiten, Gült. XVIII. 449., s. Zinsen und Gült.
- Erbe ist auch die Wittve kraft Gesetzes, wenn ihr Ehemann ohne Pflichterben verstarb. VII. 203. Folgen dieses Satzes. VII. 203. Die außerordentliche Erbfolge der Ehegatten tritt dann ein, wenn der Verstorbene keine erbfähigen Verwandten, und keine natürliche Kinder hinterläßt. V. 220. S. auch Ehegatte — überlebender.
- welcher auf die Erbschaft verzichtet, ob er die Schenkungen unter Lebenden unbedingt behalten darf, oder ob sie, gleich wie Vermächtnisse, einer Minderung unterliegen. VII. 23., ist unter den französischen Rechtslehrern controvers. VII. 30., nach der richtigen Auslegung des L.R. C. 845 ist der verzichtende Erbe verbunden, von den

- empfangenen, Schenkungen so viel herauszugeben, als zur Ergänzung des Pflichttheils der Nocherben erfordert wird. VII. 28. 30.
- Erbeinsetzung**, s. Erbnehmer, Aftererbeinsetzung.
- Erb**en treten in alle Rechte und Klagen ihres Rechtsvorgängers ein, die ihm nicht für seine Person ausschließlich zustehen. VI. 64. S. auch Gläubiger, Pödnalklagen, Privaturkunde.
- die Erben einer Verlassenschaft haben an derselben und insbesondere an den dazu gehörigen Liegenschaften kein Sammtreigenthum, sondern ein einfaches Miteigenthum. Das Miteigenthum ist für jeden Theilhaber eine theilweise fremde Sache, und deshalb auf dessen einseitige Veräußerung anwendbar. XVI. 307..
 - sind sich Gewährleistung schuldig wegen Entwährungen aus einer der Theilung vorhergegangenen Ursache. VIII. 262. Sie sind durch die Rechtsgeschäfte des Erblassers verpflichtet. VIII. 186.
 - sie können die Ständeklage eines Ehegatten gegen den Andern nicht fortsetzen, weil dieselbe rein persönlicher Natur ist, wenn gleich sie bei Klagen wegen daraus der Ehe entspringenden Vermögensrechte auch die ehelichen Rechte ihres Erblassers begründen, und solche in soweit, als sie auf jene Vermögensrechte Einfluß haben, zur Entscheidung bringen können. XIV. 614.
 - in gerader Linie sind von der im L.R.G. 909 aufgestellten Regel ausgenommen, auch wenn sie den Erblasser in der letzten Krankheit behandelt haben. III. 73. S. auch L.R.G. 909.
- Erbentwendung**, s. Pödnalklagen.
- Erbfolge**, ist nach dem neuen Rechte zu beurtheilen, wenn die Succession unter der Herrschaft des neuen Rechts eröffnet worden ist. III. 10. S. auch Erbleben und Erblebenbrief.
- im Erbleben, ist nach dem alten Rechte sehr controvers, wo nicht Provinzialgesetze oder Herkommen bestimmt entscheiden. III. 9, 10.
 - in das Ruhezigenthum, ihre Rechtsverhältnisse betreffen die Abänderungen des alten Rechts durch das neue unmittelbar. III. 10., konnte nach gemeinem deutschen Rechte in den Erblebenbriefen auch bestimmt werden. III. 8.
 - vertragsmäßige, kennt der Code Napoleon nicht. III. 8., nur ausnahmsweise bei Lehen- und Staumgütern, nach L.R.G. 732 a. III. 8.
- Erbfolger**, Legitimation desselben bei Klagen gegen die Erbmasse. XIII. 375.
- Klagerecht der Gläubiger einer Erbmasse gegen den im Besitze derselben sich befindenden Erbfolger, wenn auch dessen Erbfolgerecht bestritten ist. XIII. 375.
 - in ein Fideicommiss ist verbunden, die Allodialschulden des letzten Besitzers zu bezahlen. VII. 43. 48. 49.
- Erbgang**, gesetzlicher, wird weder durch die Natur der Güter, noch durch die Person, von der sie herkommen, bestimmt, nach L.R.G. 732. III. 8. 11.

Erbgleichstellungsgelder, Vorzugsrecht derselben. XV. 270., s. Vorzugsrecht.

Erbgülden, s. Gülden.

Erbkauffchilling, s. Erbkaufenvertrag.

Erblasser, Legitimation des Vermächtnisnehmers, Forderungen an den Erblasser geltend zu machen. XIV. 281.

Erbleben, auf sie finden die Gesetze, durch welche die Rechtsverhältnisse der eigentlichen Lehen regulirt werden, keine Anwendung. IV. 123. S. auch Lehnrecht.

— Anerkennung in Besitzveränderungsfällen als Zeichen eines getheilten Eigenthums. XIII. 17.

— Wenn von einem Gute zwar eine jährliche Abgabe entrichtet wurde, in jeweiligen Besitzveränderungen aber nicht ein besonderes Anerkenntnis des dem Bezugsberechtigten zustehenden Obereigenthums erfolgte, so gilt die Abgabe nach L.R.G. 577 a. b. nicht als ein Lehencanon, sondern nur als eine Galt, somit das Gut nur als ein Zinsgut. XII. 309.

— Der Umstand, daß ein Bauerngut als Erbleben verlehnt worden ist, bedingt noch, daß das Rechtsverhältniß nach Lehnrecht beurtheilt werden soll, denn der Ausdruck „Lehen“ und „Leihe“ wurde, besonders wenn es sich um Begebung von Gütern nach Colonatrecht handelte, nach dem ältern Sprachgebrauch meist als gleichbedeutend genommen. Es kann daher bei häuerlichen Erbleben von Anwendung der lehnrechtlichen Vorschriften nur da die Rede sein, wo sich aus der Fassung und aus dem Inhalt des Vertrags die wesentlichen Merkmale eines wahren Lehen mit Bestimmtheit entnehmen lassen. Hieraus folgt, daß, wo die letztere Voraussetzung nicht eintritt, bei Erbleben eine *successio ex pacto et providentia majorum* nicht stattfindet, weswegen den Nachkommen des letzten Inhabers, wenn diesem das Erbleben durch richterlichen Spruch wegen Nichterfüllung der Vertragsverbindlichkeiten entzogen und dasselbe für heimgefallen erklärt worden ist, kein Zwangsrecht auf Wiederherstellung des aufgelösten Erblebenverhältnisses zusteht. XV. 171.

— Für Erbleben spricht die Vermuthung gegen das Schupflehen. I. 276.

— erteilt dem Beständer die Rechte und Verbindlichkeiten des nutzbaren Eigenthümers. VI. 280. 283. Ist nur ein lehenähnliches Institut, das nicht alle Essentialien eines wahren und eigentlichen Lehen enthält. VI. 274. Kann zwar durch den Vasallen auf dem Lehen konstituiert werden, aber nur für die Dauer seines eigenen Rechts. VI. 275. Kann von dem Lehenherren mit der Revocatorienklage zurückgefordert werden, wenn ihm das Lehen selbst heimgefallen ist. VI. 275. Zur Veräußerung desselben an einen zur Leistung der Erblichkeitspflichten sicheren Besitzer kann der Obereigenthümer in der Regel den Consens nicht verweigern. VI. 278. 281. Es ist jedoch damit eine solche Veräußerung gemeint, wodurch das Nutzereigenthum aus einer Hand in die andere übergeht, und wobei der Obereigenthümer

- an seinem Canon, Heimfallsrecht und laudemium nichts verliert. VI. 279. 280. 281. 282. In eine Verpfändung braucht er also nicht einzuwilligen, da durch sie das Gut auf eine seinen Werth verringemde Art beschwert wird. VI. 279. 280. 281. 282. 283. Entgegengesetzte Rechtsansicht. VI. 278. 279. Auch zur Belastung desselben mit Dienstbarkeiten braucht der Oberrententhümer seine Einwilligung nicht zu geben. VI. 282. Die dasselbe betreffenden Zusätze zum Code Nap. im neuen Landrecht sind aus dem in einem Theile Baden's vorher bestandenen Herkommen entnommen. VI. 283. Sie sind also nicht als neue Gesetze anzusehen. VI. 283. S. auch Ehrschag, Eigenthum — getheiltes, fideiustria, Gesetze — neue, Nutznießer, Veräußerung, Verpfändung.
- Erblieden**, in dasselbe kann Niemand succediren, der die übrige Erbschaft ausschlägt. III. 9. Auch Niemand, der nach der gesetzlichen Erbordnung nicht zur Erbfolge berufen ist. III. 9. In demselben findet jetzt keine *successio ex pacto et providentia majorum*, sondern da, wo keine testamentarische Erbfolge eintritt, nur die gesetzliche Statt. — Es macht einen ganz gleichen Bestandtheil der Erbschaftsmasse mit allen andern Theilen derselben aus. III. 9. — Aller Unterschied zwischen Lehen und Alod fällt in Beziehung auf die Verhältnisse der Erben unter sich, jetzt bei solchen weg. III. 9. — Ein solches, das auf 3 Generationen verlehnt war, wurde auch nach dem alten Rechte weder ganz, noch theilweise heimfällig, wenn in der 3. Generation Enkel und Urenkel des ersten Erwerbers zugleich ab intestato succedirten, sobald nur ein Enkel und nicht ein Urenkel des ersten Erwerbers in dessen Besitz gekommen ist. III. 10. — In diesem Falle mußte der Werth desselben, nach dem unter den Erben bestehenden Erbvertretungsrechte, in die Erbmasse eingeworfen werden. III. 10. Der Erbe, welchem dieses in der Theilung zufällt, erwirbt dadurch die freie Disposition über dasselbe. III. 13. Der Anspruch der Miterben darauf steht begründet *ex pacto* gegen den Lehensherrn, wenn der Stamm des Abfinders ausstirbt. III. 13. 14.
- **Successionsfall**, wo der Abkömmling des ersten Erwerbers eines Erblehens von dem nähern Seitenverwandten des Erblassers von der Erbschaft überhaupt, und somit auch vom Erblieden, ausgeschlossen wird, nach L. R. G. 734. III. 9.
- **Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache**. XVIII. 459. Succession und Heimfall, Verjährung der Klage eines durch Vermögensübergabe ausgeschlossenen Erbberchtigten. XVIII. 460. Heimfall, stillschweigende Einwilligung zur Beräufertung. XVIII. 464. S. auch Nutznießung.
- Erbliedenbrief** ist eine gemeinschaftliche Urkunde. VI. 267.
- die zur Sicherung des *domini directi* und der Zahlung des Canon und Gantlohn's dabei üblichen Kautelen, und die dem Erblichenmann auf den Fall der Nichterfüllung der Vertragsbedingungen darin an-

gedrohten Strafen hängen von dem *stylus curiae* ab. IV. 110. 114. 122.

Erblehenbrief v. 1804 u. Transfir v. 1798 sind; wenn deren Bestimmung nicht klar genug sein sollte, nach altem Rechte zu erläutern. III. 10. Darin kann nicht bestimmt werden, wer succediren soll, und in welcher Ordnung, sondern nur, wer nicht succedire, wo das Successionsrecht aufhöre, somit das Erblehen dem Grundeigentümer wieder heimfalle, nach L.R. §. 577 a. c. und 1831 b. h. III. 9.

Erblehen: Erneuerung, s. Eigenthum — getheiltes.

Erblehenvertrag, ist kein Litterat; sondern ein Consensualcontract. IV. 109. 112. 115. 121. Die Worte der L. 1. C. de jur. emphyt. „scriptura interveniente“ — sind nur enunciativ. IV. 111. Auch die Nov. 120. c. 5. steht nicht entgegen, da sie nur von den Emphyteusen einiger Kirchen handelt. IV. 121. Das württembergische Landrecht stimmt hierin mit dem gemeinen Rechte überein. IV. 112. 121. Kann also nicht widerrufen werden, wenn auch schon der Erblehenbrief noch nicht ausgefertigt ist. IV. 121. Derjenige, dem es zugesagt worden ist, hat vielmehr das Recht, gegen den Grundeigentümer und seine Rechtsnachfolger auf Einräumung des Nuzeneigenthums und Ausstellung des Erbbestandsbriefs zu klagen. IV. 121. S. auch Lehenvertrag und Lehenbrief.

Erbennehmer treten kraft Gesetzes in Besitz und Gewähr der Erbschaft. V. 68. Es wird hierbei jedoch der wirkliche Erbanfall vorausgesetzt. V. 68. 69. S. auch Testament — öffentliches.

Erbsordnung, gesetzliche, s. Eheverträge.

Erbpächter, s. Nuzelguthum.

Erbpfleger, dessen Ernennung unterstellt den Fall einer lebigen Erbschaft. IX. 284. Gläubiger einer übernommenen Erbschaft können die Ernennung eines solchen nicht verlangen. IX. 284.

Erbpflichtigkeit, s. Grundpflichtigkeit.

Erbsportion, statutarische, der Ehegatten, s. Ehegatte, überlebender.

Erbrecht, das neue L.R. kennt nur ein solches der Abkömmlinge, der Ahnen und Seitenverwandten. IV. 217. S. auch Ehegatte — überlebender.

— steht nach dem neuen L.R. nur den Abkömmlingen, Ahnen und Seitenverwandten zu. V. 220., besteht also nicht mehr zwischen Eheleuten. V. 220. S. auch Erbfolge, Erbtheilung.

— gesetzliches, fällt auf die Kinder und Nachkommen des Verstorbenen und in deren Ermangelung, auf dessen Ahnen und Seitenverwandte, in der durch das Gesetz vorgeschriebenen Weise und Ordnung. III. 8.

— unehelicher Kinder, diese können nach Satz 756 nicht Erben ihrer Eltern sein; sondern haben nur ein Forderungsrecht an den Nachlass derselben. XIII. 363., s. Forderungsrecht. Seitenverwandte eines unehelichen Kindes haben kein Erbrecht an dem Nachlasse der Eltern oder an jenem seiner Nachkommen. Nur die Geschwister des unehelichen Kindes haben an dem Nachlasse des Eltern das im

L.R.G. 766 bezeichneter Rückfallsrecht, aber ebenfalls kein Erbrecht. XII. 305.

Erbrecht, kann ein erbfähiger Verwandter eines Erblassers, der jedoch nicht wirklicher Erbe desselben geworden ist, die einem natürlichen Sohn gemachten Schenkungen unter Bezug auf L.R.G. 908 anfechten? XI. 552.

— der natürlichen Kinder, die nicht anerkannt wurden, sind in Bezug auf ihr Erbrecht den aus Ehebruch und Blutschande erzeugten Kindern völlig gleich. III. 177. — Erhalten nach L.R.G. 756 nur dann einen Anspruch auf den Nachlaß ihrer Eltern, wenn sie gesetzlich anerkannt sind. III. 175., s. auch Kinder — natürliche.

— der aus Ehebruch oder Blutschande erzeugten Kinder. Diese sind im L.R.G. 762 von einem Rechte auf den Nachlaß ihrer Eltern ganz ausgeschlossen. III. 177., haben aber ein Recht auf Ernährung. III. 177.

— des Staats. L.R.G. 768. XVIII. 160. Des natürlichen Vaters und des Staats. XVIII. 164.

— an das Vermögen eines Verschwundenen, ist nach demjenigen Rechte zu beurtheilen, welches zur Zeit, wo die letzte Nachricht von ihm einging, Gültigkeit hatte. II. 89.

— Einsetzung in den Besitz eines Nachlasses. Zuständigkeit. Rechtsmittel. XVIII. 121. Der unterlassene Vorbehalt des Erbverzeichnisses kann dem Notherben nicht zur Verkürzung seines Pflichttheils gereichen. XVIII. 139. Erbrecht der Geschwister. L.R.G. 750. XVIII. 142. Das Recht des Vaters, die Ehelichkeit eines Kindes anzufechten, geht nicht auf die Erben über. XVIII. 145.

Erbschaft, nur bei deren Delation kommt der Grundsatz zur Anwendung *quod nemo pro parte testatus, pro parte intestatus decedere queat*. III. 299. — *Ex post facto* kann sie sich wohl theils testato, theils ab intestato theilen, nach L. 15. §. ult. D. de inast. test. und nach L. 17. D. eod. III. 299.

— Die Erböffnung geschieht da, wo der Erblasser seinen Wohnsitz hatte. IX. 465. Jeder im Lande befindliche, bewegliche oder unbewegliche Theil einer auswärts eröffneten Erbschaft muß nach dortigem Rechte behandelt und gerichtet werden. IX. 464. Strittige. IX. 278. ff. Ueber die Befugniß bei einer solchen die Errichtung eines Inventars und die Bestellung eines Güterpflegers zu verlangen. IX. 282.

— in Bezug auf angefallene Erbschaften gilt bloß ein Vermittler für gesetzlich nicht anerkannt. VIII. 35.

— Minderjährige können nur mit Wohlthat des Erbverzeichnisses Erbschaften antreten, Einmischungshandlungen des Vormunds können jenem Recht keinen Abtrag thun. L.R.G. 461. 801. XVIII. 492.

— Die Einmischung in dieselbe geschieht durch eine Handlung, welche die Absicht sie anzunehmen, nothwendig voraussetzt. V. 243. S. auch Gütergemeinschaft. — Um Jemanden als Erben auf den Grund einer stillschweigenden Erbantretung durch Einmischung (§. 778) wegen

einer Erbschaftsschuld belangen zu können, ist nicht nur zu beweisen, daß der Beklagte über Gegenstände, welche zur Erbmasse gehören, als über die Seinigen verfügt habe, sondern auch, daß er dies als Erbe gethan. XIII. 115.

Erbschaft. Die bloße Inhabung einer solchen macht den Inhaber nicht unbedingt haftbar wegen persönlicher Verbindlichkeiten des Erblassers, zumal wenn die Eigenschaft des Inhabers als Erbe noch streitig ist. X. 148.

— **Successionsfall**, wo der Abstammling des ersten Erwerbers eines Erblassers von dem nähern Seitenverwandten des Erblassers von der Erbschaft überhaupt, und somit auch vom Erbtheile ausgeschlossen wird, nach L.R.G. 734. III. 9.

— **zukünftige**, deren Verpfändung zu Gunsten eines Dritten. I. 183. 184., dürfen überhaupt nicht veräußert werden. V. 70., selbst nicht in einem Ehevertrage. V. 78. Der Vergleich über eine zukünftige Erbschaft wird rechtskräftig durch rechtskräftige Abweisung einer Klage auf Umstößung. XVI. 377. Ein Verzicht auf eine noch nicht angefallene Erbschaft ist nichtig. V. 70., VIII. 185., L.R.G. 791. Die Nichtigkeit des Verzichts wirkt auch Nichtigkeit der dafür versprochenen Gegenleistung. XVIII. 85. S. auch Verträge.

Erbschaftsentschlagung. Wirkung einer nicht in den Formen des §. 784 geschehenen Erbschaftsentschlagung. XIII. 509. Versio in rem. Erbschaftsentschlagung. XIII. 496.

Erbschaftsklagen, deren Gerichtsstand vor dem Forum des Erblassers. VIII. 120. Der Gerichtsstand ist nicht vorhanden, wenn es sich von außer Landes übernommenen Verbindlichkeiten handelt, wegen welcher der Erblasser im Lande Recht zu nehmen nicht gehalten war. IX. 290.

Erbsreitigkeiten, sind kein rechtspolizeilicher, sondern ein Justizgegenstand. IV. 47.

Erbsück, Verheimlichung eines solchen durch einen Ehegatten, s. Ausnießung, Testament.

Erbtteilsforderung (hereditatis petitio) begreift auch die Pflichttheilsforderung als das Mindere in sich. XVI. 377.

Erbttheilungen, 1) gerichtliche Theilungen im Sinne der L.R.G. 466 und 838 sind jene, welche das Amtsressorat unter Beobachtung der gesetzlichen Formen (§. 819—836) vorgenommen hat. 2) Die Unterlassung der Versiegelung (§. 819) macht die Theilung, wobei Minderjährige vorkommen, nicht unbedingt in allen Fällen zu einer bloß fürsorglichen. 3) Schätzung der zur Erbmasse gehörigen Güter, wie und durch wen sie zu geschehen habe. 4) Ist das Dasein eines Vortheilrechts von den Vormündern anerkannt, so können sie auch einwilligen, daß eine Liegenschaft ohne Versteigerung dem Vortheilberechtigten überlassen werde. 5) Die Ueberlassung von Fahrnissen an einen Erben um einen Anschlag kann auch von den Vormündern minderjähriger Miterben rechtskräftig zugestanden werden. 6) Die Umstößung einer Theilung wegen Gefährde (§. 887.) findet nur

statt, wenn die Gefährde dem beklagten Miterben selbst zur Last fällt. 7) Der Erbe, welcher eine Theilung wegen Verkürzung umstoßen, und die Verkürzung dadurch nachweisen will, daß ein Gut bei der Theilung zu nieder angeschlagen worden sei, kann den Mehrwerth des Guts nicht durch Berufung auf eine neue Schätzung darthun, wenn die der Theilung zu Grund liegende Schätzung gesetzmäßig vorgenommen und ihre Wahrheit nicht durch andere Beweismittel vorerst zweifelhaft gemacht ist. XV. 511.

Erbtheilungen, gerichtlicher Anschlag bei solchen. XVIII. 156.

— über ein in der ungetheilten Masse vorhandenes Erbstück kann ein Miterbe nicht zu seinem Privatvorteil, sondern nur als Geschäftsführer der Erben Verträge schließen. XVIII. 152.

— Wirkung der gerichtlichen Erbtheilung, welche von einem Betheiligten nicht anerkannt und genehmigt worden ist. XV. 270.

— Verlangt der L.R.G. 882 eine Beiladung der Gläubiger der Erben zur Theilung auch da, wo keine Einsprache erhoben ist. XI. 521.

— gerichtliche, sind als vollendet anzusehen, wenn das Amtsrevisorat das Inventurgeschäft völlig beendigt, die Looszettel ausgefertigt und hinaus gegeben hat, die vorhandenen Liegenschaften aber von den Erben noch unvertheilt fortbesessen werden. IV. 249. 250. Kann wegen Verletzung über ein Viertel nur von einem Miterben, der die Verkürzung beweist, umgestoßen werden. IV. 217. 218.

— Eine Klage auf Vollzug der entworfenen Theilung findet nur statt, wenn die Theilung von den Betheiligten anerkannt worden ist; fehlt es hieran, so muß die Klage gegen sämtliche Miterben, die nicht mit dem Kläger halten, als Beklagte, dahin gerichtet werden, daß die Theilung als vollzugsreif richterlich erklärt werde, bevor gegen den Einzelnen der Vollzug wirklich gefordert werden kann. Wenn ein Miterbe die ihm zugewiesenen Güter in Besitz nimmt, so gilt dies noch nicht als stillschweigende Anerkennung oder Genehmigung der ganzen Theilung (§. 1108 b.), wenigstens nicht in der Art, daß dadurch selbst eine dagegen erhobene Beschwerde nach §. 1108 a. ausgeschlossen würde. XIII. 469.

— können nur wegen Gewalt oder Gefährde, oder wegen Verletzung eines der Miterben um mehr als ein Viertel angefochten werden. V. 225. Umstößung einer Theilung wegen Verletzung um ein Viertel ward in einem concreten Falle nicht statuiert. II. 95.

— der Minderjährigen, wobei die vorgeschriebenen Formen beobachtet sind, gelten wie Handlungen, die sie nach erlangter Volljährigkeit vorgenommen haben. IV. 250. Müssen, wenn sie die nämliche Wirkung haben sollen, wie unter Volljährigen, gerichtlich vorgenommen werden. IV. 250., V. 225., es muß eine Abschätzung durch verpflichtete Sachverständige vorangehen, und die Verloosung in Gegenwart eines Gerichtsmitglieds oder eines gerichtlich beauftragten Theilungsschreibers geschehen. IV. 250., V. 225., im Badischen müssen der Ortsvorstand oder ein Waisenrichter, der Vormund und die näch-

ßen im Orte wohnenden Verwandten das Interesse der Minderjährigen vertreten. III. 225. Diese Verpflichtung muß durch förmlichen Eid geschehen, wenn der zu schätzende Gegenstand die Summe von einer Mark Silbers übersteigt. IV. 250. Sind nur fürsorglich, wenn die in den Lehren über Minderjährigkeit, Vormundschaft und Gewaltentlassung vorgeschriebenen Regeln nicht beobachtet worden sind. IV. 250. Also sind sie auch dann nur fürsorglich, wenn der Erperte zur Schätzung nicht gehörig verpflichtet worden ist. IV. 252. Können deshalb von ihnen nach erlangter Volljährigkeit ohne den Beweis einer Verletzung wieder umgestoßen werden. IV. 251. Die Klage hierauf kann dann bei dem Gerichtsstande der Erbschaft angebracht, und die exceptio fori incompententis dagegen mit Erfolg nicht vorgebracht werden. IV. 249. 251. Wenn die gesetzlichen Formen beobachtet sind, nur wegen solcher Verletzungen angefochten werden, wegen welcher auch Theilungen der Großjährigen angefochten werden können. V. 225.

Erbtheilungen. Wenn bei einer Theilung, wobei Minderjährige theilhaftig sind, Liegenschaften weder im Stück getheilt, noch nach §. 827 gerichtlich versteigert, sondern dem einen Theil um einen Anschlag überwiesen werden, so gilt die Theilung nach §. 840 nur als eine fürsorgliche, und es kann eine neue endgültige Theilung gefordert werden. Die Ueberlassung eines Gegenstandes bei einer Theilung an den andern Theilhaber um einen Anschlag kann nicht als eine Veräußerung im Sinne des Satzes 892 betrachtet werden. (Satz 883.) XIII. 475.

- theilbare Sachen müssen versteigert werden. XIII. 475.
- Eine Erbtheilung enthält keinen Verzicht auf die Ansprüche an das Vermögen der Miterben bei künftigen Erbfällen, nach L.R.G. 1130. III. 11. 13.
- elterliche. I. 286
- fürsorgliche, deren Wirkung. XVII. 316.
- freiwillige Erfüllung einer nach L.R.G. 840 bloß fürsorglichen Theilung, ob sie dieselbe zu einer endgültigen mache. §. 1108 b. und 1338. XIV. 238.
- Unter welchen Voraussetzungen ist eine Erbtheilung gegen theilhaftige Abwesende wirksam? XIV. 238.
- Ungültigkeit einer Theilung. XVII. 38. 140. Wenn eine Theilung durch rechtskräftiges Erkenntniß als ungültig erklärt ist, und bei der darauf vorgenommenen neuen Theilung ein Miterbe, welcher von einem andern Miterben die ihm in der aufgehobenen Theilung zugeschriebene Portion bereits ausgeliefert erhielt, auf jede weitere Theilung verzichtet, und darauf hin in der neuen Theilung das, was der Verzichtende hier noch nachzubekommen hätte, dem Miterben, zu dessen Gunsten der Verzicht geschah, zugetheilt wird, so kann der Verzichtende nicht hinterher mit einer Umstoßung des Verzichts wegen Verletzung über $\frac{1}{4}$ seiner Erbportion gehört werden. XVIII. 97.

Erbtheilungsanfechtung, findet die im L.R.S. 1079 erwähnte Anfechtung einer elterlichen Theilung wegen einer Verkürzung über ein Viertel schon bei Lebzeiten statt? XIII. 399.

Erbtheilungsklagen, Legitimation bei denselben. XVII. 140. Wenn die Verkürzungsklage statt hat. I. 286. Wer als Inhaber eines durch eine Theilung ihm zugefallenen Erbstücks eine die Nichtigkeit der Theilung voraussetzende Klage erhebt, entzieht sich eben damit die Grundlage für seine Legitimation zur Sache. XV. 270.

Erbvergleich. Ob eine dem eingesetzten Erben gegenüber geschlossene Entsagung mit Vorbehalt eines in einem Ehevertrag bedingenen Rückfalls als ein nach S. 881 und 888 der Verkürzungsklage unterworfenener Erbvergleich zu beurtheilen? XIII. 509.

Erbvertretungsrecht. I. 183. S. Erbleben.

Erbverträge finden als Form der unentgeltlichen Vermögensüberlassungen jetzt nicht mehr statt. V. 70. 71. 72. Ausgenommen bei Ehegatten, wenn sie keine Kinder oder Abkömmlinge haben. V. 70. 71. 72. S. auch Eheverträge.

— gegenseitige, unerlaubt nach römischem Recht, — erlaubt nach deutschem Privatrecht und dem pfälzischen Landrecht. Die Bestimmung eines solchen, welche das Recht des Testirens beschränkt, ist ungültig, bewirkt jedoch nicht die Ungültigkeit des ganzen Vertrags. IX. 356.

Erbverzeichnis, dessen unvollständige Fertigung gilt der gänzlichen Unterlassung gleich. II. 24.

— **Beneficium inventarii**, dessen Wirkung auf Trennung der Erbmasse vom Vermögen der Erben. I. 280. S. auch Vermögensverzeichnis.

Erbverzicht zu Gunsten eines Dritten. XIII. 509. S. auch Erbschaften. Ob ein Verzicht der Weiber nach deutschem Privatrecht bei Fideicommissgütern stattfindet. VII. 45. Wirkung desselben. VII. 49.

Erbzinslehen (römisch-deutsches), die Kriterien eines solchen sind: Untheilbarkeit, Heimfall, Erhaltung des Guts in seiner Integrität und der Baulichkeiten in gutem Stande, jährlicher Canon, Laudemium bei Veränderung des Lehenträgers. II. 192.

Erbzinspflicht. XVIII. 449., s. Zinsen und Gülden.

Erdrosselung, deren nothwendige Merkmale sind: Sugillationen, Mißfarbe und Stockung des Bluts in den Halsmuskeln. VI. 354. S. auch Selbstmord.

Erforschungsmittel der Wahrheit im Sinne des §. 11 des Strafgesetzes setzt nicht voraus, daß der Inculpat schon wirkliche Strafe verdient habe. II. 31.

Erfüllen einer Verbindlichkeit als Genehmigung. XIII. 538., s. Verbindlichkeit.

Erfüllung, freiwillige, von Rechtsgeschäften. XVI. 35.

Erfüllungsamt, richterliches, s. Verjährung; ermächtigt den Richter nicht, ein juramentum de credulitate in ein juramentum igno-

- rantio zu verwandeln. II. 357. 358. Zweifel über dessen Statt-
haftigkeit in einem concreten Falle. II. 75.
- Erfüllungsseid, s. Notheid.
- Ergänzungsseid, s. Zettel auf Inhaber.
- Erhaltungsaufwand, } s. Anschaffungsaufwand.
- Erkaufsaufwand, }
- Erkenntniß, richterliches, s. Unterpfandsrecht — gesetzliches.
- Erkenntnisse, deren Zustellung an die Partheien, s. Zustellung.
- Erlaß der Schuld, s. Schuldburkunde.
- Erläuterungen über das Strafbict im Regierungsblatt v. 1842, ob
sie Gesetzeskraft haben, ist controvers. II. 357. 358.
- Zum §. 34 dieses Edicts, s. Strafbict §. 21.
- Ermächtigung der Ehefrauen durch das Gericht, I. 317., diese er-
fordert neben der bisherigen Ausfertigung auf dem Intercessions-
instrument, noch ein besonderes Protokoll. IV. 32., ist sie ein richter-
liches Erkenntniß, gegen welches die proceßordnungsmäßigen Rechts-
mittel statt finden, oder ist sie ein vor die Administrationsbehörde gehöriger
rechtspositivlicher Act? XVI. 210.
- Ist zur Verbindlichkeitsübernahme einer Frau erforderlich, wenn
ihr Mann im Gefängniß sitzt, oder abwesend ist. IV. 31. Daß ihr
eine Erklärung der zu übernehmenden Verbindlichkeit vorausgegangen
sein müsse, ist nicht absolut bei Strafe der Nichtigkeit vorgeschrieben.
IV. 36. 37. Daß es an der vorausgegangenen *causa cognitio*
gefehlt habe, ist nicht zu präsumiren. IV. 37. Die Beweggründe dazu
brauchen nicht zu Protokoll genommen zu werden. IV. 37. Ist keine
Vertragbedingung, sondern eine gesetzliche. IV. 37. Erst unter ihr
wird reifer Entschluß und feste Willensmeinung präsumirt. IV. 37.
Ein etwa früher ohne Befugniß vorgegangener Act wird durch sie
gleichsam purificirt. IV. 37. Ein auf ihre Ertheilung bedingter Act
wird erst durch Ratihabition nach erhaltener Ermächtigung zum un-
bedingten. IV. 37. S. auch Sammtverbindlichkeit.
- Stillschweigende Ermächtigung bei Klagen der Ehefrau wider ihren
Ehemann. XVII. 289. Die gerichtliche Ermächtigung vertritt da,
wo der Mann die Frau, welche zu seinen Gunsten eigene Rechte aufopfern,
oder wenigstens auf das Spiel setzen soll, nicht ermächtigen kann, die
Stelle der ehemännlichen. VI. 56. 57. Dieser Fall ist da vorhanden,
wo sich die Frau, welche mit ihrem Manne in einer Fahrnißgemein-
schaft lebt, zu mehr als der Hälfte einer Gemeinschaftsschuld ver-
bindlich macht. VI. 57. 59. Die Wirkung davon ist dieselbe, wie
wenn sie eine Sammtverbindlichkeit übernimmt. VI. 57. Es bedarf
die Frau derselben selbst zur Erlösung ihres Mannes aus der Haft.
VI. 57. Der Grund ist, damit der Mann nicht die Güte seiner Frau
mißbrauchen möchte. VI. 57. Ist nicht erforderlich, wenn die in einer
Fahrnißgemeinschaft lebende Frau ihre eigenen Eigenschaften für ihre
Hälfte an einer Gemeinschaftsschuld verpfändet. VI. 58.
- Zu Uebnahme einer Bürgschaft von Seiten der Frau für den Mann

ist sie nicht notwendig, wohl aber die Mitwirkung des Ehemanns.
XIII. 880. S. auch Bürgschaft.

Ermächtigung der Ehefrau durch ihren Mann geschieht auch da gültig, wo dieser bei der Handlung theilhaftig ist. XVI. 365.

— obervormundschaftliche, s. Kreisdirectorien, Vormund.

— oberpolizeiliche, einer Gemeinde zur Proceßführung, s. Proceßführung.

Ermeffen, richterliches, s. Arrha, Gerichtsacten, Obrigkeit — ordentliche, Patrociniumsaußkündigung, Testament — eigenhändiges.

Er mordung mehrerer Personen, Bestimmung der Priorität des Todes. XVII. 440.

Ernährungspflicht, s. Kinder — uneheliche.

Error causam dans, & Irrthum im Object.

Errungenschaft ist jede beigebrachte oder nachher anerkannte sährende Habe, deren Einbringen nicht durch ein Vermögensverzeichnis in gehöriger Form bewiesen wird. VI. 26. 30. 31. 33. S. auch Errungenschafts-Gemeinschaft.

— gehört bei einer Ehe nach reinem Ehesteuerrecht nicht einzig and allein dem Manne, sondern der Frau gehört ebenso Alles, was sie durch ihren Fleiß, Kunst oder Gewerbe erringt. VII. 161. 162. Die Ersparnisse hingegen, welche der Mann aus den Gütern, die ihm die Frau zur Ehesteuer gemäß L.R.G. 1540 andsezt, während der Ehe gezogen, resp. die sich daraus ergebende Errungenschaft gehört dem Manne allein, weil er an diese die Rechte and Pflichten eines Nutznießers hat. VII. 162. Dagegen steht an dem zugebrachten Gute der Frau (d. h. an Allem, was nicht zur Ehesteuer gegeben wurde) der Frau die Verwaltung and der Genuß zu. Nur wenn alles Vermögen der Frau zugebrachtes Gut ist, hat sie nach dem Gesetze $\frac{2}{3}$ ihrer Einkünfte zu den Kosten der Ehe beizutragen, — was aber an diesen $\frac{2}{3}$ erspart wird, ist Errungenschaft der Frau. VII. 162. Hätten bei einer Ehe nach reinem Ehesteuerrecht beide Eheleute für den Fall der Eheauflösung über die Errungenschaft disponirt, so dürfte daraus noch nicht gefolgert werden, als hätten sie neben ihrer Verheirathung nach Widmungsrecht eine Errungenschaftsgemeinschaft eingehen wollen. VII. 162.

— Berechnung der auf der ehelichen Errungenschaft haftenden Schulden nach dem Baden-Durlachischen Rechte. I. 287.

Errungenschaftsgemeinschaft ist da vorhanden, wo im Heirathsvertrage bedungen ist, daß die ehelichen Vermögensverhältnisse nach dem R.R. 1498. u. 1499. beurtheilt werden sollen. IV. 172.

— folgt den Regeln der gesetzlichen Gütergemeinschaft in allen Fällen, wo diese weder ausdrücklich noch stillschweigend aufgehoben sind. V. 190. 191. Der Mann hat über das Vermögen derselben die nämlichen Rechte, wie über das der Fährnißgemeinschaft. V. 191.

— ist nach dem bad. neuen Landrecht ein Amalgam aus dem altbairischen und französischen Rechte. VI. 28. 32. Haftet für den Rückers

satz des Einbringens. VI. 27. Von ihr sind die beigebrachten und künftigen eigenen Schulden der Eheleute ausgeschlossen. VI. 28. 29. 32. 33. II. 285. V. 188. 189. Also nicht die gemeinschaftlichen Schulden. VI. 29. 32. 33. An letzteren hat jeder Ehegatte nach der Quote Theil zu nehmen, welche ihm aus dem Gemeinschaftsvermögen gebührt. VI. 28. 29. 32. 33. Diese Quote besteht in der Hälfte der Gemeinschaftsschulden, wenn über den Antheil eines jeden Ehegatten an der Errungenschaft keine andere Bestimmung getroffen worden ist. VI. 28. 29. 32. 33. 40. VIII. 297. Ob nach französischem Rechte die Frau an den Schulden, welche vom Manne während der Ehe contrahirt wurden, Theil zu nehmen habe, ist controvers. VI. 28. 29. 30. Nach dem alten Baden-Durlacher Landrecht hat der Mann $\frac{2}{3}$, die Frau $\frac{1}{3}$ an den Eheschulden zu tragen. VI. 32. 46. 49. Wo die Regeln der gesetzlichen Gütergemeinschaft gegen die Regeln dieser besondern Gemeinschaftsart anstoßen, können jene bei dieser keine Anwendung finden. VI. 32. Vom Entschlagsrechte der Ehefrau kann hier keine Rede sein. VI. 30. 32. 33. Entgegenstehende Ansicht. VI. 29. Das ehewelbliche Einbringen kann hier nur durch ein in gehöriger Form aufgenommenes Vermögensverzeichnis bewiesen werden. VI. 30. 31. 33. Dazu wird erfordert, daß der Mann bei dessen Einrichtung mitgewirkt, und es als eine für ihn rechtsverbindliche Urkunde angenommen hat. VI. 30. 31. 33. Sonst kann das Vermögensverzeichnis nicht einmal als Anfang eines, durch den Nothwendig zu ergänzenden Beweises angesehen werden. VI. 30. 31. 33. Ein stillschweigendes Anerkennniß von Seiten des Mannes kann aus der niemals zu vermuthenden, sondern als ein Factum zu beweisenden Kenntniß desselben von dessen Existenz und dessen zufälliger oder absichtlicher Zusammentreffen mit dem Ehevertrage nicht gefolgert werden. VI. 31. 33. Unterließ der Mann, sich nach dem Vermögensbetrage der Frau zu erkundigen, so ist ihm dies weder als grobes Verschulden, noch als Arglist auszulegen. VI. 31. 33. Muß durch eine vom Manne ausgestellte Quittung bewiesen werden, wo die fahrende Habe zu einer bestimmten Summe, oder einem unbestimmten Werthe in die Gemeinschaft eingeworfen wird. VI. 26. 33. V. 188. 189. Kein Ehegatte kann sich frei machen, den Antheil an den Schulden, den es ihn trifft, so weit er aus dem errungenen Vermögen nicht bezahlt werden kann, aus dem rücknehmenden Einbringen den Gläubigern zu bezahlen. V. 190. Dieser Antheil ist aber nach den ehelichen Gemeinschaftsschulden zu bemessen. V. 190. 191. Es ist dies aus der altbadischen Err. G. nach welcher die Eheleute nicht nur den Erwerb des Errungenen, sondern auch die Einbuße der Errungenschaft zu theilen hatten, in das neue Bad. Recht übergetragen. V. 190. M. v. die Note V. 348. 849. Nach französischem Rechte nimmt jeder der Ehegatten das zugebrachte Vermögen im Voraus zurück, und nur das erworbene wird unter beide getheilt. V. 189. 190.

— Verbindlichkeit der Ehefrauen zum Beitrag zu den Ehegemein-

schafsschulden, insbesondere bei der bebungenen Erzungenschafts-Gemeinschaft. XII. 188.

Ersatz der bezogenen und der vernachlässigten Früchte durch den un-reblichen Besitzer nach L.R.G. 550 und 1151 a. III. 152. S. auch **Früchtieneratz**.

Ersatzforderung der Meliorationen des Vormundschaftsbestandes an seinen Mündel. XVI. 332., f. **Vormundschaftsbestand**.

Ersatzpflicht hinsichtlich der aus milden Fonds erhaltenen Unter-stütungen. XII. 302.

Ersizung, durch diese kann die Zehntfreiheit erworben werden für alles in einem ausgegränzten Waldbezirk urbar gemachtes Land. II. 96, 97, 98. S. auch **Schutzbürgerrecht**, **Verjährung**.

Erwerb, reblicher, f. **Zettel** — auf Inhaber.

Ettenheimmünster, nach Sacularisation desselben wurden die Con-ventualen nach dem 4. Org.-Edict v. 1803 Art. IV. B. in das Kloster Gengenbach aufgenommen. III. 52. S. auch **Verforgung**.

Evictio, f. **Gewährleistung**.

Evictionsleistung, ob derjenige sie ansprechen kann, der wissenschaftlich ein belastetes Gut kaufte. I. 284.

Exceptio desolentis legitimacionis ad causam passivæ, f. **Erblebenvertrag**.

Exceptio fori declinatoria, die Einrede der mangelnden richterlichen Competenz, zur Auslegung des §. 57 des Reichs-Deput.-Schlusses, als solche betrachtet, hätte gleich mit den übrigen Einreden vorge-schützt werden müssen. III. 50. 51. Als **exceptio nullitatis sen-tentiae a qua** ist sie zwar nicht verspätet, aber gleichfalls ungegrün-det. III. 59. S. auch **Competenz**, **richterliche**.

Exceptio non numeratæ pecuniæ, findet nach dem neuen L.R. auch gegen den Fiscus statt. III. 150.

Exceptio novationis, f. **novatio**.

— **ordinis et divisionis**, f. **beneficium**.

— **peremptoria, fori declinatoria**, f. **Einrede**.

— **plurium litis consortium** kann dem Lehensinhaber nicht entgegen-gesetzt werden, der an den durch den Reichs-Deput.-Schluß mit dem prædio servienti dotirten Fürsten die rückständigen Lehensnutzun-gen fordert. II. 235.

— **rei non sic sedaliter gestæ**. VII. 36.

— **transactionis**, f. **transactio**.

— **veritas**, f. **Injurie**.

Erceß, f. **Notbmehr**.

Executio, f. **Urtheile**.

Executivproceß, verzögerliche Einreden in solchem. XVIII. 594.

Executivfachen, f. **Widerklage**.

Expensæ, f. **Obergerichtsordnung**.

Experte zur Schriftvergleichung braucht nicht selbst eine schöne Hand-schrift zu schreiben. II. 9.

- Expertise.** Wie es zu halten, wenn sie verschiedener Meinung, ist contro-
vers. Die Meinung wurde für die richtigere angenommen, wornach
die Stimmenmehrheit entscheidet. II. 64. S. auch Sachverständige.
- Expertise** kann der Richter neu anordnen, wo an der Form der frühe-
ren gefehlt worden, oder das Gutachten der Experten mangelhaft,
oder mit keinen, oder gar falschen Gründen unterstützt ist. III. 63.
- Der Antrag zur Erhebung einer neuen Expertise findet in der Ap-
pellations-Instanz nur in dem in §. 550 benannten Falle statt, daß
in der früheren Expertise nicht der richtige Gegenstand, oder nicht
alle wesentlichen Punkte, auf die der Antrag der Partei gerichtet
war, begutachtet worden sind. XIV. 87.
- kann jedoch nicht ohne Ende angefochten werden, sondern es tritt
dabei die Regel der 3 Instanzen analogisch ein; mit der dritten muß
der Streit sich enden. II. 68.
- eine neue kann in *revisorio* nicht mehr zugelassen werden. II. 254.
S. auch Schriftvergleichung, *superarbitrium*.
- Extinctiv-Verjährung**, bei ihr kommt es nicht, wie bei der *Acquisi-*
tiv-Verjährung, auf *bona* oder *mala fides* an. VI. 232. S. auch
Fahrriststücke, Verjährung.
- Extravasat** kann auch ohne Kopfverletzung, bloß durch Erschütte-
rung des Schädels, entstehen. VI. 80. S. a. tödtung—*mathwillige*.

F.

Fabrikate, f. Waaren.

Factum contrarium, f. *usucapio*.

— *illicitum*, f. That — ungerechte, Raub.

— f. Beweis.

Faction, f. Kauf auf Probe.

Fahrnisse, welche Zugehörden einer Plegenschaft bilden, werden auf
eine gegen Dritte wirksame Weise nur durch Grundbucheintrag beim
Verkauf erworben. XVIII. 432. XIX. 4.

— ob die Verliegenschaftungen in das Eigenthum der Gemeinschaft
übergehen. XIII. 155., f. Verliegenschaftung.

— bei Theilungen unter Minderjährige, f. Erbtheilungen.

Fahrnissgemeinschaft, gesetzliche, tritt vom 1. Januar 1812 auch
bei Ehen ein, die nach dem alten Rechte geschlossen wurden, jedoch in
der Art, daß nach diesem Rechte noch beurtheilt werden muß, was am
1. Januar 1812 zum Vermögen des einen oder des andern Ehegatten
gehöre. II. 210. 212. S. auch Gütergemeinschaft, Schulden.

Fahrnisskauf, Auflösung desselben nach §. 1657. XIII. 41. S.
Kauf.

Fahrnissstücke, bei ihnen gilt der Besitz als Rechtsurkunde. VI. 224,
227, 228, 231, 232. III. 283. Der präsumtive Titel muß aber ein
titulus ad dominium transferendum habilis sein. VI. 224. Die

gesetzte Präsumtion tritt auch da ein, wo der behauptete Rechtstitel ein anderer, als der Eigenthumstitel, z. B. ein Pfandrecht ist. VI. 224. Auch der Pfandtitel steht der vindication des Eigenthümers entgegen, besonders wenn der Besitzer nicht selbst mit demselben contractirt hat. VI. 226. Wenn eine Sache verloren ging, oder entwendet wurde, tritt diese Präsumtion nicht ein. VI. 224, 227, 228, 230, 231. Entwendung wird hier aber nicht im criminalistischen, sondern im bürgerlichen Sinne genommen. VI. 230. Entgegenstehende Rechtsansicht. VI. 227. Ob die gesetzliche Präsumtion bei einer auf einen bestimmten Gläubiger ausgestellten Obligation eintrete, ist controvers. VI. 224, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233. Die Klage auf solche verlorne oder entwendete Sachen ist jetzt nicht sowohl mehr eine rei vindicatio im römischen Sinne des Wortes, als eine actio rescissoria in rem scripta. VI. 229. Sie wird in drei Jahren verjährt. VI. 231. 233. Auf die bona fides kommt es hier nicht an. VI. 232. S. auch Extinctiv-Verjährung, Vormund.

Fahrristfück. Der Eigenthümer hat das Recht die ihm entkommene Sache von jedem Besitzer zurückzufordern, muß dann aber, außer dem Eigenthum, auch den Verlust oder die Entwendung beweisen. III. 284. Diese Klage wird bald rei vindicatio, bald eine actio rescissoria in rem scripta genannt. III. 284., f. auch Geräthschaften, Eisen und Zettel auf Inhaber.

Fallgebühren, f. Drittelspflicht.

Fälligwerden einer Forderung während des Rechtsstreites darüber. XVII. 186.

Falschmünzen und übrige Münzverbrechen, f. Straferkenntnisse, Stellionat.

Fälschung von Urkunden, f. Urkundenverfälschung.

— über den Begriff der Einrede des Betrugs und der Fälschung. XVI. 497.

Falsum, ein culposes gibt es nicht. VI. 198. S. auch Urkunden-Verfälschung.

Familiendiebstahl. XV. 393. S. Diebstahl.

Familieneigenthum. S. Stammgut.

Familienfrohnden dürfen niemals ungemessen sein. IV. 76. S. auch Frohnden.

Familienrath ist im Badischen nicht eingeführt. VI. 253. 257. Hat in Frankreich für die Bestellung der Vormünder zu sorgen. VI. 253. S. auch Vormund.

— die Stelle desselben vertritt im Badischen, wenigstens theilweise, der Localbeamte. V. 347.

Familienstiftungen, richterliche Entscheidung über Vergabung derselben. XIX. 112. S. auch Stiftungen.

Familienverträge, ältere, der badischen Standesherrn, welche bereits vor Aufhebung der deutschen Reichsverfassung existirten, unterliegen nach §. 8 des dritten Constitutions-Edicts von 1807, wenn sie

im Ganzen oder in einzelnen Stellen vor Gericht gebraucht werden wollen, vorerst, ehe darauf gesprochen werden kann, der landesherrlichen Einsicht und Bestätigung. VII. 123. Nach §. 14 der deutschen Bundesacte aber, welche diese Vorschrift derogirt, ist die Gültigkeit und Rechtsverbindlichkeit der zur Zeit der deutschen Reichsverfassung geschlossenen Familienverträge, sofern sie nach der früheren Verfassung gültig waren, nicht mehr abhängig von der landesherrlichen Bestätigung. VII. 123. 130. Nur die spätern Verträge bedürfen derselben. Entgegengesetzte Ansicht. VII. 127.

Familienverträge. Diese Verträge und Statuten des höhern Adels müssen öffentlich bekannt gemacht werden, wenn daraus gegen Dritte, Rechte oder Einwendungen begründet werden wollen. X. 190 ff.

Faselviehlast, deren Ablösung. Nach §. 66 des Zehntablösungsgesetzes findet gegen ein Erkenntniß, welches das Hofgericht über die Größe des Zehntablösungskapitals in zweiter Instanz erläßt, die Oberappellation nur in sofern statt, als das Hofgericht das Erkenntniß der ersten abgeändert hat. Es wurde nun angenommen, daß diese Bestimmung nach §. 7 des Gesetzes vom 3. August 1833 auch auf hofgerichtliche Urtheile Anwendung finde, durch welche das Kapital für Ablösung der Faselviehlast festgesetzt worden ist. XIV. 495.

— Unzulässigkeit der Oberappellation gegen zwei gleichlautende Erkenntnisse über eine Faselviehlast. XV. 483.

Katalien, f. Recurs zum Recht.

Kaufpfand, dessen Erfordernisse und Rechte. XVII. 478. Gibt dem Gläubiger das Recht, aus dem Pfandstück vor andern Gläubigern seine Zahlung zu fordern. IV. 216. Dadurch wird er jedoch noch nicht Eigenthümer des Pfands. IV. 216. Im Nichtzahlungsfall kann der Gläubiger nicht durch eigene Gewalt darüber verfügen, sondern nur bei Gericht begehren, daß ihm nach einer durch Sachverständige vorzunehmenden Schätzung dasselbe, so weit sein Werth die Forderung nicht übersteigt, an Zahlungsstatt zugeschlagen, oder, daß es öffentlich versteigert werde. IV. 216. Der Gläubiger kann sich dieses Rechts bedienen, nirgends aber ist gesagt, daß er sich desselben bedienen müsse, und daß er den Schuldner nicht eher auf Zahlung belangen könne, ehe er aus dem Pfandstücke seine Befriedigung zu erhalten versucht habe. IV. 215. 216.

— Kann derjenige, welcher zur Sicherheit einer Mehrzahl von Gläubigern ein Kaufpfand bei einem derselben hinterlegt hat, auf den Grund der behaupteten Tilgung der ganzen Schuld das hinterlegte Pfandstück von dem Depositar zurückfordern, oder muß er alle Kaufpfandgläubiger deßhalb belangen. XII. 293.

Kaufpfänder, die gesetzlichen Erfordernisse zu deren Konstituierung sind im L. C. N. 2074 vorgeschrieben. III. 286. — Sie finden nach L. N. C. 2084 auf Handelsgeschäfte keine Anwendung, in soweit diese eigenen Gesetzen und Verordnungen unterliegen. III. 286. 287.

Kaufpfand-Vertrag, ob zu seiner Gültigkeit eine in öffentliche

Wäßer eingetragene Privaturkunde absolut erforderlich, oder nur der Vorzug vor andern Gläubigern dadurch bedingt sei, ist controvers.
VI. 226. 227. 228.

Fautor delicti, s. Begünstiger.

Fehler, offene, für sie ist der Verkäufer nicht verantwortlich. IV. 210.

— verborgene, dahin ist der durch Quellwasser und Ueberschwemmung verursachte Schaden an verkauftem Heugras nicht zu rechnen. IV. 210. Die dem Verkäufer für solche Fehler sonst obliegende Gewährleistungspflicht tritt daher hier nicht ein. IV. 210.

Felddiebstahl. XV. 395., s. Diebstahl.

Feldforstel, s. Forstel.

Feldspitälcr, s. Todtenschein.

Fenster und Lichtrecht ist ein deutsch statutarisches Rechtsinstitut, welches darin besteht, daß der Eigenthümer eines Hauses die Fenster in derjenigen Wand, welche unmittelbar an des Nachbarn Grund und Boden stößt, ohne des letztern Erlaubniß weder vermehren, noch anders anlegen darf, als sie bisher bestanden. IV. 179. S. auch *servitus luminum*, *Ausflüchtrecht*.

— 1) Nur wenn eine senkrecht von einem Fenster ausgehende Linie innerhalb einer Entfernung von 6 Fuß das fremde Eigenthum erreicht, findet der §. 678 Anwendung, wornach die Anbringung eines solchen Fensters ohne die in den §. 676 u. 677 bezeichnete Erhöhung und Vergitterung unstatthaft ist. 2) Wird in einer senkrecht vom Fenster ausgehenden Linie das fremde Eigenthum gar nicht, oder doch nicht innerhalb 6 Fuß erreicht, sondern handelt es sich um eine schief auf das Fenster fallende Linie, so findet der §. 679 Anwendung, und die Anbringung der Fenster ist nur dann unstatthaft, wenn die schiefe Linie vom Fenster aus innerhalb zwei Fuß das fremde Eigenthum erreicht. XIV. 433.

— **Fenster, welche vor 1810 angelegt waren**. XVII. 58. 230.

Ferientage. Die Zustellung richterlicher Verfügungen kann auch an Ferientagen, insbesondere an Sonn- und Feiertagen, gültig geschehen. XV. 563.

Festungsarrest, s. Kislau.

Fendalität, s. Lehnbarkeit.

Fenda non aperta, s. Lehen.

Fendestria werden die lehenähnlichen Institute, die jedoch keine wahren Lehen sind, genannt. VI. 274. S. *Asterbelehnung*, *Erblehen*.

Fendum consuales rusticum, s. Bauerenlehen.

Fideicommiss, der vormaligen Reichsadeligen, deren Normirung durch die deutsche Bundesacte. I. 280.

— **Fideicommissvermögen** wird nach deutschem Privatrecht, wenn es frei geworden, als ein zur Erbmasse des letzten Besitzers gehöriges Vermögen behandelt. VII. 49. Diesem stand sogar ein Dispositionsrecht zu, wenn nicht der Stifter die freie Auslieferung an die Erben befohlen hatte, oder nicht ein eigentliches Regredienterbrecht (46), oder

ein Vertrag für den unbelasteten Anfall der Güter auf die nächsten Nachkommen vorhanden gewesen. VII. 49. In Ermangelung einer Disposition tritt die Intestaterbfolge ein. VII. 45. 47. Die Väter erben das Fideicommiss dann nicht *ex providentia majorum*, sondern als Successoren des letzten Fideicommissbesizers, VII. 45, müssen daher zur Schuldenzahlung beitragen. VII. 47.

Fides, bona—mala, f. Besitz, Erbkain-Verjährung, Fahnriß-Büchse, Glaube.

Fide jussio, f. Bürgschaft.

Filialkirche, was sie ist im Sinne des Kirchenrechts. VII. 38. Eine unabhängige ist die: *quæ ab ecclesia matrice avulsa, sacerdoti sacra jure proprio administranti subest*, VII. 38.; — *non ex causa necessitatis, sed ad filialitorem instantiam tantum constructa esse præsumitur*. VII. 40. Folgen dieser Sätze auf die Baupflicht. VII. 38.

Finanzgewalt, f. Standesherrn.

Finanzministerial-Verordnung vom 29. Mai 1812, wodurch die Einrichtung der Ausführgebühren an den Austrittsstationen unterlagt wird, hat keine gesetzliche Kraft. II. 329.

Finanzministerium, f. Defraudationsstrafe.

Fischereirecht in Bächen. Bäche, die nicht nach §. 538 Staats-eigenthum sind, gehören den Eigenthümern der angrenzenden Grundstücke, arg. §. 561. Diesen Eigenthümern gebührt also darin auch das Fischereirecht, insofern nicht der Ortsherr dasselbe nach §. 46 i. des 3. u. des §. 18 h des 4. Const.-Edicts als Regel hergebracht hat. XIV. 169.

Fiscalat, dessen Stellung und Wirkungskreis zu den Gerichten und Parthieen. I. 319. 320.

— Verhältnis desselben zum Finanzministerium. VIII. 167.

Fisci-Procurator ist kein eigentlicher Gewalthaber, sondern bloß der Substitut der Fiscivertreter. VI. 320. Ist daher auch für den Inhalt der zu übergebenden Schriften des Fiscalats nicht verantwortlich. VI. 320.

— Insinuationen an denselben in Sachen des Fiscus. VIII. 188.

Fiscus, darunter haben die Römer diejenige Stelle verstanden, welche von der Regierung, als dem allgemeinen Mandanten, zu vertreten war. V. 197. Es ist also nicht bloß das Staatsärarium darunter zu verstehen. V. 197. Wer wegen einer von der Staatsgewalt erlittenen Beeinträchtigung ihn belangt, hat daher *fundatam intentionem*. V. 198. S. auch *Recurs*, Staatschatz.

— Bestehen seine Privilegien unter dem neuen Landrechte noch fort, und ist er, wenn solches der Fall ist, editionspflichtig. VI. 267. Ist er überhaupt als Beklagter editionspflichtig. VI. 267.

— Ob eine Staatsverwaltungsbehörde, welche in einer Rechtssache die Vertretung des Gr. Fiscus als Beklagten übernommen hat, dieselbe auf die Nachweisung, daß die Sache in den Kreis eines andern

Verwaltungszweiges gehöre, dem Kläger gegenüber wieder ablehnen könne, oder ob ihr nur überlassen sei, die andere Behörde, die sie für zuständig hält, zur Uebernahme der fiscalischen Vertretung zu veranlassen? XIV. 469.

Fiscus, a) Schulhausbaupflicht desselben. VIII. 100. b) Dessen Gerichtsstand bei persönlichen Klagen bei jedem Hofgericht. VIII. 106. c) Ministerialverfügung hierüber. VIII. 176. d) Laufen der Appellations-Fatallen gegen ihn. VIII. 189.

— ob er die beschädigenden Handlungen der Staatsbeamten vertreten muß. I. 315. S. auch Kompetenzconflict, Lagerhäuser, Privilegium.

Fleischaccis, s. Accise von Fleisch und Accisdefraudation.

Fleischbeschauer, s. ebendaselbst.

Flucht, darunter wird gerade kein ängstliches oder zaghaftes und lächerliches Davonlaufen mit Anstrengung aller Körperkräfte verstanden. VI. 101. S. auch Nothwehr.

Flurbuch. Unterschied von Grundbuch, s. Grundbuch.

Flußschiffahrt, s. Gewerbe.

Fonds, milde, Unterstützungen aus solchen, welche ohne Bezeichnung als Vorschüsse und ohne Ersatzvorbehalt, vor dem Erscheinen der Hofrathsinstruction von 1794 und des 10. Organisations-Edicts von 1803 angewiesen und verwilligt waren, sind nicht wieder rückzuerlegen. XII. 302.

Forderung. a) Inhabung der Schulburtunde gewährt noch kein Forderungsrecht. VIII. 17. b) Es bedarf hierzu einer Uebertragung. VIII. 402. c) Zu einem nomen verum gehört auch, daß die Exigibilität nicht durch Einreden aufgehalten sei. VIII. 411.

Forderungen der Ehefrau, dafür haften das Gemeinschaftsvermögen und die eigenen Güter ihres Mannes. VII. 9.

— des Erblassers, Legitimation des Vermächtnisnehmers um dieselbe geltend zu machen. XIV. 281.

— liquide, können nicht bedingt sein auf einen bestimmten Ort und auf eine bestimmte Art der Zahlung. II. 35.

— strittige, im Sinne des L.R.G. 1700. XIII. 500.

— auf Aufkündigung zahlbare, können vor Ablauf der Kündigungszeit eingeklagt werden, wenn der Schuldner auf die geschehene Kündigung die Forderung vor Gericht in Streit gezogen hat. L.R.G. 1186 steht einer Klage nicht im Wege. XIX. 11.

Forderungen und Schulden zwischen Erben und Rechtsfolgern sind theilbar und getheilt. II. 21. 23. S. auch Schuldforderungen.

Forderungsrechte eines unehelichen Kindes an den Nachlaß des Vaters. Welchen Theil vom Nachlaß des unehelichen Vaters kann das von demselben anerkannte Kind fordern, wenn er weder eheliche Kinder, noch Aghen oder Geschwister, wohl aber Kinder der letztern zurüdließ. XIII. 357.

Forma, ubi certa a jure statuta est, non sufficit equipollens. III. 170.

Forstbeamte, niedere, deren Rechte vor und nach 1819. XIX. 6.
Forstbediente, können wegen ihrer Fanggebühren als Anzeiger der Wilderer nicht für theilhaftige Zeugen gelten. VIII. 58.

Forstberechtigungen. Der Satz 691, wornach unständige Dienstbarkeiten von Einführung des Landrechts an nicht mehr ersehen werden können, findet auf die nach §. 634 einer besondern Gesetzgebung vorbehaltenen Forstberechtigungen keine Anwendung. Hinsichtlich ihrer lief die Verjährung bis zum 1. Sept. 1834, von wo an nach dem §. 104 des Forstgesetzes keine neuen Forstberechtigungen mehr entstehen konnten, während die bis dahin in rechtmäßiger Uebung gewesenen aufrecht erhalten werden. Da solche Berechtigungen aber wie die unständigen Dienstbarkeiten nach dem alten Rechte nur durch die unfürdenkliche Verjährung erworben werden konnten, so ist vom 1. Sept. 1834 an rückwärts eine unfürdenkliche Verjährung darzutun. XV. 585. XVI. 233. XIII. 502.

— Eine Forstberechtigung als eine Dienstbarkeit ist verfallen, wenn sie 30 Jahre lang nicht mehr ausgeübt wird. §. 706. Ist sie in ihrem Umfange bestimmt, und wird 30 Jahre lang nur in geringerem Umfange ausgeübt, so ist ihr Mehrbetrag verfallen. §. 708. Auch wenn jeweils das Mehrmaaf vom Berechtigten gefordert, aber nicht verabfolgt wurde, so ist dadurch, sofern der Berechtigte keine Klage erhob (§. 2244.) die Verjährung nicht unterbrochen. Hat aber der Waldeigentümer, wenn der Berechtigte das Mehrmaaf forderte, dasselbe nur unter der Angabe verweigert, daß der Wald dieses Maaf zur Zeit nicht ertrage, so hat er damit das Recht auf das höhere Maaf, so weit der Wald es ertrüge, anerkannt, und in diesem Anerkenntniß liegt eine Unterbrechung der Verjährung des Rechts auf das Mehrmaaf an und für sich. XV. 598.

— Das Recht auf einen jährlichen Holzbezug kann nur dann als eine Forstberechtigung im Sinne des Forstgesetzes 1833, nämlich als ein Realrecht gelten, wenn das Recht wenigstens passiv auf einem bestimmten Walde als auf dem dienenden Gute lastet. Fehlt es an einem solchen dienenden Gute, so kann die Verbindlichkeit des Beklagten nur eine persönliche sein, sie kann also in diesem Falle auch nicht durch einen langjährigen Besitzstand, als durch Verjährung begründet werden. XV. 173.

— Das Recht auf die Abgabe eines jährlichen Quantums Holz konnte, wenn es sich nicht (als Forstberechtigung) auf eine bestimmte Waldung bezieht, also nur persönlicher Natur ist, auch vor Einführung des Landrechts nicht durch Verjährung erworben werden. XV. 586.

— bei persönlichen Forderungen, wenn sie auch in jährlich wiederkehrenden Bezügen bestehen, die nicht als Forstberechtigungen auf bestimmten Waldungen haften, findet kein Besitz und folglich auch kein Erwerb durch Verjährung statt. XIV. 270.

— Genügt es zur privatrechtlichen Geltendmachung einer Forstberechtigung, wenn der Berechtigte nach §. 104 des Forstgesetzes darlegt,

daß er sich am 1. Nov. 1834, als dem Tage des Eintritts der Wirksamkeit dieses Gesetzes, in der rechtmäßigen Uebung der Berechtigung befunden habe. XIV. 199.

Forstberechtigungen. Ueber das Fällen, Aufmachen und Abführen des Pfarrcompetenzholzes. XIV. 168. S. auch **Beholzungsrecht**, **Holzberechtigung**.

Forster sind keine Staatsdiener. VIII. 115.

Forstfrevel. Das Recht zum Bezug der Forstfrevelstrafen kann durch Verjährung erworben werden. II. 272.

— durch Waldbhüter verübt, s. **Waldbhüter**, **Frevel**.

Forstpolizeiliche Fragen, deren Entscheidung in Privatsachen. XIII. 415. 421.

Fortuna melior, s. **Glück**, **besseres**.

Forum, persönliches, s. **Ehescheidung**.

Forum rei sitae, s. **Standesherrn**.

Frage, peinliche, s. **Tortur**.

Freiheitstitel, s. **Lehnspflicht**.

Freiheitsgehandlungen werden nicht vermuthet. IV. 82.

— eines Ehegatten zu Gunsten eines andern. XIII. 365. S. **Ehen**.

Freimachungsvertrag, simulirter, s. **Betrug**.

Freimaurer. Staatsdiener, die in einer verbotenen Gesellschaft, namentlich der Freimaurer, betroffen werden, sollen nach der Verordnung vom 16. Februar 1813 zur gesetzlichen Strafe gezogen werden. III. 212.

Freizügigkeit, s. **Nachsteuer**.

Fremde, s. **Einsassenrecht**.

Freudenmädchen, s. **Ehebruch**.

Freundschaftsverkäufe, s. **Gutsübertragungen**.

Frevel, ein rein positiver Begriff in der badiſchen Gesetzgebung; man versteht darunter bestimmte von dem Gesetz für gelindere Bestrafung ausgezeichnete Fälle des Diebstahls. X. 214.

Friedhöfe, s. **Begräbnisstätten**, **Wappſicht**.

Fristen, Anfang der im R.R.G. 1167 a. bestimmten Klagfrist. XVII. 432.

— **Berechnung derselben.** IX. 341. Die Zusatztage des §. 658 der neuen P.O. kommen nur der Parthei, nicht dem Anwalt zu gut; sie sind daher vom Wohnorte der erstern bis zum Siege des Gerichts zu berechnen. IX. 341.

— in **Fiscalproceſſen.** II. 360. 361.

— **gesetzliche, peremptorische**, s. **Kadung**, **Gütergemeinschaft**, **Vorladungen**.

— **Berechnung derselben in Strafsachen.** XIV. 32.

Fristbitte, s. **Restitution**.

Fristenlauf ist nur durch Zustellung an die Parthei, nicht auch durch Zustellung an den Anwalt bedingt. XII. 313.

Fristenlauf, während der Ferien, ob er auch hinsichtlich der Restitutionsfrist des §. 658 der P.O. sistirt ist. XI. 497.

Fristgesuche erfordern schon das erste Mal einen satzamen Grund, und in der Regel dessen satzame Bescheinigung. VI. 317. Im Wiederholungsfalle haben sie nur dann eine Berücksichtigung zu erwarten, wenn ein Hinderniß außer der Gewalt des Menschen liegt. VI. 317.

Fristversäumniß, ist der Ablauf des im §. 1167 a. bestimmten Termins als eine Fristversäumniß oder als eine Verjährung zu betrachten. XVII. 223.

Frivolitätsstrafe, s. Armensachen.

Frohnberechtigter, s. Frohndherr.

Frohnden, kann nur ein Gesetz begründen. IV. 75. 82.

— Das Gesetz duldet aber auch jene, die zur Zeit seiner Verkündung in rechtmäßiger Uebung waren. IV. 75. Sind gemessene u. ungemessene (*operæ determinatæ — indeterminatæ*), je nachdem durch Dienstverträge, Dienstordnungen oder Herkommen die Zeit, der Ort, die Zahl und die Art der Dienste bestimmt ist, oder nicht. IV. 80. Für die Allgemeinheit und Ungemeinheit streitet gegen die Bauern die rechtliche Vermuthung. IV. 75. 80. Müssen, wenn sie ungemessen sind, auf ein bestimmtes Maaß reducirt werden. IV. 77. In dubio entschreibet bei Regulirung derselben, der neueste, unbestrittene Befehl. IV. 77. Durch nicht erfolgte Regulirung binnen 5 Jahren von der Promulgation des VI. Const.-Edicts an, ist das Frohndrecht selbst jedoch nicht verwirkt. IV. 77. Gründen sich ursprünglich auf einen Vertrag zwischen dem Gutsherrn und den Bauern. IV. 82. Können nicht als verhasste und ungerechte Beschränkung der natürlichen Freiheit angesehen werden. IV. 83. Gleich den Dienstbarkeiten werden sie nicht *solo non uso*, sondern erst *accedente libertatis usu* capione verjährt. IV. 78. S. auch Bauern, Bauerngüter, Familien- und Gutsfrohnden, Frohndherr.

— persönliche, werden den walzenden entgegengesetzt. IV. 76. Werden eingetheilt in Gutsfrohnden, deren Maaß sich nach dem Umfang des Guts richtet, und in Familienfrohnden, welche dem Frohndherra für seine häuslichen Bedürfnisse geleistet werden müssen. IV. 76.

— walzende, zu ihnen gehören die Frohnden zum Eichel-Lesen und Segen. IV. 84.

— Bauern sind beweisenschuldig, wenn sie behaupten, nur zu gemessenen Frohnden verpflichtet zu sein. IV. 76.

— zu Kirchenbauten. XV. 618., XII. 307. S. Baupflicht, Landfrohnden, Kriegsfrohnden.

— Competenz der Civilgerichte bei Ausmittlung der Entschädigung für aufgehobene Herrenfrohnden. XI. 535.

— Ablösung derselben. Entschädigungsansprüche des ehemaligen reichsunmittelbaren Adels. XVIII. 515.

— in wiefern die Ablösungsverträge die Genehmigung der Finanzbehörde oder der Gemeinden bedürfen. XVIII. 445.

Frohn *ben*, Nothlegitimation bei Familienfrohn. Passivlegitimation der Gemeinden, wo sämtliche Gemeindebürger frohnpflichtig sind. Competenz der Gerichte. XVIII. 439.

Frohn *herr* hat im Falle der Verkauf-Ankündigung das Maas anzugeben, auf welches er glaube, daß die ungemessenen Frohndern zurückzubringen seien. IV. 77. Ob er die Fuhren, die nach einem bestimmten Orte zu leisten sind, nach einem eben so nahen und fahrbaren einseitig verlegen dürfe, ist zweifelhaft. IV. 84.

Frohn *recht*. XVIII. 452. Thauengeld. XVIII. 457.

Frohn *streitigkeiten*, passive Legitimation bei Frohnstreitigkeiten und Anwendung des §. 1238 der P.O., wenn in zweiter Instanz eine Klage für zur Zeit unstatthaft erklärt ward. XI. 532.

Früchte, bezogene — vernachlässigte, f. Besitzer — unredlicher.

— in gutem Glauben genossen, f. Besitz.

— sie werden in die Appellationssumme eingeordnet. VIII. 8.

Früchtener *satz*. XVII. 136. 167.

— über die Kenntniß der Mängel des Titels auf Seite des Besther und die rechtliche Folge dieser Kenntniß in Bezug auf Früchtenersatz. Anwendung des L.N.G. 550. XIII. 133.

Fructus percepti et percipiendi, f. Früchte, Mißbrauch.

Fuhrleute, deren Haftbarkeit für anvertraute Waaren. XVI. 513. S. auch Haftbarkeit.

Furcht, f. Nothwehr.

Fürst, dessen doppelte Person als Regent und Privatmann; und die daraus entspringende Verhältnisse. I. 116.

Fürsten, Freiausschreibende, f. Reichsdeputation.

Furtum violentum, f. Diebstahl — gewaltsamer.

G.

Gant, ist eine Nachbildung der *cessio bonorum*. VI. 41.

— Erzeugt eine Gemeinschaft unter den Gläubigern. VI. 143. Keiner derselben kann seine Forderung durch einen besondern Proceßgang verfolgen. VI. 143. Zieht daher alle Sachen an sich, welche die Schulden des Erldars betreffen. VI. 143. Also gehört auch eine Klage auf Austreibung eines Unterpandes aus dem Pfandbuche vor das Gantgericht. VI. 143. S. auch *cessio bonorum*, Gantausbruch, Gantgläubiger, Gantsachen, Gantproceß, Gantverfahren, Gläubigerausstoß, Unterpandsgläubiger.

— entzieht dem Gemeinschuldner alle Verfügungsgewalt über sein Vermögen. XI. 213., wirkt sie für sich allein Vermögensabsonderung. XI. 24.

— Löst die Gütergemeinschaft der Ehegatten ipso jure auf. VIII. 150. Geht jedoch nicht die vermöge Ehevertrags zukommenden Rechte auf. VIII. 148.

Gant, Wirkung derselben in Bezug auf die Fälligkeit der Forderung gegenüber den Sammtschuldnern. XVII. 186. Wirkung auf die Richtigkeit u. Ansehnlichkeit der Rechtsgeschäfte des Gantmanns. XVII. 199. Vorauszahlung einzelner Gläubiger in der Gant, Natur der desfalligen richterlichen Verfügung u. Appellation dagegen. XVII. 239.

— Findet gegen die richterliche Feststellung des Ausbruchs der Zahlungsunfähigkeit eines Verganteten (L.R. Anh. S. 208) ein Rechtsmittel sogleich, oder erst am Schlusse der Gantverhandlung statt. XVI. 212.

— Der hohe und niedere Adel hat im Concurse eine Competenz aus den Früchten des Lehens oder Stammguts anzusprechen. II. 296—299. S. auch Competenz, Handelsgant.

Gantanwalt, ist dieser befugt, Kraft seines gesetzlichen Vertretungsrechtes der Gantmasse von dem Gemeinschuldner einen Offenbarungseid zu verlangen. XVI. 25.

Gantausbruch, XV. 23.

— durch denselben geht das Eigenthum des Vermögens des Gemeinschuldners auf seine Gläubiger über. V. 162. 239. Er verliert also auch die Verwaltung desselben. V. 162. 239.

— ist mit der eigentlichen Insolvenz und deren Erklärung gleichzeitig. VI. 20. Ihn bestimmt das Gericht nach Tag und Jahr jeder Urkunde, welche darthut, daß ein Schuldner sich geweigert hat, zu zahlen. VI. 20. Wird jedoch nicht eher richtig gestellt, als bis zugleich der Schuldner zu zahlen aufhört, oder sich selbst für zahlungsunvermögend erklärt. VI. 20. Nicht von dem Augenblick, sondern vom bürgerlichen Tage desselben an, sind dem Gemeinschuldner alle Verwaltungshandlungen untersagt. VI. 19, 20, 21, 22, 23. Also ist auch die Zahlung einer nicht fälligen Schuld ungültig, wenn sie am nämlichen Tage wo die Insolvenz-Erklärung erfolgte, jedoch einige Stunden vorher, von ihm geleistet wurde. VI. 22. 23. V. 310. Die zehn Tage nach demselben vorgenommenen Veränderungen, Veräußerungen, Verbindlichkeitsübernahmen und Zahlungen unverfallener Schulden haben die gesetzliche Vermuthung wider sich, daß sie zum Abbruch der Rechte der Gläubiger geschehen seien. VI. 22. V. 237. S. auch Gantsachen, Hand- und Unterschrift, Kauf.

Ganten der Handelsleute, ist der Theilhaber einer offenen Handelsgesellschaft Handelsmann und deshalb seine Gant eine Handelsgant? XVI. 212.

— können Nachlassvergleiche nach richterlicher Bestätigung angefochten werden? XVI. 325. S. auch Borg- und Nachlassvergleiche.

— Feststellung der Zeit des Gantausbruchs. Einstellung der Zahlungen. XIX. 325. Begriff eines Handelsmanns nach L.R. S. 1. Festsetzung des Gantausbruchs nach dem Ganterkenntniß ist statthaft. XIX. 327.

Ganterkenntniß, durch dieses werden alle auf der Masse haftenden

Schulden rückfälligkeit der Zeit ihrer Zahlungspflichtigkeit einander gleichgestellt. V. 315. 316. S. auch *versio in rem*.

Ganteröffnung. Zur Begründung derselben ist es nicht erforderlich, daß der Erbtar sich seiner Schulden halber entfernte, auch eine Entfernung aus andern Gründen genügt. Voraussetzung zur Annahme einer Ueberschuldung. XIX. 1.

Gantgläubiger treten in allen Dingen und Rechten, welche das Vermögen des Gantmanns ausmachen, in seine Rechte ein, und vertreten ihn also sowohl active als passive. VI. 40, 41, 42, 64. Ob sie als *successores singulares* oder *universales* anzusehen seien, ist in der deutschen Proceßtheorie controvers. VI. 41. Sind *mandatarii in rem propriam* oder auch Verwalter fremden Guts zu eigenem Nutzen. VI. 41. Erscheinen als Repräsentanten des Schuldners, und stellen sich, in so ferne sie über sein Eigenthum zu ihrer Befriedigung verfügen, als dessen Rechtsfolger dar. VI. 41. Sind deshalb in der Beziehung nicht als Dritte zu betrachten. VI. 42. Können also auch den L.R.G. 1328 nicht für sich anwenden. VI. 43. Müssen vielmehr eine von dem Gemeinschuldner anerkannte Privat-urkunde auch in ihrem Datum als richtig gelten lassen. VI. 44. Dadurch werden die Gläubiger keinen Collisionen Preis gegeben. VI. 42. Im Gegentheil wird dadurch eine Ungerechtigkeit vermieden, welche darin bestünde, daß jemand, der mit dem Gemeinschuldner, als dessen Vermögensumstände noch günstig waren, contrahirte, unterlassen hatte, sich einer, nach damaliger Lage der Sache gar nicht erforderlichen Beurtheilungsweise zu bedienen, nun, wo der Schuldner gantmäßig geworden ist, seinen Beweis durch die Urkunde verlieren sollte. VI. 43. S. auch *Contradictor*, Erben, Zahlungspflichtigkeit, Gläubigerauschuß.

— sie können die Disposition des Gemeinschuldners, wodurch der Vermögensstand verletzt wird, anfechten, selbst wenn sie früher als 10 Tage vor dem Ausbruche des Concurfes unternommen wurde. II. 299. 300.

— bekannte, sind, ohne Unterschied zwischen Pfand- und gemeinen Gläubigern, speciel vorzuladen. II. 289.

— die — der ersten Ordnung erhalten, wenn das freie Vermögen nicht zu ihrer Befriedigung hinreicht, dieselbe zunächst aus dem der IV. Ordnung, dann von den Gläubigern der II. und III. Ordn. gemeinschaftlich, nach Verhältnis ihres Empfangs aus der Masse. V. 117. 118. Es ist dies für eine diesen beiden Classen gemeinschaftlich obliegende Schuld erklärt. V. 118. 119.

Gantmann, Beweisraft des Geständnisses des Gemeinschuldners in der Gant. XII. 313. 370.

Gantmasse, auf das, was die Ehefrau für die Gemeinschaft verwaltet, kann sie gegen die Gantmasse des Mannes für ehewerbliche Forderungen kein Retentionsrecht geltend machen. XV. 495.

Gantmäßigkeit eines Schuldners. Gefährde kann aus dem Grunde

allein noch nicht angenommen werden, daß ein zahlungsempfänger der Gläubiger wußte, daß der zahlende Schuldner bereits gantmäsig war. XVIII. 432. S. auch Vater, Vormund.

Gantproceß richtet sich im Badischen nach den Grundsätzen des gemeinen Proceßrechts. VI. 143. Begründet nach der Regel über die Connerität der Sache einen allgemeinen Gerichtsstand. VI. 143. 144. Ruß in dem ordentlichen Wohnsitze des Schuldners verhandelt und erörtert werden. VI. 143. Ist in der Art und mit den damit zusammenhängenden Rechtsverhältnissen dem französischen Rechte fremd. VI. 40. S. auch Contradictor, Gläubigerausstoß, Gant, Präjudicialpunkte, Verurtheilung.

Gantsachen, über die Form der Verkündung der Vertheilungsabscheide, die Nichtanwendung des Art. 384 a. der P.O. (Art. 2 des Gesetzes v. 3. August 1837) und die Förmlichkeiten der dagegen zu ergreifenden Rechtsmittel. XIII. 557.

— findet kein dritter Rechtszug statt. I. 254. Vernehmung des Appellaten bei eingelegter Appellation. I. 322.

— bei solchen findet nur wegen einzelner Liquidations- und Prioritäts-Ansprüche ein dritter Rechtszug statt. V. 198. 199. Also nicht über Erkennung der Gant. V. 198. 199. Viel weniger noch, wenn bloß eine Vermögensuntersuchung wegen Verdachts der Gantmäsigkeit eingeleitet worden ist. V. 199. 200. Es findet aber gegen das Erkenntniß der Gantmäsigkeit eine summarische Appellation an das Hofgericht statt. V. 199. Ob auch gegen die vom Amte verhängte Vermögensuntersuchung, als Einleitung in die Gant, ist zweifelhaft. V. 199. Noch zweifelhafter ist es aber, ob eine solche Verurteilung einen Devolutiv-Effect habe. V. 199. Der Suspensiv-Effect findet nicht statt. V. 199. Die Allgemeinheit des Gerichtsstandes in solchen wird von der Baierschen Regierung nicht in Baden, und nach dem Grundsätze der Reciprocität, von Baden nicht in Baiern anerkannt. V. 369. 370.

— eignen sich zum dritten Rechtszuge, wenn sie die Gültigkeit, den Umfang oder das Vorzugsrecht eines Anspruchs betreffen. VI. 150. Aber nicht, wenn sie ein bloßes Provisorium angehen, wozu auch ein Verwaltungsaufwand der Masse zu rechnen ist. VI. 150. Sie sollen nämlich nur in der Instanzenreihe nicht weniger begünstigt sein, als andere Sachen, keineswegs aber vor diesen einen Vorzug genießen. VI. 151. Immer bleibt es bei ihnen noch die gesetzliche Regel, daß sie nur zweier Instanzen fähig sind. VI. 150. 151. Wenn es sich also von Erkennung der Gant, Vermögensuntersuchung, Versteigerung eines Massstückes, einem Vergleiche über ein solches handelt, findet kein dritter Rechtszug statt. VI. 151. Also auch nicht, wenn die Frage davon ist, ob ein Mitgläubiger der Gesamtheit der consentirenden Gläubiger das Recht bestreiten könne, über ein Massobject einen Vergleich abzuschließen, was in der Massverwaltung, in die Constituirung der Masse unter den Gesamtgläubigern

- selbst einschlägt. VI. 152. Eine Vergleichsbestätigung gehört zwar zu solchen, aber nicht mit der Eigenschaft des §. 12 der Verordnung vom 17. Mai 1827. VI. 152.
- Gantfachen.** Verhältniß der Gantgläubiger und Separatisten bei Ergreifung eines Rechtsmittels für die Gantmasse. XVII. 292.
- **Ausschlußerkennniß im Gantverfahren.** Wenn der Gantrichter ein Wiederherstellungsgeſuch verwirft, ohne auf die damit verbundene Anmeldeklage ein Erkenntniß zu geben, so muß der Appellationsrichter, welcher das Wiederherstellungsgeſuch für sich begründet hält, sich darauf beschränken, die Wiederherstellung zu erkennen. Ein Erkenntniß über die Begründung der Anmeldeklage steht ihm in so lange nicht zu, als der Gantrichter darüber noch nicht erkannt hat. XIX. 339.
- Ganturtheil,** der Recurs gegen ein hofgerichtliches Ganturtheil an das Oberhofgericht ist als Revision anzusehen. III. 34.
- Gastwirth,** s. hôtelier, Verjäh rung.
- Gattenmord,** Auslegung des §. 10. des Strafbuchs. XI. 432.
- Gebrauchsrecht,** s. *jus compascendi*.
- Gebrechen,** körperliche, s. Züchtigung.
- Gebühren,** sind die Districtsnotare an das Verbot des Selbsteinzugs ihrer Gebühren gebunden? XV. 349.
- Geburt,** eines während der Ehe empfangenen Kindes, s. *Eheliche Geburt*. — s. Bürgerrecht.
- Geburtsort,** s. *Todtenschein*.
- Geburts tag,** Beweis desselben durch ausländische Geburtsregister, s. *Urkunden* — *ausländische*.
- Gefährde.** a. Sie muß bewiesen werden. VIII. 430. — b. Die Anfechtungsklage der Gläubiger gegen eine zu ihrem Nachtheil geschehene Veräußerung setzt den Beweis der Arglist und der wirklichen Beschädigung voraus. VIII. 431. — c. Verjäh rung dieser Klage. VIII. 433. S. auch *Ertheilung*.
- Gefährde,** Handlung des Schuldners zum Abbruch der Gläubiger, Erforderniß der Anfechtungsklage. XIX. 314.
- Gefahr,** Uebergang derselben bei einem Kauf nach „Recht finden“. — IX. 152, 154, 155. S. auch *Nothwehr*, *Selbstmord*.
- Gefälle,** grundherrliche, kann ein grundherrliches Gefäll, nachdem es vom Bezugsberechtigten für eine alte Steuer declarirt, und als solche von der Staatsregierung aufgehoben worden ist, in der Folge wegen besserer Aufklärung über die privatrechtliche Natur der Abgabe gegen den Besitzer des vormalig pflichtigen Grundstücks wieder an- und nachgefordert werden. XI. 323.
- Gefangenschaft,** s. *Kriegspflicht*.
- Gefängniß,** s. *Geständniß*, *Succumbenzgeld*.
- Gefängnißstrafe,** s. *Geldstrafe*, *Unschuldsrecurs*.
- Gegenbeweis,** s. *Eigenthum* — *getheiltes*, *Schriftvergleichung*, *Verjäh rung* — *kurze* — *fünfjährige*, *Vermuthung*.

Gegenschein, wodurch derjenige, dem eine Quittung behändigt worden, erklärt, die Zahlung noch nicht, oder nicht ganz geleistet zu haben, ist kein Nebenvertrag. III. 150., — beweist bloß, daß die Quittung nichts gilt. III. 150.

Gegenvormund, ist im Badiſchen nicht üblich. V. 347. S. auch Vormund. XV. 520.

— hat keine Verwaltung anzusprechen, und ist dafür auch nicht verantwortlich. VIII. 192.

Gehülfe ist im allgemeinen derjenige, der einen andern auf irgend eine Art bei Vollbringung einer das Wesen des Verbrechens ausmachenden Handlung unterstützt. V. 332, 333, 334, 335. Jeder Geh. ist Theilnehmer an dem Verbrechen, aber nicht jeder Theilnehmer ist ein Gehülfe. V. 354.

— bei einem Verbrechen, wie er sich von einem Theilnehmer unterscheidet. II. 315. 316.

Gehülfen und Theilnehmer eines Verbrechens werden nach L. 50. §. 4. L. 54. §. 4. D. de furtis und L. 8. §. 2. D. ad leg. Jul. de adult. den Hauptverbrechern gleichgeachtet. III. 271., — insbesondere nach L. 6. D. ad leg. Pomp. de parric. Nach dem kanonischen Rechte im Cap. 6. X. de homic. vol. und dem Art. 177. der P.-G.-O. ist die Art und das Maas der Strafe dem richterlichen Ermessen überlassen. III. 271. — Nach der Praxis wird schon derjenige dafür erklärt, der den mit ihm durch die engsten Bande der Natur verbundenen Thäter nicht an der That zu hindern sucht. III. 271. 272.

— zu Verbrechen. XIV. 175. 177.

Gehülfin, intellectuelle, ist die Frau, welche die Absicht ihres Mannes kennt, und ihn nicht daran zu hindern sucht. III. 270.

Geigenstrafe, wer auf dieselbe erkennen darf. I. 323.

Geistesverwirrte, s. Zurechnungsfähigkeit.

Geisteschwäche, als Grund zur Anfechtung von Rechtshandlungen. Geisteschwäche, wegen welcher statt einer Entmündigung nur eine Verbeistandung nach S. 499 erkannt wurde, gibt keinen Grund zur Anfechtung von Rechtshandlungen die schon vor der Verbeistandung eingegangen wurden, wenn gleich die Geisteschwäche zur Zeit der Rechtshandlung fundbar schon vorhanden war. S. 303. XIII. 435.

Geistliche sind der Rechte, welche die neueste Staatsdiener-Pragmatik den Civildienern beilegt, nicht theilhaftig geworden. III. 143. — Auf sie ist die Hofrathsinstruction anwendbar. III. 143. — Können daher nach 3monatlicher Aufkündigung im administrativen Wege entlassen werden. III. 143. S. auch Ordensgeistliche.

Geistliche Territorien, s. Territorien.

Geldstrafe, jeder Gulden derselben wird einem Tag Gefängnißstrafe gleichgeachtet. V. 277. S. auch Acctsdefraudation, Beurkundungen des bürg. Standes, Errungenschaftsgemeinschaft, Unschuldsrecurs, Pönalstrafen, Zuchthausstrafe.

Geldvorschüsse sind kein bloßes Bauerngeschäft. V. 35. S. auch Schuldscheine.

Gelübdebruch. XIII. 455.

— über unerhebliche Thatfachen. XV. 361.

— die darauf gesetzte Strafe kann den nicht treffen, der selbst Theilnehmer am Verbrechen, nicht als Zeuge hätte abgehört werden sollen. II. 306—308.

— wird von Waldschützen begangen, der das seiner Gut anvertraute Holz selbst entwendet. VI. 298. S. auch Holzdiebstahl, Dienstgelübdebruch, Meineid.

Gemähdlesammlung, s. universitas facti.

Gemarkung, s. jus compascendi, Neubruchzehnten, Zehntpflicht, universitas juris.

Gemarkungsstreitigkeiten zwischen zwei Gemeinden, gehören nicht zur Competenz der Justiz, sondern der Administrativstellen. X. 161.

Gemeinden, wird die Staatsgenehmigung zu einem Rechtsgeschäfte der Gemeinde erst zu einer Zeit erteilt, wo die Gemeinde ihre Einwilligung zum Rechtsgeschäfte selbst bereits zurückgenommen hat, so hat sie keine rechtliche Wirkung mehr. XIV. 439.

— Die Vorschrift des L.R.G. 1305 ist auf Verträge, welche eine Gemeinde ohne die erforderliche Staatsgenehmigung abgeschlossen hat, nicht anwendbar. XIV. 439.

— Staatsgenehmigung zu den Liegenschaftskäufen derselben. XIV. 439.

— Haftbarkeit derselben für den bei Tumult verübten Schaden. XVIII. 261. XIX. 372.

— Legitimation derselben zu Processen. XVII. 354. S. auch Proceßführung, Staatsentschädigung.

Gemeindegüter, Streitigkeiten über deren Theilung sind jetzt ausschließlich der Administrativ-Behörde zugewiesen. VI. 287.

— deren Vertauschung. Die im §. 151. I. 1. der G.D. für Veräußerung von Liegenschaften der Gemeinden vorgeschriebene Einholung der Staatsgenehmigung ist auch bei Vertauschung von Gemeindeliegenschaften erforderlich, wenn gleich von Seiten der Gemeinde zu Vertauschungen nach §. 116 nicht ebenso, wie nach §. 115 zu andern Veräußerungen, ein Gemeindebeschluß, sondern nur ein Beschluß des Gemeinderaths u. Ausschusses (§. 135. N. 6) erforderlich ist. XIV. 19.

Gemeindekasse. Ob die Vorladung und Einwilligung der Gemeinde zur Uebernahme einer ständigen Ausgabe und resp. einer neuen Last erforderlich sei. IX. 466. 468.

Gemeindelasten, s. Kreisdirectorien.

Gemeindeprocesse, was ist zur Sachlegitimation erforderlich, und was zur Klagebegründung, wenn eine auf Verjährung gestützte Confefforienklage erhoben wird? XI. 174.

Gemeinderath ist nicht befugt, das Gemeindevermögen mit ewigen Lasten zu beschweren. VIII. 391.

Gemeindeschulden, s. Kriegsschulden.

- Gemeindeumlagen**, Betreibung derselben von der Administrativbehörde. XII. 310. S. auch **Competenz**.
- Gemeinschaft**, f. Ehegemeinschaft, Fahrnißgemeinschaft, Errungenschaftsgemeinschaft, Gütergemeinschaft.
- Gemeinschaftsart**, f. Ehevertrag.
- Gemeinschafts-Ehe**, f. Adel, Nutznießung.
- Gemeinschaftsgut**, daran stehen dem Ehemann allein alle Rechte des Eigenthümers zu, die Frau hat als Miteigenthümerin keine Rechte. VII. 8. Nicht einmal mit gerichtlicher Ermächtigung das Gemeinschaftsgut verbindlich machen. VII. 8. Die Rechte der Ehefrau sind nur bedingter Natur, erst mit der Auflösung des Gemeinschaftsguts tritt ein wahres Eigenthumsrecht ein. VII. 8. 12., — kann, so wie auch die eigenen Güter des Mannes für alle Beliehenden- und Errungenschaftsforderungen von der Frau angegriffen werden. VII. 9.
- Gemeinschaftsgüter**, f. Gütergemeinschaft.
- Gemeinschaftsschulden**, welche dahin gehören. VIII. 299. Sie sind bei der Errungenschaftsgemeinschaft von jedem Ehegatten zur Hälfte, selbst aus dem eingebrachten Vermögen zu zahlen. VIII. 298., und von der Ehefrau selbst, wenn sie auf die Gütergemeinschaft verzichtet. VIII. 300.
- zu welchen die Frau bei Contrahirung derselben nicht mitgewirkt hat, hat sie nur so weit zu übernehmen, als ihr Theil an der Gütergemeinschaft reicht, wenn sie sich derselben nicht entschlagen hat. IV. 29. Mit Anerkennung einer solchen ist nicht mehr blos die Nichtigkeit dieser Eigenschaft, sondern auch der Verzicht auf die Wohlthat der Entschlagung verbunden. IV. 36.
- können hinsichtlich des Beweises nicht als analog mit Gantschulden betrachtet werden. VI. 41. S. auch Ermächtigung — gerichtliche, Gütergemeinschaft — eheliche, Schulden, Errungenschaftsgemeinschaft.
- Gemeinschaftsvermögen**, f. Ehemann.
- Gemeinschuldner**. Ein solcher, auch wenn er nicht Handelsmann ist, kann wegen seines Uebelhausens constituirte werden. II. 295.
- kann nur in gewissen Fällen zum Eide zugelassen werden. V. 238. 239. 240. Da aber niemals, wo die Gantmasse nicht als seine Rechtsnachfolgerin erscheint, und seine eigene Handlung als ungültig angefochten wird. V. 238. 239. 240. S. auch Gantausbruch, Gant, Handschrift, Zahlungsflüchtigkeit.
- Gendarmen**, f. Gatschere.
- Gendarmerie-Commando** ist als Staatsstelle zur Anstellung einer Injurienklage berechtigt. VIII. 502.
- Genehmigung einer Theilung durch Annahme eines der zugewiesenen Güter**. XIII. 469. S. auch Erbtheilungen.
- einer Verbindlichkeit durch Erfüllung. XIII. 539., ausdrücklich oder durch Erfüllung, Unterschied beider. XIV. 606. S. a. Verbindlichkeiten.
- stillschweigende eines Vertrag. L.R.S. 1108 a. b., 1338, 1338 a. XIV. 212.

Generalvollmacht, womit sich ein Anwalt für alle Instanzen zugleich im Voraus legitimirt, gilt auch jetzt noch, denn die Vorschriften des §. 140. 3. der neuen P.O., daß für jede Instanz eine Vollmacht vorgelegt werden solle, schließt den bisherigen Gerichtsgebrauch nicht aus. VII. 302.

Generationen, s. Erblehen.

Genugthuung, öffentliche und private. I. 291.

Geräthschaften, dieser im L.R.G. 2102 vorkommende Ausdruck ist durch die Verordnung vom 30. Dezember 1809 in „Fahrnißstücke“ umgewandelt. III. 34. Das Vorzugsrecht auf solche bestimmt das Gesetz ohne zu unterscheiden, ob sie noch unverändert, oder in einer andern Gestalt vorhanden sind. III. 34. S. auch Eisen, Brandstiftung.

Gerechtigkeit, ewige, unschätzbare; s. Ordinationssumme.

Gerechtigkeiten, unschätzbare, s. Zinsen und Güten.

Gericht, Ablehnung eines solchen wegen Betheiligung. VIII. 122.

S. Kompetenz, Kompetenzconflicte, Erbstrittigkeiten, Landesgerichte.

Gerichtsacten, deren Versendung in das Ausland zur Einsicht einer dortigen Partei kann, wenn sie nur in der Gemächlichkeit der letztern ihren Grund hat, sogleich abgelehnt werden. VI. 318. Sind hingegen die in der Requisition der ausländischen Behörde angeführten Motive dringend, so sind die Erklärungen der Interessenten darüber zu erheben. VI. 318. Sind diese eingekommen, so arbitirt das Richteramt, ob und wie ferne sie zu berücksichtigen seien. VI. 319. Besondere Aufmerksamkeit ist bei Ausfolgung rechtspolizeilicher Acten, von Inventuren, Erbtheilungen, Testamenten u. dgl. nothwendig, auch allenfalls eine vorherige Communication mit der einschlägigen administrativen Oberbehörde. VI. 319. Bei zweifelhaften oder im Objecte wichtigen Spezialfällen ist erst das schriftliche Gutachten eines Senatsrathes, sammt dem Instructivum zu erheben. VI. 319. Tritt dabei ein öffentliches Interesse ein, so behält sich das Oberhofgericht die Communication mit dem großh. Justizministerium vor. VI. 319. Müssen der Administrativbehörde mitgetheilt werden, wenn von ihr ein mit der gerichtlichen Verhandlung connexer Punkt zu erledigen ist. VI. 321. Sonst sind sie dem großh. Justizministerium vorzulegen, welches vermöge seiner Oberaufsichtspflicht allein ermeßen kann und soll, in wieferne etwa die begehrte Einsicht zu verweigern sei. VI. 321. S. auch Privaturfunde.

Gerichtsbarkheit, dauert bis zu Ende des Processus fort. VIII. 121.

— willkührliche, steht im Widerspruch den Aemtern in erster, und den Kreisdirectorien in zweiter Instanz zu. V. 166. 167. S. auch Kreisdirectorien.

Gerichtsbarkheitsacten sind nur solche, welche als eine Folge der Justizverwaltung und der deßfalls erforderlichen organischen Einrichtung oder der hierauf Bezug habenden Ausübung gerichtsherrlicher Befugnisse angesehen werden müssen. II. 226i.

Gerichtsbrauch, formeller und materieller. I. 15. 16.

— er kann gegen deutlich redende Gesetze nichts entscheiden. VIII. 77.

— **S. Acte** — gerichtliche, Contradictor.

Gerichtsermächtigung, s. Ermächtigung.

Gerichtsgebühren, in wiefern milde Stiftungen davon befreit sind, s. Stiftungen.

Gerichtsherrn, welche ihre Justizbeamten gegen Ordnung und Gesetz vom Dienste verstoßen, haben selbst für die Folgen einer solchen widerrechtlichen Handlung einzustehen, und können diese nicht auf ihre Nachfolger in der Jurisdictionsherrlichkeit überwälzen. II. 220.

Gerichtsmitglied, s. Erbtheilung — Minderjähriger.

Gerichtspflichtigkeit der Fremden, s. Einsassenrecht.

Gerichtsschreiber, ob er Mitglied des Gerichts, und auch für dessen Handlungen mit verhaftet sei. I. 277.

— ist nicht zu den Staatsbedienern zu rechnen, und ist insbesondere nicht unabweislich angestellt. X. 234.

Gerichtsstand, dessen Begründung gehört zu den Förmlichkeiten des Processes. VII. 136.

— der Connerität ex ident. caus. XV.

— **Hæreditatis jacentis**. IX. 350. Der hievon redende §. 17 der P.D. bezieht sich nur auf neu angebracht werdende Klagen. IX. 350.

Concurrirt mit dem allgemeinen Gerichtsstand des Wohnsitzes. IX. 355. Eines Ausländers, wegen von ihm gegen einen Ausländer außerhalb des Großherzogthums eingegangener Verbindlichkeiten. IX. 289. 290. Der gelegenen Erbschaft ist nicht vorhanden, wenn es sich von außer Landes übernommenen Verbindlichkeiten handelt, wegen welcher der Erblasser im Lande Recht zu nehmen nicht gehalten war. IX. 290. Des Arrestes gegen Ausländer. IX. 293., s. Arrest.

— a. Der gelegenen Sache, nach älterem P.R. exclusiv. VIII. 29. —

b. Privilegirter des Fiscus: bei persönlichen Klagen, bei jedem Mittelgericht. VIII. 106. 176. — c. Connerität begründet (nach altem P.R.) keinen Gerichtsstand, wo gar keine Gerichtbarkeit vorhanden ist. VIII. 31. — d. In Dienstbotensachen ist er fortwährend bei dem Bürgermeisteramt. VIII. 121. — e. Die Erbschaftsklagen vor dem foro des Erblassers, so lange die Erbschaft ungetheilt ist. VIII. 120.

des Arrestes, begründet nicht das forum für die Hauptsache. VII. 145. 146. Man hat jedoch eine Ausnahme von diesem Satz in einem Falle gemacht, wo das ausländische Vermögen des Beklagten überschuldet und mit Sequester belegt war. VII. 146.

— der Hauptintervention ist der gewöhnliche der Klage (erste Instanz), gleichviel ob der Hauptproceß in 2. oder 3. Instanz abhängig sei. IX. 422.

— der pensionirten Militärbeamten. Pensionirten Offizieren steht das Vorrecht eines befreiten Gerichtsstandes nicht zu, gleichviel, ob ihnen bei der Pensionirung gestattet ist, die Uniform der Suite zu tragen, oder nicht. XIV. 331.

Gerichtsstand, der geführten Verwaltung ist im Badischen durch das neue Landrecht nicht aufgehoben. VI. 141. 142. Wird durch die Eigenschaft einer Forderung, als eines Dienstverwaltungsrecesses, begründet. VI. 141. S. auch **Rechtshängigkeit**.

— des Ausländers am Orte des Aufenthalts im Lande. XVIII. 584.

— privilegirter, ob die zur Familie eines auswärtigen deutschen Souverains gehörenden Personen, die zur Zeit einer gegen sie erhobenen Klage ihren Wohnsitz im Badischen haben, einen privilegirten Gerichtsstand ansprechen können. VII. 137., diese Frage ist sowohl nach dem öffentlichen Recht des deutschen Bundes (Art. 14. d. d. B. U.) als auch nach den Landesgesetzen (VI. Const. Ed. §. 21. lit. d. lit. b. — §. 20. lit. a.) zu bejahen. VII. 137. 138. Nicht entgegen steht die Verordnung vom 21. März 1812, und ebensowenig das Organisationsedict v. 1809.

— bei Klagsachen gegen auswärtig wohnende Standesherrn, s. **Standesherrn**.

— der Grundherrschaft am Ort der Grundherrschaft. XII. 304. — Sind die Besitzer der bad. Grundherrschaften, wenn sie im Ausland ihren Wohnsitz haben, in persönlichen Klagen die gegen sie angestellt werden, der Gerichtsbarkeit der bad. Gerichte unterworfen. XII. 497.

— der patentirten Staatsdiener in polizeilichen Strafsachen ist in erster Instanz das Kreisdirectorium, von welchem der Recurs an das Ministerium des Innern geht. VII. 278. Für höhere Militär- und die ihnen gleichstehenden Personen ist vom letztern Sache keine Ausnahme zu machen, wenn selbst das Oberkriegsgericht ihre erste Instanz bildet. VII. 278., s. **Oberkriegsgericht**.

Gerichtsständigkeit, s. **Competenz**.

Gerichtsverfahren, Gegenstände desselben. VII. 135. ff.

Gerichtszugriff, s. **Kauf**.

Gerichtszuständigkeit, s. **Competenz**.

Geschäftsführer, negotiorum gestor, seine Pflicht zur Rechnungsstellung. I. 49.

Geschäftsführung, gehört dazu die Absicht, das Geschäft eines Andern zu besorgen. XI. 208. Verbindlichkeit aus der widerrechtlichen Geschäftsführung. XVII. 179.

— damit daraus ein Anspruch gegen den Geschäftsherrn abzuleiten sei, muß dieser an der selbst eigenen Versorgung gehindert gewesen sein. VIII. 378.

— eine Klage aus derselben hat immer derjenige, welcher die Schuld eines Andern ohne speziellen Auftrag desselben bezahlt hat. V. 352. Es kann darauf auch die Einrede der Zahlung von demjenigen gegründet werden, der seines eigenen Gläubigers Schuld bezahlt hatte, und von diesem auf Zahlung belangt wurde. V. 352. S. auch **Anstellungsvertrag**.

Geschäftsgang der Obergerichte, ob er durch die P.D. an Gründlichkeit und Klarheit verloren hat. VIII. 69.

Geschenkannahme, f. Bestechung, Staatsdiener, Unschuldsrecurs.
Geschenkgabe, f. Bestechung.

Geschlechtsbeistand, ohne sie kann eine Frau sich für die Schulden ihres Mannes nicht sammtverbindlich machen. III. 79., — ob sich eine Frau ohne solche der Gütergemeinschaft entziehen kann. III. 80. Mangel eines solchen, wenn die Ehefrau nach dem Tode ihres Mannes binnen drei Monaten kein Inventarium errichten ließ. — Folgen hievon, f. Gütergemeinschaft, Vermögensverzeichniß, Ehefrau. Wird der Mangel eines solchen bei einem angefochtenen Rechtsgeschäft erst in zweiter Instanz gerügt, so ist dies kein neuer Klaggrund, sondern nur eine Verstärkung des ursprünglichen. V. 68.

— Der Vater ist der Beistand seiner Töchter, kraft Gesetzes, — er bedarf keiner Verpflichtung. V. 68.

— die einem öffentlichen Acte vorausgegangene Verpflichtung desselben ist zu vermuthen, wenn er in dem Acte als verpflichtet genannt wird. IV. 37. Unterbediente des Gerichts dürfen in dem Augenblick, wo das Geschäft unternommen werden soll, nicht verpflichtet werden. IV. 32. Daraus läßt sich nicht auf den Fall argumentiren, wo ein Beistand zwar nicht gleich beim Anfange eines Geschäfts, aber doch bei dessen Vollziehung verpflichtet worden war. IV. 28. 32. S. auch Bürgschaft — eheweibliche, Sammtverbindlichkeit.

— Ob dessen Verpflichtung durch einen Theilungs-Commissär die Nichtigkeit eines von ihm unterzeichneten Rechtsgeschäfts zu Folge habe, ist controvers. II. 206 vergl. mit 211.

— er kann sich zur Führung eines Processus für seine Pflegbefohlene nicht selbst bevollmächtigen. IX. 5.

— in Ehestreitigkeiten muß er zwar nicht von der Frau beigezogen werden, darf es aber eben so gut, als ein beratender Beistand. VI. 216. 217. S. auch Ehescheidungsproceß. S. auch Beistand, Ermächtigung.

— der französischen Gesetzgebung ist dies ein fremdes Institut. VI. 215.

— ist jetzt auch im Babilischen aufgehoben.

Geschlechtsname, f. Namensunterschrift.

Gesellschaften, sowohl von unbestimmter als von bestimmter Dauer, werden durch den Tod eines Gesellschafters aufgelöst. II. 167—171. 176—178. Doch kann die Fortdauer nach dem Tode eines Gesellschafters bedungen werden. II. 177.

— offene, I. 273.

— verbotene, f. Freimaurer.

— bei Zolldefraudationen, f. Zolldefraudation.

Gesellschafter. Recht der Gesellschafter auf Ersatz der Einlagen. XIX. 256.

Gesellschaftsmasse, aus derselben kann ein Gesellschafter nach dem Tode des Mitgesellschafters einen Theil hinwegnehmen, ohne darum der Erbe des andern zu sein. V. 220. S. auch Nutznießung — lebenslängliche, Soudervermögen — eheweibliches.

- Gesellschaftsvermögen.** Die nach §. 887 u. 888 gegen Erbtheilungen stattfindende Umstößungsklage wegen Verfürgung findet nach §. 1872 gegen Theilung des Gesellschaftsvermögens überhaupt statt. XIII. 115.
- Gesellschaftsvertrag,** dafür wird es gehalten, wenn ein Pächter einer Spielbank gewisse Procente des Ertrags Andern überließ, unter der Verbindlichkeit, eine gewisse Summe zu dem jährlichen Bankensatz beizutragen. II. 164. 165. 174. 184.
- Gesellschaftsverträge,** wenn gleich die Vorschrift des L.R.G. 1834, daß die Gesellschaftsverträge, sobald das Einbringen 75 fl. übersteigt, schriftlich geschlossen werden müssen, nur die Bedeutung hat, daß sie andernfalls nicht durch Zeugen erwiesen werden dürfen, so erscheint nach dem Handelsrechtssatz 39 die Schriftlichkeit nicht nur zur Beweislichkeit, sondern selbst zur Gültigkeit desselben nothwendig, es wäre sonst damit auch Anh. Satz 42, wornach solche Verträge in öffentliche Bücher eingetragen werden müssen, nicht vereinbarlich. XV. 594.
- deren schriftliche Abfassung ist nur wegen der Beweislichkeit vorgeschrieben. XII. 302.
 - L.R.G. 1851. XVIII. 413.
 - L.R.G. 42. Die Nichtigkeit eines Gesellschaftsvertrags wegen unterlassener Förmlichkeiten, kann von den persönlichen Gläubigern eines Gesellschaftsgliedes den Gesellschaftsgläubigern entgegen gehalten werden. XVIII. 415.
- Gesetz,** dessen verbindende Kraft und Aufhebung. I. 86. — Was darin entschieden ist, gilt allgemein. II. 78. — Aelteres, dem ein neueres derogirt, ist für den Richter kein Gesetz mehr. IV. 229. Gesetze, Gewohnheiten und Rechtsmeinungen, welche nicht geradezu oder folgeweise im neuen Gesetzbuche enthalten sind, hat der L.R.G. 6 b. abgeschafft. III. 7. S. auch Provinzialgesetze.
- Gesetzbuch,** dasselbe erstreckt sich in der Regel über alles, was innerhalb der Gränzen des Territoriums enthalten ist, über Personen sowohl, als Sachen. II. 49.
- Gesetze,** neue, können nach der Verfassung nicht ohne Mitwirkung der Stände erlassen werden. III. 157. — In wiefern den provisorischen Gesetzen verbindliche Kraft zukommt. VII. 188. Die Beurtheilung von deren Gerechtigkeit und Billigkeit liegt außer der richterlichen Competenz. VIII. 288. Competenz der Gerichte bei Beurtheilung der Gültigkeit und Rechtsverbindlichkeit promulgirter Gesetze und Verordnungen. XVI. 263.
- deren Wirkung, insbesondere welches Gesetz zur Anwendung kommt, wenn ein Vertrag durch Correspondenz von verschiedenen Orten aus geschlossen ist. XI. 497.
 - Verhältnis der landesherrlichen Gesetze zur Bundesacte. a. Alle vor und nach der Bundesacte ergangenen landesherrlichen Gesetze und Verordnungen sind nur in soweit anwendbar, als sie nicht mit dersel-

- ben im Widerspruch stehen und neben ihr bestehen können. VII. 220.
- b. Die älteren deutschen Particular-Landesverordnungen können dem von einer höhern Gesetzgebung für ganz Deutschland ausgesprochenen neueren Bundesgesetze nicht derogiren, vielmehr tritt das umgekehrte Verhältniß ein. VII. 220. c. Die deutsche Bundesacte kann als Staatsvertrag von den bad. Landesgerichten nur in soweit zur Entscheidungsnorm angenommen werden, als ihr Inhalt im Regierungsblatt promulgirt worden. VII. 220.
- Gesetze, haben keine rückwirkende Kraft. I. 86. 87., V. 232., IV. 235., VI. 283., VIII. 104., deren Rückwirkung. XVII. 381.
- Gesetzes-Auslegung, hat der Richter nur in soweit zu berücksichtigen, als ihm das ältere Gesetz dunkel oder zweideutig erscheint. II. 213. Die nicht von der gesetzgebenden Gewalt, sondern von der obersten Justizbehörde ausgegangen sind, gelten nicht für authentisch, sondern nur doctrinell. II. 213. 265.
- wenn die authentische Auslegung vor Einführung der ständischen Verfassung zustand. XI. 124.
- Bei den Auslegungen herrscht der Grundsatz vor, daß derjenige, welcher bei Eingehung eines Rechtsgeschäfts die Folgen desselben nicht ausdrücklich bestimmt, diese der Gesetzgebung anheimstellt, welche dereinst, wenn der Fall eintreten würde, bestünde. VI. 47. S. auch Gütergemeinschaft, eheliche.
- Gesetzgebung, östreichische, kennt den Unterschied zwischen Orts- und Schutzbürgern nicht. IV. 49. Gibt dem Ausdruck „Bürger“ durch Beifügung des Wortes „Gewerbsmann“ seine Bedeutung. IV. 49. S. auch Bürger und Ortsassen.
- Gesetzgebungscommission soll das durch Uebermacht aufgedrungene französische bürgerliche Recht dem Character der badischen Unterthanen und ihren angewohnten Rechten mehr anpassen. V. 108.
- Gesinde Diebstahl, s. Diebstahl.
- Gesindeordnung, s. Dienstverding.
- Geständniß, wie ein vollgültiges gerichtlich beschaffen sein muß. I. 150. 151. 223. Beschränkung desselben. Beweislast XVII. 26. — eines Dritten. XVII. 149. Trennbarkeit und Untrennbarkeit desselben. I. 48. 74., XI. 74.
- außer gerichtlich, dafür gilt ein solches, das vor einem Staatschreiber abgelegt wurde. II. 58. Von einem nicht besonders dazu bevollmächtigten Beistande einer Frauensperson abgelegt, ist wirkungslos. II. 58. 59.
- bei Vaterschaftsklagen. XVII. 216. S. auch Beischlaf.
- gerichtlich, ist einer gesetzlichen Vermuthung gleich. V. 246. Befreit den, für welchen es spricht, von allem Beweise. V. 246. Gegenbeweis des Irrthums ist nicht ausgeschlossen. V. 246. Muß vollständig sein. V. 246. Muß also, wenn dadurch die Existenz eines Ehevertrags bewiesen werden soll, alle wesentlichen Erfordernisse zur Gültigkeit desselben mit der nämlichen Bestimmtheit angeben, wie sich solche

aus der wirklichen Vorlage des Ehevertrags ergeben hätte. V. 247. Verweist auch nicht eine wirklich erfolgte Schenkung, wenn nicht die Beobachtung der dabei vorgeschriebenen Förmlichkeiten mit darin begriffen ist. V. 247. S. auch Beweis—schriftlicher, Strafe—peinliche, Schlußverhöre, Urkunden, Urtheile.

Geständniß. Dazu wird nach hab. Rechte nichts erfordert, als eine Erklärung vor der Obrigkeit. VI. 186. Ob dies eine ordentliche oder außerordentliche, eine rechtliche oder staatspolizeiliche Stelle sei, scheint gleichgültig zu sein. VI. 186. S. auch Bürgermeisteramt, Unterpand — gerichtliches.

— des Gemeinschuldners in der Gant. Der §. 867 der P.D., welcher die Wirkung der Geständnisse eines Gemeinschuldners im Liquidationsverfahren gegen die Masse bestimmt, findet wegen Gleichheit des Grundes auch analoge Anwendung auf diejenigen Prozesse, welche die Gantmasse als Klägerin gegen Dritte führt. XII. 313. 370.

— ob es vorhanden, wenn der Mandatar eingesteht, Gelder für den Mandanten zwar eingenommen, jedoch auch wieder für ihn verwendet zu haben. I. 47.

— **Wideruf** von Geständnissen der Anwälte, wo solcher anzubringen, wenn nicht der Richter, vor dem gestanden wurde, wohl aber der höhere auf das Geständniß Rücksicht nahm. XII. 26. S. auch Widerufsanmeldung.

— das sich auf einen Irrthum über eine Thatfache gründet, kann zurückgenommen werden. IV. 27.

Geständniß in Criminalsachen. Gültigkeit des durch Schläge erzwungenen Geständnisses. I. 294., ist es durch Krummschließen des Angeeschuldigten, durch Schläge, Einsperren in ein abgesondertes Gefängniß, oder gar durch Ausfagen in einem dem Sonnambulismus ähnlichen Schlafe desselben bewirkt worden, so hat es im Criminalproceß keinen Werth. VI. 356. Zumal wenn dasselbe auch noch später, als aus Lebensüberdruß abgelegt, widerrufen wurde. VI. 351. 356. S. auch Blutschande, dolus.

— es ist, wenn es im Schlußverhöre ratihabirt wurde, selbst dann nicht für erzwungen anzusehen, wenn die Bestrafung des Inquisiten mit Stockstreichen wegen gerichtlicher Lügen dasselbe zur Folge hatte. II. 111.

— ob das Geständniß des Verbrechens getrennt werden darf. I. 142—156. Das qualifizierte Geständniß eines Inquisiten darf nicht getrennt werden. II. 107., V. 259. 260.

— **Beweiskraft** des Geständnisses. I. 91—93., 227. Beweiskraft eines Geständnisses überhaupt, insbesondere bei erheblicher Verstandesschwäche des Angeeschuldigten. XV. 323. Ob der Thatbestand durch ein Geständniß vollkommen erwiesen wird? VII. 272. S. auch Thatbestand. — Ob der objective Thatbestand eines Diebstahls durch das Geständniß des Inculpaten allein bewiesen werden könne. XI. 597.

- Als Beweismittel des ob- und subjectiven Thatbestandes der Tödtung, s. Tödtung.
- Geständniß in Criminalsachen, es gibt nicht den besten Aufschluß über den Vorfall. III. 87.
- das ein vor Gericht geforderter Verbrecher ablegt, und wobei er auch seine Mitschuldigen nennt, kann darum, weil diese ihre Schuld läugnen, noch nicht für falsch, oder gar für eine Verläumdung angesehen werden. VI. 299. 300.
- Ob das freiwillige Geständniß eines Inquisiten einen Milderungsgrund abgebe, wenn man ohne dasselbe dem Verbrechen vielleicht gar nicht auf die Spur gekommen wäre. VII. 272.
- muß bei Verbrechen, auf denen Lebensstrafe steht, nach manchen Autoritäten noch durch einen halben Beweis unterstützt werden. III. 279.
- des Vertheidigers kann dem Inquisiten nicht so schaden, wie in Civilsachen das Geständniß des Sachwalters dem Principalen. II. 118.
- qualificirtes, I. 47., suspendirt das directe Urtheil über die Schuld, wenn die vom Inquisiten gemachten Beschränkungen in solchen Nebenumständen und Gegen-Indicien bestehen, welche vorher nicht erwiesen sind, und wenn nicht wenigstens die Wahrheit der Umstände selbst und ihre Verbindung mit der Hauptsache genau erwiesen ist. III. 87. Die im bürgerlichen Gesetzbuch enthaltene Bestimmung von der Untrennbarkeit des Geständnisses paßt nicht für das Criminalrecht. V. 259. 260. Hier ist das Geständniß der That, als äußerer Erscheinung, von dem der Absicht des Thäters zu trennen. V. 260. Was die letztere angeht, so hat der Richter darauf zu sehen, ob die von dem Inquisiten angegebenen, darauf Bezug habenden Umstände bewiesen, oder doch wenigstens glaublich und wahrscheinlich sind. V. 260. S. auch Criminalproceß, Nothwehr.
- Widerruf eines Geständnisses. I. 142. 199. Der Widerruf eines, obgleich durch Suggestivfragen herbeigeführten Geständnisses ist nicht zu beachten, wenn die Wahrheit dieses Geständnisses durch erhebliche Indicien unterstützt wird. XIV. 37.
- Getheiltes Eigenthum, s. Eigenthum — getheiltes.
- Gewähr, ist der von einem Rathschreiber allein gefertigte Grundbuchs-Eintrag wirksam, und unter welchen Voraussetzungen liegt in einem Grundbuchs-Eintrag stillschweigend die Ertheilung der Gewähr. XV. 579.
- Gewähr- oder Entschädigungsklage kann erst nach vorausgegangenem Entwährungsurtheil stattfinden, — durch eine bloß drohende Entwährung wird sie nicht begründet. IV. 254.
- Gewährleistung des Lebenden, ob sie durch Entledigung des Bürgen erlischt, ist zweifelhaft. IV. 345. 350. S. a. Bürgschaft, Cession, Erbhöher; — die Gewährleistung bei cedirten Forderungen begreift auch den Fall, wo die Forderung durch Compensation erloschen war, selbst wenn die Gegenforderung erst nach der Cession liquid ward. VIII. 403.

Gewährleistung des Verkäufers berechtigt den Käufer im Falle einer Eigenthumsstörung den noch nicht bezahlten Kaufschilling so lange zurück zu behalten, bis der Verkäufer die Störung beseitigt oder Sicherheit leistet. IV. 254. S. a. Fehler, verborgene, offene, Litisdenunciation. Wenn der Verkäufer eines Grundstücks die Freiheit desselben von jeder Dienstbarkeit mittelst ausdrücklichen Gebings versprochen hat, muß er diese Freiheit selbst dann gewährleisten, wenn der Käufer vom Dasein einer auf dem Grundstück lastenden Dienstbarkeit Kenntniß hatte? XIII. 406.

— beim Verkauf körperlicher Sachen, welche Pflichten darin enthalten sind. VIII. 403.

— sind sich die Erben wegen Entwährung aus einer der Theilung vorhergegangenen Ursache schuldig. VIII. 262.

— bei Zwangsversteigerungen. XVII. 430.

— Untheilbarkeit derselben und Einfluß auf die vindication ehe- weiblicher Liegenschaften. XVII. 428.

Gewährleistungsklage des Käufers findet erst statt, wenn ihm der Gegenstand, in Bezug auf welchen er Gewährleistung fordert, schon wirklich entwährt ist, er also den Besitz der Sache, beziehungsweise der Freiheit derselben von Lasten, bereits verloren hat. XIV. 258.

— Streitverkündung. XV. 593. S. auch Streitverkündung.

Gewalt, elterliche, begreift nach neubabischem Rechte nur die Rechte und Pflichten der Eltern rücksichtlich der Person der Kinder. V. 166. Das Recht und die Pflicht derselben zur Verwaltung des Kindervermögens kommt unter dem Titel von der Minderjährigkeit und Vormundschaft vor. V. 166. Die väterliche Gewalt begreift nach gemeinem Rechte die Verbindlichkeit, welche dem Vater rücksichtlich der Person und des Vermögens seiner Kinder zustehen. V. 166.

— gesetzgebende, vollziehende und richterliche. Verschiedene Ansichten darüber, ob sich dieselben bloß coordinirt, oder ob eine der andern subordinirt sei. II. 131. 132. 137. 138.

— herrschaftliche, gibt dem Herrn die Macht, den Knecht, wo keine Verträge entgegenstehen, nach seinem Belieben zu seinem Nutzen zu verwenden. IV. 80. S. auch Nothwehr, Raub, Selbstmord.

Gewalt-Ausübung, gemeinschaftliche, die Strafen der Verbrechen, welche unter die Form derselben gehören, müssen ohne Zeitabkürzung zusammengerechnet werden. V. 334. S. a. Tödtung, Wilderei.

Gewaltentlassung, s. Minderjährige.

Gewalthaber, der Ausländer zum Empfang aller Insinuationen. VIII. 248. S. a. Mandatar, Fidei procurator.

Gewerbe, gemeines, was darunter zu verstehen sei. I. 287. S. auch Einsassenrecht, Hurenwirthschaft, Kuppelrei, Polizeigewalt.

— der Welber, s. Rechtswohlthaten — weibliche.

Gewerbsbedürfnisse, s. Handelsgeschäfte.

Gewerbsleute im Sinne des C. 1326. Die Vorschrift des C. 1326

- findet nach dem 2. Abs. dieses Satzes auf Urkunden von Gewerbsleuten u. keine Anwendung, und es kommt hierbei, da das Gesetz unbedingt spricht, nicht darauf an, ob sie diese Urkunden in ihren Gewerbsverhältnissen oder über andere Rechtsgeschäfte ausstellen. XIII. 112. S. a. Handelsgeschäfte.
- Gewerbsteuer, mit Einführung derselben (1. Mai 1813) hat auch das Schutgeld und der Leibzoll der Juden aufgehört. IV. 205. 207.
- Gewerbsteuereklasse, in die höchste kommen in den größern Städten von mehr als 6000 Seelen, die Handelsleute der neunten Klasse des Betriebskapitals von 5000 fl. V. 214.
- Gewinn such t, s. Hurenwirthschaft und Kuppelrei.
- Gewissen svertretung durch Beweis — nach dem Landrecht nicht zulässig. VIII. 27.
- Gewohnheiten, s. Ehevertrag, Gesetze, Provinzialgesetze.
- Gewohnheitsrecht, s. Herkommen, *servitus aperiendi fenestram*, Schenkwrthe, Privatrechte.
- Glifte, ägende, s. Vergiftung.
- Glaube, guter, im Früchtegenuß, s. Besitz.
- guter — böser, s. Besitzer — redlicher.
- Gläubiger, Befugniß desselben, die Rechte seines Schuldners geltend zu machen. XVI. 220.
- Gläubiger-Ausschuß tritt an die Stelle des Contradictors. VI. 145. Kann daher in einem Prioritätsstreite nicht gehört werden. VI. 145, S. auch Contradictor.
- Unter welchen Voraussetzungen handelt die Mehrheit der Gantgläubiger oder der Gläubigerausschuß bindend für die Gläubiger? — Können auch bloße Bevollmächtigte von Gantgläubigern zu Ausschußgliedern ernannt werden. XV. 453. S. a. Gantgläubiger.
- Glaublichkeits eid kann weder zugeschoben, noch vom Richter aufzulegen werden. II. 66.
- Glück, besseres, s. Bürgschaft.
- Glücksspiele, ob die Bestimmung des römischen Rechts, wornach der Gewinn aus Glücks- und Hazardspielen nicht nur nicht eingeklagt, sondern das bereits Bezahlte wieder zurückgefordert werden konnte, im badiſchen Landrecht abgeändert sind. VII. 54. 55. 56.
- Glücksverträge, Begriff und Arten derselben. VIII. 478.
- Gnadenrecurs, s. Recurs zur Gnade, Unschuldrecurs, Rechtsrecurs.
- Gottesäcker, s. Baupflicht, Begräbnißstätten.
- Gotteslästerung, das der kirchlichen Gesellschaft dadurch gegebene Aergerniß, also die Deffentlichkeit, bildet den eigentlichen Strafgrund derselben. V. 293. S. a. Verunglimpfung, grobe.
- Gränzausscheidungsklage. XII. 571.
- Gränzsteinverrückung, Thatbestand dieses Verbrechens. XII. 583.
- Gränzstreitigkeiten zwischen den Gemarkungen zweier Gemeinden gehören zur Competenz der Administrativbehörden. X. 161.
- Großändler ist der Kaufmann, der nicht en detail verkauft, so wie

Kleinbändler, der nicht en gros verkauft. V. 215. Wo beides in einer Person vereinigt ist, kommt es darauf an, ob eine Forderung aus einem Handel en gros oder en detail herrührt; in erstem Falle steht ihr ein Vorzugsrecht zu für die Lieferungen des letzten Jahres, im zweiten blos für die der letzten 6 Monate. V. 215. Auf das Betriebskapital kommt es dabei nicht an. V. 215. Entgegenstehende Ansicht. V. 214. In Frankreich geht die Eigenschaft aus dem Patente des Kaufmanns hervor. V. 213. S. auch Gewerbesteuerklasse.

Großjährige, s. Erbtheilung.

Großjährigkeit, s. Ehevertrag, Minderjährige.

Grundbuch, dessen Form und Unterschied von Flur- oder Lagerbüchern: XII. 178.

Grundbucheintrag, ist der von einem Rathschreiber allein bewirkte wirksam, und unter welchen Voraussetzungen liegt in einem solchen Eintrag stillschweigend die Ertheilung der Gewähr. XV. 579.

— Eintrag der Dienstbarkeiten in dasselbe, um solche gegen Dritte geltend machen zu können. XIII. 3.

— ist auch bei verlegenschafteten Fahrnissen nöthig. XVIII. 432.

— Der Verkauf von Fahrnissen, welche zur Zeit des Gantausbruchs den Bestandtheil einer Masseliegenschaft bilden, und deshalb vermöge gesetzlicher Bestimmung als Liegenschaft zu betrachten sind, kann ohne Grundbucheintrag gegen die Gläubiger des Erblärs nicht geltend gemacht werden. Beim Klumpenverkauf wirkt die Ungültigkeit hinsichtlich einzelner Kaufsgegenstände Auflösung des ganzen Rechtsgeschäfts. XIX. 4.

— Gesetzliche Folgen der unterlassenen Eintragung der Liegenschaften. XII. 178. S. auch Kauf, Verkauf, Unterpfandsrecht — gesetzliches — der Ehefrau, und Unterpfandsrecht — bedungenes.

Grunddienstbarkeit, wird constituirt durch das Versprechen des Lehenherrn, dem Leheninhaber das benötigte Brennholz jährlich zukommen zu lassen. II. 230. 232. Sie erlischt nicht durch den theilweisen, sondern nur durch den gänzlichen Untergang des herrschenden Guts. II. 231.

— Eintrag derselben in das Grundbuch. XIII. 3.

Grundeigenthum. Wer nicht Eigenthümer eines Grundstücks ist, erwirbt auch kein Grundeigenthum daran durch Veränderungen oder Verbesserungen, weil dem Eigenthümer Alles gehört, was mit seiner Sache vereinigt oder ihr einverleibt ist. VII. 60. S. Verbesserungen.

— Zahlung des Handlohns ist eine Anerkennung des Grundeigenthums. IX. 451.

Grundeigenthümer kann sich bebingen, wenn das Nuzueigenthum wieder an ihn zurückfallen soll. III. 8. Zu seinem Vortheil wirken die Abänderungen des alten Rechts durch das neue in allen Fällen, wo in Ermangelung eines gesetzlichen Erbrechts nach altem Rechte noch die successio ex pacto et providentia majorum im Erbleben stattgefunden hatte, nach neuem aber dasselbe heimfällig wird. III. 10.

Die frühern Rechtsverhältnisse desselben erlitten dadurch eine Abänderung, daß nach neuerem Rechte der Anschlag des Erbtlehens in die Masse geworfen werden muß. **III. 10.** — Er kann kein Heimfallsrecht ansprechen, sobald bei der Erbtheilung das Erbtlehen einem Erben zugetheilt wurde, der nach dem Erbtlehenbriefe dazu berechtigt war. **III. 10.** S. auch Erbtlehen.

Grund eigentümer. Zu seinen Obliegenheiten gehört es, einen Erbbestandsbrief zu erteilen. **IV. 121.** S. auch Erbtlehenbrief und Erbtlehenvertrag.

Grundherrschaft, deren Gerichtsstand am Ort der Grundherrschaft. **XII. 304.**

— welche im Ausland wohnen, ob sie in persönlichen Klagen, die gegen sie angestellt werden, der Gerichtsbarkeit der badischen Gerichte unterworfen sind. **XII. 497.**

— Sie können im Falle eines gegen sie ausgebrochenen Concurſes eine Competenz aus ihren Lehngütern ansprechen. **II. 296. 297., VII. 167.** S. auch Competenz.

— sind berechtigt, von den Grundpflichtigen ungemessene Frohnden zu fordern. **IV. 82.** Ob sie sich zu vorzunehmenden Arbeiten derselben bedienen wollen, oder nicht, ist eine *res meræ facultatis*. **IV. 78. 82.** S. auch Grundpflichtigkeit.

— Ueber das Recht der badischen Grundherren auf volle Entschädigung für die Aufhebung nutzbarer Abgaben, Rechte und Gefälle. Verweisung ihrer bei der Bundesversammlung erhobenen Beschwerde an die badischen Landesgerichte und über die Competenz dieser Gerichte zur Fällung eines Erkenntnisses ohne Rücksicht auf das Gesetz vom 28. Dezember 1831. **XIII. 315., XV. 189.**

— Die Frage, ob die Bundesversammlung für eine Beschwerde competent sei, kann nur von ihr selbst, und nicht von den Landesgerichten entschieden werden. **XII. 167.**

— können ihre Beamten nicht eigenmächtig, sondern nur mit Staats-Approbation oder gerichtlichem Erkenntniß entlassen. **V. 12. 15.** Eines dieser Erfordernisse zur Entlassung gilt so viel als das andere. **V. 12. 15.** Bei Verpfändungen derselben sind die Obligationen durchs Kreisdirectorium auszufertigen. **V. 374.** Zur Uebernahme der Sammtverbindlichkeit sind ihre Frauen vom Hofgerichte zu ermächtigen. **V. 374.**

— dienstpolizeiliche Behörde ihrer Beamten. **VIII. 118.** Sie sind im Zweifel berechtigt, ihre Beamten aus ihrem Dienst und Gehalt zu entlassen. **VIII. 114.** Diese Beamten sind keine Staatsdiener. **VIII. 113.** Durch Uebernahme der Patrimonial-Gerichtsbarkeit trat der Staat in die Verpflichtung der Grundherren gegen deren Justizbeamte. **VIII. 285.** S. auch Standesherrn.

Grundherrlichkeit der Städte ist aufgehoben. **XIV. 458.**

Grundherrschafft, ob die beim Verkauf verschwiegene Stammguteigenschaft einem verborgenen Fehler gleichzuachten sei. **IX. 473.**

Grundlast, ist keine Steuer. IX. 102., f. Steuer.

Grundpflichtigkeit ist der Inbegriff der Rechte, die auf einem Grundstück haften. IV. 88. Hat gewisse, von den Gutsherrn zu entrichtende Leistungen zum Gegenstande. IV. 88. Ein gesetzlicher Ausfluß derselben ist die Frohndpflicht. IV. 75. 81. Jedoch mit Beschränkung auf die Guts- und Familienfrohn, und mit Ausschluß der waltzenden. IV. 81. Kann unter der jetzigen Gesetzgebung nicht neu bestellt werden, sondern wird nur geduldet, wenn sie vor Einführung des N.L.R. in rechtmäßiger Übung gewesen. IV. 89. Dazu wird aber erfordert, daß sie durch gültigen Rechtstitel oder verjährten Besiß gedeckt ist. IV. 89.

— wird zu deren Klagbarkeit außer dem Rechtstitel auch Besiß erfordert. XI. 384.

— Dieselbe kann nur von einem Grund- oder Standesherrn oder vom Staat in Gerichten geltend gemacht werden. XIX. 415.

Grundsteuerordnung von 1810. VII. 67., macht keinen Unterschied zwischen Steuerentrichtung und Steuerpflicht. VII. 68. Wer die Steuer zu entrichten hat, ist auch der Steuerpflichtige. VII. 68. Das Gr. Finanzministerium ist eben so wenig befugt, die Grundsteuerordnung aufzuheben, als solche authentisch zu interpretiren. VII. 65. 68. S. auch Steuer, Steuerordnung.

Grundstück, darunter ist im Sinne des §. 36. des bad. Lehenedicts kein einzelnes Stück Feld, sondern ein ganzer Complex von Gütern zu verstehen. VI. 340, 342, 344, 345. S. auch Lehen.

Grundzinse, f. Bauerngüter, Zinsen und Gülden.

Gülden, f. Zinsen und Gülden.

Gültgüter, deren Unterscheidung von Erblehen, f. Zinsgüter. XII. 310.

Gut, dienendes und herrschendes, bei Dienstbarkeiten. XIII. 599. S. Dienstbarkeiten.

— liegendes, f. Liegenschaft.

— mütterliches. Darunter ist nach pfälzischem Landrechte auch das zu verstehen, was den Kindern erst nach dem Tode der Mutter von Blutsverwandten der mütterlichen Linie angefallen ist. II. 74.

Gutachten, es ist dem Ermessen des Richters überlassen, in welchen Fällen das Superarbitrium des Medicinalreferenten einzuholen ist. VIII. 239.

— der Gerichtsärzte über den Seelenzustand eines Verbrechers, in wie weit ist der Criminalrichter beim Erkenntniß über den abnormen Seelenzustand an dieses Gutachten gebunden? XIII. 270. S. auch Sanitätskommission.

Güter=Complex, f. Grundstück.

Gütergemeinschaft. a. Damit die gesetzliche Gütergemeinschaft unter Ehegatten nicht eintrete, muß sie durch ein besonderes Gebing ausgeschlossen sein. VIII. 296. b. Sie fällt nur so weit weg, als dies geschehen kann. VIII. 296. c. Sie wird durch den Ausbruch

der Sant ipso jure aufgelöst. VIII. 150. S. Errungenschaftsgemeinschaft.

① Gütergemeinschaft, gesetzliche, ist nach den Grundsätzen des allgemeinen Gesellschaftsrechts, mit Rücksicht auf die persönlichen Verhältnisse, die unter Eheleuten als solche eintreten, zu beurtheilen. II. 145. 146.

— allgemeine, bei Heirathen vor Einführung des Landrechts. XV. 453., löst sich in den vor dem 1. Januar 1812 ohne Errichtung von Ehepacten geschlossenen Ehen, in die Fahrnißgemeinschaft auf. VI. 47. 48. VIII. 178. Die frühere allgemeine Gütergemeinschaft muß als gar nicht mehr bestehend angesehen werden und alles erworbene, wie alles in die Ehe gebrachte Vermögen hat aufgehört ein gemeinschaftliches Patrimonium zu sein; jeder der Ehegatten bekommt seinen hälftigen Antheil als privatives Vermögen und trägt somit auch die Hälfte von den Schulden der aufgelösten allgemeinen Gütergemeinschaft. VII. 178. Das jus pro indiviso beider Theile an denselben dauert auch nach der Errichtung eines Inventars bis zur wirklichen Abtheilung noch fort. II. 147. 148. Ist nach den allgemeinen Regeln für die Erbtheilungen zu vertheilen. II. 148. Dispositionen des Ehemanns über dasselbe verpflichten ihn zur Auslieferung des Fahrniß-Antheils, entweder in natura, oder nach der Taxation. II. 147.

— allgemeine, des deutschen Privatrechts ist eine *communio pro indiviso*. VII. 16. 21. Folgen davon. VII. 16. 21. Entg. Ansicht. VII. 19.

— Die allgemeine Gütergemeinschaft des Landrechts wird, obgleich sie das ganze gegenwärtige und zukünftige Vermögen der Eheleute begreifen kann, in allem Uebrigen nach den Regeln der gesetzlichen Gütergemeinschaft des Landrechts beurtheilt. VII. 16. Folgen hiervon. VII. 16.

— eheliche, rücksichtlich ihrer sind die Eheleute nicht Rechtsfolger eines des andern, sondern ihre Rechte sind die der Theilnehmer einer gemeinschaftlichen Sache. VI. 41. 42., hinsichtlich des Antheils eines Ehegatten an derselben erscheint er als Mit Eigenthümer. V. 220.

— umfaßt auch die während der Ehe errungenen Liegenschaften. IV. 244. 245. Ein während der Ehe gegen ein anderes eingetausches liegendes Gut fällt nicht in die Gemeinschaft, sondern tritt an die Stelle des vertauschten (*res succedit in locum pretii*). IV. 245.

— vindication eheweiblicher Liegenschaften während der Ehe überhaupt, und bei Zwangsversteigerungen insbesondere. XVII. 427.

— Das Handelsgeschäft, das eine Ehefrau als Handelsfrau führt, kann gleichwohl Eigenthum der Gemeinschaft sein. Auf das, was die Ehefrau für die Gemeinschaft verwaltet, kann sie gegen die Santmasse des Mannes für ihre eheweiblichen Forderungen kein Retentionsrecht geltend machen. XV. 495.

— Wie berechnet sich die Erbschaftforderung eines Ehegatten, dessen gebrachte Liegenschaft während der Ehe gegen einen in die Gemein-

schaft geflossenen Kauffchilling veräußert wurde, welcher ganz oder theilweise in einer Leibrente besteht? — Kann der in Gemeinschaft gestandene überlebende Ehegatte, bei kinderloser Ehe, die durch L.R.G. 1473 vorgeschriebene Verzinsung seiner Ersatzforderung verlangen? XI. 187.

Gütergemeinschaft, eheliche. Ist die Vorschrift des L.R.G. 2146 auf den Fall anwendbar, wenn eine in allgemeiner Gütergemeinschaft stehende Ehefrau sich der Gemeinschaft theilhaftig macht, und darauf von einzelnen Massegläubigern richterliche Pfandrechte gegen sie eingetragen werden. XVIII. 202.

— Eheliche Gemeinschaftsschulden sind alle die während der Ehegemeinschaft von dem Manne gemacht wurden. II. 18. Für alle haftet der Mann principaliter, vorbehaltlich seines Rückgriffs auf die Frau oder deren Erben, wegen der von ihm bezahlten Hälfte. II. 21. 23.

— Haben zwei in Gemeinschaft lebende Ehegatten eine Schuld, ohne einer Sammtverbindlichkeit zu erwähnen, gemeinschaftlich übernommen, so kann der Ehemann als Herr der Gemeinschaft immerhin für das Ganze belangt werden. XV. 536.

— Der Mann hat die Fahrnißschulden der Frau aus früherer Zeit, vor Eingehung der Ehe, nur in soweit anzuerkennen, als sie öffentlich beurkundet sind. VI. 37. 41.

— Zu den Schulden derselben gehören alle die, welche der Mann während der Gemeinschaft macht. V. 191. Ausgenommen sind Schulden wegen eines Verbrechens des Mannes. V. 189, 190, 191. Doch können Geldstrafen wegen Verbrechen des Mannes, die den bürgerlichen Tod nicht nach sich ziehen, aus ihr belgetrieben werden. V. 189. 191. Der Frau bleibt jedoch die ihr dafür gebührende Vergütung vorbehalten. V. 191. Verurtheilungen, die den bürgerlichen Tod nach sich ziehen, treffen nur den Antheil des Verurtheilten an derselben. V. 189. 191. S. auch Einwerfung, Ehegattlicher Vertrag.

— So lange die Gemeinschaft dauert hat der Mann die unbeschränkte Verfügung darüber. V. 189. 191. Verwaltungsrecht des Ehemannes an dem Vermögen der Ehefrau. XVI. 422.

— daran machen sich Kinder theilhaftig, welche sich die Hälfte des elterlichen Vermögens nach dem Tode ihrer Mutter zuweisen ließen. II. 18.

— eheliche, wenn von den darin lebenden Ehegatten eines dem andern im Ehevertrage sein ganzes Vermögen mit Ausnahme eines Vorbehalts vermacht hat, und er stirbt ohne Verfügung über den Vorbehalt, gehört dieses den Intestaterben oder dem überlebenden Ehegatten. I. 198—205.

— Einmischung in dieselbe, und zwar der Frau. XIII. 438. Einmischung in dieselbe geschieht durch eine Handlung, wodurch die Frau sich als Theilhaberin an derselben benommen hat. V. 243. 244. Handlungen der bloßen Verwaltung und Unterhaltung gelten nicht für Einmischung. V. 243.

Gütergemeinschaft. Der Ehegatte, welcher einige zu derselben gehörige Stücke unterschlägt oder verheimlicht, verliert dadurch seinen Antheil an ihr. VI. 243—249. incl. Einer Wittwe, welche sich dessen schuldig macht, nützt keine Entschlagung. VI. 245.

— Derselben kann sich die Frau nach dem neuen Landrecht entschlagen, und wo sie sich nicht selbst verschrieben hat, ihr Eigenschaftsbeitragen ohne Schuldenbeitrag zurückziehen. VI. 46. Nach dem altbadiſchen Landrechte hatte sie diese Entschlagsbefugniß nicht, sondern mußte immer $\frac{1}{3}$ der ehelichen Einbuße auf sich nehmen. VI. 46.

— Zur Entschlagung derselben wird erfordert, daß die längstlebende Frau in drei Monaten von dem Sterbetage ihres Mannes ein getreues Verzeichniß alles Gemeinschaftsvermögens im Beisein der Erben dieses Stammes oder nach deren gehöriger Vorladung errichten lasse. V. 242., VII. 287. In drei Monaten und 40 Tagen nach dem Tode ihres Mannes muß die Frau bei der Gerichtsschreiberei des ordentlichen Gerichts des Mannes ihre Entschlagung erklären. V. 242. Durch Versäumung der letzten Frist geht das Recht der Entschlagung nicht verloren, wenn sich die Frau nur in die Güter nicht eingemischt, und ein Vermögensverzeichnis besorgt hat. V. 242. Dasselbe Recht der Entschlagung haben auch die Erben der Frau unter denselben Bedingungen. V. 242. 243. An die Errichtung des Vermögensverzeichnisses in dreimonatlicher Frist hatten sie die französische Rechtsgelehrten jedoch nicht absolut gebunden. V. 243.

— Die Anwendung dieses im französischen Recht unbedingt geltenden Sages wird bei uns beschränkt durch die nach den badiſchen Gesetzen nothwendige Verbeistandung zu allen Handlungen des weiblichen Geschlechts, die die Vermögensverhältnisse desselben betreffen. VII. 287. Deshalb ist die Frage, ob die mit keinem Beistand versehene Wittwe das oben bezeichnete Recht verliert, wenn sie innerhalb 3 Monaten kein Inventarium fertigen läßt, zu verneinen. VII. 288.

— Zur Entschlagung derselben wird eine ausdrückliche Erklärung der Frau binnen einer bestimmten Zeit dann nicht erfordert, wenn wegen eines gegen ihren Manne ausgebrochenen Concurſes eine Vermögens-Absonderung nothwendig wird. III. 77. 78. 79. — Die ausdrückliche Erklärung wird in dem L.R.G. 1456. 1458. 1463 bis 1465 nur für den Fall vorgeschrieben, wo die Ehegemeinschaft durch den natürlichen und bürgerlichen Tod, oder durch Ehescheidung oder Trennung von Tisch und Bett aufgelöst wird. III. 77. — Gesetzliche Vermuthung ihres Entsagungs-Willens nach L.R.G. 1463, wenn sie in Unfrieden von ihrem Manne kommt. III. 78. Die Entschlagung der Frau im Concurſsfalle ihres Mannes fällt nach G. 1454 weg, wenn sie das Gegentheil erklärt, oder sich eingemischt hat. III. 79. — Dann finden die Sätze 778 und 779 von der ausdrücklichen oder stillschweigenden Erbantretung ihre analoge Anwendung. III. 79.

— Die Entschlagung derselben bewirkt den Verlust der Rechte auf die Gemeinschaftsgüter, aber auch Befreiung von einem weiteren Beitrag

zur Gemeinschafts. Schuld. IV. 29.

Gütergemeinschaft. Die nach §. 887 u. 888 gegen Erbtheilungen stattfindende Umstößungsklage wegen Verkürzung findet nach §. 1476 auch gegen die Theilung des ehelichen Gemeinschaftsvermögens statt. XIII. 115.

— Umstößung einer ehelichen Gemeinschaftstheilung. Anwendbarkeit der L.R.G. 887 und 888 auf solche. Verzicht und Bestätigung. L.R.G. 1338. XVIII. 158.

Güterpfleger bei strittigen Erbschaften, Befugniß die Aufstellung eines solchen zu verlangen. IX. 282.

Gutsfrohnern müssen zum Bau oder zur Benutzung eines bestimmten Guts geleistet werden. IV. 81. Sind in Hinsicht der Art der Dienste bestimmt oder unbestimmt. IV. 81. Ungemessen dürfen sie nicht sein, da in jedem Falle der Umfang des Guts ihr Maas bestimmt, und sie in keinem Falle auf einen etwa durch neue Erwerbungen ausgedehnteren Gutsumfang gefordert werden dürfen. IV. 81. 83. Können auch nicht auf ein anderes Gut übertragen werden. IV. 83. §. auch Grundpflichtigkeit.

Gutsübertrag. Zahlung des Handlohns ist nach deutschem Privatrechte das Merkmal eines Gutsübertrags. IX. 450.

Gutsübertragungen zwischen Eltern und Kindern sind Freundschaftsverkäufe. II. 78.

§.

Habe, anvertraute, s. Unterschlagung.

— fahrende, s. Besitz, Errungenschaft, Fahrnißstücke.

— liegende, darunter sind unbewegliche Sachen überhaupt zu verstehen. IV. 88. §. auch Besitz, Liegenschaften.

Hast, persönliche, gestattet das Landrecht wegen unentschiedener Ansprüche an solche Fremde, welche keine andere Sicherheit für Auswärtung des Rechts geben können, nicht aber gegen babilische Unterthanen. VII. 145. Dasselbe gilt vom Realarrest. VII. 145. §. Arrest.

Hastbarkeit der Fuhr- und Schiffsleute für die ihnen anvertrauten Waaren. §. R.G. 103 ff., L.R.G. 1782 ff. Was zur höhern Gewalt als Befreiungsgrund gehört. XVI. 513.

— der Gemeinden, wegen Handlungen ihrer Vorsteher. XVII. 360., für bei Tumult verübten Schaden. XVIII. 261., XXIX. 372.

Hastgeld, die Zurückgabe und Zurücknahme desselben gilt im Zweifel für ein Zeichen der mit gegenseitiger Zustimmung zu Stande gekommenen Vertragsaufhebung, theils weil es im Geschäftsleben dafür angesehen zu werden pflegt, theils weil das einseitige Abgehen von einem durch ein Hastgeld bekräftigten Vertrag nicht die einfache Zurückgabe desselben, sondern für den Geber dessen Verlust, für den Empfänger aber die Erstattung des Doppelten zur Folge hat. (L.R.G. 1590.) XV. 170.

Haftpfennig, f. Arrha.

Halbentmündigung, f. Rechtsbeistand.

Halbsgerichtsbordnung, peinliche, Art. b. III. 147. 149., f. Tödtung. — Art. 35., f. Kindermord. — Art. 130., f. Vergiftung. — Art. 177., f. Gehülfen, — peinliche, f. Detention.

Hand- und Fuhrarbeiten, f. Baupflicht.

Handel auf Coursdifferenz ist ein Hoffnungs-Kauf und klagbar. VIII. 476.

— en détail — en gros, f. Großhändler. S. auch Polizeigewalt.

Handelsbücher, Verjährung ihrer Beweiskraft nach östreichischen Rechten. I. 273.

— Veränderungen derselben durch den Buchführer selbst. XIV. 71.

Handelsdepositum nimmt die Gestalt eines einfachen Darlehens an, indem es den Depositar verbindlich macht, die fungibile Geldsumme dem Deponenten zurückzugeben, sobald dieser sie zurückfordert, oder darüber disponirt. VI. 19. Begründet also kein Real- oder vindicationsrecht. VI. 19.

Handelsfrau, deren Handelsgeschäft als Sache der Gütergemeinschaft. XV. 495., f. Gütergemeinschaft.

Handelsfreiheit, f. Juden.

Handelsgant, ist der Theilhaber einer offenen Handelsgesellschaft Handelsmann, und deßhalb seine Gant eine Handelsgant. XVI. 212. Festsetzung des Gantausbruchs nach dem Ganterkenntniß ist statthaft. XIX. 327. Feststellung der Zeit des Gantausbruchs. Einstellung der Zahlungen. XIX. 325.

— Können Nachlassvergleiche in Handelsganten nach richterlicher Bestätigung angefochten werden? XVI. 325., f. Borg- und Nachlassvergleiche.

Handelsgeleite, f. Juden.

Handelsgerichte, f. Art. 636 des Code de commerce.

Handelsgeschäfte, dahin rechnet der Anhang-Satz 1. allen Umsatz von Staats- oder Handelspapieren. III. 32. 281., alle Arten von Wechselbank- und Wädlergeschäften. IV. 57. Auch den Ankauf der Handwerker oder Gewerbsleute, aber nicht den Verkauf derselben, so lange sie nicht ihre Waaren hauptsächlich auf den Absatz in ganzen Provinzen verarbeiten. IV. 239. 240. 241., alle Lieferungen. IV. 134. 135. 153. 157. Der Leihvertrag aber, wodurch ein Theil dem andern Fruchtsäcke zum Gebrauche überläßt, gehört nicht dahin. V. 134. 135. Brauchen nicht unter Handelsleuten abgeschlossen zu sein. V. 153. Bei ihnen laufen die Verzugszinsen, ohne daß der Schuldner durch Mahnung in Verzug gesetzt zu werden braucht, vom Verfalltage an. V. 149. 150. 153. 157. S. auch Handelsfachen, Zeugenbeweis, Wechsel, Verzinsung, Vermögensabsonderung, Wechselbank.

Handelsgesellschaften, unter deren Begriff gehören auch Verbindungen zu Handelsunternehmungen, und sind deßhalb deren Streitigkeiten durch Schiedsrichter zu entscheiden. XII. 467.

- Handelsgesellschaften.** Wirkung bestehender aber unformlich abgeschlossener Handelsgesellschaften. XVII. 194.
- ihre Sammtverbindlichkeit für die Schulden der Handelsforetät. I. 273. 274.
 - Haftung der Gesellschafter bei unbenannten Handelsgesellschaften. XIX. 104.
 - die Zulassung eines neuen Gesellschafter an die Stelle eines Ausgetretenen, oder das Geding, daß einer der genannten Gesellschafter nur seinen Namen hergebe, sein Antheil aber einem Andern gehöre, und dieser der wahre Gesellschafter sei, bedarf als eine Bedingung oder Modifikation des Gesellschaftsvertrags der Schriftlichkeit ebenso wie der Vertrag selbst. XV. 591., f. Gesellschaftsverträge.
 - offene, ist der Theilhaber einer solchen Handelsmann und deshalb seine Gant eine Handelsgant? XVI. 212. S. auch Weinhandlungsgesellschaft.
 - bei partikularen Handelsgesellschaften sind alle Beweismittel zulässig. VIII. 488. Die darüber aufgenommenen Urkunden bedürfen der doppelten Ausfertigung. VIII. 488.
 - Streitigkeiten zwischen denselben. XV. 311., f. Schiedsgerichte, Schiedsrichter.
 - Erlangen die ordentlichen bürgerl. Gerichte in Ansehung der im A. S. 51 erwähnten handelsgesellschaftlichen Streitigkeiten durch Prorogation die Entscheidungsbefugniß? XVI. 9.
- Handelsgesetze,** bairische, folgen der Ordnung des franz. Code de commerce. VI. 291. Der 8. Titel handelt von den Wechslern in drei Kapiteln, und zwar im ersten von gezogenen, im zweiten von eigenen Wechslern, und im Dritten von der Verjährung derselben. VI. 291. Die im 13. u. 14. Abschnitt des ersten Kapitels enthaltenen Zusätze beziehen sich nach ihrer Stellung nur auf gezogene Wechsel. VI. 291. S. auch Wechsel — eigene.
- als Anhang zum Landrecht, gelten für Handelsleute, Handelssachen, und Handelsgeschäfte. II. 49.
 - in wieferne dieselben analog anwendbar sind auf das allgemeine Civilrecht. VIII. 91.
- Handelsleute,** deren Borg- und Nachlassvergleiche. XIII. 467. S. Borg- und Nachlassvergleiche, Vermögensabsonderung, Wechsel — eigene, Zahlungsfähigkeit.
- Handelsmann,** wechselfähiger, bedarf nicht absolut eines Patents. IV. 57. S. auch Juden.
- Begriff eines Handelsmanns nach L. R. S. 1. XIX. 327.
- Handelspapiere** sind Briefe und Zettel, die statt baaren Geldes in Umlauf sind. III. 32.
- Handelsrecht** gilt nach Anh. S. 1. a. für alle Gattungen von Rechtsgeschäften unter Handelsleuten, b. für alle Handelsgeschäfte unter allen Arten von Personen. III. 281. — 3. Cap. 9. Titel., f. Zins-Coupons.

Handelsrecht kann von allen, die nicht Handelsleute sind, nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Streitgegenstand entweder eine Handelsfache, oder ein Handelsgeschäft ist. II. 49.

— verliert seine Anwendung auf einen eigenen Wechsel durch Verfallmüß seiner Protestation zur Verfallzeit. II. 55., s. auch Recht — bürgerliches, und Wechselkraft.

Handelsfache, Begriff und Wesen derselben. I. 258.

— in der ersten Bedeutung des Anh. Satzes 1. sind Rechtsverhältnisse der Handelsleute unter sich, mit ihrem Handlungsverwalter u. s. w.

— in der zweiten Bedeutung alle Rechtsverhältnisse und Verhandlungen über Handelsgeschäfte zwischen Personen aller Art, II. 49.

— sind auch alle Rechtsverhältnisse und Verhandlungen über Handelsgeschäfte zwischen Personen aller Art. IV. 240. S. auch Wechsel — eigene.

— ist alles, was unter Handelsleuten verhandelt wird. V. 153.

Handelsverbindungen, s. Handelsgesellschaften, schiedsrichterliches Verfahren. XV. 311. 596. S. Schiedsgerichte.

Handelszettel. Begriff. IX. 278. Beweiskraft derselben. IX. 269.

ff. Hierzu ist die Beobachtung des L.R.G. 1326 notwendig, wenn der Aussteller nicht zu den Personen, denen das Gesetz die Beobachtung der daselbst vorgeschriebenen Formlichkeiten erlassen hat, oder nicht zur Klasse der Handelsleute gehört. IX. 276. 278. S. auch Zettel auf Inhaber, Zinscoupons.

Hand führen bei der Unterschrift eines Testaments, s. Testament, — öffentliches.

Hand gelübde, statt Zeugnoids, ist derjenige nicht schuldig abzuleisten, der bei einer Zollbetrugung selbst mitinteressirt ist. II. 327. 328.

— können von Stadt- und Ortsgerichten erkannt und selbst abgenommen werden. VII. 246. 247.

— in welcher Form sie abgenommen werden müssen, und was die über Ablegung eines Gelübdes abzuhaltende Protokolle notwendig enthalten müssen. XI. 232. S. auch Gelübdebruch, Meineid.

Hand lohn, Zahlung desselben ist nach dem deutschen Privatrechte das Merkmal eines Gutsübertrags. IX. 450. Gilt nach bairischen Gesetzen für eine Anerkennung des Grundeigentums. IX. 451. S. auch Erbseihenbrief, Erbschatz.

Handlung des Staats, ihre Bedeutung und Wirkung. I. 116.

— wiederholte, zwischen den nämlichen Partheien kann sie ein Herkommen, sondern nach Umständen nur eine Verjährung begründen. XIV. 433.

— zum Abbruch der Gläubiger, Erforderniß zur Anfechtungsklage. XIX. 314.

Handlungen, freiwillige, sind nach L.R.G. 2232. a. solche, deren Verrichtung oder Unterlassung für rechtmäßig erachtet werden kann, ohne daß das Dasein eines besonderen, hierüber eingegangenen Rechtsverhältnisses unterstellt zu werden braucht. III. 160.

Ob ihre Gränzen nur bis dahin reichen, wo eine *optinio necessitatis* eintritt, ist controvers. III. 159. 160. Begründen kein Herkommen und keine Verjährung. III. 158. 159.

Handschrift auf Ordre, was zu ihrer Gültigkeit erforderlich ist. I. 80.
Hand- oder Unterschrift, ihre Anerkennung oder Ablängnung ist eine gesetzliche Verbindlichkeit des Schuldners, welche mit dem Ausbruche des Zahlungsunvermögens nicht aufhört. VI. 38. Es ist dies keine Verfügung über das Vermögen, sondern ein notwendiges Mittel, den Vermögensstand richtigzustellen. VI. 38. Sie nicht denken, steht zwar den Massegläubigern, insoferne man sie als Rechtsfolger des Creditors betrachtet, zu erklären frei, wenn aber der Creditor sie bereits anerkannt hat, so müssen jene erhebliche Gründe beibringen, um seiner Anerkennung ihre Glaubwürdigkeit zu entziehen. VI. 38. S. auch Rechtsfolger.

Handwerker, s. Handelsgeschäfte.

Handwerksbedeutnisse, s. Handelsgeschäfte.

Handzeichen. Ein bloßes Handzeichen statt der Unterschrift auf einer Urkunde kann, wenn gleich die Richtigkeit desselben erwiesen ist, nicht einmal den Anfang des Beweises liefern, da hiezu nach S. 1347 eine vom Probaten herrührende Schrift erforderlich ist, für welche das Handzeichen nicht gelten kann. XIII. 600. Es kann auch unter einem Testament die Stelle der Unterschrift nicht vertreten. Die Anführung der Hinderungsursache, ein öffentliches Testament zu unterschreiben, genügt nicht, vielmehr muß nach S. 973 auch erwähnt werden, daß der Erblasser selbst erklärt habe, aus der angegebenen Ursache nicht unterschreiben zu können. XIII. 435.

— **Beweiskraft des Handzeichens**. XII. 227. S. auch Urkunde.

Haschtiere, welche die ihnen bekannt gewordenen Verbrechen gegen Geschenke verschweigen, machen sich einer schweren Dienstverletzung aus gewinnstüchtigen Absichten schuldig. III. 182. 183. Ihr Vergehen gehört nicht in die Kategorie der Rechtsfalschheit. III. 183.

— Sind nach der Verordnung v. 28. Mai 1810 nicht nur mit Dienstentsetzung, sondern auch mit schwerer Leib- und, nach Befinden, Zuchthausstrafe zu bestrafen. III. 182. 183.

Haupteid gehört nicht in die Klasse der unvollkommenen Beweismittel. VI. 190. Erledigt eine Sache oft schneller als eine zweifelhafte Urkunde. VI. 190. Durch ihn soll ein Vertrag, dessen schriftliche Fassung veräußert ist, klagbar werden. VI. 190. S. auch Vergleich.

— **Kann über jede Art von Streitigkeiten dem Gegner zugeschoben werden**. V. 296. Doch gilt dies nur von reinen Civil- aber nicht von Criminal- und Ehestreitsachen. V. 296. Findet nur über eigene Handlungen dessen, dem er zugeschoben wird, statt. V. 150. Kann nur von dem eigentlichen Gegner zu- und zurückgeschoben werden. V. 150. 239. 240. Also nicht dem Gemeinschuldner, der aus der Eidesverweigerung selbst keine nachtheiligen Folgen leiden, sondern solche nur der Gantmasse aufbürden würde. V. 239. 240. Wohl

aber Minderjährigen. V. 239. Kann auch von einem mit genügsamer Vollmacht versehenen Gewalthaber in die Seele des Principals ausgeschworen werden. V. 150. S. auch Condonation, Gemeinschuldner, Minderjährige.

Haupteid. Das Recht zur Zuschreibung eines solchen steht nur den streitenden Theilen selbst, niemals aber einem Dritten zu, welcher bloß um der Vertretung eines der streitenden Theile willen, zum Rechtsstreite beigegeben wurde. IX. 112. S. auch Eidesformel.

Hauptintervention. Ist als eine Klage zu betrachten und nach deren Erfordernissen einzurichten. IX. 421. Gerichtsstand derselben ist der gewöhnliche der Klage (erste Instanz) gleichviel ob der Hauptproceß in zweiter oder dritter Instanz anhängig sei. IX. 422.

Hauptreparaturen bei geistlichen Gebäuden. IX. 29. Bei Bestimmung des Begriffs von Hauptreparaturen, welche die Uebernahme der Baulast zur Folge haben, ist der L.R.G. 606 nicht zur Anwendung zu bringen. IX. 31. Gründe hiefür. IX. 28—30. Entg. Ansicht. IX. 30. 31.

Hauptschuldner, dessen gleichzeitige Beflagung mit dem Bürgen. XVII. 348.

Hauptverbrechen, s. Nebenverbrechen.

Haushälter und **Haushälterinnen** sind keine gültige Rechtsurkunde. V. 106. S. auch Wirthsbücher.

Häuser, hölzerne, auf dem Schwarzwalde, gehören nicht zu den beweglichen, sondern zu den unbeweglichen Sachen. II. 293.

Haussuntersuchungen. Die Bürgermeister sind nicht competent, wegen Diebstahls oder anderer Verbrechen (Forstfrevler ausgenommen) ohne Auftrag des Untersuchungsrichters Haussuntersuchungen vorzunehmen. XIII. 133.

Hausrater, guter, s. Nutznießung.

Hazardspiel, ob nach gemeinem Recht ein gesetzlicher Unterschied zwischen erlaubten und unerlaubten Hazardspielen stattfindet. VII. 55. Zahlen- und Classenlotterien sind Hazardspiele. VII. 52. 55.

Hazardspiele sind verboten im röm. Recht. VII. 52. Pfälzische Verordnungen gegen die Hazardspiele. VII. 52. 54. Verbot der Hazardspiele im neuen Landrecht. VII. 53.

Hebärzte, s. L.R.G. 909.

Hegauischer Vertrag, erfordert des Beweises, insofern dadurch die Fortdauer der allgemeinen ehelichen Gütergemeinschaft als Regel, selbst nach der Promulgation des östreich. Hofdecrets vom 23. Aug. 1787 begründet werden soll. II. 213. 217.

Heiligenkasse, s. Baulast, Baupflicht.

Heilkunde, äußere, innere, s. Polizeigewalt — medicinische.

Heimathrecht, s. Einsassenrecht.

Heimfall, s. Erbzinnsleben.

Heimfallsrecht, s. Erbleben, Grundeigentümer.

Heirathsbrief, s. Ehevertrag.

Heirathseantion eines Offiziers, die Stellung derselben nach der Verordnung v. 20. Dezember 1803 ist keine Schenkung. XIII. 352.

Kann Gegenstand eines Vertrags mit einem Dritten, sogar zu dessen Gunsten einem Arrekte unterworfen werden; allemal jedoch unbeschadet des gesetzlichen Zweckes derselben. X. 240., dessen Beurtheilung jedoch nicht zur gerichtlichen Competenz gehört. X. 246.

Heirathsgesuch der Staatsdiener. I. 316.

Heirathsgut, s. Ehevertrag.

Heirathsvertrag, wie ein solcher in Ansehung seiner Form und Materie anzusehen sei. I. 204., welche Art von Schenkungen man darin festsetzen könne. I. 203. S. auch Ehevertrag.

Herkommen, eine wiederholte Handlungsweise zwischen den nämlichen Partheien kann nie ein Herkommen, sondern nach Umständen nur eine Verjährung begründen. XIV. 433. S. auch Erbfolge, Handlungen, Erblehen.

Herrensfrohnden, in die Kategorie derselben gehören Holzfuhren, die einem Grundherrn geleistet werden müssen, nicht. IV. 88. 89. S. auch Dienstbarkeiten — verborgene — unständige.

Herrloses Gut, Lotteriegewinnste, zu denen sich niemand meldet. XIV. 469., s. Lotteriegewinnste.

Herlichkeiten, niedere, zu ihnen gehören die Abzugsgelder, Beiträge zu öffentlichen Anstalten, Brandsteuer, Brandversicherungsbeträge, Beleuchtungsauflagen. V. 28.

Herrschendes und dienendes Gut bei Dienstbarkeiten. XIII. 499., s. Dienstbarkeiten.

Herzenshärte, s. Ehescheidungsgrund.

Hingabe an Zahlungsstatt, s. Zahlung.

Hinterlegungsvertrag, s. Depositat.

Hirnschädel, die abnorme Beschaffenheit desselben bei einem Erschlagenen mindert nicht immer die Strafbarkeit des Verbrechers, und gibt auch nicht immer einen Grund zu einem Antrage auf Begnadigung. III. 184. 185.

Hochverrath. VIII. 219 u. 233. Begriff desselben. VIII. 229. Er ist vollendet, wenn eine nahe Gefahr des Umsturzes der Staatsverfassung herbeigeführt ward. VIII. 228. Er wird auch an Repräsentanten des Regenten begangen. VIII. 230. Auch der vorbereitete ist peinlich zu bestrafen. VIII. 229. Sammtverbindlichkeit der Verbrecher. XIX. 377. S. auch Straferkenntnisse.

Hofbrief, s. Lehenbrief.

Hofdiebstahl, §. 89 des Strafedicts, ein solcher findet nur statt in Gebäuden, welche zum Gebrauche des Landesherrn selbst dienen, — ob auch nur an dessen eigenen Gegenständen? X. 63.

Hofdiener haben kein Staatsdienerrecht, Pensionen derselben sind daher stets widerruflich und ihre Dienste aufkündbar. XIV. 131.

Hoffnungskauf. Dessen Natur und Verschiedenheit von der emptio de re separata, von Spiel und Wette. VIII. 477.

Hofgerichte, deren Competenz zu erkennen, daß eine Verurtheilung erloschen sei, wenn die Actenabsendungsbittte (Purification) versäumt wurde. II. 254. 255.

— ob sie befugt sind, von den Aemtern erlassene Strafurtheile wegen Incompetenz der urtheilenden Behörde aufzuheben, s. Urtheil.

— haben bis auf 10jährige Zuchthausstrafe, als das maximum der nach Marken zu berechnenden Strafe, zu erkennen. IV. 302. Ist dies Maaß wegen concurrirenden erschwerenden Umständen zu überschreiten, so haben sie ihr Erkenntniß mit Gutachten an das Oberhofgericht einzuschicken. IV. 302. S. auch Aemter, Demanclanten, Dienst-Entscheidung, Cassation, Competenz-Conflict, Kreisdirectorien.

— sind in peinlichen oder höheren Strafsachen als urtheilende Richter bestellt. V. 327. Können gegen Jauer mehr als 10jährige Zuchthausstrafe erkennen, mit einigen Ausnahmen schwerer Verbrechen, um derenwillen sie auf Todesstrafe antragen zu müssen glauben. V. 262. Sollen beim Zug an's Oberhofgericht die Acten nach der Inrotulation unaufgehalten absenden. V. 370. S. auch Armenfachen, Cassation, Grundherren, Jauer, Unschuldenercur.

— sind an die Einwilligung eines Inquisiten gebunden, wenn sie ihn zum Anfang seiner Strafzeit vor gesprochenem Urtheile in das Zuchthaus wollen abführen lassen. VI. 192. S. auch Oberhofgericht, Richtercollegium.

Hofgüter. Ob dieselben auf dem Schwarzwalde theilbar seien, oder nicht, ist controvers. II. 294.

Hoflehen, s. Lehenbrief.

Hofrathsinstruction, s. Geistliche.

Hofvorzüge, s. Adel.

Hofrechtsabgaben, s. Staatsfchaz.

Holzabgaben. XIV. 270. S. Verzählung.

Holzausfuhr ohne Staatsurlaubniß wird mit dem vierfachen Betrage der Exportationstaxe bestraft. IV. 265, wegen nicht bezahlten Zolles aber mit dem vierfachen Holzwerthe. IV. 265.

Holzausfuhr-Concessionstaxe wird dadurch noch nicht befreit, daß Bäume von größerem Dienen-Inhalte ausgeführt werden, als in der Concession bemerkt sind; wenn nur im Ganzen nicht mehr Dienen, als die Concession enthält, ausgeführt werden. II. 328. 329.

Holzberechtigungen, in wie weit dadurch der Waldeigenthümer in der Benutzung seines Waldes beschränkt werde. XIII. 414.

— Zum Streit über eine auf der Angeseßtheit in einer Gemarkung beruhende Holzberechtigung ist die Gemeinde legitimirt. Anwendung des Forstgesetzes. §. 134, XVIII. 250. Vertragsauslegung. XVIII. 252. S. auch Beholzungsrecht, Forstberechtigungen, Früchtemerkung.

Holzdiebstahl, zu seinem objectiven Thatbestande gehört bloß, daß das Holz bereits vom Stamme abgehauen sei. VI. 298. Darauf, ob es in Stößen aufgesetzt sei oder nicht, kommt es nicht an. VI. 298. Desselben macht sich auch ein Waldschütze schuldig, der abgehauene,

seiner Obhut anvertraute Holzstämme sich zueignet. VI. 298. Es ist dies also kein bloßer Holzfrevel. VI. 297. 298. S. auch Diebstahl, Gefährdebruch.

Holzfrevel, s. Holzdiebstahl.

Homicidium casuale, dessen Begriff. I. 146.

— culposum, s. Tödtung — schuldhaft.

— in turba commissum, Grundsätze darüber. II. 213.

Hötelier ist richtiger durch „Gastwirth“, als durch „Hauswirth“ übersetzt. V. 108.

Horden Schlag, s. Pfetschrecht.

Husenwirthschaft ist eine qualifizierte species der Kuppel. IV. 276. Es gehört dazu, daß ein Gewerbe daraus gemacht wird, Weibspersonen zu halten, und sie des Gewinns wegen zur Wol- lustbefriedigung herzustellen. IV. 276. S. auch Kuppel.

Hypothekenwesen hat durch das neue Landrecht eine andere Ein- richtung erhalten. VI. 165. S. a. Unterpfand — bedungenes.

J.

Jagdfrevel und Jagdversehe. I. 325. 326.

— unterscheidet sich von der Wilderei hauptsächlich durch den Mangel einer ob- und subjectiven Gefährlichkeit für die allgemeine und beson- dere Sicherheit der Waldungen und Forstbedienten. IX. 287.

Jagdgeräthe, s. Denunciation.

Jagdrecht: Natur der Jagdgerechtigkeit und Erfordernisse einer Be- sitzklage des Jagdberechtigten gegen den Fiscus. XII. 488.

— auf Rheininseln, welche unter badischem Gemarkungsrecht und unter französischer Hoheit stehen. XIX. 183.

Jahrbücher, oberhofgerichtliche, Zweck derselben. I. 6. 7. Einrichtung und Abfassung. I. 9—14.

Jäuner, Begriff desselben und Bestrafung. I. 91.

— Ob dahin derjenige zu rechnen sei, der seit seiner letzten Entlassung aus der Strafanstalt bis zur abermaligen Captur nicht weiter vagirt hat, ist controvers, die Majorität des Collegs entschied für die Negative. II. 316. 317.

— sind nur solche, die keine badischen Staatsbürger und nebstdem ent- weder ohne Heimath sind, oder selbige schon seit Jahr und Tag ver- lassen haben, dabei ein herumziehendes Leben führen, überall kein, oder doch kein erlaubtes, auch ihr Auskommen sicherndes Gewerbe treiben, und sich zugleich eines der dort angeführten oder diesen ana- logen Verbrechen schuldig machen. V. 383. Wenn es zweifelhaft ist, ob derjenige, den ein Hofgericht für einen solchen erklärt, es auch wirk- lich sei, so hat das Justizministerium, wenn es den Zweifel im Allge- meinen für erheblich hält, die Sache zur Aburtheilung an das Ober- hofgericht abzugeben. V. 262. Die Uhrmacherprofession ist kein sol-

des Gewerbe, welches §. 97 b. des Strafedicts bei Jaunern voraussetzt, III. 94. 95. Der ist kein Jauner, der mit Spitzbuben keine Gemeinschaft hat. III. 95. Sind für rechtlos erklärt. V. 266. Sollen, wenn sie sich eines Verbrechens schuldig machen, nicht unter dem Schutze der milden Landesgesetzgebung stehen, sondern mit Todes- und langjähriger Zuchthausstrafe belegt werden. V. 266. 267. Gegen sie ist die Deportation vorbehalten. V. 266. Auf ihre Befreiung ist eine Prämie gesetzt. V. 266. Es findet gegen sie die durch die ehemaligen Reichs- und Kreisgesetze vorgeschriebene strengere Behandlung statt. V. 267. Sollen durch eine Art Standrecht gerichtet werden. V. 267. Sind nicht befugt, einen Verteidiger zu verlangen. V. 267. Wenn sie kein Verbrechen begangen haben, trifft sie nur die geringere, zum Theil polizeiliche Vagantenstrafe. V. 266. 383. S. auch Inländer, Detention, Hofgerichte, Unschuldsverweis.

Jauner sind für rechtlos, und außer dem Schutze der milderen badiſchen Gesetzgebung stehend, erklärt. IV. 139. 140.; III. 244. Darunter sind aber keine herumstreifenden Inländer, sondern herrenloses, fremdes Gesindel verstanden. IV. 141.

— können keinen Defensor verlangen. I. 307., wenn aber ein Hofgericht auf die Todesstrafe erkannt hat, so soll beim Oberhofgericht noch eine Defension des Inquisiten stattfinden. III. 243.

— die sich keiner Brandstiftung, keines Raubes oder Todschlages schuldig gemacht haben, können auch von den Hofgerichten zu mehr als 10jährigem Zuchthause verurtheilt werden. II. 353.

— Inländer, die mit fremden Jaunern als Kundschafter oder Umgangsgegnossen in Verbindung stehen, haben im Falle eines mit diesen attentirten oder verübten Diebstahls die §. 79 o. Strafed. gedrohte Strafe, auch wegen jedes andern, in solcher Gemeinschaft begangenen Delicts einen verhältnismäßigen Strafzusatz verwirkt. V. 384. Außer einer solchen Gemeinschaft ist zwecklos oder auch verdächtiges Umherschweifen derselben nur polizeilich, oder, wenn sie zugleich ein Verbrechen begangen haben, mittelst Strafschärfung zu ahnden. V. 384. S. auch Jauner.

Jaunerel. Begriff. XI. 279.

Identität der Klage, des Klaggrundes insbesondere. XVIII. 123. 243.

— des Streitgegenstands in Bezug auf Rechtskraft. Wenn derjenige, welcher mit der Rückforderung einer zur Ungebühr hingebenen Sache durch rechtskräftiges Urtheil abgewiesen ist, später vom nämlichen Beklagten auf den Grund des nämlichen Indebitum nach §. 1379 den Ersatz des Werths der Sache fordert, so steht ihm die Einrede der rechtskräftigen Entscheidung entgegen, indem, wenn der Werth einer Sache als deren Surrogat gefordert wird, dieser Werth mit der Sache selbst rechtlich identisch ist, es also an der im §. 1351 vorausgesetzten Identität des Streitgegenstands nicht fehlt. XIII. 111.

Ignorantia facti et juris. I. 268.

— juris, f. Rechtsirrtum.

Imputation eines Verbrechers. I. 148. **S. auch** Zurechnungsfähigkeit. Incidentpunkte und Provisorien sind summarischer Natur, und eignen sich zur summarischen Appellation. VI. 151. Haben also nur zwei Instanzen. VI. 151. Können daher auch in Gantfachen keine dritte Instanz haben. VI. 151. **S. auch** Editionsklage, Gantfachen.

— in Ehescheidungsprocessen, **s.** Ehescheidung.

Incompetenz, ob ein Strafurtheil von den obern Gerichtsbehörden aufgehoben werden kann, weil die untere Behörde zu dessen Fällung nicht competent war. **S.** Urtheil, Nichtigkeit — unheilbare.

Indicien. Unterschied zwischen bloßen Anzeigen und dem s. g. künstlichen Zeugenbeweis, bei welchem letztem die Zeugen zwar die That nicht selbst gesehen, aber doch über solche Umstände deponiren, aus welchen ein gültiger Schluß auf den Thäter zu machen ist. VII. 96. Ob ein solcher künstlicher Zeugenbeweis nach hdb. Gesetzen zur Erkennung der ordentlichen Strafe hinreiche? — Gründe für und gegen. VII. 100. 101. 102. 106., ein sehr wichtiges ist die eidliche Aussage eines Verwundeten, die er noch mit seinem Lode besiegelt. VII. 106.

— eine „redlich genugsame“ — Anzeige im Sinne der Carolina bezieht sich zur Anwendung der Tortur, nicht aber eine „Argwohnigkeit“.

VII. 275. Das Zeugniß von Mitschuldigen gegen den Angeeschuldigten ist keine redliche Anzeige, **s.** Zeugniß, — wenn sie sehr dringend sind, reichen nach der neuern Ansicht vieler Mitglieder des Oberhofs, hin, auf peinliche Strafe — selbst auf die Todesstrafe zu erkennen. VII. 95. 104. 106. Feste und bestimmte Grundsätze sind jedoch noch nicht angenommen. VII. 101.

— wegen eines bloß auf ihnen beruhenden Beweises findet nach hdb. Rechte keine peinliche Strafe von Bedeutung statt. V. 175. 181.

Wenn ein näheres mit mehreren entfernteren concurrirt, jenes aber als ungegründet sich darstellt, so ist der Angeeschuldigte für verdachtlos zu erklären. V. 379. **S. auch** Strafe — peinliche, Strafserkenntniß — absolutarisches.

— Beweiskraft derselben in Criminalsachen. I. 150—156. mit Noten. **S.** a. 7. 205. 217. 228—234. VIII. 345. XIV. 507. **S. auch** Brandstiftung, Detention, Dolus, Kindesmord.

Indicium proximum ist die der That vorangehende Drohung. IV. 66. 67. Auch die umständliche Angabe eines Mitschuldigen. IV. 382. **S. auch** Brandstiftung, Tortur.

Indossant, haftet nicht dem Inhaber eines Wechsels, der die vorgeschriebenen Fristen versäumte. VII. 317. **S.** Wechsel — eigene.

Indossat, kann immer nur ein Dritter, nicht der Trassat selbst sein, folgt aus dem Begriff des Indossaments. VII. 314.

Indossament, ist das Rechtsgeschäft, wodurch ein Wechselinhaber sein Recht, den Betrag des Wechsels zur Verfallzeit von dem Trassanten zu erheben, an einen andern überträgt. VII. 314. 309.

Infamie, **s.** Nebenfolgen eines Strafserkenntnisses.

Infanticidium, **s.** Kindesmord.

- Inhibition, s. Cassationsmittel.
- Inhibitorium, s. Cassation, Restitution.
- Injurien, Character der Real-Injurien. I. 294.
- im qualifizierten Sinne des §. 45 des Strafgesetzbuchs, erfordert nicht absolute Anonimität und Publicität. II. 303.
 - Zum Begriffe der Ehrenkränkung ist es nicht erforderlich, daß der Gekränkte in einer Weise bezeichnet werde, welche ihn auch Andern außer ihm kennlich macht. Eben dieses gilt auch hinsichtlich einer durch die Presse verübten Ehrenkränkung. Der in solcher Weise an der Ehre Gekränkte ist zur Klage legitimirt, sofern er beweist, daß die Bezeichnung ihn trifft. Zum Begriffe der Ehrenkränkung ist es ferner nicht notwendig, daß derjenige, welcher die beleidigenden Ausdrücke gegen eine hi' obgedachter Weise bezeichnete Person gebraucht hat, wußte, welches Individuum dadurch getroffen werde. XVI. 459.
 - werden nach der vor dem 1. Febr. 1832 bestehenden Gesetzgebung als bloße Polizeivergehen behandelt, nur besonders gröbliche Schmähungen sind der richterlichen Cognition vorbehalten. VII. 277., gehen darnach im Recursweg an die Kreisdirectoren und resp. an das Ministerium des Innern. VII. 278., — erfordern seit dem 1. Febr. 1832. gerichtliches Verfahren. VII. 279. Ob in Injurienfällen in der nach dem 1. Febr. 1832 eingetretenen Recursordnung der Begriff von Polizeifällen wegfalle, und die gerichtliche Recursbehörde eintreten müsse? Gründe für die Verneinung dieser Frage. VII. 279.
 - Sie werden nicht nach dem Verfahren in Civilsachen und nicht öffentlich verhandelt. VIII. 254., — sondern das Verfahren ist dasselbe wie in Strafsachen. VIII. 253. — Das Verfahren in den durch die Presse begangenen Injurien ist auf reine Injurien nicht anzuwenden. VIII. 256. — Bestimmung des Verfahrens in reinen Injurien. VIII. 259. — Ein dritter Rechtszug findet nur wegen unheilbaren Nichtigkeiten statt. VIII. 259. — Vollmacht der Staatsanwälte, bei Injurien gegen öffentliche Stellen. VIII. 80. Der Kläger ist wie ein Denunciant zu betrachten. VIII. 257. Injurien gegen eine ganze Klasse von Personen berechtigen auch die einzelnen zur Klage. VIII. 502. Tadel gegen die Stellung einer Staatsanstalt zu den Bürgern ist keine Injurie. VIII. 503. Die Ausdrücke sind in der im Lande gewöhnlichen Bedeutung zu nehmen. VIII. 503. Und in der am wenigst beleidigenden. VIII. 505. Ob bei Injurienfällen der Recurs zur Gnade zulässig ist. VIII. 256., s. auch Pressvergehen.
 - welches Gericht zuständig ist. XIV. 34.
 - Klage wegen solcher, wenn sie in einer Zeitschrift verübt ist, findet nur gegen den verantwortlichen Redacteur, nicht aber gegen den Eigenthümer des Blattes statt. IX. 69. In einem öffentlichen Blatte zugefügt, wird durch Bereiterklärung des Redacteurs zu einer öffentlichen Abbitte nicht beseitigt. IX. 68. Klage wegen solcher wird durch die polizeiliche Druckerlaubnis nicht unzulässig gemacht. IX. 71. Ob

- eine Denunciation eine Ehrenkränkung sei, und wann sie durch erstere im gesetzlichen Sinne des Wortes begangen werde. IX. 383, 384.
- Injurien. Bei Ehrenkränkungen fand kein dritter Rechtszug statt, auch von dem preussischen Gesetz vom 8. Febr. 1836. X. 130.
- Findet gegen ein hofgerichtliches Erkenntniß, durch welches in einer Ehrenkränkungsache eine, die Gründe der Incompetenz der Gerichte überhaupt und eventuell des angegangenen Gerichts insbesondere verwerfende amtliche Verfügung bestätigt worden ist, das Rechtsmittel der Cassation an das Oberhofgericht statt? XV. 131.
- deren Verjährung. IX. 381. Die Verjährungszeit einer durch Denunciation begangenen Ehrenkränkungsclage läuft nicht von der Denunciation an, sondern von der Beendigung des Denunciationsprocesses. IX. 385.
- gegen Officiere und öffentliche Beamte. I. 291. 298. gegen einen öffentlichen Beamten im Dienste, wie von Widersehllichkeit verschieden. XI. 100. Amtshandlungen können als eine Ehrenkränkung enthaltend, nur mit Ermächtigung der Dienstbehörde Gegenstand einer Anklage werden. XV. 601.
- Ehrenkränkung, verübt durch die Proße gegen Staatsbeamte in Bezug auf Amtshandlungen derselben. Legitimation des Staatsanwalts zur desfallsigen Klageerhebung, Erforderniß zum Dasein einer Ehrenkränkung hinsichtlich der Person des Beleidigten und ihrer Bezeichnung. Absicht zu beleidigen und deren Beweis bei objectiv oder an sich ehrenrührigen Äußerungen. Zulässigkeit der Einrede der Wahrheit und des Irrthums in der Beurtheilung wahrer Thatfachen, wenn die Beleidigung nicht in den mitgetheilten Thatfachen, sondern in der daraus abgeleiteten Schlussfolgerung und in der Form der gemachten Äußerung enthalten ist. Grenzen der schriftstellerischen Freiheit in Beurtheilung bestehender Gesetze und Staatsverordnungen, Regierungsmaßregeln und Amtshandlungen der Staatsbeamten. XVI. 263.
- Wenn der Staatsanwalt wegen der einem Staatsdiener in seinem Amte zugefügten Ehrenkränkung auf Requisition der Dienstbehörde die Anklage im Staatsinteresse erhoben hat, so fällt, wenn eine Geldstrafe erkannt wird, diese nicht dem beleidigten Staatsdiener, sondern dem Staatskassen zu. XIV. 84.
- verbale, deren Compensation. I. wird immer durch die Wahrheit des Vorwurfs beseitigt. II. 203. S. a. Muthsande, Ehreuschuldschuldigung, Ehrenkränkungsgeß.
- Inquisitionsprozess, s. Ehescheidungsproceß.
- Inscriptio de faux oder en faux, s. Zeugen.
- Insinuationen, können alle an die Anwälte geschehen. VIII. 243. Die Urtheile müssen auch den Theilen insinuiert werden, um rechtskräftig zu werden. VIII. 243. Der Urtheile ist bei Vertheilungsabtheilungen in Ganten nicht nöthig. XIII. 557. S. auch Verkündung. Für die Insinuation der Urtheile haben die Anwälte zu sorgen. VIII.

250. Nothwendigkeit eines Gewalthabers zum Empfang der Insinuationen für Ausländer. VIII. 250. Diesen sind auch die Urtheile zu insinuiren. VIII. 250.
- Insinuationen oberhbg. Beschlüsse. IX. 338. Auf diese sind die Vorschriften der §§. 265 u. 270 der P.O. nicht anwendbar. IX. 338. Letztere beziehen sich nur auf Unter- und Mittelstellen. IX. 338.
- der Beschwerdeschrift, s. Anwälte.
- an den Fisciprocutor in Sachen des Fiscus. VIII. 188.
- Insolvenzerklärung, s. Gantausbruch.
- Instanzen, s. Baustreitigkeiten, Contradictor, Incidentpunkte, Gerichtsbarkeit — willkürliche, Oberhofgericht, Rechtszug, Restitution, Unschuldsrecurs.
- Instructionen an die Beamten binden die Unterthanen nicht. VIII. 319.
- Instructiv-Botum, s. Correferent, Gerichtsacten.
- Instruirung der Proceße in Steuersachen, s. Kreisdirectorien.
- Instrumenta qua reatigiati et simplici, s. Beweisverfahren:
- Instrumente aus der allgemeinen Tödtlichkeit eines solchen, wird nach §. 71. c. des Strafgebüts die indirecte Absicht zu tödten, präsumirt. VII. 261. S. a. Waffen.
- Instrumentum, wenn die beziehende auch ohne die bezogene Urkunde vollen Beweis macht. I. 278. 288.
- referens et relatum. I. 277.
- Intercession der Ehefrau, deren Gültigkeit nach altem Recht. I. 177 bis 184. S. a. Bürgschaft.
- Intercessioninstrument, s. Ermächtigung — gerichtliche.
- Interdictum de novi operis nuntiatione, s. Bauwesen, Baupflicht.
- retinendæ possessionis stellt ein Grundherr an, der sich im Besitze der Frohhabberechtigung erhalten will. IV. 75., s. a. actio confessoria.
- Interlocut, die vom Mittelgerichte erfolgte Verweisung einer Sache in den summarischen Proceß ist nicht als ein solches anzusehen. III. 148. 149. — Hat man sich aber auf ein solches Decret ohne Vorbehalt in den summarischen Proceß eingelassen, so findet auch eine Deduction der Statthastigkeit des ordinären Processus und der dritten Instanz nicht mehr statt. III. 148. 149. S. a. Proceß, summarischer.
- Interlocute, werden nicht rechtskräftig. V. 205.
- Interpellat dies pro homine. I. 70. Note 3.
- Interpellation, gerichtliche und außergerichtliche begründet Anspruch auf Verzugszinsen. I. 70. S. auch Extinctivverjährung.
- Interpretation. Regeln derselben:
1. in obscuris et ambiguis minimum est sequendum, nach L. 9. L. 34. de rog. j.
 2. Contractus interpretandus contra eam, qui ex eo autem, qui damnum partitur, nach L. 21. D. de contr. emt. vend. u. L. 26. D. de rebus dub.

3. *Contra eum contractum, qui quasi tacitam renunciationem in se continet, interpretandum est.* III. 296.

4. Gesetzesstellen, welche nur im Allgemeinen oder beiläufig von einem Gegenstande handeln; sind mit derjenigen Stelle, welche der eigentliche Sitz der Lehre ist, möglichst in Uebereinstimmung zu bringen. III. 281.

Interpretatio authentica, f. Gesetzesauslegung.

— *doctrinalis*, f. ebendaselbst.

Interpretation, authentische, darf der Richter nach L. R. S. 4 ohne Noth nicht einholen.

— *doctrinelle*, f. *Code de procédure*.

— der Partheivorträge in Processen nach juristischer Auslegungsregel. XII. 276.

— *strictae, strictestae*, f. Eigenthumsveräußerungen, Privilegien.

Intervention. Die Hauptintervention verhält sich zur Nebenintervention nicht wie ein Größeres zu dem unter ihm enthaltenen Geringeren, sondern in der Regel als ein Anderes und Ausschließendes; und es kann auf die Anführung von Thatsachen, welche die Sachlegitimation des Klägers in einem Prozesse zerstören, der Interventient nicht als Streitgenosse dieses Klägers auftreten und den Antrag begründen, daß der Beklagte an diesen Kläger zahlen solle. XV. 166.

— Gerichtszuständigkeit zu deren Verhandlung. XVIII. 478.

Inventarium, f. Vermögensverzeichnis.

Inzichten, auf solche wird Todesstrafe nicht erkannt. X. 218. S. a. Invidien.

Inzichten = Beweis findet auch bei Defraudationen statt, obwohl der Beweis des subjectiven und objectiven Thatbestandes zusammenfällt. X. 57.

Irronanstalt, f. Wahn Sinn.

Irrthum, factischer, des Richters kann der Parthei nicht zum Schaden gereichen. V. 124. S. Geständniß, Restitution.

— über *facta tertii*, er wird nicht verzeihen, wenn er *culpös* ist. VIII. 431.

— im Object, f. Unstiftungsklage.

— im Recht, f. Rechtsirrtum.

— Rechtsirrtum wirkt nicht bösen Glauben. XVIII. 112., begründet keine Restitution gegen rechtskräftige Erkenntnisse. VIII. 76.

— im Vertrag, Anfechtung desselben. XVIII. 366. S. auch Gefälle — grundherrliche.

— wesentlicher, f. Ueberschuldungsgrund.

Juden haben das Recht, in allen Päpstlichen Landen erlaubte Handelschaft zu treiben. IV. 206. Bleiben daher auch im Päpstlichen von Zahlung des Handelsgeleits frei. IV. 206. Ob sie vermöge ihrer Stellung zur bürgerlichen Gesellschaft in der Regel als Handelsleute anzusehen seien, ist controvers. IV. 60. 61.

Juden sollen ihre Sachen und Stiftungen selbst zu verwalten haben.

IV. 232. S. auch **Stiftungen**.

Juden wird bei Sachen von Wichtigkeit in der Synagoge vor aufgesetzter Thora gekleidet. V. 238. 240. 241. Dabin gehört in objectivem Betrachto ein jeder Rechtsstreit, welcher die oberhofs. Competenz in dritter Instanz erreicht. V. 240. 241.

Juden zoll, s. **Leibzoll**.

Judex semel gravans etc., s. **Oberg.** Ordn.

Judicium rescendens und rescissorium. XVII. 248.

Jugend ist kein rechtlicher Strafmilderungsgrund. VIII. 324.

Juramentum de credulitate, s. **Glaubh.** freiseld.

Jurisdiction, grundherrliche: wurde von Baden mit Vorbehalt und Lasten übernommen. V. 6.

Jus compascendi besteht in der Berechtigung des Eigenthümers, neben dem fremden Weidberechtigten auch seine Grundstücke zu weiden. VI. 173. 175. IV. 227. Unterscheidet sich von dem **jus compascui** dadurch, daß durch letzteres einem Dritten, außer dem Servitutberechtigten, der Uebertrieb als Servitut gestattet wird; oder daß sich mehrere Eigenthümer wechselseitig den Uebertrieb auf ihre Felder neben dem Servitutberechtigten einräumen. VI. 173. 175. Ein solch wechselseitiges **jus compascui** ist nichts anderes, als der Ausfluß der freien Verfügungsgewalt des Eigenthümers, wird also durch die **servitus pascendi** nicht absolut ausgeschlossen. VI. 173. 174. IV. 227., auch das römische Recht gestattet es. IV. 227., steht also auch jeder Gemeinde auf ihrer Ormarung zu. IV. 227. Beide, das **jus compascendi** und **compascui** fallen weg, wenn der Weidberechtigte ein ausschließliches Recht hat. VI. 173. 174. 175. Den Beweis eines solchen Rechts hat er selbst zu führen. VI. 173. 175. Es wird begründet theils durch ausdrückliche Stipulation, theils durch Anerkennung von Seiten des Herrn des dienenden Guts, theils durch **usu capio libertatis**. VI. 174. 175. Der bloße Mißgebrauch des **jus compascendi** und **compascui** hat den Character einer **res mero facultatis**. VI. 173. 174. Beide werden auch dadurch beschränkt, daß durch den Mißgebrauch der Gebrauch des Berechtigten unzulässig gemacht, oder in seinem rechtmäßigen Umfange gemindert wird. VI. 174. 175. Wo das Weidrecht ein gemessenes ist, darf der Eigenthümer nur so viele Stücke zur Weide treiben, als neben der bestimmten Zahl des Weidberechtigten Futter finden. VI. 174. 175. Wo dasselbe ein ungemessenes ist, kann der Beßigstand des Weidberechtigten nicht zur Beschränkung des **jus compascendi** oder **compascui** dienen. VI. 175. 176. Entgegenstehende Ansicht. VI. 174. 175. Das **jus compascendi** ist hier mehr zu begünstigen als das **jus compascui**. VI. 174. 175. S. auch **Dienstbarkeiten**, **Schäfererzuchtigkeit**.

Der Weidberechtigte hat kein **jus contradicendi**, wenn der Eigenthümer nicht förmlich auf dies Recht verzichtet hat. IV. 227. S. a. **Eigenthumsveräußerung**.

Jus accrescendi sñht sich nach *L. unic. C. de cad. toll. auf die representationem personæ defuncti. III. 300.* Nach *L. 53. §. 1. D. de acquir. v. omitt. hæred. u. L. 9. De de suis ac leg. hæred.* fällt die *portio vacans* des einen, der nicht concurriren will oder nicht nicht kann, dem wirklichen Concurrenten auch gegen seinen Willen an. *III. 300.*

Jus compascui, s. **jus compascendi**.

Jus contradicendi, s. ebendaselbst.

— **decimandi**, s. Zehntrecht.

— **in re — ad rem**, s. Rechte — persönliche — dingliche.

— **quæsitum**, dessen Kraft. *I. 86.*

— **representationis**, s. Erbvertretungsrecht.

Justifiz und **prover** ist in der Brauer'schen Uebersetzung des Code Napoléon als gleichbedeutend anzusehen. *II. 281.*

Justiz, bürgerliche und administrative, deren Unterschied. *I. 127. 128.*

Justizbeamte, gerichtsherrliche, s. Grundherrschaft, Patrimonialgerichtsbarkeit, Reichsritter.

Justizdepartement, oberstes, dessen Wirkungskreis und Competenz. *I. 323.*

Justizgewalt, s. Standesherrschaft.

Justizministerium, war vom verstorbenen Großherzog Carl autorisirt, Gesetze zu erlassen. *III. 151.* Diese Befugniß steht ihm nach der Organisation von 1809 Weis. F. §. 30. s. u. 38. d. nicht zu. *III. 157.* Dessen Obergewalt in Strafsachen, s. Straferkenntniß.

— kann durch eine von ihm ausgegangene Rechtsbelehrung einer wenn auch älteren Landesherrlichen Verordnung niemals derogiren. *IV. 298.*, s. a. Jauner, Oberhofgericht, Restitution, Richter—ordentl.

Justizsache, s. Erbstreitigkeiten, Competenzconflicte.

Justizverweigerung, weigert sich ein Gericht ein Erkenntniß zu geben, nachdem Gr. Staatsministerium entschieden hat, daß die streitige Sache sich zur gerichtlichen Competenz eigne, so ist dies eine Justizverweigerung, wogegen nicht Appellation, sondern einfache Beschwerdeführung statt findet. *X. 158.*

K.

Kaffewirth, s. Gastwirth.

Kammergüter, deren Unterschied vom eigentlichen Staatsvermögen. *I. 117. 118.*, was wirklich Kammergut sei. *I. 113. 114.* S. auch Domänen.

Kanzleisassigkeit, wem sie zusteht. *VII. 138. 139.*

— des Fiscus. *VIII. 108.*

Kanzlisten, s. Staatsdiener.

Kapital. Uebing, das Kapital nur gegen Rückempfang der Schutzurkunde abzutragen. *XIX. 381.*

Kapital, dessen Aufständigung, f. Aufständigungsrecht und Klage.

Kaplan, f. Pfarrverweser.

Kartoffeln, gehören zum großen Getreide. I. 276.

Kauf und Verkauf wird durch die bloße Einwilligung beider Theile über den Gegenstand und Preis perfect. IV. 121. 143. Selbst bei Liegenschaften ist dies der Fall, wenn schon vor der Eintragung in das Grundbuch keine Pfandverschreibung darauf gegeben werden kann. IV. 243. 244. Schon durch den bloßen Abschluß geht das Eigenthum des verkauften Gegenstandes auf den Käufer über, der Verkäufer dagegen erlangt das Eigenthum des dafür zu zahlenden Kaufpreises erst durch Tradition. IV. 246. III. 165. S. auch Unterpfandsrecht — gesetzliches — der Ehefrau.

— Wird vor der Eintragung in die Grundbücher im öffentlichen Verkehr als nicht vorhanden betrachtet. III. 165. Ein weiterer Verkauf, eine Verpfändung und dgl. findet also nicht statt. III. 165.

— der Immobilien ist ohne schriftliche Abfassung gültig. VIII. 138. Die Vorschrift des Anh. S. 92 a ist auf ihn nicht anwendbar. VIII. 92. Verschiedenheit der *emtio spei* von der *emtio de re sperata*. VIII. 478.

— Eine durch gerichtliche Einsprache verhinderte Ablieferung des Kaufobjects gilt rechtlich der wirklichen Uebergabe gleich. L. N. S. 1606. N. 3. XII. 254.

— Wenn verschiedene Eigenthümer verschiedene Güter einem Dritten in einem und demselben Acte verkaufen, aber für jedes Gut ein besonderer Anschlag gemacht, d. h. ein besonderer Preis bestimmt wird, u. der Verkauf sodann hinsichtlich des einen Eigenthümers wegen Verhältnissen, die sich nur auf dessen Person beziehen, ungültig ist, so bleibt der Act für die andern Verkäufer doch verbindlich, wenn nicht aus den Umständen hervorgeht, daß es die gemeinschaftliche Absicht der Contrahenten war, daß der Kauf hinsichtlich aller Güter mit einander, oder hinsichtlich keines derselben zum Vollzug kommen müsse. XIV. 20.

— Die Ueberlassung eines Gegenstandes bei einer Theilung an den andern Theilhaber um einen Anschlag kann nicht als eine Veräußerung im Sinne des S. 892 betrachtet werden (S. 883.) XIII. 475.

— Ob und in wie weit die Ueberlassung an Zahlungsstatt nach den Regeln des Kaufs zu beurtheilen sei. XII. 254.

— welcher erst vom Tage des Gantausbruchs sein gewisses Datum erhält, ist wirkungslos. VI. 38. Eben so wirkungslos ist er wegen eines auf sein Object früher erkannten Zugriffs. VI. 38. S. auch Erblehn, Ruhnieser.

— Der Verkäufer hat ein Recht, auf Verigerung des Käufers die Transcription des Kaufs zu veranlassen, denselben hierauf gerichtlich zu belangen. XV. 167.

— Wer bei einem Kaufe vorbehalten hat, gegen Zahlung eines Reuzgeldes von der Kaufverbindlichkeit sich frei zu machen, kann, wenn er

die Erfüllung der Lehtern verweigert, nur auf Zahlung des bedungenen Reugeldes belangt werden. Eine Abweisung der Klage auf das Reugeld enthält dann auch eine Abweisung mit dem Anspruch auf Erfüllung der Kaufverbindlichkeit. XV. 475.

Kauf und Verkauf. Staatsgenehmigung zu den Liegenschaftskäufen der Gemeinden. XIV. 439. S. auch Accise, Gewährleistung, Ueberbietungsrecht, Verfüzungsklage, Zeugenbeweis.

— der Eintrag eines Kaufs in das Grundbuch ist erforderlich, um auf die Gläubiger des Käufers ein Pfandrecht zu übertragen. XI. 24.

— gesetzliche Folgen der unterlassenen Eintragung der Liegenschaftskäufe in das Grundbuch. XII. 178. XIX. 227.

— Fahrnisse, welche Zugehörden einer Liegenschaft bilden, werden auf eine gegen Dritte wirksame Weise nur durch Grundbucheintrag erworben. XVIII. 432. XIX. 4.

— Die Nichteintragung in die Grundbücher giebt nach L.R.G. 1583 a. den Contrahenten unter sich kein Recht, das Geschäft zu widerrufen. III. 165.

— Der Käufer, welcher durch eine Klage mit Entwährung der gekauften Sache bedroht, sein Recht auf Gewährleistung gegen den Verkäufer wahren will, ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, wie nach besonderer Vorschrift des L.R.G. 1640, verpflichtet, denselben zum Proceß beizuladen, ihm den Streit zu verkünden. Wirkung der Unterlassung. XV. 593.

— Ueber die Klage auf Auflösung eines Güterkaufs aus L.R.G. 1654, insbesondere ob sie durch vorgängige Mahnung des Schuldners bedingt sei. XII. 34.

— Auflösung des Verkaufs wegen verweigerter Befreiung der Kaufsache von Pfandlasten. XVII. 258., wegen Entwährung, s. Entwährung, Kauffschilling.

— Die Verkaufsaufhebungsklage auf Fahrnisse kann gegen dritte Besitzer nicht erhoben werden. XII. 254.

— Kann die Veräußerung eines Lehens- oder Stammgutsbestandtheils, wenn sie ohne Einwilligung des Lehenherrn, oder der Agnaten erfolgte, von dem veräußernden Lehens- oder Stammgutsbesitzer dem Käufer gegenüber auf den Grund des L.R.G. 1599 als nichtig angefochten werden. XVI. 19.

— Ist die Umstoßungsklage gegen einen Liegenschafts Kauf dinglich oder persönlich. Kann die kurze Verjährung der Klage wegen Verletzung über $\frac{7}{12}$ vom dritten Besitzer auch dann vorgeschützt werden, wenn vorher der verletzte Verkäufer in Zeiten gegen seinen Käufer geklagt hatte. XVI. 148.

— Ungültigkeit eines Ankaufs von Mündelgut durch den nach §. 17 des 2. Einführungsedicts zum Landrecht aufgestellten vormundschaftlichen Beistand. (L.R.G. 450 u. 1596). Der Vormundschaftsbeistand kann Ersatz der Meliorationen fordern, die er auf das von ihm in gutem Glauben erkaufte Gut des Mündels verwendet hat (L.R.G.

555), und es steht ihm, bis der Ersatz erfolgt, das Retentionsrecht zu. XVI. 332.

Kauf und Verkauf, wissentlicher Ankauf anvertrauten fremden Guts von einem Dritten. I. 217—221.

— von Fahrnissen. Der L.R.S. 1657 kann von dem Verkäufer nicht angerufen werden, welcher in der bedungenen Zeit die verkaufte Sache nicht geliefert hat, wenn er auch nachher die Lieferung in einer von ihm bestimmten Frist bewerkstelligt und der Käufer solche in derselben nicht in Empfang genommen hat. XIII. 42.

— Beim Klumpenverkauf wirkt die Ungültigkeit hinsichtlich einzelner Verkaufsgegenstände Auflösung des ganzen Rechtsgeschäfts. XIX. 4.

— auf Probe, Begriff. IX. 153., nach Rechtsfinden. IX. 138. Die bei der Acceptation der Factura gebräuchliche kaufmännische Clausel „nach Rechtsfinden“ bedeutet nicht, daß der Kauf auf Probe abgeschlossen sei. IX. 152. 155. Folgen hieraus in Bezug auf den Uebergang der Gefahr. IX. 152. 154. 155.

— streitiger Rechte. XVII. 65. 434.

— sind sogenannte Zeitkäufe Spielverträge oder wirkliche Käufe? XII. 125.

Kaufbesorgung, Beweis durch die dem Committenten übergebenen Einkaufsrechnungen. XVIII. 405.

Kaufbrief, s. Abjucation.

Kaufschilling. Der Kaufschilling für ein verkauftes Miteigenthum ist kein Sammtrecht der Verkäufer im Sinne des §. 1197, jeder Miteigenthümer kann vom Kaufschillinge nur so viel erheben, als davon auf seinen Antheil am früheren Miteigenthum fällt, und der Käufer wird dadurch, daß er dem einen Miteigenthümer den ganzen Kaufschilling bezahlt, hinsichtlich des dem andern Miteigenthümer gebührenden Theils gegen diesen nicht befreit. XIII. 471.

— Verzinsung desselben. IX. 94. Zu dieser ist der Käufer verbunden, wenn das Kaufobject eine fruchttragende Sache ist. IX. 94. Hausmieten gehören zu den bürgerlichen Früchten, somit gehört jedes Haus in die Kategorie fruchttragender Sachen. IX. 94. Muß verzinst werden, auch wenn der Käufer das Haus selbst bewohnt. IX. 95. Anfangspunkt von dessen Verzinsung. IX. 98. Dabei kommt es nicht auf den Tag der Uebergabe des Kaufobjects, sondern auf die Zeit an, von welcher an den Käufern der Fruchtgenuß (das Einkommen der erkauften Sache) zukam. IX. 96. Von dessen Verzinsung wird der Käufer nicht im Fall einer drohenden Pfandklage befreit. IX. 97. Hat nur ein Retentionsrecht bis zum Austrag der Sache.

— sind zur Zahlung eines Kaufschillings verzinsliche Termine bedungen, so gibt die Nichtzahlung der Zinsen, als die Nichterfüllung der Vertragsverbindlichkeit nach §. 1184, dem Käufer ein Recht zur Auflösung des Verkaufs, obgleich im §. 1654 nur von dem Falle einer Nichtzahlung des Kaufschillings die Rede ist. XIII. 115.

Kaufschilling. Eintragung der Kaufsurkunde in das Grundbuch erhält das Vorzugsrecht. VIII. 47.

— welche Entschädigungsansprüche gibt dem Verkäufer einer Fahrniß der Verzug des Käufers in Zahlung des Kaufschillings. XII. 125.

— Der Käufer einer Liegenschaft kann dem verwiesenen ersten Pfandgläubiger nicht mit Berufung auf L.R.G. 1653 die Zahlung aus dem Grunde verweigern, weil noch spätere Pfandrechte auf dem Grundstücke haften. XIX. 109.

— von Liegenschaften, s. Unterpfandrecht — gesetzliches.

— unbezahlter Geräthschaften, s. Vorzugsrecht.

Kaufvertrag. Entschädigungsclage erfordert Verzugssetzung. XVIII.

386. Bei Auflösung findet keine Entschädigung statt. L.R.G. 1657.

XVIII. 388. Wo nicht ein bestimmtes Stück, sondern nur nach Gattung und Maas verkauft worden ist, da begründet die Veräußerung derselben Gattung an der Andern kein Vertragsbruch auf Seite des Verkäufers. XVIII. 390. Wiederherstellung gegen versäumte Unterschrift. Eine Ehefrau ist wegen eines mit ihrem Ehemann gemeinschaftlich geschlossenen Vertrags haftbar. XVIII. 392. Rechtskräftige Entscheidung. Auflösungsclage bei bedingter Verbindlichkeit.

XVIII. 395. Bei doppelseitigen Verträgen gibt das Urtheil, welches den säumigen Contrahenten zur Vertragserfüllung schuldig erkennt, diesem kein Recht, später seiner Seits auf Erfüllung des Vertrags zu klagen. XVIII. 397. Vorbehaltenes Nutzungsrecht bei Zwangsversteigerungen. XVIII. 400.

Kinder, natürliche, Ehelichmachung derselben durch nachgefolgte Ehe, Form derselben. XIII. 357.

— Klage auf Anerkennung derselben nach L.R.G. 340 a. XVII. 216.

— können nach L.R.G. 334 nur durch eine öffentliche Urkunde gesetzlich anerkannt werden, wenn dies nicht schon in der Geburtsurkunde geschehen ist. 174. 175. 176. — Können richterlich anerkannt werden, wenn a. die Mutter entführt worden ist, und der Zeitpunkt der Entführung mit dem der Empfängniß übereinkommt; b. wenn die Mutter gewaltsam mißbraucht worden ist, und dieser Zeitpunkt mit dem der Empfängniß zusammentrifft. III. 176. — Dann erhalten sie aber nur die Rechte eines natürlichen, nicht eines natürlich anerkannten Kindes. III. 176. — Also kein Recht auf den Nachlaß ihrer Eltern, sondern nur auf Alimentation, jedoch nach L.R.G. 762 a. nur, wenn der uneheliche Beischlaf ohne Nachfrage nach der Waterschaft, oder auf erlaubte Nachfrage bekannt wird. III. 175. 176. Abweichende Rechtsansicht. III. 177.

— uneheliche, haben ein Recht auf Ernährung gegen den durch er-

laubte Nachfrage bekannt gewordenen Vater anzusprechen. V. 44.

S. a. Erbfolge, Kreisdirectorien, Waterschaft.

— deren Forderungsrechte an den Nachlaß des Vaters. XIII. 357.

— Erläut. d. L.R.G. 322 u. d. Frage, ob dieser Satz auch auf die vor Ein-

führung des Code gebornen unehel. Kinder anwendbar sei. XII. 115.

Kind, uneheliche, Zusicherung der Unterstützung eines nicht gesetzmäßig anerkannten natürlichen Kindes wirkt, wenn sie angenommen ist, rechtskräftig. Die Vaterschaft, auch wenn sie nicht in gesetzlicher Form anerkannt ist, gilt als eine rechtmäßige Vertragsursache zu einem solchen Versprechen. XIV. 587.

— **Ernährungspflicht des Staats und der Gemeinden.** I. 101. 102. S. auch Vaterschaftsklagen.

Kind, die aus Ehebruch oder Blutschande erzeugt werden, sind im R.R.G. 762 von einem Rechte auf den Nachlaß ihrer Eltern ganz ausgeschlossen. III. 177., — haben nur ein Recht auf Ernährung. III. 177.

Kinderraub, dessen Beurtheilung und Bestrafung nach jetzigen Gesetzen. I. 101., Note 2.

Kindsmord, Begriff und Strafe desselben. VIII. 436. Strafmilderungsgründe. VIII. 437. Auslegung des §. 10 des Strafbuchs. XI. 432.

— Zu dem objectiven Thatbestande desselben genügt es nicht, daß das Kind eingestandenemmaßen auf einen von der Mutter erhaltenen Druck geschrien hat, selbst wenn diese das corpus delicti absichtlich zerstörte. II. 304.

— ob die Verheimlichung der Schwangerschaft und Niederkunft zum objectiven Thatbestand desselben gehöre, ist controvers. IV. 276. Im Art. 131 der P.G.G.D. ist davon nur, als von einem Indictum, die Rede. IV. 277. Ist es ein Erforderniß, und fehlt es daran im concreten Falle, so muß die That unter das Verbrechen des Verwandtenmords subsumirt werden. IV. 277.

— Beim Verdacht eines solchen verlangt der Art. 35. der P.G.G.D. das Urtheil sachverständiger Weiber, und erlaubt die peinliche Frage, wenn die Dirne nicht gesteht. III. 84.

— Zerstörung des corpus delicti. I. 99., Note 1.

Kirche, welchen Begriff das kanonische Recht damit verbindet. VII. 37.

— Langhaus, Chor und Thurm sind Theile derselben. V. 95. 98. 100. S. Baupflicht.

Kirchenbauedict von 1808. Bestimmungen über die Baupflicht. VII. 35.

Kirchenbausaßen, s. Baupflicht.

Kirchen diebstahl, dahin gehört jede Entwendung einer Sache aus einem solchen Theile der Kirche, der zur Feier des öffentlichen Gottesdienstes bestimmt ist; ebenso aus der Sacristei. V. 279. Folglich auch eine Geldentwendung aus dem Opferstocke. V. 279. Sie ist nicht bloß ein Diebstahl an einer gefriedeten Sache. V. 279.

Kirchenfond, s. Verrechner.

Kirchengemeinde. Die Vereinigung zweier Kirchengemeinden kann entweder per modum coordinationis oder per modum subordinationis geschehen. VII. 36. Aus dem letztern modus folgt gesetzlich die Beitragspflicht zu den Bau- und Reparationskosten der Mutterkirche. VII. 36.

Kirchengut, über die Nutznießung desselben, s. Territorien.

Kirchhöfe, s. Begräbnisstätten, Baupflicht.

Kirchenkasten der Juden, s. Juden.

Kirchspiel, s. Baupflicht, Baulast.

Kirchenvermögen. Kompetenz zur Entscheidung über die Verwendung des inkammerirten Baden-Durlachischen Kirchenvermögens.

Eintrede der rechtskräftigen Entscheidung. XIV. 123.

Klagen, über die Unterscheidung derselben. XVII. 247. Eine Klage, welche sich gleichzeitig auf mehrere Klaggründe stützt, ist bestimmt abzufassen. Aufforderung zur Klage, s. Aufforderung.

— *ex delicto vel quasi*, ob sie, und wann sie gegen die Erben gerichtet werden kann. I. 49. 54. 55. Ob das kanonische Recht dabei anwendbar sei. I. 55—58.

— Voraussetzungen, unter welchen die Klage auf periodische Leistungen, welche noch nicht fällig sind, statt hat, und der Verjährung unterworfen ist. XV. 248.

— wird dem Gläubiger einer Kapitalforderung, die erst nach dreimonatlicher Kündigungsfrist zahlbar ist, vom Schuldner widersprochen, so kann er unter Anführung dieses Widerspruchs, wodurch das Recht schon jetzt als ein bestrittenes sich darstellt, auch vor Ablauf der Kündigungsfrist Klage erheben, sofern diese darauf beschränkt wird, daß das Kapital erst nach umlaufener Kündigungsfrist zu zahlen sei. XV. 595., XIX. 11.

— Die possessorisische Klage des L.R.G. 544 e. ist als *causa ordinaria* zu betrachten, es findet daher ein dritter Rechtszug bei ihr statt. VII. 141. Entgegenstehende Ansicht. VII. 140. 141.

— Real- und Personal-, gegen Standes- und Grundherrschaft, s. Standesherrschaft.

— wegen Verkürzung, s. Umstößungsklage.

— Wenn der Unterrichter auf gepflogene Verhandlung hin die Klage als nicht stattfindend verwarf (P.D. §. 358), so wird die Appellation nicht nach dem L.R.G. 1230—1238, sondern in den gewöhnlichen Formen verhandelt. XIV. 212.

— Abweisung einer Klage in erster Instanz gilt als Anerkenntniß und die Zurückweisung (nach §. 1223 der P.D.) ist ausgeschlossen. XVI. 73. Abweisung zur Zeit wegen bloßer Unvollständigkeit der Klage. XIX. 409. S. auch Eintrede.

Klagänderung. XVIII. 34.

— mit Aufgeben der alten Klage nach der Vernehmlassung. XV. 47.

— Aenderung und Verbesserung. XVII. 243. 248. 458. S. auch Widerklage.

Klagenhäufung. XVII. 316.

— subjective. I. 262.

Klagbarkeit eines Rechtsverhältnisses, ob hier nach den Gesetzen beurtheilt wird, welche zur Zeit der erhobenen Klage bestehen. VII. 53. 54.

Klagbegründung ist aus den Thatfachen und nicht aus den Folgerungen zu beurtheilen. XVIII. 98.

Klagfreierkennung ist nach dem Strafediect an die Stelle der peinlichen Frage getreten. VII. 103.

Klagfreierklärung eines Angeschuldigten nimmt ihm nicht die Eigenschaft einer verdächtigen Person ab. V. 378. Gegen sie findet kein Recurs an's Oberhofgericht statt. V. 271. S. auch Detention, Straferkenntniß — absolut, Unschuldsrecurs, Recurs.

Klagfreisprechung, f. Absolutio ab instant.

Klaggrund. Begriff und Unterschied von der Geschichtserzählung, Identität desselben. XVII. 243. 458.

— bloße Anerkennungen bilden keinen Rechtstitel und eben deshalb keinen Klaggrund. XVI. 239.

— Ob Aufstellung eines generellen Klaggrundes die Befugniß gebe, specielle Thatfachen nachzuschicken. VIII. 52., oder den Richter berechtiige, specielle in den Acten liegende Momente seiner Entscheidung unterzulegen. VIII. 52.

— Aenderung desselben, wenn sich der Beklagte auf einen neuen Klaggrund des Klägers eingelassen hat, so kann er in der andern Instanz die Klagänderung nicht mehr anfechten. XVI. 483.

— unzulässige Aenderungen desselben. XIV. 433. Nachträge die einen neuen Klaggrund enthalten. Auslegung des §. 346 der P.O. XIII. 198. S. auch Beistand.

Klagrecht, f. Ladung, Verjährung — kurze — fünfjährige.

Klagübergang, activ — passiv, f. Conventionalstrafen, Bescheldungsklagen, Erben, Gantgläubiger, Pödnalklagen, Privationsklage, Schenkungen.

Klagverbesserung nach der Einlassung. XIX. 367.

Klassensteuer. Ein dritter Rechtszug an Gr. Oberhofgericht besteht nach §. 5 lit. a des Edicts v. 2. Mai 1812 nur für Zoll- und Accisfachen, nicht für andere Defraudationen, namentlich nicht hinsichtlich der Klassensteuer. X. 137.

Kleinhändler, f. Großhändler.

Kleinzehnte, f. Zehnte.

Klöster. Die Benedictiner-Mannsklöster sind im Badiſchen aufgehoben, den Mönchen aber ist, wenn sie in den Weltpriesterstand übertreten wollten, in dem 4. Org.-Edict Art. IV. a Ertheilung des Laſtitels und Empfehlung an die betreffende geistliche Behörde, auch sonstige erforderliche Unterstützung bis zur Erlangung einer angemessenen Pfründe zugesichert. III. 55. S. auch Reichsdep.-Schluß.

Klostergeistliche, f. Ordensgeistliche.

Kumpfenverkauf, die Ungültigkeit hinsichtlich einzelner Verkaufsgegenstände wirkt Auflösung des ganzen Rechtsgeschäfts. XIX. 4.

Kopfverletzung oder Erschütterung bleibt die veranlassende Ursache des Todes, wenn auch der individuelle Zustand, in dem der Verwundete sich befunden, dazu beigetragen hat, jene Veranlassung gefähr-

licher zu machen. VI. 82. S. auch Lödtung — muthwillige, Verwundung.

Kosten. Einfluß des widerrechtlichen Läugnens auf Tragung der Proceßkosten. XVII. 13. 379.

Kostenbestimmung, der §. 1244 der P.D. bezieht sich nur auf Taxordnungsmäßige Decrete. X. 132.

Kostencaution der Ausländer im Cant. XVIII. 558.

Kosten decretur. In Fällen, wo der eine Theil in alle Kosten der oberhofgerichtlichen Instanz verurtheilt wird, sollen bei der Decretur der obliegenden Parthei jedesmal diejenigen Posten ausgeschieden werden, welche der obliegende Theil auf sich zu behalten hat, und es soll, insofern nicht der Gerichtshof nach §. 175 der P.D. eine vorberzige Vernehmung des Gegentheils beschließt, die Decretur sogleich beigelegt werden. XIV. 14. S. auch Anwälte.

Kostenersatz. Der Richter jeder Instanz hat über die Größe der bei ihm erwachsenen, von einer Parthei der andern zu ersetzenden Kosten selbst zu erkennen. XIII. 444.

Kostgelder, s. arrérages.

Kostenverurtheilung, s. Straferkenntnisse.

Krankenpflege, dazu hat sich jemand noch nicht verpflichtet, wenn er bloß die Zubereitung von Thee und das Aufwärmen von Heilmitteln übernommen hat. III. 73. 74.

Krankenpfleger, sind Personen, die Berufshalber einen Kranken warten und pflegen. III. 72.

Krankenwärter, s. Krankenpfleger.

Kreissdirectorien haben nur ausnahmsweise bürgerliche Gerichtsbarkeit auszuüben. V. 218. Die Ausnahme tritt ein bei Beschwerden im Recurswege gegen die von den Aemtern ausgehenden richterlichen Ansätze des Betrags der Alimentgelder für uneheliche Kinder. V. 218. Also nicht über die Schuldigkeit zur Alimentation selbst haben sie zu erkennen. V. 218. Haben ex analogia vielleicht auch über das Abzugsquantum eines Wittwengehalts zu erkennen. V. 218. Sind aber nicht competent einen Arrest anzulegen. V. 218. Wohl aber können sie als Obervormundschaftsbehörde einen Vormund ermächtigen, von dem Wittwengehalte eine liquide Forderung der Kinder abzugiehen. V. 218. Sind competent, im Recurswege über die Beschwerde eines vom Unterrichter seines Dienstes entsetzten städtischen Beamten zu erkennen. V. 261. Weiterer Rechtszug von ihnen geht an die höhere Administrativbehörde. V. 261. S. auch Gerichtsbarkeit — willkürliche, Grundherrschaft, Wittwengehalt.

— Deren Competenz zur Verhandlung privatrechtlicher Streitigkeiten, die bei Anlaß von Administrativjustizsachen vorkommen, ist durch die P.D. aufgehoben. XII. 213.

— Deren Competenz bei Ertheilung der Concession zu Waarenniederlagen. I. 298.

— Denselben steht nach der Org. v. 1809 Beil. D. §. 8 C. die Cogni-

tion über die Schuldigkeiten von Real-, Staats- oder Gemeindefasten zu. III. 140. Durch die Verordnung v. 9. Sept. 1815 ist diese dahin beschränkt, daß sie dann nicht statthaben soll, wenn von Subrepartitionen oder Entschädigung einer Gemeinde an die andere die Rede ist. III. 140.

Kreisdirectorien. Deren Competenz über Vergütung der Kriegsschäden zu erkennen. I. 255., über Einquartierungskosten. I. 261.

— Sie haben nicht nur über die Art und Größe des Beitrags, sondern auch über die Schuldigkeit der Unterthanen zu directen und indirecten Steuern, Contributionen und andern öffentlichen Lasten zu entscheiden, wenn die Schuldigkeit aus den Unterthanenverhältnissen fließt, oder von Normal-Bestimmungen directer und indirecter Steuern die Frage ist. IV. 52. 53. 206. Wenn auf privatrechtliche Verhältnisse gegründete An- und Widersprüche entstehen, so haben sie die Sache nur gehörig zu instruiren, in *statum judicandi* zu setzen, und dann mit Bemerkung ihrer Ansicht an das betreffende Hofgericht zur Entscheidung zu schicken. IV. 206.

Kreisgesetze, s. Jauner.

Kreis Schulden. Zu deren Bezahlung sollten die conföderirten Rheinbundesstaaten nicht bloß in Rücksicht ihrer alten Besitzungen, sondern auch für jene Gebiete die ihrer Souveränität unterworfen wurden, beitragen. II. 27.

— obernheinische, mußten von allen Reichsständen, welche zum obernheinischen Kreise gehörten, und diesseits Rheins Entschädigung erhielten, übernommen werden. II. 26. 27.

— welche von einer Special-Kreis-Kasse bezahlt werden mußten, wurden mit der Generalkreis-Kasse ausgeglichen. II. 27.

Krieg befestigung. Begriff derselben. II. 263.

— Darf im ordentlichen Proceß nicht generell, sondern muß nothwendigerweise speciell geschehen. II. 264. S. a. Lüttz-Contestation, Bönklagen.

Kriegsdienst, Untauglichmachung zu demselben. XIV. 174. S. a. Conscriptirte, Selbstverstümmelung, Zeigefinger.

Kriegsfrohnden, sind keine Reallasten, sondern Ausfluß der Unterthanenpflicht. VIII. 414., sie sind vom Beständer zu leisten. VIII. 416.

Kriegspflicht ist im Bauernstande mehr eine Last des Vaters und der Familie, als des dienenden Sohnes. VI. 240. 241. 242. Das für die Befreiung von derselben gezahlte Geld ist ein Surrogat des Selbstdienens. VI. 241. Hat der Vater ohne ausdrückliches Verlangen oder Auftrag des Sohnes denselben losgekauft, so braucht das Loskaufsgeld nicht conferirt zu werden bei der väterlichen Verlassenschaftstheilung, zumal wenn der Sohn zur Zeit des Loskaufs noch minderjährig war. VI. 241. 242. Es tritt hier die Analogie des Auslösungsgeldes für einen gefangenen Sohn ein, welches auch nicht conferirt zu werden braucht. VI. 241. Die Absicht des Vaters, dem

- Sohne damit ein Geschenk machen zu wollen, läßt sich nicht unterstellen, da dem Sohne dadurch kein realer Vortheil, wodurch sein Vermögen vermehrt wurde, zugeht. VI. 240. 242. Jedenfalls könnte der Sohn seine Knechts- und andere seiner Familie geleisteten Dienste damit compensiren. VI. 240. 242. S. auch Collationspflicht, Conscriptiionsordnung, Lehnvertrag, Vermögensübergabe.
- Kriegsschulden und Gemeindefschulden, deren Repartition eignet sich zur Entscheidung der Administrativstellen. IV. 47. 48. S. auch Kreisdirectorien.
- Kronanwalt, sein Antrag soll, wenn die Förmlichkeiten zu einer Entscheidung auf wechselseitige Einwilligung nicht beobachtet sind, dahin lauten: Das Gesetz ist entgegen. III. 21. S. auch Entscheidung auf wechselseitige Einwilligung.
- Kunstleistung, s. Dienstverding.
- Kunstrichter können von einem Schauspieler nur urtheilen, daß die von ihm dargestellten Rollen gut oder nicht gut ausgefallen sind. V. 254. Aber nicht über die Brauchbarkeit eines Subjects zu einem bestimmten Theater. V. 254. S. auch Theater-Intendanz.
- Kunstverständige, s. Experten.

2.

- Ladung auf die Klagschrift, soll nach §. 12 der D. O. Ord. unter dem Rechtsnachtheil erkannt werden, daß sonst der Vortrag des Klägers für eingestanden, und jede Schutzrede des Beklagten für versäumt erklärt werde. III. 289. Des Präjudiz soll nach §. 31 daselbst vollzogen werden, wenn die Antwort des Beklagten in der gesetzlich oder von ihm weiters erwirkten Frist nicht einkommt. III. 289. 290. — Nach dem gemeinen Rechte L. 68. D. de re jud. und L. 9. C. quomodo et quando — ist dieselbe nie gleich das erste Mal, sondern erst beim dritten Male peremptorisch. III. 290. — Der Richter konnte jedoch nach L. 53. §. 1 de re jud. den ersten Termin peremptorisch geben. III. 290. Im summarischen Proceß ist sie auch nach gemeinem Rechte stets das erste Mal schon peremptorisch. III. 291.
- ist abzuschlagen, wenn dem Kläger nach seinem eigenen Anbringen eine rechtliche Klage nicht zusteht. V. 196. S. auch Recurs.
 - Deffentliche Vorladung eines unbekannten Inhabers einer verlorenen Urkunde findet nicht statt. VIII. 18., sondern nur öffentliche Warnung gegen den Erwerb. VIII. 19.
 - Der Bescheid, welcher eine erkannte Ladung wieder aufhebt, kann gegen den Beklagten die Rechtsnachtheile nicht aussprechen, welche auf den Ungehorsam gegen diese Ladung gedroht waren. XI. 538.
- Ladungsverfügung. Ob ein die Ladung in erster Instanz versagendes Decret rechtskräftig werden könne, ist zweifelhaft. II. 255. 256.

Ladungsverfügung. Appellation dagegen. §. 1238 der P.D. X. 267. Als Ladungsverfügung gilt es nicht, wenn der Richter zweiter Instanz eine Klage angebrachtermaßen verwirft. X. 242.

— ist ein Erkenntniß, wodurch die Ladung versagt wurde, in zweiter Instanz bestätigt, so finden in dritter Instanz nach §. 1210 der P.D. die Vorschriften der §§. 1232—1238 ebenfalls Anwendung, obgleich zur Oberappellation gegen das Erkenntniß zweiter Instanz nach §. 1237 die Nothfristen in gleicher Weise, wie bei den auf erkannte Ladung und gepflogene Verhandlung erfolgten Erkenntnissen, sogleich von der Urteilsverkündung an laufen. XIII. 119.

Lagerbuch, Unterschied von Grundbuch. XII. 178.

Lagerhäuser, öffentliche, hinsichtlich der darin aufbewahrten Waaren hat der Fiscus die Pflichten eines Depositars. IV. 248.

Lagerhausbuch ist eine öffentliche Urkunde. VI. 207. Beweist darum aber noch nicht die Richtigkeit des Eintrags, wenn dieser als falsch angefochten ist. VI. 207. S. auch Urkunde — öffentliche.

— sind gemeinschaftliche Urkunden im Sinne des §. 786 der P.D. für Alle, welche Waaren in dem Lagerhause niedergelegt oder daraus empfangen werden. X. 94.

Landes-Commissariats-Mitglieder, pfälzische, der Proceß derselben, gegen die in die Regierung und Einkünfte der Rheinpfalz eingetretenen Fürsten, wurde nicht nur von dem vormaligen Reichskammergerichte ohne Bedenken angenommen, sondern auch nach dessen Auflösung zur Entscheidung an das großh. badische Oberhofgericht verwiesen. III. 60.

Landeseinkünfte, s. Sustentationsgelder.

Landeshrophen haben nicht als Reallasten auf den Grundstücken, sondern sind Unterthanenpflichten. VIII. 414.

— Zu solchen gehören die Frohnden zu einem Brückenbau. III. 140.

— Nach dem 6. Constitutionsedict §. 16 ist dazu jeder bormäßige Staatsunterthan verpflichtet. III. 140. Freiheit davon kann nur vom Landesherrn gegeben werden. III. 140. Beruhen auf einem staatsrechtlichen nexu. III. 140. Die Frage, ob sich der bormäßige Unterthan als privilegiert für immer derselben entziehen könne, gehört nicht vor die Gerichte. III. 140. Abweichende Ansicht des Referenten. III. 140. Die Verordnung vom 7. Februar 1810 ist auf solche nicht anwendbar. III. 140. S. auch Kreisdirectorien.

Landesgebrauch, s. Eheverträge.

Landesgerichte, badische, haben keine Cognition über Ansprüche an den großherzoglichen Fiscus, die auf Verhältnissen des öffentlichen Rechts beruhen. II. 28. Sind also nicht befugt, über die Vertheilung der Schulden des oberrheinischen Kreises auf diesseits Rheins entschädigte Stände zu erkennen. II. 27.

— dieselben sind befugt, Landesverordnungen, welche das öffentliche Rechtsverhältniß zwischen dem Staat und einer Klasse von Staatsunterthanen betreffen, zur Entscheidung einer auf einen privatrechtliz-

- den Titel gebauten Klage anzuwenden. IV. 205. 206. 207. S. auch Kreisdirectorien.
- Landesgerichte sind nur in soweit befugt, über die Entschädigungsansprüche der Pächter gegen ihre Verpächter, für getragene Einquartierungskosten zu erkennen, als sie sich auf privatrechtliche Verhältnisse gründen und nur die Schuldgkeitsfrage betreffen. III. 221. 222. S. auch Administrativbehörden und Landesfrohnden.
- Landesgesetz, allgemeines, ob die das Waidrecht beschränkende Verordnung vom 12. Mai 1818 in diese Kategorie gehöre, oder bloß als ein polizeiliches Regulativ anzusehen sei. II. 132. 134. 137.
- Landesherr, dessen Bewilligung zum Uebergang eines Conventualen in den Weltpriesterstand, s. Reichsdep.-Schluß.
- Landeschulden der Standesherrn sind auf das badische Aerar nicht übernommen worden. II. 28.
- Landesverordnungen, s. Landesgerichte.
- Landesverrath. Thatbestand des Verbrechens des Landesverraths; Erfordernisse zur Annahme eines dem Strafgesetze unterworfenen Versuchs dieses Verbrechens; ist der Versuch des Landesverraths wie die vollendete Thatfache zu bestrafen? XIV. 331. S. auch Detention.
- Landesverweisung. Kann gegen einen Ausländer, der sich des Verbrechens der Unterschlagung schuldig gemacht hat, die Landesverweisung erkannt werden. XIV. 49.
- des wiederholten Bruchs der Landesverweisung macht sich auch derjenige schuldig, welcher nach Verkündung des auf die Strafe des ersten Bruchs der Landesverweisung und auf wiederholte Landesverweisung lautenden Erkenntnisses der vollständigen Straferhebung durch die Flucht aus der Strafanstalt sich entzieht, das Land verläßt. XV. 396. S. auch Begnadigung.
- Landleute, deren Schuldscheine, s. Schuldscheine.
- Landrecht, neubadisches, beschäftigt sich, als Civilgesetzbuch, rein mit civilrechtlichen Folgen einer widerrechtlichen Handlung. VI. 247. Kommt zur Anwendung, wenn sich unter seiner Herrschaft der Fall ereignete, der die Folgen eines früher geschlossenen Rechtsgeschäfts erzeugte. VI. 46. 173. Ihm ist die Einteilung in einzelne und Gesamtsachen nicht fremd, wenn sie schon mit ausdrücklichen Worten nicht darin vorkommt. VI. 341. S. auch actio tutelæ utilis, Ehescheidungsklage, jus compascendi, Staatschreiber, Strafen, universitas, Unterpfand — bedungenes, Unterpfandsgläubiger, Verjährung, Zehnten.
- jeder Satz desselben soll alles sagen, was in Bezug auf bürgerliche Rechtsverhältnisse in dem Umfang seiner Worte unmittelbar oder durch folgerichtige Ableitung gefunden werden kann. IV. 273. V. 192. Der Redacteur desselben kann dem klaren Wortverstande in der Folge keine andere Deutung mehr geben, auch wenn er fände, daß er sich nicht ganz passend ausgedrückt habe. V. 118. S. auch Brauer.
- Der Text der Brauerschen Uebersetzung ist in den Gerichten einzig

- anwendbar. VIII. 456. — der französische Text entscheidet nicht.
 VIII. 457. S. auch Gesetzbuch.
- Landrecht**, burlacher, f. Eheverträge.
- württembergisches, f. Erblehenvertrag und Lehenbrief.
- Landstreicher**, f. Jauner.
- Lasten**, öffentliche, Competenz der Gerichte. Die Tragung einer öffentlichen Last kann Gegenstand des Privatverkehrs sein in dem Sinne, daß der Verpflichtete, vorbehaltlich seiner eigenen Verpflichtung gegen den Staat oder überhaupt gegen denjenigen, zu dessen Gunsten die Verpflichtung kraft öffentlichen Rechts besteht, einen An- dern durch Vertrag verbindlich machen kann, an seiner Stelle die Last zu tragen. Ueber die aus einem solchen Vertrage hervorgehende Rechte und Verbindlichkeiten zwischen den Contrahenten unter sich hat daher der Civilrichter zu erkennen. XIII. 600.
- Laudatio auctoris**. XVII. 213.
- Laudemium allodiale** — feudale, f. Ehrschatz.
- Laudemium**, f. Erbzinnslehen.
- Legalinspection**. VII. 269.
- Legalität** einer gerichtlichen Handlung, f. Vermuthung.
- Legatum sub demonstratione, sub causa**, deren Bedeutung. I. 191.
- Legitima**, f. Pflichttheil.
- Legitimation** des Erbfolgers, bei Klagen der Gläubiger gegen die Erbmasse. XIII. 375.
- der Gemeinden zu Processen. XVII. 354.
 - bei Schäfereiprocessen. XV. 47., f. Besitzklage.
 - zur Führung der Processen über die Kirchenbaulasten. XV. 424.
 - der einzelnen Mitbesitzer eines Lehens. XIII. 502. S. auch Lehen.
 - passive, bei Probststreitigkeiten, und Anwendung des §. 1238 der P.D. wenn in zweiter Instanz eine Klage für zur Zeit unstatthaft erklärt wird. XI. 532.
 - zum Proceß, f. Anwalt, Processlegitimation.
 - zur Sache. Sachlegitimation. XIX. 36. Mangel der Sachlegitimation begründet nicht, eine Klage als zur Zeit unstatthaft abzuweisen. XVIII. 604. vergl. 606. Der Gantmasse in Streitigkeiten mit den Separatisten. XVII. 292., bei Gemeindeprocessen. XI. 174.
 - in Servitutprocessen. XVII. 207.
 - in Theilungsprocessen. XVII. 140.
 - der Vermächtnisnehmer, Forderungen des Erblassers geltend zu machen. XIV. 281.
- Legs** ist nicht ausschließlich ein titre particulier, sondern auch ein titre universel. VI. 39. S. auch ayant cause.
- Lehen**, besteht es aus einem Complex von Grundstücken, so streitet nach bab. Lehenrecht die Vermuthung für die Leheneigenschaft eines jeden einzelnen, in diesem Complex gelegenen, oder mit ihm zusammenhängenden Grundstücks. VI. 339. 345. Nach der Meinung anderer wird der Beweis der Contiguität nicht erfordert. VI. 337. 338. 340.

342. Auf das Uebergebäude ist diese Präsumtion nicht auszudehnen. VI. 337. 345. Besteht es aus einer Orths Herrlichkeit, so streitet die Vermuthung für die Lehenbarkeit aller in die Klasse der Orths Herrlichkeit gehörenden Gefälle. VI. 337. 345. Nach longobard. Lehenrechte streitet die Vermuthung für die Feudalität der einzelnen Pertinenzen, wenn eine universitas rerum vel juris zu Lehen gegeben wurde. VI. 337. 338. 339. 340. 341. S. auch Allodialität, Grundstücke, Lehenrecht — longob., universitas.
- Lehen. Unterschied zwischen Erb- und Mannlehen. VIII. 179., deren Natur bestimmt sich aus dem Verhältnisse des Ober- und Nuzgeignthümers — aus dem Lehenvertrag. VIII. 180. — In reine Erb- Lehen succediren alle Allodialerben. VIII. 181.
- sind im Zweifel Stammlehen. II. 267.
- Ob die auf einem Lehen, welches sich im ungetheilten Genuße mehrerer Mitbelehten befindet, haftende Dienstbarkeit auch gegen jeden einzelnen Mitbesitzer allein klagend verfolgt werden könne. XIII. 502.
- Veräußerung eines Lehenbestandtheils, Anfechtung derselben. XVI. 19. S. auch Kauf, Bauernlehen, Erbbestand, Erbsehen, Erbzinslehen, Schupflehen.
- Lehenanwartschaften, die von einem Lehenherrschaften erteilt wurden, dessen Dispositionsgewalt über das Lehen auf seine Lebenszeit beschränkt ist, müssen dennoch von dem Nachfolger beachtet werden, wenn das Lehen noch zu seinen Lebzeiten apert geworden ist. IV. 123. Wie viel mehr also da, wo dem Lehenherrschaften ein unbeschränktes Eigenthum zusteht. IV. 123. In diesem Falle ist die exceptio deficientis legitimisationis ad causam passivæ ganz ungegründet. IV. 123.
- Lehenbarkeit, wird im Zweifel vermuthet. III. 153., der Pertinenzstücke, Vermuthung derselben bei einer universitas rerum. I. 134. 135. S. auch Lehen.
- Lehenbrief ist die Urkunde, welche über die Belehnung ausfertigt wird. IV. 112. Enthält: 1. die Bedingungen, unter welchen das Lehen erteilt worden, 2. die Bestandtheile des Lehens. IV. 112. Wird im Württembergischen bei Hoflehen, Hofbrief genannt. IV. 123.
- Lehenedict, von 1807, erklärt alle älteren Lehengesetze und Gewohnheiten für aufgehoben und ungültig. VI. 341., es derogirt dem gemeinen Landrecht. IV. 123. S. auch Grundstück, Lehen, Lehenrecht, Lehenüberweisung.
- Leheneinkünfte, deren Verpfändung erlischt, wenn das Lehen anheimfällt. VI. 272. S. auch Afterbelehnung.
- Lehenherr, in wiefern er berechtigt ist, von seinem Vasallen die Urkundenebition zu verlangen. VII. 181. Not. 1., s. auch Afterbelehnung.
- Lehenleute, sind den Stammgutsbesitzern vollkommen gleichgestellt. II. 297.
- haben im Fall eines gegen sie ausgebrochenen Concursses eine Competenz aus den Früchten des Lehens anzusprechen. II. 297. S. auch Meliorationen.

Lehennachfolger, hat zur Abfertigung ausgeschlossener Lebenserben niemals über $\frac{1}{3}$ des Lebens Einkommens zu verwenden, falls Familienverträge und Observanz hierüber nichts anderes bestimmen. VII. 168. Dieser Maßstab kann aber nicht in Anwendung kommen, wenn der Lebensbesitzer als Schuldner seiner Gläubiger in Anspruch genommen wird. VII. 168.

— für welche Schulden sie zu haften haben. XIV. 23.

Lehennutzungen, rückständige, hat der Fürst zu leisten, dem durch Reichsdeput. Schluß von 1803 die Lebensherrlichkeit und das Eigenthum der dienenden Sache zugefallen ist. II. 235, 236, 238, 239.

Lehenrecht. Wenn dem Oberlehnsherrn, gegenüber einem unbefugten Lehnseinhaber, die Voraussetzungen einer rei vindicatio gegeben sind, so kann er dieselbe erheben, ohnerachtet ihm, demselben Beklagten gegenüber, auch eine Lehenauflösungsklage aus L.R.G. 1831 b. k. zusteht. Erfordernisse der Eigenthumsklage des Oberlehnsherrn. XVIII. 24.

— longobardisches, ist im Baischen nur da noch anwendbar, wo klare Entscheidungen desselben als stillschweigende Voraussetzungen der Vertragspersonen anzusehen sind. VI. 341. 342. 343. S. auch Lehen.

— Successionsrecht der Weiber bei Weiberlehen. XI. 338.

Lehenschulden. Wenn der Inhaber eines Lehen- oder Stamnguts eine aus Lebens Einkünften abzutragende wahre Lebensschuld contrahirt und dabei neben den Lehengütern noch Allodialvermögen verpfändet, ohne sich besonders als persönlicher Schuldner hiefür zu obligiren, so ist die daraus dem Allodialvermögen erwachsende Verbindlichkeit nur die einer hypothekarischen Bürgschaft. XIX. 42.

Lebens- Ueberweisung ermächtigt nach §. 8 des Lehenedicts, bei erfolgendem Widerspruch des Inhabers oder eines Dritten, den Lehenmann bloß zur Anstellung einer summarischen Befizzerklauungs- klage vor dem ordentlichen Richter. III. 152.

Lehenvertrag setzt die Bedingungen fest, unter welchen der Eigenthümer sein nutzbares Eigenthum veräußern will. IV. 112. S. auch Belehnung.

— enthält als Essentialien die wechselseitige Lehenstreue und die aus dieser entspringende vassallische Verbindlichkeit zur Kriegshülfe. VI. 272. S. auch Afterbelehnung, Erblehen.

Lehenwaare, s. Erbschag.

Lehrvertrag, ein solcher fällt entweder unter den Gesichtspunkt eines Mandats oder eines Werkverding, und ist unter der einen wie unter der andern Voraussetzung einseitig aufkündbar für Mandatar oder Werkbesteller. Es kann deshalb der, welcher als Mandant oder Werkübernehmer erscheint, wenn ihm vom Vater oder Vormund des Lehrlings aufgekündet ist, nicht auf Vertragserfüllung, wohl aber auf Entschädigung klagen. L.R.G. 2003 u. 1794. XVIII. 103.

Leibrentenverträge. XIII. 116. S. Einwerfung.

Reibzoll, f. **Gewerbesteuer**.

Reihvertrag, f. **Handelsgeschäfte**.

Reistung, einstweilige, f. **Einstweilige Verfügung**.

Reistungen, persönliche, **Untheilbarkeit** derselben. XVII. 455.

Lenocinium, f. **Ruppelei**.

— **qualificatum**, f. **Guttenwirthschaft**.

Rescholz. XIII. 531.

Rethalität, **accidentelle**, ist eine solche, die durch eine hinzugekommene fremde Ursache herbeigeführt wurde. IV. 287.

Lex anastasiana, f. **Cession**, **Kauf**.

Rechte Wissen, f. **Testament**.

Reenz zur Ausübung der Heilkunde, f. **Polizeigewalt** — **medizinische**.

Recht dienlichkeit, wie sie durch **Verjährung** erworben wird. II. 267. S. auch **servitus luminum** und **ne luminibus officio**.

Rechtöffnungen dürfen nur in eigener Mauer eingelegt werden. VIII. 466. Dicht in einer gemeinschaftlichen Mauer. VIII. 467.

Rechtrecht, f. **Fensterrecht**.

Reyerungen, f. **Handelsgeschäfte**.

Reigenschaften, ehemännliche, eingetauschte, errungene, f. **Gütergemeinschaft**, **Grundstück**, **Unterpfandsrecht**, **Verzichtsleistung**, **Vormund**.

Reigenschaftenversteigerung, f. **Abjudication**.

Requidationsverfahren, dessen Form. XVII. 412.

Litis contestatio affirmativa oder **negativa**. I. 255.

Litis-Contestation, f. **Einreden**.

Litisdenunciat, kann derselbe, wenn der **litisdenunciant** den **Rechtsstreit** aufgibt, ihn für sich allein fortsetzen. I. 258. 259.

— seine **Vertretung** durch einen besondern **Anwalt** gilt nicht als **nothwendige Maßregel** im Sinne des §. 169 der P.O. X. 134.

Litis denunciatio hat öfters die Folge, daß der **Litisdenunciant** dem **Denunciaten** die **Führung** des **Proceßes** allein überläßt, wenn dieser sich der **Assistenz** unterzieht. III. 293. Es kann deshalb nicht in **contumaciam** gegen den **Litisdenuncianten** im gesetzl. Falle erkannt werden. III. 293. Bei derselben treten die **Grundsätze** der **accessorischen Intervention** ein. III. 293. Geschieht, ut **auotor assistat**, ei, **qui evictio metuenda est**, in **litis**. III. 293. Ob sie in der **Revisions-Instanz** zulässig sei, weil sie als ein **novum** angesehen werden könnte, ist **controvers**. III. 141.

— ob deren **Unterlassung** die **Regressklage** ausschließe. I. 259. 260., deren **Statthaftigkeit**. I. 261.

Litisdenunciation, ob sie geschehen müsse, um gegen einen Dritten seinen **Regress** nehmen zu können, ist nach **gemeinem Rechte** **contro-**vers. IV. 347. 348. Nach §. 122. D.O.D. ist eine solche gesetzliche **Nothwendigkeit** nicht vorhanden. IV. 343. Nach L.R.S. 1640 aber fällt die **Gewährleistung** hinweg, wenn der Käufer, der seinen **Verkäufer** zum **Proceß** beizuladen unterließ, durch **Urtheil** und **Recht** **verlor**, und der **Verkäufer** beweist, daß **hinlängliche Mittel** die **Klage**

- als verwerflich darzustellen vorhanden waren. IV. 343. 348. Ob sie so gut zu einer Vergleichs- als zu einer Proceßverhandlung erforderlich sei, ist controvers. IV. 343, 345, 348, 350. S. a. Vergleich.
- Litibdenunciation** ist unzulässig: a. wenn der Grund weßhalb man den Litibdenunciaten später belangen will, in keiner privatrechtlichen Verbindung mit dem anhängigen Rechtsstreite steht. VIII. 383. 385. b. Ueber einen Gegenstand, der nicht richterlicher Cognition ist. VIII. 383. c. Gegen den Richter früherer Instanz als solchen. VIII. 371. d. Sie erfordert nicht, daß der Richter auch in den künftigen Ansprüchen gegen den Litibdenunciaten competent sei. VIII. 384.
- Litispēdenz**, als Einrede im Civilproceß. XI. 543., findet in Ansehung der Militärgerichte nicht statt. VIII. 447., dauert sie zu Begründung des Militärgerichtsstandes fort, wenn der Militär in den Civilstand übertritt? XI. 369.
- Literal-Contract**, f. Erbtheilungsvertrag, Unterpfand — bedungenes.
- Locatio conductio operarum**, f. Dienstverding.
- Lohn**, f. Dienstverding.
- Loskauf**, der Frohnden, f. Frohndberechtigter.
- Loskaufgeld**, f. Kriegspflicht.
- Loosung** findet nur statt bei einem Handkauf, ist unzulässig bei einem Kauf durch obrigkeitliche oder öffentliche Versteigerung. Zu letztern gehört auch eine von staatswirthschaftlichen Behörden vorgenommene Versteigerung. IX. 375.
- Mangel derselben. XIII. 519. S. auch Markloosung.
- Loosgettel**, f. Erbtheilung.
- Lotterie**, f. Hazardspiel, Lotterielos, Lotteriellecteur.
- Lotteriellecteur** ist als Lotterieabsetzer, Mandatar der Lotteriestalten, — derjenige, welcher mit dem Abnehmer spielt (Mitspieler) oder doch dem Spieler Vorschub zum Spiele leistete. VII. 53. 54. In beiderlei Rücksicht hat er nach römischem wie nach bairischem Landrecht kein Klagrecht. VII. 53. 54.
- Lotterieloose**, auswärtige, sind Gegenstände, welche dem Handel und Wandel gänzlich entzogen sind, — der Verkauf derselben ist ungültig, kein Klagrecht daraus. VII. 53.
- Lotteriegewinnste**, ob sie herrenloses Gut seien? Eine in einer Lotterie ausgespielte Sache, zu der sich der Gewinner nicht meldet, ist deßhalb (so lange nicht das Recht des Gewinners etwa verjährt ist) noch kein herrenloses Gut, und keiner Behörde steht es zu, sie, wenn auch ein öffentliches Ausschreiben ohne Erfolg sein sollte, für herrenlos zu erklären. XIV. 469.
- Lüge im Civilproceß**. XVII. 1. Deren Bestrafung als Betrug. XVII. 377.

Mädlergeschäfte, f. Handelsgeschäfte.

Magistrat, f. *actio tutelæ utilis*.

Maison commune ist im R.R.G. 230 gemeinschaftliche Wohnung, statt gemeinschaftliches Haus übersetzt worden. III. 18. Sonst würde der Zweifel nicht entstanden sein, ob das von der Frau verlassene Familienhaus darunter zu verstehen wäre. III. 18. Der *Code pénal franc.* gebraucht im Art. 339 den noch unzweideutigen Ausdruck: *maison conjugale*. III. 247. S. auch Ehebruch.

Maitresse ist gleichbedeutend mit Concubine. III. 19.

Majestätsverbrechen. Begriff und Bestrafung. VIII. 224.

Malejudicatum, aus gewinnsüchtigen Absichten, dessen Folge. I. 53.

Mandant, muß die aus dem Geschäft resultirenden Verbindlichkeiten erfüllen. VI. 9. Hat auch die daraus entspringenden Berechtigungen und Vortheile anzusprechen. VI. 9. Kann daher nicht, als dieselbe Person mit dem Mandatäre vorstellend, gedacht werden. VI. 9. S. a. Mandatar, Richter, Theilungskommissäre.

Mandat, unbedingtes, Erfordernisse desselben. IX. 369. 370. Hierzu gehören insbesondere fehlerfreie, in Urschrift beigebrachte, öffentliche Urkunden. IX. 370. Ein, wenn gleich von einer öffentlichen Stelle gefertigter, bloßer Auszug aus der Urschrift genügt nicht zum Beweise der Mandatsklage, weil dieser nicht die von den Contrahenten selbst unterzeichnete Urschrift ist. IX. 371.

— der in Erfüllung seines Auftrags einen Fehler begeht, ist darum noch keiner betrügerischen Handlung zu beschuldigen. VI. 227. Eben so wenig ist, wenn er unbefugt handelte, ein *dolus* oder eine Entwendung daraus zu folgern. VI. 227. S. auch *dolus*, Entwendung, Mandant.

— Pflicht, die eingenommenen Gelder zu verwahren. I. 49. Welchen Grad der *culpa* derselbe zu leisten hat. I. 288.

— Er stellt mit dem Mandanten eine Person vor. VIII. 276. — Er haftet (nach gemeinem Rechte) für *culpa levis* (*levissima*.) VIII. 308. S. Gewaltthäter.

Mandatarius in rem propriam, f. Gantgläubiger.

Mandatsproceß, unbedingter, Beweis der Einreden in demselben. XII. 205.

— bei den Hofgerichten, ob ein weiterer Rechtszug statfindet. I. 286.

Mandatum generale, f. Theilungskommissäre.

— *presumptum*, f. Unschuldsrecurs.

— *procuratorium*, f. Anwälte.

Manifestationseid, findet analog auch da statt, wo die Veriegelung zwar geschehen, aber durch Verletzung der Siegel ungeschehen gemacht worden ist. II. 9. Hierzu wird jedoch ein specieller Verdacht einer *dolo-*

- sen oder culposen Theilnahme gegen gewisse Personen erfordert. II. 10. S. auch Eid.
- Mannlehen, rechtliche Verhältnisse derselben. VIII. 259. Heimgefallene — werden nicht eingeworfen. VIII. 260.
- Markenberechnung, s. Diebstahl — zweiter — qualif.
- Marklosung, ob solche gegen eine aus Markungsgenossen und Ungenossen bestehende Gesellschaft statt hat. XII. 100.
- von Seiten eines dritten Markgenossen gegen den *dominium directum* findet nicht statt. IX. 268. 269.
- Markungszehnten, s. Zehnten.
- Martial- oder Brevoialgerichte sind durch die Verfassungsurkunde aufgehoben. V. 326. 327. S. auch Richter — ordentlicher.
- Massgläubiger, s. Santsgläubiger.
- Masserevertreter, s. Arrha.
- Mauer. Die Merkmale über das Eigenthum einer solchen, die noch unter der Herrschaft des alten Rechts aufgeführt wurde, richten sich nach den damaligen Gesetzen und Gewohnheiten. II. 268. 269.
- gemeinschaftliche. Widerspruch im neuen Landrechte in Beziehung auf die Dispositionsbefugniß eines Miteigenthümers über dieselbe. II. 267. 268.
- Mäusegift, s. Vergiftung.
- Mediatisirung des Fürsten Salm-Krauthheim, und daher rührende Proceß gegen die Staatskasse. XVIII. 523.
- Medicinalreferent. Er ist nicht Mitglied des Collegii. VIII. 240.
- Es ist dem Ermessen des Gerichts überlassen, in welchen Fällen es dessen Arbitrium einholen will. VIII. 236. S. auch Aerzte, Sanitäts-Kommission.
- Meineid, welche Handlungen gehören nach der Carolina und den bairischen Gesetzen zum strafbaren Meineid. Gehört insbesondere jedes vor Gericht abgelegte falsche Zeugniß dahin? Welche sind die Merkmale zum objectiven Thatbestand des Meineids? Was ist ein gerichtlicher, was ein gelehrter Eid? Beweismittel zur Herstellung des Thatbestandes dieses Verbrechens. XI. 412.
- Zum rechtlichen Begriffe eines zu bestrafenden Meineides gehört:
- a. Daß durch dessen Ausschöpfung dem Staat oder einem Dritten ein Nachtheil zugefügt, oder doch beabsichtigt worden, b. daß die falsche Deposition nicht zeitig genug durch Widerruf und Angabe der Wahrheit verbessert sei. IX. 395. 400 ff.
 - setzt die Ueberzeugung des Schwörenden von der Falschheit seiner Angabe voraus; und daß der abgelegte Eid ein rechtlich gültiger gewesen sei. II. 245. 246.
 - Beweis des Eides- oder Gelübdebruchs, welches sind die wesentlichen Erfordernisse, die über die Ablegung eines Eides oder eines Gelübdes abzuhaltende Protokolle notwendig enthalten müssen. XI. 232.
 - erfordert gültige Eidesleistung, was dazu gehört. XII. 312.
 - Der Satz 1341. hat im Gebiete des Strafrechts keine Wirkung; die

Zulässigkeit des Zeugenbeweises zu Herstellung des Thatbestandes eines Meineids ist daher, selbst in Beziehung auf das in einem voraus-
gegangenen Civilproceß eiblich abgelängnete Dasein eines Rechts-
geschäfts, der in jenem Satz aufgestellten Beschränkung nicht unter-
worfen. XIII. 187.

Meldschein, pfarramtlicher, dessen Bedeutung. I. 34. Not. 1. S. auch
Beschreibung.

Mellorationen, wozu der emphyteuta nach dem Contracte nicht
verbanen war, muß ihm der dominus directus vergüten. II. 193.
Jedoch erst beim Heimfalle des Erblichens. II. 194.

Der Vormundschastsbeistand kann Ersatz der Mellorationen fordern,
die er auf das von ihm in gutem Glauben erkaufte Gut des Wändels
verwendet hat (L.R.G. 535) und es steht ihm, bis der Ersatz erfolgt,
das Retentionsrecht zu. XVI. 332. S. auch Verbesserung.

Metallwaaren haben ihren eigenen Tariffaz. VII. 205. Ob lafirte
Blechwaaren dazu gehören, und als Metallwaaren an der Eintritts-
station declarirt werden müssen. VII. 204. 205., f. Blechwaaren,
Declaration.

Miethvertrag gibt dem Miether kein jus in re, sondern ein jus
ad rem. VI. 42. Es kann daher keine Rechtsfolge in die Eigen-
thumsrechte, worüber der Eigenthümer verfügt, daraus hergeleitet
werden. VI. 42., f. a. Besitz—stärkerer, Bestandsvertrag, ayan cause.

Der Miether, welcher mit Zustimmung des Vermiethers einen an-
dern Miethsmann substituirt und diesen als Eigenthümer der Ein-
richtungsgegenstände erklärt, hat keine Klage gegen den Vermiether
auf Herausgabe dieser Gegenstände. XVIII. 429., f. auch Bestands-
vertrag.

Milderungsgrund, rechtlicher, ist Trunkenheit und Jörn dahin zu
rechnen? I. 247—250.

Als rechtlicher Strafmißerungsgrund gilt nicht die Jugend des
Verbrechers, der über 14 Jahr alt ist. VIII. 326. — Ob als solcher
gelten können: Dummheit, schlechte Erziehung und Hülfslosigkeit des
Verbrechers. VIII. 436. — Verstandesschwäche setzt die Strafe
eines Verbrechens nicht herab, dessen Strafbarkeit leicht einzusehen
ist. VIII. 437.

Militärdienst, Untauglichmachung zu demselben. XIV. 174. S.
auch Kriegsdienst.

Militärdienstpflicht, f. Kriegspflicht.

Militärgerichtsbarkeit, wird sie durch Litispdenz auch gegen Ci-
vilpersonen begründet. XI. 369.

Sie ist an die Standeseigenschaft geknüpft; beginnt und endet mit
derselben. VIII. 447. — Es findet keine Litispdenz in Ansehung
derselben statt. VIII. 420.

Militär: Einfluß des Austritts derselben aus dem Kriegsdienste auf
die Bestrafung der während der Dienstzeit verübten Verbrechen. X.
142., f. auch Strafgesetz.

Milizen, s. Conscriptibitz.

Minderjährige. a) In Bezug auf deren Vermögen liegen dem Vater auch während des Bestands der Ehe die Pflichten eines Vormunds ob, VIII. 43. — b) Sie haben ein Pfandrecht wegen des im Genuß des Vaters befindlichen Vermögens. VIII. 42. — c) Deren Befugniß im Ehevertrag zu schenken, und letztwillig zu verfügen, können cumulative ausgeübt werden. VIII. 461. S. Ehevertrag, Testament.

— haben ein gesetzliches Unterpfandsrecht an dem Vermögen des Vormunds. V. 347. Selbst an dem Vermögen des das übrige verwaltenden Elternteils. V. 347. Ueberhaupt hat das M. L. N. die Sicherheit ihres Vermögens allenthalben im Auge. V. 169. Dasselbe wird vom Vormunde immer nur in ihrem Namen verwaltet. V. 239. Verfügung derselben ist ein hinreichender Grund zur Umstößung aller Arten von Verträgen. V. 224. Selbst wenn diese vom Vormund geschlossen wurden. V. 224. Eine Ausnahme hievon machen die mit Beobachtung der gesetzlichen Formen vollzogenen Erbtheilungen. V. 225. S. auch Erbtheil d. M., Gewalt, elterliche, Vormund.

— Pfandrecht derselben. XIII. 67. S. a. Unterpfandsrecht.

— Theilungen wobei solche betheiligt sind. XIII. 475. S. Erbtheilungen.

— Vergleiche derselben, Beschaffenheit der obervormundschaftlichen Genehmigung. XII. 304. S. auch Bestätigung, obrigkeitliche.

Minderjährigkeit, s. actio tutelæ utilis, Kriegspflicht, Obrigkeit
— ordentliche, Ortsgerichte, Vormund.

Minderung der Vermächtnisse und Schenkungen. VII. 28. S. auch Schenkungen.

— der Schenkungen wegen verletztem Pflichttheil, s. Schenkungen.

Minderungsklage findet nur statt wegen Verletzung eines Erben am Pflichttheil durch Verfügung des Erblassers. V. 226. Findet also nicht statt, wenn der Pflichttheil durch den Fehler des Theilungskommisars oder Amtsrevisorats verletzt wurde. V. 226.

— der Pflichterben, kann diese von einem Pflichterben gegen seine Miterben hinsichtlich der von dem Vater denselben gegebenen Schenkungen zur Erhaltung und Ergänzung des dem Kläger gebührenden Pflichttheils gegen alle Miterben gleichzeitig angestellt werden? XI. 570.

Ministerialverordnungen aus den Zeiten vor der badischen Verfassungsurkunde, haben, wenn sie im Regierungsblatte erschienen sind, die Vermuthung für sich, vom höchsten Gesetzgeber genehmigt zu sein. VI. 76.

Mißbrauch, der Amtsgewalt, s. Concussion.

— der Nutznießung, s. Nutznießung.

Mißhandlung, s. Nothwehr.

— grobe, als Ehescheidungsgrund, s. Ehescheidungsgrund.

— harte, (*exco's grave*) ist nicht nach dem Maßstabe einer das Verbrechen der Verwundung ausmachenden schweren Verletzung zu beurtheilen. V. 291. Der Grad derselben ist objectiv nach der zuge-

fügten Verletzung, oder dem verursachten Schmerze, und subjectiv nach dem Grade der Empfänglichkeit für vergleichene schmerzliche Eindrücke zu bemessen. V. 291. Der Richter darf und muß alles in Vergleichung ziehen, was in der einen und andern Hinsicht von Einfluß ist. V. 291. Wenn der Thatbestand hergestellt ist, muß ferner in Betracht gezogen werden, welche Veranlassung und Anreizung vorgegangen, und ob hiernach die Zurechnung erhöht oder vermindert wird. V. 291.

Mißleitung, unheilbare, s. Cassation.

Mitbeklagte Arbeit wird durch Vertreten des Beklagten nicht zum Mitbeklagten. IX. 113.

Mitbürgschaft, Begriff und Erfordernisse derselben. XVIII. 339. S. auch Bürgschaft.

Miteigenthum, ist für jeden Theilhaber eine theilweise fremde Sache und deshalb auf dessen einseitige Veräußerung anwendbar. XVI. 307. Wer ein Miteigenthum oder eine Dienstgerechtigkeit auf der Hauptsache hat, hat auch ein Recht auf Benützung der zum Gebrauch dieser Hauptsache notwendigen Zubehörten. XIX. 190. Verfügungsgewalt des Miteigenthümers oder seiner Gläubiger leidet an Beschränkung des L.R.G. 2205, wie bei Erbschaften. XIX. 12. S. Gemeinschaftsgut.

Miteigenthümer, dessen Recht gegen einen von seinem Miteigenthümer angenommenen Pächter. XII. 309. Den Erbs für das Miteigenthum kann jeder Theilhaber nach seinem Antheil erheben. XIII. 471. S. Rauffchilling.

Miterben sollen nach S. 883 so angesehen werden, als ob jeder seinen Erbtheil unmittelbar vom Erblasser erhalten hätte, also nur ein Eigenthumsübertrag vorgegangen wäre. III. 11. Abweichende Ansicht des Referenten zum Libelle. III. 7. S. Erbtheilung.

Mittelspersonen, Schenkungen an dieselben. XIII. 475. S. Schenkungen.

Mitthäter, intellectuel, ist derjenige nicht, der, obgleich er zum Verbrechen gerathen hat, dennoch nicht als die Triebfeder dazu angesehen werden kann, weil der Entschluß dazu von dem Thäter schon lange zuvor gefaßt war. III. 270. — Sein Rath ist kein *consilium speciale instructivum*, sondern ein *generale*, wo nur ein *concursum remotus* angenommen wird. III. 270.

Mitschuldiger, s. Beihilfe.

Mitverbindlichkeit, eheweibliche, für eine Gemeinschaftsschuld, beschränkt sich auf die Hälfte derselben. IV. 29. Erfordert keine amtliche Ermächtigung, wohl aber die Beiziehung eines verpflichteten Beistandes. IV. 36. S. auch Sammtverbindlichkeit.

Mitverbrecher, Gewicht ihres Zeugnisses, s. Zeugniß.

Mitweibrecht, s. Schäferrecht.

Mitwissenschaft von einem zu verübenden Verbrechen, besteht in einer bloßen Kenntnißnahme von dem Vorhaben der zu begehenden

That, schließt aber jede directe oder indirecte Mitwirkung zu dessen Vollbringung aus. VII. 271. — unterschieden von Theilnahme, Begünstigung. VII. 271.

Mobilien-Brandversicherungs-Anstalt, s. Brandstiftung.

Mobilien, s. Habe — fahrende.

Mobilienvermögen, s. Vermögen.

Moralische Person, ihr Wesen und Begriff. I. 27.

Mord, verbunden mit Raub, verschieden von Raubmord. VIII. 320.

Verschiedenheit des Mords von einfacher Tödtung. VIII. 321. Gattenmord. IX. 317. S. auch Gattenmord, Bestimmung der Priorität des Todes beim Mord mehrerer Personen. XVII. 440. S. auch Begünstiger eines Mords.

— der dringende Verdacht eines solchen ruht auf demjenigen, der eine von ihm außerehelich Geschwängerte, die seiner Angabe nach in seiner Stube plötzlich umgesunken war, und kein Lebenszeichen mehr gab, an einem ihr fest und fast unauflösbar zwischen den Brustrihren, Kopf und Kinn zusammengeknüpften Halstuche im rauhen Winter in's Freie schleppte, ohne vorher Versuche, sie in's Leben zurückzubringen, angestellt, und die zur frühen Abendzeit noch leicht zu bekommende Hülfe Anderer nachgesucht zu haben; wenn er dieselbe in einem, 30 Schritte von seiner Wohnung entfernten Bache, ihr Gesicht nach unten gewendet, niederlegte, und so die ganze kalte Nacht hindurch liegen lies. VI. 358. 359. Es wäre dies wenigstens eine sehr rohe Unbesorgtheit um Menschenleben. VI. 358. 359. S. auch Detention.

Mordbrand, zum Thatbestand desselben wird nicht geradezu die Absicht erfordert, die Bewohner eines Hauses dabei umkommen zu lassen, es genügt vielmehr dazu, daß ihr Leben durch Ansteckung des Hauses in Gefahr gerieth. IV. 64. S. Brandstiftung, Straferkenntnisse.

Mordbrenner sind alle bössliche Brenner. II. 111. 112.

Mündelgut, Ankauf desselben durch den Vormund, s. Kauf. XVI. 332.

Mundtodt, der im ersten Grad für mundtodt Erklärte ist der staatsbürgerlichen Rechte nicht unfähig. VIII. 142. Er ist kein unfähiger Testamentszeuge. VIII. 141.

Mühlenordnung. Die Befugniß bei der Reinigung des Mühlbachs den Schutt auf angränzende fremde Güter zu legen, besteht nur als privatrechtliche Dienstbarkeit. XII. 306.

— Streitigkeiten über Zulässigkeit von Aenderungen des Mühlenstands gehören zur polizeilichen Cognition, bevor die rechtliche Befugniß verhandelt wird. VIII. 58.

Münzen, Verbreitung falscher. Wenn der Verbreiter einen redlichen Erwerb nicht nachweisen kann, und überdies der Selbstfertigung oder der Verbindung mit den Fertigern verdächtig ist, so genügt dies zur Ueberweisung des Verbrechens der Feilschaft. XV. 175.

— Wird das Verbrechen der Verpartirung falscher Münzen dadurch begangen, daß Jemand eine falsche Münze, die er an sich gebracht, wissentlich um widerrechtlichen Gewinns willen als ächt ausgibt. XIII. 593.

Münzverbrecher, s. Fälschungen.

Münzvergehen, Auslegung des §. 47 lit. c. des Straf-Gesetz.
XII. 588.

Mutterkirche, über die Verbindlichkeit der Pfilialen, die Bau- und Reparaturkosten der Mutterkirche zu tragen: VII. 39. 40. S. Baupflicht.

N.

Nacherbeneinsetzung ist verschieden von Afttererbeneinsetzung, den Character der Nacherbeneinsetzung bildet die Ernennung eines zweiten Erben, Legatars u. s. w. für den Fall, wenn der bestimmte Erbe, Legatar u. s. w. das Erbe oder Vermächtniß nicht erheben würde; diese ist gültig. VII. 76. S. Testament — öffentliches.

Nachlaßvergleich ist strikt zu interpretiren. IV. 344. S. Bürgschaft, Borg- und Nachlaßvergleiche, Verzicht.

Nachsteuer; privatrechtlichen Ansprüchen darauf setzt die Verordnung v. 26. August 1817, Freizügigkeit mit Nordamerika betr., kein staatsrechtliches Hinderniß entgegen. X. 21. S. Abzugsgelder.

Nachtrag zu einer proceßualischen Schrift ist, selbst wenn er vorbehalten ward, anzulässig. VIII. 20.

Nachträge, die einen neuen Klaggrund enthalten. Auslegung des §. 346 der P.O. XIII. 198.

Nahrungsgehalt, *arrérages des pensions*, Wittwengehalte.

Nahrungslosigkeit, s. Ehescheidung.

Namensunterschrift, s. Urkunde, Testament — eigenhändiges, Testamentszeugen, Handzeichen.

Nebenfolgen, gesetzliche, eines Straferkenntnisses, s. Begnadigung.

Nebenverbrechen, die Strafe derselben ist für absorbirt anzunehmen, wo wegen des Hauptverbrechens nicht Todes- oder lebenslängliche Zuchthausstrafe erkannt wird. III. 92. 93.

Negatorienklage, wenn der Beklagte im Besitze ist, liegt dem Kläger der Beweis der Freiheit ob. VIII. 37. S. *actio negatoria*.

Neubruchzehnte, seine Bedeutung und angeblicher Ursprung. I. 82. Note 1. Unterschied vom alten Zehnten. I. 84. 87. 90. Befreiung des Neubruchs von der Zehntabgabe in einem zehntfreien Bezirke. I. 166. 167. S. auch Zehnten, Zehntfreiheit.

Neuheiten, Beweisinterlocut, Editionsklage, Restitution, Revision.

Nichterfüllung einer Verbindlichkeit.

Nichtgemeinschafliche, s. Adel.

Nichtigkeit wegen versäumter Formalitäten tritt bei einem Rechtsgeschäfte nur dann ein, wenn dieselbe als Strafe der Nichtbeobachtung vom Gesetze ausdrücklich angedroht, oder das Verfahren für eine nothwendige Nothwendigkeit erklärt ist. V. 83. 85. 86. — Ohne eines oder das andere hängt es von dem Ermessen des Richters ab, ob er

- eines vorhandenen formellen Mangels ungeachtet, das Rechtsgeschäft aufrecht erhalten zu können glaubt, oder nicht. V. 83. 86. S. auch *Beistand, Cassation, Richter, Straferkenntniß* — absolut.
- Nichtigkeit.** Wirkt nicht die Pfandverschreibung und der Pfandbescheintrag auf einen andern Namen als den des wahren Gläubigers. XII. 305.
- Die Publikation eines Urtheils hat keine Nichtigkeit des Urtheils selbst zur Folge. III. 146.
 - eines Rechtsgeschäfts. Eine solche ist nur anzunehmen, wo sie speciell gedroht ist. VIII. 137. — Das Verfahren ist nicht vorhanden, wenn der Gegenstand Gelegenheit hatte, sich zu erklären. VIII. 175.
 - der Stipulation einer Leistung wirkt auch Nichtigkeit der Gegenleistung. XVIII. 85.
 - eines Testaments, wenn darin nicht gesagt ist, wie es in Gegenwart der Zeugen vorgelesen worden. VII. 71. Note 1. S. *Testament*.
 - des Verfahrens bei einer Ehescheidung auf wechselseitige Einwilligung. S. *Ehescheidung*.
- Nichtigkeiten** können nach §. 168 der D.G.O. auch vermittelt der Appellation ausgeführt werden. III. 147.
- Nichtigkeiten in Strafsachen.** XIV. 173.
- unheilbare, ist nur dann die rechtliche Folge eines Erkenntnisses *ultra petita partium*, wenn der Richter gegen das *objectum* und die *causam petendi* des Klägers erkannt hat. II. 257.
 - sind nach dem §. 19 des Nullitäten-Edicts da nicht vorhanden, wo das Vorbringen der Partheie um deswillen nicht geachtet, mithin auch zum Beweise nicht ausgesetzt worden, weil der Richter es aus Gründen, die in Urtheilen zu den Acten verzeichnet wurden, mit Recht oder Unrecht für unerheblich gehalten hat. III. 142.
 - unheilbare, ist es keine, wenn ein incompetent Richter sich aus zu den Acten notirten, obwohl irrigen Gründen, für competent erachtet hat. IV. 163.
 - unheilbare in Strafsachen, wird nach Rechtsähnlichkeit der Nichtigkeiten in bürgerlichen Sachen beurtheilt. VII. 184. S. *Nichtigkeitsbeschwerde, Cassation*.
- Nichtigkeitsbeschwerde** wegen mangelhafter Prüfung des Proceßmaterials in den Entscheidungsgründen. XVIII. 164.
- wegen gesetzwidrig vorgenommener Zwangsversteigerung. VII. S. *Zwangsversteigerung*.
 - in Strafsachen wurde schon nach gemeinem Rechte nicht als eigenes Rechtsmittel angesehen, war unter den beiden Rechtsmitteln der Appellation und Vertheidigung begriffen, und unterschied sich bloß durch ihren Inhalt. VII. 307. Nach badischer Gesetzgebung gibt es in Criminalsachen überhaupt keine eigentlichen Rechtsmittel, sondern bloße Recurse, deren sich der Angeeschuldigte allein bedienen kann, um nachzuweisen, daß er entweder unschuldig, oder auf nichtige Verhandlung hin bestraft worden. VII. 307. Der Recurs wegen Nichtigkeit

unterschiedet sich vom andern nur dadurch, daß er, ohne Rücksicht auf die Strafengröße, ebenso an das Oberhofgericht gebracht werden kann, wie es im Civilproceß dabei auf die Größe der Streitsumme nicht ankommt. VII. 308.

Nichtigkeitsgründe. eines öffentlichen letzten Willens, s. Testament — öffentliches und Schwägerschaft.

Nichtigkeitsklage, können Ungültigkeitsgründe gegen einen Nachlassvergleich in Handelsganten auch im Wege der Replik vorgebracht, oder nur durch eine Nichtigkeitsklage geltend gemacht werden. XVI. 325.

— gegen provisorische Verfügungen. VIII. 175.

— S. auch Amtsdrevisor, Cassation, Compromiß, Testament, Unterpfand — bedungenes, Vergleich.

Niederkunft, verheimlichte. XVI. 474. S. Kindsmord.

Nießbrauch ist eine persönliche Servitut, welche mit dem Tode des Usufructuars erlischt, so daß dessen Erben nur die *Fructus percipientes*, nicht die *percipientes* ansprechen können. IV. 237. 238.

Wurde nach älterem Rechte in 10 und 20 Jahren verjährt. IV. 287.

238. Ob nach R.R.G. 2277 die 5jährige Verjährung eintritt, wenn die *Fructus* jährlich verfallen sind, ist zweifelhaft. IV. 238.

— ehelicher, s. Ehegatte — überlebender, Wittthum, Voraus.

Nomen verum, was dazu gehört. I. 286. S. Cession, Forderung.

Non usus, s. Dienstbarkeiten.

Notare. Sind die Districtsnotare gleich den übrigen Theilungskommissären an das Verbot des Selbstbezugs ihrer Gebühren gebunden? XV. 349. S. Winderungsklage, Nutzung — eheliche.

Notariatsordnung, der Amtsdrevisor hat sich noch einstweilen, wo das Gesetz ihm ein Staatschreibereigenschaft zugetheilt und ihn auf die gesetzliche Form verweist, an die Notariatsordnung zu halten. VI. 77.

Muß am Schlusse einer von ihm verfaßten Urkunde seine gewöhnliche Unterschrift beisetzen. VI. 77. S. auch Ortsgericht, Vormund,

Pfandurkunde, Unterpfand — bedungenes, Unterpfandsbuch-Erneuerung, Theilungskommissär, Zeugen.

— schreibt im §. 11. allgemein vor, daß die Staatschreiber zu jeder öffentlichen Beurkundung zwei Zeugen beiziehen sollen. III. 70.

— rechnet die gewöhnliche Namensunterschrift des eine Urkunde aufsetzenden Notars ausdrücklich unter die Förmlichkeiten der Ausfertigungen. VI. 77. S. auch Amtsdrevisor, Testament — öffentliches, Urkunde — öffentliche.

Notariatsurkunde muß sowohl nach der französischen, als badiſchen Notariatsordnung ein Datum haben. IV. 212. S. Testament — öffentliches und Urkunde — öffentliche.

Noth-Adressen. Bei Zahlungsverweigerung des Haupt-Krassen muß nach Frankfurter Wechselordnung auch bei ihnen Protest erhoben werden, bei Verlust der Regreßklage. X. 87. Eben so nach badiſchem Recht. X. 89.

Nothdurftsgelalt, was dazu gehört, bestimmt R.R.S. 2217. a. V. 217. S. Bittmangelhalt.

Notheid wird bald in der Form des Erfüllungseids, bald des Reinigungseids auferlegt. VI. 27. 30. 33.

— gesetzlicher Grund, denselben aufzulegen. VII. 94.

— In welchen Fällen der Richter nach Vorschrift des §. 639. der P.D. auf einen Notheid zu erkennen hat. S. Urkundenbeweis. XVI. 556.

— Bei Auflage des Notheides gebührt der Vorzug nicht unbedingt derjenigen Partei, welche den Wahrheitseid schwören will, während ihr Gegner nur sein Nichtwissen beschwören kann. XV. 444. S. auch Verjähnung — kurze, Vermuthungen — richterliche.

— in Ehescheidungsfachen. XIV. 19. S. Ehescheidungsfachen.

Nothebe, welcher verzichtet, darf andern Erben gegenüber die Schenkungen nicht nur in soweit behalten, als der Erblasser zu Gunsten eines Fremden verfügen kann, sondern auch außerdem seinen Betrag von Schenkungen, soweit sie seinem eigenen Nützlichtheil gleichkommen. VII. 31. 32. 23.; denn der Vater darf zu Gunsten eines seiner Kinder nicht bloß über den an Fremde verschenkbaren Theil seines Vermögens, sondern auch über den Pflichttheil des beschenkten Kindes zu dessen Gunsten durch Schenkungen unter Lebenden verfügen. VII. 32.

Nähere Erläuterung. VII. 32. Daraus folgt: Der Umfang des Rechts des auf den Nachlaß verzichtenden Kindes zur Innebehaltung oder empfangenen Schenkungen ist eben so groß, als die Verfügungsgewalt des Vaters als Schenkgebers. VII. 32. Das auf den Nachlaß verzichtende Kind behält den ihm geschenkten Theil des Vermögens, in soweit sein eigener Pflichttheil darunter begriffen ist, nicht als Erbe, sondern als Geschenknachnehmer. VII. 33. Entgegenstehende Meinung. VII. 31.

Nothfall, s. Accidensfraudation.

Nothfristen können aus genügenden Gründen von dem Richter verlängert werden, für Reconvorsfristen ist jedoch das Gesuch an den iudex ad quem zu richten. X. 120.

— Die für die Rechtsmittel gesetzlich vorgeschriebenen Nothfristen können nach §. 245 der neuen P.D. vom Richter weder verkürzt noch verlängert werden, — deshalb findet eine Erstreckung des gesetzlichen Termins zur Übergabe der Beschwerdeschrift nicht mehr statt. VII. 300.

— laufen in den Ferien ab, dahin gehört auch die 14tägige Frist nach Verfallensheiterklärung einer Appellation. XII. 312.

— bei Zehntablösungsprocessen. XV. 433.

Nothwehr, Begriff und Wesen derselben. I. 286.

— gerichte, verschiedene Ansichten über die Erfordernisse einer solchen. II. 102, 104, 105, 107.

— hat die gesetzliche Vermuthung für sich. V. 260.

— Dazu wird erfordert: 1) daß ein unvermutheter unrechtmäßiger und in offenbare Gefahr setzender Angriff auf ein Recht geschehen

müsse; 2). daß es unmöglich gewesen, dem Rechtsverluste ohne Gewalt zu entgehen, oder doch Schadenersatz dafür zu erhalten; 3) daß der angewendete Zwang mit der Größe des Angriffs übereinstimme. VI. 98. Beim Beweise derselben ist insbesondere, wenn sich die That nur aus den zusammentreffenden Umständen beurtheilen läßt, auf die physische und moralische Beschaffenheit der Personen, die Lage des Orts wo die That vorfiel, die Verschiedenheit der Waffen und Wunden, das Betragen der Thäter vor und nach der That, und den Vortheil, den der eine oder andere von der Rechtsverletzung haben kann, Rücksicht zu nehmen. VI. 98. 100. Wenn der Angreifer seiner Waffen, des beim Angriffe gebrauchten Messers und Stodes, schon beraubt ist, und die Mißhandlungen gegen ihn dennoch fort dauern, so sind die Grenzen derselben überschritten. VI. 104. 105. Abweichende Meinung. VI. 102, 103. Der Exceß ist willkürlich zu bestrafen. VI. 104. 105. 106. Bei einem nächsten Angriffe kann die Gegenwehr nicht so genau abgemessen werden. VI. 101. 102. 103. 104. Ist sie regelmäßig, so streift die Vermuthung dafür, daß ihre Grenzen nicht überschritten wurden. VI. 101. 102. 103. 104. Bloß, wenn auch gegründete Furcht vor künftigen Gefahren rechtfertigt weitere Mißhandlungen nicht. VI. 105. S. auch Tödtung — muthwillige.

Nothweg, Verjährung eines solchen. XIII. 46. S. Weggerechtigkeiten. Nothzucht, als Grund einer Vaterschaftsklage. XIII. S. auch Vaterschaftsklage.

Nothzucht und Tödtung, Indicienbeweis. XIV. 507. S. auch Strafsurkenntnisse.

Novae, f. Neuheiten.

— Recurs in Eheauflösungssachen.

Novalezehnte, f. Zehnten.

Novatio cum delegatione ex consensu, ihre Wirkung. I. 267.

— Durch Verweisung eines Pfandgläubigers an einen Pfandschuldner wird keine privative Novation begründet. I. 271.

Novation, ob der animus novandi speciell ausgedrückt werden müsse. VII. 53. 54. S. auch Rechtswandlung.

Novella 115. cap. 3., f. querula nullitatis.

Nullität wegen Nichtbeachtung der Eidesaufschiebung von Seiten des Referenten in 2. Instanz. I. 263.

Nullitätenedict bezieht sich eigentl. bloß auf bürgerl. Rechtsstreitigkeiten. IV. 163. Kann nur anal. auf Straff. angewendet werden. IV. 163.

— ist neuer als die Obergerichtsordnung u. hat diese überall im Auge. VI. 148. S. auch Cassation, Wechseln.

— §. 3, 12, 13, 26, 27, f. Cassationsmittel. §. 19, f. Nichtigkeiten.

Nuz eigenthum, darunter gehört der Erbbestand. III. 12. — Die neuerhüllischen Bestimmungen über dasselbe sind meistens aus dem, was bisher schon gebräuchlich war, entlehnt. R.R.S. 577. a. b. zeigt dies deutlich. III. 12. — Nach R.R.S. 577. a. c. endigt dasselbe, wenn der letzte der Erbberechtigten gestorben ist. III. 7.

Nutzeigenthum, durch Entziehung desselben tritt der Erbpächter in seine ursprünglichen Verhältnisse zurück. V. 212. Die Vereinnung des Obererigenthums mit demselben kann ihm nicht obtrudirt werden. V. 212. S. a. Eigenthum, Vertrag, Belehnung, Erblehen, Erblehenvertrag, Grundeigenthum.

Nutzeigenthümer, soll die Ausfertigung eines Lehenbriefs begehren. IV. 121. S. auch Erblehenvertrag.

Nutzeigenthums erben, s. Erbberichtigte — abgefunden.

Nutznieser u. nutzbarer Eigenthümer darf verpachten, verkaufen, verschenken, aber nicht verpfänden. VI. 281. 283. S. auch Erblehen.

— **Cautionspflicht** desselben. XVI. 68.

— diesem steht in Bezug auf seine Nutznießung eine Besitzklage im eigenen Namen zu, P.D. §. 745. — Er kann diese Besitzklage auch gegen den Eigenthümer der Sache richten und der L.R.S. 544. o. kann gegen denjenigen, welcher den Besitz vermöge Vertrags vom Eigenthümer hat, nicht dahin ausgelegt werden, daß die Vertragsverbindlichkeit, in der er wegen der Sache mit dem Eigenthümer steht, seiner Klage entgegen sei. Auch kann seiner Klage nicht entgegen gehalten werden, daß dem Beklagten als Eigenthümer ein stärkeres Recht zur Seite stehe, weil es hier nur auf das Besitzrecht und nicht auf das Eigenthum ankommt, jenes aber dem Nutznießer und nur ihm zusteht. Die Erhebung der petitorischen Klage kann nicht als Besitzdrängung im gesetzlichen Sinne angesehen werden. P.D. §. 750 u. L.R.S. 544. e. XVI. 455.

— Kann der Erblasser denjenigen, dem er eine Nutznießung vermacht, von der im L.R.S. 600 dem Nutznießer auferlegten Verbindlichkeit einer Inventarisation befreien. XV. 485.

Nutznießung ist das persönl. Recht, fremdes Eigenthum, so wie es ist, gleich dem seinigen zu genießen. V. 125. Gehört unter die persönl. Dienkbarkeiten. V. 125. Erloscht durch Consolidation. V. 125. Aber nicht durch partielle. V. 126. Verpflichtet zur Cautionsleistung dafür, daß man sie als guter Hausvater benützen wolle. V. 162. Der dazu Berechtigte darf Geld und andere verbrauchbare Sachen in seinen Nutzen verwenden, unter der Verbindlichkeit, sie in gleicher Menge und gleichem Werthe am Ende der Nutznießung zu erstatten. V. 164. Ist eine eigene Erwerbsweise, welche an sich den Erbrechten nicht beigezählt wird, wo es nicht ausdrücklich bestimmt ist. V. 220. Wegen Mißbrauchs kann sie für erloschen erklärt, oder in eine Rente umgewandelt werden. V. 163. Note 346. 348. Ein solcher Mißbrauch ist dann als vorhanden anzunehmen, wenn der dazu Berechtigte sich der leichtsinnigen Zahlungsflüchtigkeit schuldig gemacht, und nicht für die Sicherheit des Hauptkods gesorgt hat. V. 163. 168. 169. Insbesondere, wenn der in Gant gerathene Vater die Patentgeschenke und Sparbüchsengelder seiner Kinder in den Handel verwendet. V. 163. 165. Abweichende Ansicht. V. 164. 168. 169.

— **elterliche**, steht nach dem pfälzischen Landrechte dem überlebenden

Strenghalte auf Lebenszeit zu, gegen die Verbindlichkeit, die Kinder bei ihrer Verheirathung nicht unter dem Pflichttheile auszusatten. II. 73.

Nugnießung. Die neulandrechtlichen Bestimmungen darüber können nur auf das Vermögen angewendet werden, das den Kindern erst nach Einführung des neuen Landrechts angefallen ist. II. 73.

+ auf sie hat die Eigenschaft eines Guts, als Erbbestandsgut, keinen Einfluß. II. 74.

— Befreiung der Eltern von der Pflicht der Sicherheitsleistung. VIII. 45.

— Recht den Eltern an dem Vermögen der Kinder bis zu dem 18. Lebensjahre derselben zu, als Entgeltung für die mit ihrer Erziehung, Ernährung u. Pflegeverbund. Lasten. V. 122, 124, 126, 161, 162, 164, 167, 220., VI. 159. Wenn die Kinder vor Erreichung dieses Alters sterben, so gebührt sie gleichwohl den Eltern noch bis zu diesem Zeitpunkt an dem auf die Seitenverwandten übergegangenen Kindervermögen. V. 125, 126. Dies bestätigt eine authentische Interpretation. V. 126. Die Eltern sind deshalb von aller Cautionsleistung befreit, und haben nur wegen des Hauptstocks Rechenschaft zu geben. V. 162, 164, 165, 168, 347. Steht dem überlebenden Elterntheil an $\frac{1}{3}$ von der auf Seitenverwandten übergegangenen Hälfte des Kindervermögens zu. V. 122, 127.

— des Vaters erstreckt sich nach dem römischen Rechte auf die bona materna und materni generis. II. 74.

— endigt nach dem pfälzischen Landrechte nicht, wenn der Sohn durch eigenen Haushalt aus der väterlichen Gewalt tritt. Nach römischem Rechte ist dieses controvers. II. 74.

— Es ist kein Unterschied in Bezug auf den väterlichen Nießbrauch, ob die Ehe noch bestche oder nicht. VIII. 48. S. auch Verzicht.

— eheliche, gebührt dem überlebenden Eheheil lebenslänglich zu $\frac{1}{4}$ an der Verlassenschaft des verstorbenen, Kraft ehelichen Rechts, wenn beide in einer Ehegemeinschaft lebten und Kinder oder deren Abkömmlinge noch am Leben sind. V. 127, VI. 159. Gebührt ihm an der ganzen Verlassenschaft lebenslänglich, wenn keine Kinder oder Abkömmlinge derselben am Leben sind. V. 128, 129, VI. 159. In diesem Falle kann also von $\frac{1}{3}$ Nugnießung der an Seitenverwandte kommenden Vermögenshälfte nicht die Rede sein. V. 128, 129. Wohl aber, wenn der überlebende Ehegatte in keiner Gemeinschafts-ehe lebte, oder der ehelichen Nugnießung entsagte. V. 128. Diese eheliche Nugnießung ist kein Vertragsrecht, keine auf dem Vermögen des Verstorbenen haftende Schuld, sondern ein Intestaterbrecht. V. 225, 226. Fällt also hinweg wenn der Verstorbene über die ganze Verlassenschaft letztwillig disponirt hat. V. 226. Doch darf sie, in soweit sie zugleich Pflichttheil ist, nicht geschmälert werden. V. 226. Dies ist der Fall mit der Hälfte der Nugnießung an der ganzen Verlassenschaft, wo der überlebende Ehegatte sie anzusprechen hat. V.

226. Erbschaft der überlebenden Elterntheil durch Vererbung des Kindes, welches den andern verstorbenen Elterntheil früher geerbt hätte, die Hälfte der Verlassenschaft des letztern, die andere Hälfte aber fällt dessen Seitenverwandten zu, so consolidirt sich das auf der ganzen Verlassenschaft radicirt gewesene $\frac{1}{4}$ eheliche Nutznießung des Überlebenden bis zu $\frac{1}{2}$, welches ihm an der den Seitenverwandten angefallenen Verlassenschaftshälfte, so lange er lebt, noch fortbauet. V. 127. 128. 129. S. auch Erbrecht, Pflichttheil.
- Nutznießung, eheliche. Die ihm Kraft ehelichen Rechts gebührende hat die wechselseitige Unterhaltungspflicht der Ehegatten zur Grundlage. VI. 159. In soferne sie auf dem ehelichen und nicht auf dem Elternrechte beruhet, steht sie auch dem Stiefvater zu. VI. 159.
- Schließt den Genuß aller Früchte in sich. VI. 173. S. auch Dienstbarkeiten, Ehesteuer.
- welche einem Ehegatten Kraft ehelichen Rechts zusteht, verliert er nicht an dem Erbschaftsstück, wovon er durch Verheimlichung seinen Antheil verliert. VII. 116, 117, 223, 224. Dieser Antheil beträgt, wenn der Ehegatte in der neu-rechtlichen Fährniß- und Ertrungenschaftsgemeinschaft lebte, die Hälfte des Verheimlichten, die eigenthümlich auf ihn übergegangen sein würde; die andere Hälfte macht einen besondern Bestandtheil aus, jenen der Ehefrau nämlich; von ihm spricht das Gesetz nicht. VII. 116. Die Nutznießung an seinem Antheil verliert der Verheimlichter, weil er daran alles Recht einbüßt, nicht aber die Nutznießung an dem andern der Ehefrau zugehörigen Antheil, die ihm Kraft ehelichen Rechts zusteht, weil eine Strafbestimmung strio^{te} interpretationis ist. VII. 116. 118. Entg. Meinung. VII. 117.
 - in Bezug auf die eheliche Nutznießung, welche dem Ehegatten schon Kraft ehelichen Rechts oder vermöge der eingegangenen Ehe gebührt, wird er niemals als Erbe angesehen. VII. 117. Folgen. VII. 117.
 - Auslegung der Eheverträge von 1810. XVII. 385., ist sie ein Vertrags- oder Erbrecht? XVII. 389., findet der Satz 1519 a. darauf Anwendung? XVII. 387., des Ehemanns an dem Vermögen der Frau. XVII. 422.
 - Kann der zweite Ehegatte gegenüber von Kindern des Erblassers aus erster Ehe die eheliche Nutznießung des L.R.G. 745 a. neben den ihm durch freigebige Verfügung zugewandten Vortheilen gesetzlich ansprechen, wenn diese Vortheile den nach L.R.G. 1098 zu seinen Gunsten verfügbaren Vermögensheft bereits erschöpfen. XV. 548.
 - erstreckt sich diese nach L.R.G. 738 a. auch auf Erbbestandsgüter des kinderlos verstorbenen Ehegatten, wenn mit dem Tode desselben das Erbsehen zwar nicht heimfällig wird, seine gesetzlichen Erben jedoch nach den Bestimmungen des Erbsehensvertrags nur vermöge ihrer Abstammung von dem früheren Belehnten zur Nachfolge im Erbbestande berechtigt sind, während dem überlebenden Ehegatten ein solches vertragsmäßiges Recht nicht zur Seite steht? XVI. 355.

Nutzenziehung, zeitliche; wie im Falle des R.R.S. 1094 die Nutzenziehung zum Behuf der Erbschaftberechnung anzuschlagen ist. XII. 285.

— eines Gesellschafters, ein Gesellschafter kann sich lebenslänglich an dem Antheil des Andern bedingen, ohne darum des Andern zu sein. V. 220. S. auch Gesellschaftsmasse.

— unbeweglicher Sachen ist zu den Liegenschaften zu zählen. II. 79.

— eines Zehntrechts, Störung im Genuß der Nutzenziehung begründet eine Beßklage. VIII. 387.

Nutzenziehung erlischt durch 30jährigen Nichtgebrauch. II. 78. S. auch Nießbrauch.

Nutzungs- und Wohnungsrecht, s. Wohnungsrecht.

D.

Obduction ist unvollständig; wenn die Eröffnung des Halses bei einer erdroffelten Person versäumt wurde. VI. 355, 356. S. auch Erdrofflung.

Oberappellation, findet wegen eines unwahren in den Entscheidungsgründen angeführten Rechtsfages nicht Statt. VIII. 366.

— Gegen abgeschlagene Ladung. IX. 180., bei einer solchen muß Restitution nachgesucht werden, wenn die Einführungsfrist versäumt ist. IX. 180. Wegen Fehler in der Form des Verfahrens beim Mitbegerichtete. IX. 177. Die deßfallige Beschwerde muß im Libelle vorgetragen werden. IX. 178. Wird der Anwalt in Folge des §. 1214. der P.O. zur Begründung derselben vorgeladen, so ist ihm mit der Vorladung der Grund, aus welchem sie als verspätet oder unzulässig sich darstellt, bekannt zu machen. IX. 184.

— auf Grund verletzter Vorschriften des Verfahrens. XIX. 237.

Oberappellationssumme, s. Ordinationssumme.

Oberberufung des Denunciaten findet nur statt, wenn er glaubt, daß er nach Wort und Geist der Zollordnung gar nicht strafbar, oder das Verfahren der Form nach nichtig sei. VII. 201.; findet nicht statt, wenn er in der ersten Instanz durch ein rechtskräftiges Urtheil theilweise für schuldig erkannt, in der zweiten Instanz aber auf Recurs der Zollbehörde im Ganzen der Defraudation für schuldig erklärt worden ist. VII. 200.

— im Purificationsproceß ist zulässig. VII. 142. S. Proo. Proceß.

Obereigenthum, s. Erbschaft, Erbtheil, Nuzereigenthum, Schafweidberechtigung.

Obergerichtsordnung, badiſche, ist nur für die Hofgerichte und das Oberhofgericht. III. 289. Für die Aemter nur dann, wenn sie ausnahmsweise schriftliches Verfahren zulassen, oder in so weit als sie in den Reg. Blättern für dieselben verkündiget ist. III. 289. 290.

Der Grundsatz des kanonischen Rechts: *judex semel gravis, presumitur in posterum semper gravare vellet*, ist nicht in die-
selbe aufgenommen worden; vielmehr stehen ihm die §§. 92, 149,
150, 151, 181 u. 200 geradezu entgegen. III. 180. S. auch Rechts-
mittel, Nullitätenedict, Wechselsachen.

Oberhofgericht, Errichtung und Organisation desselben. I. 86., dessen
Kompetenz im Allgemeinen. I. 5. 305.

— Kompetenz bei Entfernung der Staatsdiener vom Dienst. I. 253.,
beim Mandatsproceß. I. 256., bei Bestrafung von Staatsbedienten
überhaupt. I. 297., in Defraudationsfachen. I. 297., bei einer Crimi-
nalsache, welche mehrere aus's Oberhofgericht nicht gehörige Punkte
enthält. I. 306.

— Die Kompetenz desselben in Strafsachen ist correlativ mit der der
Hofgerichte. V. 274. 275. S. auch Aemter, Cassation, Hofgerichte,
Judenreid, Klagefreierklärung, Restitution, Revision, Staatsdiener,
Unschuldsrecurs.

— das Plenum entscheidet, wo es zweifelhaft ist, ob eine Sache sich zu
seiner Kompetenz, oder zu der eines Senats rigne. IV. 285. Gegen
ein Senatskenntniß findet kein Rechtsmittel an's Plenum deswegen
statt, weil eine Parthie behauptet, daß die Entscheidung nicht vom
Senate, sondern vom Plenum hätte ertheilt werden sollen. IV. 285.
Auf einen kurzen Anruf an das Plenum prüft dasselbe seine Compe-
tenz, und wenn es sie für begründet findet, so bestätigt es bald das
Senatsurtheil, bald erklärt er dasselbe für nicht bestätigt, und giebt ein
neues. IV. 285. Welche Gegenstände ins Plenum gehören. IV. 286.
287. Ist auch competent, auf die Detention eines Inculpanten im
Arbeitshause zu erkennen, wenn das Justizministerium ihm eine Un-
tersuchungssache zur Prüfung vorlegt. IV. 66. 68. S. auch Armen-
sache, Dienstentsetzung, Kompetenzconflict, Partheischristen, Un-
schuldsrecurs.

— Vor das Plenum desselben gehört die Entscheidung, wenn bei gleich-
förmigen Erkenntnissen der beiden vordern Instanzen der oberhofg.
Referent im Senate auf eine remissoria an's Hofgericht, die übrigen
Senatsstimmen aber auf Verwerfung des Recurses antragen, eben
so gut, als wenn der Referent auf eine reformatoria anträgt. V.
195. Ist competent über eine Beschwerde gegen ein hofgerichtliches
Decret, wodurch die Ladung auf eine beim Hofgerichte angebrachte
Klage abgeschlagen wurde. V. 197. An es geht der Recurs in Ehe-
sachen ohne Ausnahmen. V. 300. 301. Also auch gegen eine vom
Hofgerichte ausgesprochene zeitliche Excommunication. V. 300. 301. Ist,
wenn ihm das Justizministerium die nochmalige Prüfung eines für
zu mild angesehenen hofgerichtlichen Urtheils aufträgt, und es im
Ganzen wirklich das Urtheil für zu mild hält, befugt, das Strafver-
hältniß in allen einzelnen Punkten herzustellen, also nicht bloß zu
schärfen, wo das Hofgericht zu mild erkannt hat, sondern auch zu mil-
dern, wo es zu hart erkannte. V. 278. Abweich. Ansicht. V. 278.

Oberhofgericht. Es kann Inquisiten, die wegen ihres Verbrechens läng-jährige Zuchthausstrafe treffen muß, zum Anfang ihrer Straffzeit noch vor gefälligem Urtheile ins Zuchthaus abführen lassen, ohne an ihre Einwilligung gebunden zu sein. VI. 192. 193. S. auch Begnadigungsanträge, Gerichtsbarkeit, Hofgerichte, Richtercollegium.

— Bestimmung des zuständigen Richters durch dasselbe in Competenz-freitigkeiten. VIII. 121. S. auch Competenz.

Oberhofgerichtliche Entscheidungen, deren Bekanntmachung. I. 306. 320.

Oberhofgerichtsadvokaten, s. Anwälte, Procuratoren.

Oberhofrichter, hat zuerst zu bestimmen, welche beim Oberhofge-richt einkommende Sachen dem Plenum, und welche den Senaten vor-gelegt werden sollen. IV. 284.

Oberkriegsgericht ist für die Rätke und Assessoren des Kriegsmini-sterk erste Instanz in bürgerlichen Rechtsfachen, nicht aber in polizei-lichen Strafsachen. VII. 278.

Obervormundschaft, s. Familienrath, Obrigkeit — ordentliche, Vormund, Minderjährige, Kreisdirectorien.

Oblegien, deren Bedeutung und Erwerb. I. 24. 25. 32.

Obligista natus, dessen Bedeutung. I. 30.

Obligationen au porteur, s. Bisth — stärkerer, Fahrnißstücke.

— auf bestimmte Personen ausgestellt, s. Fahrnißstücke.

— grundherrliche, s. Grundherrn.

Obrigkeit, ordentliche, bestellt, bestätigt, verpflichtet und entläßt die Vormünder nach Erhebung des Gutachtens der nächsten Anverwand-ten, etwa auch der Ortsvorsteher und Waisenrichter. VI. 253. 254. Hat während der ganzen Dauer der Vormundschaft die Pflicht der obervormundschaftlichen Fürsorge für das Vermögen des Pupillen auf sich. VI. 252. 253. Präskirt hierbei *culpam levem*. VI. 253. 255. Insbesondere ist dies auch jetzt nach dem neuen Landrecht der Fall, welches nur die Sorgfalt eines guten Hauswirths, oder die all-gemeine, nach der gewöhnlichen Handlungsweise der Personen glei-chen Standes u. gleichen Berufs zu beurtheilende Sorgfalt (*diligen-tia media in conoreto*) vorschreibt. VI. 255. 256. Daß sie von Zeit zu Zeit, ohne besondere Veranlassung, sich nach den Vermögens- Umständen der bestellten Vormünder erkundige, kann ihr nicht zuge-muthet werden. VI. 252. Machen ihr es auch die Gesetze wenigstens stillschweigend zur Pflicht, keinen Pfleger zu bestellen, der gar kein Liegenschaftsvermögen besitzt, so folgt daraus doch nicht, daß dasselbe dem Vermögen des Curanden gleichkommen müsse, sondern es bleibt dem richterlichen Ermessen überlassen, ob ersteres zur Sicherheit des letzteren hinreichend sei. VI. 252. 253. 255. 256. Ist verpflichtet zur Abnahme der Vormundschaft, sobald sie von einem die Caution des Vormunds gefährdenden Vermögenszerfalle desselben officielle Kennt-niß erhält. VI. 252. 253. 258. Hastet für einen, durch zu große Be-schränkung des gesetzlichen Unterpfandsrechts den Minderjährigen

und Ehefrauen verursachten Schaden, regressorisch. VI. 254. S. auch *actio tutelae utilis*, Familienrath, Ortsgericht, Patrociniums-Auffündigung, Unterpfandsrecht — stillschweigendes, Vormundschaft.

O b s i g n a t i o n, wo diese in einem Falle vorgeschrieben ist, gilt das Erbverzeichniß nicht als in gesetzlicher Form errichtet, wenn jene unterlassen oder nicht gesetzmäßig vorgenommen wurde, mit der Wirkung, daß deshalb ein Offenbarungseid verlangt werden kann. XVIII. 62. — Sie befreit für sich nicht von der Leistung des Offenbarungseides.

VIII. 85. S. auch Verriegelung.

O f f e n b a r u n g s e i d. Ist der Gantanwalt befugt, kraft seines gesetzlichen Vertretungsrechts der Gantmasse von dem Gemeinschuldner einen Offenbarungseid zu verlangen. XVI. 25.

— **O f f e n b a r u n g s e i d**. XV. 484. Der Streit zwischen den Gantgläubigern und dem Schuldner über den vom letztern nach §. 827 der P.O. zu leistenden Offenbarungseid ist als ein im Gantverfahren vorkommender Zwischenpunkt nach §. 852 im abgekürzten Verfahren zu erlebigen. XV. 592.

— Was zur Zuschreibung desselben gesetzlich erfordert wird. XIII. 449. S. Eid, Manifestationseid.

O e f f e n t l i c h k e i t des Verfahrens, dessen Aufhebung in Proceßsachen. XVI. 263.

O e f f e n t l i c h e s R e c h t. Ueber die Verpflichtung des Staats, die aus öffentlichem Rechte entspringt, ist der Richter nicht competent. VIII. 383.

— **U n z u s t ä n d i g k e i t** der Gerichte in Sachen des öffentlichen Rechts, *res inter saoulatis*. XIX. 94.

O f f i c i a l a n w a l t, s. Armenparthien, Armensachen.

O f f i c i e r s d e s a n t é sind in Frankreich studirte Mediziner, welche nicht bloß für die genaue Befolgung der Verordnungen des Arztes sorgen, sondern auch im Nothfalle selbst verordnen. III. 71. 72. — Unterscheiden sich von den *docteurs en médecine ou en chirurgie* dadurch, daß diese von einer der 6 Medicinalschulen in Frankreich, jene aber von einer Jury der Arznei-Wissenschaft recipirt werden.

III. 250. Im Badischen hat man sie nicht. III. 71. 72. — Ist im neuen Landrechte, im §. 909, mit „Krankenwärter“ übersetzt. III. 71.

O f f i c i u m j u d i c i s, s. Erfüllungssamt, Richteramt.

O h m g e l d muß bei Einkellierung von en détail zu verkaufendem Weine erlegt werden. V. 288. Von Anfang des Detailverkaufs wird der ganze Vorrath aufgenommen, und nach beendigtem Detailverkauf der verbliebene Vorrath. V. 288. Muß nachgezahlt werden, wenn es sich bei der zweiten Aufnahme zeigt, daß ein größeres Quantum fehlt, als worauf die Erlaubniß des Detailverkaufs ging. V. 288. Die Schuldigkeit zur Entrichtung desselben tritt erst dann ein, wenn die Bestimmung des Weins zum Detailverkauf sich aus der Erklärung des Eigenthümers oder aus seinen Handlungen ergibt. V. 288.

Dhmgeld, ist nicht weiter zu entrichten, wenn ein Wirth von einem andern Wirths Wein ererbt oder erkauft, von dem das Dhmgeld bereits entrichtet war. VII. 203. Ob ein bloßer Vermächtnisnehmer weiteres Dhmgeld zu bezahlen habe. VII. 203.

Dhmgelds defraudation wird dadurch noch nicht begangen, daß Jemand, nachdem er eine Quantität Welnes nach dessen Verohmgeldung en détail verkauft hatte, eine zweite Quantität bloß verachtet, aber nicht verohmgeldet. V. 287. 288. Selbst dann nicht, wenn die Erlaubniß des Detailverkaufs auch auf die zweite Quantität ausgedehnt wird. V. 288. Die Vermuthung des Detailverkaufs tritt hier ein. V. 288. S. auch Dhmgeld.

Opere determinata — **indeterminata**, s. Frohaden.

Oyserstoch, s. Kirchendiebstahl.

Ordnungsgeistliche, säcularisirte, ihre Versorgung darf mit einer gewissen Thätigkeit verbunden sein, doch so, daß dadurch der Zustand ihrer Pensionirung nicht verschlimmert wird. III. 55. — Diejenigen, welche sich mit einer Anstellung als Kaplan oder Pfarrverweser begnügen, und sich nicht durch deren Verweigerung in die andere Alternativa, die Pension, zurückgesetzt haben, können mit keiner Nachforderung an den Fiscus mehr auftreten. III. 57. S. auch Pension, Administrativgewalt u. Reichsdep.-Verhandlungen.

— Das 4. Organisations-Edict verpflichtet die auf Pension gesetzten Exconventualen zu keinen Dienstleistungen. III. 63. — Gestattet denselben den Uebertritt in den Weltpriesterstand nach freiem Willen. III. 63. S. auch Reichsdep.-Schluß, Versorgung.

Ordinationssumme, deren Bestimmung bei Streitgenossen: I. 254, in wie weit Zinsen dabei in Anrechnung kommen I. 256., Berechnung derselben, wegen auf eine Sache gemachten Verwendungen. I. 263., wenn nur eine Beschwerde begründet ist. I. 260., wenn eine einzelne Beschwerde diese nicht erreicht, so können allein um dieser Beschwerde willen, auch wenn sie in Verbindung mit andern vorgebracht wurde, nicht Prozesse erkannt werden. II. 261. richtet sich bei Servitutten nach dem Werthe des dienstharen Guts. V. 209. Bei dem von Erbheben zu entrichtenden Canon ist dies nicht der Fall. V. 209. 210. Abweichende Meinung. V. 210. Bei einer Wiquibren Forderung ist ihr wegen nicht auf die Angabe des Schuldners, sondern bloß auf die des Gläubigers als des fordernden Theiles Rücksicht zu nehmen. V. 201. 202.

— a. Hierzu reicht bei den vor dem 1. Mai. 1832 anhängig gewordenen Processen die Revisionssumme nicht hin. VIII. 4. — b. Getrennt eingeklagte Posten können nicht zusammen gerechnet werden. VIII. 183. — c. Beim Sterbfall kommt nach §. 1174 R. 4 b. P. D. die Analogie der Servitutten in Anwendung. VIII. 12. — d. Die geforderten Zinsen können eingerechnet werden. VIII. 3. — e. Nicht aber die rechtskräftig abgesprochenen. VIII. 3. — f. Proceßkosten werden nicht eingerechnet. VIII. 7. — g. Die Ordinationssumme wird auch

- dann für vorhanden angesehen, wenn die Entscheidung auf einen ganzen Complex von Gütern Einfluß hat. VIII. 12.
- Ordinationssumme, wie zu bestimmen, wenn von einer die Summe erreichenden Schuld nur ein Theil fällig und eingeklagt ist, der unter der Appellationssumme steht. XII. 313.
- Berechnung derselben im Dienstbarkeits- oder Eigenthumsstreit. XV. 509.
- bei einer Verkürzungsklage nach L.R.G. 1621. XV. 592.
- in Zehntablösungssachen. XVIII. 300.
- bei Berechnung derselben kommt das Recht selbst in Betracht, wenn auch nur ein Ausfluß desselben klagend verfolgt war; in Folge der Vernehmlassung des Beklagten; aber das Recht selbst ein Gegenstand der Entscheidung wurde. XVIII. 298.
- Zur Nachweisung der Summe genügt ein Antrag auf Abschätzung in der nach §. 1214. der P.D. anberaumten Tagfahrt. X. 231.
- Berechnung der Oberappellationssumme bei Sterbfällen. IX. 181. 183., f. Sterbfall. Bei Berechnung derselben kann das Wahlrecht des L.R.G. 2168. nicht in Aufschlag gebracht werden. IX. 117. Berechnung derselben. XIV. 493. S. auch Adhäsion, Grundzins, Wechsel — eigene.
- Ordnungsbefcheid, f. Gantgläubiger.
- Ortenau hatte der Markgraf von Baden-Baden vom österreichischen Kaiser als Mannlehen erhalten. VI. 264. 268. fiel beim Erlöschen des markgräflich badischen Mannsstamms im Jahre 1771 dem Erzherzoge Oesterreich anheim. VI. 268. 270.
- Ortsbürgerrecht wird niemals durch Verjährung erworben. IV. 50. S. auch Schutzbürgerrecht.
- Ortsgerichte haben sich bei jeder Uebertragung einer Vormundschaft nach dem Betrage des Vermögens des Vormunds zu erkundigen, und wenn sechs Wochen nach Verpflichtung desselben seine Güter, oder soviel davon nöthig ist, nicht in dem Gerichtsbuche, als dem Bündel versezt, eingetragen sind, davon beim Amtsrevisorat oder Amte die Anzeile zu machen. VI. 255. S. auch Obrigkeit — ordentliche, Vormund.
- Ortsherr. Ist im unmittelbaren Staatsgebiet der Landesherr —
 — Ortsherr, dem nach L.R.G. 716. a. das Zehntrecht zusteht? XII. 23.
- Ortsherrlichkeit, f. Lehen.
- Ortsfassen sind Theilnehmer an den Vorthellen und Lasten des Orts. IV. 50. Ist der Gattungsbegriff, in dem die Orts- und Schutzbürger, als einzelne species, enthalten sind. IV. 49.
- Ortsvorgesetzte, f. Zwangsversteigerung.
- Ortsvorgesetzter, ist er Staatsdiener? I. 269.
- Ortsvorstand, f. Erbtheilung, Minderjähriger.



Pacht, f. Erblehen, Nutznießer.

Pächter, f. Beständer. Cautionen derselben, f. Cautionscapital. Recht des Mitelgenthümers gegen einen von seinem Mitelgenthümer angenommenen Pächter. XII. 309.

Pachtzins. Klage eines Pächters, der nach seinem Vertrage einen nach dem Flächenmaasse der Güter zu bestimmenden Pachtzins zu zahlen oder mehr bezahlt hat, auf Rückerstattung der erhaltenen Zahlung zur Ungebühr und Nichtanwendbarkeit des L.R.G. 1622 auf diese Klage. XII. 319.

Parrioidium, f. Verwandtenmord.

Parthei, auswärtige, f. Patrociniumsauflösung.

Partheilschriften werden nach richterlichem Gutfinden im Colleg in extenso abgelesen, wenn ein Hauptvotant darauf anträgt. IV. 207. Den Partheien selbst wird das Recht, solches zu verlangen, vom Oberhofgerichte nicht eingeräumt. IV. 207.

Partheivorträge in Processen, sind nach juristischer Auslegungsregel zu interpretiren. XII. 276.

Particular-Concurs entsteht aus dem Vorzugsstreite über die Befriedigung aus einem bestimmten Objecte. V. 29.

Particularrecht, f. Landrecht.

— östreichisches, f. Pfandgläubiger — bekannte, Unterpfind — be-
dingenes.

Patengeschenke, f. Nutznießung.

Patent, f. Großhändler, Handelsmann — wechselfähiger, Staats-
diener, Weinhandlungspatent.

Patentkeller, f. Weinhandlungspatent.

Paternitätsklage, f. Waterschaftsklage, Schwängerungssachen.

Patrimonial-Gerichtsharkeit. Mit Aufhebung derselben hat
sich der babilische Staat nicht verbindlich gemacht, die Folgen der von
einem den Gerichtsherrn repräsentirenden Standes- oder Grundherrn
unternommenen rechtswidrigen Dienstentsetzung eines Justizbeamten
auf sich zu nehmen. II. 265. 266. Abweichende Ansichten. II. 221.
222. 226.

— Durch Uebernahme derselben trat der Staat als Rechtsfolger in die
Verpflichtungen der Grundherrn gegen deren Beamte. VIII. 285.

Patrimonialgerichtsherr, ob derselbe für die Handlungen seines
Gerichtshalters verantwortlich ist. I. 381—384.

Patrociniums-Auflösungen sollen in der Regel der im
Lande wohnenden Parthei durch die Ortsobrigkeit mit Belehrung
ihrer nunmehrigen Obliegenheiten angezeigt werden. VI. 316. In

- den Ausnahmefällen, wo überwiegende Hindernisse, z. B. beim Aufenthalt in fremdem Territorium, in den Weg treten, ist die Belehrung und neue Citation durch den abtretenden Anwalt bewirken zu lassen. VI. 316. Wenn auch dieser ~~noch~~ nicht mehr im Stande wäre, so käme zu deliberiren, ob die Parthei, welche für ihre Vertretung selbst zu sorgen hat, im Ausgleichungsfall zu präcludiren, oder, was sonst durch das officium iudicis vorzuziehen sei. VI. 316.
- Patrociniums-Aufkündigungen** müssen nach §. 144 der Prozeß-Ordnung immer gerichtlich und so frühzeitig geschehen, daß der Fortgang der Sache dadurch nicht aufgehalten wird. Dann ist der Parthei eine Frist zur Bestellung eines neuen Sachwalters zu ertheilen, unter demjenigen Rechtsnachtheile in der Hauptsache, der ihrem vorigen Sachwalter lies. VII. 297.
- ist den Partheien von Gerichtswegen bekannt zu machen, und ihnen die Bestellung eines andern Anwalts aufzugeben. IX. 340. 341. S. auch Anwälte.
- Patronatrecht**, es begründet allein keine Kirchen- und Schulhaus-
hauptsicht. VII. 101.
- Paulinische Klage**. XVIII. 432., XIX. 312.
- Pension**. Die vom Staat nach Maßgabe des Reichsdep.-Schlusses von 1803 zu verabreichende ist der Verjährung des L.R.S. 2277. unterworfen. III. 58. S. auch Reichsdep.-Schluß, Reichsconclusum.
- der Austausch derselben gegen eine Versorgung ist bei säcularisirten Geistlichen so zu verstehen, daß der Rücktritt zur Pension nicht vorbehalten bleibt. III. 55. Braucht nicht erst mit Dienstleistungen, die oft mit einer lästigen Abhängigkeit verbunden sind, verdient zu werden. III. 55. — Muß nach §. 57. des Reichsdep.-Schlusses, dem Erconventualen so lange verabreicht werden, bis er eine Versorgung im Sinne einer geistlichen Pfründe erhält. III. 56. — S. auch Versorgung, Ordensgeistliche und Unterhaltsgelder.
- Pensionirte Officiere**, deren Gerichtsstand. XIV. 331. S. auch Gerichtsstand.
- Pensionirte Staatsdiener** sind dem §. 17. des Edicts unterworfen. XIV. 131. S. Staatsdiener.
- Pensionirten des Reichsdep.-Schlusses**, Normirung ihrer Naturalbesoldung in Geld. I. 278.
- Pensionsansprüche der Wittve eines vormalig grundherrlichen Begutten**. XIV. 417. Beschränkung des L.R.S. 1184 auf vollkommen doppelseitige Verträge. Unanwendbarkeit auf den Fall, wo aus einem durch Tod des Dienstherrn beendigten Dienstvertrage gegen den Erben Pensionsansprüche abgeleitet werden. XIX. 53.
- Perhorencenz**, s. Richtercollegium.
- Permutatio**, s. Tausch.
- Personalklagen gegen Standesherrn**. S. Standesherrn.
- Patersthal**, Geschichte der Kirche daselbst, ob sie eine Kirche im Sinne des canonischen Rechts ist. VII. 37. 39. 42.

Pertinenzstücke, die Vermuthung für dessen Rehenbarkeit einer *universitas rerum*. I. 134. 135.

Petitorischer im Gegensatz vom Besitzproceß. XI. 386.

Petitorium; über solches kann, wenn es mit dem *possessorio* erschöpft ist, mit Umgehen des letztern erkannt werden. IV. 73. Dagegen kann derjenige, dessen Beweis in *petitorio* nicht für hinreichend erachtet wurde, nicht ohne Würdigung seiner, für das *possessorium* angebrachten Gründe abgewiesen werden. IV. 73.

Pfandbuch, Eintragung der Forderungen des Staats, s. Staat und Staatsanstalten, auch Kauffchilling, Unterpfand — bedungenes, Unterpfandbucherneuerung.

Pfandgläubiger eines vindicirten Grundstücks behält kein Pfandrecht auf die vom Pfandschuldner während seines Besitzes auf das Pfand verwandten Meliorationen. VII. 59. 60. S. Verbesserung.

Pfandgerichte, Haftbarkeit derselben wegen früherer Pfandlasten. XIX. 107. Entschädigungspflicht derselben wegen Unrichtigkeit ihrer Schätzungen und Zeugnisse. XIX. 174. Rückgriff gegen die Pfandschreiberei wegen unrichtiger Zeugnisse über Pfandfreiheit von Grundstücken. Selbstverschuldung des Schadens. XIX. 230. Entschädigungsklage gegen ein Pfandgericht wegen angeblich zu niedriger Abschätzung von Unterpfändern und verweigerter höherer Abschätzung. XIX. 413.

Pfandklage, deren Verjährung. VII. 80. S. Verjährung.

Pfandrecht ist in seiner Art eben so wirksam und vorzüglich, als das Eigenthumsrecht. VI. 226. S. auch Besitz — stärkerer, Kaufpfandsvertrag, Fahrnißstücke, Unterpfandrecht, Ermächtigung — gerichtliche, Cession, Staatsfisch.

Pfandschreibereien, ob gegen diese eine regressorische Klage bei Unterlassung des Eintrags der gesetzlichen Pfandrechte stattfindet. I. 103. 199.

— Deren Verbindlichkeit zum Schadenersatz nach R.R.G. 2197. Ist eine untheilbare (Sammtverbindlichkeit.) IX. 168—172.

Pfandurkunde wird von dem Amtsrevisor erst nach Vorzeigung des Pfandbuch-Eintrags errichtet. VI. 74. 75. Das Formular für sie schreibt die Verordnung vom 7. April 1810 vor. VI. 76. Wer sie einem andern bewilligt, entsagt dem Vorzuge seines eigenen Pfandrechts. VI. 56. S. auch Amtsrevisor, Unterpfand — bedungenes.

Pfandverschreibung u. Pfandbucheintrag auf einen andern Namen als den des wahren Gläubigers wirkt keine Nichtigkeit. XII. 305.

Pfarrcompetenz, s. Competenz.

Pfarrcompetenzbeschreibung, s. Zehnten.

Pfarren, s. Dompfarren.

Pfarrer, Begriff. VII. 39.

— Nach badiſcher Geſetzgebung Beamte des bürgerlichen Standes; haben als ſolche die Beurkundung über die Einwilligung zur Eheſcheidung auf wechſelſeitige Uebereinkunft zu fertigen. IX. 161.

Pfarrhaus, f. **Baupflicht**.

Pfarrkirche, im Sinne des Kirchenrechts: *ecclesiae parochiales sunt aedificia destinata ad colendam religionem a coetu, cui praest presbyter ad curam animarum auctoritate ecclesiastica deputatus*. VII. 39. 42.

Pfarrverweiser, f. **Reichsdep.-Schluß**, **Ordensgeistliche**, **Verzicht**, **Vertrag**.

Pfarrwidbum, auf die bauliche Unterhaltung desselben findet das **Baubdict** von 1808 keine Anwendung. XV. 586.

Pferchkosten, f. **Schäferkosten**.

Pferchrecht oder **Hürdenschlag** ist ein für sich bestehendes besonderes Recht, wonach die Eigenthümer der **Schaafe** solche in **Hurden** stellen und auf gewissen Grundstücken lagern lassen dürfen. VII. 175. 176. Ist verschieden von **Schäfererecht** und **Schäferereigerechtigkeit**. VII. 175. Der Besitz der **Schaafe** weide gibt kein Recht auf den **Hürdenschlag**, dieser ist eine nothwendige Folge des **Weidrechts** und der **Schäferereigerechtigkeit**. VII. 176. Der Eigenthümer kann über den **Pferch**, als eine Nutzung der **Schaafe**, so lange nach Willkühr verfügen, bis eine rechtsherrförmliche oder vertragmäßige Einschränkung erwiesen wird, weßwegen auf fremdem Boden des **Pferchs** durch **Herkommen** oder **Servitut** besonders erworben sein muß. VII. 176. Wird bei **Gemeindschäferereien** auf die Felder gewöhnlich nach einer gewissen **Reihenfolge** gelegt. VII. 176. Wo aber dergleichen Verhältnisse nicht besonders nachgewiesen sind, bleibt es bei der Regel, daß der Eigenthümer der **Schaafe** nach seinem Belieben über den **Pferch** und **Pferchge-
nuß** verfügen kann. VII. 175.

Pfleger eines **Halbentmündigten** kann ohne dessen Mitwirkung keinen für diesen bindenden Vertrag abschließen. VII. 283. 286.

— **vormundschafilicher**. Ohne **Verwaltung** ist er bloß **vormundschafilicher Beistand**. VIII. 184. **Verantwortlichkeit** eines solchen. VIII. 184.

Pflegerechnungen, f. **Rechnungsgenehmigung**.

Pflichten, **eheliche**, f. **Herzenshärte**.

Pflichterbe, **eingesetzter**, kann nicht neben seinem **Pflichttheil** *ex testamento* auch noch den *ab intestato* fordern. V. 226. S. **Min-
derungsflage**.

Pflichttheil. Er darf nicht verkürzt werden. VIII. 200., und ist vom ganzen Vermögen zu berechnen. VIII. 206. Durch **Ergen** auf den **Pflichttheil** wird die **Vortheilsgerechtigkeit** ausgeschlossen. VIII. 203.

— Die **Prälegate** erleiden wegen **Ueberschreitung** desselben nicht eher einen **Abzug**, als wenn der **Betrag** der übrigen **Legate** zur **Ergänzung** des **Pflichttheils** nicht hinreicht. IV. 355.

— Hat der **Großvater** aus **L.R.G.** 915 Anspruch auf **Pflichttheil** aus des **Enkels** Nachlaß, wenn letzterer nach dem **Tod** seiner **Eltern** mit **Hinterlassung** von **Geschwistern** gestorben ist, und sein Vermögen durch **Testament** einem **Dritten** zugewendet hat. XII. 209.

Pflichttheil, wie hoch solcher bei dessen Berechnung als eine **Nutznießung** anzuschlagen ist. XII. 285.

— **Ergänzung** desselben, s. **Erbe**, **Nutznießung**, **Pflichterben**, **Schenkungen**.

Pflichttheilsforderung ist in der **Erbtheilsforderung** (**hereditio**) als das **Mindere** begriffen. XVI. 377.

Pfründe ist gleichbedeutend mit **beneficium**. III. 55. Das **Surrogat** einer solchen soll in seiner Haupteigenschaft, der **Beständigkeit**, ihr nicht nachstehen. III. 55. S. auch **Benedictiner**.

— eines **Pfarrers** gibt den **Maßstab** zur **Verbindlichkeit** zum **Kirchenbau**. I. 283.

Physikus, s. **Sanitätscommission**.

Plagiat, verfälschtes, **Danz** in seinem **Commentar**, Th. 5. S. 368, wird eines solchen beschuldigt. III. 14.

Plenum. Es kann in einzelnen **Rechtsachen** nicht an die Stelle des **Senates** treten. VIII. 349. In demselben ist bei **Meinungsverschiedenheit** der **Senate** über die **Rechtsfragen** im **Allgemeinen** zu **deliberiren**. VIII. 350. **Entscheidung** der **Competenzstreitigkeiten**. VIII. 124.

Polizeibehörde, s. **Detention**, **Straferkenntniß** — **absol.**, **Zahlungsflüchtigkeit** — **leichtsinrige**.

Polizeidiener verdienen nach **Justizminist.**-**Verfügung** v. 4. **Dezember** 1818 als **Zeugen** nur in den **Sachen** **Glauben**, bei welchen sie nicht **interessirt** sind. IV. 326. S. auch **Zollgardisten**.

— ihr **untergeordnetes Verhältniß** macht sie nicht zu **unsfähigen Zeugen**, wo ihr **Vorgesetzter Denunciant** ist. VIII. 158.

— ob sie **gültig Denunciationen** in **Zoll-** und **Accisachen** machen können. I. 296. **Not.** 18.

Polizeigewalt. Zweige derselben sind: die **Polizei** der **öffentlichen Ruhe** und **Sicherheit**, des **Handels**, der **Gewerbe**, des **Cultus**, und auch der **öffentlichen Vergnügungen**, also des **Theaters**. VI. 182. 183. Alles dies sind **Gegenstände** des **öffentlichen**, nicht des **Privatrechts**, und findet also eine **Klage** deshalb bei den **ordentlichen Gerichten** nicht statt. VI. 182. 183. S. auch **Schauspieler**, **Staatsbehörde**, **Staatsrecht**, **Theaterintendanz**, **Standesherrn**.

— **medizinische**, hat das **Recht** einzelnen dazu **befähigten Individuen** die **Ausübung** der **innern** oder **äußern Heilkunde** zu **verstaten**, die **Bedingungen** **vorzuschreiben**, unter welchen eine solche **Ausübung** stattfinden soll, die **Erfordernisse** zu einer solchen **Qualification** **festzusetzen**, und die **Cognition** darüber, ob im einzelnen **Falle** die einem **Individuum** **verliehene Concession** **ferner** zu **lassen**, oder zu **entziehen** sei. V. 197. Es ist solches kein **Gegenstand** des **Privats**, sondern des **Staatsrechts**. V. 196, 197.

Polizeiverordnungen. **Verhältniß** der **polizeilichen Behörde** zum **Richter**. VIII. 356. Ueber **Gegenstände**, worüber sie **verfügen**, muß erst die **Polizeibehörde** **entscheiden**, bevor sie sich zum **Rechtswege** **riguen**. VIII. 463. S. auch **Landesverordnungen**.

Pœna nulla sine lege pœnali. IV. 259.

— **ordinaria, extraordinaria, f. Tödtung.**

Pœnalklagen gehen nicht auf die Erben über, wo es das Gesetz nicht ausdrücklich gestattet. VI. 66. S. auch **Privatpœnalklagen, Schenkungen.**

Possessio vitiosa, f. possessor. summar.

Possessor bona fide — male fidei, f. Besitzer.

Possessorium ordinarium, f. possessorium summar.

Possessorium summarium ist als **causa ordinaria** zu behandeln.

II. 253. 254. 258., es findet also dabei ein dritter Rechtszug statt. II. 260.

Possessorium summarissimum und **ordinarium** findet nach dem neuen Landrechte nicht mehr statt. II. 252. 254.

Possessorium summarium muß binnen Jahresfrist angestellt

werden. IV. 88. Findet nur bei liegender Habe statt. IV. 88. Er-

fordert die Nachweisung der Rechtmäßigkeit des Besitzes (nicht **clam.**

vi vel precario.) IV. 94. 95. Ob dieses und nicht vielmehr das

possessorium ordinarium, welches unter den Erfordernissen der

actio publiciana, der natürlichen Freiheit des beklagten Theils ge-

genüber, eine stärkere Besitzbefugniß begründet, in dem L.R. §. 544 e.

angenimmt sei, ist zweifelhaft. IV. 95. 96. Das **possessorium sum-**

marissimum wird auch schon nach der gemeinen deutschen Proceß-

lehre darunter mitbegriffen. IV. 95. S. auch **Dienstbarkeiten — un-**

ständige — verborgene.

Portio statutaria, f. Erbportion — statutar.

Portion, Interpretation dieses gesetzlichen Ausdrucks. VII. 223. 224.

Präbenden, deren Bezug nach dem Reichsdeputationshauptschluß. I. 28.

in Not. 2. 29.

Präclufion, f. Fristgesuche.

— **der Gläubiger, f. Einrede der Präclufion.**

Prædium serviens, f. Ordin.-Summe.

Präjudicialpunkte hat, nach der Regel über die Connexität der Sache,

der in der Hauptsache competente Richter zu entscheiden, auch wenn

sie sonst nicht vor ihn gehören. VI. 143. 144. S. auch **Gantproceß.**

Präjudicialstreit hindert den Lauf der Verjährung hinsichtlich der

Ansprüche, für welche der Streit präjudiciell ist. XVI. 350.

Präjudicien, deren Werth. I. 7. 12. 15. 171.

Präjudiz, der Richter braucht sich an keines zu binden. III. 53.

Prälegat, f. Pflichttheil.

Prämie, f. Lauer.

Präoccupationslibelle, f. Anwälte.

Präparatorische Klagen, Streitwerth derselben. XVI. 91.

Præscriptio, f. Verjährung.

— **definita, f. Sachen — unbewegliche.**

Præsumptio libertatis, f. actio negator.

Präsumtion, f. Vermuthung.

Prävarikation, f. Staatsdiener, Straferkenntniß. 1841 u. 17

Prävarikation; die den Gesetzen widerstrebende ist nicht zu brachten. XVIII. 107. Sie dient zur Erläuterung zweifelhafter Gesetze. VIII. 108.

Precarium, f. Anstellungsvertrag, possess. summar.

Prellerzi, f. Betrug. 1841 u. 17

Presse, Ehrenkränkung durch dieselbe: XVI. 459. S. auch Injurien.

— Gegen Staatsbeamte in Bezug auf Diensthandlungen. XVI. 263.

Pressegesetz. Dieses findet auch Anwendung auf Schriften, welche durch Ueberdruck oder durch sogenannte Abkassch oder Copier-Maschinen vervielfältigt werden. XV. 398.

Pressachen. Sind in einer Klage wegen Pressvergehen die Stellen der angeklagten Druckschrift nicht so, wie es das Pressegesetz vorschreibt, bezeichnet, so kann die Klage deshalb nicht verworfen, sondern der Kläger zur genauern Bezeichnung der Stellen aufgefordert werden. XV. 397.

— Wird eine Klage wegen Pressvergehen gegen einen nach §. 25. des Pressegesetzes Verantwortlichen angebracht, so wird dadurch auch die Verjährung gegen die andern (noch unbekannten) Näherverantwortlichen unterbrochen. XV. 146.

— Zu Verhandlung in Pressachen wird der Anwalt des Angeklagten nur dann zugelassen, wenn der Letztere zugleich in Person mit ihm erscheint; nicht aber zur Vertretung des Abwesenden. §§. 53 u. 76. des Pressegesetzes. XV. 529.

— Werden Schmähungen gegen ein Blatt verübt, so ist der Redacteur dieses Blattes in Bezug auf eine Anklage zur Sache legitimirt, der activ und passiv das Blatt zu vertreten hat. Das Blatt selbst ist keine Person, also kein Subject, welches beleidigt werden könnte. XV. 397.

— Wird das Urtheil nicht den Partheien selbst, sondern nur den Anwälten derselben verkündet, so sind den Partheien Urtheilsausfertigungen einzuhändigen, und erst von dieser Einhändigung an laufen, wie in bürgerlichen Rechtsachen, die Nothfristen. XV. 397. S. auch Beschlagnahme auf Druckschriften.

Pressvergehen. a. Das für diese bestimmte Verfahren ist auf reine Injurien nicht anwendbar. VIII. 256. b. Durch die Censur verlieren Privatpersonen ihre Injurienklage nicht. VIII. 505. — c. Ob dies auch bei öffentlichen Stellen der Fall ist. VIII. 506.

— Diejenigen, welche zum Erscheinen einer Druckschrift mitgewirkt haben, sind nur in der im §. 25. des Pressegesetzes festgesetzten Ordnung verantwortlich in der Art, daß der in der Ordnung nachfolgende nur dann verantwortlich ist, wenn die in der Ordnung vorausgehenden nicht bekannt sind. In einer und derselben Klasse sind aber alle Miturheber gleichzeitig verantwortlich. Unzulässigkeit der Abhän. XIII. 132.

— Findet im Anklageproceß eine Zurückweisung an den Unterrichter statt, wenn derselbe auf die Einrede des unrecten Angeklagten hin ohne Verhandlung über die Begründung der Anklage freigesprochen hatte, der Oberrichter aber die Einrede für unbegründet hielt? Wie ist §. 25. des Pressegesetzes auszulegen. XIV. 546.

Principal, s. Advokat.

Privationsklage geht, obgleich sie in eine *actio vindictam spirans* ist, auf die Erben über, wenn sie vom Erblasser bereits angestellt war.

VI. 64. S. auch Entscheidungsklage.

Privatpöbalklagen, so wie jene, die auf bloße Sache gehen, können nach römischem Rechte gegen die Erben desjenigen, der die Strafe verwirkt hat, nicht angestellt werden, wenn der Erblasser nicht bereits litem contestirt hatte. VI. 244. 262. Die Klagen *ex maleficio* können nach diesem Rechte nie gegen die Erben angestellt werden. VI. 244. 262. Also auch nicht, wenn von einer Strafe wegen Unterschlagung die Rede ist. VI. 244. Dennoch sind auch nach römischem Rechte die Erben verbunden, das, was aus dem Verbrechen des Erblassers auf sie gekommen ist, dem Beschädigten oder dessen Erben zu ersetzen. VI. 262. Hierwegen muß man, wenn von einer *actio mere pœnalis* die Rede ist, die *actio in factum* anstellen, wenn man sich nicht sonst mit einer *actio reipersecutoria* helfen kann. VI. 262. Ist aber eine *actio mixta* begründet, so kann dieselbe gegen die Erben in soweit sie durch das Verbrechen reicher geworden sind, angestellt werden. VI. 262. Nach französischem Rechte ist es als Regel anzunehmen, daß alle, das Vermögen treffenden civilrechtlichen Folgen eines Verbrechens eine *actio reipersecutoria* begründen, welche selbst, wenn die öffentliche Klage mit dem Tode des Schuldigen erlischt, als Civilklage gegen seine Erben fortbesteht. VI. 246. 247. 248. 249. Selbst wenn von Geldstrafen wegen Verbrechen die Rede ist. VI. 246. Ausgenommen davon ist der Widerruf einer Schenkung wegen Unbank. VI. 246. 248. 249. S. auch Conventionalstrafen, Gütergemeinschaft.

Privatrecht, gemeines deutsches, hat nur zu einem sehr geringen Theile seine Quelle in den deutschen Reichsgesetzen und zum weit größern Theile in der Uebereinstimmung aller oder mehrerer Provincialgesetze und Gewohnheitsrechte. III. 11.

— unterschreibt nicht zwischen bestimmten und gemessenen Frohnden. IV. 82. S. auch Guts- und Herren-Frohnden, Polizeigewalt, Staatsrecht.

Privatrechtliche Sachen, Begriff. XIX. 98.

Privaturkunden machen, wie öffentliche, einen vollständigen Beweis zwischen denen, welche sie unterzeichnet haben, ihren Erben und Rechtsfolgern. VI. 37. Werden gegen dritte Personen nur von dem Tage an gewiß, wo sie zu gerichtlichen Acten gebracht werden. VI. 37. Erben und Rechtsfolger sind also hier den dritten Personen entgegengestellt. VI. 38. 40. Die Gantgläubiger sind in jenen Rechten, welche in die Masse fallen, die Nachfolger des Gemeinschuldners, also nicht als dritte zu betrachten. VI. 40. 41. Nach französischem Rechte erscheinen sie als dritte. VI. 39. 40. S. auch Kaufpfandvertrag, Rechtsfolger, Urkunden.

Privatzeugnisse haben keine Beweisraft. V. 222. Kommen ohne-

- hin nicht in Betracht, wo kein Zeugenbeweis zulässig ist. V. 222. S. auch Zeugenbeweis.
- Privilegien sind *strictissime interpretationis*. V. 29. S. auch Adel. Sind nicht ausdehnend zu erklären. VIII. 477. S. Unterpfandsrecht — gesetzliches.
- Privilegium des Fiscus, vom Beklagten die Edition der Urkunden zu verlangen. VII. 179. Meinungsverschiedenheit. VII. 179. 180. 181. S. Edition, *exceptio n. n. p.*, Fiscus, Laren.
- Probearbeit, s. Dienstverding.
- Procedur in Ehecheidungssachen, s. Recurs.
- Proceffe, wegen Uebnahme von Staatsschulden, s. Staatsschulden, Sustentationsverbindlichkeiten.
- reichsgerichtliche, s. Reichsgericht.
 - summarischer, s. Baufachen, Beweis, Unterhaltungsrente.
- Proceßführung, hierzu kann sich der Geschlechtsbeistand für seine Pflegbefohlene nicht bevollmächtigen. IX. 5.
- der Vormünder nach Eintritt der Großjährigkeit des Mündels. XVIII. 285.
 - die Gemeinden bedürfen der oberpolizeilichen Ermächtigung zur Proceßführung auf Kosten der Gemeinbskaffe bei allen Actio-Processen, die beim Hofgerichte in erster Instanz verhandelt werden, oder wo bei einem Amte Advokaten zugelassen werden; in zweiter und dritter Instanz ohnehin, wenn nicht die Gemeinde der appellatische Theil ist. III. 291. 292.
 - der Gemeinden, was ist zur Sachlegitimation erforderlich, und was zur Klagebegründung, wenn eine auf Verjährung gestützte Confessorienklage erhoben wird? XI. 174.
- Proceß-Instruirung, s. Steuerfachen.
- Proceßkosten sind in die Ordinationssumme nicht einzurechnen. VIII. 7.
- oberhofgerichtliche, Plenarbeschluß über deren Erstattung. IV. 295. 296. Cassation wegen bloßer Proceßkosten, s. Cassation.
 - S. auch Contradictor, Kosten, Kostenersatz.
- Proceßlegitimation. Die Einrede der fehlenden Legitimation ist eine verzögerliche, vom Mangel wesentlicher Voraussetzungen des Verfahrens hergenommene Einrede, gegen deren Verwerfung nach §. 302. der P.D. die Appellation sogleich zulässig ist, wenn der Kläger auch beweisen kann, daß ein Dritter vom Beklagten zur Vertretung bevollmächtigt sei, so kann er von diesem Dritten dennoch nicht fordern, daß er den Beklagten vertritt. Die Ladung ist vielmehr, wenn sich der Dritte nicht unter Production seiner Vollmacht zur Vertretung des Beklagten freiwillig meldet, nur dem Beklagten selbst zuzustellen, und diesem zu überlassen für seine Vertretung zu sorgen. XIV. 465.
- Proceßleitung, deren Grundsätze. XVII. 412.
- Proceßordnung, trat am 1. Mai 1832 mit allen ihren Vorschriften in Kraft. VIII. 4. Einfluß derselben auf den Geschäftsgang der Ober-

getichte. VIII. 64. Sie ist in Utheilungsprozeß nicht anwendbar. VIII. 6. Das Register derselben entscheidet nichts. VIII. 9.

Proceßordnung. Verfügungen des Pr. Justizministerium u. des Oberhofgerichts in Betreff derselben. VII. 293. ff., f. Superrevision, Succumbenzgelder, Patrocinium, Sitzungstage, Defraudation, Rechtsmittel, Actenversendung, Nothfrist, Generalvollmacht.

Proceßrecht, badißes, der Grundsatz: „für bekannt angenommene Gesetze soll jedermann wissen“ — ist auf dasselbe nicht anwendbar. IV. 294.

Proceßschriften. Die Anwälte sollen die munda und Duplikate sorgfältig collationiren und unterschreiben. III. 118., f. auch Anwälte.

Proceßverfahren, ordentliches, f. Baustreitigen.

— summarisches, f. Baustreitigkeiten, Klimenten- und Schwängerungssachen.

Procuratoren haben für alle formellen Fehler zu haften, vorbehaltlich ihres Rückgriffs gegen den Schriftverfasser. III. 107. Haben dafür zu sorgen, daß in den Beschwerdebellen die Beschwerden gehörig gesondert und separirt ausgeführt werden. III. 108. — Sollen in einem und demselben Deservitorio ihre und des namentlich anzuführenden Schriftverfassers Kosten, wenn letzterer ein Inländer ist, anrechnen. III. 108.

Haben, wenn jener ein Ausländer ist, die Parthe zu benachrichtigen, daß sie dessen Kosten beim Oberhofg. dectetiren lassen könne. III. 108. — Sollen die von ihnen zu fertigenden Kostenverzeichnisse so einrichten, als ob sie alleiniger Anwalt und Schriftverfasser wären. III. 108. — Müssen sich, wenn dem Schriftverfasser der Lohn von einer Anzahl Bogen der Hauptschrift gestrichen wird, einen ähnlichen Abbruch an ihrer Durchsichtsgebühr gefallen lassen. III. 108. — Dürfen selbst mit einer beigesetzten Verwahrung

keine insolenten oder sonst ordnungswidrigen Schriftsätze einreichen. III. 125. 126. Sind die Oberhofgerichts- und Hofgerichts-Advokaten in Mannheim zugleich beim Oberhofgerichte und dem daselbst befindlichen Hofgerichte. III. 118. Ein solches bedarf auch bei dem Oberhofg. ein bei einem Hofgerichte accreditirter Anwalt, wenn er von einer Parthe für ein die Sache an das Oberhofgericht devolvirendes Rechtsmittel bevollmächtigt ist. III. 205. 206. — An einem Substanten genügt es hier nicht. — Der §. 249. der D. G. Ordn. schließt den Fall nicht aus, wo ein Rechtsgelehrter die Anwaltschaft bloß in einem andern Landesbezirke hat. III. 206. S. auch Anwälte, Advokaten, Urtheil, Fristengesuche, Gewaltthaber, Patrociniumsaufkündigung, Vollmachten.

Prohibitions-gesetz, ein solches ist der R. R. G. 340., f. Waterschaft. — ob die das Weidrecht auf eine längere Zeit der jährlichen Ausübung beschränkende Verordnung von 1818 als ein solches anzusehen sei? II. 131—141.

Prohibitions-gesetz, ein solches ist der R. R. G. 340., f. Waterschaft.

Prohibitions-gesetz, ein solches ist der R. R. G. 340., f. Waterschaft. — ob die das Weidrecht auf eine längere Zeit der jährlichen Ausübung beschränkende Verordnung von 1818 als ein solches anzusehen sei? II. 131—141.

Promulgation der Verordnungen der deutschen Bundesversammlung. VII. 220., f. Gesetze.

Prorogation in Handelsgesellschaftsstreitigkeiten. XV. 366. ^o C. Handelsgeschäfte, Schiedsgerichte.

Proseliten, f. Stiftungen — mittel.

Protest bei gezogenen Wechselfn. VII. 309. 312., muß, wenn der Wechsel in 24 Stunden nicht acceptirt worden, innerhalb dieser Zeit von Seiten des Präsentanten erhoben werden, widrigenfalls er seinen Regreß gegen seine Vormänner verliert. VII. 317. — *ratio legis* — vgl. Vorschriften der freff. Wechselordnung über diesen Punkt. VII. 316. Folgen des Protestes: sobald die Protesturkunde wegen Nichtannahme dem Indossanten und dem Trassanten kund gethan worden, sind diese gegen einander gehalten, auf Verlangen für die Zahlung des Wechsels Bürgschaft zu leisten, oder den Betrag sammt Kosten zu erlegen. VII. 317. Folgen der Versäumung der zur Protesterhebung vorgeschriebenen Fristen. VII. 317., f. Wechselinhaber.

— Die Folgen seiner Versäumung sind, daß der Wechsel seine Kraft als solcher verliert, und nur noch als gewöhnlicher Schuldbrief gilt. II. 54—56.

— der eigenen Wechsel, f. Wechsel — eigene.

Provincialgesetze, ob sie nach Einführung des neuen Landrechts noch ihre Anwendung auf die ehelichen Vermögensverhältnisse finden, wenn in früher errichteten Eheverträgen auf sie Bezug genommen ist? VII. 13—23. Zu entscheiden nach der Erläuterung des R.R.G. 1390 (im Reg.-Blatt v. 1819. 9.) VII. 20. 21. Darnach soll älteren Eheverträgen, in welchen die ehemaligen Gesetze und Gewohnheiten ausdrücklich als jene Norm bedungen sind, nach welcher die eheliche Gesellschaft beurtheilt werden solle, ihre ursprüngliche vertragmäßige Verbindlichkeit durch das neue Landrecht nicht entgegen sein. VII. 21. Entg. Meinung. VII. 17. 18. 19. 22.

Provisorien, f. Alimentensachen, Incidentspunkte.

Provisorische Verfügungen, gegen dieselben gilt (nach alt. Rechte) keine Nichtigkeitsklage. VII. 175.

Provocatio ex lege diffamari erfordert, 1. daß die Diffamation gefährlicher, betrügerlicher Weise, oder in anderem Wege dem Anderen zum Nachtheil und Beschwerde geschehe; 2. daß sie durch schriftliche oder andere glaubliche Urkunden dargethan werde. VI. 138. Findet also da nicht statt, wo der Nachtheil oder die Beschwerde auf dem ordentlichen Wege der Klage durch den Provocanten erlebigt werden kann. VI. 139. Die Berühmung muß *seu errore, seu malignitate* geschehen. VI. 139.

Provocatio ex lege si contendat erfordert, daß die Gefahr, durch Verzögerung der Klage eine Einrede zu verlieren, nachgewiesen werde. VI. 139. Die Einrede, daß eine Schenkung nichtig, oder unwirksam sei, kann zu jeder Zeit angebracht werden. VI. 139.

Provocation enthält eine Beschränkung der gesetzlichen Regel, daß niemand zum Klagen genöthigt werden könne. VI. 138. Es muß daher mit ihrer Anwendung strenge genommen werden. VI. 138. Nach der

Beſtger kann nicht mittelſt deſſelben zur Klage nöthigen, wenn ihre ſonſtigen Erforderniſſe nicht vorhanden ſind. VI. 139.

Provocationsklage. a. ex lege diffamari (n. alt. Pr.-Recht) zuläſſig. VIII. 94. b. Es findet keine ſtatt, wenn durch ordentliche Rechtsmittel der Zweck auf gleiche Weiſe erreicht werden kann. VIII. 95.

Provocationsproceß, iſt dieſer durch das neue Landrecht aufgehoben? I. 260. 261. 308—312. Darin hat die ordentliche Berufung ſtatt, weil für dieſe immer die Regel ſpricht, und die Provocationsklagen nicht unter den Ausnahmefällen, bei denen die ſummarische Appellation eintreten ſoll, in der D. G. Ordnung genannt ſind. VII. 142. Daſer findet nach der Größe der Summe auch die Oberberufung im Provocationsproceſſe ſtatt. VII. 142. Entg. Meinung. VII. 143.

Purification eines Erkenntniſſes auf Eid geſchieht von dem Gericht, von dem, oder in deſſen Auftrag der Eid abgenommen wird. VIII. 172.

— Appellation gegen ſolches. XVI. 526.

— der oberhofg. Urtheile iſt in der Regel lediglich den Hofgerichten zu überlaſſen. VII. 236. 237.

Q.

Quasibefiz, ſ. Dienſtbarketten — negative unb servitus ne lumin. offic.

Quaſſalber, deren Beſtrafung. I. 293.

Quale debiti, um ein ſolches handelt es ſich, wenn die Frage iſt, in welcher Eigenschaft die Landesherrſchaft einen Exconventualen verwenden dürfe, ob ſie ihm eine Pfarrverweſung übertragen könne, oder ihn unthätig laſſen müſſe. III. 51.

Qualification eines Diebſtahls, ſ. Diebſtahl.

Quantum debiti, um ein ſolches handelt es ſich, wenn die Frage iſt, ob die einem Exconventualen ausgeworfene und reichſchlußmäßig gebührende Penſion durch einen für Koſt und Logis gemachten Abzug verkürzt ſei oder nicht. III. 51.

Quartiermeiſter, ſ. Todtenſchein.

Quellwaſſer, ſ. Fehler — verborgene.

Querela inofficioſi testamenti kommt den cohæredes ab intestato zu Statten, welche nicht klagen können, nach L. 16. pr. D. de inoff. test. III. 298. Wenn ſie aber evacuato testamento die Erbschaft reſtituieren, ſo fällt nach L. 23. §. ult. D. de inoff. test. ihr Antheil vermittleſt der juris accreſcendi dem, der ſie angetreten hat, zu. III. 298. Vernichtet bloß die Erbſetzung. III. 298. S. a. Testament — inofficioſes.

Querela nullitatis, daß darin liegende remedium reſcindens und reſciſſorium muß wohl unterſchieden werden. III. 297. Durch erſte-

- res beschäftigen sich nach L. 17. D. de inoff. test. und nach Nov. 145. cap. 3. bloß die der Intestaterbe im Wege stehenden Hindernisse. III. 297. S. auch Testament — inofficiöses.
- Quittungen, Beweis der Zahlung durch dieselben.** I. 72—76.
- welche bei verzinslichen Darlehen über das Kapital, ohne Vorbehalt der Zinsen, ausgestellt wurde, begründet die Vermuthung, daß auch diese gezahlt seien. V. 151. 158. Diese Vermuthung weicht jedoch der Gewißheit, daß die Zinsen nicht bezahlt sind (*praesumptio crediti veritati.*) V. 154. S. auch Vermuthung, Verjährung — fünfjährige, Urkunde — gemeinschaftliche.
 - über das Kapital ohne Vorbehalt, wirkt die gesetzliche Fiktion, der Zahlung der vertragsmäßigen Zinsen, und die gesetzliche Vermuthung des Verzichts auf die Verzugszinsen. VIII. 145.
 - ohne sicheres Datum befreit den Schuldner nicht gegenüber dem Gläubiger seines Gläubigers, welcher einen richterlichen Bescheid auf seine Schuld erwirkt hat. XVIII. 513.
 - Vernichtung einer solchen durch den Gläubiger zum Nachtheile des Schuldners. XIV. 376. S. auch Errungenschaftsgemeinschaft.

R.

Rathbescheid, f. Absolutorium.

Rang, f. Anstellungsvertrag.

Rath, die Verbindlichkeit zur Entschädigung wegen eines gegebenen Rathes hängt davon ab, ob der Rathgebende sich eine unrichtige That zu Schulden kommen ließ. VII. 170. 173. Beispiel zur Frage, wie der gegebene Rath nach L.R.G. 1381 a. e. beschaffen sein müsse. VII. 170. ff. Inwiefern man aus einem ungeschickten Rath verpflichtet wird. VII. 173. oben. Was rechtens ist, wenn das eigene Verschulden des Befragenden dazu komme. VII. 172. 173. Ob der L.R.G. 1148 dabei maßgebend sei. VII. 173.

Ratificationsvorbehalt bei der zweiten Zwangsversteigerung. XVI. 202.

Rathabition, stillschweigende, f. Sammtverbindlichkeit.

Raub, zum Thatbestand desselben wird vorzüglich die gemeinnützige diebische Absicht erfordert. IV. 134. 136. Diese Absicht ist als vorhanden anzunehmen, wenn die in facto illicito verübte Gewalt vor der Bemächtigung des fremden Eigenthums nicht beseitigt worden ist. IV. 135.

- unterscheidet sich von einem gewaltsamen Diebstahl (*furto violento*) dadurch, daß bei jenem die Gewalt an der Person des Besitzers, bei diesem aber an der Sache angewendet wird. II. 345.
- ist nach §. 57 des Strafbuchs nicht begangen, wo der persönliche Angriff nicht zur Bemächtigung des fremden Eigenthums unternommen worden ist. III. 89. Unterscheidet sich vom gewaltsamen Dieb-

Maße dadurch, daß, bevorstehend die Entlohnung durch die angewandte Gewalt erst möglich gemacht wird, bei letzterem aber die Mißhandlung des Bestohlenen nachfolgt. III. 93. 95. 96. Ist durch Verjahung der capitalsschuldige Frage: „Ihr habt Euch also des Raubs schuldig gemacht?“, nicht eingestanden. III. 95. In der Qualifikation desselben statulirt das Gesetz viele Grade. III. 97. Kann, wenn auch die angewendete Gewalt physisch gering war, doch wegen anderer Rechtsbetrachtungen schwerer imputabel sein. III. 97. Präsidialbetrachtungen für eine Gesetzesverbesserung. III. 97. S. auch Straferkenntnisse.

Raub ist nach dem Strafbuch anders bestimmt, als nach gemeinem Rechte. VII. 194. Das erstere unterscheidet zwischen dem Angriff selbst, ohne Rücksicht auf dessen Folgen, und den Folgen oder der Wirkung des Angriffs. Hinsichtlich der Folgen unterscheidet es: 1. ob der Tod erfolgte — dann Todesstrafe; 2. ob der Tod nicht erfolgte — dann Zuchthausstrafe. Bei diesem zweiten Fall muß aber wieder unterschieden werden: a. ob der Angriff lebensgefährlich war, oder b. ob er es nicht war. War er lebensgefährlich, so tritt 15jährige Zuchthausstrafe ein, ohne Rücksicht, ob er lebensgefährlich geworden ist oder nicht. War der Angriff nicht lebensgefährlich, so wird die Zuchthausstrafe nach dem eingetretenen Erfolg bemessen. VII. 194. Entg. Meinung. VII. 193.

— Thatbestand desselben. VIII. 322. Verbunden mit Tödtung, verschieden von Raubmord. VIII. 324.

— Das Eingeständniß eines solchen kann genügen, selbst wenn der objektive Thatbestand nicht vollständig erwiesen ist. II. 115.

— Erkenntniß auf Detention. XL 286. 297., ein Rechtsfall. XIII. 255.

Raubmord. VII. 95., ist ein Gewissensdelict begangener, also qualitativer Mord. III. 89. 278. Kann nicht begangen sein, wo eine erfolgte Tödtung sich nicht unter den Begriff von Mord subsumiren läßt. III. 89. Ist auch da nicht als vorhanden anzunehmen, wo einer einen andern ermordet ummicht entdeckt zu werden. III. 278.

— Ueber den Beweis der Zurechnungsfähigkeit und des bösen Willens in einem merkwürdigen Rechtsfall. XIII. 217.

Rausch an sich kann keine Todesursache genannt werden. VI. 82.

Realinjurie, der Character. I. 294. S. auch Injurien.

Reallagen gegen Standesherrn, s. Standesherrn.

Realakten erlöschen durch 30jährige Verjährung. II. 276. S. auch Kreisdirectorien.

Realservitut, s. Grunddienstbarkeit.

Realsicherheit, s. Widerklage.

Reasumtion eines Processus in Criminalsachen. I. 218.—221.

— der bei den vormaligen Reichsgerichten anhängig gewesenem Processen bei den bairischen Gerichten. IX. 347.

— criminalgerichtlicher Processen der Standesherrn, s. Standesherrn.

Receptum, s. Wirthsbücher, Zeugenbeweis.

Recht, Kemo: und Passio: wenn er begründet ist und gefordert werden kann. I. 67. 68.

Rechner, f. Verrechner.

Rechnersuntreue, was gehört zum Wesen, dieses Verbrechen's. I. 292.

— der im Complotte verübt macht sich auch ein Revisor schuldig, der als Rechner für die Staatsbehörde und als Rechner über dem Verrechner, den letztern zu einem Rassenegriff verleitet und das entwendete Geld mit ihm getheilt hat. V. 174. 175. Abweichende Meinung. V. 173. S. auch Concussion, Staatsdiener, Urkundenverfälschung.

— ist nach dem Strafbuch gegen einen eidlich verpflichteten Verrechner, welcher sich der Rechnersuntreue schuldig macht, neben der Strafe des §. 90. dieses Gesetzes auch die Ehrenentsetzung auszusprechen. XI. 625.

— Dabei soll die Deckung des Reccesses durch gerichtliche Versicherung oder Bürgschaft nur dann eine Strafauflösung bewirken, wenn die Dienstpolizeibehörde die Deckung für genügend erklärt. II. 364. Zwischen gerichtlichen und conventionellen Bürgschaften ist dabei nicht zu distinguiren. II. 357. 358. Der Ersatz der Dienst-Cautio ist bei der Strafbestimmung außer Anrechnung zu lassen. II. 357. Wegen un-
terbliebener handgelübbl. Verpflichtung des Rechners ist die Hälfte des vorgeschriebenen Maximum von 10 Jahren nachzulassen. II. 359.

— ist verschieden von Unterschlagung. VIII. 117. — Unter 50 fl. gehört sie zu den Polizeivergehen, und ist von der Dienstpolizeibehörde zu rügen. VIII. 118. —, und berechtigt den Dienstherrn zur Aufkündigung. VIII. 118.

— Der Ersatz eines Rassenegriffs kann die im §. 90. des Strafbuchs gedrohte Gefängnißstrafe in Fällen, wo der Eingriff nur 50—100 fl. beträgt, nicht aufheben, da unter dem dort erwähnten „untern Grade“ dessen Strafe schon gelind bestimmt ist. Die 4 höhern Grade, deren das Gesetz erwähnt, können daher nur die Veruntreuungen von 50—100 fl. in 2 Graden, je nachdem eine handgelübbl. Verpflichtung geschehen ist oder nicht, und jene über 100 fl. in 2 gleichen Abstufungen in sich begreifen. Auch bei diesen „höhern Graden“, wo das Erstgite bei der Bestimmung der Strafzeit in Abrechnung kommt, kann der gänzliche Ersatz jene Strafe nicht aufheben, da dort der Ersatz keine größere Wirkung haben kann, als bei Veruntreuungen von 50—100 fl. XIV. 31.

— Zunsrechner stehen als Verwalter öffentlicher Gelder unter den strafrechtlichen Vorschriften über Rechnersuntreue. XV. 394. S. a. Straferkenntnisse.

Rechnungen, öffentliche, f. Urkundenverfälschung.

Rechnungsgeheimhaltung, über stillschweigende Rechnungsgeheimhaltung, und Anwendung des §. 475. auf andere Rechner als Vormünder von Minderjährigen. XIII. 64.

Rechnungsstellung, Pflicht des Geschäftsführers zur Rechnungsstellung. I. 49.

— Entschädigung wegen verweigertcr Rechnungsstellung. XIII. 114.

Rechnungsvollzug. Wenn ein Gesellschafter, der dem andern Rechnung zu stellen verurtheilt ist, die Stellung dieser Rechnung unter dem Vorwand, daß er keine Papiere mehr besitze, verweigert, so kann er zwar nach §. 1142. auf Entschädigung belangt werden, allein auf die bloße Thatsache, daß der Rechnungspflichtige für Lieferungen oder Verkäufe der Gesellschaft gewisse Beträge eingenommen habe, kann gegen ihn eine Klage, daß er dem andern Gesellschafter die seinem Antheil entsprechende Hälfte herauszahle, nicht gegründet werden, indem dazu, daß der Erstere den festgesetzten Antheil am Gesellschaftsvermögen verlangen könne, noch der Beweis der weiteren Thatsache erforderlich ist, daß er auch den entsprechenden Theil der Einlagen, woraus jene verkauften oder gelieferten Gegenstände angeschafft wurden, gemacht habe. XIII. 114.

— **Der rechtskräftige richterliche Ausspruch,** daß ein Bevollmächtigter über die ihm zum Eintrage übertragenen Ausstände Rechnung stellen soll; begründet kein Vollstreckungsbegehren nach §. 890. der P.D. XHI. 382.

Recht, bürgerliches, macht die Regel, Handelsrecht die Ausnahme. II. 49.

— **kanonisches,** gilt nicht einmal mehr als Gewohnheitsrecht im Päpstlichen. IV. 10. 11. 12. S. auch Einrede — zerstörende, und Verjährung der Dienstbarkeiten.

— **rd misches,** hat noch subsidiäre Rechtskraft, wo das neue Landrecht weder durch ausdrücklichen Ausspruch, noch durch den Grund und Geist seiner Gesetze, noch durch richtige logische Analogie entscheidet. IV. 10. 11. 13. 16. 18. 20. S. a. Einrede — zerstörende, *ius compascendi* und Verjährung der Dienstbarkeiten. Dessen subsidiäre Anwendung. VII. 180.

— **Es darf nur dann zurückgegriffen werden,** wenn das neue Landrecht weder durch ausdrücklichen Ausspruch, noch durch den Grund und Geist seiner Gesetze, noch durch richtige Analogie entscheidet. VI. 246. S. auch *actio tutelæ utilis*; Land-Recht — neues, Pödal-Klagen, Vormund.

— **französisches,** hat in Baden in keiner Beziehung verbindliche Kraft. V. 192.

— **fürstbergisches,** über Vermögensverhältnisse der Eheleute. VII. 16. 17. 18. 21. — Bestimmte allgemeine Gütergemeinschaft, welche die volle Ausdehnung des alten deutschen Rechts hatte. VII. 17. Aufhebung desselben durch ein späteres Gesetz. VII. 177. Nicht jedes früher bestandene Recht schließt durchgängig die Anwendung eines spätern Gesetzes aus. Positive Gesetze treten mit ihrer Bekanntmachung in Kraft, und müssen dadurch selbst frühere Rechtsverhältnisse ergreifen, insofern sie dieser Wirkung auch jetzt empfänglich sein können, d. h., insofern nicht die gesetzliche Kraft selbst dabei in frühere Zeiten zurückgeführt wird. VII. 178. 179.

— **eheliches, resp. elterliches, f. Ehegatte — überlebender.**

Recht, stärkeres, s. Besitz.

— der Handelschaft, s. Juden.

Rechte, dingliche, s. Handelsdepositum, Unterpfand, Verzichtleistung.

— persönliche, s. Miethvertrag.

Rechtsausführung, ist mangelhafte Vorladung zur Rechtsausführung ein Nichtigkeitsgrund. XVII. 290. S. Advokat.

Rechtsausführungen, schriftliche, können nach bereits beendigtem mündlichen Verfahren, und nachdem das Collegium sich schon zur geheimen Berathung zurückgezogen hat, nicht mehr nachgeliefert werden. IX. 72.

Rechtsaxiome, quod ab initio vitiosum est, non potest tractu temporis convallescere. VI. 132. Annua quæ sunt ad agendum, sunt perpetua ad excoipiendum. VI. 139. Quod in favorem alienius introductum est, in odium ejus trahi non debet, VI. 155. Resoluto jure subinfeudantis resolvitur sub feudum. VI. 272.

Rechtsbeistandschaft des L.R.C. 499., setzt die Gemüthschwachen blos in die Classe der weiblichen Berathungsbürftigkeit. VII. 286.

Der Verbeistandete kann in der Regel alle Handlungen des bürgerlichen Lebens allein vornehmen. VII. 286., — ist nicht an die Verträge gebunden, die sein Pfleger ohne seine Mittrinnwilligung abschloß. Der L.R.C. 509. ist auf ihn nicht anwendbar. VII. 286.

Rechtsbelehrung vom 6. April 1811. S. Zehnten.

— v. 30. Nov. 1811. Zu §. 49. der Cheordnung ist nicht eine doctrine, sondern eine authentische. VII. 231.

— v. 18. April 1826. S. Unterpfandsbuchenreuerung. S. auch Justizministerium.

Rechtsdichtung, römische, welche den Inhaber einer Sache durch dessen Einlassung auf die Klage zum unredlichen Besitzer stempelt, ist dem bad. neuen Landrecht fremd. III. 152. S. a. Schrift Eigenthum.

Rechtsfeilschaft setzt eine größere Amtsgewalt voraus; als die eines Hofschiessers. III. 183. S. auch Hofschiessere, Straferkenntnisse, Staatsdiener.

Rechtsfolger, ist der schulgerechte Ausdruck für successor. VI. 40., muß, um einem bestimmten Rechtsgeschäfte als solcher, und nicht als Dritter zu gelten, eben in demselben Rechte an die Stelle des Vorgängers getreten sein, und ihn zu repräsentiren haben. VI. 40. 41. Der besondere vertritt und repräsentirt daher seinen Vorgänger nur in dem, was unter dem ihm übertragenen Gegenstande begriffen ist, der allgemeine in dem, was unter der auf ihn übergegangenen universitas enthalten ist. VI. 40. S. auch Gantgläubiger, Gütergemeinschaft, Hand- und Unterschriften, Miethvertrag, Pfandurkunde.

Rechtsformalismus. Rechtsfall zu Darstellung eines aus mangelhafter Interpretation der Partheivorträge entstehenden Rechtsformalismus. XIII. 172.

Rechtsgeber, s. Cession.

Rechtsgelehrte, s. Archä.

Rechtsgeschäfte, Auslegung derselben. XVI. 68., ein jedes ist seiner rechtlichen Natur nach zu befehen, und hiernach zu bestimmen, welche rechtlichen Folgen daraus hervorgehen. V. 250. Auf seine Benennung durch die Partheien kommt es dabei nicht an. V. 249. 250., f. auch Nichtigkeit.

— welches über 75 fl. beträgt, erfordert die Annahme einer Urkunde nicht zu seiner Gültigkeit, sonderh zum Beweise. VI. 190. S. auch Vergleich.

— wird die Staatsgenehmigung zu einem Rechtsgeschäfte der Gemeinde erst zu einer Zeit erteilt, wo die Gemeinde ihre Einwilligung zum Rechtsgeschäfte selbst bereits zurückgenommen hat, so hat es keine rechtliche Wirkung mehr. XIV. 439.

Rechtshängigkeit. Bezieht nach altem und neuem Proceßrecht, daß der Rechtsstand auch für die Erben fortdauert. IX. 349. Hiöon werden diese weder durch ihren Aufenthalt im Auslande, noch durch die stattgehabte Vertheilung der Verlassenschaft befreit. IX. 350. S. auch Litispending.

Rechtsinstitut, deutsch: statutarisches, f. Fenster- und Rechtecht und servitus aperlandi fenestram etc.

Rechtsirrtum kann niemand nützen. IV. 33. S. auch Proceßrecht. — schadet im Gewinn und im Verlust. II. 82., wirkt nicht bñsen Glauben. XVIII. 112.

Rechtskraft der Urtheile, Umfang derselben. XVII. 123. 243. a. Damit sie eintrete, müssen die Erkenntnisse den Partheien selbst insinuiert werden. VIII. 249. — b. Sie tritt nur in Bezug auf die wirklich verhandelten Materialien ein. VIII. 310. — c. Gegen den nicht abhätrenden Appellaten wird das Urtheil rechtskräftig. VIII. 4. — in Bezug auf die Identität des Streitgegenstandes. XIII. 111. S. Identität.

— Einrede der rechtskräftigen Entscheidung, unter welchen Voraussetzungen sie auf ein Erkenntnis in der Form des §. 358. der P.O. gebaut werden kann. XII. 386. Einrede der Rechtskraft. XVIII. 218. 298. 395. 445. 457. S. auch Interlocut. Einrede der Rechtskraft. Auslegung des Urtheils, durch seine Entscheidungsgründe. XIX. 196. — ist keine allgemeine Eigenschaft der Urtheile in Criminalsachen. IV. 164. Daß aber ein Untergericht eine absolutorische Sentenz des Obergerichts wegen neuerlicher Untersuchung abändern könne, wenn diese nicht die un widersprechlichsten Beweise der Schuld liefert, ist gleichwohl zu bezweifeln. IV. 164., f. a. Verfügungen — proceßleitende. — der peinlichen Urtheile. IX. 412. Hierbei wird der Unterschied aufgestellt zwischen der Befugnis des urtheilenden Gerichts, von seinem Urtheilsspruche wieder abzugehen, und dem Rechte des Verurtheilten, ein Rechtsmittel gegen seine Verurtheilung zu ergreifen. In erster Beziehung kann von einer Rechtskraft keine Rede sein; in letzter aber wird der Recurrent durch Versäumnis der vorgeschriebenen Frist

Verlust des Rechtsmittels verlustig. IX. 415. 416. Entg. Prüfung.
IX. 414.

Rechtsmeinungen, s. Gesetze.

Rechtsmittel. Die Fristen zur Interposition desselben laufen nach §. 1165 u. 1190 der neuen P.O. nicht vom Tage der Fällung, sondern der Verkündung des Urtheils. VII. 293., s. Superrevision. Wenn die Interposition eines Rechtsmittels nach dem 1. Mai geschah, die Urtheilspublikation aber schon vor diesem Tag geschehen war, so ist die Sache nach dem alten Proceßverfahren zu behandeln. VII. 299. Dessen Verfallenerklärung hat der Unterrichter auf Anrufen des Appellaten auszusprechen. VII. 300. 301., s. Acten, — gegen Strafurtheile. VII. 304. Eigentliche Rechtsmittel gegen Strafurtheile gibt es nach unserm Gesetze nicht, sondern nur den Recurs zu Recht und zur Gnade und die Nichtigkeitklage. VII. 304. Folgen davon. — eod. Cassation steht in peinlichen Sachen nur dem Angeeschuldigten, nicht aber dem Denuncianten oder Damnsicaten zu. VII. 184. 185.

→ ordentliches, s. Appellation, Rechtsrecurs, Revision.

→ außerordentliches, s. Cassation, Compromiß, Restitution.

Rechtsnachfolger, ist an die Handlungen seiner Rechtsvorfahren gebunden. VIII. 259.

Rechtsnachtheil. Eine rechtzeitig, jedoch ohne Vollmacht eingereichte Proceßschrift kann nicht schlechthin als nicht angekommen behandelt werden, wenn nicht vorher unter Androhung dieses Nachtheils die Vollmachtbeibringung auferlegt war. P.O. §. 734. XI. 538.

— Der Bescheid, welcher eine erkannte Ladung wieder aufhebt, kann gegen den Beklagten die Rechtsnachtheile nicht aussprechen, welche auf dem Ungehorsam gesetzt sind. XI. 538.

— Analogie bei Androhung derselben. XVII. 397.

Rechtspractikanten, in wiefern sie zur Eidesabnahme befugt, s. Eid.

— dürfen unter der Aufsicht von Beamten Untersuchungen führen.

II. 310. 311.

Rechtspolizei, dahin gehört die nicht streitige Behandlung eines privatrechtlichen Gegenstandes. IV. 47., wird zur Justizsache sobald der Gegenstand contentios wird. IV. 47. S. auch Ehestreitigkeiten, Ehetrennung — zeitliche, Vormund.

Rechtsrecurs findet in Actis- und Falschdefraudationsachen nach vergeblich ergriffenem Gnadenrecurs noch statt, wenn die Katalien desselben den Partheien nicht erklärt worden sind. VI. 203. 204. Die ignorantia juris schadet dem Recurrenten nicht, also auch keine Handlung aus der ein Verzicht auf denselben gefolgert werden könnte. VI. 204. Doch bedarf es gegen den factisch abgelaufenen Legaltermin der Restitution. VI. 204. Ein Verzicht auf denselben liegt auch nicht in der bloßen Anzeige des Gnadenrecurses, wenn dieser nicht wirklich ausgeführt wurde, und das Katale für den früher ausgeführten Rechtsrecurs noch nicht abgelaufen ist. VI. 204. 205.

Rechtssachen, reichsgerichtliche, s. Reichsgerichte.

Rechtssatz, unwahrer, in den Entscheidungsgründen des Appellationsrichters eröffnet die Oberappellationsinstanz nicht. XII. 106.

Rechtstitel, bloße Anerkennungen bilden keine Rechtstitel. XVI. 239.

— Der Erwerb bei unständigen Dienstbarkeiten. IX. 13., muß bei der Besitzklage über solche nicht förmlich bewiesen werden, sondern es genügt die Vorlegung der Erwerbsurkunde (Entstehungsurkunde.) IX. 14. Verschiedene Ansichten hierüber. IX. 13—16, 22, 23. S. a. Fahrnißstücke.

Rechtsübertrag, s. Cession.

Rechtsunwissenheit, schadet sowohl im Verlust als Gewinn.

VII. 288. Diese Regel kann bei der gesetzlich notwendigen Verbeistandung des weiblichen Geschlechts, auf dieses nicht anbedingte Anwendung finden. VII. 288., f. Ehefrau, Editionsklage, Rechtsrecurs.

Rechtsurkunde kann durch Zeugenbeweis ergänzt werden, wenn für das, was in ihr unvollständig ist, der Anfang eines schriftlichen Beweises vorhanden ist. V. 137. Wer das Original einer solchen, das bloß Privatunterschrift führt, dem Schuldner zurückgibt, erläßt ihm dadurch die Schuld. V. 151. S. auch Beweis — schriftl., Urkunden über ein Auerkenntniß, Zeugenbeweis.

— muß vom Rechtsgeber an den Rechtsnehmer übergeben werden, wenn das Eigenthum der Forderung auf letzteren übergehen soll, — sonst kann er an den Rechtsgeber nur eine Entschädigung fordern. VII. 182., f. Cession: — Verjährung derselben. VII. 82.

Rechtsverlust, s. Nothwehr.

Rechtsverweigerung, gehört zur Begründung einer Klage. XI. 44.

Rechtsvorkehr, s. Erben, Sängläubiger, Privaturfunden, Rechtsurfunden, Rechtsfolger.

Rechtswandlung, die drei Arten derselben. VII. 56., — bringt keine Rückwirkung hervor, wenn die ursprüngliche Uebereinkunft auf einer unrichtigen oder unerlaubten Ursache beruht. VII. 56.

— kann nur durch ausdrückliche Erklärung, den Schuldner freigegeben zu wollen, nicht stillschweigend, durch concludente facta geschehen. II. 18—20. — Ein deshalb zugeschobener Eid ward für unerheblich erklärt. II. 18—20.

— ist keine vorhanden, wenn der Grund der Forderung, Gläubiger und Schuldner die nämlichen bleiben. IV. 345. Der Nachlaß an der Schuldsumme bewirkt keine solche. IV. 345. 350. Nicht jede befreit den Bürgen, sondern nur diejenige, wodurch der Gläubiger den alten Schuldner freispricht, und an dessen Stelle einen neuen annimmt. IV. 350.

— Eine solche liegt nicht in der Bekanntmachung der Cession an den abgetretenen Schuldner. VIII. 26. — Begriff derselben. VIII. 26.

— was wird zur Rechtswandlung unter den nämlichen Vertragspersonen erfordert? Auerkenntnißurkunden begründen keine Rechtswandlung. XIII. 562. S. auch Contocorrent.

Rechtswohlthaten, weibliche, sind nach Österreichischem Privatrechte auf Weiber, welche ein Gewerbe treiben, nicht anwendbar. III. 294.

— Ein solches Gewerbe ist eine Handlung, eine Fabrik, oder eine mit einem Verlage verbundene Profession. III. 294. — **Flussschiffahrt** oder **Schiffahrt** auf einem Binnensee wird in der Regel nicht dahin gerechnet, es müßte denn nachgewiesen werden, daß die Frau die Schiffahrt auf eigene Rechnung getrieben hat, und daß die Geschäfte behufs dieser Art von Schiffahrt eingegangen worden sind. III. 295. S. auch **Besitz**, **Entschlagung der Gütergemeinschaft**.

Rechtszug, dritter, ob ein solcher bei der possessorisken Klage des L. R. Zujages 544. o. statt finde? s. **Verfahren**. Findet bei summarischen Sachen in der Regel nicht statt. V. 41. S. auch **Armensachen**, **Gantsachen**, **Schwängerungssachen**, **Einreden**.

Recruten, s. **Conseribirte**.

Rekurs an den höheren Richter findet nicht statt, wenn der vorhergehende die Ladung gegen den Gr. Placens darum abgeschlagen hat, weil derselbe noch nicht entthört sei. V. 208. Findet mit **Suspensiv-Effect** gegen eine hofgerichtl. Verfügung statt, wodurch die **Abföhrung eines Inquisiten** in die Strafanstalten zu einstweiliger **Strafvertheilung** beschlossen wurde. V. 382. S. auch **Accisbefraudation**, **Ehesachen**, **Gerichtsbarkeit** — **willkürliche**, **Klagreclerklärung**, **Kreis-directorien**, **Staatsdiener**, **Unschuldsrecurs**.

— gegen ein hofgerichtliches **Ganturtheil** an das **Oberhofgericht** ist als **Revision** anzusehen. III. 34.

— in **Ehesachen**, s. **Ehesachen**.

— in **Eheauflösungssachen**, geht selbst da, wo beide Partheien die **Auflösung der Ehe** verlangen, an das **Oberhofgericht**. III. 119. —

Muß binnen 4 Wochen beim Mittelgericht gerechtfertigt, und in gleichem Termine vom Gegentheile dort erclert werden. III. 119. —

Jedem Theile sind dabei neue **Sätze** und **Beweise** erlaubt. III. 119. —

Ueber solche **nova** erkennt dann aber erst das Hofgericht nach **Analogie** eines **Restitutionsmittels**. Findet es sie irrelevant, so muß noch ein **Rekurs-Nachtrag** und dessen **Beantwortung** gestattet werden. III. 120. —

Wird in den oberhofg. **Senaten** erledigt, wenn die beiden **Hauptvotanten** auf **confirmatoria** antragen, und nicht 2 **Räthe** dagegen stimmen; sonst im **Pleno**. III. 19. 120. — Letzteres erkennt auch, wenn eine **Nichtigkeit** im **Ehescheidungsverfahren** deducirt worden ist. III. 14.

— in **Ehescheidungsachen**, **Fatale** der **Rechtfertigung**. I. 301. **Unzulässigkeit** neuer **Beweise**. IX. 164. 165.

— zur **Onade**, findet statt, wenn dargethan werden will, daß nicht ein **peinliches**, sondern nur ein **bürgerliches** oder **polizeiliches** **Vergehen** vorliege. IV. 371. S. auch **Unschuldsrecurs**.

— kann nach §. 20 des **Strafedicls** sowohl aus **Gründen des Rechts**, als der **Billigkeit** eine **Strafmilderung** bewirken. III. 187. — Erzt, wenn er mit dem **Recurse** zum **Recht** an das **Justizministerium** er-

griffen wird, nicht immer voraus, daß das Oberhofgericht über die behauptete Schuldlosigkeit des Recurrenten zuerst erkennen müsse. III. 186.

Recurs zur Gnade, ob er in Injurien-sachen zulässig ist. VIII. 251.

— in Strassachen. XI. 120., in wiefern dabei der Richter an die Anträge des Recurrenten gebunden ist. XI. 409. XII. 315.

— Nicht der Denunciant, sondern stets nur der Staatsanwalt ist zur Ergriffung des Recurses gegen lossprechende oder zu mild erscheinende Urtheile befugt. XIV. 12.

— Fristversäumniß der Anwälte, oberhofgerichtlicher Plenarbeschluß. XII. 18.

— an das Oberhofgericht in Strassachen. Bedingungen desselben: a. daß von den Hofgerichten ein Urtheil gefällt, b. darin das „schuldig“ gegen den Angeeschuldigten ausgesprochen, und c. die erkannte Strafe die Größe erreicht, für welche das Recht zum Recurse eingeräumt ist. VII. 279., an das Oberhofgericht gegen ein zu Gunsten des Angeeschuldigten ergangenes Straferkenntniß, ist einem dritten nicht gestattet. VII. 184.

— der Verurtheilte kann, wenn er auf den Recurs verzichtet hat, auf solchen nicht wieder zurückgreifen, selbst wenn zur Zeit, da er den Verzicht zurücknehmen will, die gesetzliche Recursfrist noch nicht abgelaufen war. XIII. 133.

— in Zoll- und Actidefraudationen. II. 297. 318. S. auch Actidefraudationen, Zolldefraud.

— was zur Rechtfertigung des Unschuldsrecurses gehört. I. 232., besonders bei Zoll- und Actidefraudationen. I. 297. Umfang der oberhofgerichtlichen Discussion bei mehreren Verbrechen. I. 295.

— wegen völliger Unschuld, in Strassachen, findet nach §. 21 des Strafges. u. §. 34 der Erläuterungen dazu an das Oberhofgericht überall statt, wo ein Hofgericht wenigstens auf 8 Tage Gefängniß erkannt hat. III. 213. 243. — Ob er bei einer Concurrenz mehrerer Verbrechen statt findet, wenn der Inculpat auch nur wegen eines derselben als schuldig befunden wird, ist controvers. III. 213—217. Geht nicht nach Ablauf des gesetzlichen Terms von 4 Wochen nach der Urtheilsverkündung absolut verloren, selbst wenn keine Größerstrafe erwirkt worden ist. III. 180. 181.

Recursbelehrung, gedruckte, ist jedem Sträfling bei der Publication eines hofg. Straferkenntnisses zur Hand zu stellen. IV. 299. 300.

Recursfristen, s. Nothfristen.

Recursrecht des Justizministeriums in Strassachen. IX. 409. 410.

Reciprocität, s. Gantsachen.

Redacteur, vertritt das Blatt activ und passiv. XV. 396.

Referent ad libellum hat die Vortragserstattung über die Zulässigkeit eines neuen Beweisanspruchs, welcher in der erhobenen Einwendungsschrift als unzulässig dargestellt worden. VII. 235. S. Beweis.

Regalia majora — **minor**, f. Herrlichkeiten!

— **majora** oder **essentia**l*ia*, können nicht verjährt werden. II. 272:

— **minora**, f. Waldbrugsstrafen.

Register zur Proceßordnung, entscheidet nichts. VIII. 9:

Regredient-Erbrecht; Zweifel über die Anwendbarkeit der gemeinrechtlichen Grundsätze von demselben auf einfache Erbschaften. III. 7:

— Erfordernisse desselben. VII. 46. Die weiblichen Nachkommen ha-

ben kein Recht als Regredienterben, wenn die Fideikommissverrichtung nur zum Vortheil des Mannsstammes geschehen, und der Weiber da-

zu nicht gedacht ist. VII. 46. 49. Die eigentlichen Regredienterben

sind nach älterm Recht von der Schuldenzahlung befreit. VII. 47., nach neuerm Recht aber dazu verbunden. VII. 48. S. Stammgut.

Regreß, f. Cession, Gewährleistungspflicht, Litisdenunciation, Obbligat — ordentliche.

Regreßklage gegen Pfandschreibereien bei Unterlassung des Eintrags der geklagten Pfandrechte. I. 103. 109.

Regula Cato*n*iana. Ob sie auf Testamente Minderjährigen, die erst nach erlangter Volljährigkeit sterben, anwendbar ist. VIII. S. Testamente.

Regulative, landesherrliche, wegen des Unterhalts der säcularisirten Geistlichen, f. Reichsdep.

Rei vindicatio, Unterschied von *Actio in rem scripta*. XVII. 246. S. auch Fahrnißklage.

Reichsabschied, jüngster, §. 36., f. *contumacia*, §. 53., f. Testamentserzeugen.

Reichsadel, Rechte, welche derselbe durch die Bundesacte wieder erhalten hat. I. 281. N. 8.

Reichsdeputation hat die theoretische Frage, in wie ferne den einzelnen Gliedern einer aufgelösten geistlichen Corporation ein Mit-

genthum an dem Klostervermögen zustehet, ganz bei Seite gesetzt. III.

52. — Ihre Absicht war, den Unterhalt aller Personen, deren Lebens-

verhältnisse bei der Säcularisation in's Spiel kommen, auf eine feste

dauernde Weise sicher zu stellen. II. 52. 55. — Hat die den Unterhalt

der Geistlichkeit betreffenden landesherrlichen Regulative zu prüfen.

III. 59. S. auch Pension und Pensionisten.

Reichsdeputations-Concl*u*s*u*m vom 26. October 1802. Nach

dem Eingange desselben sollen den schuldlosen Opfern des Friedens

ihre persönlichen und amtlichen Verhältnisse so gut, als ihr künftiger

lebenslänglicher Unterhalt gesichert werden. III. 61. Dieser Eingang

erstreckt sich nicht bloß auf die säcularisirten Geistlichen, sondern auch

auf die an neue Regenten übergehenden weltlichen Staatsdiener, und

auf die letzteren bezieht sich gerade das, was von Sicherung der amtli-

chen Verhältnisse gesagt ist. III. 61. — Der Eingang ist in dem

Reichsdeputations-Schlus*s* selbst nicht aufgenommen worden, hat also

keine gesetzliche Kraft.

Reichsdeputations-Schlus*s* macht einen Theil des deutschen

Staatsrechts aus. III. 59. — Durch die staatsrechtlichen Normen desselben sind für eine Menge von Individuen privatrechtliche Verhältnisse und Ansprüche begründet worden, deren Beurtheilung und Entscheidung nur von den Gerichten erfolgen kann. III. 59. — Nach dem §. 57. desselben sind die Conventualen fürstlicher, auch Reichs- und unmittelbar Abteien auf eine ihrer bisherigen Lebensweise angemessene Art in einer oder der andern Communität ferner zu unterhalten, oder denen, welche mit landesherrlicher Bewilligung austreten, bis zu anderweiter Versorgung eine Pension von 300—600 fl. nach dem Vermögen ihrer Stiftung zu verabreichen. III. 52. — Im §. 64. wird dies auf die mittelbaren Stifter und Klöster ausgedehnt. III. 52. — Das gesetzliche Erforderniß der landesherrlichen Bewilligung zu dem Uebergange in den Weltpriesterstand ist nur von dem Falle zu verstehen, wo es einem Landesherrn nach der ihm gestatteten Wahl beliebt hat, die Conventualen eines aufgehobenen Stifts oder Klosters in einer andern Communität zu unterhalten. III. 61. — Es fällt also dann hinweg, wenn, wie im Badischen, alle religiösen Communitäten der Art aufgehoben sind. III. 61. — Schreibt überall ausdrücklich vor, wo Pensionisten zu Diensten verbunden sein sollen. II. 62. — Verlangt vom neuen Regenten im §. 51. eine verlässliche Anzeige, wie bei aufzuhebenden Prälaturen die Regulirung der Pension gemacht werden wolle. III. 50. — Hat der landesherrlichen Verjährung nicht vorgegriffen. III. 58. — Nach dem §. 85. desselben haben die Kreisaußschreibenden Herrn Fürsten für die Vollziehung der diesen Gegenstand betreffenden Beschlüsse zu sorgen. III. 59. S. a. Reichsdeputation, Reichsdeput.-Conclusum, Ordensgeistliche, Domvikarien, Versorgung, Pfründe, Benedictiner.

Reichsgerichte, bei ihnen wurde eine Menge von Processen, wegen Uebnahme von Staatsschulden, wegen Sustentationsverbindlichkeiten u. s. w. auf den Grund des Reichsdeput.-Schlusses hin anhängig gemacht. III. 60. — Die bei denselben in appellatorio anhängig gewesenen badischen Rechtsachen sind dem Oberhofgerichte zur Entscheidung zugewiesen worden. III. 103. 104.

Reichsgesetze, deutsche, s. Privatrecht, Jauner.

Reichskammergerichtsordnung. III. Lit. 52. pr., s. contumacia.

Reichskammergerichts-Processse, s. Reassumption.

Reichsritter, ehemalige, waren nicht befugt, ihre Justizbeamten nach Willkür vom Dienst und Gehalt zu entlassen. V. 6. 14. Die Aufkündigungsbefugniß wurde als eine *conditio turpis*, und deswegen *pro non scripta* angesehen. V. 14.

Reichsverfassung, deutsche, s. Standesherrn.

Relocatio tacita, s. Wieberverpachtungen — stillschweigende.

Relationsgebühren dürfen in den fünf ersten Fällen des §. 1244. der P.D. nicht mehr angefordert werden, in dem 6. u. 7. Falle dieser Gesetzesstelle nur ausnahmsweise, wenn entweder förmliches Verfahren über die Kostenbestimmung nothwendig, oder eine Entscheidung über

- den materiellen Gehalt der Sache zu ertheilen ist. IX. 73. 74. 483. 484. C. Laren.
- Remissorio** fallen in der Regel jetzt weg. IV. 287.
- Remissorien.** XVII. 316. 401.
- Renovation**, f. Unterpfandverneuerung.
- Rente**, jährliche, f. Ruznieszung, Unterhaltungsrente.
- Rentenscheine**, bad., f. Vorladung.
- Rentenvertrag**, ist auch ohne schriftl. Abfassung gültig. VIII. 138.
- Renunciation**, f. Bürgschaft.
- Reparaturen**, Unterschied zwischen Haupt- und Nebenreparaturen. VIII. 104.
- Replik**, können Ungültigkeitsgründe gegen einen Nachlassvergleich in Handelsbanken auch im Wege der Replik vorgebracht, oder nur durch eine Nichtigkeitklage geltend gemacht werden? XVI. 325.
- Reprobatio**, f. Gegenbeweis.
- Repszenten**, f. Zehnten.
- Res aliena**, f. Sache — fremde.
- Res inter alios acta** schadet keinem Theil. II. 19.
- " " " *judicata*, f. Urtheile.
- " " " *gesta*, f. Verträge.
- Res merae facultatis**, f. Handlungen — freiwillführliche, *jus compascendi*, Zehnten.
- Res propria nemini servit.** V. 125.
- Res sub iusfendari solita**, f. Aftersbelehnung.
- Rescission** eines Rechtsgeschäfts, f. Umkösungsklage.
- Restitutio ob culpam referentis** kann auch in Criminalsachen nachgesucht werden, wenn wichtige Umstände in der Criminalrelation übergegangen worden sind. VI. 195., der dem Angeeschuldigten noch offen stehende Recurs zur Gnade bestimmt ihm diese Befugniß nicht. VI. 195.
- Restitution** in Criminalsachen. XIII. 132.
- gegen das Verschüßniß der Nothfristen in Strafrekursachen aus Verschulden der Anwält. XIV. 11.
- in Civilsachen, wird nach dem oberhofgerichtlichen Gerichtsgesuche ertheilt, wegen eines in den oberhofg. Endvorträgen mit Stillschweigen übergangenen, das streitige Rechtsverhältniß betreffenden wesentlichen Umstandes. II. 184.
- kann nicht durch *nova in jure*, sondern nur durch *nova in facto* begründet werden. V. 119. Also nicht durch doctrinelle Gesetzesauslegungen des Justizministeriums. V. 119. Findet auch statt wegen Auslassung eines erheblichen Thatumstandes aus den Relationen. V. 362. 363. Muß dann aber binnen zwei Monaten nach der Publication des Erkenntnisses nachgesucht werden. V. 363. Bedarf einer Specialvollmacht des Anwält. V. 363. Um einen Einhalt zu bewirken, muß wenigstens die Relevanz der unreferirt gebliebenen *facta* plausibel gemacht werden. V. 363. Weiteres Verfahren hiebei.

V. 363: 364. *E. auch: bono iudicio appell.* — *Irthum:* — factischer.

Restitution, einfache, und Rechtsmittel der Wiederherstellung XVII. 406.

— Rechtsmittel der Wiederherstellung. IX. 486., ob, wenn dieselbe formell nicht begründet erscheint, der Restitutionskläger nach Analogie des §. 1214 der P.D. in die Gerichtsung vorzuladen sei, um über die Gründe der Unzulässigkeit gehört zu werden. IX. 486.

— wegen Verwerfung einer verspäteten Oberappellation. XII. 311.

— Gegen Versäumnis-Erkenntnisse. Die Bitte um Restitution reicht nicht hin, es muß der versäumte Vortrag binnen der Wiederherstellungsfrist eingebracht werden. VIII. 19. — Gegen rechtskräftige Erkenntnisse. Sie findet wegen Irthum im Recht nicht statt. VIII. 76. — Sondern nur wegen tatsächlichen Verhältnissen. VIII. 76.

Der Tod des Vorstands eines Collegii ist kein Restitutionsgrund gegen ein rechtskräftiges Versäumnis-Erkenntnis. VIII. 196.

— gegen Versäumnisse eines Officialanwalts, s. Versäumnis. — ex culpa referentis findet nach Einführung der neuen P.D. nicht mehr statt. IX. 73.

— Nach abgelaufener Wiederherstellungsfrist kann der Richter, der es verließ, nur wegen Krankheit, Abwesenheit oder höherer Gewalt sein Erkenntnis selbst aufheben; der Grund, daß kein Versäumnis vorlag, gehört vor den Appellationsrichter. / Die Restitutionsgründe der P.D. §. 661 sind nicht bloß zu becheinigen, sondern im Weg der Anticipation zu beweisen. XVI. 88.

— gegen versäumte Wiederherstellungsfrist. XVIII. 392., wegen ungesunder Urkunden. XVIII. 564.

— der Armenpartheien gegen Versäumung der Fristen. Armuth ist nicht unbedingt als eine den Fristenlauf hemmende vis major zu betrachten. Auch der Armenpartei laufen die Rothfristen ab, wenn sie durch eigne Nachlässigkeit daran Schuld ist. XVI. 455., s. auch XVI. 483. u. 493.

— gegen Versäumnisse wird der Armenpartei in Gemäßheit des §. 156 der P.D. immer Restitution erteilt, wenn die Vorschriften des Gesetzes beobachtet sind. IX. 68.

— der Minderjährigen im Proceß. XVII. 235. 407.

— wegen Minderjährigkeit. XVIII. 255., sie bedarf neben dem Formmangel eine Läsion zur Begründung. XVIII. 510.

— ob culpa advocati kann nicht verlangt werden gegen eine aus- gehandelte Revision, wenn ein neuer Sachwalter des residentischen Theils darthun will, daß sein Vorgänger sich getrennt habe; indem er nur die Revisionssumme als vorhanden angenommen, während doch die Oberappellationssumme da sei. IV. 328. 329. Ein Verzicht auf die Revision liegt jedoch in dieser Anführung des neuern Anwalts nicht. IV. 329. *E. auch: Advokat und Revis.-Summe.* Kann wegen vernachlässigter Rechtsvertretung von Seiten des Anwalts

Wiederherstellung gegen rechtskräftige Urtheile gesucht werden.

XIII. 448.

Restitution ist zu erteilen, wenn bei den Formlichkeiten einer Scheidung auf wechselseitige Einwilligung, die Todtenscheine der Eltern und Großeltern nachgebracht werden. III. 22. 23. — Wenn um Frist zur Deduction einer solchen gebeten wird, so muß: a. der neue Ehestand angezeigt werden, b. nicht offenbar inconcludent sein, c. sich zu einer der im §. 154 der D. O. Ordn. alternativ zugelassenen Eidesformel bestimmt erboten, d. die Frist nur im ordinären, nicht im privilegierten und summarischen Proceß gesucht, und e. genugsame Bescheinigung beigebracht werden, daß der im §. 162 der D. O. Ordn. vorausgesetzte Ausnahmefall vorhanden sei. III. 115. — E. auch Recurs in Eheauflösungssachen, Ehebruchbeschuldigung und Ehescheidung auf wechselseitige Einwilligung.

Restitutions-Eid, die Zulassung zu demselben wird als eine bloß proceßleitende Verfügung angesehen, wogegen kein Recurs statt findet.

IV. 201. Dem imploratischen Theile bleibt es auch nach abgeleistetem Eide noch unbenommen, die Unstatthaftigkeit oder Falschheit desselben darzuthun. IV. 200. E. auch Eide und Verfügungen, proceßleitende. — ist erst nach der Vernehmung des Beklagten abzunehmen. VIII. 188. E. Ehebruchbeschuldigung.

Restitutions-Fatale von 2 Monaten ist nicht bloß von der Zeit der Entdeckung der neuen Ehestände, sondern zugleich von der Zeit der bekannt gewordenen Benachtheiligung an zu berechnen. II. 263.

Restitutionsfrist des §. 658, ob sie während der Ferien abläuft. XI. 497.

Restitutionsgesuche, bei den Obergerichten erkennt das Gesetz nur die dort aufgestellten Advokaten und Anwälte, bei einem nach dem §. 156. a. der P. Nov. auf das Versäumniß des Anwalts gegründeten Wiederherstellungsgesuche genügt es daher nicht, wenn nur die Versäumniß eines bei dem Gerichte nicht als Anwalt aufgestellten Schriftverfassers, der zur Fertigung der Schriftsätze und etwa auch zur Aufstellung eines Anwalts Sorge zu tragen beauftragt war, nachgewiesen wird. XIV. 28.

Restitutionsklage gegen rechtskräftige Urtheile, — Berechnung der gesetzlichen 4 Jahre, Verjährung derselben. IX. 81. f. auch Verjährung.

— wegen Befangenheit des Richters und actenwidrigen Vortrags. XII. 373.

— Nothwendigkeit des Erbietens zum Restitutions-Eid, und Specialvollmacht hiezu. VIII. 188.

— wo diese zu erheben ist. Rechtsfall für Anwendung der §§. 426., 1251. u. 1253. der P. O. XI. 400.

— kann nach §. 358. der P. O. ohne vorgegangene öffentliche Verhandlung verworfen werden, so gut, wie jede Klage. X. 230.

— Sind Erkenntnisse, wodurch eine Wiederherstellungsklage nach §.

1260 der P.D. unbedingt oder auch nur angebrachtermaßen verworfen wird, der Partei selbst zuzustellen? Wirkungen der Unterlassung. XIV. 265.

Retentionsrecht. XVII. 136.

— Vormundschaftsbeistand an dem im guten Glauben erkauften Münzelgut für auf dasselbe verwendete Meliorationen. XVI. 332. S. auch Kauf.

— des Rauffchillings nach S. 1685. befreit nicht von der Verzinsung, wenn der Käufer im Bezug der Früchte des Kaufobjects war. IX. 91. 97. S. auch Rauffchilling, Gewährleistungspflicht.

Reue, f. Defraudationsachen.

Reugeld bei Käufen. XV. 475. S. Kauf.

Revers, f. Gegensehein.

Revierförster, sind keine Staatsdiener. VIII. 115.

Revision. Der Recurs gegen ein hofgerichtliches Ganturtheil an das Oberhofgericht ist als Revision anzusehen. III. 34.

— wird der Oberappellation substituit, wenn nur die zu jener erforderliche Beschwerdesumme vorhanden ist. V. 361. Wird in diesem Falle gleich auf den Beschwerdelibell hin verworfen; wenn die Beschwerden für ungegründet gehalten werden. V. 362. Sonst wird der Libell dem Gegentheil ad excipiendum communicirt, der Vortrag aber braucht quo ad materialia jetzt noch nicht verlesen zu werden. V. 362. S. auch Gantsachen.

— Bei solcher bedarf der Anwalt des Revisen eben so wohl, als der des Residenten einer neuen Vollmacht. III. 206. 207. — Gleichwohl kann einstweilen die Insinuation des Revisionslibells an den frühern Anwalt des Revisen geschehen, wenn nur beim Actenschlusse der Vollmachtspunkt gehörig berichtigt wird. III. 206. 207. — Wenn sie in summarischen Sachen beim Oberhofgerichte das correlatum der summarischen Appellation ist, so sind nach §. 151 u. 187. der D.G.Orb. bessere Beweise zulässig. III. 251.

— erlaubt keine Neuheiten. VI. 152. Es kann daher in revisorio nie auf Beweis erkannt werden. VI. 153. Ob aber ein solcher schon früher angetretener, von den früheren Instanzen jedoch übergangener Beweis vom Oberhofgerichte noch nachträglich erhoben werden könne, ist controvers. VI. 153. Zumal, wenn der frühere Richter den Beweis geprüft, aber für unerheblich gefunden hat. VI. 153. Wenn der Resident auf die Acten submittirt hat, so ist dem Revisen doch noch die Einrebeschrift zu gestatten, theils um neue Argumente beibringen, theils um abhändiren zu können. VI. 304.

— findet nach der P.D. nicht mehr statt. VIII. 5. Es kann bei den vor dem 1. Mai 1832 anhängig gewordenen Processen, in weiteren Instanzen die alte Revisionssumme als Appellationssumme nicht hinreichen. VIII. 4. — Supervision findet noch statt gegen ein, nach dem 1. Mai 1832 publicirtes, aber früher gefälltes, reformatorisches Urtheil der 2. Instanz. VIII. 14.

Revisionssumme muß selbst dann 300 fl. betragen, wenn gegen ein in zweiter Instanz ergangenes hofgerichtliches Erkenntniß beim Hofgerichte Restitution nachgesucht, diese aber abgeschlagen, und dagegen nun an das Oberhofgericht recurrt wird. IV. 208. 209. Man betrachtet in diesem Falle den Proceß immer als einen der dritten Instanz. IV. 208. 209.

Revisor, s. Rechnersuntreue.

Revokatorienklage, s. Erbsehen.

Rheinschifffahrtsordnung, Auslegung der Art. 46 u. 86., läßt eine Prorogation zu nach §. 32. der P.D. X. 7.

Richter, ordentlicher, von ihm müssen die Erkenntnisse in bürgerlichen sowohl als peinlichen Sachen ausgehen. V. 327. 328. Dadurch wird jedoch die Befugniß des Oerrichters, oder gar des über alle Gerichte des Landes die Oberaufsicht führenden großh. Justizministeriums nicht ausgeschlossen, in einem einzelnen Falle wegen Partheilichkeit oder Unfähigkeit des ordentlichen Untersuchungsrichters einen andern zu ernennen. V. 327. 328. 329. Nur darf, wenn ein Mitglied des urtheilenden Hofgerichts committirt wird, dasselbe dann bei der Urtheilsfällung nicht mitstimmen. V. 328. 329. Der erste Richter ist angewiesen, bei Strafe der Nichtigkeit, auf Beweis zu erkennen. V. 205. Dessen Ermessen, s. Detention, Beweis — schriftlicher, Mißhandlung — harte, Nichtigkeit, Schlußverhöre, Urkunden — gemeinschaftliche, Bürgermeisteramt, Geständniß — gerichtliches, Unterpfand — gerichtliches.

— Zur Competenz desselben gehört bloß das Richter, nicht die Beurtheilung der Zweckmäßigkeit der Gesetze. VIII. 166.

— Die Billigkeit ist nicht Sache des Richters, wenn er nicht durch besondere Gesetze dazu ermächtigt ist. VIII. 418.

— als Mandatar des Landesregenten gedacht, ist dennoch competent in Fiscalproceßten. VI. 9. S. auch Ausnahme, Mandant, Theilungs-Commissäre.

— ob er für sein Nebenurtheil verantwortlich ist? I. 51. S. Erfüllungsamt, Competenz, Eidesformel.

Richter-Collegium darf nicht perhorrescirt werden. VI. 194. 195.

Darf aber auch wegen selbst erlittener Schmähung seine an sich begründete Competenz nicht ablehnen. VI. 194. 195.

Ritterleben, s. Mannleben.

Rückbürgschaft. XIX. 305. 309.

Rückfallsstrafe beim dritten Diebstahl. XI. 597.

Rückforderung einer bezahlten Rechtsschuld; unstatthaft bei Zahlung auf richterliches Erkenntniß. XIX. 411.

Rückwirkung der Gesetze. I. 86. 87., XVII. 381.

— Nach dem Einführungsgebiete gilt im Allgemeinen das Princip, daß jeder Rechtsanspruch nach dem Gesetze zu prüfen ist, unter dessen Herrschaft das den fraglichen Anspruch unmittelbar in's Leben rufende Ereigniß eintritt, beruhe auch jenes Recht auf einem vor der

Herrschaft des gegenwärtigen Gesetzes vollendeten Geschäfte. S. die einzelnen Anwendungen. X. 207. S. Gesetze.

C.

Sachen, bewegliche, s. Diebstahl.

— unbewegliche, die nicht an ein *præscriptio definitiva* gebunden sind, werden in 30 Jahren erloschen. IV. 180. Dahin sind auch Grund- und Erbpflichtigkeiten zu rechnen. IV. 89. S. auch Grundpflichtigkeiten, Habe — liegende, Häuser.

— einzelne und gesammte (*res singulares et universales*), s. Landrecht, universitas.

— fremde, s. Stellionat, Unterpfandsrecht.

— gefriedete, s. Diebstahl.

Sachlegitimation, s. Legitimation.

Sachverständige erscheinen in Sachen des Geschmacks mehr als Kunstrichter oder Schiedsrichter, denen die Partheien nothgedrungen den Ausgang ihres Rechtsstreits übergeben. V. 256. S. auch Kunst-richter.

— Ablehnung derselben wegen ihres Abhängigkeitsverhältnisses zu einer Parthei. XIII. 421. S. Erbtheil — Minderjähriger, Experten.

Sachwalter, s. Advokaten, Anwälte.

Sacristei, s. Kirchendiebstahl.

Säcularisation, s. Reichsdeputation, Reichsdep.-Schluß.

Sammtrecht, der Kauffchilling für ein verkaufteß Miteigenthum ist kein Sammtrecht der Verkäufer im Sinne des Satzes 1197, sondern jeder Miteigenthümer kann vom Kauffchillinge nur so viel erheben, als davon auf seinen Antheil am früheren Miteigenthum fällt, und der Käufer wird dadurch, daß er dem einen Miteigenthümer den ganzen Kauffchilling bezahlt, hinsichtlich des den andern Miteigenthümern gehörenden Theils gegen diese nicht befreit. XIII. 471.

Sammtschuldner, concurriren pro rata, wenn nichts anderes ausgemacht ist. IV. 30.

— Einfluß der Gant auf die Fälligkeit ihrer Schuld. XVII. 188.

Sammtverbindlichkeit einer Ehefrau, dazu wird sowohl die amtliche Ermächtigung, als die Beiziehung eines verpflichteten Beistandes erfordert. IV. 31. 36. 37. Erfordert ferner eine ausdrückliche Erklärung. IV. 37. Eine stillschweigende Ratihabition dabei zu präsumiren, ist zu gewagt. IV. 36. 37. Kann auch unter der Bedingung übernommen werden, wenn der Hauptschuldner nicht zahlt. IV. 33. Kann der Inhaber eines Schuldscheins gegen den Cedenten und den debitor cessus nicht in Anspruch nehmen. IV. 58. Wohl aber ein Wechselinhaber gegen den Aussteller und Indossanten. S. auch Cession, Gerichtermächtigung, Mitverbindlichkeit.

Sammtverbindlichkeit der Erben der Frau für das Ganze der Gemeinschaftsschulden folgt nicht aus der Unterlassung der Erbverzeichnisse. II. 24.

— des Gültvorträgers. XVII. 333.

— der Handelsgesellschaften für die Schulden der Handelsocietät. I. 273.

— der Grundherrn, s. Grundherrn.

— der Pfandschreibereien, s. Pfandschreibereien.

— der Verbrecher überhaupt und insbesondere beim Hochverrath. XIX. 377.

Sanitätscommission hat ein weiteres Gutachten zu geben, wenn in einer Untersuchung wegen Tödtung oder körperlicher Verletzung das Gutachten des Medicinalreferenten von dem des Physikus abweicht. Dies *superarbitrium* muß sodann dem zu fällenden Urtheile unbedingt zum Grunde gelegt werden, auch wenn der urtheilende Richter den Begriff der Lethalität nach seinen verschiedenen Graden nicht für richtig aufgefaßt hält. IV. 278. Dem Richter bleibt dann nichts, als eine weitere Anfrage übrig. IV. 278. S. auch Lethalität.

— Das von ihr im Falle eines Widerstreits zwischen dem Gutachten des Physikus und des Medicinalreferenten einzuholende *Super-Arbitrium* ist dem zu fällenden Straferkenntnisse unbedingt zum Grunde zu legen. II. 309.

Satzbürger wird nach Oöreich. Rechte derjenige genannt, welcher im Unterthänigkeitsbezirke einer Stadt Liegenschaften besitzt, ohne das Bürgerrecht daselbst erlangt zu haben. IV. 50.

Schaden. Bereicherung mit dem Schaden eines anderen ist ein ungegründeter Vorwurf, wenn der, welcher ihn seinem Gegner macht, durch Versäumung der ihm gesetzlich zustehenden Hülfsmittel, selbst an dem erlittenen Schaden schuld ist. III. 30.

— bei Tumult verübt, dafür sind die Gemeinden haftbar. XVIII. 261.

Schadenersatz hat schon nach allgemeinen Principien jeder dem anderen für den ihm zugefügten Schaden zu leisten. S. auch *actio tutelae utilis*, Nothwehr, Obrigkeit—ordentliche, Pöbnaklagen.

Schadenersatz und Vertragserfüllung. XVII. 448. S. auch Entschädigung, Strafe.

Schäferereiberechtigung auf fremdem Grund und Boden ist eine Servitude, und muß nach den für diese geltenden Regeln beurtheilt werden. VI. 173. 175. Kann vielleicht, wenn sie von der Landes-, einer Landes- oder Grundherrschaft ausgeht, als Ausfluß des Obereigenthumes angesehen werden. VI. 288. 289. Ihr Rechtsbestand ist, so lange er unter dem alten Rechte vorhanden war, nach diesem zu beurtheilen. VI. 173. 175. Die durch ein neues Ereigniß erzeugten Folgen sind jedoch nach dem neuen Rechte zu erwessen, wenn sie unter diesem eingetreten sind. VI. 173. 175. Dies ist der Fall bei einer, unter dem neuen Rechte constituirten Mitweide. VI. 173. 175. Ferner ist es der Fall mit dem Erwerbe einer solchen Berechtigung

durch eine unter dem alten Rechte nicht vollendete Verjährung. VI. 173. 175. Ist so auszuüben und auszulegen, daß sie mit der wenigst möglichen Beschränkung des Eigenthümers besteht. VI. 173. 175. S. auch *jus compascendi*.

Schäferereiberechtigung, enthält die Befugniß, Schaafe auf der ganzen Feldmarkung, mithin auch fremden Grundstücken zu hüten, und zwar mit einem eigenen Schäfer. VII. 175., s. *Pferdrecht*.

— besteht in der Befugniß, einzelne Schaafe, zu deren Wartung kein eigener Schäfer erforderlich ist, auf hutfreien Wiesen und Aekern, wohin der Eigenthümer, ohne eines Andern Grund und Boden zu berühren, gelangen kann, weiden zu lassen. VII. 175.

— Das *Witweidrecht* des Grundeigenthümers, als Sache freier Willführ, ist unverjährbar. IX. 21. 457. 458. ff., findet nicht statt, wenn die Grundherrschaft die Ausschließlichkeit des ihr zustehenden Schäfererechts dadurch nachweist, daß dasselbe in der Gutsherrschaft seinen Ursprung habe und bei Ueberlassung des Grund und Bodens von den übrigen Nutzungsrechten getrennt und dem Gutsherrn vorbehalten worden sei. Die Nachweisung kann insbesondere begründet werden durch die Natur der Dienste u. Abgaben, wozu die Gutsbesitzer der Grundherrschaft verpflichtet sind, und wozu vorzüglich die Handlohnzahlung gehört. IX. 448. 450. 451., und in Verbindung mit letzter, Gülten, Zinsen, Zehnten, Frohnden, Sterbfall u. IX. 452. Verlust desselben tritt ein, wenn ein die Freiheit des Eigenthums beschränkendes Rechtsverhältniß von einer Seite ausgeübt wird, und der andere Theil sich dabei beruhigt. IX. 21. 457. 458.

— Begründet bei Schäferereiberechtigten der alleinige Besitz, oder der Vorbehalt der Gerechtigkeit durch den frühern Eigenthümer das Recht, den Eigenthümer des dienenden Guts vom *Witweidrecht* auszuschließen. XI. 176.

— Unter welchen Voraussetzungen gehört zu den, einer Besitzklage wegen Schäfererechts zum Grunde zu legenden, Thatfachen auch die Angabe einer bestimmten Zahl Schaafe? Legitimation der Gemeinden zum Streit über Schäfererechtigkeiten auf ihren Gemarkungen überhaupt, und insbesondere bei Störungen die in ihrem Auftrag geschehen. P.D. §. 752. XV. 47. S. auch *Besitzklage*. XV. 47. *Weidrecht*.

Schäferkarren, ob er eine solche Behaltung im Sinne der Carolina ist, an der ein Einbruch geschehen kann, ist controvers. IV. 137. S. auch *Diebstahl mit Waffen*.

Schauspieler steht, wenn er auch nicht gerade als Staatsdiener erscheint, doch in dem nämlichen Subjectionsverhältnisse zu der ihm unmittelbar vorgesetzten Behörde. VI. 183. S. auch *Polizeigewalt*, *Staatsbehörde*, *Theater-Intendant*, *Kunststrichter*.

Schazgräberei. Zum Begriff derselben ist nicht erforderlich, daß der Betrüger wirklich Handlungen vorgenommen habe, welche in den Augen der Leichtgläubigen als Beschwörungsmittel sich darstellen.

Es genügt schon, wenn er sich von den Leichtgläubigen einen Vortheil dadurch verschafft hat, daß er ihnen diese übernatürliche Kunst zu besitzen vorpiegelte, und ihnen zusicherte, durch Anwendung derselben Geister zu bannen und Schätze zu heben, woran sie Theil haben sollten. XV. 398.

Schätzung. Bei der Erbtheilungsklage muß sie durch, von den Partheien gewählte, Sachverständige geschehen. VIII. 204.

Scheidemauern, die gegenseitigen Rechte und Verbindlichkeiten der Besitzer angrenzender Grundstücke in Beziehung auf Erbauung, Unterhaltung, Wiederherstellung und Benutzung der Scheidemauern; nach R.R.G. 637, 649. ff., Grunddienstbarkeiten aus dem Gesetz, eigen thümlich in ihrer Wechselwirkung, welche jedes der beiden Grundstücke als herrschend und dienend zugleich erscheinen läßt, unterliegen selbst dann, wenn sie durch eine rechtliche Thatfache, insbesondere durch Vertrag, in ihren Bedingungen und Wirkungen modifizirt sind, mit hin in dieser Beziehung auf einem persönlichen Verpflchtungsgrunde beruhen, im Rechtsstreit bei der Berechnung des Streitwerths nach der Natur des bestrittenen Gegenstandes den Vorschriften des §. 1174 N. 3 der P.O. wornach der Werth des herrschenden oder dienenden Guts die Streitsumme bestimmt. XV. 593.

— hat die Erwerbung der Gemeinschaft einer Scheidemauer, oder schon das bloße Recht auf diese Erwerbung die Wirkung, daß der bisherige Alleineigenthümer der Mauer Lichtöffnungen und andere Werke, welche er vor dem Eintritt der Gemeinschaft an der Mauer anlegte, nun beseitigen muß? XVIII. 221.

— Gesellschaftliche Kennzeichen der Gemeinschaftlichkeit und des Alleineigenthums. Alters-Recht, Herkommen. XIX. 234.

Scheidewand, Merkmale derselben. XIV. 93.

Scheidung, s. Ehescheidung.

Scheine der Landleute, s. Schuldscheine.

Scheingeschäfte, gelten nach dem Landrechte, wie nach gemeinem Rechte, nicht nach ihrer scheinbaren, sondern nach ihrer wahren Natur. X. 11. ff.

Schellenwerksstrafe, s. Züchtigung — körperliche.

Schenknehmer, haftet als solcher nicht für die Schulden des Schenkers. VIII. 429., ausgenommen, wenn wegen Gefährde die actio Pauliana angestellt werden kann. VIII. 431.

Schenkung, was gehört zu ihrer Gültigkeit. I. 80., welche Art von Schenkungen man im Heirathsvertrag festsetzen könne. I. 203., unter Ehegatten, — deren Form und Unterschied von den gemeinen Schenkungen überhaupt. I. 195—198. Belastete Schenkungen. I. 202. 203.

Schenkungen und Vermächtnisse sind nur gültig unter der Form von Schenkungen unter Lebenden und letzten Willensverordnungen. V. 74. Die unter Lebenden dürfen nicht von einer Bedingung abhängig gemacht werden, die einzig in der Willkühr des Erbers liegt. V. 69. Nach den Regeln derselben richtet sich nur das, was Eheleuten oder

- ihren Kindern in einem Ehevertrage geschenkt wird. V. 74. Selbst wenn eine solche Schenkung zukünftiges Vermögen beträfe. V. 74.
- Schenkungen unter Lebenden — unterliegen, wie Vermächtnisse, der Reduction, insofern durch sie der Pflichttheil der Notherben geschmälert wurde. VII. 28. Müssen zur Ergänzung des Pflichttheils herangezogen werden, selbst wenn der schenknehmende Erbe auf die Erbschaft Verzicht leistet. VII. 28. 30., VIII. 458. Die einem Kinde gemachten Schenkungen unter Lebenden dürfen sowohl den an Fremde verschenkbaren Vermögenstheil, als den Pflichttheil des Kindes unter sich begreifen, ohne daß das auf den Nachlaß verzichtende Kind zur Herausgabe angehalten werden kann, wenn anders der Pflichttheil der übrigen Notherben gesichert ist. VII. 32. Solche Schenkungen hören durch den Verzicht eines Kindes auf den Nachlaß auf, ein Bestandtheil der Erbschaft zu sein, — den übrigen Kindern wächst daran kein Antheil zu, — sie haben höchstens eine Minderungsklage im Falle des verkürzten Pflichttheils. VII. 33.
- Unterschied zwischen einer Schenkung unter Lebenden und der Erlassung einer Schuld. IX. 200. 201. Auf erste, nicht aber auf letztere findet L.R.G. 960 Anwendung. IX. 201. Entgegengesetzte Ansicht, insbesondere einiger Ausleger des franzöf. Rechts. IX. 203. 205. Die Collationspflicht derselben fällt im Falle des Erbverzichts weg. VIII. 457.
- unter Ehegatten im Ehevertrag, und Beschränkung derselben. VIII. 147. Solche können durch ein Testament nicht aufgehoben werden. VIII. 147. Berechnung der Vortheile, welche nach L.R.G. 1098 dem zweiten Ehegatten zugewiesen werden können. XIII. 442.
- Kann ein Ehegatte für den Fall, wo er nur ein einziges Kind hinterläßt, zu Gunsten des andern Ehegatten über diejenige Quote eine freigebige Verfügung treffen, über welche er nach der allgemeinen Bestimmung des L.R.G. 913 zu Gunsten eines Fremden hätte verfügen können, oder ist auch in diesem Falle dessen Dispositionsbefugniß auf die in der besondern Bestimmung des L.R.G. festgesetzte Quote bestimmt? XIII. 365. S. auch Ehegatte — überlebender, Pflichttheil.
- Schenkungen des gegenwärtigen und künftigen Vermögens; Wirkung derselben. VIII. 428.
- Der L.R.G. 932 ist auf belastende Schenkungen nicht anwendbar, sondern nur auf reine Freigebigkeitshandlungen zu beschränken. XVIII. 169.
- Der L.R.G. 1340 findet nur auf Schenkungen unter Lebenden Anwendung, auf Testamente dagegen nur der §. 1338 u. Zusatz 1338 a. XIV. 605. S. auch Genehmigung einer Verbindlichkeit.
- Eine Schenkung braucht nicht nothwendig urkundlich zu geschehen, insbesondere brauchen dies nicht vollzogene Fahrnißschenkungen. Eine Geldschenkung gilt als vollzogen, wenn der Schenkgeber die Summe als Darlehen behält. X. 17.
- belohnende, s. Vermächtnisse. Die Vorschrift des L.R.G. 931,

wornach jede Urkunde über eine Schenkung unter Lebenden von Staatschreibern in der gewöhnlichen Form der Verträge gefertigt werden soll, findet auch bei remuneratorischen Schenkungen statt. XIV. 97.

Schenkungen an Mittelspersonen im Sinne des §. 1099 und 1100 sind nicht im Ganzen ungültig, sondern nur in soweit, als sie den nach §. 1094 od. 1098 verfügbaren Theil übersteigen. XIII. 475. Ein Ehegatte kann dem andern, auch wenn er nur ein Kind hinterläßt, nach §. 1094 nicht mehr vermachen, als $\frac{1}{4}$ zu Eigenthum und weiteres $\frac{1}{4}$ zur Nutznießung. XIII. 475.

— verkleidete, in der Form eines lästigen Vertrags sind nicht unbedingt ungültig, sie sind dies nach L.R.G. 911 nur für einen unfähigen Schenknehmer. X. 17.

— Die Anfechtungsklage der Gläubiger wegen Gefährde erfordert den Beweis des Schadens und der Hinterlistigkeit. VIII. 429., sie verjährt in einem Jahr. VIII. 429.

— Die Klage auf Vernichtung oder Umstößung einer Schenkung unter Lebenden wegen Nichtbeobachtung der gesetzlichen Förmlichkeiten geht durch den von dem Geschenkgeber geschehenen Vollzug der Schenkung nicht verloren. XIII. 585.

— Ueber die Unwiderruflichkeit oder Widerruflichkeit von Schenkungen, die in einem Ehevertrage, zum Vortheile Dritter, oder von Eheleuten während der Ehe einander gemacht worden sind. XIV. 189.

— Der Widerruf einer solchen wegen nicht erfüllter Auflagen bedarf so wenig als die Vertragsauflösungsklage wegen nicht erfüllter Bedingungen einer Setzung in Verzug. L.R.G. 953 u. 1184. XVI. 226.

— Die Klage auf Widerruf derselben geht activ auf die Erben über. VI. 66. Wegen Undanks weder activ, noch passiv. VI. 246. 248. S. auch Erblehn, Kriegspflicht, Nutznießer, Pödnalklagen, Minderungsklage, Einwerfung.

Schenkwrirthe, pariser, können nur durch Gewohnheitsrecht jede Klage wegen Weins und anderer, an Privatpersonen im Orte verkaufter Sachen untersagt. V. 343.

Schiedsgerichte, ob das im Anh.-S. 51 für Streitigkeiten zwischen Handelsgesellschaftern, auch bei Theilhabern an den im Anh.-S. 47 bezeichneten Verbindungen zu einzelnen Handelsunternehmungen einzutreten habe? XV. 311.

— finden auf freiwillig constituirte Schiedsgerichte die Grundsätze über Prorogation in Ansehung von Personen, welche zu der Bestellung des Schiedsgerichts nicht mitgewirkt haben, Anwendung? Finden sie Anwendung auf die Zwangsschiedsgerichte des Anhangsatzes 51? XVI. 9.

Schiedsrichter entscheiden nach Anh.-S. 51 in allen Streitigkeiten zwischen Handelsgesellschaftern, sie mögen während der Dauer, oder erst nach der Trennung der Gesellschaft entstehen. III. 146., bei un-

förmlichen Handelsgeschäften. XVII. 193. Appellation bei Ablehnung derselben. XVII. 301. Appellation gegen ihren Ausspruch. XI. 199. S. auch Handelsgesellschaften.

Schiedsrichterliches Verfahren. XV. 596.

Schiedspruch. XV. 283. Nichtigkeit eines solchen. XVI. 115. Appellation. XI. 199. S. auch Cassation, Compromiß.

Schiedsvertrag, Auslegung einer die schiedsrichterliche Entscheidung von Gesellschaftsstreitigkeiten festsetzenden Vertragsbestimmung mit dem Beisatz: mit der Entscheidung der Schiedsrichter müssen sodann die Gesellschafter sich begnügen — als Verzicht auf Appellation. Der vertragsmäßige Verzicht auf die Appellation gegen ein schiedsrichterliches Urtheil wirkt nur, wenn das Schiedsgericht nach den Bestimmungen des Vertrags gebildet worden ist. Die Einlassung auf die Verhandlung vor einem vertragswidrig gebildeten Schiedsgericht kann wohl eine Prorogation auf dieses Gericht begründen, nicht aber auch die Inappellabilität zur Folge haben, welche etwa hinsichtlich des vertragsmäßigen Schiedsgerichts verabredet ist. XIV. 599.

— Auf die Berufung gegen schiedsrichterliche Urtheile, welche in Angelegenheiten einer Handelsgesellschaft ergangen sind (Anh. S. 52.), kann nicht nur ausdrücklich, sondern auch stillschweigend verzichtet werden. XIV. 165.

— Muß eine Privaturkunde über einen Schiedsvertrag den Erfordernissen des L.R. S. 1325 entsprechen? XIII. 75.

Schiffleute, deren Haftbarkeit für anvertraute Waaren. XVI. 513. S. Haftbarkeit.

Schläge, s. Geständniß.

Schlußverhöre, dem Ermessen des Untersuchungsrichters bleibt es überlassen, ob er dem Angeeschuldigten alle seine Aussagen vor Urkundspersonen wieder vorlesen, und sie von ihm genehmigen lassen, oder ob er denselben über kurze, seine wesentlichsten Geständnisse und Aussagen enthaltende Fragen nochmals vernehmen, oder beiderlei Arten mit einander verbinden wolle. V. 381. Jedenfalls aber ist dessen specielle Befragung über die Genehmigung seiner Aussagen, über seine Behandlung im Gefängnisse und in den früheren Verhören nothwendig. V. 381.

— Zum Schlußverhör genügt es, wenn entweder dem Inquisiten die früheren Protokolle vorgelesen, und von ihm ratificirt, oder wenn ihm vor Urkundspersonen kurze Fragen vorgelegt werden. II. 301.

Schwähung, s. Injurie, Richtercollegium.

Schriftenthum an ungedruckten Schriften steht dem Schriftsteller unbeschränkt zu. VI. 125. 126. 127. 128. Geht daher auch in geeigneten Fällen, worunter alle Arten von Eigenthums-Abtretungen, also auch Beerbungen zu verstehen sind, auf Andere über, sowohl was die Handschrift, als was den Inhalt angeht. VI. 125. 126. 127. Es wird durch Abschriften und deren Vervielfältigung nicht geschmälert. VI. 125. 126. 127. In die Kategorie solcher Abschriften gehören

- Kollegienhefte, welche ein Professor zur Ersparung des Tüchtens und Schreibens gegen Ersatz der Druckkosten bogenweise abdrucken ließ. VI. 125. 126. 127. 128. Entgegenstehende Rechtsansicht. VI. 121. 122. 123. 124. An gedruckten, in den Buchhandel gekommenen Schriften erlischt es, was den Inhalt betrifft, mit dem Tode des Eigenthümers, der sie in Verlag gab. VI. 125. 126. 127. 128. Hier wird zwischen dem Eigenthum des Inhalts und dem der Handschrift distinguished. VI. 125. 126. 127. Nimmt man die Rechtsdichtung an, daß jeder Abdruck der Gedanken auch für einen Vertreter der Persönlichkeit des Verfassers gelte, so müßte er mit dem Tode des letztern auch an ungedruckten Schriften erlöschen. VI. 127.
- Schrift-eigenthum, dessen Verletzung und Entschädigungs-klage deshalb. XVII. 166.
- Schriftsteller, Grenzen der schriftstellerischen Freiheit in der Beurtheilung bestehender Gesetze und Staatsverordnungen, Regierungsmaßregeln und Diensthandlungen der Staatsbeamten. XVI. 263.
- Schriftverfasser, s. Advokaten.
- Schriftverfassungsrecht steht den Auditoren nicht mehr zu. XIV. 15.
- Schriftvergleichung zur Untersuchung der Echtheit einer Handschrift, ist im Badischen in Ermangelung einer bestimmten Proceßordnung nach gemeinem Proceßrechte vorzunehmen. II. 63., s. auch Expertise. — Ob sie auch vom Richter selbst vorgenommen werden könne. II. 63. 67. 68.
- Neu aufgefundenene Vergleichungsschriften sind nicht geeignet, das Gesuch um nochmalige Vornahme einer Schriftvergleichung zu begründen. XVIII. 600., s. auch Urkundenbeweis.
- deren Resultat bloß auf ein Nichtglauben der Experten, daß die ihnen vorgelegten Unterschriften von einer und derselben Hand herühren, hinausläuft, begründet keinen Verdacht einer Verfälschung der Urkunden, sondern bloß Beweislosigkeit derselben. IV. 332. Als ein Gegenbeweis kann dieser Ausspruch der Experten nicht angesehen werden. IV. 332. S. auch Experte.
- Schuld. Ist eine Schuld nicht verfallen, oder nicht eingeklagt, so kann die Anerkennung derselben oder der dafür sprechenden Urkunde kein richterliches Pfandrecht (§. 2123) begründen, wenn gleich die Anerkennung schriftlich geschah und der Schuldner zu diesem Behufe auf Antrag des Gläubigers vor Gericht geladen wurde. XV. 17. S. Bürgermeisteramt, Collationspflicht, Kriegspflicht, Strafe, Unterpfaud — richterliches.
- Schulden haften auf der Person des Schuldners, nicht auf dessen Vermögen, Vorzugs- und Unterpfaudrechte ausgenommen. VIII. 428.
- an den während der Ehe contrahierten, hat die in gesetzlicher Fährniß-gemeinschaft lebende Frau nach L.R.G. 1409 u. 1482 die Hälfte zu übernehmen. III. 77. — Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Schulden von dem Manne allein, oder gemeinschaftlich mit der Frau,

- contrahirt sind. IHL. 77. S. auch Ehesteuer, Erbschaft, Gütergemeinschaft.
- Schulden und Forderungen zwischen Erben und Rechtsfolgern sind theilbar und getheilt. II. 21. 23.
- dringende — nicht dringende, f. versio in rem.
 - eingestandene, f. Widerklage.
 - betagte — nicht betagte, f. versio in rem.
 - unverfallene, f. Sanitätsbruch.
 - des oberrheinischen Kreises, f. Kreisschulden.
- Schuldenabtheilung bei Mediatifikation der Standesherrn, f. Landesschulden.
- Schuldenliquidation, f. Contradictor.
- Schuldenstand, f. Zahlungsflüchtigkeit — leichtsinnigt.
- Schuldenstilgung, f. Adjudication.
- Schulderlassung ist keine Schenkung. IX. 201. 202. Der L.R.G. 960 findet bei einer Schulderlassung keine Anwendung. IX. 201. Durch freiwillige Zurückgabe der Schuldburkunde. L.R.G. 1382. XVI. 368. S. auch Rechtsurkunde.
- Schuldforderung, ob sie durch eine vom Schuldner seinem Gläubiger ausgestellte Anweisung erwiesen wird. S. Anweisung.
- Verjährung derselben, — ob der L.R.G. 2263 analogisch auf sie anwendbar sei. VII. 81. S. Verjährung.
- Schuldloserklärung, f. Straferkenntniß — absolut.
- Schuldner, Befugniß des Gläubigers, die Rechte seines Schuldners geltend zu machen. XVI. 220.
- dessen gleichzeitige Beflagung mit dem Bürgen. XVII. 348.
- Schuldotation, bildet ein zwischen Kirchengemeinde und dem Kirchenpatron über Kirchenvermögen geschlossener Vertrag, in welchem neben Anderem auch bestimmt wird, daß ein Theil dieses Vermögens für die Schule verwendet werden solle, eine privatrechtliche Schuldnotation im Sinne des §. 13 des Schulgesetzes v. 1835? XVIII. 73.
- Schuldscheine, welche nicht von der Hand des Ausstellers geschrieben sind, müssen den Beisatz: „gut“ oder „gutgeheißen“ u. (die Schuldsumme in Worten) neben der eigenhändigen Namensunterschrift des Ausstellers enthalten. V. 35. Der Mangel dieser Form hat gänzliche Nichtigkeit zur Folge. V. 35. 36. Sie können dann auch nicht als Anfang eines schriftlichen Beweises betrachtet werden. V. 35. 36. Ausgenommen von jener Form sind die der Handelsleute, Weingärtner, Tagelöhner u. Dienstboten. V. 34. 35. 36. Jedoch nur in ihren Gewerbs- und Lebens-Geschäften. V. 34. Gutsbesitzer sind unter der gesetzlichen Ausnahme nicht begriffen. V. 34. 35. Auch bezieht sich dieselbe nur auf den Aussteller, nicht auf den Empfänger. V. 35. S. auch Geldvorschuße, Gutsbesitzer, Viehhandel, Wechsel.
- Ob die von Landkuten ausgestellten Scheine gelten, wenn sie dieselben nicht selbst geschrieben, sondern nur unterschrieben haben, mit dem Beisatz gut oder gutgeheißen. II. 279., f. a. Cession, Sammtverbindlichkeit.

Schuldurkunden. 1. wer sich in der von einem Andern ausgestellten Schuldurkunde für die Schuld sammtverbindlich macht, hat den im §. 1326 vorgeschriebenen Beisatz: „gut für die (in Worten anzugebende) Summe“ — eben so eigenhändig zu machen, wie dies vom Hauptschuldner zu geschehen hat, wenn er die Urkunde nicht ganz selbst geschrieben hat. 2. Die im Abs. 2. des §. 1326 bestimmte Ausnahme bei Urkunden eines Handelsmannes, Gewerbsmannes u. findet auf die Frauen der Rechtskinder als solche keine Anwendung, sondern nur auf Frauen, welche selbst eine Handelschaft, ein Gewerbe u. treiben. 3. Die Schuldurkunde, welche ohne den im §. 1326 vorgeschriebenen Beisatz vom Schuldner nur unterschrieben ist, dient nach §. 1347 zum Anfange eines schriftl. Beweises, der den Zeugenbeweis zulässig macht, oder Auserlegung eines Notheiße begründet. XV. 597.

- **causa debendi** muß in solcher ausgedrückt sein. I. 77—79.
- welche keinen Gläubiger benennt, kann nicht als gültige Verurkundung eines Darlehens angesehen werden. VII. 218.
- Gehalt, das Kapital nur gegen Rückempfang der Schuldurkunde abzutragen. XIX. 381.
- deren Besitz gewährt noch kein Forderungsericht. VIII. 17.
- der Besitz derselben gilt als Vermuthungsgrund der freiwilligen Zurückgabe. VII. 88. Besitz in der Hand des Schuldners ist ein Vermuthungsgrund der Zahlung. Anfang eines Urkundenbeweises. XIX. 363. Der Gläubiger der die Urschrift einer Rechtsurkunde, welche bloß Privatunterschrift führt, freiwillig dem Schuldner zurückgibt, befreit ihn damit von der bisher gehabten Verbindlichkeit. VII. 88. 89. 92. Auf den Grund der Befreiung kommt nichts an; die so bewirkte Tilgung der Schuld begreift sowohl Zahlung als Erlassung in sich. VII. 88. 92. Gegen die gesetzliche Vermuthung, welche aus der freiwilligen Rückgabe einer Privaturkunde entsteht, ist kein Gegenbeweis zulässig, wohl aber bei der Rückgabe einer öffentlichen Urkunde. VII. 92. 218. Entg. Ansicht. VII. 89. 218., was unter der freiwilligen Rückgabe einer Schuldurkunde zu verstehen sei. VII. 87. 88. 94.
- deren Entwendung durch den Schuldner, ob Diebstahl oder Betrug. XI. 149.

Schulgebäude. Kompetenzfrage, die Ausgleichung zwischen mehreren zu einer Schulgemeinde verbunden gewesenen und dann getrennten politischen Gemeinden, rücksichtlich ihrer Ansprüche an die bisher gemeinschaftlichen Schulgebäude. XV. 427. S. auch Baupflicht.

Schupflehen. I. 276.

- In dem nach §. 4 des Gesetzes vom 15. Nov. 1833 eintretenden Falle einer zur Ausnützung des Pachtwertes vorzunehmenden Abschätzung ist der Betrag anzunehmen, welchen der Oberrententhümer durch eine Zeitverpachtung der einzelnen Grundstücke erzielen könnte, oder jener Betrag, der bei einer Verpachtung des ganzen Gutes an einen Pächter zu erzielen wäre? XV. 179.

Schupflehenmann auf einen Leib, ist unterschieden vom Mugnie-

fer und einem Schupflehensmann auf mehrere Leiber. VII. 65. Der einkleibige Schupflehensmann ist nicht verbunden, dem Schupflehensherrs die von demselben wegen des Lebens bezahlten Steuern zu vergüten. VII. 69. 70. Widerspruch hierüber in dem L.R.G. 1831 a. c. und dem §. 14 der Steuerordnung von 1810, letztere derogirt den L.R.G. VII. 70. Entg. Ansicht. VII. 69.

Schusswaffen, wenn deren Gebrauch die Absicht zu tödten oder zu verwunden präsumiren lasse. XIII. 591.

Schutzbürgerrecht wird von demjenigen erlassen, der in einer Gemeinde 10 Jahre als Einwohner, nicht als bloßer Schutzensosse gehandelt wurde. IV. 50. S. auch Schutzensosse.

Schutzzeld, s. Gewerbesteuer.

Schutzensossen haben das Recht des Aufenthalts im Lande, das Recht die Staatsanstalten, welche nicht auf gewisse Gattungen von Personen beschränkt sind, zu benutzen, das Recht fahrende Habe zu erwerben u. IV. 204.

Schwägerchaft ist eine Verwandtschaft, die durch Anheirathung entsteht. IV. 19. Nach römischem Rechte hört sie auf, wenn die Ehe durch den Tod eines der Ehegatten aufgelöst wird. IV. 10, 11, 12, 13, 20. Nach französl. Rechte dauert sie nach Auflösung der Ehe noch fort. IV. 10, 11, 12, 13, 19, 20. In demjenigen Grade, in welchem jemand mit einem andern verwandt ist, ist er auch mit der Person, die dieser heirathet, verschwägert. IV. 11. Hat keine Grade, weil diese nur durch Zeugung entstehen. S. a. Eheverbot zwischen Verschwägerten, Testamentzeugen.

Schwangerschaft, verheimlichte Schwangerschaft und Niederkunft. XVI. 474. S. auch Kindesmord.

Schwängerung, außereheliche, s. Abtreibung, Mord, Vaterschaft.

Schwängerungsachen, sind summarischer Natur. VI. 156. S. auch Alimentensachen.

Schwängerungs- und Paternitätsachen, bei ihnen findet in der Regel kein 3. Rechtszug statt. V. 202. 203. Wohl aber, wenn auf Rückersatz der von einer dritten Person eine Reihe von Jahren hindurch vorgeschossenen Alimente geklagt wird. V. 202. 203.

Schwärmerei, religiöse und politische, s. Zurechnungsfähigkeit.

Schwertstrafe, s. Tödtung.

Scribenten, nicht recipirte, können ein Protokoll gültig aufnehmen, wenn sie dazu besonders verpflichtet wurden. II. 262.

Section, als Erforschungsmittel des objectiven Thatbestands der Tödtung, s. Tödtung.

Seelenzustand, Gutachten der Aerzte. XIII. 270., s. Gutachten.

Seitenverwandte, bis zum 4. Grade einschließlic, sind nach L.R.G. 909 in dem Falle, wo sie den Erblasser in seiner letzten Krankheit behandelten, dieser aber keine Erben in gerader Linie hinterließ, berechtigt, durch Erbverfügungen etwas von demselben zu empfangen. III. 73., s. a. Testament, Erbberichtigte, Erbrecht, Nutznießung.

Selbstmord durch Erdroffeln ist nicht anzunehmen, wo sich besondere Verletzungen, die auf angewendete fremde Gewalt schließen lassen, vorfinden. VI. 357. Vielweniger aber, wenn sich noch andere deutliche Spuren eines von dem Entseelten geleisteten Widerstandes zeigen. VI. 357.

Selbstschuldner, s. Bürge.

Selbstverstümmelung, derselben kann der Conscriptirte schuldig erkannt werden, der von Andern verwundet worden zu sein behauptet, aber nicht nachgewiesen hat, wenn er wirklich wegen der fraglichen Körperbeschädigung vom Kriegsdienste frei geworden ist. V. 180. 181. 182. Er hat die Vermuthung so lange gegen sich, bis er die durch einen Andern erlittene Verwundung beweist. V. 181. 182. S. auch Indicien, Zeigefinger.

Selbstzähler, s. Bürge.

Senate, Verhältniß derselben zum Pleno. VIII. 350: Bei Aburtheilung einzelner Rechtsfälle kann ihre Stelle nicht das Plenum vertreten. VIII. 349.

Senatsbehörden; oder einzelne Staatsdiener können nicht vor den ordentlichen Gerichten belangt werden wegen Amtsverrichtungen, welche Ausflüsse des öffentlichen Rechts sind, sondern sind dafür der höhern Administrationsbehörde verantwortlich. VI. 182. Hat diese gegen sie entschieden, so fallen die privatrechtlichen Punkte, über die etwa zu leistende Entschädigung, die Größe des Schadens u. s. w., dem Richteramte anheim. VI. 182. 183. S. auch Polizeigewalt, Schauspieler, Staatsrecht, Theater-Intendanz.

Separatio liquidi. VII. 147., von mehreren in derselben Klage enthaltenen Forderungen können im Fortgang des Processus die liquiden von den illiquiden zum Zweck des Urtheilsvollzugs getrennt werden. VII. 147. Lique oder für liquid geltende Forderungen können nach dem inländischen Proceßrecht in separato eingeklagt werden. VII. 147. Nicht entgegen steht L.R.G. 1346; ergeht nur auf den Fall, wo durch Trennung der verschiedenen Forderungen dem Zeugenbeweis Eingang verschafft werden soll. VII. 147. 148.

Separationsrecht im Concurs, kann derjenige ansprechen, dem ein Gemeinschuldner vor Ausbruch seiner Gant auf rechtsgültige Weise Sachen oder Forderungen veräußerte. III. 157. S. auch Anweisungen der Staatsdiener.

Sequester, der verhängte Gütersequester entzieht dem Gemeinschuldner nicht die Befugniß, über seine Fahrniß nach Willkür zu disponiren, so lange nicht das Ganterkennniß ergangen ist. VII. 170., — begründet ipso facto das Recht auf eine Competenz. VII. 169. 170.

Servitus aperiendi fenestram in proprio pariete, findet da Statt, wo es durch Gewohnheit oder statutarisches Recht verboten ist, in der eigenen Mauer Fenster zu haben, die in des Nachbars Eigenthum gehen. IV. 179. Gehört zu den affirmativen, offenen Dienstbarkeiten. IV. 183.

Servitus luminum setzt voraus, daß sich die Fenster in der Wand des Nachbars oder doch in einer gemeinschaftlichen befinden. IV. 179.

Sie dürfen nicht durch Entziehung alles Lichtes ganz unnütz gemacht werden, eine Schmälerung des Lichts aber kann statt finden. IV. 181. Daß die *servitus ne luminibus officiatur* aus ihr folgt, läßt sich also nicht unbedingt behaupten. IV. 181. Viele verwechseln sie auch mit der *servitus fenestrarum*. IV. 179. Wenn eine Störung unter der Herrschaft des R. L. R. vorging, so sind die Sätze 696 u. 701 anzuwenden. IV. 181. Wer einen neuen Bau auführt, muß von den Fenstern des Andern 6' entfernt bleiben: IV. 181. 185. S. auch Fensterrecht und *servitus ne lum. off.*

Servitus luminum und ne luminibus officiatur. Unterschied zwischen beiden. II. 267.

Servitus ne luminibus officiatur wird von dem Beklagten excipiendo in Anspruch genommen, wenn er nicht nur das gänzliche Verbauen des Fensterlichts, sondern auch jede Minderung desselben bestreitet. IV. 183. Sie gehört zu den negativen, verborgenen, jedoch selbstständigen Dienstbarkeiten. IV. 183. Sie faßt folgerweise die *servitus non altius tollendi* in sich. IV. 183. Kann allein durch Vergünstigung erworben werden. IV. 183. Selbst unvordenklicher Besitz reicht zu ihrer Erwerbung nur da hin, wo die Verjährung schon vor Einführung des R. L. R. erworben war. IV. 183. Zum Quasibesitz derselben wird Mancipation erfordert. S. auch Dienstbarkeiten, *servit. non altius toll.*

Servitus non altius tollendi wird durch den bloßen Besitz von Fenstern nicht begründet. IV. 183. S. auch *serv. ne lumin. off.*

Servitus promiscua seu communis, in die Kategorie einer solchen gehört die bei einem, theils aus Gebäuden, theils aus Aedern u. Wiesen bestehenden Lehen — constituirte Dienstbarkeit. II. 231.

Servitute, Analogie von der Verjährung der Servitute auf die der Realasten findet nicht statt. II. 276.

— Besitzklage bei unständigen Dienstbarkeiten. VIII. 391. Berechnung der Appellationssumme. VIII. 12. S. auch Dienstbarkeiten.

Sicherheit, öffentliche; s. Polizeigewalt.

Sicherheitsleistung, die Eltern sind von dieser Pflicht des Nutznießers befreit. VIII. 44.

— wenn der Schuldner die versprochene Sicherheit nicht leistet, so kann er auch die ihm bewilligte Zahlungsfrist nicht beanspruchen. XV. 17.

Sicherheitsmaßregel, staatspolizeiliche, s. Detention.

Sicherheitsverhaft, im Arbeitshause. X. 222.

Siegel, kann nur die Unterschrift bestätigen, nicht ihren Mangel ersetzen. VI. 77.

Siegelmäßigkeit, besteht in dem Rechte, das Wappen mit einem offenen Helme zu zieren. V. 235., s. auch Abel.

Siegelverletzung, ein specieller Verdacht derselben wird gegen Erben dadurch nicht begründet, daß sie im väterlichen Hause gewohnt, und des Vaters Geschäfte besorgt haben. II. 10., s. auch Manifestationseid.

Simulation kann gegenüber einer ihrer äußern Beschaffenheit nach

- vollbeweisenden Urkunde nur durch Urkunden bewiesen werden, f. Urkundenbeweis. XVI. 556.
- Sociétaire** ist gleichbedeutend mit *associé*. II. 165.
- Societas**, f. Gesellschaft.
- Socii**, f. Handelsgesellschaften.
- Sondervermögen**, eheweibliches, hinsichtlich desselben erscheint die Frau als Gesellschafterin. V. 200.
- Sonnambulismus**, f. Geständniß.
- Souveränität**, Rechte, welche unter derselben begriffen sind. I. 121.
- Sparbüchse** Gelder, f. Nutzung.
- Expeditionsgut**, ist nach §. 23 u. 43 der Zollordn. solches, das an einen inländischen Expéditeur declarirt und bestimmt ist, bei demselben niedergelegt und dann weiter versendet zu werden. III. 191. — Dabin sind Güter, welche, wenn sie gleich an einen inländischen Expéditeur adressirt sind, nicht umgeladen werden, nicht zu rechnen. III. 191. Daraus bezieht sich die Verordnung vom 8. Mai 1824. III. 192. Der Grund, warum der von solchem zu zahlende Zoll geringer ist, scheint in der beabsichtigten Begünstigung der ganzen Einwohnerchaft eines Expeditionsortes, welche von dem Umpacken und Lagern Vortheil hat, zu liegen. III. 192.
- Speisewirth**, f. Verjähmung — kurze.
- Sperre** Befehl, f. Zahlungssperre, Zettel auf Inhaber.
- Sperrschein**. XV. 168., f. Unterpfandsrecht.
- Spieleschuld**, kann nicht eingeklagt werden. II. 66., ist weder nach älterem noch jetzigem Recht einlagbar. VII. 54. 55. 56. S. auch *Hazardspiel*.
- Spielevertrag**, Begriff und Unklagbarkeit desselben. VIII. 472., sind sogenannte Zeiterkäufe Spielverträge oder wirkliche Käufe? XII. 125.
- Spitalvorsteher**, f. Todtenschein.
- Staatsanwalt**, dessen Vollmacht bei Injurien gegen öffentliche Stellen. VIII. 81.
- Staatsbürgerrecht**. Erwerb desselben durch zehnjährigen Aufenthalt im Lande. IX. 289. Besondere Erfordernisse hiebei. IX. 289. S. auch *Einsassenrecht*.
- Staatsdiener**, erhalten nach §. 59 des Reichsdep.-Schlusses fortbin zwar ihren ganzen Gehalt, müssen sich jedoch nach Gutdünken des neuen Landesherrn auch an einem andern Orte und in andern Dienstverhältnissen anstellen lassen. III. 62. — Die in einer verbotenen Gesellschaft, namentlich der Freimaurer, betroffen werden, sollen nach der Verordnung v. 16. Febr. 1813 zur gesetzlichen Strafe gezogen werden. III. 212. S. auch *Anweisungen der Staatsdiener*.
- Ihre Patente sind zur höchsten Unterschrift vorzulegen. V. 375. In den ersten 5 Jahren ihrer Anstellung sollen tabellarische Berichte über ihre Fähigkeit, Fleiß und Sittlichkeit zum Staatsministerium erstattet werden. V. 375. Können nur vom Staatsministerium unter den in der Dienerspragmatik vorgeschriebenen Bedingungen und Formen

entlassen werden. V. 7. 14. 15. Bei Dienstvergehen und unwürdigen Handlungen, welche sich nicht zu einer strengrechtlichen Untersuchung eignen, findet ihre Entlassung erst nach vergebens angewendeten fünf Besserungsgraden statt. V. 7. 16. Ob auch bei Dienstvergehen, die sich zu einer strengrechtlichen Untersuchung eignen, die Besserungsversuche der Entlassung vorausgehen müssen, ist controvers. V. 7. 15. 16. 19. 20. 21. Ebenso, ob bei derartigen Dienstvergehen die Entlassung als Surrogat der gesetzlichen Strafe angesehen werden sollte. V. 15. 17. 18. 19. In die Kategorie solcher, zu einer strengrechtlichen Untersuchung sich eignenden Dienstvergehen gehören: Prävarikation, Concussion, Rechtsfeilschaft, wiederholte Geschenkannahme, Kechnersuntreue, qualifizierte Unterschlagung anvertrauter Habe oder öffentlicher Gelder. V. 21. Also auch die Unterschlagung von Depositen. V. 7. 15. 20. 21. Bei Verbrechen, die auf ihr Dienstverhältniß keinen Bezug, aber eine peinliche Strafe zur Folge haben, sollen die Acten mit projectirtem Urtheile, vor dessen Eröffnung, an die oberste Staatsbehörde eingesendet werden. V. 17. Sonst hatten beide, den Dienstvertrag mit einander eingehende Theile die wechselseitige Befugniß vierteljähriger Aufkündigung. V. 6. 14. Der richterlich erkannten Strafe konnte sonst die Administrationsbehörde die Entlassung substituiren. V. 8. 15. Die bei den geringern Graden der Dienstuntreue angeordnete Dienstentsetzung versteht sich bei den schwereren Graden von selbst. V. 7. 17. Wo sie in einem Urtheile nicht ausgedrückt ist, kann sie nicht als stillschweigend darin enthalten, angesehen werden. V. 7. 17. Der Recurs eines solchen gegen das ihn seines Dienstes entsetzende Urtheil ist jedesmal seiner Dienstbehörde, und namentlich dem großh. Finanzministerium anzuzeigen. V. 376. S. auch Staatsdienerrecht, Anschuldungsrecurs, Sterbquartal.

Staatsdiener. Er steht mit dem Staate in einem Dienstvertrag. VII. 283., — hat daher das Recht auf das ungeschmälerete Verbleiben seines Dienst Einkommens, selbst wenn seine Geschäfte verringert werden. VIII. 284. — Der Staat kann alle jene Dienstleistungen verlangen, welche dessen Kenntnissen angemessen sind. VIII. 284.

— verpflichten durch ihre Handlungen innerhalb ihres Geschäftskreises den großh. Fiskus nach den landrechtlichen Grundsätzen über Bevollmächtigung. X. 152. 176. — Verschiedene Ansichten darüber, wie weit sich ihr Credit erstreckt, ob nur auf die großh. Staatskasse unmittelfar, oder ob sie durch Anleihen bei Dritten die großh. Staatskasse mittelbar belassen können. X. 153.

— Ueber die gerichtliche Untersuchung gegen einen Staatsdiener wegen Dienstvergehen. XIII. 125.

— ob Ortsvorgesezte Staatsdiener sind. I. 269. S. auch Anstellungsvertrag, Dienstentsetzung, Dienstunwürdigkeits-Erklärung.

Staatsdiener-Edict, findet auch auf die schon vor dem Erscheinen desselben pensionirten Staatsdiener Anwendung. Der §. 17 dieses Edicts über die Entlassung der Staatsdiener wegen Verbrechen kommt

- ... auch zur Anwendung, wenn der Staatsdiener zur Zeit, da er das Verbrechen beging, schon pensionirt war. Der Umstand, daß der Staatsdiener in Bezug auf den Strafvollzug begnadigt wurde, hebt die Anwendbarkeit des §. 17. nicht auf. Die Pension, die ohne besondere Zusicherung bewilligt wurde, behält die Natur des Dienstverhältnisses, vermöge dessen sie bewilligt wurde, bei, sie ist also bei den Hofdienern, deren Dienste selbst auflösbar sind, stets widerruflich. Der Regent kann die Einkünfte seines Nachfolgers nicht belasten. XIV. 131.
- Staatsdiener-Edict. Beobachtung der über die Anwendung von Besserungsversuchen darin enthaltenen Vorschriften. XII. 19.
- gilt nur als Gesetz für die weltlichen Staatsdiener. V. 251., erzeugt also für die Diener der Grunds- und Standesherrn weder Rechte noch Verbindlichkeiten. V. 249. 251.
- Geistliche sind der Kirche, welche dieses Edict den Civildienern beilegt, nicht theilhaftig geworden. III. 143.
- Staatsdiener-Recht, statmäßiges, haben die jetzt noch bestehenden Consisten bei den mittlern und obern Stellen anzusprechen. V. 374.
- Auch die Verwalter des allgemeinen Arbeitshauses u. Leubstummens-Instituts. V. 375. Ob auch Verrechner der nicht auf einzelne Orte u. Bezirke sich beschränkenden Kirchenfonds, ist zur Zeit ungewiß. V. 375. Kreisförster sind nicht darunter zu zählen. V. 375. Dienerrrechte der niedern Forstbeamten vor u. nach 1819. XIX. 6., f. Tagsschreiber.
- Staatsgüter, Verkauf derselben, f. Verkauf.
- Staatshandlung, ihre Bedeutung und Wirkung. I. 116.
- Staatsministerial-Erlaß, der nicht in das Regierungsblatt eingetragen worden ist, erlangt keine Kraft. VI. 58.
- Staatsministerium ist die competente Behörde, welche einen Staatsdiener wegen Dienstvergehen vor Gericht stellt. V. 172. Ist aber das Verbrechen ein peinliches u. eingeständenes, so kann auch ein anderes Ministerium, ohne eine Entschließung des Staatsministeriums einzuholen, nach vorgängiger collegialischer Berathschlagsung solches beschließen. V. 172. S. auch Staatsdiener.
- Staatspapiere au porteur können als Faustpfand für einen Geldvorschuß auf einen trockenen Wechsel nur unter Beobachtung der Erfordernisse des L.R.G. 2074. gültig constituirrt werden. III. 286. 287. 288. — Zweifel dagegen. III. 288. S. auch Wechsel—trockene, und Handelsgeschäfte, Urkunden auf Inhaber.
- Handel auf Consensdifferenz ist klagbar u. keine Wette. VIII. 471.
- Zahlungen in solchen, f. Zahlungen.
- Staatsrecht begreift solche Verhältnisse und Handlungen in sich, mit welchen das Gesetz bestimmte Rechtswirkungen zwischen einzelnen Rechtssubjecten und dem Staate verbindet, und wo in dem Gesetze selbst seine Wirkungen in Beziehung auf den Staat festgestellt werden. VI. 182. Vergleichene Gegenstände eignen sich nicht zur richterlichen Competenz. VI. 182. S. auch Polizeigewalt, Schauspieler, Staatsbehörden, Theater-Innenbau.

Staatschreiber sind an die Stelle der ehemaligen Notarien getreten. VI. 170. Sind noch allgemein an die Notariatsordnung gebunden. VI. 170. Bei öffentlichen letzten Willen haben sie sich nach dem neuen E.R. zu richten. VI. 170. S. auch Amtsrvisor, Testamente — öffentliche, Unterpfand — bedungenes, Urkunden — öffentliche, Zeugen.

— Wo das Gesetz deren zwei verlangt, genügt der Amtsrvisor mit seinem Theilungscommissär nicht. VIII. 313. 315. f. Amtsrvisor und Theilungscommissär.

Staatschreibereirecht, ob: es dem Theilungscommissär kraft Gesetzes zusteht; verschiedene Meinungen. VII. 281. 282. 283.

Staatsverrechner, f. Rechnersuntreue, Straferkenntnisse.

Staatsvertrag mit Oesterreich wegen Urtheilsvollzug. XII. 16.

— von 1806 zwischen Baden und Württemberg enthält im Art. 8. die wechselseitige Verpflichtung, daß jeder Theil dem andern alle zu seinem Tode gehörigen Acten längstens nach einem halben Jahre überliefern solle. IV. 113. 121. Hatte man versäumt, sich, von diesem Rechte Gebrauch machend, die betreffenden Urkunden zu verschaffen, so ist der Fall in Beziehung auf vorgelegte gegentheilige Abschriften dem gleich zu achten, wenn die Originale verloren gegangen sind. IV. 121. S. auch Abschriften.

Staatschreiber, f. Amtcommissarien.

Städte haben keine Grundherrlichkeit mehr. XIV. 458.

— größere, f. Gewerbesteuerklasse.

Stammgut hat die Bestimmung, den Glanz und die Würde einer Familie zu erhalten. II. 296. 298.

— Der jeweilige Stammherr ist Eigenthümer und zu allen Eigenthümshandlungen befugt, so weit ihn die Gesetze nicht beschränken. VIII. 31. — Die Agnaten haben nur ein Successionsrecht. VIII. 31.

— ist verschieden von Fideicommissgut. VII. 46. Zweck des Stammguts. VII. 46. — Wird nach dem Tode des letzten des Mannstammes so angesehen und behandelt, als wäre es eine Erbschaft, die gerade nur 30 Jahre rückwärts eröffnet worden wäre, in welcher die vorhandenen Erben des letztverstorbenen Besitzers und die Abstammlinge einer Familientochter treten, deren erste Ausschließung nicht über 30 Jahre rückwärts von der Erbschaft an fällt. VII. 48. 49. Das Stammgut wird dadurch ein zur Verlassenschaft des letzten Besitzers gehöriges Allodium, das als eine Erbschaft behandelt werden soll, die 30 Jahre früher eröffnet wurde. VII. 49. Deshalb müssen die weiblichen Nachkommen, welche zur Erbschaft berufen sind, die noch unbezahlten und unverjährten Schulden der vorigen Stammerben bezahlen. VII. 49.

— Aufhebung der Veräußerung eines Stammgutsbestandtheils. XVI. 19. S. auch Kauf, Erbsehen, Erbfolge.

— Der Grundsatz, daß Niemand gezwungen werden kann, in Gausinschaft zu bleiben, ist bei Stamm- und andern untheilbaren Gütern

zwar nicht auf das Gut, wohl aber auf den Fruchtgenuß anwendbar
XIX. 220.

Stammgutsbesitzer, ist im Badischen nicht synonym mit Grundherr.
V. 235. S. auch Grundherrn.

Stammgutseligschaft, ob die Verschweigung derselben bei einem
Verkauf einem verborgenen Fehler gleich zu achten sei? IX. 473.

Stammgutsstatut, Familienverträge des höhern Adels müssen
öfentlich bekannt gemacht werden, wenn daraus gegen Dritte
Rechte oder Einwendungen begründet werden wollen. X. 190. ff.

Stammgutsvermögen. Soviel davon zum standesmäßigen Unter-
halte des Besitzers und seiner Familie erforderlich ist, kann im Falle
eines Concurfes desselben nicht in die Santmasse gezogen werden.
II. 299.

Standesherrn haben nach Auflösung der deutschen Reichsverfassung
nicht den ganzen Inbegriff der mit der Territorialhoheit verknüpften
Rechte gerettet. V. 251. Haben jedoch manche sehr bedeutende in dem
Umfang der Justiz-, Polizei- und Finanzgewalt begriffene Rechte,
sowohl durch die rheinische, als deutsche Bundesacte gesichert erhalten.
V. 251. S. auch Anstellungsvertrag, Diener — standesherrliche.

— gebören nach der deutschen Bundesacte zum hohen Adel. VII. 137.
Die ihnen zugestandenen Vorrechte hinsichtlich des Verhältnisses zu
sämmlichen Bundesstaaten dürfen ihnen von einem einzelnen Bun-
desstaat nicht entzogen werden, — jeder Bundesstaat muß ihnen z.B.
einen privilegierten Gerichtsstand zugestehen, worin sie ihren Aufent-
halt nehmen. VII. 137.

— Rechte derselben in Bezug auf Familienverträge nach §. 14 der
Bundesacte: a. unbedingte Aufrechterhaltung ihrer zur Zeit der Media-
tisation bereits zu Stande gekommenen und jetzt noch bestehenden
Familienverträge, so weit solche nach den Grundsätzen der frühern
deutschen Verfassung auf gültige Weise errichtet waren, sie mögen
nach eingetretener Mediatization die landesherrliche Bestätigung er-
halten haben, oder nicht. VII. 125. — b. die Befugniß, auch ferner-
hin über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügun-
gen zu treffen, jedoch mit der Beschränkung, daß diese dem Souverain
vorgelegt und bei den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kennt-
niß und Nachachtung gebracht werden sollen. VII. 123. Landesherr-
liche Verordnungen über den Vollzug des §. 14 der d. B.-A. sind nur
in soweit anwendbar, als sie nicht mit den Bestimmungen des §. 14
im Widerspruch stehen. VII. 125., s. Gesetz.

— Kann ein solcher auch Schulden, welche er persönlich und auf die
Revenüen seiner ganzen Herrschaft schuldet, mit Forderungen com-
pensiren, die er als Dienstherr einer einzelnen Rentkasse zu machen
hat. XV. 28.

— Die Frage ob die Bundesversammlung für eine Beschwerde compe-
tent sei, kann nur von ihr selbst, und nicht von den Landesgerichten
entschieden werden. XII. 167.

Standesherrn, auswärts wohnende, die von Babilischen Unterthanen gegen solche anzustellenden Realklagen sind bei dem betreffenden foro rei sitae anzubringen, die Personalklagen aber können bei jedem inländischen standesherrlichen Amte ange stellt werden. III. 120. 121. Ausländer haben die Personalklagen gegen dieselben vor den Gerichten desjenigen Souverains anzustellen, in dessen Staaten sie wohnen. III. 120.

— welche unter mehreren Bundesfürsten angefaßt sind, können nach Analogie der Verordnung vom 5. Mai 1813 mit liegenschaftlichen Klagen nur bei den Gerichten des Staats belangt werden, in dem sich die Realitäten befinden. III. 144. 145. Persönliche Klagen gegen sie kann der Kläger nach freier Wahl anbringen, wo er will. III. 145. Auf Familienverhältnisse Bezug habende persönliche Ansprüche gegen sie, gehören zur Competenz desjenigen Gerichts, wo sie zur Zeit der Klage-Erhebung ihren Wohnsitz haben. III. 145. Hiernach richtet sich auch die Reassumtion der bei den Reichsgerichten gegen solche anhängig gewesenenen Proceße. III. 145.

— Auslegung der §§. 61, 62, 69, 70, der landesherrlichen Declaration vom 12. Decbr. 1823 über die staatsrechtlichen Verhältnisse der Standesherrschaft Fürstenberg. XIV. 614., f. a. Landesschulden, Schaafweidberechtigung.

Standesherrschaft von der Lehen. Edict von 1830. VII. 131.

Standesklagen eines Ehegatten gegen den Andern ist rein persönlicher Natur, sie kann von den Erben nicht fortgesetzt werden, wenn gleich die Letztern bei Klagen wegen der aus der Ehe entspringenden Vermögensrechte auch die ehelichen Rechte ihres Erblassers begründen, und solche in soweit, als sie auf jene Vermögensrechte Einfluß haben, zur Entscheidung bringen können. XIV. 614.

Standeswahl eines Sohnes, elterliche Gewalt in dieser Beziehung. XI. 374.

Statute, f. Recht — statutarisches.

Steigschilling von Liegenschaften, f. Unterpfandsrecht — gesetzliches.

Stellkonat ist die gesetzliche Benennung für jeden Betrug, welcher im Gesetz nicht mit speciellem Namen belegt wurde. IV. 279. 280.

Hat mit der Fälschung die Merkmale gemein, daß die Entstellung der Wahrheit absichtlich und mit Rechtsverletzung eines andern geschehen sein muß. IV. 280. Wird von demjenigen begangen, der wirklich eine fremde Sache zum Verkauf hingibt, ohne dem Darleiber diese Eigenschaft des Pfandes anzuzeigen. IV. 280. Wer sich hierbei eines Unterhändlers bedient, bleibt dennoch der Urheber der That. IV. 280.

Sterbfall kann nicht als Grunddienstbarkeit angesehen werden. IX. 183. Einfluß dieses Grundsatzes auf die Berechnung der Oberappellationssumme. IX. 181. Als Ausfluß der Guts herrlichkeit, f. Schäfererecht.

— ist als ewige Last nach Analogie der Servituten zu beurtheilen.

- VIII. 11.** Berechnung der Appellationssumme. **VIII. 11.** Einfluß des Erkenntnisses über die Pflicht oder Nichtpflicht eines Gutes, auf den Complex derartiger Güter. **VII. 12.**
- Sterbort, Jahr, Tag und Stunde, s. Todtenschein.**
- Sterbquartal, ist kein fortwährender Nahrungsgehalt. V. 113.**
- 114, 115.** Kann als Surrogat des Wittwengehalts, bis dies die Sustentation der Relicten eines Staatsdieners sichert, angesehen werden. **V. 114.** S. auch Verjährung — 5jährige.
- Steuer ist keine auf dem Gut lastende Grundlast, so daß sie von jedem Besitzer des Gutes erhoben werden kann. IX. 102.** Steuern sind nur onera fructuum (Lasten des Ertrags.) Folgerungen aus diesem Grundsatz. **IX. 102.**
- Der Unterschied zwischen Steuerentrichtung und Steuerpflichtigkeit ist in den Gesetzen nicht gegründet. **VII. 68.** Entg. Meinung. **VII. 66, 68., oben.**
- Bauerngüter sind ihrer Natur nach den gemeinen Steuern und Bauernlasten, bestehend aus Grundzins und Frohnden, unterworfen. **IV. 80., s. auch Kreisdirectorien, Einkommensteuer, Vorzugsrecht.**
- Steuerfreiheit, Aufhebung derselben. I. 130—132.**
- Steuerpflicht, kann durch keinen Vertrag weder auf ein anderes Gut, noch auf eine andere Person übertragen werden. VII. 68., wem sie obliegt beim einseitigen Schupflehen, nach älterm und neuerm Rechte. VII. 67, 69, 70., s. Schupflehen.**
- Steuerqualität, wo diese bei einer bestrittenen Abgabe auch nur zweifelhaft ist, eignet sich die Sache nie zur richterlichen Cognition. II. 263.**
- Steuerfachen, ob diese ihr forum vor den Justiz- oder administrativen Stellen haben? I. 129. Note 1.**
- 1. Competenz der Administrativbehörden zu Instruirung von Steuerstreitigkeiten. XII. 311. S. auch Competenz.**
- Steuerstrassachen, Verfahren dabei. XI. 120.**
- Stifter, mittel- und unmittelbare, s. Reichsdep.-Schluf.**
- Stiftungen. 1)** Eine Stiftung kann, weil sie eine juristische Person, mithin selbst Rechtssubject ist, nicht Gegenstand des Eigenthums eines Dritten sein. **2)** Der Streit über die Berechtigung zum Genuß oder Mitgenuß gehört, insoferne der Anspruch nicht aus dem öffentlichen Rechte hergeleitet wird, vor die Gerichte, da den Verwaltungsbehörden zwar die Leitung der dem Zweck der Stiftung gemäßen Verwendung der Revenüen an die Berechtigten, nicht aber die Befugniß zur Entscheidung eines über die Berechtigung an sich entstehenden Streits zusteht. **3)** Die Behörden einer politischen Gemeinde können die Rechte der im Verband der letztern befindlichen Angehörigen einer Kirchspielgemeinde auf den Genuß oder Mitgenuß eines Stiftungsfonds verfolgen, sofern die Revenüen nach dem Zweck der Stiftung zu Bedürfnissen zu verwenden sind, welche bei dem Mangel der Stiftung die politische Gemeinde decken müßte. **XV. 588.**

Stiftungen, auch Jüdische, müssen immer nach den einzelnen Stiftungsgesetzen beurtheilt werden. IV. 232. Die muthmaßliche Absicht eines Stifter's, Proseliten von der Stiftung auszuschließen, bleibt daher unberücksichtigt, wenn das Stiftungsgesetz keinen Unterschied in der Religion macht. IV. 232. S. auch Juden.

— Sind die bürgerlichen Gerichte zuständig zur Entscheidung der Frage, ob das von Gr. Fiscus incamerirte Vermögen einer in Folge von Staatsacten an Baden gefallenen Stiftung, an welcher zugleich den Verwandten des Stifter's eventuelle Unterstützungsansprüche zustehen, auf Klage dieser von dem Staatsvermögen wieder getrennt, und in gesonderter Stiftungsverwaltung belassen werden muß? XVI. 531. Richterliche Entscheidung über Vergebung von Familienstiftungen. XIX. 112. S. auch Studienstiftungen.

— milde Stiftungen sind nach der oberhofgerichtlichen Praxis zwar von den herrschaftlichen Taxen allgemein frei, von andern aber, als Vortrags-, Registraturgebühren u. Succumbenzgeldern nur alsdann, wenn sie nicht hinlänglich fundirt sind und solches bescheinigen. VII. 241. 242.

Stimmengleichheit, wenn sie eingetreten, kann der Vorsitzende, in soferne seine Stimme schon unter den getheilten ist, das *rotum decisivum* nicht haben. VI. 314. Kann in den oberhofg. Senaten durch Vorbehalt der fünften Stimme stets vermieden werden. VI. 314. Im oberhofg. Plenum hat in Abwesenheit des Oberhofrichters der präsidente Kanzler oder Vicekanzler sogleich bei Vornahme einer jeden zum Erkenntniß dieses Tages kommenden Civil- und Criminalsache denjenigen Rath namentlich zu Protokoll bemerken zu lassen, dessen Stimme, soweit *paria* fallen würden, nur als *consultativ* behandelt werden soll, nämlich in der Regel die Stimme des jüngsten Raths, der nicht Referent oder Correferent in derselben Sache ist. VI. 314. 315.

Stipendien, s. Studienstiftungen.

Stipulatio de mutuo dando — de permutando, s. Verträge.

Strafe ist eine Rechtsverbindlichkeit, welche niemand treffen kann, als der den Staat beleidigt hat. V. 191. Die Verbindlichkeit, sie zu tragen, entspringt aus derselben Handlung, aus welcher die Verbindlichkeit die Untersuchungskosten zu tragen und Schadenersatz zu leisten entspringt. V. 192.

— Grenzlinie zwischen öffentlicher und Privatstrafe ist in dem römischen Recht nicht so genau gezogen. VI. 247. S. auch Landrecht.

— Die Grade der Unternehmung eines Verbrechens haben nur Einfluß auf das Strafmaas, nicht auf die Strafgattung. VIII. 229.

— da die Verurtheilung zu einer solchen die Gewißheit der Schuld voraussetzt, so folgt daraus, daß auch ein unvollständiger Entschuldigungsbeweis zum Vortheil des Angeeschuldigten wirkt, sobald derselbe bis zur Wahrscheinlichkeit gebracht ist. VI. 105. S. auch Diebstahl. — mehrfach qualificirter, Unschuldrecurs, Zahlungspflichtigkeit.

Strafs, ordentliche, erfordert immer den directen Beweis durch Eingeständniß oder vollgültige Zeugen. V. 175. 270. 271. S. auch Beweis — künstlicher, Indicien.

— welche gegen einen und denselben Inquisiten, obwohl wegen verschiedener ihm zur Last gelegter Verbrechen zu erkennen ist, kann nur von einem und demselben Gerichtshof erkannt werden. VII. 239., s. Kompetenz. Bestimmungen darüber sind im Zweifel einschränkend auszulegen. VII. 118.

— Verwandlung der peinlichen in bürgerliche Strafe. I. 319.

— Conventionalstrafen erfordern, wie andere Entschädigungsklagen, Verzugsetzung. XII. 307.

Strafanstalten, die Abführung der Inquisiten in dieselben, detentionis loco, ist ohne specielle Genehmigung des Justizministeriums nicht erlaubt. V. 382. Zur einstweiligen Erhebung der Strafe, wenn die endliche Verurtheilung überall keinen Zweifel unterliegt, können sie aus besondern erheblichen Gründen dahin gebracht werden. V. 382. In diesem Falle hat jedoch das Amt dem Inquisiten die hofgerichtliche Verfügung alsbald zu eröffnen, und erst nach drei Tagen, wenn von diesem kein Recurs dagegen ergriffen wird, sie zu vollziehen. V. 382.

Strafbestimmungen, außerordentliche, ob sie mit dem Geiste der babylonischen Gesetzgebung verträglich sind, wird bezweifelt. IV. 68.

Strafedict, kann auch auf eine von einem Inländer im Auslande verübte Thätung angewendet werden, wo nicht von der Strafe des Schwerts, sondern von einer willkürlich zu ermessenden temporären Strafs die Rede ist. III. 92.

Straferkenntniß, ein solches kann nicht auf die erlassenen s. g. provisorischen Verordnungen gebaut werden. VII. 188.

Straferkenntnisse, absolutorische, bedienen sich der einfachen Formel „verdachtlos“, wenn ein Beschuldigter die gegen ihn vorhandenen Verdachtsgründe vollständig zu beseitigen vermochte. V. 379., war die Untersuchung durch keinen hinreichenden Verdacht begründet, so ist sie als aufgehoben, zugleich aber der Beschuldigte selbst als verdachtlos zu erklären. V. 379. 380. Wenn die Handlung, weshalb eine Untersuchung vorgenommen wurde, nicht unter die gerichtlich strafwürdigen gehört, so ist sich der Formel zu bedienen: „es sei kein Grund zu Fällung eines Erkenntnisses vorhanden.“ V. 380. Wenn es nur wegen Mangel der Beweise des Thatbestands ungewiß ist, ob eine gerichtlich strafwürdige Handlung begangen wurde, und wenn keine Ergänzung der Untersuchung in dieser Beziehung angeordnet werden kann, ebenso, wenn der Urheber einer solchen Handlung sich nicht ausmitteln läßt, ist zu erkennen: „die Untersuchung habe einsehen auf sich zu beruhen.“ V. 380. Wenn zwar eine gerichtlich strafwürdige Handlung vorliegt, diese jedoch sich nicht zur obergerichtl. Verurtheilung eignet, ist auszusprechen: „es sei kein Grund zur Fällung eines obergerichtl. Erkenntnisses vorhanden.“ V. 380. Wenn aber dabei

zugleich der Fall einer Verweisung an die Polizeibehörde eintritt, so ist zugleich zu bemerken: „vielmehr die Aburtheilung dieser Sache dem Kreisdirectorium oder Amt, als dorthin geeignet, zu überlassen.“ V. 380. Wenn die Untersuchung wegen formeller Verbrechen nicht zu Recht stehen kann, ist sie als nichtig aufzuheben. V. 380. In den Fällen, wo auf Schuld-, Straf-, Klage- und Verdachtslos- resp. Nichtig-Erklärung erkannt wird, geschieht es in Urtheils-, sonst in Decret-Form. V. 380.

Straferkenntnisse. Die bei vielen derselben üblich gewesene Formel: „daß Inquisit bewandten Umständen nach mit der Strafe des Schwerts aus rechtlichen Milberungsgründen zu verschonen sei“ — ist vom Justizministerium für unpassend erklärt worden. III. 183.

— Gegen einen abwesenden Verbrecher wird die Strafe ausgesprochen, jedoch mit dem Anhange, daß der Vollzug der Strafe auf dessen Betreten vorzubehalten sei. VI. 193. 194. Wenn man, um die Strafe auszusprechen, die Rückkunft der Verbrecher abwarten wollte, so würden manche Inconvenienzen daraus entstehen. VI. 193. 194. In einem concreten Falle geschah die Urtheilsverkündigung nicht in den Landesblättern, sondern an den Defensor des abwesenden Inculpaten. VI. 194.

— ein solches, welches von dem Amt ergangen ist, kann vom dem Hofgericht wegen der Incompetenz des erstern nicht aufgehoben werden. VII. 307. Die Hofgerichte können solche von Amtswegen aufheben und selbst fällen, sofern erstere incompetent erlassen worden sind. XIII. 125.

— Haben die Hofgerichte das Recht und die Pflicht, Strafurtheile der Aemter, welche diese incompetent erlassen hatten, von Amtswegen aufzuheben und das Erkenntniß selbst zu geben? XV. 345.

— Hofgerichtliche, müssen dem Justizministerium zur Einsicht vorgelegt werden, wenn Hochverrath und Aufruhrstiftung, Fälschmünzen und übrige Münzverbrechen, ausgezeichnete Fälschung und Betrug, Untreue der Staats- und solcher Verrechnen, bei denen der Dienst kein bloßes Nebengeschäft ist, Prävarikation der Anwälte, Concussion und Rechtsfeilschaft, Nothzucht, Mordbrand, Raub, Todtschlag und Diebstahl mit Waffen in Frage ist. III. 220.

— oberhofgerichtliche, gegen sie findet kein weiteres Rechtsmittel mehr statt. VI. 192. S. auch Defensionen, Oberhofgericht, Rechtskraft.

Strafgesetz. ist das militärische oder bürgerliche anwendbar auf einen während der Untersuchung aus dem Militär ausgetretenen Verbrecher? X. 142.

Strafgesetzbuch. badische, nach ihr sind die von einem Inländer im Auslande verübten Verbrechen zu beurtheilen. IV. 137.

Strafgewalt der administrativen und gerichtlichen Behörde bei bürgerlichen oder polizeilichen Vergehen wird durch die Verordnung von 1813 (Reg.-Bl. S. 161.) geschieden. IV. 163.

- Strafloserklärung**, f. **Strafexemption** — absol.
- Strafmilderung**, kann der Recurs zur Gnade sowohl aus Gründen des Rechts als der Billigkeit bewirken III. 187.
- Setzungsgrundungsgrund**, f. **Milderungsgrund**.
- Strafsachen**. In Fällen, wo das Justizministerium nach dem Decret von 1809, Beil. F. §. 31. 1. die hofgerichtliche Entscheidung für zu milde hält, und deswegen dem Oberhofgerichte die Entscheidung überträgt, — erstreckt sich die oberhofgerichtliche Competenz nicht so weit, daß dieses auch die hofgerichtliche Strafe mildern kann, wenn sie ihm zu hart erscheint. III. 218. Strafschärfung erfolgt in diesem Falle nur dann sogleich, wenn das hofgerichtliche Urtheil viel zu milde erfunden wird. III. 219. — Wenn aber Inculpat seine Schuld nicht rein bekannt hat, sondern noch im Stande einer möglichen Unschuldssbehauptung ist, so wird vorher noch eine Defension angesetzt. III. 219. — Dann aber findet kein Unschuldsercurs mehr statt. III. 219. Vorschläge zu einer Beschränkung dieser Competenz. III. 220. 221. S. auch Recurs in Strafsachen und Cassation.
- Recurse in solchen, welche nach den zur Zeit des Constitutions-Edicts vom 6. Mai 1807 bestandenen gesetzlichen Bestimmungen an das Oberhofgericht gehören, sind vom Pleno zu entscheiden; die in geringern Strafsachen von einem der beiden Senate. II. 350.
- Recurs wegen völliger Unschuld in Strafsachen findet nach §. 21. des Straf-Edicts und §. 34. der Erläuterungen dazu, an das Oberhofgericht überall statt, wo ein Hofgericht wenigstens auf 8 Tage Gefängniß erkannt hat. III. 213. 243.
- Ob der Recurs bei einer Concurrency mehrerer Verbrechen stattfindet, wenn der Inculpat auch nur wegen eines derselben als schuldig befunden wird, ist controvers. III. 213—217. Geht nicht nach Ablauf des gesetzlichen Termins von 4 Wochen nach der Urtheilsverkündung absolut verloren, selbst wenn keine Fristerstreckung erwirkt worden ist. III. 180. 181.
- Verzicht auf den Recurs. XIII. 133.
- Beschwerdeführung in Strafsachen. XIV. 176. S. auch Cassation, Recurs.
- Straßendienstbarkeit**, f. **Beggerrechtigkeit**.
- Straßenraub**, versuchter, unterliegt einer willkürlichen Strafe. IV. 138.
- Eine Art desselben ist ein durch Lebensgefährliche Drohungen verübter Raub. IV. 137. Nach bayerischen Gesetzen steht darauf eine 16jährige Zuchthausstrafe. IV. 137., nach den mildern badischen Gesetzen nur 5jährige Zuchthausstrafe; 15jährige aber alsdann, wenn der Raub mit lebensgefährlichem Angriffe verbunden war. IV. 138.
- Streitgenossen**. Die Einrede mehrerer Streitgenossen findet nach neuem Proceßrecht nicht mehr statt. VIII. 30. Nach altem Proceßrecht ist sie auf untheilbare Sache beschränkt. VIII. 31. Sie ist bei Stammgütern, wegen Betheiligung der Agnaten, nicht statthaft. VIII. 32.

Streitgenossen. Die von einem Streitgenossen geführte Bestellung eines Anwalts gilt einstweilen auch für seine Genossen. P.D. §. 95 u. 98., und L.R.G. 1859. C. XI. 539.

Streitgenossenschaft. L. 262., bei Theilungsstagen. XVII. 140.

Streitiges Recht im Sinne des L.R.G. 1597. XIII. 346., im Sinne des Sages 1700. XIII. 500.

Streitobject, f. Remtor.

Streitpunkte, über die Identität derselben. XVII. 226.

Streitverkündung, wenn sie geschehen muß. XI. 217., in dritter Instanz. XII. 311. S. auch Litisdenunciation.

— Der Käufer, welcher durch eine Klage mit Entwährung der gekauften Sache bedroht, sein Recht auf Gewährleistung gegen den Verkäufer wahren will, ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, wie nach besonderer Vorschrift des L.R.G. 1640. verpflichtet, denselben zum Proceß beizuladen, ihm den Streit zu verkünden. Währung der Unterlassung. XV. 593.

— Die Vorschrift des P.D. §. 113., wonach derjenige, welcher vermöge civilrechtlicher Bestimmungen ein Recht darauf hat, daß ihm in Zeiten der Streit verkündet werde, in dem Fall der unterbliebenen Streitverkündung, mit dem Beweis gehört werden muß, daß Verteidigungs- oder Beweismittel vorhanden gewesen wären, welche zum Sieg Nachtheil verholten haben würden, ist keine Ausnahmsbestimmung zum Vortheil eines Dritten, sondern nur eine Bestätigung der civilrechtlichen Regel, daß ein Jeder die Folgen seiner Versehen selbst, und auch dann zu tragen hat, wenn der daraus für ihn erwachsene Schaden auch theilweise fremden Versehen zuzuschreiben ist. XIX. 92.

Streitwerth bei präparatorischen Klagen. XVI. 91.

Stückvermächtniß, wenn es den Pflichttheil verletzt, ist es nicht zu versteigern, sondern gerichtlich abzuschätzen. VIII. 293.

Studienstiftungen, Zuständigkeit der Gerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Berechtigung zum Genusse derselben. XVI. 387.

Stundungsverträge, f. Borg- und Nachlassvergleiche.

Stylus curiae, f. Erbhebenvertrag.

Submiffion zu den Acten, f. Revision.

Substitut, nicht in loco wohnende Obergerichtsadvokaten bedürfen eines solchen zu Einreichung ihrer Schriften nicht. VIII. 246. S. Fideiprocutor, Procurator.

Substitutio pupillaris, f. Aftererbeinsetzung.

Substitution in eo, quod supererit, ist keine verbotene Aftererbeinsetzung, sondern nur ein belastetes Vermächtniß, — ihr fehlt das eigentliche Kennzeichen einer Aftererbeinsetzung. VII. 74. 76., f. Aftererbeinsetzung, Nacherbbeinsetzung.

Substitution exollmacht, f. Anwälte.

Sucessio ex pacto et providentia majorum, f. Erbheben, Grund-Eigenthümer.

Successor singularis—**universalis**, f. *ayant cause*, Rechtsfolger.
Succumbenzgelder. I. 264.

— ist keine bloße Taxe, sondern eine wirkliche Strafe. IV. 294. Wird für verfallen erklärt, wenn eine Parthie zum dritten Male Unrecht bekömmt. IV. 293, II. 249. 250. Bei Armenparthien tritt an ihre Stelle ein nach der Streitsumme verhältnißmäßiges bürgerliches Gefängniß. IV. 293. Ueber die Zahl der Tage der im Unterliegungsfall zu erstehenden Einthürmung ist die Armenparthie durch das Hofgericht bei der Anmeldung der Oberappellation oder Revision dritter Instanz zu belehren. IV. 293. 294. S. auch Hofgericht.

Succumbenzgeld ist nicht als eigentliche Strafe, sondern als eine festgesetzte Taxe, unter deren Bedingung allein noch eine dritte Instanz gegen zwei conforme Erkenntnisse gegeben ist, zu betrachten. VII. 295, 296. Wenn in dem Verwerfungsdecret einer Klage nur Mangel der Förmlichkeiten ausgedrückt ist, so ist der Kläger, nach einer Rechtsbelehrung vom 5. April 1805, bei ergüßener Oberappellation nicht schuldig, Succumbenzgelder zu erlegen. VII. 136. Nach Einführung der neuen W.D.: In Fällen, wo das bestätigende zweitinstanzliche Erkenntniß vor dem ersten Mai 1832 publicirt worden ist und Succumbenzgelder hinterlegt sind, werden dieselben nicht nur nicht zurückgegeben, sondern auch, wo sie am ersten Mai noch nicht hinterlegt waren, jetzt noch angesetzt resp. deponirt, somit auch eintretenden Falls für verfallen erklärt. VII. 297. Mit dem Surrogat der Succumbenzgelder bei Armenparthien hat es dieselbe Bewandniß. VII. 297.

Suggestivfragen, dahin gehören die Fragen, wodurch dem Inquisiten ein Urtheil über den Zweck seiner Handlung in den Mund gelegt wird. IV. 153.

Superarbitrium über eine Expertise, wenn eine Parthie dasselbe verlangen kann. I. 268., der Sanitätscommission in schweren Criminalfällen. I. 316., tritt nicht ein, wenn das Physikat und der Medicinalreferent unter sich einig sind. VI. 82. S. auch Gutachten, Sanitätscommission.

Suspensiveffect der Appellation gegen die Abschlagung eines Einhaltsgesuchs. XI. 39.

Superrevision, in dieser Instanz sollen keine nova vorgebracht werden. I. 254.

— gegen ein nach dem 1. Mai 1832 publicirtes, obgleich schon früher gefälltes Urtheil des Oberhofgerichts findet nicht statt. VII. 293. ff.

Superrevisionssachen, f. *Artha*.

Surrogat einer Pfründe, f. *Pfründe*.

Sustentationsgelder, f. *Unterhaltsgelder*.

Sustentations-Verbindlichkeiten, f. *Reichsgerichte*.

Syndikatsklage, Erfordernisse zu deren Begründung. I. 49. 53.

Easeltitel, s. **Benedictiner**.

Tag, bürgerlicher, geht von Mitternacht zu Mitternacht. VI. 22.

— **natürlicher**, geht von Augenblick zu Augenblick. VI. 22.

Tagelöhner, s. **Schuldscheine**.

Tagsschreiber, sollen künftig bei den Ministerien und dem Oberhofgericht statt der Kanzlisten angestellt werden. V. 374. 375. Nur ausnahmsweise nicht bei dem Ministerium des Gr. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. V. 375. S. auch Staatsdienerrecht.

Tausch, s. *stipulatio de permutando*. Vertauschung von Gemeindegütern. XIV. 19., s. Gemeindegüter.

Täuschung, positive — negative, s. **Urkundenverfälschung**.

Taxen, **Sporeln**, **Stempel** und **Refaktionsgebühren** fließen aus der nämlichen Jurisdictionsource. VI. 312. Durch Ueberweisung in *partem salarii* ändert sich ihre Natur nicht. VI. 312.

Genießen daher in Santsachen das Privilegium der Hofabgaben.

S. auch **Kaufsteuern**, **Silfungen**.

Taxordnung, diese ist durch die neue Proceßordnung nicht aufgehoben. VIII. 443. S. auch **Advokaten**, **Anwälte**, **Artha**, **Procuratoren**.

— **Gebühren der Advokaten** für Affistenz bei mündlichen Vorträgen.

XII. 16. **Gebühren für Beschwerdeführungen**. XII. 17.

Tempus longum v. 10 resp. 20 Jahren, s. **Verjährung**.

— **longissimum** v. 30 Jahren, s. **ebendaselbst**.

Termin, **gefälliger**, existirt in Ermangelung einer Untergerichtsordnung bei dem Verfahren vor Amt nicht. V. 204.

Territorialhoheit, s. **Standesherrn**.

Territorien — **Geistliche**. Die Machtvollkommenheit ihrer Regenten bestimmt sich nach den Grundsätzen des römischen Rechts über die Inangewandtheit des Kirchenguts. X. 257.

Testament, **eigenhändiges**, die für dasselbe vorgeschriebenen Formlichkeiten sollen nur die Versicherung geben, daß es durchaus und allein von dem Erblasser ausgegangen sei. VI. 188. Die Ortsbestimmung wird nach badißchem Rechte aus dem Grunde erfordert, weil zur Untersuchung der Richtigkeit einer Urkunde, wenn darüber Streit entsteht, meistens der Ort, wo sie gefertigt sein soll, zur Erhebung der Beweise für und wider dieselbe die sicherste Spur gibt. VI. 188.

Es genügt jedoch auch an dem abgekürzten Ortsnamen, wenn das Testament in dem Orte seiner Errichtung aufbewahrt bleibt. VI. 188. Nur auf die gänzliche Nichtbeachtung dieses formellen Erfordernisses ist die Strafe der Nichtigkeit gesetzt, nicht auf den Mangel in der Art ihrer Beobachtung. VI. 188. Im letzteren Falle tritt das richterliche Ermessen ein, welches im Zweifel sich immer eher für Aufrechthaltung des Testaments entscheiden soll. VI. 188. Ebenso enthält das Gesetz auch über die Art, wie sich der Erblasser unterzeichnen soll, keine Be-

stimmung. VI. 188. In der Regel genügt es, wenn blos der Geschlechtsname, oder auch nur der Vorname, jedoch mit einem Zusage, welcher über die Identität der Person keinen Zweifel übrig läßt, unterzeichnet ist. VI. 188. Nach hier bleibt Alles dem Ermessen des Richters überlassen. VI. 188. S. auch Testamentszeuge.

Testament, eigenhändiges. Bezeichnung des Ortes darin. X. 274.

— dem ein unrichtiges Datum und eine unrichtige Jahreszahl beigelegt ist, ob es richtig ist? VII. 152. Note 1. Eine bestimmte Ansicht des Oberhofgerichts ist noch nicht ausgesprochen. Gründe für die Bejahung der Frage. VII. 152. 153. 154. Gründe für deren Verneinung. VII. 154.

— Richtigkeit, wenn der Haupterbe den Entwurf dazu geschrieben hat. I. 289.

— Beweis der Richtigkeit eines solchen. XII. 110. XV. 505. Zeugenbeweis über die Richtigkeit desselben. XIII. 601., s. auch Zeugenbeweis.

— Der Umstand, daß der eingesetzte Erbnehmer nach L.R.G. 1008 durch einen richterlichen Befehl in Besitz und Gewährung der Erbschaft eingesetzt ist, befreit ihn, wenn die gesetzlichen Erben die Erbschaft herausfordern, nicht von der nach §. 400 u. 434 der P.D. ihm obliegenden Pflicht, die von den gesetzlichen Erben bestrittene Richtigkeit des eigenhändigen Testaments zu beweisen. Der durch das Gutachten von Schreibverständigen, daß eine bestrittene Urkunde als echt zu erachten sei, nach §. 451 der P.D. geleistete theilweise Beweis kann, da über die Richtigkeit von Urkunden auch der Zeugenbeweis zulässig ist, nach L.R.G. 1353 auch durch richterliche Vermuthungen ergänzt werden, so daß es keines Notheides mehr bedarf. XIII. 472.

— geheimes, dessen Formlichkeiten nach L.R.G. 976. u. XII. 497., deren Versiegung. XVII. 253. Die Bestimmung des Abfasses 2 des L.R.G. 976 über geheime letzte Willen des Inhalts: „Alles obige soll ununterbrochen hinter einander ohne Zwischeneintritt anderer Rechtshandlungen geschehen“ — bezieht sich nicht mit auf den Eingang des §. 976 über die Art, wie der Erblasser das Testament selbst unterschreibt und versiegelt, sondern nur auf den Act, welcher vor dem Staatschreiber und den Zeugen vor sich geht. XIII. 468.

— gemeines, darauf allein sind die Vorschriften des L.R.G. 976 b. anwendbar. IV. 9.

— inofficiöses, ob die Annahme der Legate bei einem solchen auch nach dem neuen römischen Rechte als Anerkenntniß desselben anzusehen sei oder nicht, ist controvers. III. 299. — Für die bejahende Meinung sprechen L. 8. §. 10. D. de inoff. test. und L. 8. §. 1. D. eod. III. 299. — Es läßt sich aber hieraus nach L. 5. pr. und §. 1. D. de his, quae ut indignis etc. noch kein Verzicht auf die querelam nullitatis herleiten. III. 299.

— mündliches, stillschweigende Bestätigung, Verjährung gegen Minderjährige. XIX. 213.

Testament, öffentliches, ist eine Staatschreibereurkunde. IV. 211. Muß also auch die zu dieser erforderliche genaue Angabe des Tags der Fertigung enthalten. IV. 211. 212. *Unitas actus* ist kein gesetzliches Erforderniß desselben mehr. IV. 9., VIII. 273. Die Sätze 976 h. u. 1035 finden darauf keine Anwendung. IV. 9. Es genügt, wenn ein Vormittags abgebrochener Act des Nachmittags fortgesetzt, und in dieser Fortsetzung erwähnt wurde, daß der Inhalt des vormittägigen Actes von dem Erblasser vorgespochen, von dem Staatschreiber niedergeschrieben, und in Gegenwart der Zeugen dem Erblasser vorgelesen, auch dieses alles von dem Erblasser und den Zeugen am Nachmittag bestätigt wurde. IV. 9.

— muß nach L.R.G. 971. von zwei Staatschreibern in Gegenwart von zwei Zeugen, oder von einem Staatschreiber mit vier Zeugen aufgenommen werden. III. 70. Wird dadurch nicht ungültig, daß es dem Verfasser von dem Erblasser nicht in die Feder dictirt, oder daß von jenem das Vorgesprochene nicht wörtlich niedergeschrieben worden ist. III. 169. — Auch dadurch nicht, daß der des Schreibens kundige Erblasser mit Hülfe einer ihm die Hand führenden Person seinen Namen unterzeichnet hat, nach L.R.G. 973. III. 169. Auch darum nicht, weil seine Eintragung in die *Resistorats*- oder *Notariatsacten* unterblieben ist. III. 207.

— Das Beirufen des Staatschreibers zur Fertigung eines öffentlichen Testaments ist nicht vorgeschrieben. VIII. 273. Ein öffentliches Testament ist eine öffentliche Urkunde. VI. 10., und erfordert als *Notariatsurkunde* ein sicheres Datum. VI. 171. Entgegengesetzte Ansicht. VI. 169. 170. 172., dessen Datum zweifelhaft ist. VII. 151., müssen die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß sie von einem Staatschreiber niedergeschrieben worden seien. II. 291. Hierzu genügt es, wenn derselbe seiner Namensunterschrift beifügt das Prädicat: *Testamentschreiber*. II. 291. Ungültigkeit wegen mangelnder Beurkundung des Staatschreibers, daß er das Testament niedergeschrieben habe. I. 269. 270., VIII. 453. 470., ist ungültig, wenn darin ein unwahrer Grund der Unterschriftsverhinderung des Testators bezeugt ist. XVI. 218. Ein Handzeichen kann die Stelle der Unterschrift nicht vertreten. Die Aufhebung der Hinderungsursache ein öffentliches Testament zu unterschreiben, genügt nicht, vielmehr muß nach §. 973. auch erwähnt werden, daß der Erblasser selbst erklärt habe, aus der angegebenen Ursache nicht unterschreiben zu können. XIII. 435.

— Die Testamentzeugen werden bloß *solemnitatis gratia* zugezogen. III. 71. Werden nicht bloß *solemnitatis gratia* zugezogen. VIII. 277., VI. 171. 172. Sie sind, obgleich sie nicht vereidigt worden, doch um nichts weniger verpflichtet, ein wahres und richtiges Zeugniß abzulegen. III. 71. Der L.R.G. 1341 steht deren Einvernehmung wegen eines, das Testament selbst betreffenden Umstandes um so weniger entgegen, als man annehmen darf, daß die *Notariatsurkunde* als Anfang eines schriftlichen Beweises angesehen werden könne. VI.

171. 172. Sie machen sich zwar durch Verletzung dieser Pflicht keines Meineids, aber doch einer Lüge schuldig. III. 71., gestehen ihre eigene Schande ein, wenn sie ihr früheres Zeugniß für falsch erklären. III. 71. Daraus entsteht aber nach §. 53. des jüngsten Reichsabschiedes wenigstens eine relative Unfähigkeit derselben zur Zeugenschaft. III. 71. Abweichende Ansicht. III. 74. 75. Sie können zu einem Beweise gegen den Inhalt eines Testaments nicht zugelassen werden. VI. 10. 11. 12. 14., selbst dann nicht, wenn die Falschheit des Testaments durch sie bewiesen werden soll. III. 65., VI. 10. 11. 12. 14. Entgegengesetzte Meinung. VI. 7. 8. Sie sind zum Beweise der Nichtigkeit eines Testaments unglaubhaft, wenn sie das Gegentheil von dem bezeugen sollen, was sie bekräftigen haben. VIII. 274., aber zulässig, wenn sie nicht zu ihrem Schaden aussagen sollen. VIII. 453.

Testament. Zeugen können nicht sein: Alle, welche mit Vermächtnisnehmer aller Art bis zum vierten Grade verwandt oder verschwägert sind. VI. 130. 131. 132. 133., auch die, welche mit einem Nachherben bis zu diesem Grade verwandt oder verschwägert sind. VI. 131. 134. Entgegengesetzte Ansicht. VI. 132. 133. Die Vermächtnisnehmer selbst können solche nicht vorstellen. VI. 9. Ein Vormund ist kein unfähiger Testamentszeuge. VIII. 50., wohl aber der Großvater. VIII. 51. Ein im ersten Grade mündtob. Erklärer ist fähig. VIII. 141., nicht aber ein Theilungsformalsär, wenn der Amtsvorsitz das Testament aufnahm. VIII. 314. Der Beistand einer im Testament bedachten Frauensperson ist zur Zeugenschaft nicht unfähig. IV. 12. Bei Aufnahme eines öffentlichen Testaments wird der als Zeuge auftretende Amtsvorsitz für zwei Zeugen gezählt. VII. 280. ff., ist noch nicht definitiv entschieden, ob er für zwei Zeugen gezählt werden könne. VII. 280. Verschiedene Meinungen. VII. 281. 282. 283. Gilt nur für einen Zeugen. VIII. 312. Ihre Fähigkeit wird nach der Zeit der Testamenterrichtung beurtheilt. VI. 132.

— Ueber die Art, wie die Zeugen das Testament unterzeichnen sollen, bestimmt das Gesetz nichts. VI. 188.

— Ob ein öffentliches Testament nützlich sei, wenn in ihm selbst gegen die Vorschrift des L.N.G. 972. nicht bekräftigt, daß es in Gegenwart der Zeugen vorgelesen worden sei? ist controvers. VII. 150. Verschiedene Meinungen. VII. 150. 151., ob es nützlich werde, wenn die Zeugen nicht schon bei dem Vorgesprechen oder der Eröffnung des letzten Willens durch den Erblasser, sondern erst bei dem Vorlesen desselben durch den Staatschreiber zugegen waren, ist controvers. VI. 12. 13. 14. Eine Falschheit desselben ist es, wenn darin angegeben ist, die Zeugen seien bei dem ganzen Acte zugegen gewesen, während sie nur bei einem Theile desselben gegenwärtig waren. VI. 10.

— Nützlich ist ein Testament, wegen Mangels der erforderlichen Zeugenanzahl, und wenn einer der Zeugen im verbotenen Grade mit dem Erblasser, mit einem Erben oder Erbstücknehmer verwandt oder ver-

- schwägert ist, also nicht bloß in Beziehung auf die mit dem antäuglichen Zeugen verwandten oder verschwägerten Zeugen. I. 172. 175. 275., IV. 10. 11. 16. 17. 18. 19. 20. 21., VI. 131. 132. 133. 134. Bei den für dasselbe vorgeschriebenen Förmlichkeiten kommt es lediglich auf den Zeitpunkt der Testamentserrichtung an. VI. 132. 134., es fällt daher die Richtigkeit nicht weg, wenn der mit einem Zeugen im verbotenen Grade verwandte Erbe vor dem Erblasser gestorben ist. VI. 134. Eine der Testamentserrichtung nachgefolgte Schwägerschaft schadet nichts. VI. 133. Ungültigkeit desselben wegen Unterzeichnung eines Zeugen mit seinem bloßen Gewerbe ohne Vor- und Zunamen. I. 176. Wegen Irrthums in den Familienverhältnissen des eingesetzten Erben. I. 184. 194. Wird nicht ungültig dadurch, daß der Amtsrvisor, dessen Theilungskommissär es angenommen, selbst als Erbe darin eingesetzt ist. VI. 7. 8. 9., VIII. 273. Die Braut des Amtsrvisors ist kein unfähiger Testamentserbe. VIII. 272. Heil-, Heb-, Wundärzte und Krankenpfleger von Profession, welche den Erblasser in der letzten Krankheit behandelt haben, können nach L.R.G. 909. aus demselben keinen Vortheil ziehen. III. 65. Richtigkeit wegen Gefahrde und Zwang. VIII. 270. Testament. Richtigkeit eines solchen wegen verletzter Vorschriften. XII. 18., XVI. 240. Dummheit ist kein Richtigkeitsgrund. VIII. 270. Aufsehung desselben wegen Gemüthsfrankheit. XVIII. 168. Blödsinnige können nicht testiren. VIII. 270.
- Ob die Mängel gegen den Art. 904 bei Testamenten der Minderjährigen durch nachfolgende Volljährigkeit geheilt werden. VIII. 463. Die Befugniß der Minderjährigen zu schenken im Gewerbetage und zu testiren, wird cumulative ausgeübt. VIII. 462. Die Klage auf Richtigkeit des Testaments eines Entmündigten ist begründet und kann nicht durch die Behauptung, daß der Grund der Entmündigung zur Zeit der Testamentserrichtung aufgehört habe, sondern nur durch jene, daß die Entmündigung selbst wieder aufgehoben worden sei, erledigt werden. L.R.G. 502. 1350. 1512. 901—904., XVIII. 95.
- Der Staatschreiber ist als Fertiger eines Testaments, welches wegen unterlassener Förmlichkeiten für nichtig erklärt wird, nicht unter allen Umständen verantwortlich. XV. 439.
- Freiwillige Erfüllung desselben. XVI. 35.
- eines Laubstummens. XVIII. 142. S. auch Afterserbeinsetzung, Schenkungen.
- Testament aufsehung, ob ein Testament replicando als nichtig angefochten werden könne. XIV. 497.
- gegen den Vermächtnißnehmer. XIV. 607.
- Die Klage auf Umstößung kann auch gegen den Stüchvermachtnißnehmer gerichtet werden. Der L.R.G. 1340. findet nur auf Schenkungen unter Lebenden Anwendung, auf Testamente dagegen nur der §. 1338. u. Zusatz 1338 a. XIV. 605. S. auch Genehmigung einer Verbindlichkeit.

- auch zur Anwendung, wenn der Staatsdiener zur Zeit, da er das Verbrechen beging, schon pensionirt war. Der Umstand, daß der Staatsdiener in Bezug auf den Strafvollzug begnadigt wurde, hebt die Anwendbarkeit des §. 17. nicht auf. Die Pension, die ohne besondere Zustimmung bewilligt wurde, behält die Natur des Dienstverhältnisses, vermöge dessen sie bewilligt wurde, bei, sie ist also bei den Hofdienern, deren Dienste selbst aufkündbar sind, stets widerruflich. Der Regent kann die Civilliste seines Nachfolgers nicht belasten, XIV. 131.
- Staatsdiener-Edict.** Beobachtung der über die Anwendung von Besserungsversuchen darin enthaltenen Vorschriften. XII. 19.
- gilt nur als Gesetz für die weltlichen Staatsdiener. V. 251., erzeugt also für die Diener der Grund- und Standesherrn weder Rechte noch Verbindlichkeiten. V. 249. 251.
- Geistliche sind der Rechte, welche dieses Edict den Civildienern beilegt, nicht theilhaftig geworden. III. 143.
- Staatsdiener-Recht,** edictmäßiges, haben die jetzt noch bestehenden Ranglisten bei den mittlern und obern Stellen anzusprechen. V. 374. Auch die Verwalter des allgemeinen Arbeitshayes u. Laubstummeln-Instituts. V. 375. Ob auch Verrechner der nicht auf einzelne Orte u. Bezirke sich beschränkenden Kirchenfonds, ist zur Zeit ungewiß. V. 375. Revierförster sind nicht darunter zu zählen. V. 375. Dienerrrechte der niedern Forstbeamten vor u. nach 1819. XIX. 6., f. Tagsschreiber.
- Staatsgüter,** Verkauf derselben, f. Verkauf.
- Staatshandlung,** ihre Bedeutung und Wirkung. I. 116.
- Staatsministerial-Erlaß,** der nicht in das Regierungsblatt eingetragen worden ist, erlangt keine Kraft. VI. 58.
- Staatsministerium** ist die competente Behörde, welche einen Staatsdiener wegen Dienstvergehen vor Gericht stellt. V. 172. Ist aber das Verbrechen ein peinliches u. eingestandenes, so kann auch ein anderes Ministerium, ohne eine Entschleßung des Staatsministeriums einzuholen, nach vorgängiger collegialischer Berathschlagung solches beschließen. V. 172. S. auch Staatsdiener.
- Staatspapiere au porteur** können als Faustpfand für einen Geldvorschuß auf einen trockenen Wechsel nur unter Beobachtung der Erfordernisse des L.R.G. 2074. gültig constituirt werden. III. 286. 287. 288. — Zweifel dagegen. III. 288, S. auch Wechsel—trockene, und Handelsgeschäfte, Urkunden auf Inhaber.
- Handel auf Coursdifferenz ist klagbar u. keine Wette. VIII. 471.
- Zahlungen in solchen, f. Zahlungen.
- Staatsrecht** begreift solche Verhältnisse und Handlungen in sich, mit welchen das Gesetz bestimmte Rechtswirkungen zwischen einzelnen Rechtssubjecten und dem Staate verbindet, und wo in dem Gesetze selbst seine Wirkungen in Beziehung auf den Staat festgestellt werden. VI. 182. Vergleichene Gegenstände eignen sich nicht zur richterlichen Competenz. VI. 182. S. auch Polizeigewalt, Schauspieler, Staatsbehörden, Theater-Intendanz.

Staatschreiber sind an die Stelle der ehemaligen Notarien getreten. VI. 170. Sind noch allgemein an die Notariatsordnung gebunden. VI. 170. Bei öffentlichen letzten Willen haben sie sich nach dem neuen L.R. zu richten. VI. 170. S. auch **Amtsrevisor**, **Testamente** — öffentliche, **Untersand** — bedungenes, **Urkunden** — öffentliche, **Zeugen**.

— Wo das Gesetz deren zwei verlangt, genügt der **Amtsrevisor** mit seinem **Theilungscommissär** nicht. VIII. 313. 315., s. **Amtsrevisor** und **Theilungscommissär**.

Staats schreibereirecht, ob es dem **Theilungscommissär** kraft Gesetzes zusteht; verschiedene Meinungen. VII. 281. 282. 283.

Staatsverrechner, s. **Rechnersuntreue**, **Straferkenntnisse**.

Staatsvertrag mit Oestreich wegen Urtheilsvollzug. XII. 15.

— von 1806 zwischen Baden und Württemberg enthält im Art. 8. die wechselseitige Verpflichtung, daß jeder Theil dem andern alle zu seinem Loos gehörigen Acten längstens nach einem halben Jahre überliefern solle. IV. 113. 121. Hatte man versäumt, sich, von diesem Rechte Gebrauch machend, die betreffenden Urkunden zu verschaffen, so ist der Fall in Beziehung auf vorgelegte gegenseitige Abschriften dem gleich zu achten, wenn die Originalien verloren gegangen sind. IV. 121. S. auch **Abschriften**.

Stadtschreiber, s. **Amtcommissarien**.

Städte haben keine Grundherrlichkeit mehr. XIV. 458.

— größere, s. **Gewerbesteuerklasse**.

Stammgut hat die Bestimmung, den Glanz und die Würde einer Familie zu erhalten. II. 296. 298.

— Der jeweilige **Stammherr** ist **Eigenthümer** und zu allen **Eigenthums**handlungen befugt, so weit ihn die Gesetze nicht beschränken. VIII. 31. — Die **Agnaten** haben nur ein **Successionsrecht**. VIII. 31.

— ist verschieden von **Fideicommissgut**. VII. 46. Zweck des **Stammguts**. VII. 46. — Wird nach dem Tode des Letzten des **Mannstammes** so angesehen und behandelt, als wäre es eine **Erbschaft**, die gerade nur 30 Jahre rückwärts eröffnet worden wäre, in welche die vorhandenen Töchter des letztverstorbenen Besitzers, und die **Abkömmlinge** einer **Familientochter** treten, deren erste **Ausschließung** nicht über 30 Jahre rückwärts von der **Erlöschung** an fällt. VII. 48. 49. Das **Stammgut** wird dadurch ein zur **Verlassenschaft** des letzten Besitzers gehörendes **Mobiliar**, das als eine **Erbschaft** behandelt werden soll, die 30 Jahre früher eröffnet wurde. VII. 49. Deshalb müssen die weiblichen **Nachkommen**, welche zur **Erbschaft** berufen sind, die noch unbezahlten und unverjährten **Schulden** der vorigen **Stammherren** bezahlen. VII. 49.

— **Ansehung** der **Veräußerung** eines **Stammgutsbestandtheils**. XVI. 19. S. auch **Kauf**, **Erblehen**, **Erbsfolge**.

— Der Grundsatz, daß **Nientand** gezwungen werden kann, in **Gemeinschaft** zu bleiben, ist bei **Stamm**- und andern **untheilbaren Gütern**

zwar nicht auf das Gut, wohl aber auf den Fruchtgenuß anwendbar
XIX. 220.

Stammgutsbesitzer, ist im Badischen nicht synonym mit Grundherr.
V. 235. S. auch Grundherren.

Stammgutsbesitzer schaft, ob die Verschöbierung derselben bei diesem
Verkauf einem verborgenen Fehler gleich zu achten sei? IX. 478.

Stammgutsstatut, Familienverträge des höhern Adels müssen
öffentlich bekannt gemacht werden, wenn daraus gegen Dritte
Rechte oder Einwendungen begründet werden wollen. X. 190. ff.

Stammgutsvermögen. Soviel davon zum standesmäßigen Unter-
halte des Besitzers und seiner Familie erforderlich ist, kann im Falle
eines Concurſes desselben nicht in die Concursmasse gezogen werden.
II. 299.

Standesherrn haben nach Auflösung der deutschen Reichsverfassung
nicht den ganzen Inbegriff der mit der Territorialhoheit verknüpften
Rechte gewettet. V. 251. Haben jedoch manche sehr bedeutende in dem
Umfang der Justiz-, Polizei- und Finanzgewalt begriffene Rechte,
sowohl durch die rheinische, als deutsche Bundesacte gesichert erhalten.
VI. 251. S. auch Anstellungsvertrag, Diener — Landesherrliche.

gebören nach der deutschen Bundesacte zum hohen Adel. VII. 137.
Die ihnen zugestandenen Vorrechte hinsichtlich des Verhältnisses zu
sämmlichen Bundesstaaten dürfen ihnen von einem einzelnen Bun-
desstaat nicht entzogen werden, — jeder Bundesstaat muß ihnen z. B.
einen privilegierten Gerichtsstand zugetheilen, worin sie ihren Aufent-
halt nehmen. VII. 137.

Rechte derselben in Bezug auf Familienverträge nach §. 14 der
Bundesacte: a. unbedingte Aufrechterhaltung ihrer zur Zeit der Media-
tisation bereits zu Stande gekommenen und jetzt noch bestehenden
Familienverträge, so weit solche nach den Grundsätzen der frühern
deutschen Verfassung auf gültige Weise errichtet waren, sie mögen
nach eingetretener Mediatization die landesherrliche Bestätigung er-
halten haben, oder nicht. VII. 125. — b. die Befugniß, auch fern-
hin über ihre Güter und Familienverhältnisse verbindliche Verfügun-
gen zu treffen, jedoch mit der Beschränkung, daß diese dem Souverain
vorgelegt und bei den höchsten Landesstellen zur allgemeinen Kennt-
niß und Nachsicht gebracht werden sollen. VII. 123. Landesherr-
liche Verordnungen über den Vollzug des §. 14 der d. B. A. sind nur
so weit anwendbar, als sie nicht mit den Bestimmungen des §. 14
im Widerspruch stehen. VII. 125. s. Gesetz.

Kann ein solcher auch Schulden, welche er persönlich und auf die
Revenüen seiner ganzen Herrschaft schuldet, mit Forderungen ab-
heben, die er als Dienstherr einer einzelnen Rentkasse zu machen
hat. XV. 28.

Die Frage ob die Bundesversammlung für eine Beschwerde compe-
tent sei, kann nur von ihr selbst, und nicht von den Landesgerichten
entschieden werden. XII. 167.

Standesherrn, auswärts wohnende, die von Babilischen Unterthanen gegen solche anzustellenden Realklagen sind bei dem betreffenden *foro rei sitae* anzubringen, die Personalklagen aber können bei jedem inländischen standesherrlichen Amte angestellt werden. III. 120. 121. Ausländer haben die Personalklagen gegen dieselben vor den Gerichten desjenigen Souverains anzustellen, in dessen Staaten sie wohnen. III. 120.

— welche unter mehreren Bundesfürsten angefaßt sind, können nach Analogie der Verordnung vom 5. Mai 1813 mit liegenschaftlichen Klagen nur bei den Gerichten des Staats belangt werden, in dem sich die Realitäten befinden. III. 144. 145. Persönliche Klagen gegen sie kann der Kläger nach freier Wahl anbringen, wo er will. III. 145. Auf Familienverhältnisse Bezug habende persönliche Ansprüche gegen sie, gehören zur Competenz desjenigen Gerichts, wo sie zur Zeit der Klage-Erhebung ihren Wohnsitz haben. III. 145. Hiernach richtet sich auch die Praesumption der bei den Reichsgerichten gegen solche anhängig gewesenem Prozesse. III. 145.

— Auslegung der §§. 61, 62, 69, 70, der landesherrlichen Declaration vom 12. Decbr. 1823 über die staatsrechtlichen Verhältnisse der Standesherrschaft Fürstenberg. XIV. 614., f. a. Landeschulden, Schwaiberechtsverteilung.

Standesherrschaft von der Leyen. Edict von 1830. VII. 131.

Standesklagen eines Ehegatten gegen den Andern ist rein persönlicher Natur, sie kann von den Erben nicht fortgesetzt werden, wenn gleich die Letztern bei Klagen wegen der aus der Ehe entspringenden Vermögensrechte auch die ehelichen Rechte ihres Erblassers begründen, und solche in soweit, als sie auf jene Vermögensrechte Einfluß haben, zur Entscheidung bringen können. XIV. 614.

Standeswahl eines Sohnes, elterliche Gewalt in dieser Beziehung. XI. 374.

Statute, f. Recht — statutarisches.

Steigschilling von Liegenschaften, f. Unterspandrecht — gesetzliches.

Stellionat ist die gesetzliche Benennung für jeden Betrug, welcher im Gesetz nicht mit speciellem Namen belegt wurde. IV. 279. 280. Hat mit der Fälschung die Merkmale gemein, daß die Entstellung der Wahrheit absichtlich und mit Rechtsverletzung eines andern geschehen sein muß. IV. 280. Wird von demjenigen begangen, der wissenlich eine fremde Sache zum Verschleiß hingibt, ohne dem Darleiher diese Eigenschaft des Pfandes anzuzeigen. IV. 280. Wer sich hierbei eines Unterhändlers bedient, bleibt dennoch der Urheber der That. IV. 280.

Sterbfall kann nicht als Grunddienstbarkeit angesehen werden. IX. 183. Einfluß dieses Grundsatzes auf die Berechnung der Oberappellationssumme. IX. 181. Als Ausfluß der Guts herrlichkeit, f. Schäfereirecht.

— ist als ewige Last nach Analogie der Servituten zu beurtheilen.

- VIII. 11.** Berechnung der Appellationsfumme. **VIII. 11:** Status des Erkenntnisses über die Pflicht oder Nichtspflicht eines Gutes, auf den Complex derartiger Güter. **VII. 12.**
- Sterbort, Jahr, Tag und Stunde, s. Todtenscheine.**
- Sterbquartal, ist kein fortwährender Nahrungsgehalt. V. 113.**
- 114. 115.** Kann als Surrogat des Wittwengehalts, bis das die Sustentation der Relicten eines Staatsdieners sichert, angesehen werden. **V. 114. S. auch Verzähnung — 5jährige.**
- Steuer ist keine auf dem Gut haftende Grundlast, so daß sie von jedem Besitzer des Gutes erhoben werden kann. IX. 102. Steuern sind nur onera fructuum (Lasten des Ertrags.) Folgerungen aus diesem Grundsatz. IX. 102.**
- Der Unterschied zwischen Steuerentrichtung und Steuerpflichtigkeit ist in den Gesetzen nicht gegründet. **VII. 68. Entg. Meinung. VII. 66. 68., oben.**
- Bauerngüter sind ihrer Natur nach den gemeinen Steuern und Bannlasten, bestehend aus Grundzins und Frohnden, unterworfen. **IV. 80., s. auch Kreisdirectorien, Einkommensteuer, Vorzugsrecht.**
- Stenerfreiheit, Aufhebung derselben. I. 130—132.**
- Stenerpflicht, kann durch keinen Vertrag weder auf ein anderes Gut, noch auf eine andere Person übertragen werden. VII. 68., wenn sie obliegt beim einseitigen Schupflehen, nach älterm und neuem Rechte. VII. 67. 69. 70., s. Schupflehen.**
- Steuerqualität, wo diese bei einer bestrittenen Abgabe auch nur zweifelhaft ist, eignet sich die Sache nie zur richterlichen Cognition. II. 263.**
- Steuerfachen, ob diese ihr forum vor den Justiz- oder administrativen Stellen haben? I. 129. Note 1.**
- **Competenz der Administrativbehörden zu Instruirung von Steuerstreitigkeiten. XII. 311. S. auch Competenz.**
- Steuerstrafsachen, Verfahren dabei. XI. 120.**
- Stifter, mittel- und unmittelbare, s. Reichsdep.-Schluß.**
- Stiftungen. 1) Eine Stiftung kann, weil sie eine juristische Person, mithin selbst Rechtssubject ist, nicht Gegenstand des Eigenthums eines Dritten sein. 2) Der Streit über die Berechtigung zum Genuß oder Mitgenuß gehört, insoferne der Anspruch nicht aus dem öffentlichen Rechte hergeleitet wird, vor die Gerichte, da den Verwaltungsbehörden zwar die Leitung der dem Zweck der Stiftung gemäßen Verwöndung der Revenüen an die Berechtigten, nicht aber die Befugniß zur Entscheidung eines über die Berechtigung an sich entstehenden Streits zusteht. 3) Die Behörden einer politischen Gemeinde können die Rechte der im Verband der letztern befindlichen Angehörigen einer Kirchspielgemeinde auf den Genuß oder Mitgenuß eines Stiftungsfonds verfolgen, sofern die Revenüen nach dem Zweck der Stiftung zu Bedürfnissen zu verwenden sind, welche bei dem Mangel der Stiftung die politische Gemeinde decken müßte. XV. 588.**

Stiftungen u. auch Jüdische, müssen immer nach den einzelnen Stiftungsgesetzen beurtheilt werden. IV. 232. Die mathematische Absicht eines Stifters, Proselyten von der Stiftung auszuschließen, bleibt daher unberücksichtigt, wenn das Stiftungsgesetz keinen Unterschied in der Religion macht. IV. 232. S. auch Juden.

— Sind die bürgerlichen Gerichte zuständig zur Entscheidung der Frage, ob das vom Hr. Siscus incamerirte Vermögen einer in Folge von Staatsacten an Wunden gefallenen Stiftung, an welcher zugleich den Verwandten des Stifters eventuelle Unterstüthungsansprüche zu stehen, auf Klage dieser von dem Staatsvermögen wieder getrennt und in gesondelter Stiftungsverwaltung belassen werden muß? XVI. 531. Richterliche Entscheidung über Vergebung von Familienstiftungen. XIX. 112. S. auch Studienstiftungen.

+ milde Stiftungen sind nach der oberhofgerichtlichen Praxis zwar von den herrschaftlichen Taxen allgemein frei, von andern aber, als Vorkasse, Registraturgebühren u. Succumbenzgeldern nur alsdann, wenn sie nicht hinlänglich fundirt sind und solches beschränken. VII. 241. 242.

Stimmengleichheit, wenn sie eingetreten, kann der Vorstehende, in sofern seine Stimme schon unter den getheilten ist, das votum decisivum nicht haben. VI. 314. Kann in den oberhofs. Senaten durch Vorbehalt der fünften Stimme stets vermieden werden. VI. 314. Im oberhofs. Plenum hat in Abwesenheit des Oberhofrichters der präsidentende Kanzler oder Vicekanzler sogleich bei Vornahme eines jeden zum Erkenntniß dieses Tages kommenden Civil- und Criminalsache denjenigen Rath namentlich zu Protokoll bemerken zu lassen, dessen Stimme, soweit paria fallen würden, nur als consultativ behandelt werden soll, nämlich in der Regel die Stimme des jüngsten Raths, der nicht Referent, oder Correferent in derselben Sache ist. VI. 314. 315.

Stipendien, s. Studienstiftungen.

Stipulatio de mutuo dando — de permutando, s. Verträge.

Strafe ist eine Rechtsverbindlichkeit, welche niemand treffen kann, als der den Staat beleidigt hat. V. 191. Die Verbindlichkeit, sie zu tragen, entspringt aus derselben Handlung, aus welcher die Verbindlichkeit die Untersuchungskosten zu tragen und Schadenersatz zu leisten entspringt. V. 192.

— Grenzlinie zwischen öffentlicher und Privatstrafe ist in dem römischen Recht nicht so genau gezogen. VI. 247. S. auch Landrecht.

— Die Grade der Unternehmung eines Verbrechens haben nur Einfluß auf das Strafmaß, nicht auf die Strafart. VIII. 229.

— da die Verurtheilung zu einer solchen die Gewißheit der Schuld voraussetzt, so folgt daraus, daß auch ein unvollständiger Entschuldigungsbeweis zum Vortheil des Angeklagten wirkt, sobald derselbe bis zur Wahrscheinlichkeit gebracht ist. VI. 105. S. auch Diebstahl — mehrfach qualificirter, Unschuldrecurs, Zahlungsflüchtigkeit.

Strafe, ordentliche, erfordert immer den directen Beweis durch Eingeständniß oder vollgültige Zeugen. V. 175. 270: 271. S. auch Beweis — künstlicher, Indicien.

— welche gegen einen und denselben Inquisiten, obwohl wegen verschiedener ihm zur Last gelegter Verbrechen zu erkennen ist; kann nur von einem und demselben Gerichtshof erkannt werden. VII. 239, f. Kompetenz. Bestimmungen darüber sind im Zweifel einschränkend auszulegen. VII. 118.

— Verwandlung der peinlichen in bürgerliche Strafen L. 319.

— Conventionalstrafen erfordern, wie andere, Entschädigungsklagen, Verzugsetzung. XII. 307.

Strafanstalten, die Abführung der Inquisiten in dieselben, **detentio loco,** ist ohne specielle Genehmigung des Justizministeriums nicht erlaubt. V. 382. Zur einstweiligen Erhöhung der Strafe, wenn die endliche Verurtheilung überall keinem Zweifel unterliegt, können sie aus besondern erheblichen Gründen dahin gebracht werden. V. 382. In diesem Falle hat jedoch das Amt dem Inquisiten die kaiserliche Verfügung alsbald zu eröffnen, und erst nach drei Tagen, wenn von diesem kein Recurs dagegen ergriffen wird, sie zu vollziehen. V. 382.

Strafbeschlüssen, außerordentliche, ob sie mit dem Geiste der bürgerlichen Gesetzgebung verträglich sind, wird bezweifelt. IV. 68.

Strafbict, kann auch auf eine von einem Inländer im Auslande verübte Tödtung angewendet werden; wo nicht wohl der Strafe des Schwerts, sondern von einer willkürlich zu ermessenden temporären Strafe die Rede ist. III. 92.

Straferkenntniß, ein solches kann nicht auf die erlassenen f. g. provisorischen Verordnungen gebaut werden. VII. 188.

Straferkenntnisse, absolutistische, bedienen sich der einfachen Formel „verdächtig“, wenn ein Beschuldigter die gegen ihn vorhandenen Verdachtsgründe vollständig zu beseitigen vermöchte. V. 379. „war die Untersuchung durch keinen hinreichenden Verdacht begründet, so ist sie als aufgehoben, zugleich aber der Beschuldigte selbst als verdächtig zu erklären. V. 379. 380. Wenn die Handlung, weshalb eine Untersuchung vorgenommen wurde, nicht unter die gerichtlich strafwürdigen gehört, so ist sich der Formel zu bedienen: „es sei kein Grund zu Fällung eines Erkenntnisses vorhanden.“ V. 380. Wenn es nur wegen Mangel der Beweise des Thatbestands ungewiß ist, ob eine gerichtlich strafwürdige Handlung begangen wurde, und wenn keine Ergänzung der Untersuchung in dieser Beziehung angeordnet werden kann, ebenso, wenn der Urheber einer solchen Handlung sich nicht ausmitteln läßt; ist zu erkennen: „die Untersuchung habe einstweilen auf sich zu beruhen.“ V. 380. Wenn zwar eine gerichtlich strafwürdige Handlung vorliegt, diese jedoch sich nicht zur obergerichtl. Bestrafung eignet, ist auszusprechen: „es sei kein Grund zur Fällung eines obergerichtl. Erkenntnisses vorhanden.“ V. 380. Wenn aber dabei

zugleich der Fall einer Verweisung an die Polizeibehörde eintritt, so ist zugleich zu bemerken: „vielmehr die Aburtheilung dieser Sache dem Kreisdirectorium oder Amt, als dorthin geeignet, zu überlassen.“ V. 380. Wenn die Untersuchung wegen formeller Verbrechen nicht zu Recht bestehen kann, ist sie als nichtig aufzuheben. V. 380. In den Fällen, wo auf Schuld-, Straf-, Klage- und Verdachtlos- resp. Nichtklage-Erklärung erkannt wird, geschieht es in Urtheils-, sonst in Decret-Form. V. 380.

Strafexekutionen. Die bei vielen derselben üblich gewesene Formel: „daß Inquirit bewandten Umständen nach mit der Strafe“ des Schwerts aus rechtlichen Mildeungsgründen zu verschonen sei“ — ist vom Justizministerium für unpassend erklärt worden. III. 183.

— Wegen einen abwesenden Verbrecher wird die Strafe ausgesprochen, jedoch mit dem Anhang, daß der Vollzug der Strafe auf dessen Betreten vorzubehalten sei. VI. 193. 194. Wenn man, um die Strafe auszusprechen, die Rückkunft der Verbrecher abwarten wollte, so würden manche Inconvenienzen daraus entstehen. VI. 183. 194. In einem concreten Falle geschah die Urtheilsverkündigung nicht in den Laubeshäutern, sondern an den Defensor des abwesenden Inculpaten. VI. 194.

— ein solches, welches von dem Amt ergangen ist, kann von dem Hofgericht wegen der Incompetenz des ersteren nicht aufgehoben werden. VII. 307. Die Hofgerichte können solche von Amtswegen aufheben und selbst fällen, sofern erstere incompetent erlassen worden sind. XIII. 125.

— Haben die Hofgerichte das Recht und die Pflicht, Strafurtheile der Aemter, welche diese incompetent erlassen hatten, von Amtswegen aufzuheben und das Erkenntniß selbst zu geben? XV. 345.

— Hofgerichtliche, müssen dem Justizministerium zur Einsicht vorgelegt werden, wenn Hochverrath und Aufruhrstiftung, Falschmünzen und übrige Münzverbrechen, ausgezeichnete Fälschung und Betrug, Untreue der Staats- und solcher Verrechnen, bei denen der Dienst kein bloßes Nebengeschäft ist, Prävarikation der Anwälte, Concussion und Rechtsfeilschaft, Nothzucht, Mordbrand, Raub, Todtschlag und Diebstahl mit Waffen in Frage ist. III. 220.

— oberhofgerichtliche, gegen sie findet kein weiteres Rechtsmittel mehr statt. VI. 192. S. auch Defensionen, Oberhofgericht, Rechtskraft.

Strafgesetz. ist das militärische oder bürgerliche anwendbar auf einen während der Untersuchung aus dem Militär ausgetretenen Verbrecher? X. 142.

Strafgesetzgebung, bairische, nach ihr sind die von einem Inländer im Auslande verübten Verbrechen zu beurtheilen. IV. 137.

Strafgewalt der administrativen und gerichtlichen Behörde bei bürgerlichen oder polizeilichen Vergehen wird durch die Verordnung von 1813 (Reg.-Bl. S. 161.) geschieden. IV. 163.

Strafloserklärung; s. **Straferkenntniß** — absol.

Strafmilderung, kann der Recurs zur Gnade sowohl aus Gnaden des Rechts als der Billigkeit bewirken: III. 187.

Strafmilderungsgrund, s. **Milderungsgrund**.

Strafsachen: In Fällen, wo das Justizministerium nach dem Decret von 1809, Weil. F. §. 31. 1. die hofgerichtliche Entscheidung für zu milde hält, und deswegen dem Oberhofgerichte die Entscheidung überträgt, — erstreckt sich die oberhofgerichtliche Competenz nicht so weit, daß dieses auch die hofgerichtliche Strafe mildern kann, wenn sie ihm zu hart erscheint. III. 218. — Strafschärfung erfolgt in diesem Falle nur dann sogleich, wenn das hofgerichtliche Urtheil viel zu milde erlassen wird: III. 219. — Wenn aber Inculpat seine Schuld nicht rein bekannt hat, sondern noch im Stande einer möglichen Unschuldsbehauptung ist, so wird vorher noch eine Defension angeordnet. III. 219. — Dann aber findet kein Unschuldsrecurs mehr statt. III. 219. Vorschläge zu einer Beschränkung dieser Competenz. III. 220, 231. S. auch Recurs in Strafsachen und Cassation.

— Recurse in solchen, welche nach den zur Zeit des Constitutions-Edicts vom 6. Mai 1807 bestandenen gesetzlichen Bestimmungen an das Oberhofgericht gehören, sind vom Pleno zu entscheiden; die in geringern Strafsachen von einem der beiden Senate. II. 350.

— Recurs wegen völliger Unschuld in Strafsachen findet nach §. 21. des Straf-Edicts und §. 34. der Erläuterungen dazu, an das Oberhofgericht überall statt, wo ein Hofgericht wenigstens auf 8 Tage Gefängniß erkannt hat. III. 213, 243.

— Ob der Recurs bei einer Concurrency mehrerer Verbrechen statthat, wenn der Inculpat auch nur wegen eines derselben als schuldig befunden wird, ist controvers. III. 213—217. Geht nicht nach Ablauf des gesetzlichen Termins von 4 Wochen nach der Urtheilsverkündung absolut verloren, selbst wenn keine Fristverletzung erwirkt worden ist: III. 180, 181.

— Verzicht auf den Recurs. XIII. 133.

— Beschwerdeführung in Strafsachen. XIV. 176. S. auch Cassation, Recurs.

Straßendelnsbarkeit; s. **Weggerechtigkeit**.

Straßraub, versuchter, unterliegt einer willkürlichen Strafe. IV. 138.

— Eine Art desselben ist ein durch lebensgefährliche Drohungen verübter Raub. IV. 137. Nach bayerischen Gesetzen steht darauf eine 16jährige Zuchthausstrafe. IV. 137., nach den mildern badiischen Gesetzen nur 5jährige Zuchthausstrafe; 15jährige aber alsdann, wenn der Raub mit lebensgefährlichem Angriffe verbunden war. IV. 138.

Streitgenossen. Die Einrede mehrerer Streitgenossen findet nach neuem Proceßrecht nicht mehr statt. VIII. 30. Nach altem Proceßrecht ist sie auf untheilbare Sache beschränkt. VIII. 31. Sie ist bei Stammgütern, wegen Betheiligung der Agnaten, nicht statthaft. VIII. 32.

Streitgenossen. Die von einem Streitgenossen geforderte Bestellung eines Anwalts gilt einstreifen auch für seine Genossen. P.D. §. 95 u. 98., und L.R.G. 1854 G. XI. 538.

Streitgenossenschaft. I. 262., bei Theilungsklagen. XVII. 140.

Streitiges Recht. Im Sinne des L.R.G. 1597. XII. 346., im Sinne des Gesetzes 1700. XII. 500.

Streitobject, f. Reuter.

Streitpunkte, über die Identität derselben. XVII. 226.

Streitverkündung, wenn sie geschöhen muß. XI. 217., in dritter Instanz. XII. 341. S. auch Litibennunciation.

Der Käufer, welcher durch eine Klage mit Entwährung der gekauften Sache bedroht, sein Recht auf Gewährleistung gegen den Verkäufer mahlen will, ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, wie nach besonderer Vorschrift des L.R.G. 1640. verpflichtet, denselben zum Proceß beizuladen, ihm den Streit zu verkünden, Wirkung der Unterlassung. XV. 593.

Die Vorschrift des P.D. §. 143., wonach, derjenige, welcher vermöge einschläglicher Bestimmungen ein Recht darauf hat, daß ihm in Zeiten der Streit verkündet werde, in dem Fall der ausgebliebenen Streitverkündung, mit dem Beweis gehört werden muß, daß Vertheidigungs- oder Beweismittel vorhanden gewesen wären, welche zum Erfolg des Rechts behelfen haben würden, ist keine Ausnahmsbestimmung zum Vortheil eines Dritten, sondern nur eine Bestätigung der civilrechtlichen Regel, daß die Folgen seiner Versehen selbst, und auch dann zu tragen hat, wenn der daraus für ihn erwachsene Schaden auch theilweise fremden Parteien zuzuschreiben ist. XIX. 92.

Streitwerth bei präparatorischen Klagen. XVI. 91.

Stückvermächtniß, wenn es den Pflichtheil verletzt, ist es nicht zu verweigern, sondern gemächlich abzuschätzen. VIII. 293.

Studienkistungen, Bußändigkeits der Gerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Berechtigung zum Genusse derselben. XVI. 387.

Stundungsverträge, f. Verz. und Nachlassvergleich.

Stylus curis, f. Erblasservertrag.

Submission zu den Acten, f. Revision.

Substitut, nicht im loco wohnende Obergerichtsadvokaten bedürfen eines solchen zu Einreichung ihrer Schriften nicht. VIII. 246. S.

fisciprocator, Procurator.

Substitutio pupillaris, f. Aftererbeinsetzung.

Substitution in eo, quod supererit, ist keine verbotene Aftererbeinsetzung, sondern nur ein belastetes Vermächtniß, — ihr fehlt das eigentliche Kennzeichen einer Aftererbeinsetzung. XII. 74. 76., f. Aftererbeinsetzung, Nacherbeinsetzung.

Substitutionsvollmacht, f. Anwälte.

Sucessio ex pacto et providentia majorum, f. Erblosen, Grundbesitznehmer.

Successor singularis—**universalis**, s. **ayant cause**, Rechtsfolger.
Succumbenzgelber, I. 264.

— ist keine bloße Taxe, sondern eine wirksame Strafe. IV. 294. Wird für verfallen erklärt, wenn eine Parthie zum dritten Male Unrecht bekummt. IV. 293; II. 249, 250. Bei Armenparthien tritt an ihre Stelle ein nach der Strafsomme verhältnißmäßiges bürgerliches Gefängniß. IV. 293. Ueber die Zahl der Tage, der im Unterlegungsfall zu erstehenden Einbüßung ist die Armenparthie durch das Hofgericht bei der Anmelddung der Oberappellation, oder Revision dritter Instanz zu belehren. IV. 293, 294. S. auch Hofgericht.

Succumbenzgeld ist nicht als **eigenliche Strafe**, sondern als eine festgesetzte Taxe, unter deren Bedingung allein noch eine dritte Instanz gegen zwei conforme Erkenntnisse gegeben ist, zu betrachten. VII. 295, 296. Wenn in dem Verwerfungsdecret einer Klage nur Mangel der Formlichkeiten ausgedrückt ist, so ist der Kläger nach einer Rechtsbelehrung vom 5. April, 1805, bei reorganisierter Oberappellation nicht schuldig, Succumbenzgelder zu zahlen. VII. 136. Nach Einführung der neuen P.D. In Fällen, wo das bestätigende zweitinstanzliche Erkenntniß vor dem ersten Mai 1832 publicirt worden ist und Succumbenzgelder hinterlegt sind, werden dieselben nicht nur nicht zurückgegeben, sondern auch, wo sie am ersten Mai noch nicht hinterlegt waren, jetzt noch angesetzt resp. deponirt, somit auch eintretenden Falls für verfallen erklärt. VII. 297. Mit dem Surrogat der Succumbenzgelder bei Armenparthien hat es dieselbe Bewandniß. VII. 297.

Suggestivfragen, dahin gehören die Fragen, wodurch dem Inquisiten ein Urtheil über den Zweck seiner Handlung in den Mund gelegt wird. IV. 153.

Suporahitrium über eine Expertise, wenn eine Parthie dasselbe verlangen kann, I. 268, der Sanitätscommission in schweren Criminalfällen. I. 316, tritt nicht ein, wenn das Physikat und der Medicinalreferent unter sich einig sind. VI. 82. S. auch Gutachten, Sanitätscommission.

Suspensiv effect der Appellation gegen die Abschlagung eines Einhaltsgesuchs. XI. 39.

Superrevision, in dieser Instanz sollen keine nova vorgebracht werden. I. 254.

— gegen ein nach dem 1. Mai 1832 publicirtes, obgleich schon früher gefälltes Urtheil des Oberhofgerichts findet nicht statt. VII. 293. ff.

Superrevisionssachen, s. Arrba.

Surrogat einer Pfünde, s. Pfünde.

Sustentationsgelder, s. Unterhaltsgelder.

Sustentationsverbindlichkeiten, s. Reichsgerichte.

Syndikatsklage, Erfordernisse zu deren Begründung: I. 49, 53.

I.

Tafeltitel, f. Benedictiner.

Tag, bürgerlicher, geht von Mitternacht zu Mitternacht. VI. 22.

— natürlicher, geht von Augenblick zu Augenblick. VI. 22.

Tagelöhner, f. Schuldschelte.

Tagsschreiber, sollen künftig bei den Ministerien und dem Oberhofgerichte statt der Kanzlisten angestellt werden. V. 374. 375. Nur ausnahmsweise nicht bei dem Ministerium des Gr. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. V. 375. S. auch Staatsdienerrecht.

Tausch, f. stipulatio de permutando. Vertauschung von Gemeindegütern. XIV. 19., f. Gemeindegüter.

Täuschung, positive — negative, f. Urkundenverfälschung.

Taxen, Sporeln, Stempel- und Relationsgebühren fließen aus der nämlichen Jurisdiction = Quelle. VI. 312. Durch Ueberweisung in partem salarii ändert sich ihre Natur nicht. VI. 312. Genießen daher in Santsachen das Privilegium der Hoheitsabgaben. S. auch Kaufbriestaren, Stiftungen.

Taxordnung, diese ist durch die neue Proceßordnung nicht aufgehoben. VIII. 443. S. auch Advokaten, Anwälte, Archä, Procuratoren.

— Gebühren der Advokaten für Assistent bei mündlichen Vorträgen. XII. 16. Gebühren für Beschwerdeführungen. XII. 17.

Tempus longum v. 10 resp. 20 Jahren, f. Verjährung.

— longissimum v. 30 Jahren, f. ebendaselbst.

Termin, gesetzlicher, existirt in Ermanglung einer Untergerichtsordnung bei dem Verfahren vor Amt nicht. V. 204.

Territorialhoheit, f. Standesherrn.

Territorien — Geistliche. Die Nachvollkommenheit ihrer Regenten bestimmt sich nach den Grundsätzen des römischen Rechts über die Inangriffung des Kirchenguts. X. 257.

Testament, eigenhändiges, die für dasselbe vorgeschriebenen Formlichkeiten sollen nur die Versicherung geben, daß es durchaus und allein von dem Erblasser ausgegangen sei. VI. 188. Die Ortsbestimmung wird nach babilischem Rechte aus dem Grunde erfordert, weil zur Untersuchung der Richtigkeit einer Urkunde, wenn darüber Streit entsteht, meistens der Ort, wo sie gefertigt sein soll, zur Erhebung der Beweise für und wider dieselbe die sicherste Spur gibt. VI. 188. Es genügt jedoch auch an dem abgekürzten Ortsnamen, wenn das Testament in dem Orte seiner Errichtung aufbewahrt bleibt. VI. 188. Nur auf die gänzliche Nichtbeachtung dieses formellen Erfordernisses ist die Strafe der Nichtigkeit gesetzt, nicht auf den Mangel in der Art ihrer Beobachtung. VI. 188. Im letzteren Falle tritt das richterliche Ermessen ein, welches im Zweifel sich immer eher für Aufrechterhaltung des Testaments entscheiden soll. VI. 188. Ebenso enthält das Gesetz auch über die Art, wie sich der Erblasser unterzeichnen soll, keine Be-

- stimmung. VI. 188. In der Regel genügt es, wenn bloß der Geschlechtsname, oder auch nur der Vorname, jedoch mit einem Zusatz, welcher über die Identität der Person keinen Zweifel übrig läßt, unterzeichnet ist. VI. 188. Auch hier bleibt Alles dem Ermessen des Richters überlassen. VI. 188. S. auch Testamentzeugen.
- Testament, eigenhändiges. Bezeichnung des Ortes darin. X. 274.
- dem ein unrichtiges Datum und eine unrichtige Jahreszahl beigesetzt ist, ob es richtig ist? VII. 152. Note 1. Eine bestimmte Ansicht des Oberhofgerichts ist noch nicht ausgesprochen. Gründe für die Bejahung der Frage. VII. 152. 153. 154. Gründe für deren Verneinung. VII. 154.
 - Richtigkeit, wenn der Haupterbe den Entwurf dazu geschrieben hat. I. 289.
 - Beweis der Richtigkeit eines solchen. XII. 110. XV. 505. Zeugenbeweis über die Richtigkeit desselben. XIII. 601., s. auch Zeugenbeweis.
 - Der Umstand, daß der eingesetzte Erbnahmer nach L.R.G. 1008 durch einen richterlichen Befehl in Besitz und Gewahr der Erbschaft eingesetzt ist, befreit ihn, wenn die gesetzlichen Erben die Erbschaft herausfordern, nicht von der nach §. 400 u. 434 der P.O. ihm obliegenden Pflicht, die von den gesetzlichen Erben bestrittene Richtigkeit des eigenhändigen Testaments zu beweisen. Der durch das Gutachten von Schreibverständigen, daß eine bestrittene Urkunde als echt zu erachten sei, nach §. 451 der P.O. geleistete theilweise Beweis kann, da über die Richtigkeit von Urkunden auch der Zeugenbeweis zulässig ist, nach L.R.G. 1353 auch durch richterliche Vermuthungen ergänzt werden, so daß es keines Notheides mehr bedarf. XIII. 472.
 - geheimes, dessen Formlichkeiten nach L.R.G. 976. ic. XII. 497., deren Versiegelung. XVII. 253. Die Bestimmung des Absatzes 2 des L.R.G. 976 über geheime letzte Willen des Inhalts: „Alles obige soll ununterbrochen hinter einander ohne Zwischeneintritt anderer Rechts-handlungen geschehen“ — bezieht sich nicht mit auf den Eingang des §. 976 über die Art, wie der Erblasser das Testament selbst unterschreibt und versiegelt, sondern nur auf den Act, welcher vor dem Staatschreiber und den Zeugen vor sich geht. XIII. 468.
 - gemeines, darauf allein sind die Vorschriften des L.R.G. 976 h. anwendbar. IV. 9.
 - inofficiöses, ob die Annahme der Legate bei einem solchen auch nach dem neuen römischen Rechte als Anerkenntniß desselben anzusehen sei oder nicht, ist controvers. III. 299. — Für die bejahende Meinung sprechen L. 8. §. 10. D. de inoff. test. und L. 8. §. 1. D. eod. III. 299. — Es läßt sich aber hieraus nach L. 5. pr. und §. 1. D. de his, quæ ut indignis etc. noch kein Verzicht auf die querelam nullitatis herleiten. III. 299.
 - mündliches, stillschweigende Bestätigung, Verjährung gegen Minderjährige. XIX. 213.

Testament, öffentliches, ist eine Staatschreibereisurkunde. IV. 211. Muß also auch die zu dieser erforderliche genaue Angabe des Tags der Fertigung enthalten. IV. 211. 212. *Unitas notus* ist kein gesetzliches Erforderniß, desselben nicht. IV. 9., VIII. 275. Ob Sätze 976. k. u. 1035 finden darauf keine Anwendung. IV. 9. Es genügt, wenn ein Vormittags abgebrochener Act des Nachmittags fortgesetzt, auch in dieser Fortsetzung erwähnt wurde, daß der Inhalt des vormittägigen Acts von dem Erblasser vorgespochen, von dem Staatschreiber niedergeschrieben, und in Gegenwart der Zeugen dem Erblasser vorgelesen, auch dieses alles von dem Erblasser und den Zeugen am Nachmittage bestätigt wurde. IV. 9.

— muß nach L.R.G. 971. von zwei Staatschreibern in Gegenwart von zwei Zeugen, oder von einem Staatschreiber mit vier Zeugen aufgenommen werden. III. 70. Wird dadurch nicht ungültig, daß es dem Verfasser von dem Erblasser nicht in die Feder tritt, oder daß von jenem das Vorgesprochene nicht wörtlich niedergeschrieben worden ist. III. 169. — Auch dadurch nicht, daß der des Schreibens kundige Erblasser mit Hilfe einer ihm die Hand führenden Person seinen Namen unterzeichnet hat, nach L.R.G. 973. III. 169. Auch darum nicht, weil seine Eintragung in die *Notariats-* oder *Rotariatsacten* unterblieben ist. III. 207.

Das Beirufen des Staatschreibers zur Fertigung eines öffentlichen Testaments ist nicht vorgeschrieben. VIII. 273. Ein öffentliches Testament ist eine öffentliche Urkunde. VI. 10., und erfordert als *Notariatsurkunde* ein sicheres Datum. VI. 171. Entgegengesetzter Ansicht. VI. 169. 170. 172., dessen Datum zweifelhaft ist. VII. 151., müssen die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß sie von einem Staatschreiber niedergeschrieben worden seien. II. 291. Hierzu genügt es, wenn derselbe seiner Namensunterschrift beifügt das Prädicat: *Testamentschreiber*. II. 291. Ungültigkeit wegen mangelnder Beirufung des Staatschreibers, daß er das Testament niedergeschrieben habe. I. 269. 270., VIII. 453. 470., ist ungültig, wenn darin ein unwahrer Grund der Unterschriftsverhinderung des Testators beurfundet ist. XVI. 218. Ein Handzeichen kann die Stelle der Unterschrift nicht vertreten. Die Auführung der Hinderungsursache ein öffentliches Testament zu unterschreiben, genügt nicht; vielmehr muß nach S. 973. auch erwähnt werden, daß der Erblasser selbst erklärt habe, aus der angegebenen Ursache nicht unterschreiben zu können. XIII. 435.

— Die Testamentzeugen werden, bloß *solemnitatis gratia* zugezogen. III. 71. Werden nicht bloß *solemnitatis gratia* zugezogen. VIII. 277., VI. 171. 172. Sie sind, obgleich sie nicht vereidigt worden, doch um nichts weniger verpflichtet, ein wahres und richtiges Zeugniß abzulegen. III. 71. Der L.R.G. 1341. steht dem Einvernehmen wegen eines, das Testament selbst betreffenden Umstandes um so weniger entgegen, als man annehmen darf, daß die *Notariatsurkunde* als Anfang eines schriftlichen Beweises angesehen werden könne. VI.

171. 172. Sie machen sich zwar durch Verlegung dieser Pflicht keines Meineids, aber doch einer Lüge schuldig. III. 71., gestehen ihre eigene Schand an, wenn sie ihr früheres Zeugniß für falsch erklären. III. 71. Daraus entsteht aber nach §. 53. des jüngsten Reichsabschiedes wenigstens eine relative Unfähigkeit derselben zur Zeugenschaft. III. 71. Abweichende Ansicht. III. 74. 75. Sie können zu einem Beweise gegen den Inhalt eines Testaments nicht zugelassen werden. VI. 10. 11. 12. 14. / selbst dann nicht, wenn die Falschheit des Testaments durch sie bewiesen werden soll. III. 65., VI. 10. 11. 12. 14. Entgegenstehende Meinung. VI. 7. 8. Sie sind zum Beweise der Richtigkeit eines Testaments unglaubhaft, wenn sie das Gegentheil von dem bezeugen sollen, was sie bekrunden haben. VIII. 274., aber zulässig, wenn sie nicht zu ihrem Schaden aussagen sollen. VIII. 453.

Testament. Zeugen können nicht sein: Alle, wozumit Vermächtnisnehmer aller Art bis zum vierten Grade verwandt oder verschwägert sind. VI. 130. 131. 132. 133., auch die, welche mit einem Nacherben bis zu diesem Grade verwandt oder verschwägert sind. VI. 131. 134. Entgegengesetzte Ansicht. VI. 132. 133. Die Vermächtnisnehmer selbst können solche nicht vorstellen. VI. 9. Ein Vormund ist kein unzulässiger Testamentszeuge. VIII. 50., wohl aber der Großvater. VIII. 51. Ein im ersten Grade mündtödt Erklärter ist fähig. VIII. 141., nicht aber ein Theilungsunkommissar, wenn der Anstretor das Testament aufnahm. VIII. 314. Der Zeitsatz einer im Testament bedachten Frauensperson ist zur Zeugenschaft nicht unfähig. IV. 12. Bei Aufnahme eines öffentlichen Testaments wird der als Zeuge aufretende Anstretor für zwei Zeugen gezählt. VII. 280. ff.) ist noch nicht definitiv entschieden, ob er für zwei Zeugen gezählt werden könne. VII. 280. Verschiedene Meinungen. VII. 281. 282. 283. Gilt nur für einen Zeugen. VIII. 312. Ihre Galtigkeit wird nach der Zeit der Testamentserrichtung beurtheilt. VI. 132.

— Ueber die Art, wie die Zeugen das Testament unterzeichnen sollen, bestimmt das Gesetz nichts. VI. 188.

— Ob ein öffentliches Testament richtig sei, wenn in ihm selbst gehen die Vorschrift des L.R.G. 972. nicht bekrundet, daß es in Gegenwart der Zeugen vorgelesen worden sei? ist controvers. VII. 150. Verschiedene Meinungen. VII. 150. 151., ob es richtig werde, wenn die Zeugen nicht schon bei dem Vorsprechen oder der Eröffnung des letzten Willens durch den Erblasser, sondern erst bei dem Vorlesen desselben durch den Staatschreiber zugegen waren; ist controvers. VI. 12. 13. 14. Eine Falschheit desselben ist es, wenn darin angegeben ist, die Zeugen seien bei dem ganzen Acte zugegen gewesen; während sie nur bei einem Theile desselben gegenwärtig waren. VI. 10. — Richtig ist ein Testament; wegen Mangels der erforderlichen Zeugenanzahl, und wenn einer der Zeugen im verbotenen Grade mit dem Erblasser, mit einem Erben oder Erbstücknehmer verwandt oder ver-

schwägert ist, also nicht bloß in Beziehung auf die mit dem untauglichen Zeugen verwandten oder verschwägerten Zeugen. I. 172. 175. 275., IV. 10. 11. 16. 17. 18. 19. 20. 21., VI. 131. 132. 133. 134. Bei den für dasselbe vorgeschriebenen Förmlichkeiten kommt es lediglich auf den Zeitpunkt der Testamentserrichtung an. VI. 132. 134., es fällt daher die Richtigkeit nicht weg, wenn der mit einem Zeugen im verbotenen Grade verwandte Erbe vor dem Erblasser gestorben ist. VI. 134. Eine der Testamentserrichtung nachgefolgte Schwägerschaft schadet nichts. VI. 133. Ungültigkeit desselben wegen Unterzeichnung eines Zeugen mit seinem bloßen Gewerbe, ohne Vor- und Zunamen. I. 176. Wegen Irrthums in den Familienverhältnissen des eingesetzten Erben. I. 184. 194. Wird nicht ungültig dadurch, daß der Amtsbrevisor, dessen Theilungskommissär es aufgenommen, selbst als Erbe darin eingesetzt ist. VI. 7. 8. 9., VIII. 273. Die Braut des Amtsbrevisors ist kein unfähiger Testamentserbe. VIII. 272. Heil-, Heb-, Wundärzte und Krankenpfleger von Profession, welche den Erblasser in der letzten Krankheit behandelt haben; können nach L.R.G. 909. aus demselben keinen Vortheil ziehen. III. 65. Richtigkeit wegen Gefahrde und Zwang. VIII. 270.

Testament. Richtigkeit eines solchen wegen verletzter Vorschriften. XII. 18., XVI. 240. Dummheit ist kein Richtigkeitsgrund. VIII. 270. Ansehung desselben wegen Gemüthskrankheit. XVIII. 168. Wöthsinnige können nicht testiren. VIII. 270.

— Ob die Mängel gegen den Art. 904 bei Testamenten der Minderjährigen durch nachfolgende Volljährigkeit geheilt werden. VIII. 463. Die Befugniß der Minderjährigen zu schenken im Ehevertrag und zu testiren, wird cumulative ausgeübt. VIII. 462. Die Klage auf Richtigkeit des Testaments eines Entmündigten ist begründet und kann nicht durch die Behauptung, daß der Grund der Entmündigung zur Zeit der Testamentserrichtung aufgehört habe, sondern nur durch jene, daß die Entmündigung selbst wieder aufgehoben worden sei, erledigt werden. L.R.G. 502. 1350. 1512. 901—904., XVIII. 95.

— Der Staatschreiber ist als Fertiger eines Testaments, welches wegen unterlassener Förmlichkeiten für nichtig erklärt wird, nicht unter allen Umständen verantwortlich. XV. 439.

— Freiwillige Erfüllung desselben. XVI. 35.

— eines Laubstummens, XVIII. 142. S. auch Afterverbeinsung, Schenkungen.

Testament ansehung, ob ein Testament replicando als nichtig angefochten werden könne. XIV. 497.

— gegen den Vermächtnißnehmer. XIV. 607.

— Die Klage auf Umstößung kann auch gegen den Stückvermachtnißnehmer gerichtet werden. Der L.R.G. 1340. findet nur auf Schenkungen unter Lebenden Anwendung, auf Testamente dagegen nur der §. 1338. u. Zusatz 1338 a. XIV. 605. S. auch Genehmigung einer Verbindlichkeit.

Testamentsaufnahme. Amtsrevisoren können außer ihrem Amtsbezirke Testamente gültig aufnehmen. II. 264. 266.

— Die ehemaligen Amts-Commissarien waren zur Aufnahme von außergerichtlichen und gerichtlichen Testamenten ohne Adhibirung eines Stadt- oder Gerichtsschreibers befugt. III. 106.

Testamentsauslegung. XIX. 259.

Testamentsförmlichkeiten sind immer strenge zu nehmen. VI. 134. S. auch Ausnahme.

Testamentsnichtigkeitserkenntniß kommt auch den übrigen Intestaterben zu statten, welche am Proceß keinen Antheil genommen haben. III. 297. 298. — Nur müssen sie das Testament nicht ausdrücklich als gültig anerkannt haben. III. 299. 300 u. 301. — Die durch eine derartige Entsagung erledigten Erbtheile accresciren eo ipso den übrigen Erben *ab intestato*, nach I. 17 u. 23. §. 2. D. de *mostr. testam.* III. 300. 301. S. auch *querela nullitatis*, — *inofficiosi testam.* und *jus accrescendi*.

Testes de auditu, ihre Beweiskraft in Criminalsachen. I. 92. 224.

Teutischordensmitglieder, ihr Nachrücken in die Commenden. I. 80.

That, unrechte, f. Entschädigungsklage.

Thatbestand eines jeden Verbrechens kann durch das Geständniß des Angeeschuldigten völlig erwiesen werden, wenn sich eine vollständig befriedigende und erwiesene Ursache zeigt, woran der Thatbestand auf keine andere Weise erkennbar sei, und andere Gründe für die Glaubwürdigkeit der Aussagen des Angeeschuldigten vorhanden sind. VII. 269. Ein solches Erkenntniß reicht auch zur Erkennung der Todesstrafe hin. VII. 269. 270.

— ob- und subjectiver, des Verbrechens, f. Tödtung, Raub.

Thatsachen, neue Thatsachen und Beweise müssen in *Appellatorio* in den betreffenden Schriftsätzen vorgetragen werden. VIII. 71. Der Appellat kann es jedoch noch in der mündlichen Verhandlung thun. VIII. 367.

Thatumstände, neu, f. *benefic. appell.* und Restitution.

Thauengeld, Frohndsurrogat. XVIII. 457.

Theater, f. Polizeigewalt.

Theaterdienst ist mit dem Staatsdienste in keine Parallele zu setzen. V. 256.

Theater-Intendantz kann wegen ungebührlicher Rollenvertheilung nicht gerichtlich belangt werden. VI. 182. 183. S. auch Polizeigewalt, Schauspieler, Staatsbehörden.

— kann nicht gezwungen werden, einen Schauspieler ferner noch aufzutreten zu lassen, der ihr unter den besondern Umständen des einzelnen Theaters nicht mehr tauglich zu sein scheint. V. 254. 255. Vertritt in dieser Sache den Geschmack des Publikums. V. 254. 255. Erscheint als Mitcontrahent, wenn es sich um das pecuniäre Interesse aus dem von ihr mit einem Schauspieler geschlossenen Contracte handelt. V. 255. 256. Entgegenstehende Ansicht. V. 254. S. auch Sachverständige.

Theilhaber einer Handelsgesellschaft. XVI. 212. S. Handelsgesellschaft.

— am Miteigenthum. XVI. 307. S. Miteigenthum.

Theilnahme, f. Beihülfe, Zahlungsflüchtigkeit.

Theilnehmer eines Verbrechens, f. Gehülfen, Tödtung, Urheber.

Theilungen, f. Erbtheilungen.

Theilungskommissäre, können nur im Namen und im Auftrag ihrer Principalen Staatschreibereigeschäfte verrichten. VI. 8. 9.

Daraus folgt nicht, daß sie, wenn sie ein Geschäft zum Vortheil ihres Principals verrichten, so anzusehen seien, als ob sie in eigener Sache functionirt hätten. VI. 8. 9. 13. Sind die Mandatare der Amtsrevisoren. VI. 9. Das *mandatum generale*, welches gesetzlich bestimmt ist, tritt zugleich mit ihrer Anstellung ein. VI. 9. Der Mandant wird dadurch für die Handlungen des Mandatars verantwortlich. VI. 9. Eine Personen-Einheit folgt aber daraus nicht. VI. 9. S. auch Mandant, Richter, Vormund, Zeugen.

— über dessen Verhältniß zum Amtsrevisor. VII. 281. Ob er nur als *mandatarius* des Amtsrevisors handle. VII. 282. 283.

— Ob er selbstständiger Staatschreiber ist. VIII. 315. — Er ist mit dem Amtsrevisor nicht als *una persona* zu betrachten. VIII. 274. — Außer wenn beide bei demselben Geschäfte concurriren. VIII. 312. 316. — Die Aufnahme eines Testaments durch denselben im eigenen Namen macht es nicht ungültig. VIII. 311. — Er ist ein unfähiger Zeuge bei dem vom Amtsrevisor aufgenommenen Testamente. VIII. 314.

— für ihre Versehen haften die Amtsrevisoren. X. 103, wenn der betreffende Theilungskommissär zahlungsunfähig ist. X. 109. S. auch Minderungsklage, Nutznießung — eheliche.

Theilungsklage, kann mit der Eigenthumsklage gehäuft werden. XII. 481.

Theilungsvergleich, f. Umstosungsklage.

Theilzahlungen, f. Abschlagszahlungen.

Thora, f. Judenthum.

Tod, natürlicher — bürgerlicher, f. Gütergemeinschaft — eheliche, Vermögensabsonderung.

Todesstrafe, auf Inzichten nicht erkannt. X. 218. S. auch Jauner, Hofgerichte, Tödtung.

Todesursache, f. Kopfverletzung, Raufsch.

Todbestand, f. Schupflehen.

Todtenschein, die Legalität eines solchen muß nach den Gesetzen des Orts, wo der Todesfall sich ereignete, beurtheilt werden. V. 81. 86.

Soll Ort, Jahr, Tag und Stunde, wo er aufgenommen worden, enthalten. V. 82. 87. Soll das Alter des Verstorbenen, seinen Wohn- und Geburtsort, und Name, Gewerbe und Wohnort seiner Eltern, in so ferne man davon Nachricht haben kann, angeben. V. 82. 87. 88. Die *data* sollen mit Buchstaben geschrieben sein. V. 82. 88. Soll

den Zeugen vorgelesen, und in der Regel von ihnen unterzeichnet werden. V. 82. 87. Wird in Feld- oder Kriegsspitälern von dem Vorsteher derselben gefertigt und dem Quartiermeister eingesendet. V. 84. 88. Soll bei Sterbfällen in den Kriegs- und Bürgerspitälern dem Beamten des bürgerlichen Standes des letzten Wohnorts des Verstorbenen eingesendet werden. V. 82. 88. Alle diese Förmlichkeiten sind nicht absolut nothwendig zu halten. V. 86. 87. 88. Insbesondere hängt es von dem richterlichen Ermessen ab, ob ein solcher für gültig angenommen werden solle, wenn die Todesstunde und das Alter des Verstorbenen darin nicht angegeben, gleichwohl aber an der Identität der Person nicht zu zweifeln ist. V. 87. Zeugen sind nur da für absolut wesentlich zu halten, wo sie die Quelle der Beurkundung ausmachen. V. 87. Bei Spitälern oder andern öffentlichen Anstalten sind die Aufseher oder Vorsteher die offiziellen Zeugen für die Beurkundung des Todes, hier sind also andere Zeugen nicht absolut erforderlich. V. 88. Wenn deutliche, unverfälschte Ziffern gebraucht wurden, so ist auch das kein wesentlicher Mangel. V. 88. Am wenigsten kann es darauf ankommen, wenn der Todestag selbst mit Worten angemerkt wurde, und nur die andern Daten mit Ziffern geschrieben sind. V. 88. Die unterbliebene Mittheilung an den Beamten des bürgerlichen Standes kann einem solchen über einen Sterbfall in einem Spital ausgenommenen Scheine an seiner Beweisraft nichts benehmen, sondern nur die Spitaldirection straffällig machen. V. 88. Ist die ausschließliche legale Beurkundung über Sterbfälle. V. 89. Zeugen können nur dann seine Stelle vertreten, wenn es an einer legalen Beurkundung fehlt. V. 89. Abweichende Meinung. V. 82. 83. 84. S. auch Beurkundungen des bürgerlichen Standes, Urkunden — öffentliche, Zeugenbeweis.

Todtenscheine der Eltern und Großeltern, deren Nicht-Vorlegung erzeugt nur die rechtliche Vermuthung, daß eine nothwendige Bebin-
gung einer Scheidung auf wechselseitige Einwilligung, nämlich die Einwilligung der Eltern und Großeltern, fehle. III. 22. S. auch Ehescheidung auf wechf. Einw.

Tödtlichkeit, s. Lethalität.

Todtschlag aus Sachheit und Zorn. IX. 230., auf dieses Verbrechen findet der §. 71, lit. h des Strafbuchs analoge Anwendung. IX. 231. 232. Verschiedene Meinungen. IX. 232. 233.

— muthwilliger. VII. 106.

— versuchter, s. Vergiftung, Verwundung.

— vorsätzlicher und muthwilliger; Abstufungen in Bestrafung des einen und andern. II. 243. Note. S. auch Hirnschädel, Straf-
erkenntnisse.

Todttheilung war nach gem. deutschen Rechte gültig. III. 11. Findet nach L.R.G. 1130a. nicht mehr statt. III. 11. Entgegenstehende Ansicht des Referenten zum Libelle. III. 7. Ist von einer bloßen Ab-
findung wesentlich verschieden. III. 12. Erfordert den klaren Beweis,

- daß die Contrahenten bei der Abfindung den *animus renuntiandi* gehabt haben. III. 13.
- Tödtung, der ob- und subjective Thatbestand derselben kann unter Umständen aus dem Geständnisse des Verbrechers allein hergestellt werden. III. 80, 83, 84, 85. Oft ist es unmöglich, von der Section, als Erforschungsmittel des *corpus delicti*, Gebrauch zu machen. III. 84. Von den Beweismitteln, wodurch der Thatbestand hergestellt werden soll, ist in L. 1. §. 24. D. ad S. C. Silan. das Geständniß nicht ausgeschlossen. III. 84. Der Richter soll nach Art. 6 d. P. G. O. Ordn. fleißig nachforschen, ob das Verbrechen begangen sei. III. 84. Die Section und Einholung des Urtheils Sachverständiger wird durch den Art. 147 u. 149 *ibid.* nur in Beziehung auf die Folgen der That vorgeschrieben. III. 84. Das Geständniß beweist den Urheber, wenn die gesetzlichen Erfordernisse dazu vorhanden sind. III. 84, 85. Es muß dasselbe also nach L. 1. §. 17. *de quæst.* mit den bekannten oder erweislichen Neben Umständen harmoniren. III. 85. In dieser Beziehung steht das ärztliche *visum et repertum* dem Geständnisse des Inculpaten in dem concreten Falle nicht entgegen. III. 86. Wo der Verbrecher derselben geständig ist, den Voratz aber leugnet, ist die Theorie vom qualifisirten Geständnisse nicht durchaus anwendbar. III. 86., s. a. Kindesmord u. Geständniß — qualifisirtes.
- deren Thatbestand wird dadurch nicht aufgehoben, daß eine Verletzung nur zufällig tödtlich wird. VI. 82, 83. Es tritt jedoch dann die ordentliche Strafe des Todtschlags nicht ein. VI. 82, 83. S. auch Unschuldrecurs.
 - objectiver Thatbestand derselben. IX. 317 ff., ob derselbe als hergestellt angenommen werden kann, wenn gleichwohl die ärztlichen Gutachten nur dahin lauten: daß der Tod höchst wahrscheinlich durch die Thätlichkeiten einer Person hervorgegangen sei, es müßten denn andere Erscheinungen vorhanden sein, welche als die bestimmte Ursache des Todes angesehen werden könnten. IX. 324, 329, 330.
 - die Absicht zu tödten ergibt sich bei einem Angriff aus dem Gebrauch des Schießgewehrs. VII. 193., s. Raub.
 - mit bloß mittelbarem Kausalzusammenhang und einer zufälligen Tödtlichkeit der Verletzung. XI. 102.
 - culpose, s. Detention, Tödtung — muthwillige.
 - aus Eifersucht und irrigen religiösen Ansichten. I. 345.
 - aus Jachheit und Zorn. I. 236.
 - Vergleichen zwischen den Erfordernissen des gemeinen und des bairischen Rechts. III. 88, 90, 91. Nach dem bairischen Rechte wird dazu die Anwendung eines tödtlichen oder doch wenigstens gefährlichen Instruments nicht erfordert. III. 91. In der Natur der Sache liegt es gleichfalls nicht. III. 91. Demjenigen aber, der sich bei der gewaltsamen Mißhandlung eines solchen Instruments bedient hat, hilft die Entschuldigung nichts, daß der Erfolg der That wider sein Erwarten ausgefallen sei. III. 88.

Tödtung, ob Nothwehr dabei Milderungsgrund abgeben kann. XI. 270.

— muthwillige, setzt die Absicht, einem andern ein Leid zuzufügen, mit roher Unbesorgtheit um Menschenleben voraus, so daß der Thäter mittelst Anwendung des gemeinen Menschenverstandes hätte einsehen können, daß der Tod aus seiner Handlung leicht erfolgen konnte, und die Fortschreitung der Wirkung derselben bis dahin zu verhindern, in seiner Macht nicht liege. VI. 83. 85. Eine solche Unbesorgtheit ist aber da nicht zu unterstellen, wo jemand mit einem dünnen Haselstock einem andern einen Streich versetzte, bloß in der Absicht, ihn körperlich zu züchtigen, also nicht einmal in der directen Absicht, ihn zu verwunden. VI. 85. 86. Dann ist nur eine culpose Tödtung vorhanden. VI. 85. 86. Entgegenstehende Rechtsmeinung. VI. 80. An sich ist es eine schwierige Aufgabe, die Gränzlinie zu bestimmen, wo die verschuldete in die muthwillige übergeht. VI. 85. Ist ein anderes *genus delicti*, als die culpose. VI. 86. Ist nicht begangen, wenn die Einrede der Nothwehr begründet ist. VI. 98—105. S. auch *dolus indirectus*, Nothwehr, Unschuldrecurß.

— um ihrewegen auf das volle Strafmaaß zu erkennen, wird erfordert, daß der Thäter zugleich der Urheber einer solcher Beleidigung oder Thätlichkeit sei, die mit der Tödtung selbst in einem nothwendigen Zusammenhange, und hinsichtlich ihrer Größe und Bedeutung mit derselben in irgend einem Gleichmaasse stehe. II. 317—319.

— schuldhaft, ist bei irgend einem Zweifel über den *animus occidendi* anzunehmen. III. 88. Dabei kann nach §. 72 des Strafedicts die *pœna ordinaria* nicht angewendet werden, sondern nur eine dem Ermessen des Richters überlassene *pœna extraordinaria*. III. 89. Wird gewöhnlich, wenn sie in einer nicht zu entschuldigenden groben Nachlässigkeit oder Unbedachtsamkeit des Urhebers ihren Grund hat, mit lebenslänglicher öffentlicher Arbeit oder Zuchthaus bestraft. III. 89. Diese Strafarten werden auf eine Zeit von 10 oder weniger Jahren beschränkt, wenn über die wahre Ursache oder die Art und Weise des erfolgten Todes noch Dunkelheit herrscht. III. 89.

— vorsätzliche und muthwillige, Unterschied, und muthwillige aus Zacheit. I. 236. Note 1., bei letzterer kann der unerwiesene *animus occidendi*, wenn die Kunstverständigen die Verletzung nicht für absolut lethäl halten, nur eine außerordentliche Strafe begründen. I. 291.

— ist nicht vorhanden, wo es durchaus an irgend einem Beweismittel über den Vorsatz fehlt. III. 86., ist mit der Strafe des Schwerts bedroht. V. 330. Kann auch an einem Todtfrancken begangen werden, insofern nur der Eintritt des Todes durch die mörderische Handlung früher herbeigeführt wurde. V. 330. In der Zusicherung wechselseitigen Beistandes mehrerer Wilderer liegt noch keine Verabredung zu einer solchen. V. 331. Die Theilnehmer an einer Schlägerei, bei welcher eine solche verfällt, sind als Gehülfsen zu bestrafen, auch, wenn sie an den rechtswidrigen Erfolg nicht dachten. V. 332.

333. Ihre Strafe ist willkürlich. V. 332, 333, 334, 335, 336.
 Gehört gleich der Wilderei unter die Form der gemeinschaftlichen
 Gewaltsausübung. V. 334. S. auch Gehülfe, Gewaltsübung, Ur-
 heber.
- Tödtung, versuchte, ist es, wenn ein Verhafteter sich eines geladenen
 Schießgewehres bemächtigt, damit nach der Wache schießt und sie
 verwundet. IV. 139. Unterliegt einer willkürlichen Strafe. IV.
 136.
- Tödtungsfall, Nothzucht und Tödtung. Indicienbeweis. XIV. 507.
- Tortur, dazu qualificirt nach P.S.G.D. ein bewiesenes indicium
 proximum, und mehrere indicia remota. IV. 66. 67. Ob es dabei
 auf einzelne Umstände, oder auf den Zusammenfluß verschiedener
 Umstände ankomme, ist controvers. IV. 66. S. auch Brandstiftung,
 Detention, Kindsmord.
- Tradition, f. Uebergabe.
- Transactio, f. Vergleich.
- Transfix, f. Erblebenbrief.
- Transcription, f. Kauf. XV. 167.
- Transitzolldefraudation ist durch den §. 106. der Zollordnung
 verpönt. III. 193. S. auch Zolldefraudation.
- Tratten, f. Wechsel — eigene.
- Trennung, f. Ehetrennung, Gütergemeinschaft — eheliche.
- Treue, eheliche, deren Verletzung wird nicht als gesetzlicher Schreibungs-
 grund betrachtet. III. 17. S. auch Ehegatten.
- Trunkenheit, in wie weit die Zurechnung durch dieselbe aufgehoben
 werden kann. I. 243—250., ist solche als Milderungsgrund zu
 rechnen? I. 247—250.
- wann ist sie ein Ungültigkeitsgrund eines Vertrags? VIII. 210.
- ob sie in Straffachen imputationsunfähig mache? VIII. 345.
- Umult, Begriff dieses Verbrechens. VIII. 153. Haftbarkeit der Ge-
 meinden für den bei solchem verübten Schaden. XVIII. 261., XIX. 372.

II.

- Ueberbietungsrecht. Macht ein Pfandgläubiger nach L.R.G.
 2185 das Ueberbietungsrecht geltend, so hat er das Angebot nach
 R. 3 dieser Gesetzesstelle auch dem vorigen Eigenthümer als Haupt-
 schuldnern bekannt zu machen, ist dieser in Gant gerathen, so hat die
 vorgeschriebene Bekanntmachung immerhin noch an den Ganttschuld-
 ner als Hauptschuldner und nicht an die Gantmasse zu geschehen;
 denn die Gant überträgt den Gläubigern nicht das Eigenthum von
 dem Vermögen des Schuldners, sondern nur die Verwaltung und das
 Recht, es zu ihrer Befriedigung veräußern zu lassen. L.R.G. 1268
 und P.D. §. 824. XIV. 323.
- Uebergabe eines Kauf- oder Pachtguts, wenn gleich der Käufer

- oder Pächter die Annahme des nur theilweise übergebenen Kauf- oder Pachtguts verweigern, sofort wegen Nichterfüllung der Verbindlichkeit einer vollständigen Uebergabe nach §. 1184. auf Auflösung klagen kann, so ist doch in dem Falle, wo er die theilweise Uebergabe angenommen, also nur noch eine Ergänzung derselben zu fordern hat, eine vollkommene Rechtsähnlichkeit mit dem Falle der Entwährung vorhanden, und das, was nach §. 1636. vom Falle der Entwährung gilt, auch da anwendbar, wo wegen angenommener unvollständiger Uebergabe noch eine Ergänzung zu fordern ist. XIV. 492. §. auch Kauf und Verkauf.
- Ueberschuldung. Voraussetzung zur Annahme einer Ueberschuldung. XIX. 1.
- Ueberschwemmung, f. Fehler — verborgene.
- Uebersetzung des Code Nap., wenn sie vom Urtext abweicht. IV. 30.
27. 28. — Bei einem klaren Uebersetzungsfehler im Landrecht verdient der Grundtext den Vorzug. VII. 183., Note 1.
- Uebertragung von Gütern, f. Quisübertragungen.
- Umherstreifen, f. Jauner.
- Umlagen, Competenz der Administrativbehörden für Klagen der Gemeinden gegen ihre Wannenossen wegen Zahlung der Umlagen. XII. 310.
- Umsatz, f. ordre.
- Umstoßung einer Theilung. XV. 511. §. Erbtheilung.
- von Schenkungen wegen Formfehlern. XIII. 585.
- Umstoßungsklage gegen eine Erbschaftstheilung findet nach L.R. §. 887. statt, wenn ein Erbe mehr als um ein Viertel verkürzt ist. III. 173. — Ausgenommen hiervon ist nach L.R. §. 888. der Fall, wenn nach einmal vollzogener Theilung, oder nach einem Vorgange, der ihre Stelle vertritt, darüber auch nur außergerichtlich Streit entsteht, und dieser verglichen wird. III. 173.
- findet wegen eines Irrthums im Objecte statt. IV. 255. §. auch Verkürzungsklage.
- Gegen einen Liegenschaftskauf ist sie dinglich oder persönlich? XVI. 148. §. auch Kauf.
- Deren Verjährung. XV. 465. §. auch Verjährung, Ehevertrag.
- Unbedingte Befehle. Vollzugsreife, unbedingte Befehle werden den Urtheilen gleichgerechnet. XV. 181.
- Undankklage, f. Bödalklage.
- Uneheliche Kinder. Kinder — uneheliche.
- Unfähigkeit des Richters wegen Betheiligung. VIII. 123.
- relative, zur Zeugenschaft, f. Testament — öffentliches.
- Ungehorsam des beigeladenen Dritten. XVII. 149. §. auch Verschämmungskenntnisse, contumacia, Rechtsnachtheil.
- Unholz. XIII. 531.
- Unitas actus ist kein Erforderniß eines öffentlichen Beamten. VIII. 275. 278. §. auch Testament — öffentliches.

Universitas facti ist eine durch die ~~Willkür~~ Willkür der Staatsbürger begründete Vereinigung mehrerer Sachen zu einem Ganzen. VI. 341. Dahin gehört eine Gemälde- oder Büchersammlung. VI. 341. S. auch Allod, Lehn, Rechtsfolger.

Universitas juris ist eine durch den Willen des Gesetzes begründete Vereinigung mehrerer Sachen zu einem Ganzen. VI. 341. Dazu gehört ein Veräußen, eine Verlassenschaft, eine Gemarfung. VI. 341. S. auch Allod, Lehn, Rechtsfolger.

Unmündige als Zeugen, s. Zeugen.

- **Unschuldrecurs**, was zu seiner Rechtfertigung gehört. I. 232., besonders bei Zoll- und Accisdefraudationen. I. 297. Umfang der oberhofgerichtlichen Discussion bei mehreren Verbrechen I. 295.

— des Vaters und Bruders eines Inquisten wird *ex mandato praesumto* zugelassen. II. 305. 306. Derselbe ist zulässig, wenn das Verbrechen, dessen sich der Recurrent schuldig bekennt, von ganz heterogener Art mit demjenigen ist, hinsichtlich dessen er seine Unschuld behauptete. II. 306.

— findet da nicht statt, wo nicht der Mangel einer Schuld im Ganzen, sondern nur der Mangel einer Qualifikation der Schuld dargethan werden soll. IV. 276. Findet auch da nicht statt, wo bloß ausgeführt werden will, daß kein prinliches Verbrechen vorhanden sei. IV. 371. S. auch Gnadenrecurs und Recurs in Zoll- und Accisdefraudations-Sachen.

— betrifft nicht die Größe, sondern die Anwenbarkeit einer Strafe überhaupt. V. 268. Findet gegen jedes hofgerichtliche Erkenntniß statt, welches eine höhere als 8 tägige Gefängnißstrafe ausspricht. V. 277. Auch gegen eine mehr als 8 fl. betragende Geldstrafe, zumal, wenn diese wegen unerlaubter Geschenkannahme eines Staatsdieners erkannt wurde, wo der zweite Fall die Dienstentlassung nach sich zieht. V. 277. Findet auch dann statt, wenn der Beschuldigte dathum zu können glaubt; daß er wenigstens für klagfrei hätte erklärt werden sollen. V. 378. 379. Findet an das Oberhofgericht nicht statt, wenn ein Hofgericht in zweiter Instanz gesprochen hat. V. 260. 261. Abweichende Meinungen. V. 265. 266. 268. Wird durch das Anerbieten des halben Werths des zahlbaren Gegenstandes statt der 20fachen Defraudationsstrafe verwirkt, weil darin ein Auerkennniß der Schuld liegt. V. 281. S. auch Defraudations-, Geldstrafe, Jauner.

— ist dann nicht begründet, wenn das Oberhofgericht einen Inquisten, welcher vom Hofgerichte der muthwilligen Tödtung für schuldig erkannt worden ist, bloß der culpösen Tödtung für schuldig hält. VI. 82. 86. Auch dann nicht, wenn sich die Rechtsausführung des Recurrenten zwar auf die Rechtswidrigkeit des Straferkenntnisses erstreckt, der Zweck hiervon jedoch deutlich dahin angegeben ist, um im Gnadenwege eine Strafmilderung zu bewirken. VI. 109. Es ändert hieran nichts, daß anfänglich der Recurs zum Rechte eingelegt war. VI. 109. Entgegenstehende Rechtsmeinung. VI. 109. Bestimmt

sich nicht um die Größe der vom Hofgerichte erkannten Strafe, sondern beschränkt sich nur auf die Frage, ob das Verbrechen in ob- und subjectiver Hinsicht gehörig constatirt sei. VI. 112. S. auch *Idiotung* — *culpöse*, *Zahlungsflüchtigkeit*.

Anschuldsecurs, Anlegung des §. 20 des Strafdekrets: X. 140. S. *Recurs*, *Competenz* — *oberhofg.*

Untauglichkeit, zum Kriegsdienst, f. *Conscriptibis*.

Untauglichmachung zum Kriegsdienst: XIV. f. *ebenbaselbst*.

Unterbrechung, f. *Interpellation*.

Untergerichtsproceß, ist in der Regel ein summarischer, wobei den abgefügten Dispositionen der *Element 2. de verb. sign.* nachgegangen werden soll. III. 290.

Unterhalt, sind Kinder den Eltern und Voreltern, die in Dürftigkeit gerathen, schuldig. V. 218. S. a. *Alimentationsfachen*, *Nutznutzung*.

Unterhaltsgelder, in die Kategorie derselben gehört eine *Pensions-Nachforderung*. III. 58. — Die aus der Zeit vor Einführung des neuen Rechts rückständig sind, können nur nach dem alten Rechte verjährt werden. III. 58. — Haben nach §. 66 d. *Reichs.-Schlusses* das privilegiirteste Unterpfand auf die *Landeserbschaften*. III. 63. — Sollen jederzeit vierteljährig in guten Münzsorten nach dem 24 fl. Fuß an die Pensionisten bezahlt werden. III. 63. S. auch *arrérages*, *Wittwengehalt*.

Unterhaltung eines Bauwesens! begründet keine Verjährung. XV. 586.

Unterhaltsrente gebührt der Ehefrau auch nach erlassenen *Scheidungsurtheile*, bis zur gänzlichen Separation des Vermögens. V. 288. Ein Streit hierwegen ist summarischer Natur. V. 289. 290.

— eine Ehefrau, die mit ihrer *Ehescheidungsklage* abgewiesen ist, und ungeachtet der angewendeten Zwangsgrade, zu ihrem Manne nicht zurückkehren will, hat keinen Anspruch auf eine *Unterhaltungsrente*. IX. 301. 302.; sie hat diesen Anspruch selbst dann nicht, wenn der Ehemann im Besiz und Genuß ihres Vermögens ist. IX. 302. Verschiedene Ansichten. IX. 302—305., f. *Ehegatte* — *überlebender*, *Witthum*.

Unterhändler, f. *Stellionat*.

Unterpfand, ist ein auf der Sache haftendes Recht, welches Diegen-schaften für die Zahlung einer Schuld zu haften verbindet. VI. 281. S. auch *Verpfändung*, *Unterhaltsgelder*.

Unterpfänder, gesetzliche, deren Eintrag in das *Pfandbuch* und dessen Unterlassung. I. 105—108., sind die *Waisenrichter* schuldig, für den Eintrag der gesetzlichen *Unterpfandrechte* zu haften. I. 103. 199.

Unterpfandbuch, *Pfandverschreibung* und *Pfandbuchseintrag* auf einen andern Namen als den des wahren Gläubigers wirkt keine Nichtigkeit. XII. 305. Ueber die Erfordernisse zur Gültigkeit der *Pfandbuchs-Einträge*. XIX. 222. *Mangel des Grundbuchs-Eintrags*. XIX. 227.

Unterpfandsbuch-Erneuerung, dazu müssen die bekannten Gläubiger speciell vorgeladen werden. VI. 167. 168. Vor der Verordnung v. 18. April 1826 genügte eine Edictalladung. VI. 166. 168. Entgegenstehende Rechtsansicht. VI. 166. 167. 168. Wird auf Antrag des Amtsrathes von dem Bezirksbranten angeordnet. VI. 168. Note 8. Die öffentlichen Aufforderungen sowohl, als die besonderen Vorladungen der Gläubiger zu solcher dürfen kein anderes Präjudiz enthalten, als daß der etwa schon im alten Pfandbuche zu Gunsten des Ausbleibenden vorhandene und nicht gestrichene Eintrag in das neue Pfandbuch übertragen werden solle. VI. 168. S. auch Obergericht, Unterpfand — bebungenes, Unterpfandsgläubiger.

Unterpfandsgläubiger müssen nach österreichischen sowohl, als bairischen Gesetzen bei Glanzen besonders vorgeladen werden. VI. 166. Dies wurde später auch auf Schuldenliquidationen gegen Auswanderer ausgedehnt. VI. 166. S. auch Unterpfandsbuch-Erneuerung, Ueberbietungsrecht.

Unterpfandslasten, Auflösung des Kaufs wegen verweigelter Befreiung des Kaufobjects von Pfandlasten. XVII. 258.

Unterpfandsrecht, ist ein accessorium der Hauptforderung. Folgen davon. VII. 79. 80. Was Gegenstand desselben sein könne. VII. 60. Die Vergütungsforderungen für Reliquationen können nicht Gegenstand eines Unterpfandsrechts sein. VII. 60. 61.

— auf Zugehörenden. XVII. 251.

— erwerben die Gläubiger eines Liegenschaftskäufers Pfandrecht auf die Liegenschaft schon ehe solche transcribirt ist. XI. 24. Der Eintrag eines Kaufs in das Grundbuch ist erforderlich, um auf die Gläubiger des Käufers ein Pfandrecht zu übertragen. XI. 24. Mangel des Eintrags. XIX. 222.

— Die Vorschrift des L.R.G. 1583. a. ist dann nicht anwendbar, wenn das verkaufte Grundstück zur Zeit des Verkaufs noch gar nicht ins Grundbuch eingetragen war, und dann erst später beim Verkauf der Erwerbstitel des Verkäufers und der des Käufers gleichzeitig eingetragen werden, in der Zeit aber, welche zwischen dem Erwerb des Verkäufers und dem Eintrag lag, ein dritter ein Pfandrecht gegen den Verkäufer erworben hat. XIX. 26. Bewahrung des Pfandrechts. XIX. 294.

— daß auf eine fremde Sache verwilligt wurde, ist nichtig. IV. 243.

— gegen den Dritten eines Unterpfands kann der Pfandgläubiger nur zweijährige Zinsen nebst den laufenden fordern. XIX. 222.

— Ein nach L.R.G. 2127. a. und 2199. a. erhobener f. g. Sperrschein, welchem die Ausfertigung der Pfandurkunde nicht nachgefolgt ist, gibt keinerlei Pfandrecht, seine Kraft erlischt vielmehr nach 2 Monaten. XV. 168.

— in Bezug auf die künftigen Liegenschaften der Ehemänner, Eintragung derselben. VII. 8.

— des Staats und der Staatsanstalten, f. Vorzugsrechte.

Unterpfandsrecht. Entleibung des bei einer Zwangsversteigerung erworbenen Eigenthums von Verzugs- und Unterpfandsrechten. XIV. 179. Wirksamkeit desselben auf Liegenschaften, welche im Zwangswege veräußert worden sind. XVIII. 191.

— Eintragung von vertragmäßigen Pfandrechten, welche vor Einführung des Landrechts bestellt wurden. XVIII. 183.

— des Verkäufers einer Liegenschaft hat nicht die Wirkung, daß derselbe wegen des unbezahlten Kaufschillings Geltendmachung des Grundstücks, sondern nur die, daß er dessen Verkauf und Befriedigung aus dem Erlös verlangen kann. XVIII. 191.

— Der Käufer einer Liegenschaft kann dem verwiesenen ersten Pfandgläubiger nicht mit Berufung auf L.R.G. 1653 die Zahlung aus dem Grunde verweigern, weil noch spätere Pfandrechte auf dem Grundstücke haften. XIX. 109.

— Der Arrest hat die Wirkung, daß während des Arrestes kein Dritter irgend ein Recht an dem Arrestobject neu erwerben kann, auch namentlich nicht durch Eintrag eines Urtheils in ein Pfandbuch. X. 199.

— Verzicht auf Vorrang im Unterpfand, — wo solcher unbeschränkt geleistet ist, erstreckt er sich auch auf die Kapitalzinsen u., soweit deren Pfandrecht nicht verjährt ist. XVIII. 196., vergleiche Bürgschaft. XVIII. 492.

— Erlöschen desselben durch Auflösung des Rechts des Pfandgebers, durch vindication des Pfandobjects. VII. 62. Erneuerung desselben. VII. 79. Note 1. Der L.R.G. 2154 ist durch eine Verordnung v. 19. Juli 1819 außer Wirkung gesetzt. VII. 82. Ob derselben die verfassungsmäßige Sanction mangle. VII. 82. 83.

— Freiwillige Zurückgabe einer Rationensurkunde und darauf erfolgter Strich im Pfandbuch wirkt Erlöschen des Pfandrechts. XIX. 296.

— bedungenes, steht, wenn es nicht in das Pfandbuch eingetragen ist, dem eingetragenen oder gesetzlichen nach. IV. 242. 243. Gehört in die vierte Klasse. IV. 242. 243., ist nach österreichischen Gesetzen gültig, wenn es im Grundbuche, oder in Ermangelung eines solchen im Gerichtsprotokolle vorgemerkt wurde. VI. 165. Nach dem bad. neuen Landrechte kann dasselbe nur durch die in gesetzlich vorgeschriebener Art erfolgte Eintragung in das Pfandbuch Rechtswirkung erlangen. VI. 165. Für diese neu vorgeschriebene Art der Eintragung wurde kein Anfangstermin bestimmt, sondern den Behörden überlassen, neue Grundbücher zu fertigen, und deshalb Edictalladung an alle Pfandgläubiger zu erlassen, um die Eintragung ihrer Pfandrechte in das Pfandbuch in einem hierzu bestimmten Termine zu bewirken. VI. 165. Unterließen sie es, so traf sie das Präjuziz, daß sie statt in die 3. Ordnung, nur in die 4. zu stehen kamen. VI. 165. Ist nichtig, wenn es nicht durch eine öffentliche Urkunde errichtet ward. VI. 74. 75. 76. 78. Die Fertigung der Urkunde durch einen Staatsfreiber, resp. Amtsrevisor, gehört zur Perfection des Vertrags, welcher dadurch ein Literalcontract wird. VI. 75. 78. Die Zuziehung eines

zweiten Staatschreibers oder zweier Zeugen ist nach dem neuen Landrechte nicht erforderlich. VI. 74. Die Unterschrift des Amtsrevisors ist eine wesentliche Formlichkeit, deren Mangel die Nichtigkeit des Geschäfts zur Folge hat. VI. 76. 77. Dieser Mangel kann weder durch das Amtsrevisoratsiegel, noch durch andere Umstände ergänzt werden. VI. 77. 78. Muß nach dem bad. Landrechte erst in das Pfandbuch eingetragen werden, ehe die Pfandurkunde ausgesetzt wird. VI. 74. 75. Nach französl. Rechte ist es umgekehrt. VI. 75. Ausfertigung durch den Amtsrevisor und Einschreibung in das Hypothekenbuch sind die cumulativen Bedingungen, unter welchen es Vorzugsrecht in 3. Ordnung genießt. VI. 74. 75. Ohne den Eintrag in das Pfandbuch kann es, selbst wenn es in einer öffentlichen Urkunde stipulirt ist, nur den Vorzug in 4. Ordnung ansprechen. VI. 74. Mangelt es aber auch an der öffentlichen Fertigung, so hat die Forderung gar kein Vorzugsrecht, sondern gilt einem chirographo gleich. VI. 74. 75. S. auch Hypothekewesen, Pfandurkunde, Unterpfandbuch = Erneuerung, Urkunde — öffentliche.

Unterpfandrecht. gesetzliches od. willkürliches des der Ehefrau, bedarf keiner Eintragung in's Pfandbuch. IV. 242. Umfaßt alle Güter, welche der Ehemann vom Tage der geschlossenen Ehe an besitzt, besessen hat u. besitzen wird. IV. 243. 244. 246. Geht auch auf Liegenschaften über, welche für andere veräußerte Liegenschaften angeschafft worden sind. IV. 243. 244. Ergreift die erkauften Güter im Augenblick des Kaufs, auch wenn sie noch nicht in das Grundbuch eingetragen worden sind. IV. 244. Ergreift auch die Gemeinschaftsgüter, wenn die Ehefrau sich der Gütergemeinschaft ent schlagen hat. IV. 243. Gafset auch noch auf ausstehenden Gütersteigschillingen. IV. 246. 247. Ist übrigens *qua privilegium* auf's strengste zu interpretiren. IV. 244. Gehört in die dritte Klasse. IV. 244. Erstreckt sich nicht blos auf die eigenen Liegenschaften der Männer, sondern auch auf das liegenschaftliche Gemeinschaftsgut. VII. 1—13. Entgegenstehende Meinung. VII. 9. 10. Das Alter dieses Unterpfandrechts ist nicht abhängig vom Datum des Erwerbs der ehemännlichen Liegenschaften, sondern es beginnt für das Heirathsgut mit dem Tage der geschlossenen Ehe, und für die Wiederherstellung des ehewelblichen Eigenthums mit dem Tage, wo der Verkauf vor sich gegangen. VII. 10. 12. Entgegenstehende Meinung. VII. 11. Die Entschlagung der Gütergemeinschaft durch die Ehefrau hat keinen Einfluß auf das Alter ihres Unterpfandrechts. VII. 12.

— der Minderjährigen und Ehemänner kann auf Ansuchen der Vormünder und Ehemänner von der ordentlichen Obrigkeit in politischem Wege beschränkt werden. VI. 57. 254. Solche richterliche Prüfung und Erkenntniß ist besonders da erforderlich, wo die Gefahr, dies Recht ganz zu verlieren, droht. VI. 58. S. auch Obrigkeit — ordentliche, Pfandrecht, Vormundschaft.

— Ein gesetzliches Unterpfandrecht steht den minderjährigen Kin-

deru zu, deren Vermögen im elterlichen Nießbrauch ist, — selbst wenn die Ehe noch besteht. VIII. 42.

Unterpfandsrecht. Die Minderjährigen haben das gesetzliche Pfandrecht auf die Güter ihres Vaters auch wegen der Summen, die er ihnen vor Uebernahme der Vormundschaft schuldig geworden ist, und die er als Nutznießer in den Händen behält. Das Pfandrecht der Minderjährigen dauert auch nach erlangter Großjährigkeit ohne Eintrag fort. XVIII. 118. XI. 521.

— Das gesetzliche der Kinder an den Gütern der überlebenden Mutter hört mit der Wiederverheirathung derselben auf, weil mit letzterer die Mutter kraft Gesetzes die Vormundschaft über ihre Kinder verliert, sobald sie die im L.R. §. 395. bestimmte Entscheidung nicht nachsucht. IX. 125. 127.

— Das gesetzliche Pfandrecht der Minderjährigen erstreckt sich auch auf die Forderungen, welche dieselben unabhängig von der Vormundschaft hatten, sofern sie während der Vormundschaft klagbar geworden sind. XIII. 67.

— dessen Eintragung durch die Waisenrichter, s. Waisenrichter, Minderjährige.

— Wird das gesetzliche Pfandrecht einer Stiftung (§. 2121.) nur für eine bestimmte Summe und nur auf bestimmte Güter des Rechners eingetragen, so wirkt dies nicht wie ein unbeschränkter Eintrag desselben (§. 2122. 2134.), sondern wie der Eintrag eines bedingenen Pfandrechts nur auf die im Eintrag speciell bezeichneten Gegenstände, und auch auf diese nur bis zu der eingetragenen Summe, vorbehaltlich der Wirkungen, welche das gesetzliche Pfandrecht hinsichtlich des Mehrbetrags eines Reccesses und auf die übrigen Güter des Rechners nach §. 2113. 2118 a. N. 4. beibehält. XIV. 22.

— richterlich es, dazu wird erfordert: 1) daß die Schuld verfallen, 2) daß sie eingeklagt, 3) gerichtlich eingestanden und 4) in das Unterpfandsbuch eingetragen sei. VI. 185. Die Anerkennung braucht nicht vor dem ordentlichen Richter des Schuldners zu geschehen: VI. 186. Am wenigsten Anstand findet es, wenn die Anerkennung vor einer von dem ordentlichen Richter dazu delegirten anderen obrigkeitlichen Person erfolgt ist. VI. 186. S. auch Bürgermeisteramt, Geständniß — gerichtliches.

— Zu Entstehung desselben genügt die gerichtliche Anerkennung der Richtigkeit der Schuld, — eine Anerkennung der einzelnen Schuldburkunde ist nicht erforderlich. IX. 133. 134.

— auf bloße Anerkennung einer Schuldburkunde. XVIII. 199.

— durch Versäumungserkenntniß, in wiefern wird solches durch die Wiederherstellung gegen das Versäumungs-Erkenntniß beseitigt. XIX. 9.

— Ist eine Schuld nicht verfallen, oder nicht eingeklagt, so kann die Anerkennung derselben oder der dafür sprechenden Urkunde kein richterliches Pfandrecht (2123) begründen, wenn gleich die Anerkennung

gerichtlich geschah und der Schuldner zu diesem Behufe auf Antrag des Gläubigers vor Gericht geladen wurde. XV. 17.

Unterpfandsrecht. Ist die Vorschrift des L.R.G. 2146 auf den Fall anwendbar, wenn eine in allgemeiner Gütergemeinschaft stehende Ehefrau sich der Gemeinschaft theilhaftig macht, und darauf von einzelnen Massegläubigern richterl. Pfandrechte gegen sie eingetragen werden? XVIII. 202.

— Ein Urtheil, welches erst innerhalb der letzten 10 Tage vor dem Santerkenntniß verkündet wurde, wirkt kein Pfandrecht. XV. 78., XVIII. 212.

— genügt zur Erwirkung eines richterlichen Unterpfandsrechts der von dem Rathschreiber allein geschehene Antrag des Urtheils in das Pfandbuch? XIII. 59.

— Ein in das Pfandbuch nicht eingetragenes richterliches Urtheil wirkt Unterpfandsrecht in 4. Santordnung, weil ferner durch L.R.G. 2218 a. den uneingetragenen Vorzugs- und Unterpfandsgläubigern ohne Unterschied Vorrang in 4. Ordnung verliehen, und weil der von der entgegengesetzten Ansicht ausgehenden Erläuterung des großh. Justizministeriums vom 28. Dezember 1811 keine Gesetzeskraft beizumessen ist. XV. 169.

— Der von dem Vollstreckungsbeamten nach §. 1030. der P.D. bewirkte Eintrag einer richterlichen Vollstreckungsverfügung in das Pfandbuch, gewährt kein richterliches Unterpfandsrecht, weil der §. 1030. diesem Eintrag eine solche Wirkung nicht beilegt, die L.R.G. 2123. u. 2148 aber ein richterliches Pfandrecht mit der Qualifikation zur 3. Santordnung nicht aus einer von dem Vollstreckungsbeamten zur Erreichung der im §. 1030 angeführten Wirkung eingetragenen Vollstreckungsverfügung, sondern nur aus einem auf Begehren des Gläubigers zum Zwecke der Bewahrung des Pfandrechts eingetragenen richterlichen Urtheil entstehen lassen. XV. 168.

Unterschlagung anvertrauter Habe ist bürgerlich zu bestrafen. IV. 158. 371. Die einer fremden Sache ist nur bei Mitterben ein bürgerliches Vergehen. IV. 371. S. auch Betrug.

— vormundtschaftlicher Gelder setzt den bösen Vorsatz, sich von dem Vermögen des Pfleglings etwas zuzuwenden, voraus. II. 320. 331.

— um dem Gegner Beweismittel zu entziehen. XIV. 71. S. auch Landverweisung.

— von Dienstgelbern, f. Staatsdiener, Pdnalklagen, Schenkungen.

Unterschrift, f. Handzeichen, Hand- und Unterschrift.

Unterschriftsbeglaubigung bedarf keiner Zeugen. XVIII. 506.

Unterstützung unehelicher Kinder. Die Zusicherung der Unterstützung eines im Uebrigen nicht gesetzmäßig anerkannten natürlichen Kindes wirkt, wenn sie angenommen ist, rechtskräftig. Die Vaterschaft; auch wenn sie nicht in gesetzlicher Form anerkannt ist, gilt als eine rechtmäßige Vertragsursache zu einem solchen Versprechen. XIV. 587.

Unterstützungen aus milden Fonds, f. Fonds — milde.

Untersuchungskosten, f. Strafe.

Untersuchungsrichter, f. Aemter, Richter — ordentlicher.

Untersuchungssachen, welche sich zum Recurs ans Oberhofgericht eignen, darin schriftliche Vorträge der Hofgerichte, oder wenigstens actenmäßige Beurkundung über die gehaltene Abstimmung, nebst den Entscheidungsgründen. VII. 245.

Unterthanenpflicht, f. Einsassenrecht.

Unterthänigkeitsverband, f. Abfahrtgeld.

Untheilbarkeit der Einfahrten. XVII. 230. Der Gewährleistungspflicht. XVII. 428. Der persönlichen Leistungen. XVII. 455.

Untreue, f. Dienstuntreue, Rechnersuntreue, Berunglimpfung — grobe.

Unverläumdheit einer Entführten. Begriff. XI. 83., f. Entführung.

Unvermögen, als Ehrelichkeitsgrund. XVII. 298.

Unwissenheitseid kann den Erben auferlegt werden, wenn ihre Eintrede der unrichtigen oder unerlaubten Vertragsursache nicht ganz unbewiesen ist. II. 67. S. auch Eidesformel.

Unzucht, f. Weischlaf, Concubinat, Wollustbefriedigung.

Urbares Land, was darunter zu verstehen sei. I. 167. Von demselben kann allein der Zehnten gefordert werden. I. 167—169.

Urheber, intellectueller, eines Meineids, ist der, der einen Zeugen durch Belohnung mit Vorwissen zu einem falschen Eid verleitet hat. VII. 112.

— mittelbarer, eines Verbrechens ist: 1. der den Willen eines andern zu dessen Begehung bestimmt; 2. der dem andern bei der schon von ihm beschlossenen Verübung des Verbrechens solche Hülfe leistete, ohne welche ihm diese überhaupt, oder wenigstens unter den besondern Umständen unmöglich gewesen wäre. V. 353. S. auch Gehülfe, Rechnersuntreue.

Urheber und Miturheber. VII. 270., wenn das begangene Verbrechen die Wirkung eines gemeinschaftlich gefaßten Entschlusses war, trifft alle, ohne Rücksicht auf die Art der Ausführung, die volle gesetzliche Kraft. VII. 270. S. auch Miturheber, Stellonat.

Urkunden, Erfordernisse derselben nach L.R.G. 1326. XV. 597. S. Schulurkunden.

— Vernichtung einer Abrechnungsurkunde, beziehungsweise einer Quittung, begangen durch den Gläubiger zum Nachtheil des Schuldners. XIV. 376.

— auf benannte Personen, f. Vorladungen.

— von Gewerbsleuten, f. Gewerbsleute.

— auf Inhaber, f. Vorladungen, Attestate, Rechtsurkunde.

— öffentliche, sind diejenigen, die von solchen öffentlichen Beamten, welche am Orte des Geschäfts zu beurkunden berechtigt sind, mit den erforderlichen Feierlichkeiten verfaßt wurden. V. 222. Der Gebrauch der Ziffern ist bei ihnen ausgeschlossen. V. 88. S. auch Attestate, Todtenschein, Zeugenbeweis, Notariatsordnung.

Urkunden. Zu den Förmlichkeiten gehört auch das Datum. IV. 212.

Ob zur Aechtheit derselben die Unterschrift des Beamten erforderlich ist. I. 281. 284., wenn sie als Privaturkunden gelten sollen, müssen sie die gesetzlichen Erfordernisse als solche haben. XII. 308.

— die dazu erforderlichen Feierlichkeiten bestimmt das neue Landrecht nicht. VI. 31. 76. 170. 171. Uebrigens, wer öffentlicher Beamter mit Beurkundungsrecht sei. VI. 31. 76. Dies bestimmt die Notariatsordnung von 1806 und der Nachtrag dazu. VI. 31. Hiernach ist ein sicheres Datum eine wesentliche Förmlichkeit derselben. VI. 171. Ein öffentliches Testament ist eine solche. VI. 170. 171. Beweisen auch im Civilrechte nur vollständig das, was sie wirklich enthalten, aber nicht für die absolute Richtigkeit von Schlussfolgerungen, welche aus Omissionen in denselben gezogen werden wollen. VI. 207. Zur Criminalrechte ist der L.R.G. 1319 nicht einmal analog anwendbar. VI. 207. Der Mangel des Eintrags in dieselben kann auf einem bloßen Versehen des beurkundenden Beamten beruhen, und darum nicht mit gleichem Grunde auf eine Fälschung geschlossen werden, wie da, wo es sich um einen wirklichen, als falsch angefochtenen Eintrag handelt. VI. 207. Beweisen unter den Betheiligten auch das, was exnunciativ darin angeführt ist, wenn die Erzählung einen unmittelbaren Bezug auf die Verfügung hat, wie die Bestimmung des Bestandes einer Frauensperson beim Abschluß eines Ehevertrags. VI. 178. S. auch Criminalsachen, Ehevertrag, Lagerhaus, Soldat, Privaturkunde, Testament — öffentliches, Unterpfand — bebungsmess, Vermögensverzeichnis, Zeugen.

— wer die Falschheit einer öffentlichen Urkunde behauptet, muß den Beweis führen. VIII. 269.

— zur Beweisreine der Falschheit gehört, daß der sie Vorschützende Thatsumstände behaupte, welche auf einen dolus malum des Geschäftsfertigers, oder auf eine von ihm bezweckte Täuschung schließen lassen. XVI. 94.

— eine in der Form angefochtene öffentliche Urkunde ist nicht vollbeweisend. VII. 270. Vom Bürgermeister ausgefertigte Urkunden gelten nicht für öffentliche. VIII. 228. 370.

— Aechtheitsbeweis. Beweiskraft des Ausspruchs der Schreibverständigen. Verzicht des Anwalts auf Beweiserhebung ohne Specialvollmacht. XIX. 301. Aechtheitsbeweis, Nothleid beim Erkenntniß der Schreibverständigen, daß die Aechtheit zweifelhaft sei. Zusage des Producenten zum Erfüllungsleid setzt voraus, daß seine eigene Kenntniß wenigstens wahrscheinlich gemacht sei. XIX. 350. 353. Urkundenächtheitsbeweis durch Sachverständige. Fall, wo ausnahmsweise der Producent zum Erfüllungsleid zugelassen war. XIX. 53.

— über die Bestimmung und Verwendung eines Darlehens zum Erwerb von Grundstücken, s. Vorzugsrecht.

— ein in öffentlicher Urkunde abgefaßter Erbvergleich bedarf nicht der Unterschrift der Betheiligten. XVIII. 150.

Urkunde, als solche gilt eine von dem Pfarramte über die elterliche Zustimmung zur Ehescheidung ausgestellte Beurkundung. IX. 159. 160. Ausländische: a. ist in der Regel nach den Gesetzen des Orts und der Zeit ihrer Errichtung zu beurtheilen; b. hat keine Glaubwürdigkeit, wenn sie an einem Mangel in Form und Gehalt leidet, welcher einer inländischen Urkunde nach inländischen Gesetzen die Glaubwürdigkeit entzieht. IX. 359.

— private, der Mangel der doppelten Ausfertigung macht sie nichtig. VIII. 365. Dieser Mangel wird nicht durch Deposition der Urkunde bei einem Dritten gehoben. VIII. 487., ebenso wenig durch Anerkennung derselben. VIII. 488., jedoch können solche Urkunden einen Anfang des schriftlichen Beweises abgeben. VIII. 486. Die doppelte Ausfertigung ist nöthig, selbst wenn die Contrahenten denselben Zweck beim Geschäft haben. VIII. 487., so wie bei particularen Handelsgesellschaften. VIII. 488. Durch die Richtigkeit der Urkunde wird jedoch nicht auch das Geschäft nichtig. VIII. 137. Ein *referens sine relato* beweist nichts. VIII. 286. Der Besitz einer Schulurkunde gibt für sich noch kein Forderungsrecht. VIII. 17. 402. Die in einer Privaturkunde, ohne sicheres Datum, enthaltene Quittung befreit den Schuldner nicht gegenüber dem Gläubiger seines Gläubigers, welcher einen richterlichen Bescheid auf seine Schuld erwirkt hat. XVIII. 513. Wann eine Privaturkunde gegen dritte Personen gewiß wird. VII. 160. Die im L.R.G. 1326 von der dort gemachten Vorschrift statuirten Ausnahmen beziehen sich nicht nur auf die Männer, sondern auch auf die Frauen. XIX. 237.

— *summe*, deren Bedeutung. I. 79., d. h. solche, welche keine Vertragsursache (*causa deb.*) enthalten, geben gleichwohl den Anfang eines Beweises. XIII. 538.

Urkundenbeweis. Urkunden beweisen nur unter Vertragspersonen. VI. 26, 27, 31, 33., howiefern beweisen sie auch gegen Dritte. XI. 228., XII. 254., XIII. 519. Urkunde eines Dritten. XVII. 150. Der Schulurkunden. XV. 597., s. auch Schulurkunden. Durch alte Abschriften. XVIII. 496., als Anfang eines schriftlichen Beweises. XVII. 437., XIX. 363., als Anfang gilt ein einfach ausgefertigter doppelseitiger Vertrag. XII. 227. Urkunden über ein Anerkenntniß machen die Vorlage der ursprünglichen Rechtsurkunde nur dann überflüssig, wenn in jener der Inhalt dieser besonders angeführt ist. V. 247. 248. S. auch Gekändniß.

— eine Urkunde, welcher der im L.R.G. 1326 vorgeschriebene Beisatz „gut“ oder „gutgeheßen“ fehlt, hat zwar nicht volle Beweisraft, gilt aber doch als Anfang eines schriftlichen Beweises. VII. 154, 155, 157, 158. Note 1. Welche mit Handzeichen statt der Namensunterschrift versehen ist, hat Beweisraft. VII. 154. 157. (S. die Worte des Urtextes des Tages 1322, *l'acte sous seing privé* — „Unterschrift und Unterzeichnen.“)

— Beweisraft einer mit einem Handzeichen statt der Namensunter-

schrift versehenen Urkunde. XIV. 99. Ein bloßes Handzeichen statt der Unterschrift auf einer Urkunde kann, wenn gleich die Richtigkeit desselben erwiesen ist, nicht einmal den Anfang eines Beweises liefern, da hiezu nach §. 1347. eine vom Probaten herrührende Schrift erforderlich ist, für welche das Handzeichen nicht gelten kann. XIII. 600.

Urkundenbeweis. Eine Urkunde von 1750, welche zwar ein öffentliches Siegel, aber keine Unterschrift hatte, wurde nach dem §. 3 der Reichsnotariatsordnung von 1512 als nicht beweisend betrachtet, da keine der im §. 4 erwähnten Gewohnheiten nachgewiesen war, nach welcher in dem betreffenden Orte im Jahr 1750 öffentliche Urkunden ohne Unterschrift gültig waren. XIII. 120.

— Die Einrede der Simulation kann gegenüber vom Inhalte einer ihrer äußern Beschaffenheit nach vollbeweisenden Urkunde nur durch Urkunden bewiesen werden. Die Eideszuschreibung ist hier aber so wenig, als der Beweis durch Zeugen und Vermuthungen zulässig. Gegen eine vollbeweisende Urkunde ist die Führung des Gegenbeweises auch durch solche Urkunden statthaft, welche zwar anerkannt von der Gegenpartei herrühren, vermöge ihres Inhalts jedoch eine bloße Wahrscheinlichkeit für das Gegentheil des Hauptbeweissatzes begründen. Der Richter hat in diesem Falle nach Vorschrift des §. 639 der P.O. auf einen Nothrid zu erkennen. XVI. 556.

— Beweis der Richtigkeit. XVII. 437. Im unbedingten Befehlproceß kann er nur durch Urkunde oder Eid geführt werden. XII. 310. Der Erfüllungseid, daß Produzent die Niederschreibung selbst mit angefehen habe, ist zulässig. XII. 312. Ueber die Richtigkeit ist auch Zeugenbeweis zulässig. XIII. 472. 601., XVIII. 600. §. auch Schriftvergleichung, Beweis.

Urkunden-Edition. Urkunden brauchen in der Regel von dem Beklagten nicht edirt zu werden. V. 157. Ausgenommen, wenn sie der Kläger verlangt, um den Einreden des Beklagten begegnen zu können. V. 157. §. a. Atteste, Hausaufzeichnung, Wirtsbücher, Rechtsurkunde, Zeugenbeweis.

— gemeinschaftliche, müssen edirt werden. V. 148. 153. 157. Sie müssen zu meinem Behufe, unter meiner Beiwirkung, sogar von mir selbst ausgefertigt worden sein. V. 155. 157. Dem richterlichen Ermessen ist hinsichtlich der Eigenschaft der Gemeinschaftlichkeit vieles überlassen. V. 155. Eine Quittung, welche der Schuldner durch Zahlung an sich gebracht hat, hört also nicht schon dadurch auf, eine gemeinschaftliche Urkunde zu sein. V. 155. 157. Abweichende Ansicht. V. 155.

— deren Einforderung von Amtswegen. XVII. 431. §. a. Edition, Editionspflicht, Erbheiratsbrief.

Urkundenverfälschung, Begriff und Wesen dieses Verbrechens. I. 216. 292.

— Unterschied von Betrügerei im Allgemeinen. I. 211. 222. 295.

- Wenn kein Vermögensvorteil damit bezweckt wird, so erscheint sie als bloße vorsätzliche Gewaltthat. IV. 372. Der Fälschung und des Betrugs macht sich derjenige schuldig, der in öffentlichen Rechnungen an die Stelle der richtigen Zahlen mittelst Radirens unrichtige setzt. V. 173. 175. S. auch Rechnersuntreue. Die Fertigung einer, in ihrer Form ächten Privaturkunde zur Verübung eines Betrugs gilt nicht als Urkunden-Fälschung. XIII. 131.
- Urkundenverfälschung. Zu ihrem Thatbestande erfordert sie: 1) eine negative und positive Fälschung eines Andern; 2) einen dem Andern daraus erwachsenden Nachtheil; 3) dolus; 4) die Absicht, sich selbst einen Vortheil dadurch zu verschaffen. VI. 198. 199. 200. Ist nur bürgerlich zu bestrafen, wenn damit kein Eingriff in fremdes Eigenthum beabsichtigt worden, und es am vollständigen Beweise des bösen Vorsatzes mangelt. VI. 198. 199. 200. Entgegenstehende Ansicht. VI. 199. 200. S. auch falsum, Urkunde — öffentliche.
- Zu ihrem Thatbestande gehört ferner, daß die falsche Urkunde ihrem Inhalte nach von der Beschaffenheit sei, daß sie, wenn sie ächt wäre, zur Begründung resp. zum Beweise civilrechtlicher Ansprüche des Damificaten gegen den Aussteller dienen würde. Dagegen gehört nicht dazu, daß die falsche Urkunde eine Nachahmung der Handschrift des Dritten, auf dessen Namen sie ausgestellt ist, enthalte. XVI. 99. 473.
- Ob die Zustimmung der Gemeindeversammlung zu einem Betrug an der Gemeindefasse den Thatbestand des Verbrechens aufhebe? XIII. 452. Ob die trügliche Verwendung von Zunftgeldern zum Sehen der Zunftmitglieder als Unterschlagung, oder nur als Polizeilübertretung zu bestrafen sei. XIII. 461.
- Ueber den Beweis der Fälschung einer Urkunde, wobei die Unterschrift als ächt anerkannt ist, unter Berücksichtigung des §. 434. der P.O. und des L.R.G. 1117 b. XIII. 562.
- grobe, gewinnsüchtige, ist bei öffentlichen Urkunden mit einem Jahr Zuchthaus zu bestrafen. IV. 269. Urkundenverfälschung. XIV. 30. 33. Deren Bestrafung. XII. 314.
- Urschrift, ob und in wiefern ein schriftlicher Extract aus der Urschrift selbst den Producenten von der Vorlage der Urkunde befreie. IX. 372. 373. S. auch Mandat.
- Urtheile, wirken nur unter den an den Processen, in welchen sie ergehen, Theil nehmenden Partheien. V. 48. 60. Auf die denselben vorausgegangenen Verhandlungen können sich aber Dritte nur in soferne berufen, als sie von damals vorgekommenen gerichtlichen Erkenntnissen und sonstigen Beweisen auch zu ihrem Vortheile Gebrauch machen können. V. 58. 60.
- daß von einer competenten Stelle ausgesprochen wird, hat die Präsumtion der Rechtfertigung für sich. IV. 349.
- sind auf ihren Gegenstand zu beschränken, wirken insbesondere da, wo sie das Recht zu einem Gefäll zuerkennen, nicht Vollziehbarkeit in

Bezug auf später fällig werdende Beträge desselben Gefälls. XII. 30. 306.

Urtheile, deren Beweiskraft in Bezug auf Thatfachen, die nur erzählender Weise darin angeführt sind. XII. 303.

— Gilt die Vertheidigung eines der Parthei durch einen nicht bevollmächtigten Vertreter erstrittenen Urtheils als Genehmigung im Sinne des P.D.G. 138. und L.R.G. 1998. XVI. 25.

— Die Einrede der rechtskräftigen Entscheidung steht der neuen Klage wegen eines im frühern Urtheil übergangenen Klagpunktes nicht entgegen. XVI. 350.

— Einrede der Rechtskraft, Auslegung des Urtheils durch seine Entscheidungsgründe. XIX. 196. Urtheilsauslegung. XIX. 361.

— Die Purification der oberhofgerichtlichen Urtheile, wenn reformatorisch auf einen Eid erkannt ist, wird lediglich den Hofgerichten überlassen. VII. 236. 237.

— der Collegialgerichte, Art sie zu finden. XI. 225.

— Umfang ihrer Rechtskraft. XVII. 123. 243.

— Nichtigkeit derselben. XVII. 285.

— in Entscheidungssachen, diesen müssen die Entscheidungsgründe beigelegt werden. XVI. 445.

— scheidrichtliche, gegen ein solches können nach Anh.G. 52. nicht die Nichtigkeit und die Appellation gleichzeitig, sondern es kann nur eines dieser beiden Rechtsmittel allein verfolgt werden. Ist das Eine anhängig gemacht, so kann dem Andern die Einrede der Rechtshängigkeit entgegen gehalten werden. XV. 283.

— der Hofgerichte in Strafsachen können nur in zwei Fällen an das Oberhofgericht gelangen: 1) wenn der Verurtheilte seine völlige Unschuld darthun will, 2) wenn die oberste Aufsichtsbehörde ein vor den Hofgerichten gefälltes Urtheil für viel zu mild erachtet. VII. 187. f. Cassation.

— Aufhebung eines Urtheils. VII. 304. Die obern Gerichtsbehörden sind nach den babilischen Gesetzen nicht befugt, ein von einem untern Gericht erlassenes Urtheil darum als nichtig aufzuheben, weil die urtheilende Behörde, nach Ansicht der obern nicht, sondern diese selbst zur Aburtheilung des Verbrechens competent war. VII. 304. 307. Entgegenstehende Meinung. VII. 303. Nur das Justizministerium kann in diesem Falle die Sache an die competente Behörde abgeben. VII. 305.

— ausländischer Gerichte gegen babilische Unterthanen müssen in der Regel durch ein ausländisches Gericht legalisirt werden, um volle Rechtswirkung zu erlangen. IX. 427. Eine Ausnahme von dieser Regel tritt da ein, wo Staatsgesetze oder Staatsverträge etwas anderes bestimmen; eine solche Ausnahme ist bezüglich aller in den R. R. österreichischen Staaten, Ungarn und Siebenbürgen ausgenommen, ergangenen Urtheile festgesetzt. IX. 427.

— französische, deren Vollziehbarkeit. XII. 346.

Urtheile. Vollzug der von ausländischen, insbesondere franz. Gerichten erlassenen, auf hiesländische Liegenschaften sich beziehenden Urtheile. XIX. 29. Vollstreckung ausländischer Urtheile. Staatsvertrag mit Frankreich. XIX. 398.

— kurfürstlicher Gerichte, sind nur auf vorgängige Verhandlung in hiesischen Landen vollziehbar. IV. 297.

— österreichische, deren Vollziehbarkeit. XII. 15.

Urtheilsbehändigung muß in Urschrift geschehen. XI. 51.

— müssen zur Beschreitung der Rechtskraft den Parthelen selbst instruiert werden. VIII. 248., XII. 589., ohne daß das Gesetz darauf Rücksicht nimmt, ob die Parthei einen andern zum Empfang der Einhändigungen besonders beauftragt hat, indem eine Ausnahme von der Nothwendigkeit der Einhändigung an die Parthei selbst nur in den Fällen eintritt, wo die Parthei durch einen Abwesenheitspfleger vertreten wird und wo der Ausländer einen Gewalthaber aufgestellt hat. XII. 589.

Urtheilsform, s. Straferkenntnisse — absolute.

Urtheilspublikation vor und nach dem 1. Mai 1832. Folgen davon in Bezug auf Succumbenzgelder, s. Succumbenzgelder, Superrevision, Restitution.

— mündliche, an die Advokaten, berechtigt diese nicht zur Anrechnung einer Gebühr für den deßhalb zu machenden Gang. III. 212. 213.

Urtheilsvollzug, dagegen findet nur im Cassationswege ein dritter Rechtszug statt. II. 275. S. auch Strafurtheile.

Usucapio libertatis, s. Dienstbarkeiten, Frohnden, jus compascendi, Zehnten.

Usus fori, s. Gerichtsgebrauch.

Usus fructus, s. Nießbrauch, Nutznießung.

B.

Baganten, s. Jauner.

Baluta, ob die unrichtige Angabe beim Wechsel diesen auch als Schuldturkunde unkräftig macht. I. 266. S. auch Wechsel — eigene.

Basallen, s. Ackerbelehnung, Dienstbarkeit, Erblichen, Lehensleute.

Bater, ihm steht unbedingt und ohne Ausnahme die Verwaltung alles Vermögens der minderjährigen Kinder, selbst des freigeigenen, zu. V. 162. 164. 165. Es macht keinen Unterschied, ob er beim Anfange dieser Verwaltung selbst Vermögen besitzt, oder arm ist. V. 162. 164. 165. Also kann ihm später erfolgten Verarmung oder Verärgung wegen dieselbe auch nicht entzogen werden, so lange nicht besondere Umstände eine Verwaltungsunfähigkeit in physischer oder moralischer Hinsicht bezeugen. V. 162. 164. M. v. die Note hiezu. V. 344—347. incl. S. auch Beistand, Einwilligung — väterliche, Gewalt — väterliche, Nutznießung.

Vaterschaft, die für den Ehemann sprechende gesetzliche Vermuthung derselben wird durch die Entfernung, in der beide Ehegatten von einander leben, nur dann aufgehoben, wenn dadurch die eheliche Beiwohnung unmöglich geworden ist. IV. 274. Ist eine solche absolute Unmöglichkeit nicht vorhanden, so hat der Ehemann den Beweis des Ehebruchs seiner Frau zu führen. IV. 274. S. auch **Eheverwahrung** von Tisch und Bett.

- Kann die Verläugnung der Vaterschaft eines während der Ehe empfangenen Kindes auch durch andere Handlungen als eine förmliche Klage von Seiten der hierzu berechtigten Person erfolgen? XIII. 390.
- alle Nachfrage nach derselben zum Zweck der Ernährung unehelicher Kinder ist in der Regel verboten. V. 41. 44., eine Nachfrage wegen der Schwängerung im polizeilichen Wege wird dadurch nicht ausgeschlossen. V. 41. Diese ist auch auf den muthmaßlichen Schwängerer auszudehnen, der von der Geschwängerten als solcher angegeben wird, und in einem begründeten Verdachte eines unzüchtlichen Zuhandelns oder einer unzüchtlichen Vertraulichkeit mit derselben steht. V. 41. Es findet dabei Eideszuschreibung und Eidesanfrage statt. V. 41. In dem hierauf zu fallenden Straferkenntniß ist weder der Vaterschaft, noch der Ernährungskosten zu gedenken, aber doch die Clausel anzuhängen „vorbehaltlich gebührender Staatsentschädigung.“ V. 41. Dies hat die Wirkung, daß der Staat oder die Gemeinder, denen die Ernahrungspflicht des unehelichen Kindes zur Last fällt, gegen den Schwängerer im Civilwege ihren Rückgriff nehmen können. V. 41. Von dem Verbote der Nachfrage tritt eine Ausnahme dann ein, wenn der Schwängerer zufällig des Beischlafs überwiesen wurde. V. 41. 42. 43. 44. 45. Ob es eine solche zufällige Ueberweisung sei, wenn zwei Zeugen zufällig den Beischlaf mit angesehen haben, und bei ihrer gerichtlichen Einvernehmung dies bestätigen, ist controvers. V. 42. 43. 44. 45.
- gerichtliche Anerkennung derselben vor Einführung des neuen Landrechts. XVIII. 164.
- wird durch freiwilliges Geständniß des Beischlafs hergestellt. IX. 193. 194. Freiwilliges ist nur dann vorhanden, wenn der Beklagte solches entweder unter den gesetzlichen Formen oder aus eigener Anregung und ohne obrigkeitliches Einschreiten abgegeben hat. IX. 194. Unterschied zwischen freiem und freiwilligem Geständniß. IX. 194.
- freiwilliges Geständniß derselben. L.R.G. 340 a. XVI. 373.
- die Zusicherung der Unterstützung eines im Uebrigen nicht gesetzmäßig anerkannten natürlichen Kindes wirkt, wenn sie angenommen ist, rechtskräftig. Die Vaterschaft auch wenn sie nicht in gesetzlicher Form anerkannt ist, gilt als eine rechtmäßige Vertragsursache zu einem solchen Versprechen. XIV. 587.

Vaterschaftsklage findet nicht statt, wenn das Kind noch zur Zeit der Gültigkeit des alten Rechts geboren wurde. IV. 235. Ob ein unter dem alten Rechte angetretener Beweis desselben nach Einfüh-

rumg des neuen Rechts noch fortgesetzt werden könne, ist controvers.
IV. 235. 336.

Vaterschaftsklage, findet die Klage auf Vaterschaft zufolge der
L.R.G. 340 a. 340 a. auf den Grund einer begangenen Nothzucht
statt? XIII. 19.

— wird eine solche nach L.R.G. 340 a. darauf gebaut, daß der Be-
klagte den Beischlaf mit der Klägerin zur Zeit der gesetzlich unterstell-
baren Empfängniß freiwillig eingestanden habe, so genügt es nicht
an der einfachen Thatfache, daß der Beklagte wo immer ein solches
Geständniß abgelegt habe, sondern es sind die Umstände anzugeben,
aus welchen hervorgeht, daß das Geständniß nicht nur unter Zwangungen,
sondern freiwillig war, d. h. aus eigenem Antriebe erfolgte, und daß
es gegenüber der Geschwängerten oder etwa dem Vertreter des Kin-
des abgelegt wurde, indem nur in diesem Falle der animus eonstendi
anzunehmen ist. XIV. 321.

— Begründung derselben nach §. 340. a. XVII. 216.

Vaterschaftsverläugnung, kann die Verläugnung der Vater-
schaft eines solchen Kindes auch durch andere Handlungen als eine
formliche Klage von Seiten der hierzu berechtigten Personen erfolgen.
XIII. 390.

Verantwortlichkeit des Richters für Nebenurtheile. I. 51.

— in Preßsachen. XIV. 546.

Veräußerung im Sinne des §. 892. XIII. 475. §. Kauf.

— des ehewelblichen Vermögens durch den Ehemann. XVII. 422.

— eines Lehens oder Stammgutsbestandtheils. XVI. 19. §. auch
Kauf, Dienstbarkeiten, Entwendung, Erbsehen, Gantausbruch, Lehens-
einkünfte, Verpfändung, Verzichtleistung.

Verbannung, Abschaffung der Amtsverbannung. XII. 15.

Verbeistandung, wegen Geisteschwäche, ob sie die vorher eingegan-
genen Rechtsbandlungen ungültig mache. XIII. 428. §. Geistes-
schwäche.

Verbesserung oder Verwendung bewirkt an sich kein Eigentum.

VII. 60. Vergütungsfordernngen für Verbesserungen können nicht
Gegenstand eines Unterpfandrechts sein. VII. 60. 61.

Verbesserungen und Vervollständigungen des Vortrags im Be-
weisverfahren. XI. 42.

Verbindlichkeit, darf nach L.R.G. 1130 auch zukünftige Sachen
umfassen. III. 156., noch nicht angefallene Erbschaften sind davon
ausgenommen. III. 156.

— unter der Bedingung übernommen, die von der Willkühr des Ueber-
nehmenden abhängt, ist nichtig. V. 69. Davon ist nicht die Rede,
wenn in einem Ehevertrage ausgemacht wird, wer der Erbe sein soll,
wenn der überlebende Erbtheil nicht anders disponirt. V. 69. §.
auch Verjährung.

— Unterschied zwischen der ausdrücklichen Genehmigung einer Ver-
bindlichkeit und der stillschweigenden durch Erfüllung: bei der erstern

ist gegen den Genehmigruben zu beweisen, daß er den Nichtigkeitsgrund kannte und durch die Genehmigung beseitigen wollte, wogegen im Falle der Erfüllung der Erfüllende einen Irrthum, und zwar nach §. 1110. a. einen unverschuldeten nachzuweisen hat, wenn er die in der Erfüllung liegende Genehmigung in ihrer Wirkung aufheben will. XIV. 605.

Verbindlichkeit, freiwillige Erfüllung eines Theils der Verbindlichkeit genügt nach L.R.G. 1338 in Ermangelung einer Urkunde über die Bestätigung oder Genehmigung. III. 63: Bewirkt einen Verzicht auf die Klagen und gegen das Geschäft statthabenden Einreden. III. 63.

— Die freiwillige Erfüllung einer Verbindlichkeit (§. 1338. Abs. 3., und 1338 a.) wirkt nur als Verzicht auf die Klagen und Einreden gegen das Rechtsgeschäft, sie kann daher eine solche Wirkung nur dann haben, wenn das Zustandekommen der Verbindlichkeit selbst, und die Vertragsursache, ohne welche die Verbindlichkeit als gar nicht existirend betrachtet wird, außer Zweifel ist, und es sich um die Gültigkeit derselben handelt. XIII. 539. Die Urkunde, durch welche ein volljährig Gewordener die in seiner Minderjährigkeit eingegangene Verbindlichkeit genehmigen und dadurch dieselbe nach §. 1311. gültig machen will, ist den allgemeinen Erfordernissen von Genehmigungsurkunden (§. 1338.) unterworfen. XIII. 539.

— Die Nichterfüllung einer Verbindlichkeit gibt bloß ein Recht, auf Auflösung derselben zu klagen. II. 367.

— Eine Klage auf Anerkennung verschuldeten Verbindlichkeiten findet nicht statt, sondern nur eine Klage auf Erfüllung derselben, und bei betagten Verbindlichkeiten findet eine Klage erst statt, wenn der Zeitpunkt eingetreten ist, wo die Erfüllung verlangt werden kann. XII. 306.

— untheilbare. XVII. 455.

Verbindlichkeitsübernahme, s. Dienstbarkeiten, Entwendung, Erblehen, Gantausbruch, Leheneinkünfte, Verpfändung, Verzichtleistung.

Verbrechen. Was unter gleichartigen Verbrechen zu verstehen sei. VII. 246. Hierbei Grundsatz der Strafenaddition; — Ausnahme von diesem Grundsatz beim zweiten und dritten Diebstahl. VII. 247. Objectiv und ideale Concurrency der Verbrechen. VII. 247. Unterschied zwischen fortgesetzten und wiederholten Verbrechen. VII. 247. 248. §. über diese Punkte eine Erklärung des Justizministeriums. VII. 246. 248.

— Connerxität der Verbrechen in Bezug auf die Begründung der Competenz des Oberhofgerichts. VII. 185. ff.

— Der Ablauf der halben Verjährungszeit bei Verbrechen ist kein gesetzlicher Milderungsgrund. VII. 272.

— Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den Angeschuldigten, insbesondere wenn das Verbrechen sich später als ein schwereres herausstellt, als wegen dessen der Angeschuldigte früher verurtheilt wurde. XV. 373.

Verbrechen. Sicherung der Entschädigungsansprüche des Beschädigten. XVI. 573. **S.** Entschädigung, Defensionen, Hofgericht, Oberhofgericht, Strafurtheile, Nebenverbrechen.

— der Militärs, **f.** Strafgesetz.

Verbrecher, abwesender, **f.** Strafurtheile. **S.** auch Gutachten der Gerichtsräthe.

— Sammtverbindlichkeit der Verbrecher überhaupt, und insbesondere beim Hochverrath. XIX. 377.

Verdacht, **f.** Verd.

Verdachtlosklärung, **f.** Straferkenntnisse — ordentliche.

Vererbungen, **f.** Eigenthumsabtretungen, Schriftseigenthum.

Vorfahren. a. Wenn schriftliches Verfahren nachgesucht wird, muß die Genehmigung der Gegenparthei vorgelegt werden. VIII. 72. —

b. Nothwendigkeit einer Specialvollmacht. VIII. 72. — c. Ob dies Verfahren nachtheilig für den Geschäftsgang ist. VIII. 355. —

d. Verletzungen von Vorschriften des Verfahrens haben keinen Einfluß, wenn der Beschwerdeführer keinen Nachtheil erweist. VIII. 91. e. Vergleichung des früheren Proceßverfahrens mit dem neuen, und ob der Geschäftsgang durch das letztere gewonnen habe. VIII. 69.

— summarisches, schließt den dritten Rechtszug aus. VII. 141. Das *possessorium summarium* des L.R.G. 544 e. ist aber *causa ordinaria*, weil es sich dabei nicht mehr um das *nudum factum possessionis* handelt. VII. 141. Entgegenstehende Ansicht. VII. 140.

141., **f.** 142. Note 1.

Verfalltag, **f.** Handelsgeschäfte, Zettel auf Inhaber.

Verfallzeit, **f.** Wechsel — eigene.

Verfälschung, **f.** Urkundenverfälschung.

Verfasser, **f.** Schriftseigenthum.

Verfertigungsaufwand, **f.** Anschaffungsaufwand.

Verfügungen, einstweilige, demjenigen, welcher in Bezug auf eine noch zu erhebende Klage eine einstweilige Verfügung vom Richter erwirkt hat, ist auf Begehren seines Gegners zur Erhebung dieser Klage bei Verlust der einstweiligen Verfügung ein Termin anzuberaumen. XVIII. 114. Wenn eine einstweilige Verfügung in Bezug auf eine bestimmte bereits erhobene oder noch zu erhebende Klage ertheilt ist, so erlischt dieselbe mit dem Erlöschen dieses Proceßes *re. re.* XVIII. 115. **S.** auch Beschlag.

— Zur einstweiligen Leistung dessen was Streitgegenstand ist, während des Streits, kann der Beklagte nicht angehalten werden, wenn gleich dem Kläger eine Gefahr der in der P.O. §. 709 bezeichneten Art droht. XIV. 573.

— proceßleitende, gehen in Rechtskraft über. IV. 201. **S.** auch Restitution, *Et.*

— letztwillige, **f.** Schenkungen.

Verfügungsgewalt der Eltern, ist in Bezug auf ihr Vermögen beschränkt. VII. 32.

Verführung, ist nur bei geringen Verbrechen ein Milderungsgrund. III. 269.

Vergantung, ist ein in Frankreich nicht vorhandenes Institut. VI. 40. S. auch Gantverfahren.

Vergehen, dessen strafrechtliche Folgen können nur den treffen, der das Gesetz übertreten. VII. 196., anders bei civilrechtlichen Folgen. S. Dienstherr.

Vergehen und Versehen, Gastbarkeit der Gemeinden für den bei Tumult verübten Schaden. XVIII. 261. Zuständigkeit des Civilrichters zur Entscheidung über Nebenpunkte in Strafsachen. XVIII. 266. Ein wegen Nothwehr strafflos erklärendes Urtheil bindet den Civilrichter nicht bei Entscheidung der Entschädigungsfrage. XVIII. 269. Bei Anlage und Betrieb der Eisenbahnen. XVIII. 277. 281. — Entschädigung wegen während der Revolution in Empfang genommener Staatsgelder. XVIII. 609.

— bürgerliches, der competente Richter dafür. VII. 112. S. auch Kämter, Arbeitshausstrafe, Hofgerichte, Strafgewalt, Unschuld- und Recurs zur Gnade, Unterschlagung.

Vergeltung, feierliche, zum Zweck einer Offenbarung, muß genügen, wenn gesetzmäßig obsignirt, oder doch von den hinterbliebenen Familiengliedern darum nachgesucht worden ist. II. 4.

— durch die Polizeibehörde. KV. 361.

Vergiftung, Verbrechen der Vergiftung. I. 356. 369., einer Haus- haltung. VIII. 59. Absicht einer solchen geht daraus nicht hervor, daß sich Jemand aus einigen Apotheken Mäusegift geben ließ. VI. 355. 356.

— wird, wenn der Angegriffene mit dem Leben davon kommt, nach Art. 130. der P.-G.-O. und nach §. 81. des Strafbiets nur als versuchter Mord angesehen. III. 261. — Nach der Verordnung vom 20. December 1805 ist aber auch hier auf die Todesstrafe dann zu erkennen, wenn der Thäter seinen unbezweifelten Vorsatz zu tödten, bis zur Vollendung, seiner Meinung und Ansicht nach, durchgesetzt hat. III. 261. — Dazu wird also erfordert, daß der dolus directus wirklich erwiefen sei.

— mit Arsenik gehört in die 3. Klasse der Vergiftungen. III. 260.

— Bitriol mit etwas Kupfer mineralisirt, gehört in die erste Klasse der ägenden Gifte. III. 260.

Vergleiche. Vertragsauflösung wegen Nichterfüllung. L.R.G. 1184. Anwendbarkeit auf Vergleiche. XIX. 403.

Vergleich. Die gesetzlichen Förmlichkeiten sind in den L.R.G. 2044. und 2046. vorgeschrieben. III. 57.

— können solche Nichtigkeiten heilen, die nicht als absolute angesehen sind. II. 206.

— ein Vergleich hat die Kraft eines Urtheils. IV. 343. 345. S. auch Eidesformel, Litibdenunciation.

— über zukünftige Erbschaft wird rechtsbeständig durch rechtskräftige Abweisung einer Klage auf Umstoßung. XVI. 377.

Vergleich, die schriftliche Abfassung ist zu dessen Gültigkeit durchaus erforderlich. VI. 191. Eideszuschreibung findet hier nicht statt. VI. 191. Entgegenstehende Ansicht. VI. 190. S. auch *Santfaken*, *Haupteid*, *Zeugen*.

— muß schriftlich abgefaßt sein, nicht seiner Gültigkeit an und für sich wegen, sondern weil das Gesetz jedes andere Beweismittel außer der Urkunde ausschließt (andere Auslegung des R.R.C. 2044 und frühere Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes.) X. 75, deren schriftliche Abfassung ist nur wegen der Beweislichkeit verordnet. XII. 308.

— Der Beweis ist kein Schriftverbot. VIII. 136.; und auch ohne schriftliche Abfassung gültig. VIII. 134. Die darüber aufgenommenen Urkunden bedürfen der doppelten Ausfertigung. VIII. 377. Der Beweis kann durchaus nicht durch Zeugen geführt werden, wohl aber durch Eideszuschreibung. VIII. 135. — Ein in allgemeinen Ausdrücken abgefaßter Vergleich ist bindend in Bezug auf alle darin begriffenen Gegenstände. VIII. 176. — Begriff eines allgemeinen Vergleichs. VIII. 175. — Vergleich der Ehegatten, ohne vorhergehende Inventarisation reicht als Formlichkeit der freiwilligen Ehescheidung nicht hin. VIII. 128.

— der Minderjährigen, s. *Minderjährige*.

Vergleichsbestätigung, s. *Santfaken*.

Vergnügungen, öffentliche, s. *Polizeigewalt*.

Verhaft, s. *Detention*, *Födnung* — *versuchte*, *Verwundung*.

Verhörr in peinlichen Sachen, wie dieses abzufassen ist. I. 324. S. auch *Schlußverhörr*.

Veritas nominis, s. *Geffon*.

Verjährung, ist ein Mittel der Erlöschung der Verbindlichkeiten, und läßt in der Regel keinen Gegenbeweis zu. V. 112. Ein Verzicht auf solche schlägt mehr in das öffentliche Interesse ein, als der auf ein einzelnes Rechtsmittel. V. 207. Es läßt sich daher von dem einen auf das andere nicht schließen. V. 207.

— ist ein vom Gesetze dem Besitzenden eingeräumtes Recht, welches sich lediglich darauf gründet, daß ein Dritter seine früheren Berechtigungen an den Gegenstand des Besitzes binnen einer gewissen Zeit nicht geltend gemacht hat. VI. 162. Nach dem neuen Landrechte muß aber derjenige, der sich dieses Rechtes bedienen will, sich ausdrücklich auf dasselbe berufen. VI. 162. S. auch *Aquisitivo*, *Extinctiv*-Verjährung, *Fahrnißstücke*, *Wechselverjährung*, *Lehn*.

— richtet sich nach den Gesetzen, unter denen sie angefangen hat. VII. 80.

— Niemand kann gegen seinen Rechtsmittel durch Verjährung etwas erwerben, und ebensowenig, wenn der Titel vitios ist. I. 268.

— Handlungen begründen kein Herkommen und keine Verjährung. III. 158. 159., eine wiederholte Handlungsweise zwischen den nämlichen Partien kann nie ein Herkommen, sondern nach Umständen nur eine Verjährung begründen. XIV. 433.

Verjährung, ist der Ablauf des im §. 1167 a. bestimmten Termins als eine Fristversäumniß oder als eine Verjährung zu betrachten? XVII. 223.

— Die Erstzung des L.R. §. 2265 läuft erst vom Tage des Grundbuchsseintrags an. XVIII. 168.

— des Anh. §. 108. XVI. 513.

— Verjährung nach L.R. §. 2277. XIX. 37.

— Beweis durch Urkunden. XVIII. 452.

— Die Einrede der Verjährung muß in facto gehörig begründet werden. VIII. 93., und darf vom Richter nicht supplirt werden. IV. 238.

— ob sie der Richter von Amtswegen vorschützen darf? I. 286.

— Die Erhebung eines Präjudicialstreits hindert den Lauf der Verjährung hinsichtlich der Ansprüche, für welche der Streit präjudicial ist. XVI. 350.

— Kurze, von 6 Monaten, 1 und 2 Jahren, schneidet nicht alles Klagrecht ab, sondern begründet nur eine gesetzliche Vermuthung der Zahlung. V. 110, 111, 112, 344. Fällt also weg, wo der Gegenbeweis durch Eidswelation oder auf andere Weise geführt wird. V. 109, 110, 111, 344. Dieser Gegenbeweis ist da als vorhanden anzunehmen, wo der Beklagte nicht einmal behauptet hat, also auch nicht beschwören kann, Zahlung geleistet zu haben. V. 109. 111. Entgegenstehende Ansicht. V. 109. Findet nicht blos dann statt, wenn die im Gesetze genannten Forderungen monatweise oder in geringern Theilen zahlbar sind. V. 109. Schließt den Notheid aus. V. 109. Ist auch auf Lieferungen der Spelsewirthe, selbst wenn sie das Essen ihren Kunden auf das Zimmer schicken, anwendbar. V. 343. 344. §. a. Gaß- und Schenkwirth.

— Bei der kurzen Verjährung des L.R. §. 2272 muß der Vorschützende ihre Befriedigung beweisen. I. 271.

— Kurze Verjährung von Gehaltsforderungen der Gemeindebeamten. XIX. 408.

— in wie weit bei einer Kost- und Logisgeldforderung die kurze Verjährung statt findet. I. 272. Die Klage der Gastwirthe auf Zahlung für Kost u. Wohnung wird in 6 Monaten verfallen. V. 108., ebenso die der Wein-, Bier- und Kaffeevirthe. V. 348.

— Kann die kurze Verjährung der Klage wegen Verletzung über $\frac{7}{12}$ vom dritten Besitzer auch dann vorgeschützt werden, wenn vorher der verletzte Verkäufer in Zeiten gegen seinen Käufer geklagt hatte. L.R. §. 1674, 1676, 1681, 2125 u. 2182. XVI. 148.

— Verzugszinsen sind der kurzen Verjährung des §. 2277 unterworfen. XV. 3. Die kurze Verjährung von Zinsen, wie das neue Landrecht sie vorschreibt, ist nicht auf diejenigen anzuwenden, welche unter dem alten Rechte fällig geworden sind. VI. 162. Die des L.R. §. 2271 ist nicht auf Forderungen anzuwenden, die während der Gültigkeit des alten Rechts entstanden waren. VI. 162. §. auch Zehnten.

Verjährung. Die kurze Verjährung der Wandellage ist auf die Entschädigungsklage wegen heimlicher Mängel nicht auszudehnen. VIII. 92.

- fünfjährige, findet nicht blos bei rückständigen Kostgeldern, sondern überhaupt bei rückständigen Unterhaltsgeldern statt. V. 112. Nur beispielweise erwähnt das Gesetz der Kostgelder, begreift aber zugleich alles, was von Jahr zu Jahr, oder in kürzern Zeilen zahlbar wird. V. 112. Der gesetzliche Grund liegt darin, damit man nicht ganze Archive von Quittungen aufzubewahren braucht. V. 114. Findet also auch statt bei rückständigen, an den Staat geforderten Besoldungen und Pensionen, jedoch nur für jede einzelne Prestation vom Verfalltage an. V. 112. 113. Bewirkt gänzliches Erlöschen des Forderungsrechts solcher Rückstände, nicht blos eine gesetzliche Vermuthung ihrer Zahlung. V. 112. Es findet also kein Gegenbeweis gegen sie statt. V. 112. Das Sterbquartal unterliegt derselben nicht. V. 113—115. Abweichende Meinung. V. 114. S. a. arrérages, Sterbquartal.
- Die nach L.R.G. 2277 läuft auch gegen Pensionsforderungen. III. 58. Die nach L.R.G. 2275 durch Eid zu erwerbende Nichtberechtigung der Schuld bezieht sich nicht auf diese, sondern auf die in den vorhergehenden Sätzen normirte kürzere Verjährung. III. 58. S. auch Unterhaltsgelder.
- der Zinsen nach L.R.G. 2277 tritt auch bei Entschädigungsforderungen ein, nach dem Grunde des Gesetzes: Verhinderung der Zinsanhäufung zum Verderben des Schuldners. X. 73.
- Der Wechsel läuft fünf Jahre vom Tage des Absagscheins, oder des letzten gerichtlichen Betriebs an. II. 55.
- unvordenkliche, ist an keinen bestimmten Zeitlauf gebunden. VI. 163., sie reicht so weit hinauf, als das Menschengedenken sie erfassen kann, und so weit hinunter, bis eine Interpellation in die Mitte tritt. VI. 163.
- Unvordenkliche Verjährung zur Erfüllung von unständiger Dienstbarkeit vor Einführung des Landrechts. XIX. 190.
- Sie ist nicht zu den Erwerbstiteln des §. 747. der P.D. zu rechnen. IX. 16. 18. 19., weil diese nur einen petititorischen zu Fundirung einer Besitzklage zulässigen Klaggrund bildet. IX. 24. Der Beweis derselben begründet nicht die Klage auf Ausschließung des Mitgebrauchs des Eigenthums. IX. 22. S. auch Schäferereiberechtigung. Sie begründet bei unständigen Dienstbarkeiten keine Besitzklage. VIII. 390. Erfordernisse des Beweises. XIV. 85. Durch alte Urkunden und spätere Verhandlungen. XIII. 528. Die Eidesdelation findet auch zum Beweis der unvordenklichen Verjährung statt, weil nach L.R.G. 1358 und P.D. §. 565, 568, 574 dem Ogentheil der Eid über jede Art der Streitigkeiten zugeschoben werden kann, wenn solcher nur auf entscheidende hinreichend bestimmte Thatfachen

- gerichtet ist, welche in eigenen Handlungen des Delators oder solcher Personen für deren Handlungen er haftet; bestehen. XIV. 500.
- Verjährung der actio Pauliana läuft, auch wenn der Veräußerer die Veräußerung nicht kannte. VIII. 431.
- der Anlagen. Anwendung der L.R.G. 640, 642 u. 643 über die Beschaffenheit der Anlagen, welche zur Begründung der im C. 642 bezeichneten Verjährung nöthig sind. XIV. 288.
- der Vau facta, f. Vauspflicht, insbesondere die Wirkung der Vau facta bei kirchlichen Gebäuden. XV. 617.
- der Baumweseunterhaltung. XV. 586., f. Baumwesen.
- der Dienstbarkeiten, f. Dienstbarkeiten des Anfangs einer unständigen Dienstbarkeit. XV. 228. Die Worte des L.R.G. 691 „auf solche Weise“, sind nicht auf unvorordentlichen, sondern auf jeden Besitz zu beziehen. X. 112. Die 30 jährige genügt nicht, wenn es an einem gerechten Titel fehlt, sondern nur die unvorordentliche. X. 114. Erwerbende Verjährung bei Dienstbarkeiten. XVII. 56, 230, 272, 354., einer Dienstbarkeit für eine Gemeinde. XV. 585.
- Unzweideutigkeit der Besitzhandlungen bei Servitutverjährung. Absicht der Handelnden. XIX. 385.
- der Ehrenkränkungs klagen. IX. 381.
- Eigenthumsverjährung, eine hierzu taugliche Beschaffenheit der Besitzhandlungen ist erforderlich. Verjährung der Eigenthumsklage. XVIII. 496.
- Extinctiv-Verjährung muß der bewiesen, der sie excoipiendo vorschützt. III. 154. Auch bei ihr ist der gute Glaube erforderlich. III. 154. Wenn sie unter dem alten Rechte angefangen hat, muß sie auch nach diesem beurtheilt werden. III. 155. Ob sie durch außergerichtliche Interpellation unterbrochen werden könne, ist nach römischem Rechte controvers. L. 2 et 10. C. de præscr. long. temp. fordern eine förmliche Titiscontestation. III. 155. Das kanonische Recht sieht sie dann für unterbrochen an, wenn die außergerichtliche Interpellation von der Art ist, daß sie den Verjährenden in malam fidem setzt. III. 155. Nach L.R.G. 2224 gilt eine außergerichtliche Aufforderung für keine Unterbrechung. III. 155. Durch den Ablauf desselben erlischt bei Grundzinsen nur das Recht auf die jährlichen Leistungen. III. 155. Das ganze Recht geht nur dann verloren, wenn der Verpflichtete sich eine Befreiung annimmt, und der Berechtigte es zu bestreiten versäumt. III. 155.
- einer Forderung, wird nach altem Rechte durch Zinszahlung unterbrochen, ebenso nach neuem. VII. 81. 82. Note 1.
- Bei persönlichen Forderungen, wenn sie auch in jährlich wiederkehrenden Bezügen bestehen, z. B. bei Holzabgaben, die nicht als Forstberechtigungen auf bestimmten Waldungen haften, findet kein Besitz und folglich auch kein Erwerb durch Verjährung statt. XIV. 270.
- des Maßes einer Forstberechtigung. XV. 598. S. Forstberechtigung.

Verjährung. Das Recht zum Bezug der Forstfrevelstrafen kann nur durch Verjährung erworben werden. II. 272.

— Der Beweis kraft der Handelsbücher nach östreichischen Rechten. I. 273.

— einer Klage auf periodische Leistungen. XV. 248.

— gegen Minverjährige. XIX. 213.

— der Pfandklage, selbst wenn das Unterpfand ohne Wissen des Gläubigers veräußert worden ist. II. 270.

— einer Klage wegen Preßvergehen, wird eine solche gegen einen nach §. 25. des Preßgesetzes Verantwortlichen eingebracht, so wird dadurch auch die Verjährung gegen die andern (noch unbekannten) Näherverantwortlichen unterbrochen. XV. 146.

— der Realkaften, diese erlöschen nach 30jähriger Verjährung. II. 276. Analogie von der Verjährung der Servitude auf die der Realkaften findet nicht statt. II. 276.

— der Rechtsurkunde, welche Wirkung sie habe, wenn die beurtundete Schuldigkeit fortbesteht. VII. 82.

— der Restitutionsklage nach §. 1253. IX. 80. Wenn das Urtheil, gegen welches Restitution nachgesucht wird, vor Einführung der neuen P.D. erlassen worden, sind die gesetzlichen vier Jahre von Einführung der neuen P.D. an zu rechnen. IX. 81.

— der Umköpungs klagen, ist die Verjährungsvorschrift des L.R.G. 1304 auch auf Umköpungs klagen anwendbar, deren Grund auf einem öffentlichen Interesse beruht, oder sonst durch Verzicht nicht getheilt werden kann? XV. 465.

— der Verbrechen, Ablauf der halben Verjährungszeit bei Verbrechen ist kein gesetzlicher Mildeungsgrund. VII. 272.

— der Verkürzungs klage. I. 285. 286.

— der Verträge, Anfechtung der Verträge, deren Unterschied von der Nichtigkeit und Verjährung. XVII. 38.

— des Wasserleitungsrechts, s. Wasserleitung.

— der Wechselklagen. XV. 288., s. Wechselklagen.

— eines Wegs als Eigenthum. XV. 590., s. Weggerechtigkeiten.

— des Wiederkaufsrechts, ob das in einem Kauf vorbehaltene Wiederkaufsrecht nach dem gemeinen deutschen und insbesondere nach römischem Rechte verjährbar ist, und kann nach diesem Rechte auf die Einrede der Verjährung verzichtet werden. XII. 52.

— des Zehntbezugs. XII. 557. S. Zehnten.

— der Zettel auf Inhaber, tritt nach Anh.-G. 200 in Jahr und Tag, von der Verfallzeit an, ein, wenn inbeß der Werth nicht erhoben wird. III. 32. Nach einer andern Meinung läuft sie erst vom Tage der Amortisation des Zettels. (Anh.-G. 205.) III. 31. S. a. Zahlungssperre.

— der Zoll- und Accisfrevel, diese verjähren nicht, wenn gleich von dem Tage der Anzeige bis zur Reassumtion der Untersuchung ein Jahr verstrichen war. II. 322.

Verkauf. Wenn ein Verkauf amts halber obliegt, darf sich die versteigerten Güter, seien sie welcher Art sie wollen, nicht selbst noch durch Mittelspersonen zuschlagen lassen. VII. 225. Diese Vorschrift bezieht sich demnach nicht allein auf Staatsgüter. VII. 226.

— mehrerer Güter in einem Act. XIV. 20. S. Kauf.

— einer Grundherrschaft, ob die verschwiegene Stammsguts Eigenschaft einem verborgenen Fehler gleich zu achten sei. IX. 473. S. auch Ges. fion, Gewährleistungspflicht, Kauf, Verkürzungsklage.

Verkäufer, s. Kauf.

Verkündung der Vertheilungsbescheide. Form der Verkündung in Gantfachen, die Nichtanwendbarkeit des Art. 384 a. der P. Ordn. und die Formlichkeiten der dagegen zu ergreifenden Rechtsmittel. XIII. 557.

Verkürzung bei einer Theilung kann nicht durch bloße Schätzung bewiesen werden, wenn bei der Theilung ebenfalls eine ordnungsmäßige Schätzung statt hatte. XV. 511. S. auch Erbtheilungen, Umstosungsklage.

Verkürzungsklage, deren Zulässigkeit und Verjährung. L285.286.

— bei Gemeinschafts- und Gesellschaftstheilungen. Die nach S. 887. und 888. gegen Erbtheilungen stattfindende Umstosungsklage wegen Verkürzung findet nach S. 1476. auch gegen die Theilung des ehelichen Gemeinschaftsvermögens, wie nach S. 1872. gegen Theilung des Gesellschaftsvermögens überhaupt statt. XIII. 115.

— die bei Verkäufen stattfindet, ist nach der Regel des L. R. S. 1313. zu beurtheilen. IV. 328., steht bloß dem Verkäufer, nicht dem Käufer zu. V. 312.

Verlag, s. Schriftenthum.

Verlagscheine. Die Amtsrevistoren sind nach L. R. S. 2197. 1., und nach Verordnung vom 22. Dezember 1809 zur Aufbewahrung derselben verpflichtet. III. 161. 162. Sie müssen für den Schaden haften, wenn sie dieselben nicht aufbewahren, und die Unterpfänder nicht in das Pfandbuch eingetragen sind. III. 161. 162.

Verlagsrechte. Gesetzbücher und andere Staatschriften sind nicht Gegenstand privatrechtlicher Verlagsverträge. Die Druckerlaubnis der Regierung für sich allein gibt noch kein ausschließliches Verlagsrecht. XVI. 31.

Verlagsvertrag, unter welche Art der Verträge er gehört. VII. 290. Man mag ihn indeß als Werkvertrag, als Auftragsvertrag, als Kauf- und Verkaufsvertrag oder als ein Gemisch von Kauf und Auftrag, oder als eine Unterart des Gesellschaftsvertrags betrachten, immer bringt es die Natur des Verlagsvertrags mit sich, daß da, wo der Verleger, im Vertrauen auf die Kenntnisse des Verfassers, die Ausarbeitung eines Werkes über einen bestimmten wissenschaftlichen Gegenstand von ihm verlangt, oder die Ausarbeitung nicht auf Probe übernommen hat, dieser durch die unbedingte Bestellung, resp. Annahme des Manuscripts auf alle Einreden dagegen verzichtet, und so

- in die Uebernahme des Werks mit den menschlichen Fehlern und Irrthümern des Verfassers eingewilligt hat. VII. 290.
- Verläumdung, Begriff. XI. 83.
- Verläumdung, erfordert nicht wesentlich Anonimität und Publicität. II. 303.
- inwiefern solche durch obrigkeitliche Personen in amtlichen Berichten begangen werden kann. XI. 253.
 - Berechnung der dafür im Gesetz vom 28. Decemb. 1831 bestimmten Strafen. IX. 81. 82. S. auch Geständniß.
- Verleihungsbrief, s. Erbhebenbrief.
- Verletzung, s. Erbtheilung, Minderungsklage.
- schwere, s. Mißhandlung — harte.
- Verliegenschaftung der Fahrnisse, fällt bei dem im Ehevertrage gemachten Gebinde der Verliegenschaftung der Fahrniß die verliegenschaftete Fahrniß eigenthümlich der Ehegemeinschaft zu, oder bleibt sie ein Eigenthum des Ehegatten, dem sie vor dem Abschlusse der Ehe gehörte, oder der sie während der Ehe eigenthümlich erworben hat? XIII. 155.
- Verlierender, Präsumtion für denselben in zweifelhaften Fällen. VIII. 210.
- Verlosung, s. Erbtheilung — Minderjähriger.
- Vermächtniß. Das Verbot des L.R.G. 909 erstreckt sich allgemein auf alle Diener der Kirche, also auch namentlich auf protestantische Geistliche. X. 98. Die Zulässigkeit einer belohnenden Schenkung ist jedoch durchaus nicht an eine obrigkeitliche Taxe für die zu belohnende Leistung gebunden. X. 101. S. Eheverträge, Pflichttheil, Schenkung, Voraus, Wittum.
- belastetes, darunter gehört auch die *substitutio in eo, quod supererit*. VII. 74. 76.
- Vermächtniſſnehmer aller Art, ist ein so allgemeiner Ausdruck, daß er alle zur Erbschaft Berufenen in sich begreift. VI. 131. 134. Also auch auf Nacherben. VI. 131. 134. Bestimmter ist jedoch der Originaltext: „*légataires à quelque titre qu'il soyent*“. VI. 133. 134. Der Mandatar desselben darf das Testament aufnehmen. VI. 9. S. auch Theilungscommissäre, Testament — öffentliches, Testamentzeugen.
- Legitimation derselben, Forderungen des Erblassers geltend zu machen. XIV. 281.
- Vermißt, wer als solcher zu betrachten sei. VIII. 34.
- Vermitteln drückt dasselbe aus, was im Französischen „*négocier*“. III. 168.
- Vermögen, s. *universitas juris*.
- bewegliches — unbewegliches, s. Abfahrtsgeß.
 - eheweibliches, Veräußerung desselben durch den Ehemann. XVII. 422.
 - der Gemeinschaft, s. Gütergemeinschaft.

Vermögensabsonderung, gerichtliche, unter Ehegatten, die nicht zum Handelsstande gehören, setzt den Anschlag des Urtheils an der gewöhnlichen Verkündungstafel des Amtes voraus. VI. 313. Neben dem ist es auch zweckmäßig, das Urtheil durch Einrückung in das Anzeigebblatt der Provinz zu verkündigen. VI. 313. Bei andern Arten der Auflösung der Gütergemeinschaft durch Tod, Ehescheidung oder Trauung bedarf es der öffentlichen Bekanntmachung nicht. VI. 313.

— wird durch die Vergantung nicht bewirkt. XI. 24. Ueber die Voraussetzungen, unter welchen ein Gläubiger gegen das Vermögensabsonderungsverfahren unter seinen schuldnereischen Eheleuten Einsprache erheben, oder dies beendigte Verfahren anfechten kann. XVIII. 474., XIX. 315. 317. S. auch Gütergemeinschaft.

Vermögensabtheilung gilt nur unter den Vertragspersonen, ihren Erben und Nachkommen. VI. 26. 27. 30. 31. 34. S. auch Ehescheidung — freiwillige.

— eines zahlungsunfähigen Schuldners begreift die Nahrungsgehälter, so weit das Gesetz sie für unverschaffbar erklärt, nicht in sich. V. 217. 218. S. auch Wittvengelt.

— der Handelsleute, s. Borg- und Nachlassvergleiche.

Vermögens-Auseinandersetzung nach erfolgter Nichtigkeits-Erklärung der Ehe. XV. 576.

Vermögens-Disposition, s. Hand- und Unterschrift.

Vermögens-Separation, s. Unterhaltungsrente.

Vermögenshaft, s. Zahlungsflüchtigkeit — leichtsinnige, Hand- und Unterschrift.

Vermögensstheil, verschenkbarer, nicht verschenkbarer. VII. 32. S. auch Notherbe.

Vermögensstheilungen, s. Erbtheilungen.

Vermögensübergabe, als ein Act unter Lebenden, richtet sich nach den Regeln der Schenkungen. VI. 240. Von dem Begünstigten hängt es ab, ob er sich die Bedingungen derselben gefallen lassen wolle, oder nicht. VI. 240. Durch Verzicht auf dieselbe kann er sich daher auch von einer ihm auferlegten Collationspflicht befreien. VI. 240. S. auch Kriegspflicht.

— In die Kategorie derselben gehört die bloße Ueberlassung der Auzniefung, gleichgültig, ob an eigenem oder fremdem Vermögen. II. 78. 79.

— Eine von Mann und Frau gemeinschaftlich errichtete Vermögensübergabe kann, so lange der eine Uebergeber noch lebt, in ihrem Gesammtumfange nicht von den Erben des andern angefochten werden. XVIII. 176.

— des Vaters an seine Kinder ist, nachdem sie durch den Tod des ersten bestätigt worden, als eine wahre Erbtheilung anzusehen. III. 7. S. auch Erbtheilung.

— Sie ist nach §. 7. der Verordnung vom 7. April 1808 im Zweifel als nuznießlich und widerruflich zu präsumiren. IV. 228. Nach

- L.R.G. 1100 b. b.** dagegen soll der Vorbehalt des freien Widerrufs nicht präsumirt werden. IV. 228. S. auch Gesetz — älteres.
- Vermögensübergabe.** Der **L.R.G. 932.** ist auf belastende Schenkungen nicht anwendbar, sondern auf reine Freigebigkeiten zu beschränken. XVIII. 169. Uebergaben, welche sich ihrem Inhalte nach als Käufe oder sonst belastende Verträge darstellen, sind nicht nach den Vorschriften für Schenkungen zu beurtheilen. XVIII. 176.
- Vermögensübergaben** sind an die für Schenkungen vorgeschriebenen Förmlichkeiten gebunden. II. 78., erfordern insbesondere die *Acceptation* in bestimmten Ausdrücken. II. 79.
- Die Uebergabsurkunden müssen von Staatschreibern gefertigt, und die Concepte bei Strafe der Nichtigkeit aufbewahrt werden. II. 79. Deren Bekätigung durch die Polizeibehörde. XVI. 41.
 - Zu wessen Gunsten der darüber aufgenommene zweifelshafte Vertrag auszulegen ist. I. 269.
 - Deren Ungültigkeit. XVII. 38., ist die in der Verordnung von 1807 §. 11. gedachte Nichtigkeit eine auf dem öffentlichen Interesse beruhende? Klage auf Umstößung. XV. 465.
- Vermögensuntersuchung,** s. Gantsachen.
- Vermögensverschleif,** s. Gantsachen.
- Vermögensverwaltung,** Recht des Ehemanns an der Vermögensverwaltung seiner Ehefrau. XVII. 422. S. auch Vater, Gant, Gütergemeinschaft, Vormund.
- Vermögensverzeichnis,** kann sowohl durch eine Privat-, als öffentliche Urkunde errichtet werden. VI. 31. Dessen Errichtung steht den Gläubigern der Erbmasse nicht zu. IX. 282. 283. 284.
- wird errichtet, im Fall einer geschöhenen Afttererbeinsetzung. IX. 284., bei einer streitigen Erbschaft. IX. 282. Der Nutznießer kann davon durch den Erblasser nicht befreit werden. XI. 485., maß über das gemeinschaftliche Vermögen von der überlebenden Ehefrau in 3 Monaten nach dem Sterbtag ihres Mannes errichtet werden, wenn sie das Recht behalten will, sich der Gütergemeinschaft zu entschlagen. VII. 287., bei der Ehescheidung auf wechselseitige Einwilligung, wird dasselbe durch einen bloßen Vergleich der Eheleute nicht ersetzt, und muß dem Verfahren vorangehen. VIII. 127. 128.
 - Der Amtstrevisor hat, wenn ihm die Nothwendigkeit einer Inventur bekannt war, und die Vornahme dieses Geschäfts in einer bestimmten Zeit mit einem Rechtsnachtheil für einen oder den andern Interessenten verbunden ist, durch zeitige Vornahme des Geschäfts, oder durch geeignete, an das Amt zu richtende Entschuldigungsberichte einen solchen Nachtheil abzuwenden. Folgen hiervon. VII. 288. 289.
 - Ein Inventar über Vermögen, welches einem Ehegatten vor Eingehung der Ehe zugefallen ist, oder zugetheilt wurde, gibt für sich allein keinen Beweis, daß dieser Ehegatte dieses Vermögen in die später eingegangene Ehe wirklich eingebracht habe. XV. 525.

Vermögenszerfall, f. **Obrigkeit** — **ordentliche**, **Zahlungsflüchtigkeit** — **boshafte**.

Vermuthung ist der **Schluß** von dem **Bekannten** auf das **Unbekannte**.

V. 137. **Streitet** im **Zweifel** für die **Legalität** gerichtlicher **Handlungen**. V. 247. Also für die **Legalität** eines **Ehevertrags**, wenn derselbe von dem **Amtsrevisorat** errichtet war. V. 247.

Vermuthungen, **gesetzliche**, **befreien** vom **Beweise**. IV. 182. S. auch **animus defraudandi**, **Befiß**, **Eigenthumsbeschränkungen**, **Parterschaft**, **Vermögensübergabe**, **Verzicht**, **Zehnten**.

— kann durch ein **præs. hominis** oder **facti** nicht **entkräftet** werden. VII. 88.

— mit welcher das **Gesetz** keine bestimmte **Folgen** verbindet, läßt immer einen **Gegenbeweis** zu. V. 152. Läßt also keinen zu bei **Quittungen** über **Capitalzahlungen** hinsichtlich der **Zinsforderung**. V. 152. S. auch **Gantausbruch**, **Geständniß**, **gerichtliches**, **Nothwehr**, **Baulast**, **Entschädigung**, **Quittung**, **Verjährung** — **kurze** — **5jährige**, **Rechtsurkunde**, **Zahlung**. Ferner **Allodialität**, **Defraudationsfachen**, **Eigenthum**, **Fahrnißstücke**, **Gantausbruch**, **Lehen**.

— des **Entsagungswillens** der **Frau**, f. **Gütergemeinschaft**; ferner auch **Eheschaz**, **Ehevertrag**, **Einwilligung** — **muthmaßliche**, **Errungenschaftsgemeinschaft**, **Testament** — **eigenhändiges**, **Zahlungsflüchtigkeit** — **boshafte**, **Zettel** auf **Inhaber**, **Zinsen**.

— **richterliche**, können in der **Regel** nicht den dem **Kläger** obliegenden **Beweis** ersetzen. V. 94. Ist das **Correlat** des **Zeugenbeweises**. V. 136. Die **Zulässigkeit** des **letztern** braucht jedoch nicht im Voraus **ausgemacht** zu sein, um auf **erstere** **Rücksicht** nehmen zu dürfen, sondern beide dürfen sich **wechselseitig** **unterstützen**. V. 136.

— können da, wo kein **Zeugenbeweis** **zulässig** ist, auch nicht als **Anfang** eines **Beweises** **gelten**, um auf einen **Nothleid** zu **erkennen**. IV. 220. S. auch **Eigenthums-Veränderungen**, **Freigebigkeitshandlungen**, **Frohnden**, **Urtheile**, **Verzicht**.

Vermuthungsbeweis. XVII. 436. **Unterschied** desselben von der **Wahrscheinlichkeit**. XVII. 440. **Zulassung** desselben in **Handelsfachen**. XII. 254.

Venerische Krankheit. Kann ihre **Mittheilung** eine **Entschädigung** **begründen**. I. 61—66.

Vernichtung einer **Abrechnungsurkunde** beziehungsweise **Quittung**, begangen durch den **Gläubiger** zum **Nachtheil** des **Schuldners**. XIV. 376.

Vernichtungsflage, f. **Umstößungsflage**.

Verordnungen. Die vor **Emantrung** der **Verfassung** von 1818 **er-gangenen** **Verordnungen**, welche im **Regierungsblatt** durch ein **Ministerium** mit dem **Weisatz** **verkündet** sind, daß solches aus **Specialauftrag** des **Regenten** **geschehe**, haben **Gesetzeskraft**. XVI. 238.

— wenn sie nicht **publicirt** sind, **binden** sie die **Untertanen** nicht, selbst wenn sie sonst **Kenntniß** davon haben. VIII. 322.

Verordnungen. Die von der bad. Regierung erlassenen s. g. provisorischen Verordnungen sind, der Verfassung gemäß, nur in dringenden Fällen zu erlassen, und können, wenn ihnen die Bestätigung der Kammern mangelt, nur bis zum nächsten Landtag geltend sein. VII. 188. Nur in so weit darf sie der Strafrichter seinen Erkenntnissen zu Grund legen. VII. 188., ob das provisorische Strafgesetz vom 22. Juli 1826 als ein wirkliches Gesetz zu betrachten sei. VII. 188.

— Zuständigkeit der Gerichte bei Beurtheilung der Gültigkeit u. Rechtsverbindlichkeit promulgirter Gesetze und Verordnungen. XVI. 263.

— Die Churpfälzische Verordnung v. 20. Juni 1781 entscheidet klar, daß die Abfindung der Geschwister deren künftige Nachfolge im Erb-
lehen nicht ausschliesse. III. 11. 12. Ist jetzt nur noch als eine Rechts-
meinung der damaligen Regierung der Rheinpfalz anzusehen. III. 13.

Verpächter, s. Bestandgeber.

Verpachtung, s. Wiederverpachtung.

Verpartirung falscher Münzen. XIII. 593. S. auch Münzen.

Verpfändung ist *species alienationis*. VI. 278. 279. 280. 281.

Begründet den Zugriff auf das Unterpfand, wenn das aufgenom-
mene Kapital in der bestimmten Zeit nicht zurückbezahlt wird. VI.
278. Begründet also nur ein eventuelles Veräußerungsrecht.

VI. 281. S. auch Erblehn, Gantausbruch, Leheneinkünfte, Unter-
pfandsrecht.

— der Erbschaften zu Gunsten eines Dritten. I. 183. 184. S. auch
Obligationen, Unterpfänder.

Verpflichtung der Beamten und öffentlichen Diener. Formular des
Amtselbes. XIV. 10.

— der Erben durch die Rechtsgeschäfte des Erblassers. VIII. 186. S.
auch Sachverständige.

Verpfändungsvertrag, Begriff. I. 37. Note 1. Abweichung des
alten und neuen Landrechts. I. 37. Form und Art desselben. I. 40—42.
Erfordernisse, sowohl formelle als materielle. I. 42—46.

— Zur Begründung einer Klage auf Vernichtung eines Verpfän-
dungsvertrags ist die Behauptung, daß solcher nicht polizeilich bestätigt
worden sei, ungeeignet, vielmehr ist die Behauptung unterbliebener
Vorlage bei der Obrigkeit erforderlich. Kommt den Gerichten ein
Erkenntniß darüber zu, ob die bestätigende Polizeibehörde hierzu com-
petent gewesen? — Die Vorlage durch das Amtsrevisorat auch ohne
besonderen Antrag der Partheien ist als Namens deren gesehen, und
dem Zweck des Gesetzes genügend zu erachten. XVI. 56.

Verrechner, kann er von seinem Rechnungsguthaben nach abgelegter
Rechnung Verzugszinsen fordern. I. 66., sie sind schuldig von einge-
nommenen Geldern, die sie zu lange behalten haben, Zinsen als Ent-
schädigung zu bezahlen. II. 286. 287. S. auch Rechnersuntreue,
Staatsdienerrecht, Dienstherr.

Verfäumniß, ein solches kann nicht im Voraus, sondern erst nachdem
es eingetreten ist, angeklagt werden. Nach abgelaufener Wiederher-

stellungsfrist kann der Richter, der es erließ, nur wegen Krankheit, Abwesenheit oder höherer Gewalt sein Erkenntniß selbst aufheben; der Grund, daß kein Versäumniß vorlag, gehört vor den Appellationsrichter. Die Restitutionsgründe der P.O. §. 661 sind nicht blos zu beschleunigen, sondern im Weg der Anticipation zu beweisen. XVI. 88. Versäumniß, sie ist nicht vorhanden, wenn das Decret, welches das Versäumniß herbeiführte, wieder aufgehoben wird. XI. 538.

- Wiederherstellung wegen Versäumniß eines Anwalts. XIX. 319.
- eines Officialanwalts. IX. 68.

— Gegen dieselbe wird der Armenpartie in Gemäßheit des §. 156 der P.O. immer Restitution ertheilt, wenn die Vorschriften des Gesetzes beobachtet sind. IX. 68.

Versäumnungs-Erkennniß, über deren Bestandtheile, Appellation und Wiederherstellung dagegen. XVII. 398., wann die Appellation zulässig ist. XIX. 391. Sie sollen außer der Partie auch dem Anwalt eröffnet werden. Die einer Partie statt an ihrem Wohnsitze im Lande, im fernem Auslande geschehene Zustellung ist gegen das Gesetz. XIX. 243.

- in Preßsachen. Will der Angeklagte gegen ein wider ihn ergangenes Versäumnungsurtheil die Wiederherstellung erlangen, so ist es unerlässlich, daß er bei der neuen Tagfahrt in Person selbst erscheine. Gegen ein Versäumnungs-Erkennniß findet die Appellation statt, insofern dasselbe der zugegebenen Versäumniß ohnerachtet dem §. 71 des Preßgesetzes nicht entsprechend oder überhaupt den Rechten nicht gemäß ist. Wird das Versäumnungs-Erkennniß nach §. 76. als ein endgültiges erklärt, so findet auch hiegegen die Appellation statt, allein die Rechtmäßigkeit der im Versäumnungs-Erkennniß liegenden Entscheidung unterliegt, insofern dieses Erkenntniß nach §. 76 mit Recht als ein endgültiges erklärt wurde, für sich selbst keiner weiteren Anfechtung mehr. XV. 529.

Verschollener erhält, wenn er vor Ablauf von 15 Jahren wieder erscheint, nur $\frac{1}{3}$ der Einkünfte seines rückgelassenen Vermögens ersetzt. V. 89. Mehr kann also auch ein Miterbe, der den Tod desselben erst später nachgewiesen hat, von denen, die sich im provisorischen Besitze seines Vermögens befinden, nicht ersetzt verlangen, wenigstens nicht für die Zeit vor der Klagebehandlung. V. 89. S. auch Verzug, Erbrecht.

Verschollenheit, bei Beurtheilung der Wirkung derselben ist ein Unterschied zu machen zwischen den Gütern, welche der Abwesende am Tage seiner Entfernung besaß, und zwischen den einstmaligen Rechten, die ihm während seiner Abwesenheit zufallen könnten. II. 89. S. auch Abwesende, Abwesenheit.

Verschollenheits-Erkennniß begründet das Gesuch der muthmaßlichen Erben des Abwesenden um Einweisung in den fürsorglichen Besitz desjenigen Vermögens, welches demselben am Tage seiner Abreise, oder der letzten Nachricht von ihm bereits gehörte. II. 89.

Eines solchen bedarf es nicht, um Vermächte von einer ihnen angefallenen Erbschaft auszuschließen. VIII. 35.

Verschuldung kann da nicht behauptet werden, wo der, welcher etwas verschuldet haben soll, keine Verbindlichkeit aus Gesetzen oder Verträgen gehabt hat. VII. 166. S. auch Vorsatz — mittelbarer.

Verschwägerung, s. Testament — öffentliches.

Versetzen, außer einem Contractsverhältniß haftet jeder für jede Culpa; (nach gem. Recht.) VIII. 307., ebenso bei einer obligatio faciendi, und wenn sich Jemand zu einem Geschäft aufdrang. VIII. 308. S. auch Vergehen.

— bei einer Bauanlage und daher entstandene Brandschädigung. XVIII. 285.

— Entschädigung nach L.R.G. 1383 u. 1384. XVI. 190.

Versiegelung, s. Siegelverletzung.

Versio in rem, deren Beweis. I. 285.

— ist begründet, wenn die an einen Dritten geleistete Zahlung zum unmittelbaren Nutzen dessen gereicht, für den sie geleistet wurde. V. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. Das franz. Recht stimmt hierin mit dem Römischen überein. V. 311. 313. 314. 315. 316. Das badische Recht bezweckte keine Abänderung des franzöf., wenn der Grundtext „ou s'il a profité“ übersetzt: „oder sein Bestes befördert.“ V. 311. 314. 315. 316. Es wird also dazu kein positiver Gewinn erfordert. V. 311. 314. 315. Auch wird nicht unterschieden zwischen Zahlung dringender und nicht dringender, betagter und nicht betagter Schulden. V. 314. 315. 316. Note 350—352. incl. S. auch Brauer, Sanktenntniß.

— ist nicht zu unterstellen bei dem mit des Vaters Gelde bewirkten Löskaufe des Sohnes von der Kriegspflicht. VI. 239. 240. 241. S. auch Kriegspflicht.

Versio in rem. III. 496. S. auch Ehefrauen.

Versöhnung, durch Duldung des Beischlafs, beseitigt nach L.R.G. 272 u. 272 a. die Klage auf Ehescheidung. III. 197. 198. Nach dem französischen Texte des Code Napoleon ist dem richterlichen Ermessen überlassen zu beurtheilen, ob der nachgefolgte Beischlaf für eine Versöhnung gelten könne, oder nicht. III. 253. Bei der Frau dürfte hiernach die Duldung des Beischlafs, selbst wenn sie nicht durch Zwang oder Furcht (L.R.G. 1112 u. 1114 a.) dazu vermocht wurde, nur selten als Versöhnung angesehen werden können. III. 253. 254. S. auch Condonation.

Versöhnungsversuche unter Ehegatten vor dem Pfarramt, wie sie vorgenommen werden, und ob ein gleichzeitiges Erscheinen der Theile nothwendig ist. I. 302. S. auch Ehescheidung — freiwillige.

Versorgung des geistlichen Standes ist nach kanonischen Rechten als ein jus perpetuum, als ein beneficium zu verstehen. III. 56. 63.— Dafür kann die Anstellung eines Exconventualen als Kaplan oder

Pfarrverweiser nicht gelten. III. 55. 56. — Bezeichnet auch schon nach dem allgemeinen deutschen Sprachgebrauche eine bleibende ständige Aufstellung, und wird im §. 57. des Reichsdep.-Schlusses der Pensionirung contrabdistinguiert. III. 60. S. auch Reichsdeputation, Reichsdep.-Schluß und Ordensgrüßliche.

Versprechen unter Privatunterschrift, s. Privaturkunde.

Verstandsschwäche, ob solche ein Straf-Milderungsgrund ist. VIII. 437.

Versteigerung eines Erbschaftsgrundstücks findet nicht statt, wenn ein Erbe einen speziellen Rechtstitel darauf hat. VIII. 202. S. auch Faustpfand, Liegenschaftsversteigerung, Zwangsversteigerung, Ratification einer solchen. XV. 591.

Versteigerungen mit Ratificationsvorbehalt. Vorbehaltene Ratification von Seiten des Verkäufers ohne Fristbestimmung, muß unmittelbar nach dem Versteigerungsact gegeben werden, sonst ist der Steigerer nicht mehr an sein Gebot gebunden. Knüpft der Versteigerer seine Ratification an eine aufschiebende Bedingung, so hängt es von dem Steigerer ab, ob und wie lange er unter dieser Bedingung sein Gebot halten will. XII. 545.

Vertagung. Ob das erste Gesuch einer Vertagung nicht abge schlagen werden kann. VIII. 66.

Vertauschung von Gemeindegütern. XIV. 19. S. Gemeindegüter.

Vertheilungsbescheid in Gantsachen, deren Verkündung. XIII. 557. S. auch Gantsachen, Verkündung.

Vertrag, die Rechtswirkung desselben beschränkt sich nur auf Personen, die ihn geschlossen haben. VI. 225. 228. Kein einseitiges Zurücktreten von demselben findet statt, selbst nicht wegen solcher veränderten Umstände, die vorhergesehen, den Abschluß desselben verhindert haben würden. V. 211. 212. Eine Ausnahme findet statt zu Gunsten des Nuz eigenthums, welches der Erbbeständer dem Grundherrn heim schlagen darf. V. 212. Bei Auslegung zweifelhafter Stellen eines solchen ist auf den ganzen übrigen Inhalt Rücksicht zu nehmen. V. 76. S. auch Erbschaften, unangesehene, Nuz eigenthum, Landrecht — neues.

— stillschweigende Genehmigung eines solchen. L.R.S. 1108 a. und b., 1338 und 1338 a. XIV. 212.

— Betrug bei solchem. XVIII. 365. Aufsechtung desselben wegen Irrthum und Betrug. XVIII. 366. Trunkenheit und Betrug beim Vertragsabschluß. XVIII. 371. Bedrohung mit einem Proceß als Zwang beim Vertragsabschluß. XVIII. 374.

— Nichtigkeit desselben wegen Furcht und Zwang. I. 270.

— in Bausch und Bogen nach L.R.S. 1586 a.

— zweiseitiger, ist vorhanden, wenn die Regierung einem Erconventualen eine Kaplanei überträgt, und dieser die Bedingungen der Uebertragung anerkennt. III. 57.

— Cession eines doppelseitigen Vertrags. XVIII. 403.

- Verträge, mit andern einen Contract eingehen zu wollen, sind nach heutigem Recht verbindlich, sobald damit die Contractpunkte zureichend bestimmt sind. IV. 125. Selbst nach Röm. Rechte macht eine *stipulatio de mutuo dando, de permutando*, den Versprechenden verbindlich. IV. 125. Wirken in der Regel nicht gegen Dritte. IV. 356., f. Eheverträge.
- Begründen Rechtsverhältnisse nur unter den Theilen. VIII. 284., und deren Rechtsvertretern. VIII. 286. Ob sie nach den Gesetzen des Orts des Abschlusses zu beurtheilen sind. VIII. 470. Durch Correspondenz zu Stande gebracht, an welchen Orten gelten sie für geschlossen. XI. 497. Welche gelten als doppelseitige im Sinne der S. 1184 und 1325. XIV. 293. Ueber noch unangefallene Erbschaften sind nach L.R.G. 1130. gänzlich verboten. III. 8. Ueber den Rücklaß Abwesender sind nichtig, weil die S. 791. 1130. 1600., welche alle Verträge über noch nicht angefallene oder eröffnete Erbschaften verbieten, auch auf die Verträge über den Rücklaß eines Abwesenden, der ebenfalls als eine noch nicht eröffnete Erbschaft zu betrachten sei, angewendet werden müssen. XVII. 365.
- Wirkung derselben gegen Dritte: 1) Eine Uebereinkunft zwischen Gläubiger und Schuldner, daß dieser den Betrag der Schuld an einen Dritten bezahle, kann von dem Contrahenten so lange wieder aufgehoben werden, als der Dritte den aus der Uebereinkunft ihm zukommenden Vortheil sich nicht zu eigen (S. 1121.) gemacht hat. 2) Auch wenn die in einer solchen Uebereinkunft gegen den Dritten übernommene Verpflichtung auf einem Irrthum beruht, so wird dadurch dieselbe gegenüber dem Dritten, wenn dieser sich den Vortheil zu eigen macht, nicht ungültig. XV. 536.
- Ein notwendiges Requisit der Verträge ist die Einwilligung. VIII. 210. Die Vorschrift des L.R.G. 1305 ist auf Verträge, welche eine Gemeinde ohne die erforderliche Staatsgenehmigung abgeschlossen hat, nicht anwendbar. XIV. 439. Kann ein Gemeinderath Verträge, welche sich auf Gemeindeangelegenheiten beziehen, mit der nach Landrechtstag 1316. hieraus für die gefertigte Urkunde hervorgehenden öffentlichen Beweisraft beurkunden? XIII. 75.
- Sie sind nach L.R.G. 1156. mehr mit Rücksicht auf die gemeinschaftliche Absicht der Vertragspersonen, als auf den buchstäblichen Sinn der Worte auszulegen. III. 167., und zwar nach L.R.G. 1162 im Zweifel wider den, der etwas bedungen hat. III. 168. Auslegung derselben, wird einem landrechtlichen Ausdruck, welcher, wenn er auch dem Rechtsgelehrten einen festbestimmten Rechtsbegriff darbietet, im gemeinen Leben auf verschiedene Weise aufgefaßt werden kann, von nicht rechtsgelehrten Vertragspersonen eine Erläuterung beigelegt, welche den landrechtlichen Sinn desselben modificirt, so verdient die hinzugefügte Erläuterung bei der Auslegung den Vorzug, nach der Rechtsregel des L.R.G. 1156., daß bei Verträgen die gemeinschaftliche Absicht der Vertragspersonen mehr gilt, als der buchstäbliche Sinn der Worte. XV. 169.

Verträge. Auslegung derselben. XVI. 159., nach §. 1156. XVIII. 156. 190., nach L.R. §. 1162. XVIII. 381., wegen Verholzungsbrecht. XVIII. 252. Vertragsauslegung, redlicher Völlzug, L.R. §. 1134. XIX. 392.

— Aufhebung oder Abänderung eines Vertrags muß hinreichend bestimmt sein. XVIII. 424.

— Ansehung derselben, deren Unterschied von der Richtigkeit und deren Verjährung. XVII. 38.

— Wer auf Auflösung eines Vertrags klagen will, muß vorerst selbst erfüllt haben. X. 167 ff. Auflösung wegen Nichterfüllung. XV. 172. XVI. 226. XVIII. 42., wegen Nichtzahlung von Zinsen. XIII. 115. Vertragsauflösung wegen Nichterfüllung. L.R. §. 1184. Anwendbarkeit auf Vergleich. XIX. 403. S. auch Kauf.

— Klage auf Entschädigung wegen Nichterfüllung erfordert Verzugsetzung. XVIII. 386.

Vertragserfüllung. Wenn bei einem nicht erfüllten Vertrag der Gläubiger sein Klagbegehren alternativ auf Erfüllung oder Entschädigung stellt, so erhält der Schuldner das Wahlrecht zwischen diesen beiden Verbindlichkeiten, welches Wahlrecht da, wo der Richter zur Leistung beider nur einen gemeinsamen Termin setzt, fort dauert, bis eine Leistung geschehen ist; da aber, wo der Richter die Entschädigungspflicht für den Fall ausspricht, wenn in einem Termin der Vertrag nicht erfüllt wäre, nur so lange dauert, bis dieser Termin fruchtlos abgelaufen ist, wonächst lediglich einfache Entschädigungspflicht eintritt. XI. 392.

— Entschädigung wegen verzögerter Vertragserfüllung. Der höchste Preis der zu liefernden Waare ist für die Entschädigungssumme nur maßgebend, wenn dem Verzug Gefährde zu Grund liegt. XIX. 463.

Vertragsursache ist unrichtig und unerlaubt, wenn die Schuld nicht, wie es in der Urkunde heißt, aus einem Darleihen, sondern durchs Spiel entstanden ist. II. 66. 67.

— Wegen Unrichtigkeit derselben kann ein Vergleich angefochten werden, der zum Zwecke hat, die Unrichtigkeiten eines Geschäfts zu beseitigen. II. 207. S. auch Beweis — Schriftlicher, Rechts wandlung.

— Zwang bei Verträgen durch Bedrohung mit Vermögensnachtheilen, unerlaubte Vertragsursache, freies Ermessen des Civilrichters über den Werth der im Untersuchungsverfahren erhobenen Inzichten. XIX. 70.

Vertragsverbindlichkeiten. XVI. 159. S. Verträge.

Vertragszusage, s. Dienstverding, Entschädigungsklage.

Vertraulichkeit, vollstättige, wird im §. 48. der Eheordnung dem fremden Beischläfe gleichgestellt. III. 16.; — eines Ehemannes mit einer fremden Weibsperson ist nach der Eheordnung eine Scheidungsursache. V. 58., — ob sie es auch noch seit Einführung des neuen Landrechts sei, ist controvers. V. 58. 59. 60.

Vertretung des Fiscus. XIV. 469. S. Fiscus.

Verunglimpfung, grobe, ist jede die dem andern Ehegatten schuldige Achtung auf eine empfindliche Art verletzende Beleidigung. V. 52. 53. Also auch eine mit empfindlicher Kränkung der ehemännlichen Würde verübte Untreue der Ehefrau. V. 53. 54. Es scheint damit zwar mehr eine diffamation publique, als injures graves bezeichnet zu sein; allein es ist dies nur ein Fehler der Uebersetzung. V. 52. Als solche möchte wohl der Versuch eines Ehemanns in einem privilegierten Wohnelle bei hellem Tage und in der Nähe der gemeinschaftlichen Wohnung anzusehen sein. V. 291. Ist jede Beschuldigung eines peinlichen Verbrechens. V. 294. Also auch die der Gotteslästerung und Blutschande. V. 293. 294. Ehebruch des Mannes nur dann, wenn er sich in der Nähe der Frau eine Beischläferin gehalten. V. 292. 293. Die Folgen derselben sind nicht die nämlichen bei dem Manne, wie bei der Frau, indem die nämliche Handlung die Frau ihrer hausfräulichen Ehr' berauben kann, welche auf die gesellschaftlichen und bürgerlichen Verhältnisse des Mannes kaum einen Schatzen wirft. V. 60. 61. Ein billet-doux, das ein Ehemann von einer andern Frauensperson erhalten hat, ist also kein Schenkungsgrund. V. 60. 61. S. auch Ehebruch, Ehescheidung, Eheschenkungsgrund.

— des Ehemanns, s. Ehescheidung, auch Injurien — schwere.

Veruntreuung, s. Diebstahl, Unterschlagung.

Verwalter, s. Gantgläubiger.

Verwaltungsbehörde, s. Administrativstellen.

Verwaltungs-handlungen. Begriff. XVII. 422.

Verwandtenmord, der ob- und subjective Thatbestand desselben wird im Art. 137. der P. S. O. bestimmt. III. 269. — Wird nach §. 25. 26. u. 72. des Strafgedicts mit Enthauptung und Aufsteckung des Kopfes auf einen Pfahl bestraft. III. 269.

* wird unter Verschwägerten nur dann angenommen, wenn der Ermordete zu dem Verbrecher in elterlichem Verhältniß stand. VII. 271. S. auch Kindsmord.

Verweisungen, vom Amtsbreviariat gefertigte, geben dem Gläubiger, der sie erhält, kein größeres Recht, als daß er nur von dem, an welchen er verwiesen ist, die Zahlung unmittelbar verlangen kann. IV. 246.

Verwendungen, bewirken als solche für sich nicht die Pflicht des Rückersages. VIII. 378.

— des Besitzers in gutem Glauben, s. Besitzer.

Verwundete, deren Behandlung durch auswärtige Aerzte. XIV. 8.

— deren außergerichtliches Zeugniß. XIV. 31.

Verwundung, verschiedene Abstufungen derselben durch Gebrauch der Waffe und dabei concurrirende Absicht. I. 356—369.

— mit einem allgemein tödtlichen Instrument. XIV. 32.

— ist als erwiesen anzunehmen, wenn Zeugen wahrgenommen haben, daß der von einem Stockschläge Betroffene auf den Boden stürzte, und am Kopfe blutete, wenn der Angeschuldigte den Schlag einge-

standen, und nur Nichtwissen in Beziehung auf die Stelle, die der Streich getroffen, vorgeschützt hat. VI. 80. 86. Entgegenstehende Ansicht. VI. 84. 85. Ob sie eine an sich, oder bloß zufällig tödtliche sei, ist in Bezug auf den Unschuldsrecurs einerlei. VI. 82. 86. Die Absicht dazu schließt weder direct noch indirect die Absicht zu tödten jemals in sich. VI. 85. S. auch *dolus indirectus*, Tödtung — muthwillige, Unschuldsrecurs.

Verwundung, in *turba*. XIII. 123., bei Verbindung der Thäter. XIII. 131.

— Können leichte Verletzungen aus dem Grunde, daß sie durch einen Flintenschuß hervorgebracht wurden, als versuchte Verwundung bestraft werden? XIII. 591.

— Thatbestand derselben. VIII. 344. Solche ist auch ohne Nothwendigkeit ärztlicher Hülfe anzunehmen, wenn eine besondere Verletzung schuldiger Ehrfurcht dabei unterließ. VIII. 345.

— Die Strafe derselben wird absorbirt durch die schwerere der versuchten Tödtung. III. 260.

— Die darauf gesetzte Strafe trifft auch einen Verhafteten, der, um sich vom Verhaftete zu befreien, denen Stiche versetzt, die ihn zurückhalten wollen. IV. 136. 137., s. Mißhandlung — harte, Selbstverstümmelung. Verzicht, stillschweigender, dessen Wesen. I. 21. Fälle, wenn er präsumirt wird. I. 21.

— Die Lehre von demselben wird im badißchen Landrecht nicht besonders abgehandelt. II. 78. Die L.R.G. 2180 u. 784 sind, als allgemeine Regeln für einen solchen Verzicht aufstellend, zu betrachten. II. 78.

— wird nicht vermuthet. II. 77., IV. 261.

— erfordert eine genaue Zusammenstellung und Prüfung der Handlung des Verzichtenden, um den Beweis der Schlussfolge zu rechtfertigen. III. 250. Ist nach den Grundsätzen des alten Rechts strenge zu erklären. III. 63. — Erfordert nach ihnen *facta ex legis dispositione*, oder *ex communi hominum opinione concludentia*. III. 63. — Gestattet keinen Rückgriff (*ad semel renunciata non datur regressus*.) III. 63. S. auch Zinsen.

— beschränkte Auslegung desselben. XVIII. 298.

— auf gesetzliche Befugnisse, kann bei einer mit keinem Beistand versehenen Frau gesetzlich nicht unterstellt werden. VII. 288. S. Ehefrau, Vermögensverzeichnis.

— der Ehefrau auf ein liegenschaftliches Recht ist eine Art der Veräußerung. VI. 58. 59.

— des Erben auf die Erbschaft, welcher Schenkungen unter Lebenden erhalten, befreit denselben nicht von der Herausgabe der Schenkungen, soweit sie zur Ergänzung des Pflichttheils der Notherben nöthig sind. VII. 28. 30., s. auch Erbe, Notherbe, Pflichttheil.

— auf eine Erbschaft zu Gunsten eines Dritten. XIII. 504.

— auf eine nicht angefallene Erbschaft ist ungültig. VIII. 186. XVIII. 85. Auf eine angefallene Erbschaft kann er gültig auch vor dem

Amtsrevisorat geschehen. VIII. 186. **Verzicht** auf die Gütergemeinschaft befreit bei der Errungenschaftsgemeinschaft die Frau nicht von der Zahlung der Hälfte der Eheschulden. VIII. 297.

Verzicht, auf Gegenforderung durch Abschlagszahlung der Forderung. I. 23.

— auf die väterliche **Nuznießung** geht aus der unbedingten Uebergabe eines Guts vom Vater auf den Sohn hervor. II. 80., kann von den Gläubigern des Vaters angefochten werden. II. 79.

— des **Nuznießers** auf die **Nuznießung** einer verkauften Sache, muß förmlich geschehen, wenn der Käufer die **Nuznießung** ansprechen will. II. 77. Es genügt hiezu, daß der **Nuznießer** die Verkaufsurkunde, worin gesagt ist, daß die verkaufte Sache mit dem Genuße, oder ohne andere, als die gewöhnlichen Lasten, in einer bestimmten Zeit übergeben werden solle — unterschreibt. II. 77. 78.

— auf **Pensionirung** liegt an der **Zufriedenheits-** Erklärung eines Exconventualen mit seiner bisherigen Anstellung als Kaplan und in der ihr beigefügten Bitte um eine **Besoldungszulage**. III. 57. 63. 64.

— auf **Vorrang** im **Pfandrecht** und **Bürgschaft** erstreckt sich im Zweifel auch auf die **Kapitalzinse**. XVIII. 196. 492. S. auch **Compromiß**, **Entschädigung**, **Erbchaften** — unangefallene, **Verjährung**.

— auf die **Appellation** in einem **Schiedsvertrag** wirkt nur, wenn das **Schiedsgericht** nach dem Vertrag gebildet wurde. XIV. 599.

— auf den **Recurs** in **Strassachen**. XIII. 133. XIV. 315.

Verzug entsteht in der Regel erst durch eine öffentliche beurkundete Aufforderung. V. 149. 153. 157. Nur bei **Handelsgeschäften** bedarf es deren nicht. V. 149. 153. 157. Wird bewirkt durch **Behändigung** der **Klage** an den **Beklagten**. V. 89. S. auch **Handelsgeschäfte**, **Verschollener**.

— welche **Entschädigungsansprüche** gibt dem Verkäufer einer **Fahrniß** der **Verzug** des Käufers in **Zahlung** des **Kaufschillings**. XII. 125. S. auch **Schenkungen**. XVI. 226.

Verzugszinsen. I. 67., wann sie gefordert werden können. I. 70. 278., kann ein **Verrechner** von seinem **Rechnungsguthaben** nach abgelegter **Rechnung** **Verzugszinsen** fordern. I. 66.

— beruhen auf der **Schuldigkeit** zu entschädigen. V. 154.

— von **Kirchenbaukosten**, sind der kurzen **Verjährung** des §. 2277 ebenfalls unterworfen. XV. 3. S. auch **Handelsgeschäfte**, **Zinsen**.

Victualien, s. **Diebstahl**.

Wiediebstahl, s. **Diebstahl** von **Geflügel**.

Wiehhandel, ist kein bloßes **Bauerngeschäft**. V. 35. S. auch **Schuldscheine**.

Windicatio, ehewerblicher **Liegenschaften**, während der **Ehe** überhaupt u. bei **Zwangsversteigerungen** insbesondere. XVII. 427. Durch **Windicatio** des **Pfandobjects** erlischt das **Unterpfandrecht**. VII. 62.

Witriol mit etwas **Kupfer** mineralisirt, gehört in die erste Klasse der ägenden **Gifte**. III. 260.

Vollmacht, muß entweder den Substituten angeben, oder Befugniß zur Substitution erteilen. VIII. 73. — Mangel derselben macht ein obfliegendes Urtheil nicht nichtig. VIII. 173. **Vollmacht** des Staatsanwalts bei Injurienklagen öffentlicher Stellen. VIII. 80. — **Specialvollmacht** zur Nachsicherung des schriftlichen Verfahrens. VIII. 72. **Specialvollmacht** zur Exceffdelation kann in 3. Instanz nicht nachgetragen werden. VIII. 88.

- Eine zu den Acten gebrachte Abschrift der Generalvollmacht für alle Instanzen hat nach dem bisherigen Gerichtsgebrauch völlig hingereicht, ist durch die neue P.O. nicht untersagt. VII. 301. 302.
- Eine rechtzeitig, jedoch ohne Vollmacht eingereichte Proceßschrift kann nicht schlechthin als nicht eingekommen behandelt werden, wenn nicht vorher unter Androhung dieses Nachtheils die Vollmachtsbeibringung auferlegt war. P.O. §. 734. XI. 538. S. auch Haupttheil, Restitution.

Vollmachts-Recognition soll in der Art geschehen, daß, so oft eine Vollmacht einkommt, dem gegentheiligen Anwalte davon Nachricht gegeben wird. III. 106. — Diese Benachrichtigung hat dann immer den Sinn, daß der gegentheilige Anwalt die Vollmacht in der Registratur einsehen, und binnen 30 Tagen seine allenfallsigen monita einreichen kann, widrigenfalls die Vollmacht für anerkannt angesehen werde. III. 106.

Vollstreckung. Einsprache gegen die Befriedigung eines Gläubigers aus den Ergebnissen der Vollstreckung nach §. 1072 R. 1 der P.O. XIV. 281.

Vollstreckungsbeamte. Fehlerhaftes oder gesetzwidriges Verfahren derselben begründet die Beschwerdeführung nach §. 962, 963 der P.O. X. 251.

Vollstreckungsbegehren, dessen Abweisung, obdeshalb Beschwerde- führung oder gerichtliche Klage zu erheben sei. XVIII. 588.

Vollstreckungsverfahren. Das Gesuch um eine Vollstreckungs- verfügung ist, auch wenn der Beklagte zwischen dem Urtheil und der Einleitung des Vollstreckungsverfahrens einen bestritten Gerichts- stand erhalten hat, bei dem Richter anzubringen, welcher den Haupt- streit in erster Instanz verhandelt und entschieden hat. XV. 163.

- Umstößung von Vollstreckungsverhandlungen. XV. 540.
- Einsprache im Vollstreckungsverfahren auf Grund des Eigenthums am Gegenstand der Vollstreckung. XIX. 361. Einsprache gegen Vollstreckung wegen Pfand- und Nuzungsrecht am Vollstreckungs- gegenstand. XIX. 271. Vollstreckung im Widerspruch mit dem rechts- kräftigen Erkenntniß. XIX. 261.
- Wenn Jemand als Mitschuldner rechtskräftig zur Zahlung verurtheilt, im Urtheil aber der auf ihn fallende Antheil nicht bestimmt ist, findet eine Bestimmung hierüber im Vollstreckungsverfahren statt? XIV. 145.
- bei einer rechtskräftig entschiedenen Pflicht zur Rechnungsstellung. XIII. 582., f. Rechnungsvollzug.

Vollstreckungsverfahren. Während desselben zwischen den Parteien oder mit einem Dritten entstandene neue Streitigkeiten, finden ihr Rechtsmittel im §. 696 der P.D. X. 250.

Vorbehalt, f. Pflichttheil.

Vorbehaltserbe, f. Notherbe.

Vorbereitung zum Verbrechen. VIII. 229.

Vorempfang, f. Voraus.

Vorklage, f. Widerklage.

Vorladung, peremptorische, unbekannter Personen zur Geltendmachung eines Rechts sind in den gesetzlichen Fällen zulässig. V. 367. Wegen verlornen Wechsel und Urkunden auf den Inhaber ist das in den Anh. S. 150—155, resp. 202—205 vorgeschriebene Verfahren zu beobachten. V. 367. Auf die badiſchen Rentenscheine ist dasselbe nicht anwendbar. V. 368. Derselben bedürfen Schulburtunden auf benannte Personen gar nicht. V. 368. Sie können jedoch unter der Verwarnung geschehen, daß sich der Besitzer sonst die aus der nicht geschehenden Meldung entspringenden Nachtheile selbst zuzuschreiben habe, niemals aber unter dem Präjudiz der Amortisirung. V. 368.

— zu den Tagfahrten bei den Obergerichten. XIII. 604. S. auch Patrociniumsaufkündigung, Unterpfand — bedingenes, Unterpfandsbuch-Erneuerung, Unterpfandsgläubiger — bekannte.

Vormund. Die Bestellung und Entlassung desselben, die Beurtheilung seiner Tauglichkeit und die Aufsicht über seine Verwaltung gehört nach badiſchem Rechte und altdeutschem Herkommen unter die Arten der willkürlichen Gerichtsbarkeit. V. 165. 166. 167. Nach franz. Rechte ist dies alles den Schwurgerichten überlassen. V. 16. Wenn aber die Frage, ob der Vater, als gesetzlicher Vormund und Nutzniesser des Vermögens seiner Kinder, die Verwaltung des letztern nach behalten solle oder nicht, ein Streit entsteht, so hängt Vormundschaftsrecht und Nutznießungsrecht so genau zusammen, daß man nicht jenes als Gegenstand der willkürlichen und dieses als Gegenstand der streitigen Gerichtsbarkeit ansehen und trennen kann. V. 168. 169. Untauglich dazu ist der dessen Unfähigkeit oder Untreue aus seiner Verwaltung hervorgeht. V. 162. 164. Gantmäßigkeit allein macht niemand untauglich. V. 162. 164. Hat der Obervormundschaft über seine Verwaltung Rechenschaft zu geben. V. 164. 165. Ist auch ohne obervormundschastliche Ermächtigung befugt, eine liquide Gegenforderung seiner Minderl. mit der liquiden Schuld derselben wertzuschlagen. V. 219. S. auch Erbtheil — Minderl., Gewalt — elterliche, Kreisdirectorien, Nutznießung.

— daß er Bürgschaft leisten, oder mit Liegenschaften angefaßt sein müsse, ist im Code Nap. nirgends vorgeschrieben. VI. 253. Auch in Baden ist es unbestimmt, welche Sicherheit er zu leisten habe. VI. 254. Daß er mit so vielem freien liegenschaftlichen Vermögen angefaßt sei, als das Vermögen des Minderl. beträgt, scheint nicht erforderlich zu sein. VI. 253. 255. 256. Kann eine Beschränkung

des? allgemeinen gesetzlichen Unterpfandsrechts der Minderjährigen auf so viele seiner Eigenschaften, als zu deren vollkommener Sicherheit nothwendig ist, verlangen. VI. 254. Ist gleich Anfangs bei seiner Ernennung die Eintragung in das Pfandbuch nur auf gewisse Güter geschehen, so bleibt es doch dem Gutachten des Familienraths überlassen, dieselbe noch mehr zu beschränken. VI. 254. Diese Befugniß des Familienraths schließt auch die weitere in sich, selbst unter das muthmaßliche Verhältniß der Forderung zum Pfande aus Rücksicht auf die persönlichen Eigenschaften des Schuldners herunter zu gehen. VI. 254. Wird auf Betreiben der nächsten Verwandten, Ortsvorsteher, Waisenrichter, Amtsrevisoren, und ihrer Theilungskommissäre bestellt. VI. 253. Muß nach Römischen Rechte eine besondere Sicherheit durch Bürgen stellen. VI. 260. Nach der Rechtspolizeiordnung tit. 32. §. 3 muß er ein Inventarium von allem Liegenden und Fahrenden errichten, und hinlänglich Caution stellen, auch eiblich geloben, seine zum Unterpfande gegebenen Güter nicht veräußern zu wollen. VI. 261. Nach pfälzischem Rechte wird bloß erfordert, daß derselbe einen guten Ruf habe, und überhaupt tüchtig und rechtschaffen, auch daß er den Kindern und der Verlassenschaft geseßen sei, was jedoch nur in dem Sinne zu nehmen sein wird, daß er an dem Aufenthaltsorte der Pupillen, oder wo ihr Vermögen zu verwalten ist, seinen Sitz haben muß. VI. 261. 263. *§. auch actio tutelae utilis, Familienrath, Obrigkeit — ordentliche, Orlsgerichte.*

Vormund. Die Untauglichkeit eines solchen wegen Schwachsinntigkeit bewirkt keine absolute, sondern nur eine relative Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts, nämlich nur dann, wenn sie den Mündel selbst urghren. II. 206.

— Auch die Eltern haben die Verbindlichkeit eines solchen in Bezug auf das in ihrem Nießbrauch befindliche Vermögen ihrer minderjährigen Kinder. VIII. 42.

Vormünder, deren Proceßführung nach Eintritt der Großjährigkeit des Mündels. XVII. 285.

Vormundschaft. 1) Wird nach dem Tode eines Ehegatten dem Kinde ein Pfleger aufgestellt, so ist hierdurch allein die gesetzliche Vormundschaft des überlebenden Ehegatten (§. 390) nicht aufgehoben, und der Pfleger ist nur als Vertreter des Kindes für das bestimmte Geschäft, aus dessen Anlaß er bestellt wurde, anzusehen. 2) Wenn der besonders bestellte Pfleger für den Minderjährigen ein Geschäft besorgt, in Bezug auf welches zwischen dem Minderjährigen und seinem gesetzlichen Vormunde kein kollidirendes Interesse besteht (§. 420), so handelt er hierbei nicht in eigenem Namen, sondern nur im Namen des gesetzlichen Vormunds. Wenn daher der Letztere nach eingetretener Volljährigkeit des Mündels sich mit diesem über jenes Geschäft vergleicht, so wird dadurch auch der Pfleger, der das Geschäft unmittelbar besorgte, von seiner Verantwortlichkeit gegen den ehemaligen Mündel frei. XV. 520.

Vormundtschaft; die gesetzliche Vormundtschaft der Mutter wird nicht stillschweigend abgelehnt. VIII. 193.

Vormundschaftsbeistand, Ungültigkeit eines Ankaufs von Mündelgut durch den nach §. 17 des 2. Einführungsgerichts zum Landrecht aufgestellten vormundtschaftlichen Beistand (L.R.G. 450 u. 1596); er kann Ertrag der Meliorationen fordern, die er auf des Mündels Gut in gutem Glauben verwendet hat (L.R.G. 555) und es steht ihm, bis der Ertrag erfolgt, das Retentionsrecht zu. XVI. 332.

Vormundschaftsrechnungen, s. Rechnungsgenehmigung.

Vorname; s. Namensunterschrift.

Voraus. XVII. 389.

— ist eine Aufbesserung des gesetzlichen Erbtheils. IV. 173. Ist aus dem Gemeinschaftsvermögen, nicht aus dem eigenen Vermögen eines verstorbenen Ehegatten zu beziehen. IV. 175. Muß in der letztwilligen Verfügung ausdrücklich als solcher erklärt sein. IV. 173. Ob dies jedoch auch da erfordert werde, wo es sich nicht von der Einmürselpflicht (collatio), sondern nur von dem Anspruch auf die eheliche Nutznießung neben dem Voraus handelt, ist zweifelhaft. IV. 173. 174. 175.

Vorauszahlung bei Ganten. XVII. 239.

Vorsatz, mittelbarer (dolus indirectus) oder grobe Verschulbung tritt da ein, wo der Thäter eine unerlaubte Absicht hatte, und voraussehen konnte und sollte, daß die weitere außer seinem Vorsatze liegende That leicht erfolgen könne. V. 334. In diesem Falle soll die Stufe der moralischen Thatbeschaffenheit innerhalb der gesetzlichen Unterstellung für die ordentliche Strafbestimmung liegen. V. 334.

Vorschuß, s. Anwälte.

Vortheilsgerechtigkeit, wie weit sie sich auf ein Contiguum von Gütern und Gebäuden und auf die Zugehörde eines Gebäudes erstreckt. I. 264. 265. 318.

— Der Vortheilserbe kann das Gut nach §. 827 um einen finklichen Anschlag, also um ein Ahtel unter dem laufenden Verkaufswert an sich ziehen, was aber dieser laufende Verkaufswert sei, darf nicht durch eine willkürliche Vereinbarung mit den Vormündern der Minderjährigen, sondern nach §. 466 nur durch eine gerichtliche Schätzung bestimmt werden. Unterblieb diese Schätzung, so gilt die Theilung nach dem Schlusssatz 466 nur als eine fürvorgläche, an deren Stelle die Betheiligten eine neue und zwar endgültige fordern können.

— kann nicht ausgesprochen werden, gegen die auf den Pflichttheil gesetzten Kinder. VIII. 204.

— bei Theilungen. XV. 511. §. Erbtheilungen.

Vorträger bei Gütern, Sammtverbindlichkeit desselben. XVII. 383.

Vortragsgebühren, s. Relationsgebühren.

Vorzugsrechte, die des L.R.G. 2101—2103 gehen selbst den ältern Unterpfandsgläubigern vor. VIII. 44—47.

Vorzugsrechte der Miterben für Erbgleichstellungsgelber (§. 2103 R. 3) und Folgen der Verkümmniß der im §. 2109 bestimmten Eintragsfrist. XV. 270.

- auf Fahrnißstücke bestimmt das Gesetz, ohne zu unterscheiden, ob sie noch unverändert, oder in einer andern Gestalt vorhanden sind. III. 34., f. Eisen.
- jenes des Kauffchillings unbezahlter Geräthschaften erstreckt sich in Beziehung auf das zu einem Wagen verwendete Eisen nicht auf den ganzen Erlös aus dem Wagen, sondern nur auf den Werth des an demselben befindlichen Eisens. III. 34., f. Geräthschaften u. Eisen.
- auf Liegenschaften steht nach L.R. §. 2103 R. 3 zu: a) dem Verkäufer auf das verkaufte Grundstück wegen Zahlung des Kauffchillings; b) denjenigen, welche Geld hergeschossen haben, um ein Grundstück zu erwerben. VII. 159. Bestimmung und Verwendung des Darlehens muß aber durch eine öffentliche Urkunde bewiesen sein, weil nur dadurch im Verhältniß zu Dritten ein sicheres Datum hergestellt wird. VII. 160. Es erstreckt sich ferner dieses Vorzugsrecht nur auf durch Kauf erworbene Grundstücke, — darf als Privilegium nicht ausgedehnt werden. VII. 161.
- Der Realarrest hat die Wirkung, daß während des Arrestes kein Dritter irgend ein Recht an dem Arrestobject neu erwerben kann, auch namentlich nicht durch Eintrag eines Urtheils in ein Pfandbuch. X. 199.
- ihre Aufhebung bei Zwangsversteigerungen. XIV. 179.
- des Staats. Derselbe hat nach L.R. §. 2098 a. II. ein solches auf alle fahrende Habe des Rechners und dessen Ehefrau, und nach L.R. §. 2103 a. auch auf die Liegenschaften des Rechners. III. 164. Letzteres Vorzugsrecht wird aber nach L.R. §. 2106 u. 2107 erst wirksam durch die Eintragung in das Unterpfandbuch. III. 164.
- richterliches gesetzliches Pfandrecht des Fiscus auf die Güter seiner Rechner. XIX. 299.
- der Staatsanstalten. Diese haben nach L.R. §. 2121 ein gesetzliches Unterpfandrecht auf sämtliche Liegenschaften ihrer Rechner. III. 164. Dadurch daß sie unter der Aufsicht des Staats stehen, werden die in ihre Kassen fließenden Gelder noch nicht zum *erarium*. III. 164. Sie können also auch das Vorzugsrecht der Staatskassen nicht ansprechen. III. 164. Bedarf der Eintragung. XIX. 296.
- Der Staatsschatz hat ein Vorzugsrecht auf die Steuern und Hobeitsgefälle für das laufende, und den Ausstand des verfloßenen Jahres. V. 26, 27, 28, 29. Unter dem laufenden Jahre ist das gemeint, in welchem die Gant ausbrach. V. 29. Abgaben, welche zu den niedern Herrlichkeiten gehören, haben dies Vorzugsrecht nicht. V. 28. Kann zum Abbruch früher erworbener Rechte dritter Personen niemals einen Vorzug verlangen. V. 26, 27, 28, 29. S. auch Abzugsgelder, Herrlichkeiten.
- Das Vorzugsrecht der Steuern ergreift nicht einzelne Güter, sondern

nur das Vermögen und selbst dieses nur nach geschehener Veräußerung in Santen. IX. 103. S. auch Unterpfandsrecht.

Vorzugsstreit, über solchen muß der betheiligte Gläubiger immer selbst gehört werden. VI. 145. S. auch Contradictor, Gläubigerauschuß, Particular-Concurs, Unterpfand — bedungenes.

Votum instructivum, dieses wird durch den Correferenten nicht immer entbehrlich. III. 244.

W.

Waarenverfälschung, zum Thatbestand gehört, daß wissentlich der Waare ein der Gesundheit schädlicher Stoff beigemischt sei, in der Absicht eines unerlaubten Gewinns. VIII. 330. Ist die Beimischung unschädlich, so ist es ein bloß polizeiliches Vergehen. VIII. 331.

Waarenkäufe, was hat der Käufer zu beobachten, wenn er die Waare wegen Mangelhaftigkeit nicht behalten will? XI. 497.

Waffe, Gebrauch von Waffen, s. Diebstahl.

Waffen, zu den gefährlichen gehört ein Messer. VI. 100. 104. Auch ein Zaunpfahl oder Bengel. VI. 102. Nicht aber ein Weggerstod. VI. 102. 103. Auch nicht ein in finsterner Nacht geworfener Stein. VI. 105. S. auch Rothwehr.

Wagen. Der Erlös muß zwischen dem Kaufmann und dem Wagner getheilt werden, wenn letzterer für sein gemischtes Werkverding noch unbefriedigt ist. III. 35. s. auch Vorzugsrecht.

Wahlrecht, s. Confiscation, Ehegatte — überlebender.

Wahlverbindlichkeiten. Ob bei Wahlverbindlichkeiten, wo sie jährliche Leistungen zum Gegenstande haben, das Wahlrecht durch die einmal getroffene Wahl für die künftigen Jahre erlösche? und ob da, wo durch 30 Jahre immer die nämliche Wahl getroffen wurde, das Recht, für die Zukunft auf den andern Gegenstand der Wahl zurückzugreifen, verjährt sei? XIV. 153.

Wahnsinn, dafür kann die Geistesabwesenheit eines mit der Epilepsie Befallenen vor und nach den einzelnen Anfällen so wenig angesehen werden, als die eines Fieberkranken. VI. 365. 366. S. auch Ehe, Ehecheidungsgrund.

— periodischer, s. Zurechnungsfähigkeit.

Wahrheit und Lüge im Civilproceß. XVII. 1. 377.

Wahrscheinlichkeit, Unterschied v. Vermuthungsbeweis. XVII. 440.

Waisengericht, Begriff eines solchen. VII. 164. Haben bloß rücksichtlich der Minderjährigen die Verbindlichkeit, für die Eintragung des gesetzlichen Unterpfandsrechtes derselben zu sorgen, nicht aber auch in Beziehung auf später bedungene Unterpfandsgläubiger, s. Verordnung vom 18. April 1810 Reg.-Bl. N. 18 und Rechtsbelehrung vom 28. Decbr. 1811 Reg.-Bl. v. 1812 N. 1. VII. 165. 166.

— sind sie schuldig, für den Eintrag der gesetzlichen Unterpfandsrechte

zu haften? I. 103. 199. S. auch Erbtheilung — Minderjähriger, Obrigkeit — ordentliche, Vormund.

Waldeigenthümer, dessen Beschränkung in der Benutzung des Waldes wegen Berechtigungen Dritter. XIII. 414. S. auch Beholzungsrecht, Forstberechtigungen, Holzberechtigungen.

Waldbüter. Ein Waldbüter, der selbst einen Forstfrevel verübt, kann deshalb nicht wegen Bruch des Dienstleides von der im Strafbuch gedrohten Strafe getroffen werden, da er bei Verübung eines eigenen Forstfrevels nicht im Amte, sondern als Privatperson handelt. XIV. 30.

Walddrugstrafen, s. Forstfrevel.

Waldschüge, s. Gelübdebruch, Holzdiebstahl.

Waldweide, Entschädigung wegen Aufhebung derselben nach §. 102. des Forstgesetzes. XVI. 47.

Wandelklage, kurze Verjährung derselben. VIII. 92.

Wappen, s. Siegelmäßigkeit.

Warnungsstrafen, s. Zoll- und Accisvergehen.

Wasser, fließendes, der Richter muß die auf dieselben bezüglichen Polizeivorschriften beobachten. VIII. 359.

Wasserablaufrecht, wenn ein Wasser an zwei gegenüber liegenden Grundeigenthümern vorüberfließt, oder ein Eigenthum durchströmt, so ist solches im ersten Falle unter die beiderseitigen Eigenthümer verhältnißmäßig ihres Bedürfnisses zu theilen, und im zweiten Falle kann es der Eigenthümer des Guts allein benützen, muß aber für die Zurückleitung in das alte Bett sorgen. XII. 301.

Wasserleitung, offene Anlage einer solchen. Die im L.R.G. 642. bestimmte Verjährung einer Wasserleitungsgerechtigkeit des untern Grundstücks, dessen Eigenthümer offene Anlagen gemacht hat, die den Fall und den Einlauf des Wassers auf das untere Grundstück befördern sollen, setzt voraus, daß diese offenen Anlagen wenigstens theilweise auch dem obern Grundstück als auf dem dienenden Gut gemacht seien, da das, was der Eigenthümer nur auf seinem eigenen Grundstück vornimmt, nach §. 2232. a. gegen den Nachbar eine *res meræ facultatis* ist, und keine Verjährung begründen kann, es sei denn, daß der Eigenthümer des untern Grundstücks die Wasserleitung durch irgend einen andern Vorgang als ein Recht in Anspruch genommen, und der Eigenthümer des obern Grundstücks, von dem das Wasser auf das untere abfloß, sich alsdann 30 Jahre lang dabei beruhigt hat. XIII. 471.

Wasserrecht. XVIII. 255., aus der Lage des Orts. Auslegung der Vorschriften über Benutzung der Quellen. XVIII. 15., ständige, deren Eröffnung. XVIII. 89., aus der Lage des Orts. Benutzung der Quellen. Eröffnung. XVIII. 213. L.R.G. 552. 641. 741. u. 645. Recht des Eigenthümers, das auf seinem Grund und Boden befindliche Wasser zu benützen. XVIII. 224.

Wasserungsanlagen. Anwendung der L.R.G. 640. 642. u. 643.

über die Beschaffenheit der Anlagen, welche zur Begründung der im §. 642. bezeichneten Verjährung nöthig sind. XIV. 288.

Wechsel, welche Rechtswirkung hat ein Wechsel, in dem der Werthempfang nicht in der durch das Handelsrecht, §. 110. u. vorgeschriebenen Form beurkundet ist, und welche Wirkung hat ein Wechsel, in dem der Werthempfang zwar formrichtig aber sachunrichtig angegeben ist? L.R. §. 1, 110, 112, 140, 187, 189, 190. L.R. §. 1131, 1132. XII. 89.

- ob solche, die nicht protestirt wurden, noch als Handschriften gelten können, selbst wenn ihnen die im L.R. Sage 1326 für einseitige Zeugen vorgeschriebene Form mangelt. II. 56. 57. 68.
- von einer Frauensperson, welche nicht Handelsfrau ist, ausgestellt, ist nur als einfache Handschrift zu betrachten, welche an die Förmlichkeiten des L.R. §. 1326. gebunden ist. IX. 273. 275.
- ob die Anh.-§. 113. u. 186. a. c. bloß von gezogenen oder auch von eigenen handeln, ist controvers. III. 244. 245. — Für die letztere Meinung streitet theils der Grund des Gesetzes, theils die Bestimmung des Anh.-§. 187., daß alles, was von gezogenen Wechseln namentlich in den Anh.-Sätzen 112. u. 114. gesagt sei, auch bei den eigenen gelten solle. III. 245. 246. §. Verweis-Verfahren.
- eigene, trockene, werden im Code de commerce gar nicht Wechsel (*lettres de change*) sondern *billets à ordre* genannt. VI. 291. 292. Die nicht von Handelsleuten oder in Handelsgeschäften ausgestellten sind nicht nach dem Handelsrechte, sondern nach dem bürgerlichen Rechte zu beurtheilen. VI. 289. 291. 292. §. auch Handelsgesetze.
- sind nach Anh.-§. 1. kein Handelsgeschäft. III. 286., machen für sich allein kein Handelsgeschäft. II. 54. Sie müssen, wenn sie von einem Handelsmanne ausgestellt wurden, oder eine Handelsfache betreffen, nach den Handelsgesetzen beurtheilt werden. II. 51. Wenn sie nicht auf Verfügung gestellt wurden, sind sie gar keine Wechsel. II. 51. Sie müssen so gut, als gezogene, zur Verfallzeit protestirt werden. II. 54.
- unter welcher Voraussetzung sind eigene Wechsel Handelsfachen. XII. 89. Die von Nichthandelsleuten für Nichthandelsgeschäfte ausgestellt wurden, sind bloße Privaturkunden über einseitige Zusagen. II. 51., vergl. mit II. 390—392., ihre Gültigkeit als Handschrift. I. 265. 266., sie werden dadurch, daß sie auf Verfügung gestellt sind, noch nicht zu einem Handelsgeschäfte, sondern nur dann, wenn der Indossant ein Handelsmann ist, oder für ein Handelsgeschäft davon Gebrauch macht. IV. 32. 33. 58. Durch Ausstellung auf *ordre* wird der Aussteller dem Inhaber für verhaftet erklärt. IV. 59, 60, 61, 66. Sind dann eine Handelsfache, wenn er von Handelsleuten oder für Handelsleute ausgestellt wird. IV. 58. Wenn schon vor ihrer Verfallzeit die Valuta durch Abrechnung getilgt war, so ist die Einrede der Zahlung damit begründet. IV. 59.
- gezogene, sind Handelsgeschäfte. II. 50. §. auch Handelsgesetze.

Wechsel, gezogene. Acceptation derselben. VII. 309. Judoffament. VII. 309. bei deren Acceptation braucht die Summe nicht in Worten ausgedrückt zu werden. V. 34. S. auch Verladung, Nothadresse, Freundeszahlung. XIX. 217.

Wechsel-Arrest, s. Wechselsachen.

Wechselbank und **Wärlergeschäfte** sind **Handelsgeschäfte**. II. 50. S. **Handelsgeschäfte**.

Wechselfähigkeit, entbehren alle Frauenzimmer, welche nicht Handelsfrauen sind. IX. 273: 275.

Wechselinhaber, wird durch **Versäumung** der vorgeschriebenen Fristen aller Rechte gegen den Wechselübergeber (Judoffanten) veräußert. VII. 317. Dies gilt ob *paritatem rationis* sowohl von der Versäumung der für die Protesteinlegung wegen Mangels Zahlung, als wegen Mangels Annahme vorgeschriebenen Frist. VII. 317. S. a. **Sammtverhindlichkeit**.

Wechselklagen, die im §. 189 des Handelsrechts erwähnte fünfjährige Verjährung der Wechselklagen kann auch dem Acceptanten entgegen gehalten werden. XV. 288.

Wechselkraft geht nur durch das **Versäumnis** des Protests zur Verfallzeit verloren. II. 55. 56. S. auch **Protest**.

Wechselordnung, Frankfurter, Auslegung des §. 58 derselben, s. **Nothadressen**.

Wechselproceß. Kann der Beklagte, der in einem Executiv- oder Wechselproceß verurtheilt wurde, in dem darauf eingeleiteten ordentlichen Verfahren die zerstörlischen Einreden noch geltend machen, mit welchen er in dem vorausgegangenen summarischen Verfahren ausgeschlossen wurde. XI. 142.

Wechsel-Prolongation ist nur eine beziehende Urkunde, reicht ohne den Wechsel selber nicht hin, die Rechtsbeständigkeit einer Wechselverbindlichkeit zu beweisen. VII. 91., ist höchstens Anfang eines schriftlichen Beweises. VII. 92.

Wechselprotestation. VII. 309.

Wechsel-Sachen, gehören, sobald auf Arrest erkannt wird, unter die im §. 125 der D. O. D. bemerkten Sachen, bei denen die Appellation bis zu einlangender Inhibition keinen *Suspensiv-Effect* haben soll. VI. 148. Es muß jedoch für Appellanten Sicherheit wegen eines von ihm zu nehmenden Regresses gesorgt werden. VI. 149. Die Inhibition kann der Oberrichter nur ertheilen, wenn die Wechselkraft der Urkunde, oder die Gültigkeit des unterrichterlichen Verfahrens zweifelhaft scheint. VI. 149. Note 4. Bloß um Inhibitionen zu erwirken, kann nicht auf das außerordentliche Rechtsmittel der Cassation gegriffen werden, sondern das Inhibitions-gesuch muß neben dem ordentlichen Rechtsmittel angebracht werden. VI. 149. Der §. 2 der Verordnung vom 8. Decemb. 1808 versteht unter sicherem Abwenden des Nachtheils, nur den Nachtheil in der Hauptsache, nicht das augenblicklich Lästige des verweigernten *Suspensiv-Effects*. VI. 149. Die

Inhibition kann übrigens beseitigt werden, auch wenn bloß mit Wechselarrest gedroht ist. VI. 149.

Wechselunfähigkeit, s. Wechselverfahren.

Wechselurkunde, nur durch sie kann urkundlich bewiesen werden, ob eine Wechselverbindlichkeit auf rechtsbeständige Weise eingegangen sei. VII. 91., wie die auf einen Wechsel gesetzten Worte — „für mich an sie selber zur gefälligen Quitschrift“ — auszulegen sind. VII. 314., ob damit ein wahres Indossament bezweckt werde. VII. 314. 309.

Wechselverfahren tritt in contumaciam ein, wenn die Einrede der Wechselunfähigkeit nicht vorgeschützt wird. IV. 33.

Wechselverfälschung. II. 65.

Wechselverjährung, s. Handelsgesetze, Verjährung.

Wechselvertrag geht in einen Darlehens-Contract über, wenn die Urkunde ihre Wechselkraft verloren hat. II. 56.

— erfordert seiner Natur nach eine schriftliche Abfassung. VII. 91.

Eigene Form für die gezogenen u. eigenen Wechsel, *causa debendi*. VII. 91.

Wegdienbarkeit gehört zu den unständigen (*discontinuis*.) II. 286.

Weggerechtigkeiten, ein Wegrecht ist keine offene Dienstbarkeit im Sinne des §. 689, wenn gleich sich Geleise als Spuren eines Wegrechts auf dem dienenden Gut finden, denn diese sind keine Anlagen zum Zweck der Ausübung der Dienstbarkeit, sondern nur Folgen dieser Ausübung. XII. 112.

— Der Einzelne kann ein Wegrecht über das Gut des Andern nur insofern geltend machen, daß das Wegrecht speciell ihm zum Gebrauch und Vortheil seines Grundstücks diene. Wird behauptet, daß der Weg Jedermann offen stehe, daß er also ein öffentlicher, d. i. ein Gemeinweg sei, so kann nicht der Einzelne, sondern nur die Gemeinde das Wegrecht gerichtlich geltend machen. XIV. 21.

— Die Widmung des Eigenthümers gilt nur bei offenen selbstständigen Dienstbarkeiten, also nicht auch bei Weggerechtigkeiten, als Titel. Wenn ein Grundstück, dessen Eigenthümer bisher über andere ihm zugehörige Güter auf dasselbe gefangte, in fremde Hände kommt, und dadurch ringsum von der gemeinen Straße abgeschnitten wird, so hat auch der neue Eigenthümer seinen Ausweg fortan über die übrigen Güter des bisherigen Eigenthümers zu nehmen. XIV. 248.

— Wer über ein Gut geht oder fährt, übt damit nicht das, alle Rechte am Gut umfassende Eigenthumsrecht aus; er kann daher dadurch auch das Eigenthum an der begangenen oder befahrenen Strecke nicht erlösen, sondern es finden die Grundzüge von der Verjährung der Dienstbarkeiten Anwendung, namentlich der §. 691 u. ff. Nur wenn derjenige, der sich auf die Erstickung beruft, einen ordentlichen Weg hergestellt und unterhalten hätte, so daß das Fahren und Gehen dann die ausschließliche Benützung des Bodens ausmachte, hätte zu

dieser Weg das Eigenthum des Bodens selbst erfassen werden können, und es kämen also die Grundsätze von der Eigenthumsverfälschung zur Anwendung. XV. 590.

Weggerechtigkeiten. Der Anspruch auf die gesetzliche Durchfuhrsgerechtigkeit, welche der L.R.G. 682 dem Eigenthümer, dessen Grundstück durchaus mittelst anderer von der gemeinen Straße abgeschnitten ist, gegen Entschädigung einräumt, kann, wenn dieser Anspruch nicht bereits richterlich zuerkannt ist, nicht im Wege einer bloßen Einrede, um sich damit gegen eine Negatorienklage zu schützen, sondern nur mittelst einer eigenen Klage oder Widerklage geltend gemacht werden. XIII. 467.

— Um zum Vortheil eines Grundstücks ein Wegrecht über ein anderes Grundstück, als durch eine vor Einführung des neuen Landrechts vollendete Verjährung erworben, in Anspruch zu nehmen, genügt es nicht an dem Beweise, daß der Weg über das dienende Grundstück (durch die Verjährung hindurch) überhaupt begangen wurde, sondern es ist der Beweis nöthig, daß derselbe namentlich von den Besitzern des herrschenden Guts, um auf dieses zu gelangen oder von diesem weg an einen andern Ort zu kommen, begangen worden sei. XIII. 599.

— Ueber die Erwerbung unständiger Dienstbarkeiten, insbesondere eines Nothwegs, und über das erforderliche Alter der Zeugen. Auslegung des §. 685. XIII. 467.

— Das Recht auf einen Nothweg aus L.R.G. 682 kann nicht bloß mittelst einer Klage, sondern auch mittelst einer Einrede verfolgt werden. Dieser L.R.G. gibt nämlich dem Eigenthümer eines eingeschlossenen Grundstücks nicht bloß das Recht, sich eine Wegdienstbarkeit richterlich constituiren zu lassen, sondern das Recht einen bestimmten Weg zu fordern. XVI. 93.

— Anwendbarkeit des L.R.G. 682 auf Gebäude. XIX. 188. L.R.G. 683 ist auf Gebäude nicht anwendbar. XVIII. 233. Nothwendige Streitgenossenschaft bei der Klage auf Nothweg, welcher über verschiedene Grundstücke geht. XVIII. 228. Wegrecht, L.R.G. 697 u. 701. XVIII. 226. Weggerechtigkeiten. XVII. 272.

Weidrecht, ob durch die gesetzliche Beschränkung der Zeit, wo es erlaubt sein soll, der dominus praedii servientis dem Berechtigten wegen des ihm dadurch erwachsenden Nachtheils entschädigungspflichtig werde. II. 131—133. 136—141.

— Vertragsauslegung. Beschränkende Anwendung des L.R.G. 2180. a. XIX. 277.

— des Eigenthümers neben der Weidbarkeit. XII. 571. §. Schädereiberechtigung, Dienstbarkeiten, jus compassendi.

— bei diesem wird die Negatorienklage eines einzelnen Grundbesizers durch den Beweis des Weidrechts auf der Erwarfung im Allgemeinen entkräftet. XVIII. 237. Vergleich und Anerkennung als Nothstittel. XVIII. 237 u. 240.

Weinhandlungspatent, kann nur dem zum Vortheil gereichen, der es gelöst hat. IV. 264. Ausgenommen Erben eines Weinhändlers, so lange das Weinlager unvertheilt bleibt. IV. 264. Mehrere Personen, wenn sie auch einen gemeinschaftlichen Keller haben, können kein Patent in Gemeinschaft erhalten, außer wenn sie in einer wahren offenen Handelsgesellschaft stehen. IV. 264.

— Incompetenz des Oberhofgerichts im Recurswege über eine Strafe zuerkennen, die wegen Ueberschreitung eines Weinhandlungspatents ausgesprochen wird. IX. 206. 207.

Weinverkauf außer dem Maße, ob die Bestrafung desselben ein Gegenstand der oberhofgerichtlichen Cognition sei. II. 323.

Werkverding. R.R.G. 1793. 1799. Die hier erforderliche schriftliche Ermächtigung von Seiten des Bauherren kann auch durch ein stillschweigendes Eingeständniß ersetzt und dann der Mehraufwand nach der ursprünglichen Preis-Uebereinkunft geschätzt werden. Ansicht des Referenten ad libellum. X. 45.

— Erlöschen desselben durch den Tod der Unternehmer. XVII. 455.

— gemischtes, ist vorhanden, wenn ein Schmied, der einen Wagen verfertigt, selbst das Eisen dazu gibt. III. 34. S. auch Wagen, Anschaffungskauf, Lehrvertrag.

Werkzeuge, schädliche. XIV. 175.

Werthbestimmung des Streitgegenstandes, zum Behuf der Berufung an den höhern Richter, soll lediglich nach dem Gebrauchswerthe geschehen. II. 345. 346. 347.

Wette, zum Begriff derselben gehört ein festbestimmter Thatumstand und eine festbestimmte Summe des Gewinns oder Verlustes. VIII. 476. — Sie ist nicht klagbar. VIII. 475. II. 66. Verschiedenheit derselben vom Differenzienkauf. VIII. 476.

Wetttschlagung. I. 267. 268. XVIII. 417.

— erfordert nichts, als daß eine liquidte Forderung und Gegenforderung sich einander gegenüber stehen. V. 219. Findet ausnahmsweise bei Unterhaltsgeldern, die für unbeschlagbar erklärt sind, nicht statt. V. 217. S. auch Wittwengehalt.

— Sie findet nur wegen liquiden Gegenforderungen statt. VIII. 407.

— die spätere Liquidmachung wirkt aber rückwärts. VIII. 408. — auch in Ansehung der vor der Cession entstandenen aber erst nachher liquid gewordenen Forderungen. VIII. 25. S. Cession.

— kann diese eintreten zwischen Forderung und Schuld verschiedener Staatskassen? Auslegung des R.R.G. 1293. a. X. 30.

— deren Erfordernisse im ordentlichen Rechtswege. R.R.G. 1291. XIX. 380.

— Ob die Einrede der Wetttschlagung durch angenommenen stillschweigenden Verzicht verloren gehe, oder nur die damit verbundene Vorzugs- und Pfandrechte. I. 267. 268.

— Ist der Grundsatz der P.D. §. 320, daß eine Widerklage gegen eine Widerklage nicht stattfindet, auch auf die Einrede der Wetttschlagung

anwendbar? Kann insbesondere der Cessionär, welchem der Cessus die Einrede der Wettschlagung mit Forderungen an den Cedenten entgegenhält, deshalb dem Cedenten den Streit verkünden, und durch diesen die Einrede vortragen? XV. 28.

Wettschlagung. Kann eine Forderung, welche bereits vor einem andern Richter eingeklagt ist, einer Klage compensando entgegengehalten werden? Hindert Gantausbruch die Wettschlagung? L.R.S. 1234, 1290 ff. XVI. 133. S. auch Kriegspflicht.

Widerklagen, durch sie kann dem Widerbeklagten das Recht der ersten Instanz nicht entzogen werden. VI. 154. Findet in *causis executionis, quæ paratam habent executionem, ut in debitis confessionis et deposito* nicht statt, wenn Kläger und Widerbeklagter nicht die nämlichen Personen sind. VI. 154. Rückfichtlich ihrer ist es eine *mutatio libelli*, wenn früher nur auf Arrest libellirt, nachmals aber die Klage als Widerklage gekompelt, und darauf ein Gesuch um Realisirtheit gegründet werden will. VI. 154. Von der Willkühr des Beklagten hängt es ab, ob er die Gegenforderung vor dem competenten Richter des Klägers, oder vor dem Richter in der Vorlagssache anstellen will. VI. 155. Hat der Beklagte ein *forum privilegiatum*, unterläßt er es aber, seinen Gegner vor diesem *reconveniendo* zu belangen, so hat er hier durch die That seinem Privilegium entsagt. VI. 155.

— ist der Grundsatz der P.D. §. 320, daß eine Widerklage gegen eine Widerklage nicht statt findet, auch auf die Einrede der Wettschlagung anwendbar? XV. 28.

— Statthaftigkeit der Widerklage gegen die Widerklage. XV. 566.

— in zweiter Instanz. XVII. 146.

Widerklage, kann die Frau solche bei Lebzeiten des Mannes fordern? I. 279. S. Ehevertrag.

Widerruf eines Geständnisses in Criminalsachen. I. 142. 199., einer Zeugnisaussage. I. 224. S. auch Geständniß.

— von Schenkungen im Ehevertrag. XIV. 189., wegen nicht erfüllter Auflagen. XVI. 226. S. auch Schenkungen.

Widertrassanmeldung, ob diese nach verkündetem Urtheil die Wirkung hat, daß bis zur Erledigung des Widerrufs gegen das Urtheil die gewöhnlichen Appellationsnothfristen nicht laufen. XII. 361.

Widerseßlichkeit. Begriff dieses Verbrechens. Es wird nicht in öffentlicher Zusammenrottung begangen. VIII. 153.

— Unterschied zwischen dem Verbrechen der Widerseßlichkeit und der Ehrenkränkung eines Beamten. XI. 100.

— gegen die öffentliche Gewalt. IX. 219. Dies Verbrechen ist vorhanden, wenn die Widerseßlichkeit nur gegen einen besondern Befehl der Obrigkeit gerichtet ist. IX. 229. Unterschied zwischen diesem Verbrechen und dem Aufruhr. IX. 229., f. Aufruhr, Milderkeit.

Widerseßung. XVI. 110.

Widerpruchsrecht, f. jus compascendi.

Widmung bei Dienstbarkeiten, was dazu erforderlich ist. XIV. 248.

448. XVI. 486. S. **Dienstbarkeiten**.

Widmungsrecht, f. **Errungenschaft**.

Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Angeschuldigte. XV. 373.
S. **Angeschuldigte**.

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zur Benutzung neu aufgefundenen Beweismittel nach abgelaufener Beweisfrist. §. 409 der P.O. XI. 304.

Wiederherstellung, f. **Restitution**.

Wiederkaufrecht, ob verjährbar, und ob auf die Einrede der Verjährung verzichtet werden kann? XII. 52., f. **Kauf**.

Wiederverhehlung geschiedener Eheleute. XI. 117.

— **Wie sind die R.M.G. 228 und 296 hinsichtlich der Berechnung des Anfangstermins der Frist zur Wiederverhehlung auszulegen**. XI. 587.

— **Die Ausscharrungszeit von 10 Monaten, innerhalb welcher die geschiedene Frau nach erkannter Scheidung nach §. 296 sich nicht wieder verheirathen darf, wird, wenn inzwischen das Scheidungserkenntniß rechtskräftig geworden ist, nach §. 1179 rückwärts vom Tag der Verkündung des Urtheils erster Instanz an gerechnet**. XIII. 113.
S. auch **Ehegatte** — **überlebender, Wittum**.

Wiederverpachtung, stillschweigende, findet statt, wenn nach beendigter Pachtzeit nicht sogleich eine Veränderung mit dem Pachtgute vorgenommen, sondern dasselbe in den Händen des Pächters gelassen wurde. IV. 110. Ist an die nämlichen Bedingungen gebunden, wie die frühere ausdrückliche Verpachtung. IV. 114. Also auch ihre Dauer richtet sich nach dieser. IV. 115.

Wilderei, Wilddiebstahl, Wildraub. I. 324. 326. Unterschied zwischen Wilderei und Jagdfrevel. Wesentliches Merkmal der ersteren ist die Beschaffenheit des Jagdgewehrs und hauptsächlich die Beschaffenheit der Ladung desselben. IX. 257. Darum wird der Thatbestand derselben deshalb dadurch nicht hergestellt, wenn der Frevel mit einem Gewehr im Walde gefunden wird. Entg. Ansicht. IX. 258. 259.

— mit Waffen, ob dabei die Freiber gleiche Strafe wie die Schützen trifft. XII. 315.

— die Strafe derselben trifft auch den, der ohne zur Jagd berechtigt zu sein, mit einem Schießgewehre auf die Jagd geht. IV. 136. S. auch **Denuncianten**.

— qualifizirter, entsteht durch Widersetzlichkeit gegen den Forstausscher, auch wenn derselbe kein herrschaftlicher ist. V. 335. 336. Darauf steht acht Jahre Zuchthaus. V. 334. Im Wiederholungsfalle wird sie um die Hälfte erhöht. V. 334. 336. S. auch **Gewaltausübung**.

Wilderer, geschwätzte, gelten für maskirte. II. 319. Die Strafe der maskirten trifft auch denjenigen, der in Gesellschaft Maskirter angetroffen wurde. II. 319.

Wilderer. Denuncianten der Wilderer sollen, neben der Fanggebühr, auch die denselben abgenommenen Gewehre und Jagdgeräte, als besondere Belohnung erhalten. IV. 301. Die Hofgerichte sollen zwar die Confiskation des Gewehres oder Jagdzeugs im Urtheil aussprechen, den Punkt wegen deren Zuerkennung an die Denuncianten aber stets durch besondere Verfügung an das Amt erledigen. IV. 301.

Wildschadensgesetz. Auslegung der §§. 19 u. 20 desselben. XVII. 418.

Wille, letzter, s. Testament.

Wirtshsbücher sind keine gültigen Rechtsurkunden. V. 106. Können jedoch zur Ergänzung anderer unvollkommenen Beweise dienen. V. 106.

Wittthum. Kann die Frau ihr Wittthum bei Lebzeiten ihres in Concurs gefallenen Mannes fordern. I. 279.

— ist ein Nießbrauch oder eine Unterhaltungsrente, welche der Wittve entweder auf Lebenszeit, oder bis zu ihrer Wiederverheirathung, in dem Ehevertrag ausgesetzt ist. IV. 173. Ein gegenseitiges Vermächtniß der Ehegatten kann nie dafür gelten, weil es sich nur für die Ehefrau denken läßt. IV. 173. Ein der Wittve im Hause des Ehemanns zugesicherter Wohnsitz ist nicht dafür anzusehen. IV. 173. Die Anbedingung desselben kann auch da, wo der verstorbene Ehegatte Kinder hinterlassen hat, nicht als ein Verzicht auf die eheliche Ruznießung angesehen werden. IV. 173. S. auch Ehegatte — überlebender, und XVII. 309.

Wittwengehalt für die Gemahlin eines regierenden Fürsten, wer dazu beitragen muß. I. 109. 199. Ist der Souverain schuldig denselben für die Wittve eines mediatisirten Standesherrn zu zahlen, welcher ihr schon vor der Mediatisirung verschrieben war. I. 109. 199.

— hat die Bestimmung, den Unterhalt einer Wittve zu sichern. V. 217. Daraus folgt aber nicht, daß keine Schulden der Wittve aus demselben bezahlt, oder daß nicht auf einen Theil desselben Beschlag gelegt werden könne, sondern nur so viel, daß der nothdürftige Unterhalt der Wittve immer gesichert bleiben muß. V. 217. 218. Ist also kein unverhaftbarer Nahrungsgehalt, noch weniger ein Nothdurftsgehalt. V. 217. Es findet also hier eine Wettschlagung statt. V. 217. 218. 219. S. auch Sterbquartal, Wettschlagung.

Wohlthat, s. Rechtswohlthat.

Wohnung der Ehefrau, während der Dauer des Ehescheidungsprocesses. S. Ehescheidung.

Wohnungsrecht, muß in das Grundbuch eingetragen sein, um gegen Dritte gerichtlich zu gelten. X. 166.

— Der Wohnungs- und Rußberechtigte darf Andere zu sich nehmen, sofern dadurch die Dienstbarkeit nicht erschwert wird. XVIII. 234.
— von Eheleuten, die Frau kann es nicht allein in Anspruch nehmen, weil sie während der Ehe nur als Ehefrau, welche nach S. 214 bei

dem Manne zu wohnen hat, nicht aber für sich allein, getrennt von ihm, das Wohnungsrecht anzusprechen hat, und das Wohnungsrecht der Eheleute nach der Absicht der Contrahenten als ein untheilbares (§. 1218) erscheint. XIV. 24.

Wohnsitz ist nicht immer der Ort des Heimathrechts. Die Bestimmungen der L.R.G. 103—105, wegen Verlegung des Wohnsitzes, finden auch auf denjenigen Anwendung, der an seinem bisherigen Wohnsitz ein Bürgerrecht hat (§. 102a.), und seine Hauptniederlassung nun an einem andern Orte nimmt, ohne in seinem bisherigen Wohnsitz sein Bürgerrecht aufzugeben und es an seinem neuen Niederlassungsorte zu erwerben. XIV. 24.

- **gemeinschaftlicher**, der Ehegatten; wenn der Mann ihn verändert und die Frau zurückläßt, so ist deren Zurückbleiben einer *malitiosa desertio* nicht gleich zu achten. III. 202. Bleibt das Haus des Mannes im rechtlichen Sinne, auch wenn die Frau auf einige Zeit eine andere Wohnung bezogen hat. III. 18. Zwischen gemeinschaftlicher Wohnung und gemeinschaftlichem Wohnsitz findet in der Beziehung kein Unterschied statt. III. 18. Entgegenstehende Ansicht des Referenten. III. 16. 17. S. auch Ehebruch und Ehescheidungsklage.

Wollustbefriedigung, s. Hurenwirthschaft, Rupperei.

Wunde, ob das Prädicat unbedingt tödliche synonym sei mit allgemein tödliche, ward von der Majorität affirmativ entschieden. II. 309. 310.

- wenn sie nicht für allgemein, sondern nur für meistens tödtlich erklärt wird, gesetzlicher Milderungsgrund. VII. 106.

Würde, hausfräuliche, wird verletzt durch den gemeinen Ruf eines unerlaubten Umganges des Mannes mit der Dienstmagd. III. 18. S. auch Ehescheidungs-Anspruch.

3.

Zähler, s. Bürge.

Zahlung, Einrede der Zahlung, s. Wechsel — eigene. Indirecter Beweis derselben durch Vermuthungen. I. 267. 268. S. auch Schuldurkunde.

- Eine Uebereinkunft zwischen Gläubiger und Schuldner, daß dieser den Betrag der Schuld an einen Dritten bezahle, kann von den Contrahenten so lange wieder aufgehoben werden, als der Dritte den aus der Uebereinkunft ihm zukommenden Vortheil sich nicht zu eigen (§. 1121) gemacht hat. Auch wenn die in einer solchen Uebereinkunft gegen den Dritten übernommene Verpflichtung auf einem Irrthum beruht, so wird dadurch dieselbe gegenüber dem Dritten, wenn dieser sich den Vortheil zu eigen gemacht hat, nicht ungültig. XV. 536.

- dreier auf einander folgender Forderungs-Zieler oder zielweiser Rechnungen von denselben Gläubiger an denselben Schuldner wirkt

die gesetzliche Vermuthung, daß die früheren gezahlt seien, wenn diese in den Quittungen nicht ausdrücklich vorbehalten wurden. V. 151. Diese gesetzliche Vermuthung tritt da nicht ein, wo nicht von einzelnen Ziehlern, sondern von getrennt für sich bestehenden Zahlungen die Rede ist. V. 151. 158. Auch da nicht, wo bloß auf Entschädigung geklagt wird. V. 151. 158. Auch nicht da, wo es gewiß und unwiderstehlich ist, daß die früheren nicht bezahlt worden sind. V. 154.

Zahlung des Kauffchillings an jeden Theilhaber nach seinem Antheil. XIII. 471. S. Kauffchilling.

— Ist die im S. 1690 vorgeschriebene feierliche Bekanntmachung einer Cession an den deb. oess. auch nöthig, um den letzten überhaupt auf Zahlung belangen zu können. XIV. 293.

— Ob und in wie weit die Ueberlassung an Zahlungsstatt nach den Regeln des Kaufs zu beurtheilen sei. XII. 254. S. auch Gantausbruch.

— zur Ungebühr. Zur conductio indebiti ist erforderlich, daß die Zahlung wegen eines thatsächlichen Irrthums geleistet worden sei. XIV. 203.

— Klage eines Pächters, der nach seinem Vertrage einen nach dem Flächenmaasse der Güter zu bestimmenden Pachtzins zu zahlen und mehr bezahlt hat, auf Rückerstattung und Nichtanwendbarkeit des L.R.S. 1622 auf diese Klage. XII. 319.

— Die Rückforderung einer bezahlten Rechtsschuld ist unstatthaft bei Zahlung auf richterliches Erkenntniß. XIX. 411.

Zahlungen, Aufrechnung derselben. XVII. 330., in Staatspapieren, werden nach dem Cours berechnet, wo der Zahlende das Recht der Wahl zwischen Münze und Papier hat. XVIII. 113.

Zahlungsanweisung, s. Beweis — Schriftlicher.

Zahlungsfähigkeit, s. Cession, Vermögensabtretung.

Zahlungsfähigkeit, böshafte, derselben macht sich ein Zahlungsunvermögender Handelsmann schuldig, welcher Geld oder anderes Vermögen beseitigt. VI. 110. Ist nichts anderes, als eine species des Gattungsbegriffes Betrug. VI. 112. Die Frage, ob dies Verbrechen auch von Nichthandelsleuten begangen werden könne, ist daher beim Unschuldrecurs unerheblich, wenn den Gemeinschuldern eine Handlung zur Last fällt, aus welcher die Absicht, eigenen, unrechtmäßigen Gewinnes wegen, die den Gläubigern verfallene Vermögensmasse zu expropriren, hervorleuchtet. VI. 112. 114. Entgegenstehende Ansicht. VI. 110. 111. 113. Sonst dürfte jene Frage wohl dahin zu beantworten sein, daß die auf diesem Verbrechen stehende prinzipielle Strafe auch bei Vorfällen des gemeinen Lebens, und nicht bloß in der Handelswelt eintreten müsse. VI. 293. 294. Diese Strafe besteht in 1 Jahr Zuchthaus, so lange nicht der Verlust der Gläubiger über vier Mark Silbers steigt. VI. 293. Nach der Größe dieses Verlustes richtet sich das Strafmaaß. VI. 110. Jene Größe läßt sich in der Regel aber erst nach erfolgtem Ganturtheil bestimmen.

VI. 294. Bei der Strafberechnung kommt der durch Dritte geleistete Ersatz dem Verbrecher zu gut. **VI. 111. 112.** Erfordert Zahlungsunvermögen und dessen Erklärung, und einen den Gläubigern zugefügten Schaden. **VI. 110. 111. 112.** Zu ihrem Thatbestande scheint es auch zu gehören, daß der Thäter zur Zeit der Vermögensbeseitigung schon insolvent gewesen sei, oder doch wenigstens seinen schlechten Vermögensstand gekannt habe. **VI. 294.** Die dringendste Vermuthung dafür liegt schon in der heimlichen Beseitigung. **VI. 295.** Beim Unschuldrecurse kann sich auch derjenige von der Strafe wegen Theilnahme an diesem Verbrechen nicht befreien, welcher eine Summe Geldes in der Meinung, es sei gestohlen, von dem Gemeinschuldner heimlich abholt, und in Verwahrung bringt. **VI. 114.** Entgegenst. Ansicht. **VI. 113.** S. auch *banqueroute frauduleuse*, Unschuldrecurs.

Zahlungsflüchtigkeit. Bestrafung derselben. **XIV. 560.,** über sie erkennt der Civilrichter. **V. 169.**

— leichtsinnige, ist vorhanden, wenn durch ein vor dem Gantausbruche errichtetes Inventar nachgewiesen ist, daß Jemand, nachdem bereits sein Vermögensstand um die Hälfte geringer gewesen ist, als sein Schuldenstand, noch beträchtliche Summen angeliehen, oder Waaren mit Verlust und unter dem laufenden Preise verkauft habe. **V. 168. 169.** Ferner, wenn Jemand für eine nach dem letzten Inventar auf das dreifache seines Vermögens anstreichende Summe seinen Credit angestrengt, oder Papiere in Umlauf gesetzt hat. **V. 168. 169.** Darüber erkennt die Polizeibehörde. **V. 169.**

Zahlungsfrist, wenn der Schuldner die versprochene Sicherheit nicht leistet, so kann er auch die ihm bewilligte Zahlungsfrist nicht in Anspruch nehmen. **XV. 17.**

Zahlungsfrißten, richterlich bewilligte, nach **L.R.G. 1244,** ihretwegen findet nur dann eine Berufung in summarischem Wege statt, wenn eingemendet wird, daß für die Erhaltung des bisherigen Standes der Sache nicht gesorgt sei. **III. 124.**

Zahlungssperre, nur wer eine solche erwirkt hat, kann nach **Anh.-G. 205** nach Verfluß der Verjährungszeit Zahlung verlangen. **III. 30.** Ohne sie erlischt nach **Anh.-G. 200** das Forderungsrecht durch den Ablauf der Verjährungszeit. **III. 30.** Kann nach **A.-G. 202** derjenige verlangen, dem ein Zettel auf Inhaber ohne Wissen und Willen abhanden gekommen ist, und der die Kennbarkeitszeichen gehörig anzugeben, auch den Besitz und Verlust dem Richter glaublich zu machen vermag. **III. 282.** Um deren Aufhebung zu erlangen, hat sich der Besitzer nach **Anh.-G. 203** nur darüber auszuweisen, daß er den Zettel auf rechtllichem Wege bekommen habe. **III. 282.** Hierdurch wird dem redlichen Besitzer ein größeres Vorrecht eingeräumt, als nach **L.R.G. 2280** bei Fahrnissen überhaupt. **III. 282.** Kann sich der Besitzer über rechtliche Inhabung nicht ausweisen, und hat der Verlust-Kläger die Identität des Zettels nachgewiesen, so wird

nach Anh. C. 204 der Sperrbefehl zu Gunsten des Klägers aufgehoben. III. 282. C. auch Zettel auf Inhaber,

Zahlungsunfähigkeit. Findet gegen die richterliche Feststellung des Ausbruchs der Zahlungsunfähigkeit eines Verganenen (L. R. A. C. 208) ein Rechtsmittel sogleich, oder erst am Schlusse der Vantverhandlung statt. XVI. 212.

Zahlungsunvermögen, f. Gantausbruch, Zahlungsflüchtigkeit.

Zahlungszieler, f. Zahlung.

Zehntablösung. Verträge zwischen dem Zehntberechtigten und dem Zehntpflichtigen, durch welche das Ablösungskapital festgesetzt wird, sind beim Mangel der Zustimmung der Staatsbehörde nicht schlechthin ungültig und durch die Gemeinde anfechtbar, sondern es ist die Frage des einzelnen Falles zunächst, ob eine Verpflichtung unbedingt und mit Ausschluß des Vorbehalts der Zustimmung der Finanzbehörde abgeschlossen werden wollte; sodann, ob ohnerachtet der unterlassenen Formlichkeit der vorgängigen Information der Gemeinde durch das Gutachten der Finanzbehörde, doch dem Zweck des Gesetzes Genüge geschah. XVIII. 288. In wie weit ist nach theilweiser Ueberkunft der ablösenden Parteien eine gerichtliche Abschätzung des Zehnten erforderlich. XVIII. 300.

— Verträge, welche eine Gemeinde selbst über Ablösung des Zehntens abgeschlossen hat, und wobei die allgemeinen Vorschriften des Landrechts über Verträge, und die Vorschriften der Gemeindeordnung über Verträge der Gemeinden insbesondere beobachtet wurden, sind gültig, obgleich das im Zehntablösungsgesetze vorgeschriebene besondere Verfahren nicht eingehalten worden ist. Wurde aber ein solcher Vertrag nicht durch die Gemeinde selbst, sondern nur durch Gemeinderath und Ausschuß abgeschlossen, so wird zur Gültigkeit desselben erfordert, daß diese Behörden dabei nach den besondern Vorschriften des Zehntablösungsgesetzes verfahren seien, namentlich also a) daß sie vorerst einen Beschluß der Gemeinde, daß sie die Ablösung vermitteln wolle, veranlaßten, b) und daß sie vor eingeholter Erklärung der Finanzbehörde den Vertrag nicht definitiv abschließen, sondern ihn erst nach Einkunft dieser Erklärung ratificiren. In der Innehaltung des Zehntens von Seiten der Zehntpflichtigen liegt keine stillschweigende Genehmigung des Vertrags durch die Gemeinde. XV. 297.

— Bei dem Verfahren über die Zehntablösung und insbesondere über die Festsetzung des Ablösungskapitals ist der Zehntberechtigte schuldig, auf Verlangen der Zehntpflichtigen die in seinem Besitz befindlichen Rechnungen, Pachtcontracte und sonstigen urkundlichen Nachweisungen über den Zehntertrag in den Normaljahren vorzulegen. XV. 401. Zehntablösungsgesetz, Auslegung der §§. 49. 53—55. XIV. 212. XV. 573.

Zehntablösungsproceß, die Nothfristen der bei diesem vorkommenden Rechtsmittel, XV. 433. Die Anwendung der Bestimmungen

der §§. 1187. 1195. 1201—1203. der P.D. über die Dauer der Appellationsfristen, die Verfallensfristklärung und Wiederherstellung ist durch den § 66. des Zehntablösungsgegesetzes ausgeschlossen. Unrichtige Belehrung der Parthei oder ihres Vertreters über die Fristen der Rechtsmittel von Seiten des Richters gilt, zumal für einen rechtsgelehrten Anwalt, nach P.D. §. 386. nicht als Grund zur Wiederherstellung. XVI. 508.

Zehnt bezug, richtet sich, wo kein Vertrag vorliegt, nach dem Einkommen. III. 160. Die Nichtleistung einer auf dem Zehntrecht haftenden Bauverbindlichkeit berechtigt die Zehntpflichtigen nicht zur Verweigerung des Zehntens oder des stellvertretenden Kapitalzinses. XIX. 290.

Zehnten, das Gesetz gibt nur eine Präsumtion für das Recht dazu. VI. 160. Den Entstehungstitel läßt das Gesetz ungewiß. VI. 169. Eine Pfarrcompetenz-Beschreibung begründet meistens nur das *factum possessionis*, kann daher höchst selten als Entstehungsmittel angesehen werden. VI. 160. 161. Nach dem älteren Rechte war es eine *res meræ facultatis*, ob der Berechtigte denselben in natura oder in Geld nehmen wollte. VI. 161. Auch fand nach diesem eine Befreiung von der Verbindlichkeit zur Entrichtung in natura gegen eine Geldprästition vermittelt der Verjährung höchstens da statt, wo eine *usucapio libertatis* hinzu gekommen ist. VI. 161. Das neue Landrecht gestattet die Verwandlung des Naturalbezugs in ein Gültrecht durch rechtsverjährte gleichförmige Abgabe. VI. 161. 163. Eine solche Verwandlung ist jedoch, als eine Irregularität nicht zu präsumiren. VI. 163. Sie findet auch nicht statt, wenn die Verjährung unter dem älteren Rechte angefangen und beendet wurde. VI. 162. 163. Es tritt hier die Analogie der Rechtsbelehrung vom 6. April 1811 ein. VI. 163. Entgegenstehende Theorie. VI. 162. 163. S. auch Verjährung.

+ Der Zehnte ist nicht als unfürdige Dienstbarkeit unter die Bestimmung des L.R.G. 691 zu stellen, und der Berechtigte, welcher nicht Ortsherr ist, hat so wenig als dieser selbst, den Zehntpflichtigen gegenüber, einen Entstehungsgrund der Verbindlichkeit, sondern allein seine Legitimation zur Sache zu beweisen. XV. 256.

— Ist im unmittelbaren Staatsgebiet der Landesherr — Ortsherr — dem nach L.R.G. 716 a. das Zehntrecht zusteht? XII. 23.

— Markungsgebote ist dem Zehntrecht in abgetheilten Bezirken entgegen gesetzt. IV. 222.

— kann nur von urbarem Land gefordert werden. I. 167—169.

— alter und Neubruchzehnte. I. 82—90.

— Der Neubruchzehnte steht in der Regel dem Ortsherrn zu. IV. 222. Derjenige, welcher ein Recht zum alten Zehnten hat, kann dasselbe ohne Darlegung eines ausdrücklich dafür sprechenden Rechtstitels auf Neubrüche nicht ausdehnen. IV. 121. Hat der Ortspfarrer in der Gemarkung den kleinen Zehnten, so bezieht er denselben auch von

Neubrüchen. IV. 221. 222. 223. 224. Dazu wird nicht erfordert, daß er *decimator ordinarius minor* der ganzen Gemarkung sei, sondern es genügt, wenn er in einem gewissen Bezirke das Recht zum kleinen Zehnten hat. IV. 223. 224.

Zehnten, großer, ist im Zweifel eher als kleiner zu präsumiren. IV. 226.

— Kartoffeln gehören zum großen Zehnten: I. 276.

— Wagsaamen ist weder eine Hülsen-, noch Schotenfrucht, sondern eine Kapsel Frucht. IV. 225. Gehört zu dem kleinen Zehnten. IV. 225. Der Ortsherr ist zum Zehnten davon in der Regel berechtigt. S. auch Zehnherrschaft.

— Kepszehnte ist zum großen Zehnten zu rechnen. II. 281. 282.

— als Besoldungstheil des Bürgermeisters. XVIII. 306.

— Der L.R.G. 710. a. b. ist nicht allein auf die Verjährung des Zehntbezugs im Allgemeinen, sondern auch auf die Verjährung des Bezugs einzelner Fruchtgattungen oder Erzeugnisse anwendbar. Beim Geuzehnten kommt es, wenigstens nach ältern Gesetzen, auf den Unterschied von cultivirten und uncultivirten Wiesen nicht an. Geuzehnten kann nach dem Gesetz unter dem Ausdruck Fruchtzehnten nicht begriffen werden. XII. 557.

Zehntfreiheit, Erwerbung derselben durch Ersizung. I. 163—170., durch besondere staatswirthschaftliche Begünstigung. I. 165. Note 2.

— kann durch Ersizung (Acquisitiv-Verjährung) erworben werden für alles in einem ausgegränzten Waldbezirk urbar gemachte Land. II. 96. 97. 98.

Zehnherrschaft, steht in der Regel dem Ortsherrn zu. IV. 225. Wo sie nach Fruchtgattungen getheilt ist, und es in einem einzelnen Falle zweifelhaft wird, wohin eine in der Gegend schon längst gebaute Gattung zu rechnen sei, gehört sie demjenigen, der in dieser Gegend sie einförmig bezieht. IV. 219. S. auch Vermuthungen — richterliche.

Zehntlasten, auf dem Zehnten ruht in der Regel die Waupflicht. I. 282. 283., geistliche Zehnten werden durch Begebung in weltliche Hände von der Waupflicht nicht befreit. I. 275. S. auch Waupflicht.

— Steht dem Zehntberechtigten, dessen Zehntrecht zur Ablösung gebracht ist, gegen denjenigen, dem er bisher eine Abgabe geleistet hat, die nach seiner Behauptung eine auf dem Zehnten ruhende Last ist, ein Klagerecht darauf zu, daß der Abgabeberechtigte diese Abgabe als eine auf dem Zehnten ruhende Last anerkenne, und ebenfalls zur Ablösung bringen lasse? XIII. 574.

Zehntpächter, dem Pächter eines Zehntrechts kann von dem Zehntpflichtigen der Mangel der feierlichen Bekanntmachung des Pachtvertrags nicht mit der Wirkung entgegen gehalten werden, daß dadurch der Zehntpflichtige von der Leistung des Zehntens an den Pächter befreit wird, dieser Fall ist vielmehr nach den Bestimmungen der L.R.G. 1725—27 zu beurtheilen. XV. 167.

Zehntpfllicht, ihr unterliegen alle Grundstücke einer Gemarkung,

- die nicht einen Freiheitsbrief für sich haben. IV. 222. S. auch Neukruchgehten.
- Sehntrecht, Störung in der Realisation desselben begründet die Besitzklage. VIII. 387.
- ob es durch Vereinigung des Gutseigentümers und Sehntrechts in einer Person erlischt. I. 279. 280.
- Sehnttheilhaber, V. Baupflicht.
- Seitgesinger, dessen Mangel an der rechten Hand macht zum Kriegsdienst untauglich. V. 177. 183. S. auch Selbstverwundung.
- Zeitrauf, ob solcher Spielvertrag oder Kauf ist. XII. 125. S. Kauf.
- Zeitrechnung muß immer so genommen werden, wie sie aus der nach dem Gesetze hervorgehenden Absicht des Gesetzgebers zu nehmen ist. VI. 21. S. auch Tag.
- Verstörung, bössliche, des corporis delicti, bei Kindesmördereien, was dieselbe für Wirkung auf die Beurtheilung des objectiven Thatbestandes hat. I. 99: Note 1. S. auch Kindesmörderin.
- Zettel auf Inhaber, können nur von Staatsanstalten oder von öffentlichen Wechselhäusern ausgestellt werden. VII. 218.
- sind nach Anh. S. 201 gültig gezahlt, wenn sie ohne eingetretene Zahlungssperre nach dem Verfalltage an einen Ueberbringer desselben gegen Auslieferung des Zettels bezahlt wurden. III. 29. Was derjenige; dem ein solcher ohne sein Wissen und Willen abhanden gekommen ist, zu beobachten habe, schreibt Anh. S. 202 vor. III. 29. Wenn ein solcher verloren gegangen, und weder das erforderliche Anschreiben an den Schuldner, noch das Ansuchen bei Gericht in der bestimmten Frist, noch ein Sperrbefehl erfolgt ist; so kann die Zahlung an den Inhaber, der den Zettel nach der Verfallzeit präsentiert, gültig geschehen. III. 30. Haben einige Ähnlichkeit mit Wechseln. III. 30. Können von dem Besitzer, sobald er den rechtlichen Erwerb glaubhaft machen kann, in keinem Falle zurückgefordert werden. III. 282. Dagegen müssen andere Fahrnißstücke nach R.R. S. 2280 h. wenigstens gegen Erstattung der Auslagen an den Besitzer zurückgegeben werden. III. 282. 283. 286. Der Besitz begründet bei ihnen die allgemeine Vermuthung der Redlichkeit des Erwerbs. III. 283. Der Besitzer kann daher nicht zum Ergänzungsseid darüber, daß er den Zettel redlich erworben habe, zugelassen werden, nach Analogie des Anh. S. 205. III. 283. 285. Entgegenstehende Rechtsansicht. III. 283, 284 u. 285. Gehören nach R.R. S. 529 zu den Fahrnißen. III. 283. Werden nach Anh. S. 199 durch bloße Uebergabe zu Eigenthum übertragen. III. 181. Können, so lange keine Zahlungssperre eintritt, auch an einen Dritten gültig umgesetzt werden. S. a. Zahlungssperre und Zins-Compons.
- Zeuge, der seine eigene Schande bekennen soll, ist ex officio vom Zeugniß auszuschließen. VII. 111. VIII. 453.
- welcher sich für sein Zeugniß belohnen ließ, wurde nach röm. Recht nach der lex Cornelia de falsis behandelt, und zwar auch dann,

wenn er *ad veritatem dicendam* Geld genommen, oder sich hat versprechen lassen. VII. 109. Nach dem canon. Rechte ist das Zeugniß solcher Zeugen nichtig. VII. 110. Nach Art. 64 der Carolina sind belohnte Zeugen verwerflich und peinlich zu bestrafen. VII. 110. Streitig ist es, ob dieser Artikel auf Zeugen auszubehnen sei, die pro veritate dicenda Belohnung empfangen. VII. 110. Derjenige, welcher dem Zeugen eine Belohnung gibt, damit er die Wahrheit sage, begeht zwar kein peinliches, wohl aber ein bürgerliches Vergehen. VII. 112. Die Strafe dafür ist arbiträr, richtet sich aber nach der Größe der Strafe des Bestochenen. VII. 112.

Zeugen, ihre relative Beweisfähigkeit. I. 223—225.

— Beisitzungsmänner können in Rechtsfachen ihrer Gemeinden gültige Zeugen sein. II. 251.

— Unmündige können auch nach erreichter Mündigkeit nicht Zeugniß ablegen über das, was sie während der Unmündigkeit beobachtet, weder nach gemeinem noch nach Bad. Recht. X. 115.

— sind unglaublich, wenn sie an dem Ausgange des Processes theilhaftig sind. VIII. 272., wenn ein Zeuge ein mittelbares Interesse daran hat, daß eine bestimmte Parthei siege, so kann daraus die Parthei selbst keinen Verdächtigungsgrund gegen den von der Gegenparthei vorgeschlagenen Zeugen ableiten. Wenn also in dem Rechtsstreite einer Gemeinde die Gegenparthei selbst einen Gemeindebürger als Zeugen vorschlägt, so kann dessen Verhältniß zur Gemeinde sein Zeugniß nicht verdächtigen. XIII. 470.

— Alter derselben beim Beweis der unworbenlichen Verjährung. XVI. 234.

— In jeder öffentlichen Beurkundung sollen nach §. 11. der Rotariatsordnung zwei Zeugen beigezogen werden. III. 70., deren zwei sind zu jeder Verrichtung eines Staatschreibers erforderlich. VI. 13., lauz nicht bei Staatschreibereigenschäften der Amisrevisoren und Theilungskommisäre. VI. 13.

— verdächtige, in Strafsachen. XI. 462.

— bei criminaleller Verfolgung der Fälschung: sind sie unbedingt zuzulassen: VI. 10., wenn sie etwas als wahr unterschrieben haben, was sie dann als unwahr declariren sollen, so würden sie propriam turpitudinem bezugen. VI. 7. 11. 14., es sollen auf sie keine interrogatoria criminosa et quæ turpitudinem respondentis continent gestellt werden. VI. 11., können bei der inscription de faux oder en faux zugelassen werden. VI. 10.

— Die Aussage des Vaters gegen den inculpirtten Sohn begründet einen halben Beweis. VIII. 345.

— Zollgarbisten sind in Defraudationsfachen verdächtige Zeugen. VIII. 58., nicht aber Förster und Forstbediente als Anzeiger der Forstfrevel und Wildereyen. VIII. 56., so wie auch Polizeibianer als Denuncianten. VIII. 58. S. auch Polizeidiener, Walbschützen, Zollgarbisten.

Zeugenaussagen, die ein auf keine Thatfache gestütztes Urtheil enthalten, beweisen nichts. IV. 157.

— Widerruf derselben. I. 224.

Zeugensbeweis. Zeugen die früher schon abgehört worden, können über nova capitula nochmals einvernommen werden. VI. 8. Ueber Beweisartikel, worüber in früherer Instanz bereits Zeugen abgehört wurden, können noch weitere Zeugen vernommen werden. VIII. 77.

— ist nicht zulässig, um Thatumstände, welche in einer öffentlichen Urkunde als geschehen beurkundet sind, als ungeschehen darzustellen.

VI. 10. Findet gegen den Inhalt einer öffentlichen Urkunde nicht statt. V. 89. I. 258.

— findet nicht statt, wenn der Werth des Streitgegenstandes sich über 75 fl. beläuft. IV. 219., ist unzulässig bei Geschäften über 75 fl., auch hinsichtlich der dem Geschäft vorausgegangenen Thatfachen. XII. 310.

— Findet bei Forderungen, welche den Betrag von 75 fl. übersteigen, in der Regel nicht statt. V. 106. Ausnahmeweise jedoch dann, wenn eine Unmöglichkeit, sich eine schriftliche Urkunde zu verschaffen, vorhanden war. V. 106. 107. 227. Diese Unmöglichkeit muß nicht gerade eine absolute und physische, sondern kann auch eine relative oder moralische sein. V. 107. 108. 109. Ist daher auch bei Sachen, welche auf der Reise in Gasthäusern in Verwahr gegeben wurden, zulässig, wobei die Beschaffenheit der Personen und Umstände in Betracht gezogen werden soll. V. 107. 108. Noch viel eher also bei Forderungen eines Gastwirths an seine Gäste, da jener mit dem Verlangen schriftlicher Beurkundung diese zu beleidigen und dadurch zu verschrecken riskiren wird. V. 107. 108. Nach der Meinung der französischen Commentatoren soll er überhaupt da zulässig sein, wo es nicht gebräuchlich ist, schriftliche Beurkundung geben zu lassen. V. 108. 341. 342. 343. Also auch über den einem Schneider zur Bearbeitung übergebenen Stoff, über eine dem Uhrmacher zur Reparatur übergebene Uhr. V. 108. Das Verbot desselben ist eine Ausnahme von der Regel, daß jeder mögliche Beweis zulässig sein soll. V. 136. Es ist daher eher gegen, als für dasselbe die Auslegung zu machen. V. 108. 136. Dasselbe scheint auf Nationalverderbtheit und Geisteslosigkeit gegründet zu sein. V. 108. Die Ausnahmen von demselben sind nur beispieisweise angeführt. V. 107. 227. Es findet daher auch eine analoge Anwendung derselben statt. V. 107. 227. Findet daher auch statt, wenn der Besitzer einer Urkunde sie durch unvorhergesehene und unvermeidliche Zufälle verloren hat. V. 227. 228. 229. Der Beweis über die Existenz der Urkunde braucht dann nicht dem Hauptbeweise voranzugehen, sondern kann einen Theil derselben ausmachen. V. 228. 229. Für den Verlust der Urkunde ohne Verschulden des Besitzers streitet die Vermuthung, weil er sie sonst producirt haben würde. V. 229. Abweichende Meinung. V. 228. Ist zulässig, um Verbindungen zu einzelnen Handelsunternehmungen, und um Käufe und Verkäufe zu beweisen, letzteres jedoch

- nur nach den auf die Umstände Rücksicht nehmenden richterlichen Ermessen. V. 134. 135. S. auch Gastrolthe, Gesetgeb.-Commission, Strafe — peinl., Vermuthung — richterl.
- Zeugenbeweis, kann zur Ergänzung des Inhalts einer förmlichen Rechtsurkunde nicht benutzt werden. V. 136. 137.
- über die Richtigkeit einer Urkunde. Um die Richtigkeit oder Falschheit eines Testaments, so wie jeder andern Urkunde darzutun, findet nach S. 1348, so wie nach §. 444 der P.O. auch der Zeugenbeweis statt.
- Der Zeugenbeweis ist aber nach S. 1341 unstatthaft, wenn es sich nicht um die formelle Richtigkeit der Urkunde, sondern nur um die Wahrheit ihres Inhalts handelt. Nur wenn durch weitere Thatfachen eine unrichtige Beurkundung des Staatschreibers und der Zeugen qualificirt würde, fände nach S. 1348. 1. der Zeugenbeweis statt XIII. 601. S. auch Privatzeugnisse.
- Zulassung desselben in Handelsfachen. I. 257. XII. 254.
- in Straffachen, in wie weit ist der Zeugenbeweis im Criminalproceß zur Herstellung des Thatbestandes zulässig, wenn die That, die das Verbrechen bildet, die Folge eines frühern erlaubten Rechtsgeschäfts ist, worüber das Ewiggesetz keinen Zeugenbeweis zuläßt. XI. 469.
- über Meineid. XIII. 187., s. Meineid, Indicien.
- Zeugeneid, kann in Criminalsachen nur solchen Personen abgenommen werden, die aus einer sinnlichen Wahrnehmung, nicht aus bloßes Meinen und Vermuthen hin etwas angeben können. II. 245. 246. S. auch Handgeläbde.
- Zeugengeläbde, einer als Angeschuldigten vernommenen Person wird nach geschehener Einvernahme das Zeugengeläbde über die Wahrheit ihrer Angaben abgenommen. XV. 361.
- Zeugniß über eigene Handlungen. XVII. 150.
- falsches; zu Gunsten eines Angeschuldigten. Bei wissentlich falscher Aussage auf Eib, zu Gunsten eines Angeschuldigten, ist das Verbrechen des Meineids vorhanden, aus dem Grunde, weil der Zeugeneid immer das Versprechen, die reine Wahrheit zu sagen, enthalte, mithin ein besonderer Verspruchseid sei, auf welchen das Strafbiet dieselbe Strafe, wie auf das falsche Zeugniß in bürgerlichen Rechtsfachen drohe. XIV. 317. 376.
- von Mitschuldigen gegen einen dritten Angeschuldigten, ist im höchsten Grade verdächtig. VII. 274., ist nach röm. u. kanon. Recht ganz ohne Gewicht. VII. 274. 275., — nach der Carolina nur eine Argwohnigkeit, (s. Indicien.) VII. 275. Dem aus solchem Zeugniß entstehenden Verdacht kann nur durch Zusammenhang mit den übrigen Umständen einiges Gewicht beigelegt werden, das aber nie zum Beweis gegen den Angeschuldigten hinreicht. VII. 275. Entg. Meinung. VII. 273. 274.
- von Privaten, s. Privatzeugnisse.
- Zinsen, können durch eine besondere Klage gefordert werden. VIII.

143. — Unbedingte Quittung über das Kapital wirkt die Fiction, daß die vertragmäßigen Zinsen bezahlt seien. VIII. 144. — Und die gesetzliche Vermuthung, daß auf die Verzugszinsen verzichtet sei. VIII. 145. — Gebetene Zinsen, worauf nicht erkannt ist, gelten für abgesprochen. VIII. 4. — Die Zinsen werden in die Appellationssumme eingerechnet. VIII. 3. — Wenn sie nicht rechtskräftig abgesprochen sind. — Verzugszinsen entstehen durch das Gehen in Verzug. VIII. 144. 287. — Wer sie verlangt, muß beweisen, daß er sie zu rechter Zeit (nicht nach Abzahlung des Kapitals) verlangt habe. VIII. 146.

Zinsen, nicht bedungene, können nach gemeinem Rechte nicht bezahlt werden, wenn das Urtheil, worin das Kapital ohne Erwähnung d. Zinsen zuerkannt wurde, rechtskräftig geworden ist. III. 178. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie gefordert worden sind, oder nicht. III. 178.

— Der die Verzinsung betreffende accessorisches Vertrag, welcher dem Darleihen, als dem Hauptvertrage, beigesügt ist, kann eben so wenig, als dieses, für ein Handelsgeschäft gelten. III. 30. Selbst dann nicht, wenn ein Banquier sich verbindlich macht, auf Rechnung der Staatskasse die Zinsen zu zahlen. III. 30., s. auch Zins-Coupons.

— deren Nichtzahlung als Grund der Vertragsauflösung. XIII. 145. S. Kauf.

— vom Kauffchilling, s. Kauffchilling.

— Kann der in Gemeinschaft gestandene überlebende Ehegatte, bei kinderloser Ehe, die durch L.R.G. 1473 vorgeschriebene Verzinsung seiner Erbschaftforderung verlangen. XI. 187.

Zinsen aus Verzug, sind nach dem N.R.R. eine Unterart der Entschädigung. III. 178. — Können nach L.R.G. 1153 selbst nach berechtigter Hauptschuld noch mittelst der Entschädigungsklage eingefordert werden. III. 178. — Können vom Richter nicht ex officio zuerkannt werden. III. 178. — Wenn sie gefordert, und gleichwohl im Urtheil übergangen worden sind, so muß um Urtheils-Erläuterung gebeten, und, wenn diese dahin erfolgt, daß die Zinsen abthätlich nicht zuerkannt worden seien, das geeignete Rechtsmittel dagegen ergriffen werden. III. 178. — Dem steht auch §. 128 der D.G.D. nicht entgegen. III. 178.

Zinsen aus Verzug sowohl, als bedungene, können aus dem Grunde eines stillschweigenden Verzichts nach L.R.G. 1108. b. nicht mittelst einer besonderen Klage mehr nachgefordert werden, wenn sie nicht mit der Klage auf die Hauptschuld gefordert worden sind. III. 178. 179. — Werden nach L.R.G. 1908 als bezahlt vermuthet, wenn die Quittung über das Kapital ohne Vorbehalt derselben aufgestellt worden ist. III. 179. — Diese Vermuthung bewirkt Entledigung von den Zinsen. III. 179. Sie läßt nach L.R.G. 1352. a. auch keinen Organbeweis zu. III. 179.

— treten zuweilen an die Stelle des Genusses. V. 89. S. auch Verschollener, Entschädigung, Quittung, Verzugszinsen.

Zinsen. Verjährung derselben, s. Verjährung.

Zins-Courpons von Staatsobligationen *au porteur*, gehören nach den Anh.-G. 192 u. 196 unter die Rubrik von Handelszetteln. III. 29. — Haben alle Eigenschaften, welche zu Zetteln auf Inhaberverforderlich sind. III. 29. 31. 32. — Enthalten die Bestimmungen der Zahlungszeit, und die Rechtsursache der Zahlungsschuldigkeit durch Rückweisung auf die Obligation, welche über den geschenehen Kapital-Einschuß ausgestellt worden ist. III. 29. — Nicht aus deren Ausstellung entspringt die Verbindlichkeit zur Zinszahlung, sondern aus dem Darlehensvertrag. III. 29. — Sie befreien den Inhaber nur von der Verbindlichkeit, eine besondere Vollmacht zur Erhebung der Zinsen beizubringen. III. 29. — Auf sie sind die Verfügungen des 3. Kap. 9. Titels des Handelsrechts anwendbar. III. 29. S. Urkunden auf Inhaber.

Zinsen und Gülden. XVIII. 449. Unterschied derselben von Abgaben an den Oberigenthümer. XIII. 17.

— über Erbgülden, ihren Character als unkündige Dienstbarkeiten. Bedingte Anwendbarkeit des L.R.G. 695 auf dieselben. XIII. 550. — (census) erscheinen als *reservativi*, d. i. als Zinsen des dem Zinsheerz zugestandenen Eigenthums an den zinspflichtigen Gütern, wenn sie mit dem Handlohn zusammen treffen. IX. 425. S. auch Schäfereirecht.

— wegen verminderter Gültentrachtung findet eine Besizflage statt. Erfordernisse der Besizflage. Auslegung des L.R.G. 544. a. Berechnung des einjährigen Besizes bei Dienstbarkeiten, die nur einmal im Jahr zur Ausübung kommen. XIII. 38.

— gehören in Beziehung auf die Bestimmung der Dationationssumme nicht mehr zu den unschätzbaren Gerechtigkeiten. III. 137. Abweichende Ansichten. III. 137. 138. Sind gegen einen 15- resp. 18jährigen Betrag ablösbar. III. 137.

Zinsenertrag. Der Vormünder oder Nutznießer, welcher, während der Dauer der Vormundschaft oder Nutznießung, eine auf dem inhabenden Vermögen haftende verzinsliche Kapitalschuld aus seinen eigenen Mitteln abgetragen hat, kann bei Rückforderung des gezahlten Hauptstuhls nicht den Ertrag der Zinsen fordern, von deren Zahlung er den Eigenthümer des Vermögens durch Abtragung des Kapitals befreit hat, sondern nur Zinsen von dem Tage an verlangen, an welchem der letztere wegen Rückerstattung des Hauptstuhls in Verzug gesetzt worden ist. XIV. 166.

Zinsfuß. Der L.R.G. 1907 a. erhöht den gesetzlichen Zinsfuß von 5 auf 6 vom 100 ausnahmsweise nur für Handelsgeschäfte, nicht aber auch für Handelsfachen. (Anh.-G. 1, Abs. 2 u. 3.) XV. 170.

Zinsgut (*bonum censaticum*) ist ein solches, wobei das volle Eigenthum, nur mit Vorbehalt des Zinses, auf den Besizer übergeht. II. 192.

— Wenn von einem Gute zwar eine jährliche Abgabe entrichtet

wurde, in jeweiligen Besitzveränderungen aber nicht ein besonderes Anerkennniß des dem Bezugsberechtigten zustehenden Obereigentums erfolgte, so gilt die Abgabe nach L.R.G. 577 a. b. nicht als ein Lehencanon, sondern nur als eine Gült, somit das Gut nur als ein Zinsgut. XII. 309.

Zinsgüter, s. Erbschag.

Zinspflicht des Aufbewahrers, wenn er die hinterlegte Sache in seinen Nutzen verwendet. XII. 319. S. auch Erbschag.

Zinszahlung, ist nach altem und neuem Rechte Anerkennung der Schuld, unterbricht die Verjährung. VII. 82. Note 1.

Zoll, Gegenstände der Zollgesetze. VII. 195.

— Der Eingangszoll unterstellt die Absicht des Verkaufs gleich bei der Einfuhr in das Großherzogthum. IV. 262. Ein Schiff, womit verzollte Waaren in das Land eingeführt wurden, unterliegt ihm nicht. IV. 262. Von der Absicht zu defraudiren kann ohnehin nicht die Rede sein, wenn nicht einmal der Verkauf erwiesen ist. IV. 261. 262. S. auch Zolldefraudation und Compensation.

— Compensation des zuviel bezahlten Eingangszolles mit dem zu wenig bezahlten Ausgangszoll, findet nicht statt, um die Defraudation des letztern zu entschuldigen. IV. 266. 267.

Zollbollet der Eingangsstation für die als Transitgut erklärten Waaren muß an der Austrittsstation abgegeben werden. VII. 198. Die Vernachlässigung dieser Controlle begründet nicht für sich allein eine Inzucht einer begangenen Eingangszolldefraudation, sondern erhält erst dann die Eigenschaft einer nahen Anzeige, wenn sich der Angeeschuldigte nicht auf andere Weise über die Wiederausfuhr genugsam auszuweisen vermag, aber auch dadurch wird nicht der vollständige Beweis einer begangenen Defraudation geliefert, vielmehr hat ihn der Denunciant in der Art zu führen, daß er den Absatz der fälschlich als Transitgut angegebenen Waare im Inlande darthut. VII. 198. Entg. Meinung. VII. 199 unten. S. a. Urkundenverfälschung.

Zolldefraudation. Absicht zu defraudiren wird in der Regel präsumirt, nur dann nicht, wo das Nichtvorhandensein derselben durch glaubhafte Umstände dargethan ist. IV. 262. 271.

— Ob eine solche durch die unrichtige Angabe der Qualität der Waaren begangen werde. IX. 208. 209. Defraudation des Transitzolls. IX. 211. Der objectivte Thatbestand einer solchen wird dadurch allein, daß die Ausfuhr in das Ausland nicht nachgewiesen ist, nicht hergestellt. IX. 215.

— Ist der Gesellschafter eines Schmugglers, auch wenn er keinen Gewinn für sich beabsichtigt, als Theilnehmer des Vergehens zu betrachten, und welche Beweiskraft haben die Aussagen der Mitschuldigen. XI. 239.

— Die Defraudation des Ausgangszolls erfordert, daß die Waare zur Verwerthung ausgeführt werde. IV. 267. Wenn sie mit Miß-

handlung der Zollbeamten, mit gewaltthamer Widerseßlichkeit, oder andern dergleichen erschwerenden Umständen verknüpft ist, so tritt sechs- bis halbjährige Gefängnißstrafe ein. IV. 269. Zu solchen erschwerenden Umständen gehört auch die Verfälschung der Zollbollete. IV. 269. Die auf einer groben gewinnfüchtigen Verfälschung öffentlicher Urkunden stehende einjährige Zuchthausstrafe findet hier nicht statt. IV. 269. S. auch Verfälschung.

Zolldefraudation. Defraudation des Eingangszolls ist im §. 107 der Zollordn. verpönt. III. 193. Unter den darin angeführten Wirthen und Handelsleuten sind nur diejenigen zu verstehen, an welche die Waaren direct versendet werden, nicht die, bei denen sie interimistisch abgehoben werden. III. 193. 194. Der §. 57 der Zollordn. ist dieser Auslegung so wenig entgegen, als die Verordn. v. 29. August 1815. III. 194.

— Wer bei einer Anklage wegen defraudirtem Eingangszoll den Beweis zu führen hat: der Denunciant, daß die als Transitgut declarirte Waare ins Ausland versührt, oder der Denunciant, daß sie im Inlande abgesetzt sei. VII. 108. Mehrere Mitglieder des Oberhofgerichts haben sich für die Beweisspflichtigkeit des Denuncianten erklärt. VII. 199. 200. Entgegengesetzte Meinung. VII. 199 unten.

— Die Strafe für die Defraudation des Eingangszolls bestand früher in der Confiscation der im Inlande abgesetzten Waaren. VI. 206. 207. Diese Strafe ist später aufgehoben und an deren Stelle die des 20fachen Zollbetrags gesetzt worden. VI. 207.

— für die Strafe des 20fachen Zollbetrags kann auch der halbe Werth der Waare angehoßen werden. V. 281. S. auch Unschuldsrecurs.

— Die Defraudation des Transitzolls ist mit Confiscation der Waare oder des Werths derselben zu bestrafen, wenn mittelst Radixens oder Corrigirens ältere Zeichen eingeschoben und benutzt werden wollen. IV. 269.

— Die Verabsäumung der für Transitgut bestehenden Controllmaßregeln begründet für sich allein die Defraudation des Eingangszolls nicht. VII. 198. 199.

— Die Vernachlässigung der für Transitgüter bestehenden Kontrolle begründet für sich allein nicht einmal eine Inzucht einer Eingangszolldefraudation. VII. 198. 199.

— welche rechtliche Wirkung hat die Anzeige eines Zollgarbisten? I. 296.

— ob die Denunciationsgebühren der Glaubwürdigkeit der Aussagen eines im Dienste fungirenden Zollgarbisten im Wege stehen? Verschiedene Ansichten hierüber. IX. 213. 214.

— ob Polizeiblenner gültige Anzeigen machen können. I. 296. Note 18.

— Recurs. I. 297. 318., provisorische Bestimmungen über die Berufungsform. III. 126. 127.

— Der Recurs geht in 3. Instanz an das Oberhofgericht, wenn der Denunciant glaubt, daß er nach Wort und Geist der Zollordnung gar

nicht strafbar sei. IV. 265. 266. Dies jedoch nur bezüglich auf die spezielle Gesetzesübertretung, welche Gegenstand der Untersuchung und des Strafserkenntnisses ist. IV. 266. Wird der Denunciat vom Oberhofgericht wegen des speciellen Vergehens freigesprochen, so kann er dennoch wegen einer andern, wenn auch mit der ersten gleichzeitig begangenen Gesetzesübertretung vom Richter erster Instanz noch für schuldig erkannt werden. IV. 265. 266. Dies selbst dann, wenn durch die Strafe des ersten Vergehens die Strafe für das zweite absorbt worden wäre. IV. 266. Wegen bloßer Uebertretung von Controlvorschriften findet er nicht Ratt. IV. 257. 258. Also auch nicht wegen heimlichen Besizes eines Branntweinfassels. IV. 257. 258. In andern Untersuchungssachen geht er gegen eine amtliche Klagefreierklärung an das Hofgericht. IV. 298. 299., gegen eine hofg. Klagefreierklärung an das Justizministerium. IV. 299.

Zolldefraudation. Behandlung der Zolldefraudationen beim Oberhofgericht. I. 296.; ob dasselbe competent ist über Incidentpunkte in Zoll- und Accisdefraudationen in zweiter Instanz zu entscheiden? II. 325. 327.

— ein Recurs an's Oberhofgericht findet nur gegen Finalerkenntnisse Ratt. II. 330. 331.

— Die oberhofg. Competenz ist nach der Verordnung vom 2. Januar 1812 und nach dem Staatsministerial-Erlasse v. 8. April 1824, auf wirkliche Defraudationen zu beschränken. III. 190., — findet also nicht statt, wenn es sich von der Bestrafung eines Wirths handelt, der gegen den §. 57 der Zollordn. und die Verordnung v. 16. April 1823, Güter aus dem Auslande in seinem Wirthshause abladen ließ. III. 190. S. auch Unschuldrecurs.

Zollfrevel. Dienstherrn haften principaliter für ihre Dienstboten. II. 321. S. auch Dienstherr, Verjährung.

Zollgarbist, welche rechtliche Wirkung seine Anzeige über Defraudationen hat. I. 296., sind keine glaubwürdige Zeugen, in Fällen, die sie denunciirt haben. IV. 326. 327. VIII. 58.

— ob die Denunciationsgebühren der Glaubwürdigkeit der Aussagen eines im Dienste fungirenden Zollgarbisten im Wege stehen? Verschiedene Ansichten hierüber. IX. 213. 214.

Zollpflichtige, müssen für die Handlungen ihres Dienstpersonals einstehen. VI. 209.

Zollpflichtigkeit, der Fuhrleute und Boten. I. 299.

Zollprivilegien, Entschädigungsanspruch für Aufhebung derselben. XIV. 591.

Zollvergehen, ein Maximum der Warnungsstrafen zu bestimmen, ist das Oberhofgericht nicht befugt. II. 359. 360.

Zorn, in wie weit die Zurechnung durch denselben aufgehoben werden muß. I. 243—250., ist solcher als Milderungsgrund zu rechnen. I. 247—250.

Zubehörde. Wer ein Miteigenthum oder eine Dienstgerechtigkeit auf

der Hauptsache hat, hat auch ein Recht auf Dethronung der zum Gebrauch dieser Hauptsache nothwendigen Zubehörden. XIX. 190.

Zuchthaus, f. Detention.

Zucht- und Correctionshausstrafen, auf deren Abfözung soll wegen zu beschränktem Raum der Localitäten thunlichst Rücksicht genommen werden. II. 353.

— kann neben einer Geldstrafe erkannt werden. IV. 269. S. auch Dienstentsetzung und Competenz der Hofgerichte.

— schwere, unterscheidet sich von der leichten dadurch, daß bei jener der Züchtling halb schwarz, halb weiß gekleidet ist, und Fesseln tragen muß. VI. 323. 324. S. auch Begnadigungsanträge, Hofgerichte, Oberhofgericht, Zahlungsflüchtigkeit, Züchtigung — körperliche.

— selbst lebenslängliche — ist der Todesstrafe nicht gleich zu achten. VII. 103.

— als Ehescheidungsgrund. XIII. 85. 113. S. Ehescheidungsgrund.

Züchtigung, körperliche, als Strafzusatz. I. 294, wird, wenn sie wegen körperlicher Gebrechen des Sträflings nicht statt finden kann, nicht durch eine andere Strafart surrogirt. VI. 323. Bei der Schellenwerk- oder peinlichen Gefängnißstrafe hingegen findet, wo sie aus obigen Gründen nicht anwendbar ist, ein Surrogat derselben in der Art statt, daß entweder eine der Arbeitshausstrafe gleichkommende andere körperliche Strafe, als Strafzusatz, ausgesprochen, oder die Hauptstrafe um einige Tage für jede f. 3. verlängert wird. VI. 323.

Zuweisungsfälle, f. Vindicatio.

Zufall, f. Zeugenbeweis.

Zugehörde, Fortdauer und Aufhören dieser Eigenschaft. XVII. 251. S. auch Bürgschaft.

Zunft, ob sie eine moralische Person sei. I. 27.

Zunftgelder, betrüglische Verwendung derselben. XIII. 461., f. Kundenverfälschung.

Zunftrechner, f. Rechnersumtreue. XV. 394.

Zurechnung, in wie weit sie durch Trunkenheit oder Zorn aufgehoben werden kann. I. 243—250.

Zurechnungsfähigkeit, bei einem Geistesverwirrten. IX. 234.

Bei periodischem Wahnsinn. IX. 230. 255. Religiöse und politische Schwärmerien heben an und für sich die Imputation nicht auf, so lange der Thäter vermögend ist, die Folgen seiner Handlung zu berechnen, und ihre Strafbarkeit einzusehen. IX. 249. 250. 255.

— Beweis derselben. XIII. 217., in wie weit das Gutachten der Aerzte darüber maßgebend ist. XIII. 270., f. Gutachten.

Zurückweisung einer Entscheidung an den Richter. XI. 532. 552.

Zusammenrottungen, Entschädigungspflicht der Gemeinangehörigen wegen Verbrechen bei Zusammenrottungen. XVIII. 261. XIX. 372.

Zusatztage, wem sie zu gut kommen, und wie sie zu berechnen sind. S. Frist.

Zuständigkeit der Gerichte, f. Competenz.

Zustellung. Sind Erkenntnisse, wodurch eine Appellation oder Oberappellation als unstatthaft erklärt, oder eine Wiederherstellungsklage nach §. 1260 der P.O. unbedingt oder auch nur angebrachtermaßen verworfen wird, der Parthei selbst zuzustellen? Wirkung der Unterlassung. XIV. 265.

— richterlicher Verfügungen kann auch an Ferientagen, insbesondere an Sonn- und Feiertagen gültig geschehen. XV. 563.

— Die einer Parthei statt an ihrem Wohnsitz im Lande, im fernem Auslande geschehene Zustellung ist gegen das Gesetz u. ungültig. XIX. 243.

Zustellungen der Gerichtsboten. Die Beurfundungen der Gerichtsboten über die Zustellung gerichtlicher Beschlüsse genießen nur insofern volle Beweiskraft, als sie in der gesetzlichen Form abgefaßt sind und nicht Umstände vorliegen, welche die Glaubwürdigkeit des Ausstellers der Urkunde erschüttern. Der letztere Fall ist da vorhanden, wo derjenige, an den die Zustellung geschah, die Wahrheit des Datums bestreitet, und der darauf auch nur dienstpolizeilich konstituirte Gerichtsbote entweder die Unrichtigkeit der fraglichen Beurfundung, oder im Allgemeinen eine mangelhafte, der Gewißheit der Zustellungszeit Abtrag thnende Verfahrensweise zugesteht. XVI. 236. S. a. Urtheile.

Zustellungsbescheinigung, f. Wilschadensgesetz. XVII. 418.

Zuwandel, f. Ehebruch.

Zwang, f. Ehe.

— im Vertrag durch Bedrohung mit Proceß. XVIII. 374., durch Bedrohung mit Vermögensnachtheilen. XIX. 70.

Zwangsschiedsgerichte des Anh.-S. 51. XVI. 9. S. Schiedsgerichte.

Zwangsversteigerung, durch Ortsvorgesetzte. VII. 224. Letzterer handelt dabei in einer doppelten Eigenschaft, einmal als Gewalthaber, als Beauftragter des Amts, und dann als solcher, dem der Act amts halber obliegt. VII. 225. Deswegen ist auf ihn der L.R.S. 1596, 4. anwendbar, wornach er bei Strafe der Nichtigkeit bei einer solchen Versteigerung nicht für sich kaufen oder sich zuschlagen lassen darf. VII. 225. Wie lange eine deshalb nichtige Steigerung angefochten werden kann. VII. 226.

— Zuschlag bei Versteigerungen, Statthaftigkeit des Ratifikationsvorbehalts bei der zweiten Versteigerung. XVI. 202.

— Zuschlag. Einsprache des Pfandgläubigers. Nachgebot. XIX. 358.

— Einsprache gegen eine solche Versteigerung von Liegenschaften. XVIII. 1., auf Grund des Eigenthums. XIX. 227.

— Vindication der dadurch veräußerten Güter. XVII. 427.

— Die durch die P.O. §. 1035 und 1036 gebotene Bekanntmachung der Zwangsversteigerung einer Liegenschaft an alle darauf eingetragenen Pfandgläubiger muß im Falle, daß ein Pfandgläubiger stirbt, an dessen sämmtliche Erben geschehen. XIX. 249.

Zwangsversteigerung. Aufhebung der Vorzugs- und Unterpfausdrchte bei solchen. XIV. 179.

— Deren Wirkung aufs Pfandrecht. XVIII. 191.

— Nachbetrungsrecht der Pfandgläubiger. XVIII. 590. XIX. 105. 107. 358. Dabei vorbehaltene Nutzungsrechte. XVIII. 400. Nichtigkeit einer Zwangsversteigerung. XIX. 107.

Zweideutigkeiten, sind nach dem im Lande üblichen Sprachgebrauch zu interpretiren. VIII. 485.

Zwischenappellation. XVII. 414.

Zwischenbescheid, s. Beweisbrenntniß.

Zwischenhändler. Dem Zwischenhändler, welcher auf ihm zur Disposition eines auswärtigen Handelshauses von diesem zugesandte Waaren Vorschüsse gemacht hat, und solche Waaren nacher auf einen zwischen dem Absender und einem Dritten geschlossenen Kauf an diesen abliefern, ohne Baarzahlung zu empfangen, kommt wegen seiner Vorschüsse gegen einen Dritten keine Klage zu. S. R. S. 93 u. 94. R. R. S. 1947, 1948 u. 1999. XVIII. 46.

476
1/15/12

Literarische Ankündigung.

Der unterzeichnete Verleger beehrt sich, den Herren Rechtsgelehrten die Mittheilung zu machen, daß von den

Jahrbüchern **des Grossh. Bad. Oberhofgerichts,** und zwar ältere Folge, I. bis VII. Jahrgang, neue Folge, I. bis XII. Jahrgang,

mithin von den sämtlichen erschienenen XIX. Jahrgängen vollständig, eine kleine Partdie Exemplare zu sehr ermäßigtem Preise abgegeben werden, wenn man sich an den Verleger direct wendet, und wird das gegenwärtige Repertorium jeweils der Bestellung gratis beigelegt. Diejenigen Herren, welche sich die Jahrbücher vollständig anschaffen wollen, werden wohlthun, sich baldigst anher zu wenden, weil in kurzer Zeit vielleicht keine completen Exemplare bei mir mehr zu haben seyn dürften, indem von zwei Jahrgängen der neuen Folge nur noch sehr wenige Exemplare vorrätzig sind. Die Preise werden ebenfalls bedeutend ermäßigt berechnet, wenn man auch nur eine Reihe von Jahrgängen, oder mehrere Jahrgänge zusammen bezieht.

Ferner ist in meinem Verlag erschienen und von mir zu beziehen:

Rechtsfälle mit Entscheidungen der französischen und belgischen Gerichtshöfe, zur Erläuterung des französischen Civilrechts, mit Rücksicht auf das badische Landrecht, herausgegeben von Lauchard, 1. bis 3. Band, ältere Folge, und 4. bis 7. Band, neue Folge (1853). Subscriptions-Preis für den Band 3 fl. 36 fr. Wenn die ganze Sammlung bezogen wird, den Band zu 2 fl. 42 fr.

☞ Diese für die Anwendung des franz. Civilrechtes wichtige und hochgeachtete Zeitschrift wird von Oberhofgerichtsrath L. Lauchard fortgesetzt, und erscheint nächstens des VIII. Bandes erstes Heft. Daher lade ich wiederholt zur Subscription ergebenst ein, sowie zur Anschaffung des ganzen Werkes oder mehrerer Bände, zusammen unter ermäßigten Preisbedingungen.

Schneider, F. A., die eheliche Gütergemeinschaft nach französischem Rechte. 3. vermehrte Aufl. 2 fl. 24 fr.

Sirey, les Codes annotés. Contenant toute la jurisprudence jusqu'à ce jour et la doctrine des auteurs. Edit. par P. Gilbert. 17 vol., Code civil. 11 fl.

Zentner, Dr. J., Grossh. Bad. Oberhofgerichtsrath, Anleitung für Geschworene. 24 fr.

Mannheim, im August 1853.

Friedrich Göß.

Folgende Werke sind in unterzeichneter Buchhandlung vorrätbig und werden zum Theil zu sehr ermäßigten Preisen, zum Theil auch antiquarisch abgegeben:

Bolleux, Commentaire sur le Code civil. 2 forts vol. et édit. de Paris en 3 vol. — **Chabot**, Successions. 2 vol. — **Chardon**, Traité de trois Puissances, maritale, paternelle et tutélaire. 3 vol. — **Codes annotés par Toulet, Dauvilliers**. 2 vol. — **Duranton**, Cours de Droit civil. 12 vol. gr. in-8. — **Grénier**, Donations, Testaments. 4 vol. — **Malepeyre**, Sociétés commerciales. 1 vol. — **Mongalvi**, Traité de l'Arbitrage. 1 vol. — **Nouguier**, Des Lettres de Change. 1 vol. gr. in-8. — **Paillet**, Les Codes annotés. 3 gr. vol. — **Proudhon**, Traité de propriété privée. 1 vol. Traité des droits d'usufruit, d'usage, d'habitation et de superficie. 5 vol. — **Richesfort**, Etat de familles. 3 vol. — **Rogron**, Les 3 Codes, séparément. — **Sirey et P. Gilbert**, Codes annotés, nouv. éd. 2 vol. — **Sirey et P. Gilbert**, Le Code civil annoté. Nouv. éd. — **Toullier**, Le droit civil expliqué dans l'ordre du Code. 8 vol. Continuation de Toullier, par Dvergier. 4 vol. — **Troplong**, Commentaire du Code civil, contenant: Le Traité de la Vente, 1 vol., du Mariage, 2 vol. Traité des Hypothèques, 2 vol., des Prescriptions, 1 vol., de l'Echange, 1 vol., du contrat de Société, 1 vol., du Prêt, 1 vol., du Mandat, 1 vol. Contrainte par Corps, 1 vol. Contrat de Société et Delangle Sociétés commerciales, grande édition annotée (1843), 2 parties. Hypothèques, 2 vol., grande édition annotée. Prescriptions, grande édition annotée. Louage, grande édition annotée. — **Vazelle**, Donations et testaments. — **Vazelle**, Prescriptions, 1 vol. La Table tricennale de 1789 à 1830, et la Table décennale de 1831 à 1840, au Recueil-Sirey se vendent séparément. — **Journal du Palais**. Recueil le plus complet de la Jurisprudence française. Nouvelle et troisième édition, 36 vol. gr. in-8. à 2 col. — **Dalloz**, aîné, Répertoire de Législation, de Doctrine et de Jurisprudence; nouvelle édition, considérablement augmentée. gr. in-4. 1847. (Dieses höchst grossartige Werk wird 40 Bände in 4. umfassen, welche rasch auf einander folgen. Erschienen sind bereits 25 Bände.) — **Dictionnaire** de Législation, de Doctrine et de Jurisprudence, en deux parties, contenant l'une la période de 1790 à 1835, l'autre celle de 1835 à 1842. Nouvelle édit. En 15 livraisons in-4. par **Ar. Dalloz**. — **Bourguignon**, Les Codes français. — **Belleyne**, Ordonnances sur requêtes et référés, 2 vol. — **Blanc**, Code des inventions, 1 vol. — **Blanc**, sur la contrefaçon. — **Boucher**, Dictionnaire de la Taxe, 1 vol. — **Carré**, Procédure civile, nouv. éd., 6 vol. — **Rigaud & Championnière**, Traité de droits d'Enregistrement etc. 3 vol. — **Delvincourt**, droit commercial, 1 vol. — **Duchesne**, du mariage, 1 vol. — **Dufour**, droit administratif, 4 vol. — **Marchand**, Minorité, 1 vol. — **Grattier**, Code d'instruction criminelle. — **Millet**, Traité du bornage, 1 vol. — **Pardessus**, droit commercial, 3 vol. — **Pardessus**, Servitudes, 2 vol. — **Plasman**, Traité des absents, 2 vol. — **Rieff**, état civil, 1 vol. — **Rodière**, Contrat de mariage, 2 vol. — **Rossi**, droit pénal, 1 vol. — **Tessier**, de la dot, 2 vol. — **Garnier**, actions possessoires, 1 vol. — **Petit**, Usure, 1 vol. — **Demolombe**, Code civil, 1—4 vol. 1850. — **Demolombe**, traité du Mariage et de la Séparation, 1 vol. — **Demolombe**, traité de Paternité, 1 vol. — **Demolombe**, traité de la Publication des lois, du domicile et de l'absence, 1 vol. — **Demolombe**, traité de la minorité etc. 1 vol. — **Laferrière**, Histoire des Principes depuis 1789—1800, 1 vol. — **Menlon**, de l'autorité judiciaire, 2 vol.

Mannheim.

Friedrich Gös,
Verlags- und Sortimentshandlung.



